Die „wartende Stadt“
Gdynia – Gotenhafen (1926-1945)

D i s s e r t a t i o n

zur

Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie

in der Philosophischen Fakultät

der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von

Małgorzata Stepko-Pape

geb. Stepko

aus

Gdynia

2011

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät
der Universität Tübingen

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. D. Beyrau
Mitberichterstatter: Prof. Dr. W. Benecke
Dekan: Prof. Dr. Jürgen Leonhardt
Tag der mündlichen Prüfung: 2. März 2010

Universität Tübingen: TOBIAS-lib

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3

1 Gdynia: Polens Fenster zur Welt 13

1.1 „wie durch Zauberei...": Errichtung Gdingens als Polens erster Hafen 13

1.2 Wirtschaftliche Verflechtungen und städtische Entwicklung vor 1939 16

1.3 Symbolische Bedeutung Gdingens für Polen vor 1939 19

1.4 Gdingen in den Augen der Deutschen vor dem Krieg 27

2 Die deutsche Besetzung 31

2.1 Vor dem Krieg und Kämpfe um die Stadt im September 1939 31

2.2 Der 14. September 1939 31

2.3 Die ersten Tage unter der Besatzung 38

2.4 Aussiedlung der polnischen Bevölkerung 45

3 NS-Bevölkerungspolitik 56

3.1 Fortführung der Polenaussiedlungen 1940 56

3.2 „In die große Zukunft des Heiligen Deutschen Reiches": Die Baltenaktion 72

3.3 Ansiedlung der deutschen Bevölkerung 110

4 Umbau der Stadt 144

4.1 Veränderungen des Stadtbildes 144

4.2 Das Gotenhafen-Gesetz 153

4.3 Gotenhafen als deutscher Kriegshafen 158

4.4 Übernahme des staatlichen und privaten polnischen Eigentums 183

4.5 Wohnen, Bauen und Infrastruktur 194

4.6 Verkehr und Mobilität 212

5 Soziale Dimensionen des städtischen Alltags 223

5.1 Arbeitsbedingungen und Löhne 224

5.2 Versorgung mit Lebensmitteln und Grundbedarfsgütern 233

5.3 Gesundheitswesen 252

5.4 Schulsystem und Bildungsangebote 259

5.5 Kultur und Freizeitgestaltung 283

5.6 Wege der Propaganda zur Bevölkerung 302

5.7 Der polnische Untergrundstaat in Pommerellen 314

6 „Nacht fiel über Gotenhafen“: Die letzten Tage der NS-Stadt und die Flucht der Deutschen 321

6.1 Der Anfang vom Ende (1943-1944): Radikalisierung des Krieges, Propagandamaßnahmen 321

6.2 Stimmung unter den Deutschen und Polen 325

6.3 Veränderungen des Bildes der Stadt infolge der Flüchtlingsströme 328

6.4 Die Schiffstransporte von Januar und Februar 1945 334

6.5 Stand- und Sondergerichte – zur Gotenhafener Kriegsjustiz 339

6.6 Das Ende: Der März 1945 342

7 Gotenhafen in deutscher Erinnerung 345

8 Die Nachkriegszeit 348

8.1 Das Leben in der zerstörten Stadt 348

8.2 Wiederaufbau unter kommunistischer Regierung 352

9 Fazit 358

Zusammenfassung 362

Bibliographie 362

Anhang I

Einleitung

„Wie ein Kreis von einem Zoll Durchmesser und einer von 40 Millionen Meilen Durchmesser die selben geometrischen Eigenschaften vollständig haben, so sind die Vorgänge und die Geschichte eines Dorfes und die eines Reiches im wesentlichen dieselben; und man kann am einen wie am anderen die Menschheit studieren und kennenlernen“[1]

Als „wartende Stadt“ wurde Gdingen in einem Artikel der lokalen NS-Presse bezeichnet, da sie angeblich in jeder Hinsicht noch „unfertig“ war[2]. Diese Beschreibung des Zustands der Stadt Mitte 1940 stützte sich auf das Bild fensterloser Rohbauten, leerer Straßen, geschlossener Läden und weniger Einwohner, was alles zusammen die besonderen Lebensbedingungen dort ausmachte. Gleichzeitig waren große Änderungen in Aussicht gestellt worden. Ein Teil davon sollte bereits während des Krieges geschehen, der Rest sollte warten bis zu künftigen Friedenszeiten. Insgesamt stünde, so die NS-Propaganda, die für den deutschen Menschen eroberte Stadt vor gravierenden demographischen, architektonischen und politischen Entwicklungen. Die in den ersten Monaten nach der Besetzung durch deutsche Truppen noch so leere Stadt solle nach „ungeduldigem Warten“ auf ihre volle Entfaltung ein neu entstehendes „deutsches Gesicht“ bekommen.

Gdingen war selbstverständlich kein Einzelfall. Dem Willen und Schaffensgeist der NS-Führung zufolge sollten auch andere ins Reich eingegliederte polnische Städte deutschnationalsozialistisch umgebaut werden. Der eroberte Osten, in dieser Arbeit vor allem in den Beispielen der Gaue Danzig-Westpreußen und Wartheland verortet, sollte zu einem Musterland werden. Hier sollte der deutsche Mensch einziehen und deutscher Kultur, Lebenskraft und deutschem Arbeitswillen zur Blüte verhelfen. Die Zugehörigkeit Gdingens zur fernen Kategorie der Städte des Ostens bezieht sie einerseits in den breiten Germanisierungsdiskurs der eingegliederten polnischen Gebiete ein, anderseits nimmt Gdingen/Gotenhafen darin auch eine besondere Stellung ein. Der wirtschaftliche Rang der Stadt in der Vorkriegszeit und vor allem die damit verbundene symbolische Bedeutung sowohl für die polnische als auch die deutsche Regierung und Bevölkerung verschaffte ihr im Krieg eine besondere Stellung und hohe Zuwendung der NS-Regierung innerhalb des „Neulands Osten“. Damit im Zusammenhang stehende demographische, propagandistische, politische und kulturelle Veränderungen Gdingens interessieren mich in ihrer Vielfäl-

[1] A. SCHOPENHAUER, Die Welt als Wille und Vorstellung, Bd. 1, Frankfurt/M.-Leipzig 1996 (1873), S. 346.
[2] Danziger Vorposten (DV), 10.8.1940, „Sommerliches Gotenhafen. Kornfelder zwischen Hochhäusern.“

tigkeit, ihren Methoden und ihrer Intensität besonders. Mindestens ebenso interessant ist die Frage, inwieweit das „Experiment Gotenhafen“ im „Labor Osten“ gelingen konnte.
Nach Meinung SZAROTAS, die den Ausgangspunkt meiner Arbeit darstellt,

> „besitzen [wir] eine riesige Literatur zum Okkupationsterror, zu den Konzentrationslagern, zur Martyrologie und zum Holocaust. Weitaus weniger wissen wir von der Alltagsexistenz der Millionen nur aufs Überleben bedachten Menschen, von den demographischen Prozessen und sozialen Strukturveränderungen während des Krieges und der Besatzungszeit.“[3]

Solchen „Alltags-Fragen“ bin ich im Lauf meiner Arbeit vielerorts nachgegangen, und daher fehlt es auf den folgenden Seiten nicht an Ausführungen zu den Details des täglichen Lebens der Bewohner Gdingens und an mannigfaltigen Facetten des Funktionierens der Stadt selbst.

Im Zentrum dieser Arbeit stehen drei große Themenkreise: Die demographische, die strukturelle und die soziale Dimension des Alltags. Im ersten Teil, der die Dynamik der demographischen Prozesse während der Okkupation behandelt, werden die Problematik der Aussiedlung polnischer und der Ansiedlung deutscher Bevölkerung sowie die damit in Zusammenhang stehenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur ausgeführt. Das folgende Kapitel thematisiert die Struktur und die materielle Gestalt der Stadt. Gdingen wird hier als schon durch seine Bezeichnung widersprüchlicher „mechanischer Organismus“ begründet, der Straßenarterien, Gebäudezellen, Verkehrsknoten und stimulierende Wirtschaftszentren besitzt und dessen Herz beim Hafen und den Werften liegt[4]. Das dritte große Kapitel geht schließlich auf die soziale Dimension ein, wobei das „Menschliche“ in der Stadt die Hauptrolle spielt. „Sozial“ meint hier sowohl die alltägliche Arbeit der Einwohner als auch ihre Freizeitaktivitäten und bezieht kulturelle Aspekte sowie die tägliche Essensbeschaffung, das Schul- und das Gesundheitssystem mit ein. Umschlossen werden die drei Hauptkapitel von zwei chronologischen Rahmenabschnitten: Dem „Auftakt“ und dem „Ausgang“ der Okkupation, wobei der erste Teil die Zeitspanne von September bis Oktober 1939 und der letzte den Zeitraum von Dezember 1944 bis März 1945 behandelt. Als geschichtliche Klammer, die das im Fokus der Hauptuntersuchung stehende Geschehen der

[3] T. SZAROTA, Der Alltag in den besetzten Hauptstädten Europas als Gegenstand der Forschung, in: M. HILLER, E. JÄCKEL u. J. ROHWER (Hrsg.), Städte im 2. Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Essen 1991; S. 10; s.a. P. MADAJCZYK, Kriegserfahrungen und Kriegserinnerungen: Der Zweite Weltkrieg in Polen, in: J. ECHTERNKAMP u. S. MARTENS (Hrsg.), Erfahrung und Erinnerung, Paderborn-München-Wien-Zürich 2007, S. 97-111.

[4] Die vielleicht schönste Liebeserklärung an die Stadt schrieb Magdalena TULLI in ihrem Buch „Sny i kamienie“ (Träume und Steine). Trotz oder vielleicht wegen der literarischen Form scheint mir das Buch unentbehrlich für jede Arbeit über eine Stadt und ihre Geschichte, vgl. M. TULLI, Sny i kamienie, Warszawa 1999.

Jahre 1939 bis 1945 umschließt, wurde jeweils ein Einführungs- und Abschlusskapitel über Gdingen in der Zwischenkriegszeit mit seiner wirtschaftlichen und auch symbolischen Bedeutung sowie über die ersten Monate der Stadtgeschichte nach Ende der Okkupation hinzugefügt.

Alle in dieser Arbeit gestellten Fragen gehen von einer gemeinsamen Leitfrage aus, die verblüffend einfach klingt: W*ie deutsch war Gdingen in den Kriegsjahren eigentlich?* Ein in dieser Form formulierter Gedanke ist zunächst gar nicht so legitim und klar. Kann man, darf man im Kontext Gotenhafens „deutsch" und „nationalsozialistisch" gleichsetzen? Die Propagandisten jener Zeit hatten jedenfalls kein Problem damit. Ich habe während der Lektüre tausender Seiten von Archivmaterialien und zeitgenössischer Pressetexte versucht, die Möglichkeit einer Trennung von „deutsch" und „nationalsozialistisch" stets im Hinterkopf zu behalten. Allerdings erwies sich dieses „Filtern" und die Suche nach zwei unabhängigen Modellen als relativ schwierig und war im Endeffekt nur in wenigen Fällen erfolgreich.

Bleibt man bei der Frage nach dem „Deutschsein" Gotenhafens zunächst einmal bei dieser anfechtbaren Form, bemerkt man schnell die Vielfältigkeit der Ebenen, in die sie sich unterteilt. Demographische und propagandistische Ebene dieser Frage sind zum Forschungsgegenstand geworden. Ob die Existenz der politisch umworbenen Schöpfung einer „deutschen Volksgemeinschaft Gotenhafens" zu bestätigen ist oder ob es sich in Wirklichkeit nur um einzelne deutsche Gruppen handelte, die während des Krieges hier neue Existenzen aufbauen wollten. Um diese Überlegungen gründlich anzugehen, muss zunächst festgestellt werden, wer überhaupt während des Krieges in dieser Stadt wohnte. Selbst wenn wir uns mit der allgemeinen Antwort „Polen und Deutsche" begnügen, stellt sich sofort als Nächstes die Frage, unter welchen Bedingungen diese beiden Gruppen im Rahmen der NS-Politik der völkischen Abgrenzung und Absonderung lebten. Ich frage nach den Berührungsflächen, sowohl im persönlichen als auch im räumlichen Sinn, wenngleich bereits jetzt angedeutet werden muss, dass die Beantwortung der ersteren Frage mangels umfangreicherer Quellen eher spärlich ausfällt.

Den Ausführungen über das Deutschtum folgt ein weiterer, meiner Meinung nach für Gotenhafen charakteristischer Begriff, nämlich der der „Fremdheit des Ortes". Er spielte neben den demographischen Eingriffen der NS-Regierung von Anfang an eine besondere Rolle als unerwünschter Gegenpol zur NS-Deutschtums-Propaganda.

Während des Krieges wurde Gdingen mit mehreren Etiketten versehen, die die deutsche Vorstellung von der Stadt von Grund auf prägen sollten: „Stadt der Kriegsmarine", „Kriegsmarinehafen", „Durchgangsstation für Umsiedler", „neue Heimat der Balten-

deutschen“, „urdeutsche Stadt“, oder „jüngste deutsche Großstadt“. Diese Bezeichnungen existierten oft nebeneinander und wurden zu Kernbegriffen für Gdingen während des Krieges. Ich versuche in dieser Arbeit, auf die Etiketten einzugehen, um zu erfahren, was hinter ihnen steckt. Auf- und entdeckend folgte ich nun der Aufgabe, das Tun und Treiben der Stadt und ihrer Bevölkerung im Rahmen des Sonderfalles „Kriegsalltag“ zu zeigen[5].

Weiterhin werden die Wirkungen der Stadt auf den Menschen und die des Menschen auf die Stadt gezeigt, so z.B. demographisch-politische Änderungen, tägliche Arbeit und nichtalltägliche Freizeit ihrer Bewohner, tägliches und festtägliches Kleid der Stadt. Es ist meine Hoffnung, dass die „wartende Stadt“ froh sein wird über diese Aufdeckung ihrer Geschichte und meine Expedition interessiert begleitet.

Im Hinblick auf eine Präsentation des so genannten „Alltags“ wäre eine Darstellung des kollektiven Schicksals, ohne Betrachtung der individuellen historischen Akteure, nur phrasenhaft. Ich entschied mich daher, in den Quellen auch nach „Ungeraden“ und nicht dem Kollektiv folgenden Beispielen zu suchen. Es war mir wichtig, aus den nicht klar definierbaren Gruppen, also den Deutschen, Polen, Deutsch-Balten usw., einige konkrete Personen herauszunehmen und ihr Handeln vor dem Hintergrund des geschichtlichen Geschehens aufzuzeigen. Einmal handelt es sich dabei um ein von der Armut zum Diebstahl gedrängtes polnisches Kind, ein anderes Mal um einen um Zuteilung einer Wohnung kämpfenden deutschen Beamten. Aber auch prominente lokale Akteure wie Oberbürgermeister Schlichting, der die Exekutive Gotenhafens und eine Figur aus den Reihen hunderter ambitionierter NS-Funktionäre in den Ostgauen darstellt, tauchen in den Untersuchungen des Öfteren auf.

Ich habe hier Themen genannt, die mir als besonders neu, interessant und relevant für die historische Aufarbeitung des Zeitraums von 1939 bis 1945 in Gdingen erscheinen. Wenn man sich allerdings *für* eine Auswahl von Fragenstellungen entscheidet, muss man zugleich auch andere Bereiche gänzlich *ausschließen*. Dieses Ausschließen geschah sowohl bedingt durch die Quellenlage als auch durch die bereits früher in anderen historischen Arbeiten durchgeführte Behandlung mancher Probleme, so dass nicht unbedingt Anlass zur Wiederholung bestand. So verzichte ich beispielsweise auf eine detaillierte Ausführung der militärischen Kämpfe in Pommerellen sowie in Gdingen selbst im September 1939 sowie während des Kriegsausgangs im März 1945. Auch die Entstehung, das Funktionieren und die Personalien der polnischen Untergrundorganisationen werde ich nur

[5] P. KNOCH, Kriegsalltag, Die Rekonstruktion des Kriegsalltag als Aufgabe der historischen Forschung und der Friedenserziehung, Stuttgart 1989, S. 222f.

in komparatistischer Form behandeln[6]. Ferner führe ich den – im Lauf der Arbeit erwähnten – Vernichtungskrieg gegen die polnische Bevölkerung, der insbesondere in Gestalt des Konzentrationslagers Stutthof sowie in organisierten Massenmorden zu Kriegsbeginn[7] zutage trat, nur im Zusammenhang mit Gdingen aus.

Als ich mit der Niederschrift dieser Arbeit begann, verfolgte mich zunächst das Bild eines Puppentheaters mit Hunderten hölzerner Darsteller und sich ständig verändernden Szenenbildern. Es war ein Chaos zu befürchten, ausgelöst durch den Wunsch, alles möglichst vollständig zu zeigen und zu beschreiben. Um das zu verhindern, begab ich mich zunächst auf die Suche nach dem, was eine Stadt *ausmacht*, und fand vor allem *Spezifika*, wie das Lebendige, die Atmosphäre des Ortes. Ich bezweifle zwar stark, dass man den Begriff des „genius loci" auf Gdingen im Krieg anwenden kann, jedoch zielt auch meine Arbeit auf die Darstellung des Nicht-Chronologischen, des „Spürbaren" am Leben der Stadt ab[8]. Das soll natürlich nicht heißen, dass auf Daten und Fakten verzichtet wird – sie kleiden den Raum der Erzählung in allen seinen Facetten aus, sollen ihn jedoch nicht komplett verdecken.

Zur Quellensituation

Die in der Arbeit verwendeten Quellen lassen sich in drei Hauptgruppen einteilen. Zur ersten gehören die Archivquellen, zur zweiten die Publikationen der lokalen Zeitungen („Danziger Neueste Nachrichten", „Danziger Vorposten", „Amtsblatts des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen") und zur dritten die zeitgenössische Literatur, die aus der Zeit vom Anfang der 1920er bis zum Ende der 1950er Jahre stammt.

Die Quellen der zweiten und dritten Gruppe stammen fast ausschließlich aus der Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Biblioteka Państwowej Akademii Nauk) in Danzig, der Bibliothek des Herder-Instituts in Marburg sowie der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel.

---

[6] vgl. dazu B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER, Polska podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945, Gdańsk 2005; G. GÓRSKI (Hrsg.), Polskie Państwo Podziemne na Pomorzu 1939-1945, Toruń 1999.

[7] Zum Konzentrationslager Stutthof vgl. z.B. K. DUNIN-WĄSOWICZ, Obóz koncentracyjny Stutthof, Warszawa 1970; D. STEYER (Hrsg.), Stutthof. Hitlerowski obóz koncentracyjny, Warszawa 1988; zur Ermordung der polnischen Intelligenz vgl. B. BOJARSKA, Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim (wrzesień-grudzień 1939), Poznań 1972; B. BOJARSKA, Piaśnica. Miejsce martyrologii i pamięci, Wrocław 1978; zur Geschichte der Juden auf dem Gebiet Danzig vgl. G. BERENDT, Żydzi na terenie Wolnego Miasta Gdańska w latach 1920-1945 (Działalność kulturalna, polityczna i socjalna), Gdańsk 1997; S. ECHT, Die Geschichte der Juden in Danzig, Leer 1972 (hier Kapitel „Die Juden in Danzig im II. Weltkrieg (1939-1945)", S. 229-246); interessant ist sicherlich auch der Ende 2009 im Fibre Verlag erscheinende Band BÖHLER J. u.a., Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939-1945, Osnabrück 2010.

[8] vgl. R. TRABA, Historia – przestrzeń dialogu, Warszawa 1996, S. 111-120.

Archivquellen

Die von mir in dieser Arbeit verwendeten Quellen stammen aus sechs Archiven in Polen und Deutschland. Eine sehr umfangreiche Quellengruppe konnte ich im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde untersuchen. Zur Erforschung der Geschichte Gdingens im Zweiten Weltkrieg eigneten sich hier vor allem die Akten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, der Haupttreuhandstelle Ost und der Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg beherbergt weiterhin Akten des Wehrkreiskommandos XX (Danzig), des Marineoberkommandos Ostsee und der Kriegsmarinedienststellen in Deutschland, die vor allem die wirtschaftliche und militärische Rolle Gotenhafens als Kriegsmarinebasis zu erforschen halfen.

In Polen sind die Staatsarchive in Danzig, Gdingen und Bromberg (Bydgoszcz) sowie das Zentrale Militärarchiv in Warschau im Besitz von Archivalien, die für die Beschreibung der Kriegsjahre in Gdingen eine Schlüsselrolle haben. In Danzig nutzte ich u.a. die Akten des Oberlandesgerichts Danzig, des Schulamts Gotenhafen und des Reichsstatthalters Danzig-Westpreußen. In Gdingen waren vor allem die Akten des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen und überraschenderweise auch Akten des Oberfischmeisteramts Gotenhafen für meine Arbeit sehr hilfreich. In Bromberg wertete ich die Akten des Sonderreferats SD Gotenhafen-Lebrechtsdorf und der Umwandererzentralstelle Danzig-Lebrechtsdorf aus, die vor allem zur Behandlung der Aussiedlung der polnischen sowie der Ansiedlung der deutschen Bevölkerung überaus nützlich waren. Das Zentrale Militärarchiv in Warschau verfügt zudem über die einzige polnische Aktengruppe des „Oddział VI Sztabu Głównego Naczelnego Wodza“, deren Inhalte die Lebensbedingungen in Gotenhafen beschreiben und ohne die die Beschreibung der vielen Aspekte des Alltagslebens nicht möglich gewesen wäre.

Weitere Quellen

Eine weniger große Rolle spielt in dieser Arbeit die Oral History, also Interviews mit Augenzeugen und die Niederschrift ihrer Erinnerungen. Obwohl mir diese Form des Erzählens sehr interessant und wichtig erscheint, nimmt sie in meinen Ausführungen nur wenig Platz ein. Das hat vor allem praktische Gründe, da der zeitliche und finanzielle Aufwand dieses Unternehmens doch enorm war. An dieser Stelle sei aber Frau Christiane Schmelzkopf, Herrn Tadeusz Bylewski sowie den Familienangehörigen von Herrn Leon Sobolewski für das Anvertrauen ihrer Familiengeschichten zur Nutzung in dieser Arbeit herzlich gedankt.

Eine wichtige Rolle für die Beschreibung der „wartenden Stadt“ spielten auch zahlreiche Fotos wie jene aus der Sammlung von Karl Hintzer, die im Herder-Institut in Marburg vorliegt, und die mir neben der architektonischen Gesamtübersicht über die Stadt häufig auch Einblicke in den Alltag einiger Bewohner ermöglichten.

Um Gdingen im Krieg darzustellen, nutzte ich komparatistisch andere Arbeiten über die Alltagsgeschichte von Städten im Krieg. Zu den oft zitierten Werken gehören die Arbeiten von SZAROTA (1973) über das Alltagsleben in Warschau[9] sowie seine Arbeit über den Kriegsalltag in europäischen Hauptstädten (1995)[10]. Ebenfalls über Warschau schrieb DUNIN-WĄSOWICZ (1984)[11]; Darstellungen des alltäglichen Lebens in besetzten Städten finden sich bei CHWALBA (2002) zu Krakau[12], bei LEWANDOWSKA (1997) zu Wilna[13], bei HRYCIUK (2000) zu Lemberg/Lwów[14], bei THUM (2003) zu Breslau[15] und bei BUDZIAREK (2006) zu Litzmannstadt/Łódź[16].

Fachliteratur über bestimmte Bereiche der deutschen Okkupation half mir, einige politische Aspekte dieser Zeit zu erkennen und zu verstehen. Dies waren sowohl historiographische Standardwerke über die Okkupation der polnischen Gebiete von MADAJCZYK[17], JASTRZĘBSKI/SZILING[18] und BROSZAT[19] als auch Arbeiten über einzelne Aspekte der Okkupation, wie z.B. das Vorgehen des NS-Apparates gegenüber den deutschen Umsiedlern in den Ausführung von LENIGER[20], die Rechtspraxis in den eingegliederten Ostgebieten in der Arbeit von MAJER[21], oder auch Themen wie Kino[22] oder Jugenderziehung[23] im Dritten Reich in den Werken vieler anderer Autoren.

---

[9] T. SZAROTA, Warszawy dzień powszedni, Warszawa 1973.
[10] T. SZAROTA, Życie codzienne w stolicach okupowanej Europy. Szkice historyczne. Kronika wydarzeń, Warszawa 1995.
[11] K. DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w latach 1939-1945, Reihe: S. KIENIEWICZ (Hrsg.), Dzieje Warszawy, Bd. 5, Warszawa 1984.
[12] A. CHWALBA, Dzieje Krakowa. Kraków w latach 1939-1945, Reihe: J. BIENIARZÓWNA u. J. M. MAŁECKI (Hrsg.), Dzieje Krakowa, Bd. 5, Kraków 2002.
[13] S. LEWANDOWSKA, Życie codzienne Wilna w latach II wojny światowej, Warszawa 1997.
[14] G. HRYCIUK, Polacy we Lwowie 1939-1944. Życie codzienne, Warszawa 2000.
[15] G. THUM, Fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003.
[16] M. BUDZIAREK, Łódź, Lodsch, Litzmannstadt. Wycinki z życia mieszkanców okupowanego miasta, Łódź 2006.
[17] CZ. MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. I-II, Warszawa 1970.
[18] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdańsk 1979.
[19] M. BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961.
[20] M. LENIGER, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006.
[21] D. MAJER, ‚Fremdvölkische’ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981.
[22] B. DREWNIAK, Der deutsche Film 1938-1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987.
[23] M. BUDDRUS, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, Teil 1-2, München 2003.

Aktueller Forschungsstand

Bis jetzt wurde von WAPIŃSKI im Jahr 1980 die bislang einzige Gesamtdarstellung der Geschichte Gdingens veröffentlicht[24]. In dieser Arbeit schrieb MICHAŁOWSKA Aufsätze über die Okkupation der Stadt während des Zweiten Weltkrieges[25]. Der recht dünne Forschungsstand ist somit mit dem benachbarten Danzig nicht vergleichbar, das in einer mehrbändigen Arbeit zur Stadtgesichte, aber auch durch zahlreiche andere Monographien zu Kultur, Bevölkerung oder NS-Politik während des Zweiten Weltkrieges ausführlich behandelt wurde[26]. Auch die Forschungsarbeiten zu den Pommerellen in der Kriegszeit sind sehr zahlreich und für die Behandlung Gdingens in den Jahren 1939 bis 1945 unentbehrlich[27], dagegen bleiben explizite Untersuchungen der Geschichte Gdingens in den Jahren der Okkupation, ausgenommen einzelne Aspekte, bisher äußerst dürftig[28].

Dafür gibt es vielfältige Erklärungsmöglichkeiten. Die Zerstreuung der Archivalien wie auch der zeitgenössischen Literatur könnte bislang ein Hindernis gewesen sein; die Zweisprachigkeit der Quellen ein weiteres. Auch die hohen Kosten der Recherche und der zu früheren Zeiten schwierigere Zugang zu den Archiven haben sicherlich die eine oder andere erschöpfende Behandlung des Themas verhindern können. Eine dritte Ursache war nicht zuletzt, nun auf die polnische Historiographie bezogen, schlicht das bis vor wenigen Jahren noch geringe Interesse daran, Fragen nach dem Alltag der polnischen und vor allem der deutschen Bevölkerung in den okkupierten Gebieten nachzugehen. Deutsche Historiker dagegen, vor allem die Autoren der zahlreichen populärwissenschaftlichen Arbeiten, äußerten ihr Interesse an Gotenhafen nur in Verbindung mit der Flucht und dem Verständnis der Stadt als Ausgangspunkt von Flüchtlingstransporten. Es wurden zwar einige andere

[24] R. WAPIŃSKI, Dzieje Gdyni, Wrocław 1980.
[25] J. MICHAŁOWSKA, Kap. XIII, Terror i wyniszczenie, S. 212-229; Kap. XIV, Gospodarka Gdyni w okresie okupacji hitlerowskiej, S. 230-236; Kap. XV, Ruch oporu na terenie Gdyni, S. 237-242, in: R. WAPIŃSKI (Hrsg), Dzieje Gdyni, Wrocław 1980.
[26] E. CIEŚLAK (Hrsg.), Historia Gdańska, für diese Arbeit v.a. relevant: Band IV/2: 1920-1945, Sopot 1999; hier eine Auswahl von Titeln, die in dieser Arbeit zitiert werden: D. SCHENK, Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmordes, Reinbek bei Hamburg 1995; D. SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000; F. FISCHER, Danzig. Eine zerbrochene Stadt, Berlin 2006; P. SEMKÓW, Polityka Trzeciej Rzeszy wobec ludności polskiej na terenie byłego Wolnego Miasta Gdańska w latach 1939-1945, Toruń 2001; G. BERENDT, Żydzi na terenie Wolnego Miasta Gdańska w latach 1920-1945 (Działalność kulturalna, polityczna i socjalna), Gdańsk 1997.
[27] W. JASTRZĘBSKI, J. SZILING 1979; D. STEYER, Eksterminacja ludności polskiej na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdynia 1967.
[28] Allerdings existieren einige Artikel, die einzelne Bereiche der deutschen Okkupation Gdingens thematisieren. In dieser Arbeit werden u.a. zitiert: M. TOMKIEWICZ, Wysiedlenia z Gdyni w 1939 roku, in: Biuletyn IPN, Nr. 12-1 (35-36), 2003-2004, S. 33-37; G. BERENDT G., Ludność Gdyni 1939-1945 – znaki zapytania, in: Dzieje Najnowsze, 4/2005, S. 193-205. Auch der Aspekt der Kriegskämpfe im September 1939 sowie der Massenmorde an den Bewohnern Gdingens wurden thematisiert. Die jüngsten Arbeiten dazu sind: G. PIWNICKI u. B. ZALEWSKI, Polski wrzesień 1939 w Gdyni, Gdynia 2009; E. GROT, Ludobójstwo w Piaśnicy jesienią 1939 r. ze szczególnym uwzględnieniem losu mieszkańców Gdyni, in: M. GAWRON u. H. GŁOGOWSKA (Hrsg.), Zeszyty gdyńskie Nr. 4, Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni. Gdynia w warunkach współczesnej unifikacji i dywersyfikacji kulturowo-cywilizacyjnej, Gdynia 2009, S. 237-265.

Teile der Stadtgeschichte in einzelnen Arbeiten dargestellt, aber die Forschungsarbeiten zum Thema Krieg im Hinblick auf Alltagsleben und Bevölkerungsfragen fehlen gänzlich. Die Zwischenkriegszeit sowie Aspekte der Nachkriegszeit sind in zahlreichen Arbeiten nachzulesen[29].

Nicht zuletzt die „positive" Assoziation Gdingens in Polen hat meiner Wahrnehmung nach bei den Einwohnern und anderen Interessierten großes Interesse an populärwissenschaftlichen Arbeiten geweckt, die die Geschichte der Stadt im Zweiten Weltkrieg behandeln. Ob die jährlich herausgegebene „Rocznik Gdyński"[30], die kürzlich erschienene „Encyklopedia Gdyni"[31], Fotobände mit historischen Aufnahmen der Stadt[32] oder regelmäßig erscheinende Artikel der lokalen Tagespresse („Śledź te strony", „moja Gdynia") – all dies bestätigt ein Interesse, ja eine gewisse Popularität des Themas „Gdingen 1939 bis 1945" unter den heutigen Einwohnern. Auch das neue Medium Internet besitzt einige Wissensplattformen über Gdingen während des Krieges, so unter anderem die offizielle Internetseite der Stadt www.gdynia.pl/historia oder die Internetseiten www.gotenhafen.pl und www.2wojna.gdynia.pl.

Unter den Versuchen, die Geschichte dieser Stadt im Krieg zu beschreiben, möchte ich noch meine Magisterarbeit mit dem Thema „Aus der Geschichte Gdingens in den Jahren 1939 bis 1945" („Z dziejów Gdyni w okresie II Wojny Światowej") nennen, die unter Betreuung von Prof. Marek Andrzejewski von der Universität Danzig im Jahr 2005 bereits erste Grundlagen für die vorliegende umfassendere Behandlung legte.

Zitierweise

Zitate wurden, sofern ohne Sinnverfälschung möglich, der neuen deutschen Rechtschreibung angepasst und grobe Rechtschreibfehler im Voraus korrigiert. Da vor allem in den deutschen lokalen Quellen aus den ersten Wochen des Krieges keine Umlaute vorkommen,

[29] J. DROZD, Społeczność żydowska w Gdyni w okresie międzywojennym, Gdynia 2007, M. KADRAS, Stefan Franciszek Sokół. Komisarz Rządu w Gdyni, Pelplin 2002; CZ. KLEBARZ, Port Gdynia 1922-1972, Gdańsk 1973; M. ODYNIEC, Gdynia w prasie niemieckiej Wolnego Miasta Gdańska 1920-1939, Gdańsk 1983; D. PŁAZA-OPACKA, Po słońce i wodę. Polscy letnicy nad Bałtykiem w XIX i w pierwszej połowie XX wieku, Gdańsk 2004; M. SOŁTYSIK, Gdynia miasto dwudziestolecia międzywojennego. Urbanistyka i architektura, Warszawa 1993; A. WRÓBEL, Żydzi w Gdyni w latach 1926-1939, Toruń 2005; J. EISLER, J. GRECZNIAK-FILIPP, W. KWIATKOWSKA, J. MARSZALEC, To nie na darmo... Grudzień '70 w Gdańsku i Gdyni, Pelplin 2006; M. ANDRZEJEWSKI, Marzec 1968 w Trójmiescie, Warszawa-Gdańsk 2008.

[30] Einige Beispiele: K. MAŁKOWSKI, Obrona cywilna Gdyni, in Rocznik Gdyński Nr. 9 1989/1990, Gdynia 1991, S. 68-80; M. GWIAZDA, Powstanie i rozwój komunikacji miejskiej w Gdyni, cz. 1: lata 1927-1945, in: Rocznik Gdyński, 1983, Nr. 4, Gdynia 1984, S. 41-49; K. HEJMOWSKI, Poczta gdyńska w okresie okupacji, in: Rocznik Gdyński, Nr. 6, 1985, Gdynia 1986, S. 131-136; B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI, Konspiracja gdyńska 1939-1945, in: Rocznik Gdyński, Nr. 5, 1984, Gdynia 1985, S. 146-159.

[31] M. SOKOŁOWSKA, J. GRECZANEK-FILIPP u. W. KWIATKOWSKA, Encyklopedia Gdyni, Gdynia 2006.

[32] S. KITOWSKI, Gdynia. Miasto z morza i marzeń, Gdynia 1999; S. KITOWSKI u. M. SOKOŁOWSKA, Ulice Gdyni. O historii i patronach, Gdynia 2001.

weil es offensichtlich nicht genügend deutsche Schreibmaschinen gab und die beschlagnahmten polnischen Geräte benutzt wurden, wäre die Lektüre solcher Texte sonst recht mühsam. Viele im Zusammenhang mit Themen der Vor- und Nachkriegszeit zitierte Quellen in polnischer Sprache habe ich selbst übersetzt. In den zugehörigen Fußnoten weise ich dann darauf mit „Übersetzung MS" hin.

Zur Vereinfachung der Lektüre für den deutschen Leser habe ich mich in dieser Arbeit durchgehend für die Form „Gdingen" anstelle des polnischen „Gdynia" entschieden, ausgenommen Zitate.

Danksagung

An dieser Stelle danke ich all denen sehr herzlich, die die Entstehung dieser Arbeit unterstützt haben. Dazu gehören zuerst jene, die die Archiv- und Bibliotheksrecherchen finanziell durch Stipendien ermöglicht haben: das Herder-Institut in Marburg, die Zeit-Stiftung in Hamburg, das Deutsche Historische Institut in Warschau und der Sonderforschungsbereich 437 „Kriegserfahrungen" an der Universität Tübingen.

Ich bedanke mich auch für das Zuhören und die hilfreichen Hinweise und Kommentare bei meinen drei Kolloquiumsterminen in Marburg (im Rahmen meines Rechercheaufenthaltes 2007), in Tübingen (bei einem der allwöchentlichen Kolloquien des Instituts für Osteuropäische Geschichte 2008) sowie in Hamburg (während des Alumnitreffens des Stipedienprogramms „Deutschland und seine östlichen Nachbarn" 2008).

Mein besonderer Dank richtet sich an meinen Doktorvater Herrn Professor Dietrich Beyrau, der jeden meiner Schritte bei der Entstehung dieses Projektes unterstützte und sie mit Anregungen und aufmerksamer Kritik bereicherte.

Für die sprachliche Korrektur dieser Arbeit danke ich ganz besonders Herrn Siegfried Neuweiler.

1 Gdynia: Polens Fenster zur Welt

1.1 „wie durch Zauberei..."[1]: Errichtung Gdingens als Polens erster Hafen

„Gdingen ist eine besondere Stadt, eine Stadt, die aus einem Traum entstanden ist. Sie wurde gebaut nach einem Traum vom Meer, vom freien Zugang zur Welt, vom Wohlstand."[2] Diese Sätze begrüßen heute den Besucher der Internetseite der Stadt, und sie illustrieren zugleich ihren besonderen Status in der polnischen Gesellschaft.

Die Geschichte Gdingens begann erst in den 1920er Jahren, als das Fischerdorf zur bedeutenden Hafenstadt wurde. Ihre Gründung und spätere Entwicklung als nationales „Fenster zur Welt" wurde von einer erstaunlichen Dynamik gekennzeichnet, die im Vergleich der polnischen Städte ein Spezifikum darstellt. Ihre wachsende Bewohnerschaft wie auch zahlreiche Menschen aus anderen Landesteilen beobachteten das Wachstum und den Aufstieg „ihres" ersten polnischen Hafens, der auch nach offizieller Betrachtung Besitz der gesamten Nation war[3] und bis heute von diesem Mythos zehrt[4]. Nicht nur anerkannte Künstler, Politiker und Dichter wie etwa Żeromski mit ihrem unbeirrten Enthusiasmus für die Idee eines polnischen Hafens und einer Stadt am Meer, sondern jeder einzelne Pole, der Steuern für die Erbauung des Hafens gezahlt hatte, fühlte sich als Teil des Erfolges[5].

Es schien undenkbar, dass ein Staat, der gerade nach einer mehr als 120-jährigen Abwesenheit von der politischen Karte Europas aus der Nichtexistenz herausgetreten war, neben dem Kampf mit all seinen gewaltigen Problemen noch ein Projekt wie den Bau eines neuen Hafens erbringen könnte. Dessen Umsetzung schien in den Wirren der Instabiliät, des Krieges gegen das bolschewistische Russland, der Hyperinflantion und der Wirtschaftskrise wie auch angesichts der politischen Achterbahn mit ständig wechselnden Regierungen und einer Unmenge von dringlicheren Aufgaben auf allen staatlichen Ebenen völlig unerreichbar zu sein[6]. Vor allem in Danziger und deutschen Kreisen wurde der beabsichtigte Bau eines Hafens

[1] H. LUER, Unser Danzig, Danzig 1939, S. 56.
[2] URZĄD MIASTA GDYNI 2008 (Übersetzung MS).
[3] Korzenie Gdyni, Materialien der historischen Konferenz vom 2.10.2002, Teil I, S. 5 (Einführung).
[4] A. CHODUBSKI, Wartości cywilizacyjne a przeobrażenia kulturowe Gdyni, in: H. GŁOGOWSKA u. M. GAWRON (Hrsg.), Zeszyty gdyńskie Nr. 1, Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni. Gdynia w warunkach współczesnej unifikacji i dywersyfikacji kulturowo-cywilizacyjnej, Materialien der Konferenz „Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni" vom 15.2.2006, Gdynia 2006, S. 13-32.
[5] I. SAGAN, Miasto. Scena konfliktów i współpracy. Rozwój miast w świetle koncepcji reżimu miejskiego, Gdańsk 2000, S. 208.
[6] vgl. die Arbeit zur polnischen Geschichte 1918-1939 von A. CZUBIŃSKI, Dzieje najnowsze Polski do roku 1945, Bd. 1, Poznań 1994; Arbeit zur politischen Situation in Polen der 1920er und 1930er Jahre im Kontext der osteuropäischen radikal-nationalen politischen Strömungen, wenn auch ungewöhnlich dargestellt: W. WIPPERMANN, Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009, S. 136-139.

durch einen „Saisonstaat“ nicht ernst genommen und gern schon allein wegen der finanziellen Belastungen eher als utopischer Wunsch angesehen[7].

Für Polen, dem nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages und dessen Inkrafttreten im Jahr 1920 ein etwa 74 km breiter Meereszugang gewährt worden war, war ein eigener Handels- und Kriegshafen jedoch ein Garant für wirtschaftliche und – nach Ausbau der polnischen Flotte – auch militärische Unabhängigkeit[8]. Im Jahr 1920 wurde das Projekt eines „temporären Kriegsmarinehafens mit Unterkunft für Fischer“ bewilligt, im darauf folgenden Jahr schließlich mit dem Bau begonnen. Doch die für den Ort wichtigste Entscheidung wurde am 23.9.1922 getroffen, als der polnische Sejm den Bau eines Meereshafens in Gdingen bewilligte[9]. Bereits im April 1923 wurden die ersten Hafeneinrichtungen zur Nutzung freigegeben, und im August 1923 konnte schließlich das erste große Handelschiff, der französische Dampfer „Kentucky“, an der neu errichteten, 500 Meter langen Holzmole einlaufen.

Dank einiger glücklicher Umstände und durchdachter wirtschaftlicher Entscheidungen der Erbauer kam der wachsende Hafen innerhalb von nur wenigen Jahren zu Ansehen. Schon im Dezember 1933 konnte nach nur zehn Jahren Bauzeit die vollständige Fertigstellung aller Anlagen gefeiert werden[10]. Dazu trugen Kredite westlicher Länder wie v.a. Frankreich, staatliche Vergünstigungen wie die „Gdingen-Doktrin“ zur Anziehung privaten Kapitals[11], die Subventionierung von Bauinvestitionen von bis zu 90%[12] sowie äußere Bedingungen wie der Kohlearbeiterstreik in England 1926, der Polen neue Absatzmärkte für seine Kohle verschaff-

[7] Der polnische Hafen Gdingen als Wettbewerbsfaktor in der Ostseeschiffahrt. Entgegnung auf Dr. Hermann Steinerts gleichnamigen Aufsatz aus sachverständigen Danziger Kreisen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 33, Jg. 1933, Heft 2, S. 628; „Wir haben auf deutscher Seite den polnischen Hafenbauplänen in Gdingen anfangs auch mit einem ungläubigen Lächeln gegenübergestanden, um recht bald einzusehen mit welchem Ernst und mit welcher Energie die Polen diesen Plan durchführen“, aus: OSTLAND- INSTITUT DANZIG (Hrsg.): Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jg. 2 (1928), Nr. 7, S. 133-134, als Kommentar zu A. POTYRAŁA, Realne podstawy dla stworzenia własnego przemysłu okrętowego, in: „Żegluga“, Jg. 1, Nr. 5-6, S. 1-8.

[8] Da Polen nicht gewährt wurde, in Danzig Kriegsschiffe zu unterhalten, war die einzige Möglichkeit der Besitz eines eigenen Kriegshafens, vgl. J. KRASUSKI, Polska i Niemcy. Dzieje wzajemnych stosunków politycznych (do 1932 roku), Warszawa 1989, S. 403-404; nicht ohne Bedeutung für die Entscheidung war auch, dass sich die Danziger Hafenarbeiter während des Krieges Polens mit dem bolschewistischen Russland weigerten, das Kriegsmaterial für Polen auszuladen, vgl. F. FUCHS, Die Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Deutschen Reich in der Zeit von 1920 und 1939 unter besonderer Berücksichtigung der Judenfrage in beiden Staaten (Diss.), Freiburg 1999.

[9] W. SERCZYK, Dzieje Polski, Wybór materiałów zródlowych, Kraków 1990, S. 176, „Ustawa o budowie portu w Gdyni“, Warszawa, 23 września 1922.

[10] M. ODYNIEC, Gdynia w prasie niemieckiej Wolnego Miasta Gdańska 1920-1939, Gdańsk 1983, S. 93; J. MIKOŁAJSKI, Die Häfen Danzig (Gdańsk) und Gdingen (Gdynia). Eine verkehrsgeographische Skizze, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jahrgang 10/1966, Heft 4, 1966, S. 114.

[11] I. SAGAN 2000, S. 190.

[12] W. SERCZYK 1990, S. 247, „Rozporządzenie o popieraniu rozbudowy i rozwoju gospodarczego miasta i portu w Gdyni”, Warszawa, 1 czerwca 1927.

te[13] und der Einsatz engagierter Politiker wie Minister Eugeniusz Kwiatkowski bei. In den Jubiläumsschriften anlässlich des zehn Jahre währenden Ausbaus des Meereszugangs wurde versichert, dass die polnische Regierung und Bevölkerung „die wiedererlangte Erbschaft ihrer Vorfahren an der Ostsee nicht vergeuden, sondern sie im vollen Maße zum Wohle und Ruhme des wieder auferstandenen Vaterlandes nutzen [werden], indem sie aus Gdingen die Perle der Republik [machten].“[14]

Die Entwicklung der „weißen Stadt”, wie sie in der Zwischenkriegszeit genannt wurde, übertraf jedoch die Erwartungen sowohl ihrer Erbauer wie auch der politischen Beobachter[15]. Aus den 1923 lediglich drei eingelaufenen Schiffen waren im Jahr 1936 schon über 4.900 geworden[16]. Im Jahr 1926 lag die Ausfuhr des Hafens bei 404.000 Tonnen, im gleichen Jahr in Danzig bei 5,64 Mio. Tonnen. 1938 waren in Gdingen bereits 7,65 Mio. Tonnen Aus- und 1,53 Mio. Tonnen Einfuhr erreicht, während Danzig mit stagnierenden 5,56 Mio. Tonnen Aus- und 1,56 Mio. Tonnen Einfuhr dahinter lag[17]. Das ganze Land interessierte sich für derartige Fortschritte. Schon Ende der 1920er Jahre gründeten sich vielerorts Verbände und Gruppen, „die sich zur Aufgabe machten, Land und Leute an der polnischen Küste kennen zu lernen, die bisher geleistete Arbeit [...] mit eigenen Augen zu schauen, zu werten, und schätzen zu lernen.“[18] Das Wachsen der Stadt, jedes neu errichtete größere und wichtige Gebäude, jedes Ereignis im Hafen wurde in der allgemeinen Presse in ganz Polen dokumentiert[19].

Der Ausbau des Hafens ließ auch die Stadtbevölkerung stark anwachsen, so dass die ursprünglich 1.300 Einwohner des Jahres 1921 bereits nach fünf Jahren auf eine Zahl von 12.000 Personen angewachsen waren. Am 10.2.1926 erhielt Gdingen schließlich Stadtrechte, und im Juni 1939, als der Hafen bereits den größten Teil des polnischen Außenhandels umsetzte, war es mit 127.000 Einwohnern bereits zur Großstadt geworden. Charakteristisch war der unter allen Städten Polens geringste Anteil von Minderheiten („Das Menschenmaterial ist hier im höchsten Grade polnisch“[20]): Im Jahr 1937 waren fast 95% der Bewohner, d.h. fast 105.000 Personen, polnischer Nationalität, den Rest machten überwiegend jüdische und uk-

[13] B. HEINEMANN, Der Hafen Gdingen und die Frage Danzig-Gdingen, in: Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde, 1936, S. 117.
[14] P. BOMAS, Urządzenia w porcie gdyńskim, in: V. CZ. PECHE (Hrsg.), Kronika o polskim morzu. Dzieje walk, zwycięstw i pracy, Warszawa 1930, S. 195-204.
[15] E. GOSS, Die Entwicklung des Außenhandels der Häfen Danzig und Gdingen, ein Wirtschaftskampf um den Güterumschlag. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe Universität zu Frankfurt a.M., Frankfurt am Main 1935, S. 44.
[16] H. LUER 1939, S. 56.
[17] F. FUCHS 1999, S. 31.
[18] Gdynia i Gdańsk. Porty Polskie. Flugblatt vom 15 März 1929 (Übersetzung MS).
[19] D. PŁAZA-OPACKA, Po słońce i wodę. Polscy letnicy nad Bałtykiem w XIX i w pierwszej połowie XX wieku, Gdańsk 2004, S. 94.
[20] vgl. A. WRZOSEK u. S. ZWIERZ, Żywioł obcy w życiu gospodarczym Pomorza, Gdynia-Toruń 1937, S. 25-27.

rainische Gruppen aus[21]. Auch die Stadtfläche vergrößerte sich durch Eingemeindung einiger Umlandsiedlungen in den Jahren 1930, 1933 und 1935 kontinuierlich[22], so dass sie vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zehn Mal so groß war wie noch im Jahr der Verleihung der Stadtrechte. Im Jahr 1939 war Gdingen mit 66 km² die nach Fläche sechstgrößte Stadt des damaligen Polens, welches sowohl mit seiner Bevölkerungszahl von 35,1 Millionen und einer Fläche von 388.600 km² sechstgrößter Staat Europas war.

1.2 Wirtschaftliche Verflechtungen und städtische Entwicklung vor 1939

Nach Erlangung der Unabhängigkeit des polnischen Staates mussten nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages alle auf dem Seeweg von und nach Polen geführten Güter den Danziger Hafen passieren. Die komplizierte Struktur des internationalen Hafenvorstands der Freien Stadt sowie die aus polnischer Sicht nicht ausreichende Hafenausstattung ließen die Benutzung durch den Staat Polen jedoch zunehmend ungünstiger werden. Nicht ohne Bedeutung war, dass die Hafenverwaltung in überwiegend deutscher Hand lag. Hinzu kamen die andere Währung der Freien Stadt Danzig, das Fehlen billiger Arbeitskräfte und vor allem die politische Missgunst der von Berlin beeinflussten Danziger Regierung gegenüber Polen. Die polnische Regierung strebte den eigenständig kontrollierten Seehafen auf polnischem Territorium daher auch an, um unabhängiger und rentabler wirtschaften zu können[23]. Der „Ausbau eines eigenes Hafens, [...] das ist eine Notwendigkeit, das ist ein weittragender politischer Schritt“[24], so lautete die Devise bei der Entscheidung für den Bau.

Die Weitsichtigkeit dieser Entscheidung zeigte sich beim Ausbruch des so genannten Zollkrieges zwischen Polen und Deutschland im Jahr 1925, der die deutsch-polnischen Beziehungen bis 1934 belastete. Nachdem Deutschland im Juni 1925 weitere Kohleimporte aus Polen verweigerte, weil man dort ein Zollgesetz verabschiedet hatte, das die Preise für Deutschland deutlich erhöhte, verschlechterten sich die ohnehin schwierigen bilateralen Beziehungen drastisch. Einfuhrverbote und Zölle für bestimmte Produkte aus dem jeweiligen

[21] A. WRÓBEL, Żydzi w Gdyni w latach 1926-1939, Toruń 2005, S. 35. Eine interessante, detaillierte Darstellung des Anteils des „fremden Elements” in der Wirtschaft Pommerns, darunter auch in der Stadt Gdingen selbst präsentieren auch A. WRZOSEK u. S. ZWIERZ 1937.
[22] CZ. KLEBARZ, Port Gdynia 1922-1972, Gdańsk 1973, S. 28f.
[23] S. MIKOS, Powstanie i rozwój portu gdyńskiego w okresie międzywojennym, in: Gdynia, Reihe: Pomorze Gdańskie, Nr. 5, Gdańsk 1968, S. 39ff.
[24] OSTLAND-INSTITUT DANZIG (Hrsg.), Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jg. 1, 1927, Nr. 2, S. 37-39, als Kommentar zu S. SROKOWSKI, Przegląd najważniejszych problemów zagranicznej polityki Polski w związku z sytuacją naszą wobec Niemiec, in: „Polska Zachodnia“, Jg. 1, Poznań 1926, S. 108ff.

Nachbarland wurden angehoben. Eine schwerwiegende deutsche Sanktion gegen Polen, das Einfuhrverbot für polnische Kohle auf den deutschen Markt, führte im bis dahin überwiegend mit Deutschland handelnden Polen jedoch nicht zur ökonomischen Katastrophe. Die Suche nach neuen Absatzmärkten für die Kohle gestaltete sich über den eigenen Hafen vorteilhaft und diversifizierte die Außenhandelsstruktur des jungen Staates wesentlich[25]. Der Zollkrieg beflügelte Polen geradezu darin, den Ausbau Gdingens voranzutreiben, Transportwege wie die Eisenbahn-Kohlenmagistrale in die südlichen Industriegebiete zu erbauen, und die Entwicklung neuer Industriezweige einzuleiten[26]. So entfaltete sich Polens wirtschaftliche Präsenz von vormals regionalen deutsch-polnischen Beziehungen hin zu internationalen, stark verbreiterten Handelsverbindungen, die das Land zu einem Teil des Handelskreislaufes im modernen Europa und der Welt machten[27].

In den modernen Hafeneinrichtungen wie dem Reisschälwerk (s.a. Postkarte aus Gdingen mit einem Foto des Reisschälwerks unten links sowie weiteren Einrichtungen der Stadt in Abb. 1), dem Kühlhaus, dem Reifhaus für Bananen und den riesigen neu erbauten Magazinen stapelten sich Fracht und Produkte aus der ganzen Welt[28]. Im Jahr 1938 bediente der Hafen 32 europäische und 17 interkontinentale Schifffahrtslinien, die u.a. nach Afrika, Nord- und Südamerika sowie nach Fernost fuhren[29]. Die Präsenz der Welt an der polnischen Küste deuteten neben den riesigen Schiffen mit ihren exotischen Flaggen auch zahlreiche Konsulate ferner Länder an, darunter Japan, Argentinien und Peru[30]. Auf den Straßen der Stadt sah man Matrosen aus den entferntesten Ländern der Erde, und nicht selten tuschelte man sogar von engen „Beziehungen“ polnischer Hausmädchen mit dunkelhäutigen Seemännern, die in der Stadt verweilten[31].

[25] A. CZUBIŃSKI 1994, S. 264f.
[26] J. ELVERT, Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945), HMRG Beihefte, Bd. 35, Stuttgart 1999, S. 100f.
[27] M. DROZDOWSKI, Powrót Polski nad Bałtyk 1920-1945. Antologia tekstów historycznych, Warszawa 1997, S. 207, 10 lutego 1939, Artykuł redakcyjny „Morze i Kolonie” w rocznicę zaślubin z Bałtykiem.
[28] S. FRANKOWSKI, Gdingen von heute (Gdynia w dobie dzisiejszej) aus „Przegląd Morski“ (Marinerundschau), Jg. XI, Nr. 108, März 1938 (Dienstliche Übersetzung der Publikationsstelle des Preuss. Geheim Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. Ausgeführt von Dr. A. Loessner 1938), S. 4 (186).
[29] S. FRANKOWSKI 1938, S. 3 (185).
[30] PRZEWODNIK POMIANA, Bd. 1, Gdynia, Wolne Miasto Gdańsk i Wybrzeże, Warszawa 1939, S. 52-57.
[31] HELENA BYLEWSKA, Erinnerungen im Besitz der Verfasserin; s.a. Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 1, S. 4, „Miłość w czekoladowym kolorze.“

Abb. 1: Polnische Postkarte aus der Vorkriegszeit, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176640.

Die gewachsene Bedeutung bewirkte auch bei der polnischen Bevölkerung eine veränderte eigene globale und wirtschaftliche Verortung, die „große Welt“ wurde „kleiner“ und erschien weniger fremd und fern; Gdingen war zum Tor dorthin geworden. Die Ostseeküste wurde ein wichtiges Ziel Arbeitssuchender, touristischer Interessen und auch der nationalen infrastrukturellen Entwicklung. So umging die rund 480 km lange Eisenbahnachse der sogenannten Kohlenmagistrale gezielt das Danziger Stadtgebiet und verband den Hafen direkt mit dem oberschlesischen Industriegebiet, was den schnellen und zuverlässigen Transport von Kohle, dem Hauptexportprodukt Polens, an die polnische Küste und weiter in die Zielländer sicherte[32]. Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges passierte der größte Teil des polnischen Innen- und Außenhandels diesen so kurzen Abschnitt der polnischen Staatsgrenze[33]. Gdingen erhielt überdies direkte Bahnverbindungen mit allen anderen wichtigen Städten im damaligen Polen wie zum Beispiel dem 1087 Streckenkilometer entfernten Lemberg, das man umsteigefrei via Krakau und Kattowitz in guten 17 Stunden erreichen konnte[34].

In den „Pionierjahren“ standen nicht einmal ausreichend Unterkünfte für Ingenieure und Arbeiter zur Verfügung, doch schnell entwickelte sich Gdingen zu einer Stadt, die Besuchern wie Bewohnern alle erdenklichen Konsumgüter und Versorgungsdienstleistungen zu bieten hatte. Im Handumdrehen entstanden Hotels, Pensionen, Restaurants, Krankenhäuser, Kinos, Tankstellen, ein Casino und all das, was zur Grundausstattung und Infrastruktur einer modernen Stadt gehörte. Auch Touristen, die ein Andenken mit nach Hause nehmen wollten, waren nicht mehr auf Ostseewasser angewiesen. Ein ganzer Wirtschaftszweig beschäftigte sich mit der Produktion und Vermarktung von Bernsteinsouvenirs und speziellen lokalen Produkten wie Sprottenkonserven[35].

1.3 Symbolische Bedeutung Gdingens für Polen vor 1939

In den Jahren nach der Inbetriebnahme des Hafens symbolisierte Gdingen die Fähigkeit Polens zu moderner Planung und Technik und wurde als Höhepunkt polnischen Schaffens und

[32] H. STEINERT, Der polnische Hafen Gdingen als Wettbewerbfaktor in der Ostseeschiffahrt, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 31, Heft 2, Jg. 1930, S. 603; s.a. B. HEINEMANN 1936, S. 115; Argumente zum Bau einer Eisenbahnlinie Oberschlesien-Gdingen ausführlich in OSTLAND-INSTITUT DANZIG (Hrsg.), Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jhrg. 2 (1928), Nr. 8, S. 158-162, als Kommentar zu J. Kiedroń, Kolej Górny Śląsk-Gdynia jako najpilniejszy problemat gospodarczy Polski, in: „Żegluga“, Jg. 2, Heft 5/6, S. 13-16 u. Heft 7/8, S. 3-6; T. JOHANNSEN, Gdingen, in: OSTLAND-INSTITUT DANZIG (Hrsg.), Ostland-Schriften, Heft 1, S. 61-65.
[33] H. STRASBURGER, Dlaczego Polska nie może dać się odepchnąć od Bałtyku, Biblioteka Polska 1939, S. 14.
[34] PRZEWODNIK POMIANA 1939, S. 46-48.
[35] D. PŁAZA-OPACKA 2004, S. 108.

lebendiger Ausdruck der durch Piłsudski stark betriebenen „Maritimität“ Polens nach 1918 angesehen[36]. Sie fungierte als Beleg polnischer Selbstbehauptung in Europa als moderne Macht und widerlegte die verbreitete Meinung über einen Mangel polnischer Potentiale. Sie wurde auch als neuartige Waffe gegen den polnischen Pessimismus dargestellt, was die Stabilität des neu errichteten Staates betraf. Zeitgenössische Zeugen beschrieben sogar das Gefühl, an der polnischen Geschichte mitzuschreiben. Im „Kurjer Poznański“ vom 26.9.1928 war zu lesen: „Vielleicht sind sich nicht alle ausreichend klar darüber, dass das, was in Gdingen passiert, Geschichte ist.“[37] Die Leistung der polnischen Nation, eine Hafenstadt aus dem Nichts zu errichten, und deren Bedeutung für die Bürger wurden in zeitgenössischen Arbeiten und werden auch in der Gegenwart gerne thematisiert. In einem Text vom Ende der 1930er Jahre heißt es:

> „Ein lebendiger Beweis für diese tatsächlich schöpferischen Kräfte Polens ist Gdingen geworden, das aus dem Sande der Kaschubei heraus entstanden ist. Es ist kein Wunder an sich, denn als materielle Schöpfung verdankt es seine physische Existenz auch Momenten materieller Natur. Aber ein Wunder ist die Tatsache, dass ein Volk, das kaum zum selbständigen staatlichen Leben erwacht und sich noch nicht wieder gefunden hatte nach der langen Lethargie der Unfreiheit und nach den schweren Kriegen, die Bedeutung eines solchen Ereignisses in gebührender Weise begriff.“[38]

Gdingen wurde dabei oft nahezu personifiziert. Indem es die Kraft des neuen Staates, die Stärke des Charakters seines Volkes verkörperte, wurde es symbolisch zu einem Extrakt des Besten erhoben, was Polen zu leisten vermochte, „eine Emanation polnischer Kultur, polnischen Wissens und polnischer Arbeit.“[39] Durch die enge Verbindung zur und das Verantwortungsgefühl für die Stadt entstand ein emotionaler Beschreibungsstil, der ihr beinahe menschliche Züge gab, der nirgends sonst zu finden war und den positiven Blick auf die Stadt noch einmal unterstrich. Hierfür mag das grammatische Geschlecht mitverantwortlich sein – der Name Gdynia ist nach polnischer Grammatik weiblich[40]. Daher waren Spitznamen wie „bes-

[36] vgl. zu „Maritimität“ und „Kontinentalität“ des polnischen Staates seit 1918: S. TROEBST, „Międzymorze“ i „zaślubiny z morzem“. Mapy mentalne a polityka historyczna w Europie środkowowschodniej, in: Zapiski Historyczne, Bd. LXXI, Jahr 2006, Heft 4, S. 73-106; s.a. L. GUSTOWSKI, Na morze. Gdańsk-Gdynia. Garść myśli morskich i portowych, Poznań 1931, S. 11f.
[37] T. JOHANNSEN 1928, S. 1 (Autor zitiert „Kurjer Poznański“ vom 26.9.1928).
[38] S. FRANKOWSKI 1938, S. 1.
[39] T. SPITZER, Gdynia i jej znaczenie dla gospodarstwa Polski, Kraków 1933, S. 87 (Übersetzung MS), s.a. L. GUSTOWSKI 1931, S. 51.
[40] vgl. zu „Weiblichkeit“ der Städte und zur „Topographie der Geschlechter in Gründungsmythen und Städtedarstellung“: S. WEIGEL, Topographien der Geschlechter, Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 149-196.

tes Kind des neuen Polens“ , „größtes Kind des polnischen Volkes“, „neues Wunder“[41], „Polens Fenster zur Welt“, „Fahne Polens“, „wahres Wunder“[42], „Perle der Republik“ und „Schatz des Volkes“[43] populär – beinahe hätte hier ein Diskurs über die verwendeten Metaphern entstehen können.

Immer wieder wurde der Anfangzustand, die „Pionierzeit“, mit dem Erfolg, dem Wachstum und dem hohen Ansehen, welche schon nach wenigen Jahren entstanden waren, verglichen und Staunen über das Vollbrachte ausgedrückt. Ein Beispiel dafür ist das Manifest des Komitees für die Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum des wiedergewonnenen Meereszugangs vom 10.2.1930:

> „Wir haben nur ein Stück von dem bekommen, was das Erbe unserer Väter war. Ein Stück fast menschenleerer Küste, ohne Hafen, ohne direkte Eisenbahnlinie. Unsere Feinde blickten spöttisch auf unsere ersten Spatenstiche an dieser Küste. Mehr noch – wir haben selbst oft an der Effektivität und dem Erfolg unseres Handelns gezweifelt. Die Zweifler waren jene, die noch vor fünf Jahren ‚das Polen am Meer’ für ein Luftschloss gehalten haben. Diejenigen, die nicht geglaubt haben, sollten sich heute an die gleiche polnische Küste stellen und sich umschauen. Sie werden erkennen, was polnische Arbeit und polnische Schaffenskraft in so kurzer Zeit erreicht haben. [...] Auf Sand und Brachland ist ein großer Hafen entstanden, heute schon der fünftgrößte an der Ostsee.“[44]

Der Generalkonsul Polens in der Freien Stadt Danzig brachte den Visitenkarten-Charakter Gdingens für die Nation auf den Punkt: „Wenn man einen durchschnittlichen Europäer fragen würde, was Polen nach dem Krieg Positives getan hat, würde er wahrscheinlich zwei Antworten geben. Polen gewann den Krieg mit den Bolschewiken, und es hat Gdingen erbaut.“[45] In den polnischen wie auch den deutschen Texten tauchen im Zusammenhang mit dem Tempo, in dem die Stadt errichtet wurde, wiederholt zwei vergleichende Bemerkungen auf: „Amerika“ und „amerikanischer Baustil“. Diese werden auch im Kontext der hohen Rentabilität in-

[41] W. PEŁKA u. K. BARAŃSKI, Gdynia w roku 1928. Z okazji 10-lecia niepodległości Rzeczpospolitej Polskiej, o.O. (Pommerellen), S. 3 (Übersetzung MS).
[42] s.a. L. GUSTOWSKI 1931, S. 69.
[43] J. SMOLEŃSKI, Morze i Pomorze, Poznań 1928, S. 4, s.a. T. BIAŁAS, Miejsce Śląska w idei Polski Morskiej w publicystyce Ligi Morskiej i Kolonialnej z lat 1930-1939, in: M. MROCZKO (Hrsg.), Górny Śląsk i Pomorze – dwa symbole niezależności Drugiej Rzeczypospolitej, Bytom 1996, S. 110.
[44] M. DROZDOWSKI 1997, S. 199 (Übersetzung MS); s.a. Gdynia i Gdańsk. Porty Polskie. Flugblatt vom 15. März 1929, S. 1.
[45] H. STRASBURGER 1939, S. 32 (Übersetzung MS).

vestierten Kapitals benutzt[46]. „Gdingen wuchs in einem verrückten Tempo – die schönste Massenimprovisation, die vom polnischen Volk geschaffen wurde. Ein Wunder geschah.“[47]

Neben seiner Bedeutung als Fundament der Unabhängigkeit angesichts der zwei aggressiven Nachbarstaaten Deutschland und Sowjet-Russland und als Garantie der Präsenz Polens in der Welt und umgekehrt, markierte Gdingen gleichzeitig die Grenze zwischen dem „kontinentalen“ Polen des 19. Jahrhunderts und dem neuen, erwünschten „maritimen“ Polen. „Das Volk rief: ‚Die Landgrenzen erwürgen mich. Dort warten Ausbeutung und böser Wille der fremden Nachbarn! Öffne uns weiter das Tor in die Welt, Du polnisches Gdingen!‘“[48] Nur der Wiederaufbau Warschaus nach dem Zweiten Weltkrieg mag ähnlich intensive positive Gefühle hervorgerufen haben. Das Recht auf einen eigenen Hafen wurde in Polen als „heiliges Recht“ thematisiert: Ein Mensch habe ein Herz und zwei Augen, daher müsse Polen neben seiner Hauptstadt auch zwei Häfen haben[49]. „Ein freier Zugang zum Meer – das ist kein politisches Postulat, das ist das Heiligtum des polnischen Volkes. Wer diesem Heiligtum droht, der versteht entweder nichts vom polnischen Volk, oder er respektiert es nicht als Volk.“[50] Ein Staat ohne Zugang zum Meer sei wie „ein Haus ohne Tür und Fenster“[51], das schnell erobert und vom Feind zu seinem eigenen gemacht werden könne.

In den 1930er Jahren stand der Hafen an sich bereits weniger in der Diskussion, da er bereits sichtbare Erfolge erzielt hatte und Gdingen beachtliche Einwohnerzahlen erreicht hatte. Ein in Erinnerungen und Memoiren ab dieser Zeit häufig auftauchendes Wort war „Stolz“: Stolz auf die polnische Charakterstärke, auf die Tatsache, dass ein Land, das so lange faktisch nicht existiert hatte, doch die Willenkraft und psychischen Möglichkeiten besaß, so etwas Großes zu erschaffen. „Das ist unser Werk“, sagten die Polen, halb unsicher, halb verwundert, dass sie so etwas erreichen konnten. Das Geld zur Errichtung sollte „aus den Schatzkammern der Reichen, aus den Truhen der Geizhälse, aus den ärmlichen Geldbeuteln der endlosen Reihen von Beamten, aus den schmutzigen Tüchern der Arbeiter, aus den Strümpfen der Knechte, aus den Taschen der Armen“ gekommen sein. All das floss an die Küste und schuf hier eine Verbindung aller Gesellschaftsschichten[52].

Eine Stimme aus den 1930er Jahren fasst die symbolische Bedeutung der Anstrengungen des Baus dieser Hafenstadt folgendermaßen zusammen:

---

[46] W. DOWNAROWICZ, Gdynia – port. Informator z najnowszym planem portu i miasta, Gdynia 1932, S. 72.
[47] R. BALAWELDER, Polska ma dostęp do morza, Warszawa 1939, S. 147 (Übersetzung MS).
[48] T. BIAŁAS 1996, S. 150 (Übersetzung MS); s.a. M. WIDERNIK, Porty Gdańska i Gdyni w życiu gospodarczym II Rzeczpospolitej, Gdańsk 1991.
[49] Nach Minister Kwiatkowski in Głos Pomorski, 13.12.1927, in: JOHANNSEN 1928, S. 11.
[50] H. STRASBURGER 1939, S. 13 (Übersetzung MS).
[51] BIBLIOTEKA ŻOŁNIERZA KORPUSU OCHRONY POGRANICZA NR. 7, Nasza pierwsza wycieczka do Warszawy, Poznania i Gdyni, 6-10 marca 1933, Warszawa 1933, o.S. (Übersetzung MS).
[52] R. BALAWELDER 1939, S. 160.

„Ein Volk, das nach dem Durchmachen derartiger politischer Erschütterungen wie die Polen so bald nach der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit eine so hervorragende Entscheidung und eine solche Tat in Gestalt des Baues eines eigenen Hafens vollbracht hat, und zwar unter so schwierigen Bedingungen, wie sie nach der Beendigung des Weltkrieges bestanden, hat den Beweis für eine ungewöhnliche geistige Stärke und Spannkraft erbracht. Recht hatte jener Engländer, der Direktor einer großen Versicherungsgesellschaft, der nach der Besichtigung des Hafens und der Stadt und nach Worten der Anerkennung für die hineingesteckte Arbeit bekannte, dass sich zu einer solchen Tat nur das polnische Volk aufraffen konnte, d.h. ein Volk, dem die staatliche Routine fehlte, sich notgedrungen an die Logik des Denkens zu halten und das eine Risiko-Ader besaß. Kein anderes, sich in gleicher Lage befindliches Volk würde sich zu einer ähnlichen Sache entschlossen haben."[53]

In den Erinnerungen des damals 12-jährigen Władysław Bartoszewski ist zu lesen:

„Man sprach über den Erfolg Gdingens. Wir sind dort hingefahren. Ich war zwölf. Das war beeindruckend! Eine ganz neue Stadt. Eine moderne Stadt, Behörden, Hafen. [...] Wir wurden von den Bankangestellten, von den Kollegen meines Vaters empfangen. Ich erinnere mich, dass sie sagten: Das ist unser Werk! Sie waren stolz auf den Erfolg. Ich war auch stolz, als ich durch Gdingen ging."[54]

Gdingen wurde ein Magnet für Polen aus anderen Regionen des Landes, die kamen, um in dieser dynamischen Stadt voll junger Menschen eigene Existenzen aufzubauen. Ein alter Bewohner hat sich folgendermaßen über dieses Phänomen der Vorkriegszeit geäußert: „Wir konnten vielleicht Warschau um seine Theater oder Museen beneiden, aber nicht darum, dass es Hauptstadt war, weil wir selbst die Meereshauptstadt Polens waren."[55]

Man beschrieb zudem besondere Merkmale der Bewohner Gdingens. Sie wurden als „aus anderem Holz geschnitzte Menschen" bezeichnet, auf welche die Besonderheiten ihrer Stadt übertragen worden waren. Wie bei der direkten Beschreibung der Stadt fallen dem Außenstehenden auch bei der Charakterisierung der Bewohner Pathos und Übertreibung auf. „Sie waren nicht nur jung, sie zeichneten sich auch aus durch Kraft, Mut in der Überwindung

[53] S. FRANKOWSKI 1938, S. 1.
[54] M. KOMAR, Władysław Bartoszewski, Skąd pan jest? Wywiad rzeka, Warszawa 2006, S. 17 (Übersetzung MS).
[55] E. OSTROWSKA, Gdynia. Miasto i ludzie, Gdynia 2003, S. 74 (Übersetzung MS).

der Widrigkeiten des Lebens und durch besonderen Unternehmergeist.“[56] Über den Nachwuchs der Zuzügler äußerte man sich ebenso positiv:

> „Die Kinder und die Schuljugend von Gdingen sind stolz auf ihre Stadt. Es sind im allgemeinen Kinder mit großer Intelligenz, die infolge der engen Verbindung mit dem Meere entsteht, ferner mit den Flaggen der fremden Länder, mit exotischen Menschen und mit den wirtschaftlich-staatlichen Problemen, die hier nach außen hin in die Erscheinung treten und die Einwohner der Hafenstadt unmittelbar berühren.“[57]

Kurz vor Kriegsausbruch wurde der Bevölkerung mit symbolischen Charakterbeschreibungen in der lokalen Presse Mut zum Weiterarbeiten und zum Widerstand gegen die deutsche Bedrohung gemacht:

> „Die Einwohner Gdingens sind Menschen, die ganz besondere Vorzüge haben und gleichzeitig eine ganz andere Einstellung zum Leben. Zu den grundlegenden Charakterzügen gehören eine große Dosis Unternehmergeist und Vorliebe für hohes Arbeitstempo. Der durchschnittliche Bewohner Gdingens arbeitet mit Freude und arbeitet intensiv, weil es hier viel Arbeit und viele Pflichten gibt. Der Verstand der Bewohner Gdingens ist eingestellt auf das Bezwingen aller Schwierigkeiten und Pflichten.”[58]

Als generelle Tendenz in den polnischen Texten fällt in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre auf, dass zunehmend pathetischer und dramatischer geschrieben wurde. Hinweise auf die militärische Bedeutung und Abwehrfunktion des Hafens tauchten vermehrt auf; angesichts der Bedrohung des Hafens fühlten sich die Bürger sogar verpflichtet, zu seiner Verteidigung ihr Leben zu opfern. Letztendlich zeigen die quasi religiösen Rituale, die sich bis direkt vor Kriegsausbruch an der polnischen Küste abgespielt haben, die besondere Bedeutung der Stadt für die Polen. Ein Zeitzeuge erinnert sich folgendermaßen:

> „[Gdingen] ist wie Częstochowa ein Volksheiligtum geworden. Zum Fest des Meeres kamen Pilgerscharen aus ganz Polen nach Gdingen. [...] Dieser Drang der Polen ans Meer hatte etwas Seltsames an sich, etwas von einem Ritual. Die Leute gingen mit Ehrfurcht ins Wasser, bekreuzigten sich mit Meerwasser, nahmen Flaschen davon mit für die, die zu Hause geblieben waren. Gdingen bot ein außergewöhnliches Bild in der Zeit des jährlichen Meeresfests ‚Święto Morza’. Die Pilger kampierten auf den Straßen, in

[56] A. CHODUBSKI 2006, S. 19 (Übersetzung MS), vgl. J. WITEK, Trzy Gdynie, in: Wiadomości Polskie, Polityczne i literackie, 2. Jg., Nr. 41 (83), London, 12.10.1941, S. 4; s.a. Z. MACH, Niechciane miasta. Migracja i tożsamość społeczna, Kraków 1998, S. 19.
[57] S. FRANKOWSKI 1938, S. 8f.
[58] Gazeta Gdyńska, 9.8.1939 (Übersetzung MS).

den Grünanlagen, sie schliefen unter freiem Himmel. Auf diese Weise kehrte das polnische Volk zum Meer zurück.“[59]

Kritische Stimmen

Kritikern missfiel unter anderem das Stadtbild an sich. So vollkommen auch der Hafen erschien, so war die Stadt doch mit Fehlern behaftet, beispielsweise einer chaotischen Bebauung der Straßen, die durch das Fehlen eines Bebauungsplans oder eines urbanistischen Konzeptes bei gleichzeitig kaum zu kontrollierender Geschwindigkeit in der Bautätigkeit verursacht wurde. Schuld am schlechten Stand der Bebauung war vor allem die planlose und verspätete Errichtung von Arbeiterwohnungen nahe dem schnell wachsenden Hafengelände, die bis ins Jahr 1933, als die Baufreiheit eingeschränkt wurde, zahlreiche Unregelmäßigkeiten verursachte. Zwischen moderner funktionalistischer Architektur („moderner Klassizismus“), „Schiffssilhouetten aus Ziegeln und Zement“[60], welche die Stadt als stilistisches Novum auszeichneten[61] und „eine Fassade der Republik“ darstellen sollten[62], und stolzen Gebäuden der staatlichen Verwaltung wucherten durch den Siedlungsdruck der Zuwanderer billig errichtete Gebäude und Hütten, die durch unordentliche und schlampige Fertigstellung fehl am Platz wirkten.

Es fehlte an gewachsener Tradition und einer „Gleichschaltung des schöpferischen Elements”, „alles steckt[e] hier noch in den Anfängen”[63], was in Anbetracht der Stadtgröße untypisch war. Verschiedene Autoren beurteilten dies zwar kritisch, aber doch stets in Kombination mit einer Suche nach Gründen und der Erwähnung von Positivem:

> „Die früher gemachten Fehler sind schon nicht wieder oder beinahe nicht wieder gut zu machen. Wir stoßen in Gdingen also auf geradezu auffallende Unsinnigkeiten, wir sehen da große architektonische Schöpfungen und daneben ängstliche und schmutzige Objekte aus dem Beginn der Entstehung der Stadt. Das schafft Disharmonie und verletzt das Auge.“[64]
>
> „Bei dem ihr ganz eigenen Schick, bei der Schläue ihrer Werbung riecht [Gdingen] nach Arriviertheit. Die Straßen entstanden eine nach der anderen, oft chaotisch. Dringende Notwendigkeit hat die Möglichkeit bedachter und vernünftiger Planung verdrängt.

[59] T. BIAŁAS 1996, S. 119 (Autor zitiert W. Bartosiak 1942, Übersetzung MS).
[60] B. STÖRTKUHL, Gdynia – Meeresmetropole der Zweiten Polnischen Republik, in: A. BARTETZKY, M. DMITRIEVA u. S. TROEBST (Hrsg.), Neue Staaten – neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918, Köln 2005, S. 43.
[61] vgl. zur Architektur Gdingens in der Zwischenkriegszeit M. SOŁTYSIK, Gdynia miasto dwudziestolecia międzywojennego. Urbanistyka i architektura, Warszawa 1993.
[62] B. STÖRTKUHL 2005, S. 37.
[63] S. FRANKOWSKI 1938, S. 7.
[64] Ebd.

Gdingen – die Stadt erregt Aufmerksamkeit, erfreut durch großstädtische Weitläufigkeit, aber bezaubert nicht."[65]

In Richtung Stadtrand gab es darüber hinaus die verrufenen wilden Siedlungen der Armen, die von Träumen und Arbeitsversprechungen verführt kamen, aber keine Anstellung fanden. Diese wild gewachsenen Marginalsiedlungen ohne Wasser, Kanalisation und Strom zogen sich weit in die Peripherie und erhielten Spitznamen wie Peking oder Mexiko-Stadt[66]. Im Jahr 1936 hat angeblich über die Hälfte der Bewohner Gdingens in solchen Baracken, Blech- und Holzbretterbuden gewohnt[67]. Im Gegensatz dazu waren die Mieten in den regulären Häusern so hoch, dass Gdingen nun zur teuersten Stadt der ganzen Republik avancierte[68].

Obwohl die Stadtverwaltung in der Zwischenkriegszeit verschiedentlich versuchte, die Arbeitslosigkeit zu verringern, soziale Gegensätze abzubauen[69] und die „Katastrophe der Arbeitslosigkeit" abzuschwächen[70], blieb das Problem bis zum Kriegsausbruch präsent. Demonstrationen der Arbeitlosen gehörten konstant zum Stadtbild. Auch diejenigen, die Arbeit hatten, machten Gdingen mehrfach zum Schauplatz großer Streiks und Demonstrationen, wie beispielsweise Anfang der 1930er Jahre, als die Arbeiter gegen Lohnkürzungen auf die Straße gingen[71]. Trotz positiver Bilder in der Presse konnte nicht verschwiegen werden, dass dieses

[65] R. BALAWELDER 1939, S. 160 (Übersetzung MS).
[66] Tygodnik Morski Nr. 13 (350), 28.3.1965, S. 5; S. BIELENIA, Przeprowadzka „chińskiej dzielnicy", in: Rocznik Gdyński, Nr. 11, 1992/1993, Gdynia 1994, S. 89-102.
[67] Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 5, S. 10, „Mobilizować kredyty na budownictwo socjalne. Potrzeba osiedli robotniczych – nie luksusowych kamienic Z.U.S."
[68] Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 5, 1936, S. 5, „Tereny dla gminy – podstawa kwestji mieszkaniowej w Gdyni", vgl. B. STÖRTKUHL 2005, S. 38.
[69] T. SPITZER 1933, S. 118.
[70] „Mit jedem kommenden Tag erweitert sich die Zahl der Arbeitslosen und Unzufriedenen und damit wächst der Aufruhr in ihrer grauen Masse." (Übersetzung MS), in: Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 1, S. 4; S. l: „Nie cieszmy sie zbyt głośno"; „Barackensiedlungen in Stadtnähe zeigen ein tragisches Bild des Wohnungselends" (Übersetzung MS); S. 11: „Finansowanie budownictwa mieszkaniowego w Gdyni spotka się w tym sezonie z trudnościami kredytowemi"; vgl. Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 2, S. 1, „Klęska bezrobocia w Gdyni. Mamy 8.000 bezrobotnych. Nie sprowadzać obcych"; vgl. Torpeda. [...], 1. Jg. 1936, Nr. 3, S. 6, „Problem, który musi być w Gdyni rozwiązany. Prawdziwi bezrobotni muszą sami oczyścić swoje szeregi"; vgl. Torpeda. [...], 1. Jg. 1936, Nr. 5, S. 7, „Trzeba się spieszyć z utworzeniem komisji regulujacej przypływ sił roboczych"; vgl. Torpeda. [...], 1. Jg. 1936, Nr. 4, S. 6, „Domokrążcy rujnują kupca i zwiększają bezrobocie. Pokątny handel – Kupcowi gdyńskiemu grozi niebezpieczeństwo – Niech wszyscy staną do walki"; vgl. Torpeda. [...], 1. Jg. 1936, Nr. 24, S. 1, „Co będzie w zimie?"; an dieser Stelle einen herzlichen Dank an Frau Alexandra Walentowicz von der Viadrina-Universität für den Hinweis auf und die Kopienbereitstellung von der Wochenzeitschrift „Torpeda", die in den Jahren 1936 und 1937 erschien. Frau Walentowicz nannte auch weitere, für das Thema der Arbeitslosigkeit und der sozialen Probleme der Stadt wichtige Quellen: INSTYTUT GOSPODARSTWA SPOŁECZNEGO (Hrsg.), Pamiętniki bezrobotnych, Warszawa 1933 (1967 neu herausgegeben als erster Band einer Reihe); und die Sonderausgabe der „Wiadomości Literackie" zum Thema Gdingen und Meer von 1937 (Wiadomości Literackie, Nr. 27, 1937).
[71] vgl. zu einem Baustreik in Gdingen im Juni 1936: Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, 1. Jg. 1936, Nr. 8, S. 1, „Komu to potrzebne?" und in der folgenden Ausgabe Nr. 9 (auch Juni 1936), S. 1, „Dziki strajk i jego podłoże"; vgl. CZ. KLEBARZ 1973, S. 30f.

„polnische Klondike“ auch Elend und Unrecht beherbergte und neben den hart Arbeitenden auch Spekulanten und Glücksritter zur alltäglichen Realität gehörten.

1.4 Gdingen in den Augen der Deutschen vor dem Krieg

Auch auf deutscher Seite war der Hafen stets mit Emotionen verbunden, jedoch in aller Regel mit weniger positiven. Es lässt sich im Lauf der Zeit eine gewisse Veränderung des Tenors der deutschen Stimmen, Quellen und Äußerungen zu diesem Thema beobachten. Zu Anfang der 1920er Jahre dominierte eher der Zweifel an der Fähigkeit Polens, so große und anspruchsvolle Pläne in die Tat umzusetzen[72]. Stets waren offen oder versteckt Misstrauen und Ärger über die Entstehung des Konkurrenzhafens zu vernehmen. Die Emotionalität, mit der die Bedrohung Danzigs durch Gdingen und Gdingens Mitschuld an der Krise des Danziger Handels in deutschen Quellen angesprochen wurden, ist für die Zeit beachtlich. So werden die politischen Gründe für die Existenz des Hafens in einer Pressequelle folgendermaßen interpretiert:

> „Es stand für Polen fest, einen eigenen Hafen zu besitzen und zu erbauen, gleichgültig, welche Schwierigkeiten sich auch in den Weg stellen mochten. Das Nationalgefühl des polnischen Volkes ertrug es einfach nicht, einen ihm zugewiesenen Hafen nur benutzen zu dürfen, der für den Handel wohl sehr wichtig war, aber nicht selbst zu Polen gehörte. Man suchte nur nach wirtschaftlichen Gründen, um dem polnischen Volk, weiter aber auch der ganzen Welt, die Notwendigkeit des Baues von Gdingen vor Augen zu führen.“[73]

---

[72] vgl. L. GUSTOWSKI 1931, S. 49.

[73] E. GOSS 1935, S. 42. Ein interessantes Beispiel dieser Einstellung zur heutigen Zeit mit entsprechenden Argumenten finden wir bei H. PENTZLIN, Danzigs Konkurrenzhafen Gdingen. Der Bau des polnischen Hafens und die Folgen, in: Westpreussen-Jahrbuch, Band 38, Münster 1988, S. 74: „Obwohl Danzig mit seinem Hafen alle Wünsche der polnischen Wirtschaft nach einem Zugang zum Meer voll erfüllte und mit seiner regen Kaufmannschaft dem polnischen Außenhandel weit bessere Ergebnisse verschaffte, als vorher erwartet war, trieben Polen den Ausbau des Gdingener Hafens voran. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit, ja nicht einmal eine Zweckmäßigkeit – vor allem wenn man die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen betrachtet – bestand dafür nicht. Es waren ausschließlich politische Gründe, die dieses Vorgehen der Polen bestimmten. Es ging darum, Danzig unter Druck zu setzen, um stärkeren Einfluß in der Freien Stadt zu gewinnen und ihr Gebiet schließlich Polen einzuverleiben.“ An anderer Stelle (S. 80) setzt er fort: „Die Regelungen des Versailler Vertrages, darunter die Korridorregelung und das Statut der Freien Stadt Danzig, haben deutlich gezeigt, daß politische Regelungen, die Konfliktstoffe in sich bergen, mit der Gefahr eines offenen Konfliktausbruches verbunden sind, wenn nicht oder nicht rechtzeitig für eine Beseitigung des Konfliktstoffes gesorgt wird oder sogar der Konfliktstoff noch durch rechtswidriges Handeln – wie es Polen im Hafenstreit tat – vermehrt wird. Gezeigt hat sich auch, daß die Polen in Verfolgung ihrer politischen Ziele sich nicht von rationalen wirtschaftlichen Erwägungen leiten, ja nicht einmal beeindrucken lassen, sondern daß ihr Verhalten fast ausschließlich von ihrem emotionalen Nationalismus bestimmt wird. – Das sollte auch bei allen gegenwärtigen und künftigen Bemühungen um die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen betrachtet werden.“

Gdingen wurde von Danziger Seite stets als Ungerechtigkeit betrachtet. Demnach hatte Polen in den 1920er und 1930er Jahren versucht, Danzig wirtschaftlich von sich abhängig zu machen und ihm sowohl durch die Ein- und Ausfuhrbestimmungen wie auch durch den Ausbau des Hafens zu schaden[74]. Zudem sollte der Bau der Kohlenmagistrale von Schlesien, der Danzig umging, den Handel gezielt nach Gdingen umlenken[75]. Der staatlich betriebene und geförderte Hafen hat „auf Kosten des ‚natürlichen' Zugangs Danzigs seinen Umschlag von Jahr zu Jahr immer mehr" erweitert und „diesen damit praktisch außer Kraft zu setzen" gedroht[76]. Richtig merkt STÖRTKUHL an, dass im Antagonismus Danzig / Gdingen „das Bollwerk des Deutschtums" der polnischen „Bastion an der Ostsee" gegenüber gestellt wurde und diese Begriffe die Diskussionen über Bedeutung und Position der beiden Städte und Häfen überschatteten[77]. Unter den verbitterten deutschen Stimmen aus der Vorkriegszeit klingt folgender Ausschnitt aus der Dissertation von RIEPE fast anerkennend:

> „Nach den Wirren des großen Krieges hatte Polen seine staatliche Selbständigkeit wiedergewonnen. [...] Obwohl der polnische Staat in seinem Bestand noch durch kriegerische Verwicklungen mit seinem östlichen Nachbarn im Jahr 1920 schwer bedroht war und dann seine ganze Kraft einsetzen musste, um insbesondere Verwaltung, Rechtsprechung, Heerwesen usw. aufzubauen, stellte er sich eine neue ungewöhnliche Aufgabe: Die Schaffung eines Welthafens aus dem Nichts. [...] Es muss anerkannt werden, dass Polen es erreicht hat, durch ungeheure Opfer, wie vor allem durch Einräumung von tariflichen Vergünstigungen und durch die Ausgestaltung der Seepräferenzzollgesetzgebung, [...] aus dem Fischerdorf den bedeutendsten Hafen der Ostsee zu schaffen."[78]

Der Versailler Vertrag, das „Friedensdiktat"[79], wurde neben vielem Anderen als „Deckmantel" für die „möglichst lautlose ‚Verpolung'" der deutschen Stadt verantwortlich gemacht[80]. Das Unrecht für Danzig habe schon damit begonnen, dass es aufgrund der Regelungen nicht mehr selbstständig über seinen Hafen, „diesen Hauptnerv seines wirtschaftlichen Daseins",

---

[74] A. FORSTREUTER, Deutsches Ringen um den Osten. Kampf und Anteil der Stämme und Gaue des Reiches, Berlin o.J. (wahrsch. 1939), S. 230.
[75] Ebd., S. 381.
[76] K. FUCHS, Worum handelt es sich in Danzig? Grundsätzliches zur Lage an der Weichselmündung. Sonderdruck zu: Der Deutsche im Osten, Jg. 2, Danzig 1939, S. 2-3; E. GOSS 1935, S. 125; H. STEINERT 1930, S. 591f.
[77] B. STÖRTKUHL 2005, S. 34.
[78] H. RIEPE, Entwicklung der Verfassung und Verwaltung der Stadt Gdingen. Inaugural Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Juristischen Fakultät der Ruperto-Carola zu Heidelberg, Danzig 1936, S. 49f.
[79] Neben den zeitgenössischen Schriften über Versailles ein Karikaturenband: Narrenspiegel der Geschichte. Versailles und seine Folgen in der Weltkarikatur. Zusammengestellt aus dem Archiv der National-Zeitung Essen, Essen-Berlin-Leipzig 1937, S. 7 ff.
[80] F. LANGE, Ostland kehrt heim, Volksdeutsche Heimkehr, Bd. 5, Berlin-Leipzig 1940, S. 32.

entscheiden durfte[81]. Gdingen wurde beschrieben als „der sichtbare Ausdruck des politischen Willens Polens zur Macht und zur selbstständigen Schifffahrtspolitik“[82], als „die eigentliche pièce de résistance der Polen“, deren Bestreben darauf ausging, Danzig wirtschaftlich abzudrosseln und Polens Position als starker Staat zu beweisen[83]. Im Unterschied zu Danzig, welches durch „die Gunst seiner Lage und die Unternehmungslust seiner Kaufleute zu seiner Größe gelangte“, wurde Gdingen „vom polnischen Staat und durch dessen Machtmittel zum großen Hafen bestimmt und emporgetragen“[84], was in mehreren Quellen betont wurde[85]. Die offizielle Wahrnehmung des Gdingener Hafens in den späteren Jahren klingt in folgender Bemerkung an:

> „Heute ist das Ziel und der Zweck des Ausbaues von Gdingen klar erkennbar. Gdingen hat als Konkurrenzhafen Danzig überflügelt und ist das große Ausfalltor Polens an der Ostsee geworden. Der Hafen von Danzig hat seine eigentliche Bestimmung, ‚Polen einen sicheren und freien Zugang zum Meer’ zu gewährleisten, verloren. Damit aber wurde die Schaffung des ganzen Freistaates illusorisch, denn Danzig ist die Möglichkeit genommen, dem Außenhandel Polens zu dienen.“[86]

Die deutsche Kritik der Vorkriegszeit erreichte ihren Gipfel am Ende der 1930er Jahre, als der Tonfall infolge der nationalsozialistischen Regierung seine negativsten Ausprägungen erhielt. Gdingen wurde als „Aderlass für den Danziger Hafen“ bezeichnet, auf Danziger Seite liefen Parolen um wie „Niedergang in Danzig – Aufstieg in Gdingen!“[87] Hafen und Stadt wurden in aggressiven nationalsozialistischen Veröffentlichungen der 1930er Jahre als Schöpfungen, welche durch chauvinistische Agitation zum Mittelpunkt polnischen Großmachtstrebens geworden seien, dargestellt. Sie sollten „geistig-politisch und machtpolitisch zu einer Zwingburg gegen das Deutschtum gestaltet“ werden[88]. Das „böse“ Gesicht der polnischen Stadt am Meer wurde durch eindeutig feindlich wirkende Bilder ergänzt. In dem Buch „Deutschland und der Korridor“ von 1933 wird die erste Seite des Kapitels „Der polnische Hafen Gdingen“

---

[81] G. MARTINI, In der Gegenwart, in: H. BAUER u. W. MILLACK (Hrsg.), Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart, Danzig 1925, S. 161.
[82] B. HEINEMANN 1936, S. 113.
[83] H. E. WECHLIN, Reise nach Danzig-Westpreußen, in: Nationale Hefte, Schweizer Monatsschrift, April 1940/ März 1941, S. 487.
[84] H. STEINERT 1930, S. 608.
[85] Danzigs Bedrohung durch Gdingen. Die Entwicklung des Danziger Hafens seit Versailles – Die Danzig-polnische Hafenverständigung und ihre Ergebnis, in: Der Deutsche im Osten. Monatsschrift für Kultur, Politik, und Unterhaltung, Juni 1939, Heft 4, S. 78.
[86] E. GOSS 1935, S. 125.
[87] Danzigs Bedrohung durch Gdingen. Die Entwicklung des Danziger Hafens seit Versailles – Die Danzig-polnische Hafenverständigung und ihr Ergebnis, in: Der Deutsche im Osten. Monatsschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung, Juni 1939, Heft 4, S. 78.
[88] F. HEISS u. A. HILLEN ZIEGFELD, Deutschland und der Korridor, Berlin 1933, o.S.

mit einer Zeichnung illustriert, in der die Kanonen eines Kriegsschiffes direkt auf den Leser zielen[89]; weitere Bilder zeigen polnische Kavallerie bei Manövern, Truppenparaden zum Meeresfest und polnische Zugwaggons, auf die mit Kreide „Tod den Kreuzrittern", „Hitler verschwinde" und Ähnliches geschrieben steht, was als Beweis dienen sollte, dass Gdingen Mittelpunkt polnischer Propaganda geworden sei[90].

Schon kurze Zeit später sollte die Stadt jedoch zu einem der Schwerpunkte deutscher Kriegspropaganda werden. Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und symbolische Bedeutung Gdingens für Polen in der Zwischenkriegszeit gab den Ausschlag für ihre symbolische und faktische Umdeutung durch die NS-Regierung während des Krieges. Die deutsche Besatzung kämpfte bald mit brutalsten Methoden (Aussiedlungen, Ermordung von Führungskräften in Stadt und Region, Beschlagnahmung polnischen Besitzes) für das neue Dasein des Ortes.

[89] Ebd.
[90] Ebd.

2 Die deutsche Besetzung

„Der Traum polnischer Seegeltung war ausgeträumt“[1]

2.1 Vor dem Krieg und Kämpfe um die Stadt im September 1939

Drei Wochen vor Kriegsausbruch konnte man aus der lokalen Presse erfahren, dass trotz der ernsten politischen Lage und der gefährlichen Exzesse der deutschen Propaganda in Danzig „der Bürger von Gdingen seine Arbeitsleistung intensiviert“, und „Gdingen trotz der Erwartungen der Feinde normal atmet.“[2] In den letzten Tagen des Augusts 1939 wurden noch zahlreiche Luftschutzgräben angelegt, ferner Bunker gebaut, Fensterscheiben mit Papierstreifen vor Detonationswellen geschützt und die letzten Urlauber hastig verabschiedet, die sich in den so unruhigen Ausgangstagen der Sommerferien noch an der Küste befanden[3].

Viele Augenzeugen und auch Historiker, die sich mit der Septemberkampagne und mit der Verteidigung der Stadt in den Tagen vom 1. bis 14. September (ggf. bis 19. September für Oxhöft) beschäftigen, bestätigen, dass sich die Bewohner Gdingens in diesen Tagen sehr für ihre Stadt engagierten. Die zwei Wochen der Verteidigung der Stadt wurden von Patriotismus und zivilen Massenaktionen wie der Anlage von Straßengräben und Luftschutzräumen, Essenspenden für die kämpfenden Soldaten und der Verpflegung der Verwundeten geprägt[4].

2.2 Der 14. September 1939

Nach vierzehntägiger Verteidigung kapitulierte Gdingen. Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen wurden noch Flugblätter abgeworfen, vor allem über dem Ort des letzten Widerstands in Oxhöft. Sie riefen mit folgenden Worten zur Kapitulation auf:

„Polnische Soldaten! Einwohner Gdingens!

---

[1] A. BAßAREK, Danzigs Befreiung. Ein Tatsachenbericht mit Bildern, Danzig 1939, S. 32.
[2] Gazeta Gdyńska, 9.8.1939, Nr. 181, S. 4, „Gdynia w niezmożonym wysiłku pracy” (Übersetzung MS).
[3] M. SOKOŁOWSKA, Gdynia w gazetach przez 75 lat, Gdynia 2001, S. 61; I. OSTROWSKA-WNUKOWA, A fale o brzeg biją, Kraków, o.J., S. 54.
[4] K. MAŁKOWSKI, Obrona cywilna Gdyni, in: Rocznik Gdyński Nr. 9 1989/1990, Gdynia 1990, S. 72-78; F. SOKÓŁ, Żyłem Gdynią, Gdynia 1998 S. 41-44; M. KADRAS, Stefan Franciszek Sokół. Komisarz Rządu w Gdyni, Pelplin 2002, S. 305-309, 314, 320ff; J. WIĘCKOWIAK, Kościół katolicki w Gdyni, Pelplin-Gdynia 2000, S. 114-117; CZ. CIESIELSKI, Obrona Gdyni w 1939 roku, in: R. WAPIŃSKI (Hrsg.), Dzieje Gdyni, Wroclaw 1980, S. 205-211;G. PIWNICKI u. B. ZALEWSKI 2009, S. 275ff.; zur Spionagehysterie unter den Bewohnern vgl. B. ZWARRA, Wspomnienia gdańskiego bówki, Bd. 2, Gdańsk 1985, S. 41-44.

> Eure Tapferkeit ist zwecklos und verursacht unnötiges Blutvergießen. Warum soll Gdingen im Verlauf des Kampfes vernichtet werden. Beendigt den zwecklosen Kampf. Zeigt die weiße Fahne und ergebt Euch. In Eurer Lage ist das keine Schmach. Kommt zu uns, dadurch vermeidet Ihr weiteres Blutvergießen, das nur Zerstörung und Verwüstung mit sich bringt. Es ist eine Lüge, dass deutsche Soldaten die gefangenen polnischen Soldaten unmenschlich behandeln. Kein polnischer Soldat braucht Furcht vor der Gefangennahme zu haben, die besser ist als Elend, Hunger und Unsicherheit des bereits geschlagenen polnischen Heeres. Warschau ist seit dem **8.9.** d. J. in unserer Hand. [Hervorhebung MS]"[5]

In den „Danziger Neuesten Nachrichten" vom 14.9.1939 erschien auf der Titelseite ein Artikel mit dem Titel „Gdingen in unserer Hand". Die Übernahme der Stadt wurde darin folgendermaßen beschrieben:

> „Die Stadt hat sich heute früh, 8.10 Uhr, ohne weiteren Kampf ergeben. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist Gdingen heute früh um 8.10 Uhr vom Stadtkommandanten an Generalmajor Eberhard, den Befehlshaber der Gdingen einschließenden deutschen Truppen, übergeben worden. Es fiel kein Schuss, da die Polen die Zwecklosigkeit jeden weiteren Widerstandes eingesehen hatten. Die Bedingungen der Übergabe lauteten: Stellung von 100 Geiseln als Sicherheit gegen etwaige heimtückische Angriffe oder Sabotageakte. Die deutschen Soldaten waren morgens, 6.30 Uhr, bereits in die Stadt eingedrungen. Die Bevölkerung Gdingens stand an den Haustüren und erwartete die deutschen Truppen, erleichtert das Ende der Kampfhandlungen begrüßend."[6]

Ob man auf polnischer Seite so selbstverständlich das Ende der Kampfhandlungen begrüßte, ist sehr fraglich. SZAROTA schreibt in seiner Arbeit über Warschau unter deutscher Okkupation, dass die Erinnerungen der Warschauer an die ersten Tage nach der Kapitulation sehr gemischt waren. Einerseits verspürte man einen tiefen Wunsch nach Ruhe, nach einem Ende der mehrwöchigen Leiden und des ständigen Beschusses. Andererseits bedeutete die Ruhe nach der Kapitulation auch, die Opfer, die der Kampf um die Stadt gefordert hatte, vor sich zu sehen. So viel getan, so hart gekämpft und kein Sieg[7]. Man kann davon ausgehen, dass auch in

[5] BArch RH 53-20/12, Wehrkreiskommando XX (Danzig), Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen, Kriegstagebuch Nr. 1 u. 2. (Abschrift), Kriegstagebuch, Nr. 1, I. Operationsabschnitt, 10.9.-3.10.1939. Der Abschluß der Kämpfe um Gdingen und die Wegnahme von Hela (Das Flugblatt wurde am 12.09.1939 über Oxhöft abgeworfen, MS).
[6] Danziger Neueste Nachrichten (DNN), 14.9.1939, Nr. 215, S. 1, „Gdingen in unserer Hand."
[7] T. SZAROTA, Warszawy dzień powszedni, Warszawa 1973, S. 14.

Gdingen die Gefühle der Bewohner trotz deutlich kürzeren Kampfes und kleinerer Opferzahlen und Zerstörungen von tiefer Trauer und Angst vor den deutschen Besatzern, aber wahrscheinlich auch dem Wunsch nach einer Beendigung des ständigen Beschusses und der Kämpfe erfüllt waren.

Am frühen Morgen des 14. September betraten die Truppen der Brigade Eberhard von Süden her die Stadt[8]. Das erste, was viele der Bewohner von der Anwesenheit der Deutschen wahrnahmen, waren die Geräusche der Motoren der Autos und Motorräder. Kurz danach konnte man Rufe hören, dass alle Männer aus den Gebäuden auf die Straße heraustreten sollten. Lange Züge polnischer Gefangener wurden kurz darauf durch die Stadt geführt und zu den Sammelstellen zuerst außerhalb, dann in den öffentlichen Gebäuden gebracht[9]. Straßen, Höfe und Plätze wurden komplett durch das deutsche Militär besetzt. Zeugen erinnern sich daran, dass die deutschen Soldaten auf sie sehr hochmütig und angriffslustig wirkten. Im Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen ist zu lesen:

> „Ich habe mich erst am 15. September auf die Straße getraut, weil die Wasserleitungen noch nicht in Betrieb waren, sie wurden vor dem Einmarsch der Deutschen beschädigt und man musste sich das Wasser holen. Der nächstgelegene Brunnen war auf der Śląskastraße, so ging ich dorthin. Der Anblick der Straße hat einen schrecklichen Eindruck auf mich gemacht. Auf der Straße, in den Höfen, auf den Hausdächern sogar, standen ganze Massen von deutschen Soldaten. [...] Zwischen ihnen hindurchzugehen war sehr unangenehm. Am Brunnen stand eine ganze Schlange von Menschen, so dass ich wartend die Soldaten beobachten konnte. Sie waren sehr laut und sehr selbstsicher. Ein Junge, der einem Offizier zufällig unter die Beine gekommen ist, wurde von ihm geohrfeigt.“[10]

Auf deutscher Seite wurden im Verlauf des Krieges immer wieder Erinnerungen an den 14.9.1939 in der Presse und in Büchern abgedruckt, vor allem an den folgenden Jahrestagen[11]. Die propagandistische Darstellung der Kapitulation Gdingens wurde mit jedem vergangenen

---

[8] BArch RH 53-20/12, Wehrkreiskommando XX (Danzig) Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen, Kriegstagebuch, Nr. 1. Notiz vom 14.9.1939.

[9] B. ZWARRA 1985, S. 14-15, s.a. Bericht von B. Mach in: B. ZWARRA, Gdańsk 1939. Wspomnienia Polaków-Gdańszczan, Gdańsk 1984, S. 317, s.a. historische Fotos, die diese Massenverhaftung der männlichen Bewohnern Gdingens zeigen, in: DEUTSCHES HISTORISCHES INSTITUT WARSCHAU (Hrsg.), J. BÖHLER (Red.), „Grösste Härte…“. Verbrechen der Wehrmacht in Polen September/Oktober 1939. Ausstellungskatalog, Osnabrück 2005, S. 78f. (Kap. „Erste Tage der Okkupation“).

[10] L. SOBOLEWSKI, unveröffentliche Erinnerungen im Besitz der Verfasserin (Übersetzung MS); vgl. T. SZAROTA 1973, S. 15.

[11] z.B. Danziger Vorposten (DV), 16.9.1940, Nr. 255, S. 3, „Große Befreiungsfeier in Gotenhafen“; DV, 14.9.1942, Nr. 255, S. 3, „Großkundgebung in Gotenhafen. Der Gauleiter sprach zur Wiederkehr des Befreiungstages zu der deutschen Bevölkerung Gotenhafens.“

Tag aufdringlicher. So nüchtern die erste Meldung vom 14.9.1939 erscheint, so episch wirken die in den folgenden Jahren geschriebenen Berichte. So auch im „Danziger Vorposten“ vom 13.9.1942, der in einem längeren Artikel „14. September 1939: Gdingen kapituliert“ den Ablauf der Übernahme genau beschreibt:

„Langsam bahnen sich die Wagenkolonnen den Weg zur Stadt Gdingen. Auf der Straße ist bei Koliebken eine kleine Brücke gesprengt. Die motorisierten Einheiten müssen sich einen Weg über das Gelände des Gutes Koliebken bahnen. Sichernd dringen die deutschen Truppen in die Stadt ein. Sechs Uhr morgens ist vorbei, als das Stadthaus – Sandsäcke sind rund um das Gebäude aufgebaut – erreicht wird. Zivilisten tauchen mit einem Mal in weißer Armbinde auf, Angehörige des so genannten polnischen Ordnungsdienstes, der sich angeblich nach dem Abzug der polnischen Truppen aus der Zivilbevölkerung selbst gebildet hat[12]. Deutsche Panzerabwehr geht am Stadthaus in Stellung. Straßensperren, gebildet von aufgerissenem Straßenpflaster und großen Zementohren, werden beseitigt.

Um 8.10 Uhr wird der Stadtpräsident Skupien, der mit einem Tross prominenter Polen erscheint, vom Generalmajor Eberhard empfangen und überbringt offiziell die Kapitulation der Stadt Gdingen. Generalmajor Eberhard stellt die Bedingungen. Unter anderem wird der Stadtpräsident Skupien beauftragt, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass jeder Widerstand kriegsrechtlich bestraft wird. In der Stadt ist so gut wie gar nichts beschädigt. Auffallend sind die vielen Plakate an den Häusern. Eines dieser Plakate mit dem Datum vom 8. September ruft zum Bandenkrieg auf. Es hat folgenden Inhalt:

An die polnischen Brüder!

Wir werden Gdingen bis zum letzten Atemzug verteidigen. Unsere Abteilung kämpft heldenhaft in den Vorfeldern von Gdingen mit dem Willen zum Sieg. In diesen Kämpfen wird die neue Geschichte Gdingens, des heldenhaften Angriffs und der Verteidigung

[12] vgl. A. BAßAREK 1939, S. 31f. Hier wird eine besonders hassgeprägte Sprache über polnische Ordnungskräfte verwendet, die von den Bewohnern Gdingens während der Verteidigung gestellt wurden: „Unsere Artillerie und besonders die Geschütze der braven ‚Schleswig-Holstein’ deckten aber die polnischen Batteriestellungen derart mit Granaten ein, dass den polnischen Artilleristen bald die Luft zum Schießen verging [...]. Doch die polnische Infanterie versuchte immer wieder in heftigen Gegenangriffen die verlorenen Stellungen zurückzuerobern. An diesen Kämpfen beteiligten sich neben der berüchtigten Gdingener Einwohnerwehr, der sogenannten ‚Obrona Narodowa’, auch polnische Zivilisten. Aus den Häusern heraus und von den Bäumen herab knallten diese Franktireurs unsere Soldaten heimtückisch nieder. Wehe dem Verwundeten, der diesen entmenschten Gesellen in die Hände fiel. Sein Los war schrecklich. Augenausstechen, Entmannungen, scheußliche Quälereien wurden auch hier, wie in Bromberg und anderswo, als besondere Heldentaten von seiten der polnischen Bevölkerung gewertet. [...] Aber alle Bemühungen, einen Durchbruch zu erzwingen, scheiterten an der heldenhaften Gegenwehr unserer Soldaten, die damit ihre Aufgabe, die gewonnenen Stellungen solange zu halten, bis sich der Ring um Gdingen durch den Einsatz pommerscher Kräfte geschlossen hatte, glänzend lösten.“

geschrieben! Bürger! In diesen Tagen der Anstrengung um die Größe Polens kämpft alle zusammen mit dem Militär. Wir werden Gdingen bis zum endgültigen Siege mit dem letzten Soldaten verteidigen. Ich fordere alle Polen auf, gemeinsam mit der Armee dem Feind die Stirn zu bieten, wenn es notwendig sein wird. Jede Schwelle muss eine Festung werden.

Inzwischen haben unsere Soldaten von der Stadt Besitz ergriffen und sind oberhalb des Stadtrandes in der Nähe des Hafens und in der jetzigen Albert-Forster-Straße nach Kielau zu in Stellung gegangen. Während in der Stadt die Bevölkerung sich langsam aus den Kellern heraustraut und auf den Bürgersteigen vor den Häusern herumsteht, ist hier oben dicke Luft. Das polnische Militär hat sich nach Oxhöft und auf die beherrschenden Höhen von Oblusch zurückgezogen. Noch am selben Tage rückt in Gdingen deutsche Zivilverwaltung aus Danzig ein. Danziger Polizeiformationen säubern die Stadt. Unzählige polnische Soldaten werden festgenommen, die in den Tagen vor der Einnahme bereits den Soldatenrock ausgezogen und in Zivilkleidern sich unter die Bevölkerung gemischt hatten. Die Stadt wird systematisch Straße für Straße durchgekämmt.

In den Nachmittagsstunden bewegen sich allenthalben größere Trupps von Zivilgefangenen durch die Stadt, eskortiert von Danziger Hilfspolizei. Die Unterbringung der Gefangenen bereitet vorübergehend Schwierigkeiten. Aber auch das Problem wird gelöst. In den frühen Abendstunden bereits war die Internierung der männlichen wehrfähigen Bevölkerung ziemlich durchgeführt. Bei Beginn der Dunkelheit herrscht in der Stadt selbst absolute Ruhe.“[13]

Andere Berichte zeigen, vielleicht mehr als intendiert, wie fremd den Besatzern dieser neue Ort war. So schrieb der Kreisbeauftragte für das Schulwesen George an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen am 1.9.1941 seine „Beobachtungen aus den ersten Monaten der Besatzung [...] durch die deutschen Truppen“. Er kam bereits mit den ersten ausgewählten politischen Leitern und Verwaltungsbeamten am 15.9.1939 nach Gdingen. Der erste sich den Neuankömmlingen bietende Anblick war niederschmetternd und schien zu bestätigen, dass dieser Ort für sie völlig ungewohnt war, „schon die ganze Bauart der Häuser mutete uns vollkommen fremd an. Hausfassaden ohne jeglichen Schmuck, flache Dächer der Häuser, viereckige

[13] DV, 13.9.1942, Nr. 254, S. 4, „14. September 1939: Gdingen kapituliert“; s.a. DV, 14.9.1944, Nr. 250, S. 3, „Wie war es im September 1939?“

Kästen als Wohnblocks boten uns Danzigern ein vollkommen fremdes Bild.“[14] Nicht weniger abschreckend, zumindest für Deutsche aus dem nicht zerstörten Danzig, sah die Stadt wegen der Schäden aus, die während der Kamphandlungen entstanden waren. So waren die Straßen vielerorts zum Zwecke der Errichtung von Schutzgräben aufgerissen worden und schwer passierbar, Geschäftslokale mit Brettern oder Sandsäcken verschlossen und eine bedrückende Anzahl von Granaten- und Kugeleinschlägen überall zu sehen.

Dieses Bild der verschanzten Stadt taucht in mehreren, sowohl deutschen als auch polnischen Berichten auf: Barrikaden, zugeklebte Fenster[15], von versenkten Dampfern blockierte Hafenbecken sind nur Beispiele (siehe Abb. 2). Schulrat George nennt in seinem Bericht noch eine Szene, die sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Besatzern einen tiefen Eindruck hinterließ: „Der Eingang zum Gebäude der Stadtverwaltung war mit hohen Sandsackmauern verbarrikadiert, und nur ein schmaler Zugang zwischen diesen Sandsackmauern gab den Eintritt in das Gebäude frei.“[16] Seine Beschreibung wird von einem anscheinend direkt nach dem Eintreffen der deutschen Kräfte aufgenommenen Foto bestätigt. Dort lassen unzählige Sandsäcke das große Gebäude, eines der mächtigsten der Stadt, wie einen Bunker im Wald aussehen[17].

Den historischen Einschnitt, als sich polnische Bewohner und deutsche Soldaten Auge in Auge gegenüberstanden, hält ein Zitat aus den „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 15.9.1939 fest: „Die Bürgerschaft Gdingens übergab daher die etwa 100.000 Einwohner deutschen Truppen. Damit ist der Traum einer polnischen Seegeltung ein für allemal ausgeträumt. Die großen Worte vom ‚polnischen Meer’ [...] sind nichts als leerer Schall.“[18]

[14] Staatsarchiv Danzig (Archiwum Państwowe Gdańsk, APG) 140/1, Akten des Schulamtes Gotenhafen, Organizacja, gospodarka, administracja szkół powiatu gdyńskiego, Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen betreffend Beobachtungen und Erfahrungen der ersten Monate der Besetzung Gotenhafens durch die deutschen Truppen von Schulrat George, Bl. 389-391.
[15] DNN, 15.9.1939, Nr. 216, S. 5, Abb. „Danziger Schutzpolizei in Gdingen.“
[16] APG 140/1, Akten des Schulamtes Gotenhafen, Organizacja, gospodarka, administracja szkół powiatu gdyńskiego, Bl. 389-391, Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen betreffend Beobachtungen und Erfahrungen der ersten Monate der Besetzung Gotenhafens durch die deutschen Truppen von Schulrat George.
[17] A. BAßAREK 1939, S. 34; ähnliche Abb. in R. WITKOWSKI, Obrona Gdyni i Wybrzeża, in: Rocznik Gdyński Nr. 9, 1989/90, Gdynia 1990, S. 60.
[18] DNN, 15.9.1939, Nr. 216, S. 2, „Schnelle Aufräumung in Gdingen.“

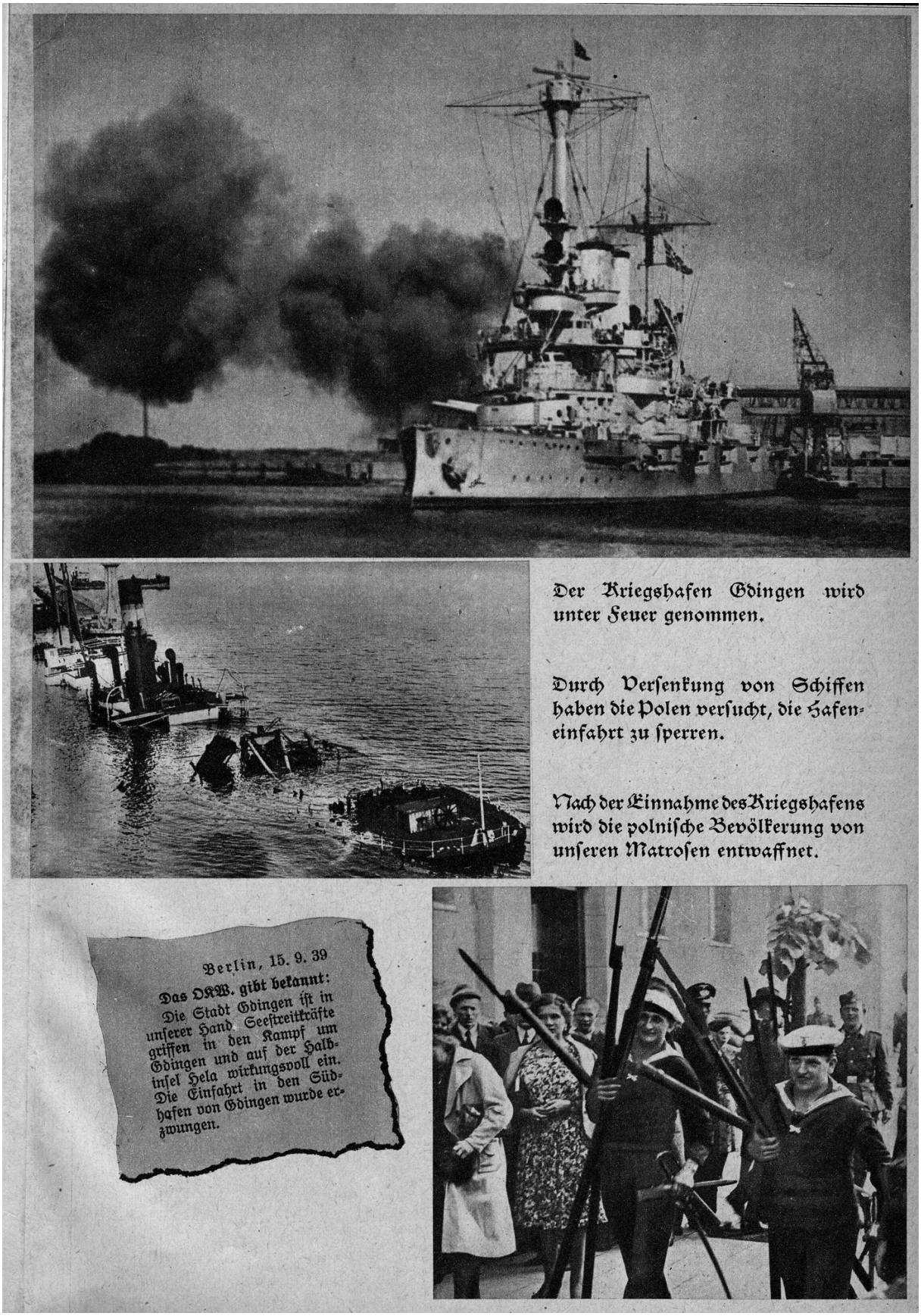


Abb. 2: Ausschnitt aus einem Bericht zur Einnahme Gdingens aus dem Jahr 1943, Quelle: F. Meier, Kriegsmarine am Feind. Ein Bildbericht über den deutschen Freiheitskampf zur See. Hrsg. im Auftrage des Oberkommandos der Kriegsmarine, Berlin 1943, S. 23.

2.3 Die ersten Tage unter der Besatzung

Besuch Hitlers in der Stadt

Der Besuch Hitlers in der gerade eroberten Stadt war für die deutsche Propaganda der Höhepunkt einer 19-tägigen Kriegskampagne. Am 19.9.1939 mussten sich die letzten Truppen kämpfender Polen in Oxhöft ergeben, wobei zwei sich bereits ergebende polnische Soldaten von deutschen Truppen erschossen worden sein sollen, angeblich weil sie die Hände zu niedrig hielten[19]. Unmittelbar in den folgenden Tagen wurde der „Führer" in Gdingen erwartet. Zunächst wurde Hitler am 19. September in Danzig gefeiert. Die Fotos dieses Tages dokumentieren jubelnde Gesichter und wehende Hakenkreuzfahnen über allem. Die gleiche Aussage machten die Berichte, die diesen besonderen Tag dokumentierten:

> „Und dann kam jener Tag, der 19. September 1939, an dem, von Lauenburg herkommend, über Neustadt und Oliva, der Führer in die Hauptstadt seines neuen Gaues Westpreußen einzog, und nun auch diese alte deutsche Hansestadt, in die einzuziehen er sich nur als Befreier vorgenommen hatte, mit ihren jubelnden Menschen und ihrer überquellenden Freude sah."[20]

Ähnlich pathetisch beschreibt BAßAREK das Eintreffen Hitlers in Danzig:

> „Jahrelang haben wir Danziger auf diesen Tag gewartet. Mit heißen Herzen haben wir ihn herbeigesehnt. Endlich war er da. Der 19. September, der uns endgültig freimachte von jeglicher polnischer Bedrohung – am Vormittag dieses Tages hatten noch die Geschütze auf der Danziger Reede der am frühen morgen eingetroffenen ‚Schlesien' gedröhnt – wurde gekrönt durch den Besuch unseres geliebten Führers."[21]

In polnischen Aufsätzen, die die ersten Kriegswochen in Gdingen darstellen, taucht wiederholt auf, dass Hitler am 20.9.1939 in Gdingen eintraf, dem zweiten Tag seines Besuches in den vom Reich annektierten Gebieten[22]. Dieses Datum nennt beispielsweise Schulinspektor George in einem Schreiben, mit dem er seinen Beitrag zur Stadtchronik leisten sollte. Er no-

---

[19] S. ORDON, Zbrodnie Wehrmachtu na Wybrzeżu i morzu we wrześniu-październiku 1939 roku, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (BGKBZH), Bd. XXXII, Warszawa 1987, S. 255.
[20] Der Führer in Westpreußen. Zum 20. April 1941, in: Der Deutsche im Osten, Monatschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung, Heft 4, April 1941, S. 229.
[21] A. BAßAREK 1939, S. 34.
[22] J. MICHAŁOWSKA, Terror i wyniszczenie, in: R. Wapiński (Hrsg.), Dzieje Gdyni, Wrocław 1980, S. 217; J. OSTAPKOWICZ, Gdynia 1939-2005. Kalendarium, Gdynia 2006, S. 12; M. GOLIK, Gdynia nie odpowiada, Warszawa 1987, S.125; Das Datum 21.9.1939 dagegen bringt z.B. SCHENK in seiner Arbeit über Albert Forster: D. SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S. 137.

tierte, dass der Führer am 20. September (leider folgt ein klarer Fehler, falsch getippt wurde das Jahr 1941) Gdingen besuchte[23]. Im Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen wurde dagegen in der Anlage über den Führerbesuch in Danzig vom 19. bis 25.9.1939 unter dem Datum 21.9.1939 der folgende Tagesablauf notiert:

> „9 Uhr Vortrag des Generals der Flieger Kaupisch beim Führer im Beisein des Militärbefehlshabers und Chefs des Generalstabes. Anschließend Fahrt zur Westerplatte und Besichtigung der Westerplatte und zwar Fahrt mit Pkw von Zoppot bis Krantor, von dort mit 2 R-Booten durch den Danziger Hafen zur Westerplatte. Führung auf der Westerplatte Kapitän zur See Kleikamp, Kommandant der Schleswig-Holstein. Paradeaufstellung der Besatzung der Schleswig-Holstein auf dem Schiff. Anschließend übersetzen mit 2 R-Booten nach Neufahrwasser von dort Fahrt mit Pkw über Langfuhr, Zoppot nach Gdingen. Aufstellung der Truppen aus Gdingen in der Hindenburgallee am Gebäude der Zivilverwaltung Gotenhafen. Während der Führer die Front abschreitet, trifft Generalfeldmarschall Göring ein. Anschließend Fahrt mit PKW durch den Hafen und nach Oxhöft. Besichtigung der Oxhöfter Kämpe. Anschließend Rückfahrt nach Zoppot über Gdingen.“[24]

Die Information, dass Hitlers Besuch in Gdingen am 21.9.1939 stattfand, bestätigt auch die Ausgabe der „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 22.9.1939. Während seiner Anwesenheit in der Stadt habe Hitler eine Truppenschau in der Marschall-Pilsudski-Straße abgenommen, wo „Formationen aller an den Kämpfen in Gotenhafen beteiligten deutschen Truppen Aufstellung genommen“ hatten. Während des Abschreitens der Front habe Hitler auch einige der zahlreichen Träger des Eisernen Kreuzes ins Gespräch gezogen[25]. Im zugehörigen Bilderbericht der gleichen Ausgabe wird noch hinzugefügt, dass hinter dem Führer auch „der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen, General der Artillerie Heitz, Generaloberst Keitel und Gauleiter Forster“ schritten[26]. Auch Göring begleitete Hitler während eines Teils seines Tagesprogramms.

Wieder lohnt sich ein genauerer Blick auf die Fotos. Man entdeckt auf einem wieder das Stadtverwaltungsgebäude, diesmal ohne Sandsackschutz. Auf den neuen Fotos sieht man

[23] APG 140/1, Bl. 389, Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen betreffend Beobachtungen und Erfahrungen der ersten Monate der Besetzung Gotenhafens durch die deutschen Truppen von Schulrat George. George wurde im Februar 1941 endgültig zum Schulrat für den Stadtkreis Gotenhafen ernannt, vgl. Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen (weiter als AOBG), Nr. 1, 22. Februar 1941, S. 2.
[24] Barch RH 53-20/12, Wehrkreiskommando XX (Danzig), Kriegstagebuch Nr. 1, Anlage „Führerbesuch in Danzig vom 19. bis 25.9.1939.“
[25] DNN, 22.9.1939, Nr. 222, S. 5ff, „Der Führer in Gotenhafen“, Bilderserie „Der Führer auf der Westerplatte und in Gotenhafen.“
[26] DNN, 22.9.1939, Nr. 222, S. 5, „Der Führer in Gotenhafen.“

die saubere Fassade des Gebäudes (Gmach Komisarza Rządu) und das Fragment eines großen Schriftzuges „Gotenhafen“. Aus den Fenstern und vom Balkon des Gebäudes hängen Hakenkreuzfahnen. Auf den Balkons drängen sich Soldaten, und auch vor dem Gebäude sind viele Soldaten und Matrosen zu sehen. Im Vordergrund des Bildes stehen Generalfeldmarschall Göring und Admiral Carls im Gespräch (siehe Abb. 3)[27].

Abb. 3: „Generalfeldmarschall Göring und Admiral Carls in Gotenhafen“, Quelle: F. MEIER 1943, S. 27.

Die polnischen Stadtbewohner waren zu dem großen Spektakel der Sieger nicht zugelassen. Auf der Fahrtroute durch die Stadt wurde der Verkehr stillgelegt, Hakenkreuzfahnen ausgehängt, es durften keine Fenster geöffnet werden und auf der Straße durften sich keine Passanten aufhalten[28]. Augenzeuge SOBOLEWSKI bemerkt, dass die Polen wegen der geplanten Durchfahrt des Führers alle Wohnungen an der Świętojańska-Straße räumen mussten. Diese für den Führerbesuch getroffenen Maßnahmen können mit jenen in Warschau verglichen werden, wo Hitlers Flugzeug mehrere Tage später, am 5.10.1939, landete. Auch dort wurde

[27] F. MEIER 1943, S. 27.
[28] J. MICHAŁOWSKA 1980, S. 215.

den Bewohnern strikt verboten, das Militärdefilée zu beobachten. Um das Verbot durchzusetzen, wurden die Bewohner in den Kellern und Erdgeschossen der Häuser eingeschlossen[29].

Im Bericht eines jungen deutschen Sanitätshelfers, der zuvor in Danzig gedient hatte, dann nach Gdingen versetzt worden war und dem Spektakel daher beiwohnen konnte, finden sich weitere Details:

> „[Er] fuhr auf einer größeren Autostraße durch Gdingen in Richtung Danzig. Wir wurden nicht zu irgendeiner Truppenparade beordert. Ich sah ihn von unserem Klinikdach in mehreren hundert Metern Entfernung vorbeifahren, mitten in einem kleinen Begleitkorso: Er stehend im offenen Wagen. Weder bei mir noch in der kleinen Sanigruppe um mich herum gab es besondere Zeichen, sei es Begeisterung, sei es Ablehnung oder Missachtung. In mir stieg lediglich ein Gefühl auf, von fern einen Mann in einer ausgesprochenen Sonderstellung erlebt zu haben, der mir wie ein exotisches Wesen erschien, dessen Kräfte ich nicht einzuschätzen vermochte.“[30]

Noch ein weiteres Bild erscheint weit entfernt von geordneten Paraden und schicken Uniformen. Pfadfinderinnen aus Gdingen erinnerten sich an die Anwesenheit Hitlers in der Gegend um Oxhöft: Kurz vor Hitlers Eintreffen sei das Schlachtfeld, wo vor Stunden Kämpfe getobt hatten, mit den Leichen übersät gewesen, zwischen denen herrenlose Hunde streunten. Zwischen den Toten lagen auch schwer Verwundete, die ohne Hilfe zu verbluten drohten. Man hatte dort gerade wegen des Besuches des Führers alles unverändert gelassen. Das unaufgeräumte Schlachtfeld erlaubte es, das Ausmaß der polnischen Niederlage „in vollen Zügen“ zu genießen[31]. Auf mehreren Fotos, die nach Hitlers Besichtigung von Oxhöft in der lokalen Presse publiziert wurden, sieht man tatsächlich eine Mondlandschaft. Ausgebrannte Häuser, teilweise nur noch einzelne Wände, überall zerborstene Fensterscheiben, umgestürzte oder verbrannte Bäume[32].

Abschließend ist anzumerken, dass genau einen Monat nach Hitlers Besuch Heinrich Himmler in Gotenhafen eintraf und Ende November 1939 auch Goebbels, der in seinem Tagebuch folgendes notierte: „Gotenhafen macht keinen so ganz schlechten Eindruck. Und als Hafen ist es ganz ausgezeichnet.“[33]

---

[29] T. SZAROTA 1973, S. 20.
[30] S. H. PFÜRTNER, Nicht ohne Hoffnung. Erlebte Geschichte 1922-1945, Stuttgart-Berlin-Köln 2001, S. 245.
[31] M. SOKOŁOWSKA u. W. KWIATKOWSKA, Gdyńskie cmentarze. O twórcach miasta, portu i floty, Gdynia 2003, S. 11-14.
[32] DNN, 21.9.1939, Nr. 221, S. 5, „Bilder vom Kampfgebiet Oxhöft.“
[33] D. SCHENK 2000, S. 152.

Umbenennung der Stadt und erste Verwaltungsaufgaben

Während der Anwesenheit Hitlers in Danzig erhielt Gdingen einen neuen Namen. Herauszufinden, wann genau dies statt fand, bereitet noch größere Schwierigkeiten als das genaue Datum von Hitlers Besuch in der Stadt; in den Quellen finden wir die drei Angaben 19., 20. und 21.9.1939. Selbst die sicheren und in der Regel homogenen Militärquellen sind in dieser Frage nicht einstimmig. Im ersten Band des Kriegstagebuches des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen ist unter dem Datum 20.9.1939 Folgendes eingetragen: „Auf Befehl des Führers wird der Name Gdingen geändert in ‚Gotenhafen'."[34] Diese Angabe wird an einer anderen Stelle im Kriegstagebuch wiederholt, neben der Bemerkung, dass auf der Oxhöfter Kämpe zwischen der Beute Gasmunition und Dum-Dum-Geschosse gefunden worden seien[35]. In den Anlagen zum ersten Kriegstagebuch steht dagegen beim Eintrag vom 21.9.1939: „Bemerkenswert ist, dass der Name Gdingen am 19.9. auf Befehl des Führers in Gotenhafen geändert wurde."[36] In den deutschen Quellen wiederholt sich die Angabe, dass Gdingen am 21.9.1939 zu Gotenhafen wurde („Am 21. September 1939 gab der Führer den Befehl, dass Gdingen von nun an Gotenhafen heißen sollte"[37]), so auch in den „Danziger Neuesten Nachrichten" vom 22.9.1939[38].

Bereits in den ersten Stunden nach der Einnahme Gdingens wurden die Posten der Stadtverwaltung und aller für Kriegsinteressen wichtigen Stellen besetzt. Im polnischen Magistrat wurde eine deutsche Zivilverwaltung installiert. Schon am 15.9.1939 sollen in Gdingen sowohl der Beauftragte des Chefs der Zivilverwaltung für Gdingen, Kreisleiter Oberbürgermeister Temp, als auch der Beauftragte für die Angelegenheiten der Polizei, SS-Oberführer Schäfer, mit ihren Stäben die Amtsgeschäfte aufgenommen haben[39]. Gleichzeitig bezog die deutsche Kriegsmarine ihre Posten in der Stadt und dem Hafen[40].

Laut der lokalen Presse stand die neue Verwaltung vor schwierigen Aufgaben. Eines der Probleme waren demnach die vielen Bewohner, die zuvor in die Wälder um die Stadt geflüchtet und nach der Einnahme zurückgekehrt waren. Mit ihnen soll sich die Zahl der anwe-

---

[34] BArch RH 53-20/9, Wehrkreiskommando XX (Danzig), Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen, Kriegstagebuch, Nr. 1, I. Operationsabschnitt. Der Abschluß der Kämpfe um Gdingen und die Wegnahme von Hela. 10. September-3. Oktober 1939. Notiz vom 20.9.1939.

[35] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch, Nr. 1, Notiz vom 20.9.1939.

[36] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 1, Anlage „Führerbesuch in Danzig vom 19. bis 25.9.1939"; Dieses Datum wird genannt von J. MICHAŁOWSKA 1980, S. 213.

[37] A. BAßAREK 1939, S. 33.

[38] DNN, 22.9.1939, Nr. 222, S. 5, „Der Führer in Gotenhafen"; vgl. Änderung des Stadtnamens Lodsch in Litzmannstadt bei P. KLEIN, Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt" 1940 bis 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009, S. 78-79.

[39] DNN, 15.9.1939, Nr. 216, S. 1, „Gdingens Verwaltung Kreisleiter Temp unterstellt."

[40] F. RUGE, Von der Tätigkeit der Kriegsmarine, insbesondere der Minensuchboote, im Kampf gegen Polen im Herbst 1939, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hrsg. von G. Hansen auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegsmarine, Jg. 1941, Berlin o.J., S. 42-75.

senden Einwohner der Stadt, die man zuvor auf etwa 70.000 geschätzt hatte, weiter erhöht haben. „Die Ernährung dieser Menschenmassen erfordert Vorsorge und Maßnahmen“ ließ die Presse am 15.9.1939 wissen[41]. Eine andere Anweisung betraf die Suche nach wehrfähigen Männern. Die Stadt musste laut Befehlen „gesäubert“ werden, was auch ohne Verzögerung in den ersten Stunden der Anwesenheit der deutschen Truppen geschah[42].

Welche weiteren neuen Bestimmungen für die Bewohner Gdingens galten, teilt ein Artikel der „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 16./17.9.1939 mit. Der Kapitän zur See Schall-Emden, der neue Militärsbefehlshaber und Kommandant von Gdingen, erließ demnach die Anordnung, dass alle polnischen Waffen und Uniformen innerhalb von 48 Stunden abzuliefern seien, der Verkauf und Ausschank von Alkohol untersagt und der Aufenthalt auf den Straßen zwischen 18 und 6 Uhr sowie auf Dächern und Dachböden ganztägig verboten sei. Ferner seien alle polnischen Vereinigungen und Gesellschaften aufzulösen, das Erscheinen polnischer Presse einzustellen, alle Rundfunkgeräte bei der Verwaltung abzuliefern und Versammlungen in Gruppen ab vier Personen verboten. Die Angestellten lebenswichtiger Betriebe hatten ihre Arbeit sofort aufzunehmen[43]. Ohne polizeiliche Genehmigung durfte die Stadt nicht verlassen werden, und auch eine Rückkehr bedurfte einer Erlaubnis. Es folgte eine Flut von neuen Bestimmungen für alle Lebensbereiche der Bewohner. Die großen Plakate, auf denen die Bekanntmachungen gedruckt wurden, waren ständige Begleiter der Polen in den ersten Wochen der Okkupation.

Eine Betrachtung des Geschehens der ersten Wochen im September und vor allem der ersten Tage nach der Einnahme finden wir in einem Artikel der „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 19.9.1939. Dieser erschien an einem wichtigen Tag des Septemberfeldzugs: Am 19.9.1939 traf Hitler in Danzig ein und am selben Tag kapitulierte mit Oxhöft auch der letzte Widerstand leistende Teil Gdingens[44]. Sowohl der Titel „Abend in Gdingen“ als auch das darin gezeichnete Bild der Stadt vermitteln einen Eindruck von Ruhe und Harmonie, was allerdings nur Kulisse war. Auf die Spitze treiben die Autoren diese Tendenz mit der Aussage, dass den Bewohnern und Neuankömmlingen der Stadt lediglich Streichhölzer für das Gefühl einer Rundum-Versorgung fehlten. So klein wie sie würden wohl auch die anderen Probleme in der übernommenen Stadt bald werden.

---

[41] DNN, 15.9.1939, Nr. 216, S. 1, „Gdingens Verwaltung Kreisleiter Temp unterstellt.“
[42] P. SEMKÓW, Polityka Trzeciej Rzeszy wobec ludności polskiej na terenie byłego Wolnego Miasta Gdańska w latach 1939-1945, Toruń 2001, S. 120-121.
[43] DNN, 16./17.9.1939, Nr. 217, „Kapitän z. S. Schall-Emden Festungskommandant von Gdingen.“
[44] vgl. DNN, 20.9.1939, Nr. 220, S. 12, „Oxhöft seit gestern nachmittag in unserer Hand“; DNN, 23./24.9.1939, Nr. 223, S. 5, „Das Danziger Inf.-Regt. 2 nimmt Oxhöft“; DV, 21.1.1940, Nr. 20, S. 8, „Die Kampfstätten bei Oxhöft.“

„Wir fahren durch Gdingen. Nur an den Rändern der Stadt trifft man Spuren des Kampfes. Die eigentliche Stadt ist unversehrt gelassen worden. Aber wo es Kampf gegeben hatte, sieht man eingeschlagene Dächer, zerschossene Außenfronten der Häuser und zerbrochene Fensterscheiben. Das Leben auf den Straßen geht aber weiter. Doch hier erkennt man, wie Polen gewirtschaftet hat. Immer wieder hat Polen versichert, dass es auf die Jahre hinaus versorgt sei, und nun, da eine der wichtigsten Städte gerade zwei Wochen von der Zufuhr abgeschnitten [ist], zeigt es sich, dass die Einwohner Gdingens verhungert wären, wenn nicht deutsche Hilfe so schnell gekommen wäre. Es ist ein erschütterndes Bild, wie sie in Schlangen zu Hunderten an den Ausgabestellen der NSV stehen, um wenigstens Brot, das sie seit vierzehn Tagen nicht mehr zu sehen bekamen, zu erhalten. Hier stehen auch unsere Gulaschkanonen, die die ausgehungerten Einwohner mit warmem Essen versehen. Von großen Lastwagen aus verteilen deutsche Soldaten Kaffee, Mehl und andere Lebensmittel, die als ein Geschenk des Himmels betrachtet werden. Die Verteilung klappt ausgezeichnet. Das einzige, was zur Zeit noch knapp ist, sind Streichhölzer, die von den geflüchteten Polen nach Oxhöft mitgenommen worden sind. Doch auch hier wird Abhilfe geschaffen werden.“[45]

In den zitierten Berichten der Augenzeugen ZWARRA und SOBOLEWSKI wird diese propagandistische Darstellung zunichte gemacht. SOBOLEWSKI erinnert sich, dass mit dem Eintreffen der Deutschen die Versorgung nicht jeden Tag besser, wie es die Berichtserstatter gerne zeigten, sondern schlechter wurde. Die Schlangen vor den Bäckereien wuchsen, die Besorgung von Brot wurde noch schwieriger als in der Zeit des Kampfes um die Stadt. Als besonders mühsam wird die Versorgung der Bewohner während ihrer Aussiedlung aus der Stadt und ihrer Konzentration an „polnischen“ Sammelstellen in der Stadt beschrieben.

Zum Abschluss der Darstellung der ersten Septembertage sei ein weiterer Artikel aus den „Danziger Neuesten Nachrichten“ zitiert, der zwei wichtige Probleme widerspiegelt: Zunächst ist es wichtig zu wissen, dass Deutschland eine stark mit nationaler symbolischer Bedeutung aufgeladene Stadt in ihre Herrschaft übernommen hatten. Das polnische „Fenster zur Welt“ war binnen Tagen von den deutschen Truppen gestürmt und dabei in seiner Funktion zerbrochen worden. Andererseits änderte dies nichts an dem Unbehagen der Besatzer in der Stadt. Gotenhafen wirkte nicht so wie andere Städte des Reiches. So spiegeln die auftauchenden Begriffe „gespenstische Stille“ oder auch „der seltsamste Hafen Europas“ eine Beklem-

[45] DNN, 19.9.1939, Nr. 219, S. 6, „Abend in Gdingen.“

mung wider. Diese wurde dann jedoch schnell durch Versprechungen verdeckt: „Wir wissen, dass deutscher Hände Arbeit hier bald wieder neues Leben schaffen wird.“[46]

Die ersten Monate unter deutscher Besatzung waren von wichtigen Umwälzungen geprägt. Zum einen wurden Tausende von Polen zwangsausgesiedelt oder zum „freiwilligen“ Verlassen der Stadt gezwungen. Zum anderen begann die so genannte Baltenaktion, aus der schon im Oktober 1939 eine völlig neue Funktion für die Stadt erwuchs, als sie tausende Umsiedler aus den östlichen Gebieten des Reiches temporär oder dauerhaft aufnehmen sollte. Gleichzeitig wurde in allen besetzten polnischen Gebieten und somit auch in Gotenhafen eine Vernichtungsaktion gegen polnische und jüdische Bevölkerung in Gang gesetzt, die in Kombination mit den Ansiedlungsaktionen tiefgreifende Veränderungen der Bevölkerungsstruktur nach sich zog[47].

2.4 Aussiedlung der polnischen Bevölkerung

Noch in den letzen Tagen des September 1939 wurden erste Entscheidungen über den Abtransport von Polen aus Gotenhafen getroffen. Im Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen wurde unter der Angabe „Chefbesprechung 26.9.1939“ die Zukunft der eroberten Stadt mit einem knappen Satz bestimmt: Die „polnische Zivilbevölkerung ist aus Gotenhafen nach Weisung des Führers abzuschieben.“[48] Am gleichen Tag wurde hinzugefügt, dass die Bewohner der an Gotenhafen grenzenden Vororte (u.a. Kleinkatz und Großkatz, vormals Mały Kack und Wielki Kack) ebenfalls evakuiert werden sollten.

Im selben Dokument („Niederschrift über die Besprechung mit den Kommandeuren der Abschnitte am 26.IX.1939“) wird die Vorgehensweise bei der Evakuierung angesprochen.

---

[46] DNN, 21.9.1939, Nr. 221, S. 5, „Quer über die Oxhöfter Kämpe.“

[47] vgl. J. BÖHLER, „Tragische Verstrickung“ oder Auftakt zum Vernichtungskrieg? Die Wehrmacht in Polen 1939, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 36-56; D. WEITBRECHT, Ermächtigung zur Vernichtung. Die Einsatzgruppen in Polen im Herbst 1939, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 57-70; V. RIEß, Zentrale und dezentrale Radikalisierung. Die Tötung „unwerten Lebens“ in den annektierten west- und nordpolnischen Gebieten 1939-1941, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 127-144; B. BOJARSKA, Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim (wrzesień-grudzień 1939), Poznań 1972; B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER (Hrsg.), Polska podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945, Gdańsk 2005, S. 55-57; D. SCHENK 2000, S. 177ff.; zu den Massenmorden an der polnischen Bevölkerung in den Wäldern von Piasnica vgl. B. BOJARSKA, Piaśnica. Miejsce martyrologii i pamieci, Wrocław 1978; zum Konzentrationslager Stutthof, in dem tausende Polen aus dem Gebiet Pommerellen starben, vgl. K. DUNIN-WĄSOWICZ, Obóz koncentracyjny Stutthof 1970; D. STEYER (Hrsg.), Stutthof. Hitlerowski obóz koncentracyjny, Warszawa 1988.

[48] BArch RH 53-20/10, Wehrkreiskommando XX (Danzig), Der Militärbefehlshaber Danzig-Westpreußen, Anlagen zum Kriegstagebuch Nr. 1, Bl. 83, I. Operationsabschnitt 10. September-3. Oktober 1939, Notiz „Chefbesprechung 26.9.1939.“

Zuerst sollten demnach „alle politisch Unzuverlässigen“, dann „ungelernte Arbeiter“ und zuletzt gelernte Arbeiter und Handwerker abgeschoben werden. „Die Evakuierten dürfen nur soviel Gepäck mitnehmen, als sie selbst tragen können. Die Weiterleitung der Evakuierten-Transporte soll zuvor mit der 3. Armee geregelt werden.“ In diesem Zusammenhang erscheint eine Bemerkung über die erschreckend große Zahl von 5000 bis 6000 in der Stadt befindlichen u.a. verwundeten Gefangenen, bei denen es sich sowohl um Soldaten als auch um Zivilinternierte gehandelt haben soll[49]. Bei einer weiteren Besprechung am 29.9.1939 wurde unter anderem die „Räumung von Gotenhafen im engsten Zusammenwirken mit Zivilisten“[50] entschieden. Am selben Tag befahl die Dienststelle des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen der Festungskommandantur Gotenhafen die „Räumung von allen nichtdeutschen Elementen“ aufgrund der „Verwendung als Kriegshafen“ und setzte eine Frist zur Einreichung von Vorschlägen für Art und Zeitpunkt der Räumung am 5.10.1939[51]. Bereits vier Tage nach deren Ablauf wurden die Pläne konkreter. Im Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen heißt es unter dem Datum 9.10.1939:

> „Der Führer hat angeordnet, dass für die aus den ehemals russischen Randstaaten zu erwartenden Flüchtlinge Gotenhafen beschlagnahmt und von der polnischen Bevölkerung geräumt werden soll. Die ersten Transporte sind voraussichtlich schon am 11. Oktober zu erwarten. Es werden zunächst einige Stadtteile geräumt werden müssen.“[52]

Am 9.10.1939 trafen in Gotenhafen Stab und zwei Kompanien des Polizei-Bataillons 63 von Włocławek ein; somit konnte die Räumung der polnischen Wohnungen durchgeführt werden[53]. Am 11.10.1939 ordnete Heinrich Himmler an, die Aussiedlungsaktion der polnischen und jüdischen Bewohner neben Danzig und Posen auch in Gotenhafen durchzuführen[54]. Am 12.10.1939 schließlich begann die systematische Aussiedlung der polnischen Bevölkerung. Bei der ersten Aktion wurden rund 4000 Personen, darunter etwa 1300 Kinder, ausgesiedelt. Die Polen mussten zu einer bestimmten Uhrzeit ihre Wohnungen verlassen und die Haus-

[49] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 1, Anlage „Niederschrift über die Besprechung mit den Kommandeuren der Abschnitte am 26.IX.1939.“
[50] BArch RH 53-20/10, Kriegstagebuchanlagen, Bl. 83, Notiz „Chefbesprechung 29.9.1939.“
[51] Staatsarchiv Danzig, Abteilung Gdingen (APG-Gdynia) 650/1639, Akten des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen, Referat Prawny, Kryteria ustalania przynależności narodowej w celach zaludnienia miasta Gdyni, Bl. 165. Schreiben des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen an die Festungskommandantur Gotenhafen vom 29 September 1939
[52] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 9.10.1939.
[53] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 11.10.1939; vgl. Beschreibung der Erlasse zu den Aussiedlungen bei: B. CHRZANOWSKI, Wypędzenia z Pomorza, in: Biuletyn IPN Nr. 5 (40), Mai 2004, S. 34-48; W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdańsk 1979, S. 144-150.
[54] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 144.

schlüssel in der offenen Tür ablegen. Zuerst wurden Bewohner aus dem südlich gelegenen Stadtteil Orłowo (Adlershorst) evakuiert. Nach der Räumung wurde die polnische Bevölkerung in den peripher gelegenen Stadtteilen Wittomin (Witomino) und Kielau (Chylonia) unter schlechtesten Bedingungen zusammengepfercht[55].

Die Zustände waren so schlecht und beengt, dass die deutsche Verwaltung den Ausbruch von Seuchen befürchtete. Eine solche Seuche hätte nicht nur die polnische Bevölkerung, sondern auch die Wehrmacht, die Beamten und die neu anzusiedelnden Deutsch-Balten gefährdet und gerade die Ansiedlung von Volksdeutschen behindert. Dies veranlasste den Medizinalrat zu fordern, dass die polnische Bevölkerung möglichst schnell aus der Stadt abtransportiert werden sollte[56]. Am 14.10.1939 wurde der Einwandererzentrale in Gotenhafen, dem Zivilkommissar und dem Polizeipräsidenten von Gotenhafen mitgeteilt, dass die Notsituation der aus Adlershorst nach Wittomin und Kielau ausgewiesenen polnischen Bevölkerung wegen einer durch Kapitän zur See Schall-Emden in Zusammenwirken mit der Polizeigruppe Griep am 13.10.1939 durchgeführten Austeilung von 1750 Litern Reissuppe aus Wehrmachtbeständen zumindest kurzfristig gemildert worden sei[57].

Ordnet man die verfügbaren, sicherlich nicht vollständigen Dokumente über die Evakuierung der Polen aus Gotenhafen chronologisch an, kommt man zu der Auffassung, dass die Aktion der Aussiedlung einerseits erstaunlich schnell angeordnet und durchgeführt wurde, anderseits aber offensichtlich auch großes Chaos verursachte. Viele Schreiben der verantwortlichen Behörden sind mit Fragezeichen übersät. Es war unklar, wer ausgesiedelt werden musste, wie viel Gepäck mitgenommen werden durfte, wer für welche Aufgaben verantwortlich war. Die Behörden gaben sich in den verschiedenen Bereichen widersprüchliche Anweisungen oder vergaßen, sich gegenseitig zu informieren[58]. So meldete beispielsweise der Chef der Einwandererzentralstelle Sandberger an den Chef der Sicherheitspolizei, die Gestapo in Danzig und Polizeiverwalter in Gotenhafen hätten bemerkt, dass in den letzten Tagen zahlreiche Polen aus Galizien mit Ausweisen ankamen, die durch die dortigen Militärbehörden er-

---

[55] vgl. G. BERENDT, Ludność Gdyni 1939-1945 – znaki zapytania, Anhang Nr. 2, „Erfahrungsbericht über die Evakuierung der polnischen Bevölkerung in Adlershorst", in: „Dzieje Najnowsze" 4/2005, S. 201-203; M. TOMKIEWICZ, Wysiedlenia z Gdyni w 1939 r., in: Biuletyn IPN, Nr 12-1 (35-36), 2003-2004, S. 34. In letztgenanntem Artikel werden leider mehrere Namen von für die Aussiedlung Verantwortlichen fehlerhaft wiedergegeben, statt „Heitz" wird „Hertz" und statt „Sandberger" „Sandenberg" genannt.

[56] BArch R 69/426, Akten der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Gesundheitsstelle der Einwandererzentralstelle (EWZ) Gotenhafen, Bl. 51, Gesundheitsamt Gotenhaven an das Reichssicherheitshauptamt, Einwandererzentralstelle, Gotenhafen den 13.10.1939 u. Bl. 53, Aktenvermerk von am 13.10.1939 statt gefundener allgemeiner Dienstbesprechung, s.a.: BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 12.10.1939.

[57] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 193; die gleiche Information findet sich auch in BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 13.10.1939.

[58] BArch R 69/1145, Akten der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Bl. 7, Fernschreiben von SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger an den Chef der Sicherheitspolizei z.Hd. von SS- Oberführer Müller vom 13.10.1939 betreffend Planloses Umherwandern von Polen in den besetzten Gebieten.

stellt wurden und dazu berechtigten, in die nördlichen Teile Westpreußens zu reisen, was natürlich den eigenen „Räumungsmaßnahmen" völlig entgegen lief. Gleichzeitig sollten nämlich 30.000 bis 40.000 Balten planmäßig eintreffen und in Häusern untergebracht werden, die von ihren polnischen Bewohnern schon verlassen worden waren. Wie Sandberger vermutete, berufen „die fraglichen Militärbehörden sich wahrscheinlich auf ihre Zuständigkeit und ausübende Gewalt [und daher] scheint Abhilfe beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, erforderlich."[59]

SS-Sturmbannführer Sandberger schickte wegen der großen zu bewegenden Menschenmengen im Voraus mehrere Anfragen an den Chef der Sicherheitspolizei im Reichssicherheitshauptamt, SS-Oberführer Müller in Berlin, worin er besonders drei Probleme betonte. Das erste betraf die Frage, ob die vor 1918 in Westpreußen ansässigen Polen neben den Volksdeutschen und Angestellten lebenswichtiger Betriebe von den bevorstehenden Evakuierungen ausgenommen werden sollten[60] Das zweite betraf die Zahl der zukünftig geplanten Wohnbevölkerung der Stadt, über die offenbar keine klaren Weisungen vorlagen. Am 11.10.1939 erklärte der Festungskommandeur, es würde eine Zahl von 70.000 bis 80.000 Einwohnern geschätzt, über die jedoch noch keine klare Weisung vorliege, da die wirtschaftliche Verwendung und damit Bedeutung des Hafens noch zu klären sei[61].

Eine dritte Angelegenheit bezog sich auf das weitere Vorgehen gegenüber der kaschubischen Bevölkerung. Die Frage lautete, „ob bei der Räumung von Gotenhafen auch die Kaschuben abzuschieben bzw. in Einvernehmen mit Gauleiter Forster in die Kaschubei zu überführen sind."[62] Einen Tag später, am 14.10.1939, wurden erste Richtlinien bekannt. Danach wurde als Volksdeutscher eingestuft, wer „einer der deutschen Organisationen in Polen angehört hat" oder „als unorganisierter Deutsch als seine Muttersprache anerkannt hat, die Kinder in die deutsche Schule schickte bzw. sie deutsch erzog und der in der Lage ist, einen einwandfreien volksdeutschen Bürgen zu stellen."[63] Weitere Entscheidungen betrafen die in Westpreußen geborenen polnischen Einwohner und die Kaschuben. Die kaschubischen Bewohner Gotenhafens sollten, soweit sie nicht in Gdingen oder Adlershorst geboren waren, auf das Gebiet der Kaschubei, also auf Karthaus (Kartuzy), Neustadt (Wejherowo) und andere Orte

[59] BArch R 69/1145, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Abschub von Polen aus Gotenhafen, Bl. 7, Fernschreiben von SS-Sturmbannführer Sandberger vom 13.10.1939 betreffend planloses Umherwandern von Polen in den besetzten Gebieten.
[60] BArch R 69/1145, Bl. 3, Schreiben von SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger an den Chef der Sicherheitspolizei z.Hd. von SS-Oberführer Müller betreffend Evakuierung der Polen aus Gotenhafen vom 13.10.1939.
[61] BArch R 69/1145, Bl. 4, Schreiben von SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger an den Chef der Sicherheitspolizei z.Hd. von SS-Oberführer Müller vom 13.10.1939, betreffend endgültige Wohnbevölkerung der Stadt Gotenhafen.
[62] BArch R 69/1145, Bl. 6, Schreiben von SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger an den Chef der Sicherheitspolizei z.Hd. von SS-Oberführer Müller vom 13.10.1939 betreffend Behandlung der Kaschuben.
[63] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 9f., Schreiben vom 14.10.1939 mit Angaben, wer als Volksdeutscher gelten soll.

verteilt werden, aber nur unter der Bedingung, dass sie dort Verwandte hätten. Die übrigen Kaschuben sollten „gleich wie die Polen zu behandeln sein“, sobald man ihre Wohnungen für Baltendeutsche benötige.

Eine Ausnahme sollte man laut der von Huth getroffenen Entscheidung bei den in Gotenhafen geborenen kaschubischen Fischern machen. Sie waren nicht zu erfassen[64]. Die letzte Gruppe, die die Aufmerksamkeit der höheren Behörden auf sich gezogen hatte, waren die Personen, die in Westpreußen geboren waren. Weil aber in Gotenhafen und Adlershorst wegen des Eintreffens der Deutsch-Balten besondere Eile geboten war, entschied man, dass auch sie evakuiert werden konnten. Allerdings sollte hierbei „besondere Aufmerksamkeit“ darauf gelegt werden, dass die Personen, die nicht nur in Westpreußen geboren wurden, sondern auch deutschsprachig waren und auch ihre Kinder deutsch erzogen hatten, als „Grenzfälle“ und damit anders als die Polen behandelt würden[65]. Ebenso entschloss man sich, nur deutsche Kinder für den Schulunterricht zu erfassen, „die Erfassung der rein polnischsprechenden Kinder [erfolge] aus zweckmäßigen Gründen zur Zeit noch nicht, da durch Aussiedlung des polnischen Elements und durch Zuzug deutschstämmiger Balten wesentliche Verschiebungen zu erwarten [seien].“[66]

Am 14.10.1939 wurden erneut von der Evakuierung ausgenommene Personenkreise festgelegt. SS-Obersturmbannführer Körnich nannte als kompetente Behörden die Sicherheitspolizei, die die Volksdeutschen festzustellen hatte, und das Polizeipräsidium, das die in lebenswichtigen Betrieben oder für das wirtschaftliche Leben bedeutsamen Angestellten zu ermitteln hatte. Am 15.10.1939 verloren alle Ausweise, die von anderen Dienststellen ausgestellt worden waren, ihre Gültigkeit[67]; die ersten 799 Ausweise für die als unentbehrlich festgestellten Bewohner wurden am darauf folgenden Tag ausgestellt[68].

Am gleichen Tag wurde vom Kommandanten Gotenhafens die Information übermittelt, dass „bei der polnischen Bevölkerung der Stadt das Bedürfnis besteht, freiwillig von Gotenhafen abzuziehen. Es soll daher versucht werden, die Räumung der Stadt auf einer freiwil-

[64] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 229, Schreiben vom 17.10.1939 an den Polizeipräsidenten Gotenhafen, s.a. BArch R 69/1221, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Baltenumsiedlung Bd. 3: Schriftverkehr der EWZ Gotenhafen mit dem RSHA, Bl. 8-10, Schreiben Sandbergers an das Reichssicherheitshauptamt z.Hd. Oberführer Müller betreffend Baltenaktion.
[65] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 9 u. 11, Schreiben vom 14.10.1939 mit Angaben, wer als Volksdeutscher gelten soll.
[66] APG 140/1, Bl. 543, Schreiben der Schulverwaltung Gotenhafen an die Zivilverwaltung Gotenhafen vom 14.10.1939.
[67] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 5.
[68] APG-Gdynia 650/1639, Schreiben des Oberregierungsrats an den Stadtkommissar von Gotenhaven vom 16.10.1939 betreffend 799 Ausweise für Personen, die von den Maßnahmen der Räumungsaktion nicht betroffen werden sollten.

ligen Basis durchzuführen. Entsprechende Züge sollen zusammengestellt werden."[69] Am 16.10.1939 wurde die Zahl der auszusiedelnden Polen aus Gotenhafen auf 30.000 bis 40.000 geschätzt. Als neue Bestimmungsorte für die evakuierte Bevölkerung wurden die Städte Radom und Kielce sowie deren Umland genannt[70]. Am 18.10.1939 wurde im Tagebuch des Wehrmachtkommandos notiert: „Ein erster Transport von 1000 polnischen Einwohnern aus Gotenhafen, die dort ihre Wohnungen zur Unterbringung der herankommenden baltischen Flüchtlinge geräumt haben, ging heute mit der Bahn nach Kielce ab, wo sie fortan Aufenthalt nehmen sollen." Am nächsten Tag wurden weitere 1687 polnische Einwohner mit der Bahn in den Raum von Kielce abgeschoben."[71]

Am 19.10.1939 kam es zu einer weiteren Besprechung, bei der u.a. der Polizei-Präsident, der Vertreter des Festungskommandanten Kapitän Schomburg, der Leiter der Gestapo, Vertreter der Einwanderungszentrale und der NSV anwesend waren. Es ging um die Germanisierung der Stadt und um drei zentrale Fragen: Die erste betraf die Zahl der in Gotenhafen zu erwartenden baltendeutschen Bevölkerung, die zweite die Verantwortung „für die reibungslose Räumung der Stadt durch die polnische Bevölkerung" und die dritte den Verantwortlichen dafür, „für alle Bevölkerungsteile in der Stadt ausreichende Wohnräume zu beschaffen." Den protokollierten Antworten zufolge erwartete man bis zu 65.000 Balten in Gotenhafen, allerdings erschien ein großer Teil davon nicht geeignet, auf Dauer dort zu verbleiben. Für die Räumung sollte der Polizeipräsident die alleinige Verantwortung tragen und für die Beschaffung von Wohnraum der Stadtkommissar. Dabei wurde die Zahl der in der Stadt verbleibenden polnischen Bevölkerung folgendermaßen geschätzt:

> „Der Bedarf der in Gotenhafen zurückzuhaltenden polnischen Facharbeiter jeder Art wird geschätzt auf etwa 5.000 Personen und deren Angehörige. [...] Neben den 5.000 polnischen Fachkräften und deren Angehörigen ist es zulässig, auch die frühere kaschubische Bevölkerung in Gotenhafen zu lassen und zwar nur diejenigen, die der Fischergemeinde angehören. Es sind etwa 80 Familien in der Fischersiedlung Waszyngtona und einige Familien im Stadtteile Oxhöft."

[69] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch, Nr. 2, Notiz vom 14.10.1939.
[70] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch, Nr. 2, Notiz vom 16.10.1939.
[71] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch, Nr. 2, Notiz vom 19.10.1939, Bekanntmachung über Aussiedlungen aus Gdingen; Dokument über die Ausweisung aus Gotenhafen sowie Fahrausweise der Bewohner für die Sammeltransporte Richtung Kielce und Tchenstochau (Częstochowa); vgl. Internetseite des Museums der Stadt Gdingen (Muzeum Miasta Gdyni): www.muzeumgdynia.pl/m2wsdo2.htm

Zudem sollten für den Umschlag von Kohle im Handelshafen noch weitere 1.000 polnische Hafenarbeiter von den Evakuierungen befreit bleiben und alle Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung aus der Stadt abgeschoben werden[72].

Weitere chronologisch im Kriegtagebuch aufgezählte Transporte folgten am 20., 23. und 24.10.1939[73]. Am 20.10. wurden „abermals 1.418 polnische Einwohner aus Gotenhafen in den Raum von Kielce transportiert", am 23.10. weitere 1.000 und am 24.10. 1.470 Polen, die Gotenhafen mit der Bahn verlassen mussten. Am 24.10.1939 informierte der Chef der Einwandererzentralstelle Gotenhafen Sandberger in einem Schreiben an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Verwaltungschef Oberost, SS-Brigadeführer Streckenbach, dass der Reichsführer SS anlässlich seines Besuches in Danzig und Gotenhafen am 21.10.1939 mit sofortiger Wirkung entschied,

> „dass die Polen aus Gotenhafen nach Stadt und Landkreis Kielce ohne besondere Beschränkung nach Zahl und Umfang laufend abgeschoben werden sollen in dem Maße, wie Zugmaterial zur Verfügung steht. Dementsprechend sollen die Polen aus anderen Städten der Gaue Westpreußen und Posen jeweils nach einer bestimmten anderen Stadt (einschließlich Landkreis) im Bereich des Verwaltungschefs Oberost abgeschoben werden."[74]

In einer anderen Darstellung des Aufbaus der Transport- und Unterkunftsstelle der Einwandererzentralstelle wird von der Arbeit der Nebenstelle Danzig-Neufahrwasser, genauer über einen Sondereinsatz zur „Räumung, Instandsetzung und Reinigung der ehemaligen polnischen Wohnungen in Gotenhafen" berichtet. Nach Bericht vom 21.10.1939 sollen drei Transportzüge mit 4.600 Polen „reibungslos" nach Kielce überführt worden sein[75]. Der Vergleich mit den vom Stab des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen für diese Tage genannten Zahlen ergibt ein anderes Ergebnis. In den Tagen vom 18. bis 21.10.1939 wurden laut dessen Notizen 4.105 Polen evakuiert – also 495 Personen weniger.

---

[72] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 15-19, Niederschrift über Besprechung am 19. Oktober 1939 vom 20. Oktober 1939.

[73] Die Stelle des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen wurde am 22.10.1939 in Stellvertretendes Generalkommando XX, zugleich Wehkreiskommando XX, umbenannt.

[74] BArch R 69/1221, Bl. 30f., Schreiben von SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Verwaltungschef Oberost SS-Brigadeführer Streckenbach, nachrichtlich an Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, z.Hd. von SS-Oberführer Müller, betreffend Abschub der Polen aus Gotenhafen; BArch R 69/1141, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, EWN Gotenhafen (1.-30. November 1939). Aufbau und Organisation der EWZ Gotenhafen als Haupt- und (ab Nov. 1939) als Nebenstelle, Bl. 116f., Schreiben an das Reichssicherheitshauptamt, Heydrich und Neumann, betreffend Besuch des Reichsführers SS in Danzig und Gotenhafen am 21.Oktober 1942 vom 22.10.1939.

[75] BArch R 69/103, Akten der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Transport und Lagerung des Umsiedlergepäcks. Errichtung der Gepäckstelle in Gotenhafen, Bl. 5-9, Bericht über den Aufbau der Transport- und Unterkunftsstelle, Teil „Bisherige Tätigkeit, a) Transporte."

Am 22.10.1939 erfolgte darüber hinaus eine „Blitzfernschreibenanordnung“ des Reichssicherheitshauptamtes, in der bestimmt wurde, dass der „Abschub von weiteren 4000 Polen aus Gotenhafen nach Radom umgehend durchzuführen ist“. Die Genehmigung zur Aufnahme der Polen im dortigen Generalgouvernement wurde vom Reichssicherheitshauptamt durch Generalquartiermeister O.K.H. veranlasst, was die nächsten Transporte sicherstellte[76]. Aus dem Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen ist ersichtlich, dass die Anordnung auch binnen drei Tagen über das Plansoll hinaus erfüllt wurde: Es wurden sogar 5.356 Polen aus der Stadt weggebracht. Am 25.10.1939 werden unter dem Titel „Abschub polnischer Einwohner aus Gotenhafen und Lipno“ folgende zusammenfassende Zahlen zu den Evakuierungen genannt:

> „Aus dem Baltikum sind bisher 4095 Personen in 8 Dampfertransporten in Danzig eingetroffen. Um für sie und die zu erwartenden viele Tausende weiterer Baltendeutscher in Gotenhafen Platz zu schaffen, sind heute abermals 2886, bisher im ganzen 9417 Personen der polnischen Bevölkerung mit der Bahn in den Raum von Kielce abgeschoben worden. Näheres enthält die Anlage. Die Zahl der aus Gotenhafen abgeschobenen Personen erhöht sich am 26. Oktober noch um 2854 Personen[77]. Außerdem aber sind vor und während des Abschubs sehr viele Polen mit fahrplanmäßigen Zügen abgefahren.
>
> | | |
> |---|---|
> | Schätzungsweise in Richtung auf Warschau rund | 8000 Personen |
> | Schätzungsweise in Richtung auf Kattowitz rund | 8000 Personen |
> | Schätzungsweise in Richtung auf Posen rund | 4700 Personen |
> | Schätzungsweise in Richtung auf Karthaus rund | 1800 Personen |
>
> ferner mit Pferd und Wagen oder Fahrrädern 10.000 Personen, so dass bereits mit Fortzug von fast 38.000 poln. Einwohner aus Gotenhafen gerechnet werden kann. Rund 50.000 werden in der Stadt jedoch noch immer vorhanden sein.“[78]

Die zitierten Statistiken enthalten beim Summieren jedoch offensichtlich einen Fehler. Bis 25.10.1939 sollen demnach 9.417 Polen aus der Stadt abgeschoben worden sein. Mit der nächsten Abschiebung am 26.10. erhöhte sich die Zahl auf 12.271 Personen. Die Personen, die mit den „fahrplanmäßigen Zügen“ aus der Stadt abgereist waren, ergeben in der Summe 22.500 Menschen. Dazu kommen noch die genannten 10.000 Personen, die mit Pferd, Wagen

[76] BArch R 69/490, Akten der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Polen-Abschub aus Gotenhafen 1939, Bl. 6, Aktennotiz betreffend Polen-Abschub aus Gotenhafen vom 22. Oktober 1939.
[77] Zur Aussiedlung an diesem Tag vgl. APG-Gdynia 650/1639, Schreiben an NSV Gotenhafen vom 27. Oktober 1939, Bl. 249. Hier finden wir die Information, dass am 26.10.1939 aus dem Ortsteil Kolonie Oblusch (Obłuże) Kongresspolen evakuiert wurden. Dadurch konnten der NSV auch „50 brauchbare Wohnungen“ zu Verfügung gestellt werden.
[78] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch, Nr. 2, Notiz vom 25.10.1939.

und Fahrrädern fortgefahren sind. Insgesamt sind das 44.771 Personen und damit rund 6.700 mehr als nach den obigen Angaben. Wenn man die einzelnen Einträge des Kriegstagebuchs zwischen 18. und 25.10.1939 addiert, ergibt sich die Summe 9.461, was zusammen mit den weiteren Aussiedlungen vom 26.10. und den Personen, die mit fahrplanmäßigen Zügen, Pferd, Wagen und Fahrrädern abreisten, ebenfalls 44.815 Menschen ergibt, was nur um 44 Personen über dem eben errechneten Wert liegt.

In der polnischen Geschichtsschreibung wird die Zahl der Bevölkerung Gotenhafens, die die Stadt verlassen musste, auf 50.000 geschätzt[79]. Aus der gleichen Quelle, den Kriegstagebüchern des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen, wird stets entnommen, dass bis 26.10.1939 genau 12.271 Polen zwangsausgesiedelt wurden und weitere rund 38.000 „freiwillig" die Stadt verlassen haben. Die Addition würde dann 50.271 Menschen ergeben[80]. Wenn man aber die vom Militär angegebene Zahl 38.000 nicht beachtet, sondern die einzelnen genannten Posten durchrechnet, fällt die Summe wie oben gezeigt deutlich niedriger aus.

Mit dem 26.10.1939 waren die Aussiedlungen jedoch keinesfalls abgeschlossen. Die Aussiedlungen der Polen wurden auch später weiter geführt. So ordnete Reichsführer SS Heinrich Himmler am 30.10.1939 an, dass in den Monaten November und Dezember 1939 alle Kongresspolen aus der Provinz Danzig-Westpreußen auszusiedeln seien[81].

Somit wurden sowohl im November 1939 als auch in den Jahren 1940 und 1941 weitere Massenaussiedlungen durchgeführt[82]. Dass aber die Evakuierungen auch durchaus einmal ins Stocken geraten konnten, zeigt der Bericht des SS-Sturmbannführers Röder aus der Einwandererzentralstelle Nordost Nebenstelle Gotenhafen. In seinem Fernschreiben, dem Tagesbericht vom 14.11.1939, meldet er dem SS-Sturmbannführer Tschierschky in der Einwandererzentralstelle Nordost Posen, dass die für November geplanten Transporte von Polen aus Gotenhafen schwierig durchzuführen seien: „Der für 13.11. angesetzte Abschub von 1.500 Polen aus Gotenhafen und Umgegend ist nicht durchgeführt worden. Auch der für 15.11. angesetzte Abschub von weiteren 1.500 Polen von hier wird nicht erfolgen". Als Grund dafür nannte er

[79] DŁUGOBORSKI schreibt über 50.000 ausgesiedelte Einwohner Gdingens im Zeitraum vom 12.9.-26.10.1939, was 44% aller Einwohner bedeuten würde, und über 22.000 weiteren, die im Laufe des Jahres 1940 ausgesiedelt wurden, vgl. W. DŁUGOBORSKI, Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939-1945, in: W. DŁUGOBORSKI (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, Serie: Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 47, Göttingen 1981, S. 312.

[80] J. MICHAŁOWSKA 1980, S. 224; CZ. MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1, Warszawa 1970, S. 308: „Bis 25.10.[1939] verließen Gdingen 8.000 Bewohner nach Warschau, 5.000 nach Posen, 10.000 ins Posener Umland, ähnlich viele wurden in die Wojewodschaft Kieleckie ausgesiedelt. Insgesamt wurden 38.000 Personen ausgesiedelt, 50.000 sind noch geblieben." (Übersetzung MS); J. OSTAPKOWICZ 2006, S. 12; Eintrag in der Enzyklopädie Gdingens von A. GĄSIOROWSKI, in: SOKOŁOWSKA M., J. GRECZANEK-FILIP u. W. KWIATKOWSKA (Hrsg.), Encyklopedia Gdyni, Gdynia 2006, S. 928-929; M. TOMKIEWICZ 2003-2004, S. 37.

[81] BArch R 49/5, Akten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Anordnung 1/II vom 30. Oktober 1939. Der Reichsführer-SS H. Himmler als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums.

[82] G. BERENDT 2005, S. 197.

einen Mangel an Eisenbahnwaggons und die Weigerung Oberosts, die Transporte anzunehmen[83]. Zum Unglück der polnischen Bewohner Gotenhafens funktionierte die einmal in Gang gesetzte Maschinerie der Evakuierung jedoch viel zu gut, um auf Dauer größere Verzögerungen zuzulassen.

Wie unmenschlich der Umgang mit den Evakuierten war, berichteten ironischerweise die Täter und Durchführer der Aussiedlungen selbst. Auf einer Konferenz des RSHA Anfang des Jahres 1940 informierte SS-Hauptsturmführer Mohr, dass während der großen Kälte bei einem Transport 100 Erfrorene gemeldet wurden. Die oft nicht vorher angekündigten Transporte, die aus Westpreußen ins Generalgouvernement geschickt wurden, standen manchmal tagelang auf Abstellgleisen, wobei die Menschen in den fest geschlossenen Waggons an Kälte, Hunger oder Erschöpfung starben[84]. Zur Veranschaulichung der Aussiedlungen sei im Folgenden aus den Erinnerungen des Zeitzeugen SOBOLEWSKI zitiert:

> „Morgens am 26. Oktober 1939 [...] gingen wir alle Richtung Bahnhof. Vor uns schoben wir eine Karre, auf der sich zwei Koffer, zwei Säcke und zwei Kartons mit unerlässlichen Sachen befanden. Vor dem Bahnhof versammelte sich schon eine riesige Menschenmenge mit Bündeln, Körben und Koffern. Die Landschützer gingen in der Menschenmenge herum und beaufsichtigten das Tor, das zum Bahnhofsareal führte. Um 7 Uhr wurde der Tor geöffnet und die Menschenmenge schob sich, gegenseitig schubsend, in Richtung des Zuges, der aus Güterwaggons zusammengesetzt war. Letztendlich haben alle in den Waggons Platz gefunden. Kurz darauf fuhr ein mit Brot beladener LKW an das Gleis heran. Das Brot wurde unter den Aussiedlern verteilt. Die Rotkreuzdelegierten, die auch mitgekommen waren, haben Milch, und unter den am meisten Bedürftigen Kleidung verteilt.
>
> Direkt vor der Zugabfahrt kamen zwei Männer in nationalsozialistischen Parteiuniformen in die Waggons, die dazu aufforderten, alle fremden Währungen und polnisches Geld, wenn jemand über 20 Zloty besitze, abzugeben. Der Zug fuhr um 10.30 Uhr los. Auf polnischem Gebiet haben uns noch Menschen mit Händen und Taschentüchern gewunken. Manche weinten. So ging es bis Kolibki. [...] Ab Zoppot änderte sich die Sympathie der Bevölkerung für uns. Hier und da wurde uns sogar mit Fäusten gedroht. Ich erinnere mich, dass sich an einer Stelle neben den Gleisen eine Schule befand. An

[83] BArch R 69/980, Akten der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Tätigkeit der EWZ Gotenhafen sowie des Abwicklungskommandos Gotenhafen während der Baltenaktion, Bl. 4, Fernschreiben an Einwandererzentralstelle Nordost Posen z.Hd. SS-Sturmbannführer Tschierschky betreffend Tagesbericht vom 14.11.1939.

[84] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 309f.; M.G. ESCH, Migrationssteuerung im totalen Staat: Die Umwandererzentralstelle im besetzten Polen 1939-1944, in: J. OLTMER (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Bd. 12, Göttingen 2003, 1. Auflage, S. 193f.

allen Fenstern standen Schülern und Lehrer, die uns mit den Fäusten drohten, die ihre Zungen herausstreckten und uns verspotteten."[85]

[85] L. SOBOLEWSKI, Erinnerungen im Besitz der Verfasserin (Übersetzung MS).

3 NS-Bevölkerungspolitik

„Das beherrschende Problem des neuen Reichsgaues ist die Bevölkerungsfrage. Ihre endgültige Lösung wird jedoch noch Jahre in Anspruch nehmen. Denn von den etwa 1,5 Millionen Einwohnern, die das befreite Gebiet umfasst, wird bei einem erheblichen Teil die endgültige Entscheidung über seine Volkstumszugehörigkeit noch in laufender Arbeit getroffen.“[1]

3.1 Fortführung der Polenaussiedlungen 1940

„Rechtliche“ und demographische Grundlagen

Aufgrund von Hitlers Erlass über die neuen Ostgebiete des Reiches vom 8.10.1939 wurden die beiden neuen Reichsgaue Westpreußen und Posen erschaffen. Selbst „das ideologische Monstrum“, wie BROSZAT die Denkschrift „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten“[2] nannte, gibt für den Reichsgau Westpreußen Anteile von 38% Deutschen, 61% Polen und 1% Juden an; im Reichsgau Posen sahen die Verhältnisse gemäß der gleichen Quelle noch krasser aus: 7% Deutschen standen 85% Polen und 8% Juden gegenüber[3]. Eine solche Statistik „musste“ geradezu Ansporn für eine „erfolgreiche“ Bevölkerungspolitik der neuen Gewaltherrschaft werden.

„Wir gehen dem Volkstumskampf nicht aus dem Wege, sondern wir suchen ihn bewusst. So wie der deutsche Soldat der Welt immer wieder den Kampf bewusst sucht, um ihn zu gewinnen, müssen wir in den nächsten Jahrzehnten den Volkstumskampf bewusst suchen, um ihn für die nach uns kommenden Generationen zu gewinnen“, belehrte Gauleiter Greiser in einer seiner Denkschriften[4]. Der neue Gau Westpreußen, ab 2.11.1939 Reichsgau Danzig-

[1] E. WECHLIN 1940/1941, S. 491. Später beschreibt WECHLIN den „deutschen Ring“ im Reichsgau Danzig-Westpreußen: „Das neue Reichsgau hat den Vorteil, dass sein volkstumsmäßig noch ungesichertes Gebiet im ehemaligen Korridor auf drei Seiten von rein deutschen Gebieten umschlossen ist. Im Norden liegt der deutsche Freistaat mit etwa 400.000 Einwohnern, im Osten bilden die fünf Kreise Elbing, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg mit ihren 300.000 Einwohnern eine wertvolle Flankenstellung, die angrenzenden Gebiete des Gaues Pommern sind niemals polnisch gewesen.“

[2] M. BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961, S. 23.

[3] BArch R 49/75, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten. Im Auftrage des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP bearbeitet von Dr. E. Wetzel, Amtsgerichtsrat, Leiter der Hauptstelle der Beratungsstelle des Rassenpolitischen Amtes und Dr. G. Hecht, wissenschaftl. Referent, Leiter der Abteilung für Volksdeutsche und Minderheiten im Rassenpolitischen Amt, Berlin, 25. November 1939, Bl. 10, Zur Neugliederung der ehemaligen polnischen Gebiete. Statistisches zur Bevölkerungskunde.

[4] A. GREISER, Begrüßungsseite der ersten Ausgabe der „zielbewusst vorbereiteten Zeitschrift für Aufbau und Kultur im deutschen Osten“: „Wartheland“, Januar/Februar 1941, Heft 1/2, S. 1.

Westpreußen genannt, wurde wie Gotenhafen selbst zu einer der Bühnen der großen Bevölkerungsverschiebungen in den ehemals polnischen, ans Reich angeschlossenen Gebieten. Von dort wurde nach den Bestimmungen des gewaltigen, massiven und skrupellosen Germanisierungsplans die polnische Bevölkerung ins Generalgouvernement abgeschoben, zur Zwangsarbeit ins Reichsgebiet geschickt[5] oder in Umsiedlungs- oder Konzentrationslager gesperrt. Die jüdische Bevölkerung des Gaues wurde in Ghettos und Vernichtungslager deportiert. Neben den Aussiedlungen und Deportationen wurde eine weitere Methode „völkischer Umgestaltung" eifrig praktiziert: Die Massenerschießung von Tausenden Polen, vor allem von Angehörigen der polnischen Elite (Lehrer, Rechtanwälte, Ärzte, Gutsbesitzer, Kaufleute, Akademiker, Pfarrer, politisch Aktive), die durch SS-Truppen und Selbstschutz ermordet wurden[6]. Die Bezeichnungen „Unternehmen Tannenberg" und „Intelligenzaktion" bedeuteten die physische Liquidierung der polnischen Führungsschicht von Pommerellen, das für zur Annektion ans Dritte Reich vorgesehen war.[7]

Noch im November 1939 wurde verfügt, dass innerhalb eines Jahres, bis November 1940, 400.000 Polen und Juden aus dem Reichsgau Danzig-Westpreußen ausgesiedelt werden sollten[8]. Schonungslos und mit blindem Terror wurde dieser „Sonderauftrag" durch den von Ludolf von Alvensleben angeführten Selbstschutz, Spezialkommandos und selbsternannte „Vollstrecker" aufgenommen[9]. An Exekutoren fehlte es in keinem der neunen Gaue. Die Trennung der zum Verbleib Zugelassenen von den zur Aussiedlung Bestimmten sollte möglichst schnell und effektiv erfolgen – eine Volkszählung im Zeitraum vom 3. bis zum 6.12.1939 erleichterte die Qualifizierung der Bevölkerung und ermöglichte einen genaueren Einblick in die nationale Struktur.

Zwar wollte Forster möglichst viele Menschen auf seinem Gebiet germanisieren, jedoch wurden all jene, die diesem Plan politisch, rassisch oder völkisch entgegen standen, oh-

---

[5] vgl. STIFTUNG „ERINNERUNG, VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT" (Hrsg.), bearbeitet von K. Janka, Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten, Köln-Weimar-Wien 2008. (Erinnerungen von Polen, Juden, Tschechen, Russen, Weißrussen über die erlebte Zwangsarbeit während des 2. Weltkrieges).

[6] T. URBAN, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 10; D. STEYER, Eksterminacja ludności polskiej na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdynia 1967, S. 60-69ff.; D. SCHENK 2000, S. 145. Für interessante Information über den „rassischen" Stand der Angehörigen des westpreußischen Selbstschutzes vgl. I. HEINEMANN: „In Danzig nahmen ab Oktober 1939 Rassenprüfer aus dem RuSHA die rassische Musterung aller Selbstschutzangehörigen vor – mit dem Ziel, die Geeigneten alsbald in die SS zu überführen. Insgesamt befanden sich etwa 14.000 von insgesamt rund 38.000 Mitgliedern für rassisch tauglich", in: J. HEINEMANN, Rasse, Siedlung, deutsches Blut: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 211.

[7] siehe für Gdynia: E. GROT, Ludobójstwo w Piaśnicy jesienią 1939 r. ze szczególnym uwzględnieniem losu mieszkańców Gdyni (ausgearbeitete Version eines wissenschaftlichen Referats der Autorin Elżbieta Grot aus den Konferenzen vom 2.12.2003 und 13.11.2004), publiziert auf der Internetseite der „Stowarzyszenie Gdynian Wysiedlonych": www.sgw.com.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=62&Itemid=8

[8] G. BERENDT, Żydzi na terenie Wolnego Miasta Gdańska w latach 1920-1945 (Dzialalność kulturalna, polityczna i socjalna), Gdańsk 1997, S. 269.

[9] M. BROSZAT 1961, S. 38-48.

ne Gnade beseitigt. Danzig-Westpreußen sollte, nicht zuletzt auch im ehrgeizigen Wettbewerb mit dem Wartheland, so schnell wie möglich „Cristalldeutsch" werden, frei von Juden, Kongresspolen, Galiziern und allen nicht zum Musterbild Passenden[10]. Nicht umsonst befahl auch Himmler, dass die Polen und Juden, die ins „polnische Reservat", also ins Generalgouvernement (GG) umgesiedelt worden waren, und es wagen würden, ins Reichsgebiet inklusive der neu eroberten Ostgebiete zurückzukehren, auf der Stelle erschossen werden sollten[11]. Zur Verhinderung einer erneuten Bevölkerungsbewegung zwischen den Ostgauen und dem GG sollten die Ausweisdokumente der deportierten polnischen Familien mit dem Stempel „Evakuiert" versehen werden, um eine illegale Rückkehr in die eben zwangsgeräumten Gebiete zu erschweren[12]. Die „Polizeigrenze" zwischen dem Altreich und den Ostgauen blieb bis Kriegsende erhalten. Ohne Genehmigung der deutschen Behörden konnten die neuen Gebiete „weder betreten noch verlassen" werden[13].

Mit der Durchführung der Umsiedlungen innerhalb des Gaues und über seine Grenzen hinaus wurden mehrere Behörden beauftragt. Die Gesamtverantwortung trugen außer Forster und Himmler selbst der Höhere SS- und Polizeiführer Richard Hildebrandt als Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (er gab Ende 1939 auch die Mordaktionen an mehreren Tausend Patienten der psychiatrischen Anstalten in Auftrag[14]), SS-Obergruppenführer Ulrich Greifelt (Dienstgrad ab 1944), der von Himmler zum Leiter der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ernannt worden war[15], sowie lange Reihen von Mitgliedern der Sicherheitspolizei, des SD und der Gestapo, die die konkrete Durchführung der Aussiedlungen verantworteten[16]. Unter den vielen Namen,

[10] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 393; M. BROSZAT 1961, S. 128: „Die Grundtendenz der Eindeutschungspolitik in Westpreußen lief letzten Endes darauf hinaus, diejenigen Personen, die man in den einzelnen Kreisen aus volkspolitischen, nicht zuletzt aber auch aus wirtschaftlich-sozialen u.a. Gründen als unerwünscht ansah, deren Grund und Boden, Gewerbebetriebe etc. man für Umsiedler, einheimische Volksdeutsche oder Danziger Treuhänder beanspruchte, entweder durch Abschiedung ins GG, Einweisung in Lager oder auf andere Weise loszuwerden, die übrige Bevölkerung aber in ihrer überwiegenden Mehrzahl in die DVL aufzunehmen. Dabei war sowohl Ehrgeiz Forsters im Spiel, die Eindeutschung seines Gaues möglichst frühzeitig zu Ende zu führen, als auch die verständliche Absicht, bald klare Verhältnisse zu erlangen und sich auf die von Himmler gewünschte komplizierte Prozedur der Einstufung mit ihren rassischen Überprüfungen [...] möglichst wenig einzulassen."
[11] T. URBAN 2004, S. 64.
[12] M.G. ESCH 2003, S.185.
[13] M. BROSZAT 1961, S. 37.
[14] vgl. J.H. GRILL, Richard Hildebrandt „Rassenplaner" der SS, in: R. SMELSER u. E. SYRING (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn-München-Wien-Zürich 2000, S. 228.
[15] CZ. MADAJCZYK, Vom Generalplan Ost zur Generalsiedlungspolitik, München 1994, S. 293-295, Dokument Nr. 97, 1947, 8. Mai, Nürnberg. Eidesstattliche Erklärung von Ulrich Greifelt.
[16] vgl. J. BANACH, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 1998, S. 222-229; BArch R 49/5, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Anordnung 21/II des Reichsführer-SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Anordnungen zu den Ansiedlungen der Bessarabien- und Nordbuchenlanddeutschen: In dieser Anordnung nannte er die Verantwortlichen für die Durchführung dieser Umsiedlungen. Unter anderem wurde in dieser Anordnung die Rolle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD festgelegt, der die „zur Ansetzung der Umsiedler notwendigen Evakuierungen" durchzuführen hatte. Die Reichstatthalter der Ostgaue hatten laut der Anordnung die Ansiedlung in den neuen

die hier auftauchen, werden genannt u.a. Sicherheitspolizei- und SD-Inspekteur SS-Obersturmbannführer Dr. R. Tröger (nach seinem Tod am 18.6.1940 in Frankreich wurde ab 22.9.1940 SS-Standartenführer und Oberst der Polizei Helmut Willich zu seinem Nachfolger ernannt[17]), SS-Sturmbannführer Dr. H. Tanzmann[18], SS-Sturmbannführer und Regierungsrat Dr. H. Wolff, SS-Hauptsturmführer Franz Abromeit als Chef der Umwandererzentralstelle Danzig[19], SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger als Chef der Einwandererzentralstelle Gotenhafen[20], Dr. Duckart als Sonderbeauftragter des Reichsministeriums des Innern bei der EWZ Danzig, SS-Sturmbahnführer Henschel aus dem SS-Ansiedlungsstab, SS-Brigadenführer Diehm, Polizeipräsident in Gotenhafen[21], SS-Sturmbannführer Kriminalrat Class und viele weitere Vollstrecker, deren Unterschriften und Befehle die Schicksale der in Pommerellen wohnenden Polen für immer veränderten.

Eine der wichtigsten Institutionen, die Aus- und Umsiedlungen verantwortete, war die Umwandererzentralstelle, die als Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ab Mai 1940 in Litzmannstadt ihre Zentrale hatte. Wegen der bevorstehenden Ansiedlung von Litauen- und Bessarabien-Deutschen wurde auch im Gau Danzig-Westpreußen eine Niederlassung eröffnet. Zwar wurde die Überprüfung der vertriebenen und enteigneten Polen schon seit November 1939 durch den „Sonderstab für die Aussiedlung der Polen und Juden" betrieben, aber mit der neuen Umwandererzentralstelle etablierte sich die riesige bürokratische Machtmaschinerie der SS-Gewalt in diesem Gebiet. Sie nahm am 15.11.1940 in Gotenhafen ihren Betrieb auf, was u.a. aus den Meldungen an den Reichspostdirektor und das Fernsprechamt hervorgeht[22]. Laut einer handschriftlichen Notiz am Rand eines Schreibens an das Reichssicherheitshauptamt erhielt sie am 18.11.1940 ihre Diensträume in der Adolf-Hitler-Str. 21, also direkt an der Haupt- und Repräsentationsstraße.

Gebieten zu übernehmen, allerdings behielt Himmler die Auswahl der für die Ansiedlung der Bessarabiendeutschen in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland am besten geeigneten Kreise in seiner Hand.

[17] D. SCHENK 2000, S. 146; s.a. E. KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005, S. 630 (Eintrag zu Rudolf Tröger).

[18] E. KLEE 2005, S. 618 (Eintrag zu Helmut Tanzmann).

[19] Die direkte Leitung der UWZ Danzig hatte der SS-Hauptsturmführer Franz Abromeit, doch er unterlag dem SS-Sturmbannführer Wolff, dem Chef der Staatspolizeileitstelle Danzig.

[20] D. STEYER 1967, S. 97; s.a. P. SEMKÓW 2001, S. 108.

[21] s.a. T. FRIEDMAN, SS-Brigadeführer Diehm Christoph. Polizei-Präsident in Gotenhafen 1939-42, Polizei-Präsident in Metz 1942-43, SS-und Polizeiführer in Zytomir 1943-44, letzter SS-und Polizeiführer in Lemberg und Ost-Galizien bis Juli 1944, Insitut of Documentation in Israel, Haifa 2005; hier u.a. Brief an den Chef des SS-Personalhauptamtes betreffend „Verwendung des SS-Brigadeführers Diehm als Polizeiverwalter in Gotenhafen"; o.S. (Dokumentensammlung); E. KLEE 2005, S. 108 (Eintrag zu Christoph Diehm).

[22] AP Bydgoszcz (APB) 97/1, Umwandererzentralstelle Danzig-Lebrechtsdorf (UWZ Danzig), Sprawy organizacyjne 1940-1942, Bl. 3, Schreiben des Inspekteur d. Sich. [Archivblatt beschädigt, Stempel unleserlich] Danzig an den Reichspostdirektor, Fernsprechamt, Danzig, 30.10.1940 betreffend den Antrag auf Herstellung einer Fernsprecheinrichtung.

sentationsstraße der Stadt[23]. Ihre Aufgabe bestand darin, Personen zum Zweck der Germanisierung oder der Aussiedlung in ihrem Zuständigkeitsgebiet zu qualifizieren und zu selektieren und auch die Transporte der Ausgesiedelten ins Generalgouvernement sowie zur Arbeit ins Altreich zu organisieren.

Umfang der Aussiedlungswellen ab 1940

Nach den Aussiedlungen eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung Gotenhafens, die im Oktober 1939 stattgefunden hatten, wurden in großen Wellen weitere Aussiedlungen aus der Stadt und der Region Pommerellen durchgeführt. Anfang Dezember 1939 sollten – als letzter Teil der anfänglichen Aussiedlungen – noch einmal ungefähr 3.500 Polen und Juden aus Danzig und Zoppot ausgesiedelt werden[24]. Die erste der weiteren Aussiedlungswellen fand dann im Frühling und Herbst 1940, die zweite im Jahr 1941 statt. In der Historiographie werden diese späteren Evakuationen von denen der ersten Monate unterschieden. Die ersten stuft man als „wilde Aussiedlungen" ein, da die Transporte ins Generalgouvernement oft ohne vorherige Ankündigung und Akzeptanz durch die dortigen Behörden durchgeführt wurden. Die chaotischen Umstände der wilden Ausweisungen führten zu gröbsten Fehlern bereits bei der Auswahl der Auszusiedelnden. Nicht wenige so genannte volksdeutsche Familien wurden im Eifer der Räumung mitevakuiert[25].

Bei den späteren Aktionen funktionierte der gesamte Apparat besser. Mit neuen Richtlinien wurden u.a. die Zahl der Umgesiedelten pro Transport, ihr maximales Gepäck und die Verpflegung festgelegt[26]. Chef der Sicherheitspolizei und SD Reinhard Heydrich wies in einem Erlass darauf hin, dass bei den Evakuierungsaktionen „mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse im Generalgouvernement auf die Ausrüstung der zu Evakuierenden und die Lebensmittelgabe [Wert] zu legen ist (vollständige Winterbekleidung, Decke, Tagesverpflegung)."[27] Im Mai 1940 wurden Polen aus Bromberg, Gotenhafen, Danzig, Neustadt, Rahmel, Dirschau, Graudenz und Thorn ausgesiedelt[28]. Laut einer Untersuchung von JASTRZĘBSKI und SZILING sollen in diesem Monat insgesamt 7.136 Personen zu verschiedenen Zielen im Dist-

[23] APB 97/1, Bl. 7, Schreiben vom 14.11.1940 an SS-Sturmbannführer Eichmann betreffend des Standes des Aufbaus der Umwandererzentralstelle.
[24] B. CHRZANOWSKI 2004, S. 41.
[25] M. BROSZAT 1961, S. 88-90.
[26] APB 97/16, UWZ Danzig, Ewakuacja w roku 1940 (powiat gdański), Bl. 179-183, Richtlinien zur Durchführung der Evakuierungsaktion im Gau Ostpreußen und Reichsgau Danzig-Westpreußen im Zuge der Einsetzung der Litauen-Deutschen und der Mlawa-Aktion adressiert an Hauptmann Jagd.
[27] APB 97/1, Bl. 16-21, Schreiben von Abromeit an UWZ-Lager in Thorn, Potuliz, Dirschau, Anordnung I/41, betreffend Organisation und Arbeitsweise im Sammellager vom 22.1.1941.
[28] vgl. S. DATNER, J. GUMKOWSKI, K. LESZCZYŃSKI, Wysiedlenia ludności z ziem polskich wcielonych do Rzeszy, BGKBZH w Polsce, Bd. XII, Warszawa 1960, S. 126.

rikt Lublin deportiert worden sein[29]. Weitere Evakuierungen fanden in den Monaten September und Oktober 1940 statt.

Die Transporte wurden „rechtsförmig" angekündigt und angeleitet. Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Danzig meldete dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und SD Krakau und dem Reichssicherheitshauptamt[30] detailliert Zahlen, Durchführungsdaten und Versorgung eines Transportes ins Generalgouvernement. So wurde beispielsweise ein Transport von Gotenhafen, mit dem am 10.5.1940 fast 600 Polen nach Lublin evakuiert wurden, in aller Plangenauigkeit angekündigt:

> „Der 5. Polentransport – Zugnummer 1085 – mit 587 Personen hat heute Abend 21.09 Gotenhafen mit Zielbahnhof Lublin verlassen. Die Transportteilnehmer werden von einer polnischen Ärztin und zwei Hilfsschwestern betreut. Oberleutnant Heidtke und 14 Mann Schutzpolizei aus Gotenhafen bilden die Begleitmannschaft, dem Transportführer wurden 11740 zl. und folgende Lebensmittel zur Übergabe Lublin übergeben:
> a. 1800 kg Brot, b. 20 kg Schmalz, c. 25 kg Margarine, d. 150 kg Marmelade, e. 100 kg Zucker, f. 700 kg Roggenmehl, g. 100 kg Weizenmehl, h. 100 kg Grütze, i. 25 kg Zwieback, j. 50 kg Kaffee, k. 10 kg Salz, l. 142 kg Suppenknochen, m. 350 Brote a 1,5 kg, n. 60 kg Margarine, o. 800 kg Weizenmehl, p. 50 kg Marmelade.
> Personen mit Ungeziefer wurden vor der Abreise gebadet und entlaust."[31]

Im gleichen Dokument sind auch einige Namen von Ausgesiedelten zu erfahren, wobei auf der Liste mit mehr als 130 Namen einige mit der Bemerkung „bekennt sich besonders zum Polentum" unterstrichen wurden[32].

Nach den Untersuchungen mehrerer Historiker betrafen die Aussiedlungen des Jahres 1940 in Gotenhafen insgesamt über 22.000 Polen. Im Rahmen der so genannten planmäßigen Aussiedlungen aus Pommerellen sind demnach bis 15.11.1940 30.758 Personen ausgesiedelt worden[33], in der weiteren Zeit bis Mitte März 1941, als die Grenze des Generalgouvernement für Aussiedlungstransporte gesperrt wurde, weitere 10.504 Polen und 381 Juden[34]. Im Frühling und Sommer 1941 wurden besonders viele Bewohner der ländlichen Gemeinden wie Rippin und Leipe im Zusammenhang mit der Beschaffung von Wohn- und Arbeitsplätzen für

[29] W. JASTRZĘBSKI, J. SZILING 1979, S. 148.
[30] Im Reichssicherheitshauptamt wurde ein Sonderreferat zur Behandlung der Aussiedlungen namens Referat IV D4 unter Leitung von SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann geschaffen.
[31] APB 97/18, UWZ Danzig, Ewakuacja do Generalnej Guberni Maj 1940, Bl. 89, Fernschreiben von Inspekteur der Sicherheitspolizei u. SD [Unterschrift unleserlich] vom 10.5.1940 an SS Hauptsturmführer Mohr und SS-Hauptsturmführer Eichmann betreffend der Polenevakuierung.
[32] APB 97/18, Liste mit Namen der polnischen Bewohner Gotenhafens, die zur Aussiedlung bestimmt wurden.
[33] B. CHRZANOWSKI 2004, S. 42; s.a. CZ. MADAJCZYK 1970, S. 396.
[34] B. CHRZANOWSKI 2004, S. 44.

die Bessarabiendeutschen ausgesiedelt[35]. Auch in den späteren Monaten desselben Jahres wurden immer wieder Namenslisten polnischer Familien erstellt, die im Rahmen der Ansiedlung von Bessarabiendeutschen zum Wegzug gezwungen wurden[36].

Aus- und Umsiedlungen ab dem Jahr 1941

Spuren einer weiteren großen Aussiedlungswelle aus Gotenhafen lassen sich in den Dokumenten der für die Umsiedlung verantwortlichen Behörden finden. Dort wurden weiterhin Namenslisten von Bewohnern geführt, die im Rahmen der „Sonderevakuierung" im Jahr 1941 ausgesiedelt wurden. Auf den durch das Sonderreferat des SD für das Gebiet des Gaus Danzig-Westpreußens erstellten Listen fanden sich Namen, Geburtsdaten und bisherige Adressen der für die Aussiedlung bestimmten Personen. Eine solche Liste vom 14. und 15. Januar 1941 trug folgende Bemerkungen: Unter „Grund der Absiedlung" wurde beispielsweise„ohne Arbeitsschein", „gewerbliche Unzucht", „arbeitsscheu", „Trinker", „Dirne", „Hetzer" oder „verkommen" genannt. Auch rassische und gesundheitliche Merkmale der Auszusiedelnden wurden erhoben: „verkrüppelt", „bucklig" oder „macht geistig vollkommen minderwertigen Eindruck" wurde neben manche Namen gekritzelt. Die zum Bürokratismus neigenden Beamten des SD-Sonderreferats hinterließen in einigen vorgegebenen Feldern auch längere Kommentare. So schrieben sie über eine Familie M.: „Die Familie M. sind fanatische Polen. Sie haben auch aus ihrer Einstellung nie einen Hehl gemacht. Bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit zeigen sie große polnische Fahnen."[37]

Einen Monat später wurde eine von vielen Neuregelungen geschaffen. Am 15.2.1941 ordnete die Umwandererzentralstelle unter dem SS-Hauptsturmführer Abromeit an, dass Polen und Juden „nicht wie bisher, zusammen sondern nur getrennt in Polen- und Judentransporten in das Generalgouvernement abgeschoben werden" dürften. Zudem sollten Transporte von Juden mindestens vier Tage vor der Abfahrt schriftlich angemeldet werden[38].

---

[35] APB 97/63, UWZ Danzig, Sprawozdania dotyczące przesiedleń w obrębie okręgu Gdańsk-Prusy Zachodnie. In einer Halbmonatsberichterstattung an den Oberst der Polizei Willich vom 4.8.1941 wurden die Zahlen der Gauumsiedlung genannt. Demnach wurden zur Einsetzung von Bessarabiendeutschen aus den Kreisen Leipe, Rippin, Briesen, Strasburg, Zempelburg, Wirsitz, Dirschau un Stargard vom 22.4. bis 31.7.1941 5.709 Personen ausgesiedelt; s.a. APB 97/164, UWZ Danzig, Zawiadomienie powiatowych komendantów żandarmerii oraz prezydentów policji o zmianie miejsc zamieszkania osób zwolnionych z obozów, Bl. 91-97, Schreiben an Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde in Gotenhafen vom 30.8.1941 betreffend Umsiedlung polnischer Familien.

[36] APB 97/54, UWZ Danzig, Wykaz osób wysiedlonych z Gdyni 1941, Bl. 3, Schreiben an den Polizeipräsidenten Gotenhafen, SS-Brigadeführer Diehm vom 1.10.1941, Liste mit Namen der 18 Familien, die aus diesem Grund dem UWZ-Lager Thorn zugeführt worden waren.

[37] APB 96/14, Sonderreferat SD Gotenhafen, Gdańsk, Gdynia, Sopot. Sonderevakuierung 1941, Zoppot, 15.1.1941, Liste mit 17 Namen der zur Aussiedlung bestimmten Polen.

[38] APB 97/14, UWZ Danzig, Ewakuacja do GG - Sprawy ogólne 1940-1942, Bl. 31, Schreiben der Umwandererzentralstelle, i.V. gez. Abromeit, SS-Hauptsturmführer an SS-Stubaf Eichmann vom 15.2.1941.

Am 14.3.1941 wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Angriff auf Russland die Grenze des Generalgouvernements für sämtliche Aussiedlungstransporte aus Danzig-Westpreußen gesperrt. Abromeit begründete dies mit „verkehrstechnischen Gründen". Die letzten Transporte aus Danzig-Westpreußen in das Generalgouvernement wurden am 12. und 13.3.1941 in die Lager Potulitz und Thorn durchgeführt[39]. Die Sperrung bremste jedoch nicht einmal ansatzweise den Eifer der Beamten bezüglich der „neuen völkischen Ordnung" auf Danziger Gebiet. Schon Mitte 1940 wurden auch interne Umsiedlungen in Gotenhafen angekündigt. Die in der Innenstadt vorhandenen Wohnungen sollten für Reichsdeutsche frei gemacht werden, wofür die polnischen Bewohner in die Vororte umgesiedelt werden mussten[40]. Nicht nur einzelne Wohnungen in verschiedenen Teilen der Stadt, sondern auch größere Mehrfamilienhäuser wurden gezielt geräumt. Viele Personen, deren Namen sich beispielsweise auf der zitierten Liste vom 14. und 15. Januar 1941 befanden, hatten ihre bisherigen Adressen in den Stadtteilen Oxhöft und Oblusch[41]. Die internen Umsiedlungsaktionen wurden ab April 1941 im Zusammenhang mit der Sperrung der Generalgouvernements-Grenze massiv umgesetzt. Bis Ende des Jahres 1941 soll nach Untersuchung von MADAJCZYK die Zahl der intern Umgesiedelten die Zahl von 14.000 überschritten haben, und auch im darauf folgenden Jahr betraf sie mindestens 5.000 Bewohner des Gaus[42].

Ein interessantes Beispiel der Praxis der Verdrängung von Polen zur Platzbeschaffung für die Anzusiedelnden zeigen die Berichte des Ansiedlungsstabes. Laut einem Schreiben des Leiters des Ansiedlungsstabes, SS-Standartenführer Henschel, sollte ein Hof im Ortsteil Cissau von der polnischen Bauernfamilie freigemacht werden, um eine baltendeutsche Familie unterzubringen. Der Hof mit 22 Hektar Land war für einen deutschen Umsiedler mit seiner Frau und vier Kindern bestimmt[43]. Die Durchführung des Planes geriet jedoch unerwartet in Schwierigkeiten, da das polnische Ehepaar samt seinen fünf Kindern die Wohnung schon verlassen hatte. Enttäuscht schreibt er in dem Protokoll weiter:

---

[39] APB 97/14, Bl. 47, Gotenhafen, den 11.3.1941, Fernschreiben von Abromeit an SS-Gruppenführer Hildebrandt, SS-Standartenführer Willich, SS-Sturmbannführer Wolff, SS-Strumbannführer Röder, SS-Standartenführer Henschel betreffend 3. Nahplan, 1. Teilprogramm; s.a. S. DATNER, J.GUMKOWSKI, K. LESZCZYŃSKI 1960, S. 123. Hier wird das Datum 16. März für die Sperrung des GG für alle Aussiedlungstransporte aus den deutschen Ostgebieten und Wien angegeben.

[40] APG-Gdynia 650/1639, Oberbürgermeister Gotenhafen, Referat prawny. Kryteria ustalania przynależności narodowej w celach zaludnienia miasta Gdyni, Bl. 255, Oberbürgermeister an Reichsstatthalter, Bezirkwirtschaftsamt Danzig-Westpreußen vom 5.6.1940.

[41] APB 96/14, hier 15-seitige Liste „Sonderevakuierung" Kreis Gotenhafen, Stadt Gotenhafen vom 14.1.1941 sowie zweiseitige Liste vom 15.1.1941.

[42] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 396.

[43] APB 97/191, UWZ Danzig, Osiedlanie Niemców przybyłych z Generalnej Gubernii, Wołynia, Chełmszczyzny, Litwy, Besarabii i innych części terytorium ZSRR, Bl. 115, Schreiben vom Leiter des Ansiedlungsstabes SS-Standartenführer Henschel an die Umwanderzentralstelle Gotenhafen betreffend Ansiedlung des baltendeutschen Umsiedlers Heissler, Paul vom 1.11.1941.

„Bei meinem Eintreffen auf der Hofstelle, gegen 02.00 Uhr fand ich die Wohnung unverschlossen vor. Sämtliche Türen zu den einzelnen Zimmern waren geöffnet. Wie festgestellt hat P[...] fast sämtliche Betten, Kleidungsstücke und einzelne Küchengeräte mitgenommen. Außer den oben angeführten Gegenständen hat P[...] anscheinend an lebendem und totem Inventar nichts entwendet. Es besteht der Verdacht, dass P[...] von unberufender Seite gewarnt worden ist."[44]

Trotz der Abkommandierung der Einsatzkompanie Adlershorst, die für Polizeieinsätze der Umwandererzentralstelle zuständig war, nach Białystok Mitte August 1941 wurden die Aussiedlungen ohne Verzögerung fortgesetzt[45]. Einzelne Listen mit zur Aussiedlung bestimmten Personen tauchen immer wieder in verschiedenen Behördenakten auf. So wurde beispielsweise in einem Vermerk der II. Abteilung des Ansiedlungsstabes Danzig-Westpreußen unter dem Datum 1.9.1941 und unter Anhängung einer solchen Namensliste notiert:

„In der Nacht vom 1. zum 2. September 1941 findet in Gotenhafen die Räumung von Polenwohnungen für Zwecke der Umsiedlung statt. Die Überprüfung ist ordnungsgemäß durch das Arbeitsamt und durch das SD-Sonderreferat durchgeführt worden. Die Evakuierungsaktion wird durch den Sonderreferenten für Polizeieinsatz in Zusammenarbeit mit der UWZ durchgeführt."[46]

Als anderes Beispiel kann eine Liste mit 20 Namen genannt werden, die am 22.11.1941 von der Danziger Gestapo an den Leiter der Umwandererzentralstelle Danzig Abromeit geschickt wurde. Die genannten Personen waren aus „staatspolizeilicher Notwendigkeit auf Anordnung des Leiters der Staatspolizeileitstelle Danzig zur Evakuierung notiert" worden. Es handelte sich dabei zum Teil um Personen, die beim Ausbruch des Krieges in Gotenhafen festgenommen worden waren, zum Teil auch um gern als angeblich „asoziale Elemente" Bezeichnete[47],

[44] APB 97/191, Bl. 117, Schreiben betreffend Umsiedlung des Bauern Johann Potrykus, Ciessau, Ciessauer Str. Nr. 7 vom 6.11.1941; eine ähnliche Situation, also das Verlassen von Haus und Hof durch die polnische Familie vor dem Eintreffen von Polizei und Gendarmerie wurde auch häufig im Wartheland notiert, vgl. M.G. ESCH, Migrationssteuerung im totalen Staat: Die Umwandererzentralstelle im besetzten Polen 1939-1944, S. 198.
[45] APB 97/5, UWZ Danzig, Referat für den Polizei-Sondereinsatz 1940-1942, Bl. 16, Schreiben des Hauptamtes der Schutzpolizei Jagd an den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD Danzig, SS-Standartenführer und Oberst der Polizei Willich, betreffend Sonderreferenten für den Polizeieinsatz bei der Umwandererzentralstelle Gotenhafen vom 14.8.1941.
[46] APB 97/48, UWZ Danzig, Usuwanie Polaków z mieszkań do 1942, Bl. 15, Vermerk des Leiters der Abt. II des Ansiedlungsstabes Danzig-Westpreußen vom 1.9.1941. Hier über die Räumung von Polenwohnungen in Gotenhafen in der Nacht vom 1. auf den 2.9.1941.
[47] APB 97/98, UWZ Danzig, Przekazywanie osób internowanych w Stutthofie do obozów Centrali Przesiedleńczej i odwrotnie 1941-1943, Bl. 19-21, Schreiben von Lölgen im Auftrage der Geheimen Polizei an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Umwandererzentralstelle Danzig vom 22.11.1941.

die zusammen mit weiteren Familien aus Gotenhafen (Liste vom Dezember 1941) beim Lager der Umwandererzentralstelle in Potulitz abgeliefert wurden.

All diese Bevölkerungsbewegungen erfolgten offensichtlich „in Verfolgung der Ansiedlung von bessarabiendeutschen Rücksiedlern“[48]. Jedoch war nicht nur der Siedlungsdruck der ankommenden Bessarabiendeutschen ausschlaggebend. Auch der unmittelbare Wunsch eines Beamten oder Angestellten, eine bestimmte Wohnung zu beziehen, konnte Anlass sein, die dort wohnende polnische Familie zum Auszug zu zwingen. So wurde im Auftrag des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums an die Umwandererzentralstelle Danzig die Anfrage gerichtet, ob einzelne Familien aus Gotenhafen ausgesiedelt werden könnten, weil für Angehörige seiner Dienstelle Wohnkapazität benötigt würde[49]. In den polnischen Berichten über die politische Situation der ans Reich angeschlossenen Gebiete wurde für Gotenhafen notiert, dass im Jahr 1944 polnische Bewohner der Stadt gänzlich aus dem Stadtzentrum verdrängt und angesichts der Wohnungsknappheit sogar aus den Baracken exmittiert wurden, um Wohnraum für die Familien der deutschen Militärs zu schaffen[50]. BROSZAT zitiert einen Bericht, der später Teil des Beweismaterials bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde und der die Aussiedlung der Polen und den Einzug der Deutschen aus dem Osten schildert und so die Tragik des Begriffes „völkische Umgestaltung“ und seine praktische Bedeutung für die Akteure wiedergibt:

> „An einem Abend wurde ein polnisches Dorf umstellt von einer Gruppe SA-Männern. [...] Das Dorf wurde umzingelt und kurz vor Mitternacht wurden die Leute aus den Betten herausgejagt. Dann kam der Befehl, binnen einer halben oder dreiviertel Stunde mit einem Gepäck von 30 Kilogramm reisefertig zu sein. Es wurde dort furchtbar gehaust. Heiligenbilder, Kruzifixe wurden zerbrochen und in den Kehricht geworfen. Die Polen mussten in ihren eigenen Wagen in die Kreisstadt fahren und kamen dort hinter Stacheldraht. In der Kreisstadt warteten bereits Volksdeutsche, die man woanders geholt hatte. Die Volksdeutschen wurden dann auf dieselben Wagen geladen, in denen die polnischen Familien gekommen waren. Selbstverständlich waren diese Volksdeutschen sehr entsetzt von den fürchterlichen Dingen, die sie dort vorfanden.“[51]

[48] APB 97/54, UWZ Danzig, Wykazy osób wysiedlonych z Gdyni 1941, Bl. 3, Schreiben an den Polizeipräsidenten in Gotenhafen, SS-Brigadeführer Diehm betreffend Umsiedlung polnischer Familien vom 1.10.1941. Dort findet sich eine Liste mit 18 polnischen Familien aus Gdingen, die zum UWZ-Lager Thorn abgeführt würden.
[49] APB 97/48, Bl. 3, Schreiben an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD Uwandererzentralstelle Danzig betreffend Freimachung von Wohnungen für Angehörige der Dienststelle vom 25.4.1941 (es geht um die Dienststelle des Beauftragten des Reichskomissars für die Festigung deutschen Volkstums).
[50] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA (Hrsg.), Raporty z ziem wcielonych do III Rzeszy (1942-1944), Poznań 2004, S. 595.
[51] M. BROSZAT 1961, S. 97.

Die Umsiedlerlager sowie die Atmosphäre in der Stadt

Viele Tausend polnische Umsiedler wurden in die so genannten Umsiedler- und Durchgangslager gebracht, wo sie einer Selektion unterzogen werden sollten, bevor sie weiter in das Generalgouvernement deportiert wurden. So wie die Lager zunächst als Zwischenstation auf dem Weg ins Generalgouvernement gedacht waren, wurden sie nach Schließung von dessen Grenzen zum festen Verbleib für die dort untergebrachten Personen und für die deutschen Behörden zu Reservoirs von Arbeitskräften.

Zu einem Schreckenswort war für die Polen während des Krieges das Lager Potulitz geworden. Hier lebten in den Jahren 1941 bis 1945 rund 25.000 Menschen unter schwersten Bedingungen. Ab September 1942 avancierte Potulitz zu einem Zentralumsiedlungslager für Pommerellen und diente den NS-Behörden gleichzeitig als Arbeitslager für die Polen[52]. In einem Schreiben des Chefs der Umwandererzentralstelle Danzig, SS-Hauptsturmführer Abromeit, an die Lagerkommandanten von Potulitz, Thorn und Dirschau bestimmte dieser die Arbeitsweise der Sammellager. Schon einzelne Fragmente sagen einiges zur Situation der dort gefangenen Polen:

> „Bei Fluchtversuchen kann von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Entsprechender Hinweis an den Führer der Wach- bzw. Begleitmannschaft ist notwendig." – „Das Verunreinigen des Lagers auch durch Kinder ist streng verboten." – „Toiletten dürfen nach 20 Uhr nicht mehr aufgesucht werden."[53]

Als im Jahr 1943 die Aussiedlungsaktionen in großem Stil in Pommerellen endeten, wurden auch die Umsiedlungslager theoretisch überflüssig; Potulitz behielt jedoch seine Bekanntheit als Ort des Schreckens weiter. Es blieb bis zum Ende des Krieges „Erziehungs- und Arbeitslager" für Polen[54]. Aus den UWZ-Lagern wurde ein Teil der Polen selektiert, die an Bautrupps oder andere Einheiten zu schwersten Arbeiten vermittelt wurden. Bereits während der Umsiedlungen hatte ein anwesender Vertreter des Arbeitsamtes sich aus den betroffenen Familien arbeiteinsatzfähige Kräfte herauszuziehen, die dann in ein UWZ-Lager überführt wurden, um von dort aus in einen Arbeitseinsatz vermittelt zu werden[55]. Die „rassisch Wertvol-

[52] B. CHRZANOWSKI 2004, S. 45.
[53] APB 97/1, UWZ Danzig, Sprawy organizacyjne 1940-1942, Bl. 8-10, Schreiben von SS-Hauptsturmführer Abromeit an die Lagerkommandanten Tennstaedt (Potulitz), Radtke (Thorn), Moser (Dirschau) mit der Anordnung II/40 betreffend Organisation und Arbeitsweise im Sammellager vom 15.11.1940.
[54] B. CHRZANOWSKI 2004, S.46.
[55] APB 97/13, UWZ Danzig, Organizacja transportów dla wysiedleńców i osiedleńców 1939-1942, Bl. 131-133, Schreiben an den Ansiedlungsstab Gotenhafen betreffend Abgrenzung der Zuständigkeit in Transportfragen bei der Umsiedlung der nichtdeutschen Bevölkerung im Zuge der Ansetzung der Bessarabien-Deutschen aus dem Lager Litzmannstadt vom 4.4.1941; APB 97/8, UWZ Lager, Narady w sprawie zorganizowania akcji przesied-

len", die durch die so genannten Eignungsprüfer des RuSHA im Rahmen einer rassischen Musterung („Grobauslese") selektiert wurden, sollten dann zum Arbeitseinsatz ins Altreich geschickt werden[56].

Dank der erhaltenen Archivalien ist es möglich, bruchstückhaft die Atmosphäre der durch die Aussiedlungen erschütterten Stadt festzuhalten und somit von der großen Bühne der Stadtgeschichte einen Blick auf Details zu werfen. Es sind nicht nur die genauen Zahlen der Ausgesiedelten, sondern die nebensächlichen Vermerke und Ereignisse jener Jahre, die erlauben, sich der Stadt anzunähern. So lässt beispielsweise ein behördlicher Vermerk über die Überprüfung der vorhandenen Wohnungen in der Stadt erahnen, wie stark nicht nur über die Wohnungen, sondern auch über ihre Besitzer ständig Kontrolle ausgeübt wurde. Bei der Überprüfung einer polnischen Familienwohnung im August 1941 ergab sich, dass die Familie seit einem halben Jahr nicht mehr dort wohnte, da sie zwangsweise geräumt worden war. Die Wohnung war Ruprecht Schulemann, Pressereferent beim Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, übergeben worden. Wie die Nachbarn allerdings berichteten, sei dieser Herr seit dem Erwerb der Wohnung nur ein einziges Mal dort gewesen, und der einzige Beweis seiner Nutzung der Wohnung war der an der Tür angebrachte Name. Das Protokoll endet mit dem Kommentar: „Bei der heutigen überaus großen Wohnungsknappheit müsste der Abstellung dieses Mangels baldigst Sorge getragen werden."[57]

Ein anderes Dokument dieser Art zeigt eine ökonomische Problematik: Vorwurfsvoll melden darin die Westpreußenwerke, dass sie in Zusammenhang mit den Evakuierungen große Verluste erlitten. Da die Familien zu schnell und ohne Information an weitere Behörden aus den Häusern verschwänden, könnten die Stromzähler nicht rechtzeitig plombiert werden, so dass sich niemand für die Bezahlung der Stromkosten verantwortlich fühle[58]. Eine interessante Erinnerung an die unsichtbaren Opfer der internen Umsiedlungen gibt auch eine deutsche Familie preis, die wegen der Tätigkeit des Familienvaters als Lehrer in Gotenhafen dorthin umzog und eine Wohnung zugewiesen bekam, die zuvor vermutlich einer polnischen Arztfamilie gehört hatte. In der Familie wurde nach dem Krieg anekdotisch über die ehemaligen Bewohner erzählt:

> „Diese Leute hatten einige Wertsachen, die sie nicht mitnehmen durften, in einem Verschlag auf dem Dachboden versteckt, und sind wohl zuweilen nachts heimlich gekom-

leńczej i wysiedleńczej 1940 i 1941, Bl. 26-28, Niederschrift über die Besprechung beim Höheren SS u. Polizeiführer am 21.3.1941 von SS-Hauptsturmführer Abromeit.

[56] I. HEINEMANN 2003, S. 228.

[57] APB 96/93, Sonderreferat SD Gotenhafen, Gdynia. Opinie polityczne o wlaścicielach mieszkań przeznaczonych dla Niemców 1941-1942, Bl. 206, Vermerk vom 20.8.1941 über Familie Szymanski.

[58] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 263, Westpreußenwerk Gotenhafen Stadt an die Westpreußenwerk-Hauptverwaltung.

men und haben sie geholt, wobei ihnen ein Silberlöffel entglitt, den meine erstaunte Mutter dann beim Wäsche-Aufhängen auf dem Fußboden fand. Und mein findiger Bruder hatte eine Briefmarkensammlung aufgestöbert, die dort auch irgendwie versteckt war."[59]

Die großen Aktionen der „Umvolkung" spiegelten sich im kleinen Silberlöffel der polnischen Hausfrau und einer Briefmarkensammlung wider.

Beschlagnahmung polnischen Besitzes zu Anfang der Okkupation

Von den ersten Stunden nach Einmarsch der deutschen Truppen an wurde eine volle und konsequente Übernahme aller polnischen privaten Besitztümer, des Eigentums des polnischen Staates, der lokalen Behörden, Fabriken, Firmen, Banken u.ä. durchgeführt. Auch die vorhandenen Kunstobjekte sowie Kulturgüter wurden beschlagnahmt[60].

So wurden auch die Waren in 1.900 am Bahnhof stehenden Eisenbahnwaggons beschlagnahmt. Die Ladegüter in Form von Wolle, Erzen, Leder, Holz, Maschinen, Pflanzenfett, Schrott sowie hunderte Fässer und Kisten mit Fetten, Butter, Kakao und Kaffeesäcken, die sich in dreißig Lagern des Hafens befanden, wurden übernommen[61]. Die deutsche Kriegsmarine wirkte aktiv bei der Beschlagnahmung mit, da sie immerhin die Werften, die Hafenanlagen, die Hälfte aller Lager sowie die verbliebenen Schiffe, Kutter und Fähren erhielt. Die Mehrheit der Schiffe der polnischen Handelsflotte wurde von Polen rechtzeitig aus dem Hafen evakuiert und fand vor allem in den Häfen Großbritanniens Schutz. Die Küstenflottille allerdings blieb im Hafen von Gdingen und wurde von den Deutschen übernommen[62].

---

[59] Frau CHRISTIANE SCHMELZKOPF in ihrem Brief von 15.8.2008.

[60] Schreiben von Wnuck an die HTO-Treuhandstelle Danzig-Westpreußen Gotenhafen betreffend die Beschlagnahmung von Kunst-, Kultur- und Wertgegenständen im Bezirk Gotenhafen: „Auf Ihr Schreiben vom 27. Juni d.J. teile ich Ihnen mit, dass der Außenstelle Gotenhafen ein Vorhandensein von Kunst- oder Kultur-Wertgegenständen in Gotenhafen nicht bekannt ist. Ich wandte mich deshalb an die nach meiner Meinung einzige Stelle in Gotenhafen, die mit derlei Sachen zu tun hat, nämlich an die Stadtverwaltung Gotenhafen, Verwaltung beschlagnahmten polnischen beweglichen Eigentums, welche mir folgende Auskunft erteilte. Betreffs Kunst- und Kultur-Wertgegenstände in Gotenhafen sind bereits von verschiedenen Stellen Anfragen erfolgt, jedoch sind hier nennenswerte Gegenstände, ausgenommen einige antike Möbel, gute Teppiche und Gemälde, nicht festgestellt worden. Letztere sind in der Stadtverwaltung sichergestellt und dienen zur Ausschmückung der Diensträume. Ob diese wenigen Gegenstände tatsächlich den in der Anfrage gemeinten kunst- oder kulturhistorischen Wert haben, müsste durch einen Sachverständigen geprüft werden.", APG 264/75, Haupttreuhandstelle Ost Treuhandstelle Danzig-Westpreußen, Außenstelle Gotenhafen, Korrespondenz, Bl. 297, Wnuck an die HTO Treuhandstelle Danzig-Westpreußen Gotenhafen betreffend die Beschlagnahme von Kunst-, Kultur- und Wertgegenständen im Bezirk Gotenhafen.

[61] M. BRONES, Niektóre problemy grabieży ekonomicznej w Polsce dokonywanej przez Wehrmacht w okresie 1.9.-25.10.1939, BGKBZH w Polsce, Warszawa 1968, Nr. XVIII, S. 75-77.

[62] T. OCIOSZYŃSKI, Straty wojenne w polskiej flocie handlowej, in: Instytut Bałtycki. Wydział Morski, Nr. 12, Gdańsk, Dezember 1945, S. 1.

Auch das Militär meldete beachtliche Mengen an Kriegsbeute. Schon am 21.9.1939 war auf dem gerade ergriffenen Kampfgebiet Oxhöft neben den Aufräumungsarbeiten auch die Bergung von Kriegsbeute im Gange. Drei Tage später konnte berichtet werden, dass rund 80 Waggons Beutegerät und Munition in das Reich zurückgeführt würden[63]. Eine spätere Zusammenfassung stellte fest, dass im Militärbezirk Danzig-Westpreußen die bis zum 25.10.1939 abtransportierte Beute insgesamt 407 Waggons betrug. Die Beute setzte sich zusammen aus 8.000 Gewehren, 150 Maschinengewehren, 20 Granantwerfern, 140 Geschützen verschiedenen Kalibers, acht Millionen Schuss Infanteriemunition, 28.000 Minen, Wurf- und Handgranaten, 90.000 Schuss Artillerie-Munition verschiedenen Kalibers, 160 Waggons Fahrzeugen und Beute aller Geräteklassen sowie zahlreichen weiteren Waggons mit verschiedenen Geräten und Fahrzeugen[64].

Ein sehr aufschlussreiches Dokument aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg behandelt die Hintergründe der Beschlagnahmungen in Gdingen nach der Einnahme. Im Winter 1940/41 soll laut einer über 20 Jahre später von deutschen Zeugen gemachten Aussage ein Dokument an Offiziere und Beamte im Offiziersrang verteilt worden sein, das Einzelheiten „über gewisse Begleitumstände bei der Besetzung der Stadt Gotenhafen im September 1939“ bekannt gab. Der Zeuge als einer der Adressaten des Schreibens erinnerte sich an den Inhalt. Demnach sollen bei der Besetzung des Hafens Gdingen „Handelswaren, Rohstoffe und sonstige Industriegüter im Gesamtwert von rund einer Milliarde Zloty“ vorgefunden worden sein. Weiter schrieb der Autor Kristian Hummel-Groß-Carzenburg im März 1963 in seinem Bericht über das Dokument:

> „Es handelte sich bei den Warenbeständen um solche, die polnischen Kaufleuten gehörten, aber zum Teil auch Ausländern. Gotenhafen war bekanntlich auch Domizil zahlreicher ausländischer Kaufleute, darunter Engländer, Franzosen und Dänen. Nach dem Dokument hat die deutsche Wehrmacht diese Bestände sofort bewacht [...]. Schon wenige Tage nach der Besetzung hat dann, nach dem Inhalt des Dokuments, der Danziger Gauleiter Albert Forster eine Anzahl von Zollbeamten und sonstige Bedienstete aus der Danziger Senatsverwaltung nach Gotenhafen geschickt, um diese Bestände zu beschlagnahmen. Dabei ergaben sich Kompetenzstreitigkeiten. Diese führten schließlich dazu, dass die deutschen Wehrmachts-Kommando-Stellen in einigen Fällen nachgaben und eine gewisse Hoheitsverwaltung der Danziger Zivilbehörden über die in Gotenhafen aufgefundenen Warenbestände anerkannten. Das wiederum führte, alles nach dem

[63] BArch RH 53-20/12, Notiz vom 24.9.1939.
[64] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Tagebucheintrag von Hauptmann Gössele vom 26.10.1939.

Dokument, zu immer erneuten Forderungen der Zivilbehörden über die Verfügung der Warenbestände.

Die zweite Periode bestand dann in der Einsetzung von Treuhändern über alle Warenbestände durch den Gauleiter von Danzig. In Danzig war der Gauleiter gleichzeitig Reichsstatthalter und es unterstanden ihm auch alle Behörden, mit Ausnahme der kommunalen Behörden. Die Treuhänder wurden aber, alles nach dem Dokument, nicht etwa durch die Industrie- und Handelskammer Danzig ausgesucht, sondern durch die Partei. Es handelte sich in der überwiegenden Mehrzahl um kleinere und mittlere Angestellte, die nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Lage in Danzig dort vorher kaum weiterkommen konnten und denen sich die NSDAP nunmehr für lange Parteidienste erkenntlich zeigen wollte. In dem Dokument wurde dann erklärt, dass diese Warenbestände innerhalb von etwa drei Monaten restlos verschleudert wurden. Die Wehrmacht habe bei der endgültigen Übertragung der Militärverwaltung auf die Zivilverwaltung auch des sogenannten Korridor-Gebietes über die Tätigkeit dieser Treuhänder eine Abrechnung verlangt. Die Gauleitung habe dazu ausweichende Antworten gegeben und die Berechtigung der Wehrmacht nicht anerkannt. Tatsache ist, dass, bis weit in das Jahr 1941 hinein in Gotenhafen, Danzig und auch in sonstigen Städten des Korridors immer noch Warenbestände zu kaufen waren, die es im Altreich damals schon lange nicht mehr gab. Danzig war aber der Kopf dieser Verteilung. Dort wurde personell und materiell verteilt. Soweit das Dokument.

Dem Unterzeichneten ist aus früherer beruflicher Tätigkeit bekannt, dass zahlreiche kleine und kleinste Geschäftsleute aus der Danziger Freistaat-Zeit, plötzlich nach Kriegsbeginn recht bald große Geschäftsvermögen besaßen. Es handelte sich um Mitglieder der NSDAP. Zum Teil haben diese die polnischen Geschäfte in Danzig übernommen. Zum Teil aber auch mit Waren aus Gotenhafen ihr bis dahin geringeres Geschäftsvolumen erweitert. Es ist dem Unterzeichneten bekannt, dass der sogenannte seriöse Danziger Geschäftsmann sich an derartigen Machenschaften nicht beteiligte. Als der Unterzeichnete im April 1940 in Danzig seinen früheren Chef, den Direktor der Ostdeutschen Privatbank AG, Direktor Röcke besuchte, gab dieser einen recht anschaulichen Überblick über die Zustände bei der Besetzung des ganzen Korridorgebietes einschließlich der Stadt Gotenhafen, die durch die Machenschaften der Gauleitung und der eingesetzten Treuhänder verursacht waren.“[65]

[65] BArch RH 53-20/40, Generalkommando (Wehrkreis) XX, Berichte über Vorgänge im Bereich des stellv. Gen. Kdo. (Wehrkreis) XX nach dem Polenfeldzug, Berichterstatter: Kristian Hummel-Groß-Carzenburg in Isernhagen.

Nicht nur große Firmen und Waren aus den Magazinen und Lagerhallen der Stadt wurden als Kriegsbeute eingestuft. Auch wurde der Besitz jedes ausgesiedelten polnischen Bewohners beschlagnahmt. Die Wohnungen der ausgesiedelten Polen standen mit fast dem gesamten Hab und Gut zur Disposition der NS-Behörden. Den übernommenen Gegenständen kommt man nicht nur mit Hilfe von Archivdokumenten auf die Spur, sondern auch mit Hilfe der damaligen Presse, die gern über polnischen Besitz und polnische Wohnungsausstattung berichtete, vor allem im Rahmen der propagandistischen Beurteilung des polnischen Geschmackes, ihrer Vorliebe für bunte Tapeten usw. So bezeichnete der „Danziger Vorposten" einmal den Verkauf der den Polen geraubten Möbel als „eine unterhaltsame Auktion", bei der „viel Kitsch" zu begutachten sei. Die Möbelversteigerung „großen Ausmaßes" wurde durch die Verwaltung für beschlagnahmtes Vermögen genehmigt, nachdem die „Ansprüche der Umsiedler und verschiedener Dienststellen" befriedigt waren.

> Demnach waren „auf dem weiten Markplatz von Gotenhafen [...] mehrere hundert Einrichtungsgegenstände verschiedenster Art aufgestellt worden. Größtenteils handelte es sich jedoch um Möbelstücke geringer Qualität, die sich in recht defektem Zustande befanden. Die Versteigerung, die mehrere Stunden dauerte, hatte eine große Menge von Käufern und Schaulustigen angelockt. Im Eifer des Bietens erzielten zahlreiche Gegenstände Liebhaberpreise, die ihren eigentlichen Wert überstiegen. [...] Auch die Schaulustigen kamen reichlich auf ihre Kosten, da unter den ausgestellten Sachen zahlreiche Museumsstücke grausigsten Möbelkitsches zu sehen waren. [...] Da zur Zeit neue Möbel nur in beschränktem Umfange erhältlich sind, war das Ergebnis der Versteigerung für beide Teile, Käufer und Verkäufer, befriedigend."[66]

Nach Ende der Okkupation klagten die zurückgekehrten polnischen Einwohner Gdingens verblüfft in der Presse: „Wo sind unsere Möbel?"[67] Nur eins wollte die neue NS-Verwaltung der Stadt nicht übernehmen: Schulden und finanzielle Verpflichtungen der polnischen Stadtverwaltung. Zunächst soll die deutsche Verwaltung noch 22 Millionen Reichsmark Schulden der polnischen Stadtverwaltung auf sich genommen haben, wobei die Gläubiger vor allem Banken des Generalgouvernements waren. Im Mai 1941 schrieb der Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers in dieser Angelegenheit jedoch an den Generalgouverneur in Krakau, Hans Frank: „Der Führer hat entschieden, mit dieser Schuldlast der polnischen Stadt

[66] DV, 20.7.1940, „Hier spricht Gotenhafen: Zahllose Möbel auf dem Marktplatz."
[67] Dziennik Bałtycki, 24.6.1945, Nr. 32, S. 3, „Gdzie są nasze meble?"

Gdingen könne selbstverständlich nicht die deutsche Stadt Gotenhafen belastet werden; die polnischen Gläubiger hätten eben ihr Geld verloren."[68]

Fazit der Polenaussiedlungen aus Gdingen

In einem Schreiben an die Pressestelle Litzmannstadt des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS wurde durch Gauamtsleiter Seeger über die Aussiedlungen der Polen berichtet, dass die Umwandererzentralstelle Danzig-Westpreußen in der Zeit von 1.9.1939[69] bis zum 28.2.1942 folgende Aussiedlungen durchgeführt hatte: In das Generalgouvernement wurden in der Zeit von 1.9.1939 bis 16.3.1941 genau 41.518 Polen umgesiedelt. Intern wurden in der Zeitspanne von 20.4.1941 bis 28.2.1942 genau 15.574 Polen sowie 2.191 C- und D-Fälle der Deutschen Volksliste umgesiedelt[70]. Laut den Untersuchungen verschiedener Historiker wurden aus dem Gau Danzig-Westpreußen zwischen 124.000 und 170.000 Personen ausgesiedelt[71], wobei ein bemerkenswerter Anteil dieser Personen aus der besetzten polnischen Stadt Gdingen kam.

Im Frühling 1943 wurde die Aktion als abgeschlossen bezeichnet[72]. Im Jahr 1943 sollten laut dem Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums nur noch „geringfügige Restansiedlungen und Umsetzungen vorgenommen werden."[73]

3.2 „In die große Zukunft des Heiligen Deutschen Reiches"[74]: Die Baltenaktion

Beinahe gleichzeitig fanden im Oktober und November 1939 die gewaltsame Evakuierung der Polen aus Gotenhafen und die Zuwanderung der Deutsch-Balten statt. Beide Ereignisse waren so eng miteinander verflochten, dass man einen Vergleich mit Ebbe und Flut anwenden könnte. Die Polen, bisher konstanter Teil des Stadtbilds, wurden vertrieben, und etwas „Fremdes"

[68] BArch R 140/32, Bl. 47, Schreiben des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei Dr. Lammers an den Generalgouverneur in Krakau betreffend die polnischen Gläubiger der Stadt Gotenhafen vom 11.5.1941.
[69] Wobei man sich hier fragt, wieso dieses Datum angegeben wurde, wenn die UWZ erst am 15.11.1940 gegründet wurde.
[70] APB 97/14, Bl. 107, Schreiben von Gauamtsleiter Seeger an das Rasse- und Siedlungshauptamt SS (Pressestelle Litzmannstadt) vom 4.3.1942.
[71] B. CHRZANOWSKI 2004, S. 47; I. HEINEMANN 2003, S. 228. Die Autorin nennt die Zahl von 123.500 Polen, die bis Ende 1942 durch die SS aus Danzig-Westpreußen vertrieben wurden, 53.000 Menschen sollen demnach in das GG ausgesiedelt und knapp 70.000 verdrängt werden.
[72] APG 1039/7, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen, Wysiedlanie Ukraińców, Białorusinów, Rusinów z mieszkań przy ulicy Świętojańskiej 139, Bl. 21, Schreiben von George an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD Sonderreferat Gotenhafen betreffend Weißrussen, Ukrainer und Ruthen vom 13.5.1943.
[73] BArch R 49/346, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Statistiken zur Ansiedlung im Reichsgau Danzig-Westpreußen 1941-1944, Schreiben des höheren SS- und Polizeiführers Danzig-Westpreußen als Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums an den Reichskommissar f.d.F.d.V. Stabshauptamt betreffend Ansiedlungsstatistik für den Gau Danzig-Westpreußen vom 30.10.1943.
[74] W. BADE (Einführung), Der Treck der Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narew-Gebiet. Reihe Bücher der Heimkehr, Geleitwort: SS-Obergruppenführer W. Lorenz, Berlin 1941, S. 22.

wurde in die Stadt versetzt. Die Gruppe der Deutsch-Balten war die zahlenmäßig größte und politisch bedeutendste Gruppe von Umsiedlern, die aus den östlichen Gebieten nach Gotenhafen verlagert wurde. Mit der Bewegung dieser Gruppe stehen zahlreiche andere Prozesse in Zusammenhang, die im Folgenden behandelt werden.

Hierzu stellen sich folgende Fragen: Welches Ausmaß hatte die durch deutsche Kriegsgewalt geführte Baltenaktion für die Stadt? Was bedeutete es für Gotenhafen, diese Gruppe von Umgesiedelten aufzunehmen? Welche Funktionen wurden Gdingen in Anbetracht der Anwesenheit der Balten zugeschrieben? Welche symbolische Bedeutung hatte die Baltenaktion für die Darstellung der Stadt in der Propagandapolitik des Reiches?

Allgemeines und rechtlicher Rahmen

Zeitgenössische Stimmen in der Presse wie auch in speziellen Buchausgaben, die das Thema Baltenaktion und Heimkehr der Deutschen darstellen, sprachen vor allem das Heroische der Umsiedlungsaktionen an. Sie wurden als Teil des Ringens um eine Neuordnung Europas dargestellt. Die Rede Hitlers vom 6.10.1939, in der er angekündigt hatte, dass die Deutsch-Balten ins Reich zurückzukehren hätten, wurde gerne als Schlussstrich unter die Jahrhunderte dauernde Versickerung der deutschen Siedlerkraft angesehen[75].

Grundlage für die Durchführung der Baltenaktion war das zweite geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags. Laut den Vereinbarungen sollte die deutsche Bevölkerung, die sich im Einflussbereich („Interessengebiet“) des sowjetischen Staates befand, die Möglichkeit bekommen, auf das Territorium des Reiches zu siedeln[76].

Im gleichen Zeitraum unterschrieb die Sowjetunion (am 28.9. mit Estland, am 5.10. mit Lettland und am 10.10.1939 mit Litauen) die so genannten sowjetisch-baltischen Beistandspakte, also Verträge über die Einräumung von Stützpunkten[77]. Theoretisch sollten die drei baltischen Länder durch die Stationierung des sowjetischen Militärs vor einem fremden Angriff beschützt werden. In deutschen Kreisen ging man jedoch davon aus, dass die baltischen Länder bald von Russland besetzt würden. Daher entschied die deutsche Regierung, aus

[75] A. PAMPUCH, Heimkehr der Bessarabien-Deutschen, Breslau 1941, S. 69.
[76] M. ROSENBUSCH, H. SCHÜTZLER u. S. STRIEGNITZ (Hrsg.), Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940, Berlin 1991, S. 11-14.
[77] Ebd., S 15f., 63-66, 82-86 u. 90-93 (Dokumente), s.a.: J. VON HEHN, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltischdeutscher Geschichte, Marburg/Lahn 1982, S. 85; zu den politischen Beziehungen zwischen den baltischen Ländern, Deutschland und der UdSSR in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch, vgl. M. KORNAT, Państwa bałtyckie między Niemcami a ZSRR w 1939 roku, in: Przegląd Wschodni, Bd. VIII, Heft 2(30), S. 293-335.

dem Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 einen praktischen Nutzen zu ziehen und die deutsche Minderheit aus der Region möglichst umgehend ins Reich zu holen.

Schon am 27.9.1939 wurde Hitler mit der Information konfrontiert, dass die Deutsch-Balten den Wunsch geäußert hätten, „wieder in die deutsche Heimat aufgenommen zu werden". Einen Tag später ordnete er die „Rückführung Volksdeutscher aus Estland und Lettland" an.[78] Die für sie bestimmten Zufluchtsorte sollten die neu eingerichteten Ostgaue auf ehemals polnischem Gebiet bilden. Himmlers Vorstellung vom deutschen „Schutzring", der an den äußeren Grenzen des Reiches aus den wertvollsten deutschen Siedlern zu errichten sei, sollte als Experiment umgesetzt werden[79]. Zu den wichtigsten vorbereitenden Schritten der großen Umsiedlung gehörte auch die Ernennung Himmlers zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums durch einen Erlass Hitlers vom 7.10.1939. Der formelle Rahmen der Aktion konnte anschließend festgelegt werden[80].

Nach den diplomatischen Schritten begannen fieberhafte Vorbereitungen für die praktische Umsetzung. Die deutsche Minderheit in den baltischen Ländern wie auch deren Vermögen wurden schnellstens registriert und zur Überfahrt nach Deutschland vorbereitet. Mehrere Dienststellen erhielten den Auftrag zur Durchführung der Umsiedlung. Zu deren Aufgaben zählten nicht nur die Betreuung und so genannte Durchschleusung der Deutsch-Balten, sondern auch die Säuberung der für sie vorgesehen Wohnungen, Straßen und Stadtteile von „Fremdem", also vor allem von polnischen und jüdischen „Elementen". Die Vertreibung der Polen und die Ansiedlung der Deutsch-Balten und hunderter Beamter aus dem Reich und Danzig sowie Angestellter der Marine wurden in Gotenhafen effizient und zum Teil parallel durchgeführt. Die Deportationen der Polen sollten durch den Zufluss der Deutschen aus den östlichen Gebieten sowie aus Danzig und dem Altreich direkt und ohne großen Zeitverlust ausgeglichen werden. Die eilig geräumten Wohnungen konnten so wieder aufgefüllt, die künstlich entstandene Lücke in der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur umgehend geschlossen werden.

Die ethnische Struktur der erst vor kurzem eroberten polnischen Gebiete wurde durch die Baltenaktion und weitere spätere Umsiedlungen deutscher Gruppen sichtbar verändert. Entscheidungen über den Prozess der Umsiedlung fielen auf Regierungsebene, Fragen nach Wollen und geographischen Vorlieben der Balten wurden nicht gestellt. Sie wurden stattdessen zu mehr oder weniger passiven Figuren des traurigen Spiels, das Europa nach neuen eth-

[78] B. ROSENKÖTTER, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003, S. 83.
[79] M. LENIGER, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit" und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 59.
[80] Ebd., S. 61.

nischen Regeln einteilen sollte. Der Vertreibungspolitik der Okkupationsregierung in Gotenhafen wurde eine Scheinlegitimation gegeben – es gehe schließlich um die Verpflanzung deutschen Blutes[81]. Es waren bereits zu Anfang des Krieges einige wichtige Entscheidungen für Gotenhafen gefallen. Dazu gehörten die Namensänderung ebenso wie Hitlers Wunsch der Schaffung einer rein deutschen Stadt an der Stelle der „Danzig-Schänderin" und die Rolle Gotenhafens als deutscher Kriegsmarinehafen des Ostens. Nun kam noch der Entschluss hinzu, die Stadt zum „Eingangstor der Umsiedlung der Balten" zu machen[82]. Am 11.Oktober 1939 teilte Himmler seine Pläne u.a. den beiden Gauleitern Greiser und Forster mit:

> „Die Bevölkerung von Riga stelle ich mir als Stamm für die Städte Gotenhafen und Posen vor. Ebenso kann die städtische Bevölkerung von Dorpat und Reval verwandt werden. [...] Voraussetzung für die Einbürgerung in die genannten Städte ist die Ausweisung von Polen und die Räumung von deren Wohnungen. Angehörige der polnischen Intelligenz sind in erster Linie auszuweisen."[83]

Dimensionen und Chronologie

Schon am 10.10.1939, also vier Tage nach Hitlers Rede über die „Rückkehr der Balten", wurde im Kriegstagebuch des Wehrkreiskommando XX Danzig notiert, dass Gotenhafen für die Flüchtlinge aus den Ostgebieten beschlagnahmt und – zumindest in einigen Stadtteilen – für die ab 11. Oktober zu erwartenden ersten Transporte geräumt werden solle[84]. Man rechnete mit dem Eintreffen von 30.000 bis 40.000 Baltendeutschen. Dies bedeutete, dass mindestens die gleiche Anzahl Polen schnellstmöglich abgeschoben werden musste[85].

Im erwähnten Kriegstagebuch tauchen die ersten Deutsch-Balten am 15.10.1939 auf. Es handelte sich um 348 Reichsdeutsche, die an diesem Tag aus Riga nach Danzig kamen[86]. Der Leiter der Einwandererzentralstelle Gotenhafen (EWZ) Martin Sandberger nennt die Zahl von 400 Personen. Laut der einen Tag früher am 14.10.1939 getroffenen Vereinbarungen sollten die ankommenden Reichsdeutschen zunächst für ein paar Tage in Privatquartieren in Danzig untergebracht werden[87]. Über die weiteren Transporte der Umsiedler wurden in verschiedenen Überlieferungen detaillierte Statistiken geführt. In mindestens zwei Behördennachläs-

---

[81] Ebd., S. 74.
[82] DV, Nr. 228, S. 5, 21.8.1940, „Die Danziger besahen Gotenhafen."
[83] Zitat nach P. LONGERICH, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 458. Für den Hinweis auf diese Information herzlichen Dank an Herrn Wilhelm Lenz aus dem Bundesarchiv.
[84] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 9. und 10.10.1939.
[85] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notizen vom 12. u. 16.10.1939.
[86] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notizen vom 15. u. 20.10.1939; s.a.: M. LENIGER 2006, S. 76.
[87] BArch R 69/1221, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Schriftverkehr der EWZ Gotenhafen mit dem RSHA, Bl. 8-11, Fernschreiben von Dr. Sandberger Einwandererzentralstelle Gotenhafen an Reichssicherheitshauptamt Oberführer Müller betreffend Baltenaktion.

sen sind Zahlen über die fast täglich ankommenden Passagiere der Umsiedlungsschiffe festgehalten. Dies sind die Berichte der Einwandererzentralstelle Gotenhafen und die Einträge ins Kriegstagebuch des Wehrkreiskommandos XX Danzig.

So wurden am 20.10.1939 zwei weitere Dampfer aus dem Baltikum mit insgesamt 464 Volksdeutschen aus Reval in Danzig registriert[88]. Am nächsten Tag folgten 1.055 Umgesiedelte, am 22.10. 910 und am 23.10. 881 Volks- und Reichsdeutsche. Jeweils an den gleichen Tagen, an denen die einen erstmals Gotenhafener Boden betraten, mussten die anderen ihre Wohnungen und ihre Grundstücke verlassen. Das Verzeichnis der „Heimgeholten" und der „Vertriebenen" wurde parallel geführt. So wurden am 24.10.1939 1.470 Polen aus Gotenhafen abgeschoben, nachdem zwei Dampfer mit insgesamt 502 Volksdeutschen aus dem Baltikum in Danzig eingetroffen waren[89]. Nach einer Summierung durch die EWZ belief sich die Gesamtzahl der bis 26.10.1939 eingetroffenen Baltendeutschen auf 4.972 Personen, wovon 544 Reichsdeutsche waren[90]. Einen Tag zuvor waren auch im Kriegstagebuch des Wehrkreiskommandos die Zahlen der Baltenaktion und der Aussiedlung der Polen summiert worden. Demnach wurden mehr als 4.000 Personen aus dem Baltikum in acht Dampfertransporten nach Danzig befördert, und „um für sie und die zu erwartenden viele Tausenden weiteren Baltendeutschen in Gotenhafen Platz zu schaffen", waren 9.417 Polen abgeschoben worden[91].

Beim Blick auf die durch die Einwandererzentralstelle Gotenhafen (EWZ) geführten Statistiken fällt auf, dass nicht nur die bloßen Zahlen von Umgesiedelten, sondern detailliert auch die Kranken und Pflegebedürftigen erfasst wurden, die im Reich ankamen. So erfährt man im Bericht der Gesundheitsstelle der EWZ Gotenhafen, dass sich an Bord des am 24.10.1939 eingetroffenen Motorschiffes „Eider" unter 460 Personen „16 Reichsdeutsche, 2 krank, 39 Pflegebedürftige" befanden[92].

Manchmal war die tatsächliche Zahl der Kranken und Alten auf den Umsiedlerschiffen enttäuschenderweise größer als erwartet. Wie dem Chef der Sicherheitspolizei und SD Reinhard Heydrich[93] am 26.10. gemeldet wurde, hatte der in Danzig-Neufahrwasser aus Reval

---

[88] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notizen vom 15. u. 20.10.1939.
[89] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notizen vom 21. bis 24.10.1939.
[90] BArch R 69/980, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Tätigkeit der EWZ Gotenhafen sowie des Abwicklungskommandos Gotenhafen während der Baltenaktion, Bl. 26-27, Fernschreiben von Dr. Röder Einwandererzentralstelle Gotenhafen an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD SS-Gruppenführer Heydrich betreffend Tagesbericht vom 26.10.1939.
[91] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notiz vom 25.10.1939.
[92] BArch R 69/490, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Polenabschub aus Gotenhafen, Bl. 11, Aktenvermerk von Meixner Einwandererzentralstelle Gotenhafen/Gesundheitsstelle über das Eintreffen des Motorschiffes „Eider" vom 23.10.1939.
[93] Interessante Darstellung seiner Biographie: CH. SYDNOR, Reinhard Heydrich. Der „ideale Nationalsozialist", in: R. SMELSER u. E. SYRING (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn-München-Wien-Zürich 2000, S. 208-219.

eingetroffene Dampfer „Sierra Cordoba“ anstatt der 120 angemeldeten Pflegefälle rund 300 Kranke, Altersschwache und Gebrechliche an Bord. Die unerwarteten Änderungen brachten für die EWZ erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da die hilfsbedürftigen Personen direkt in Gotenhafen und Danzig unterzubringen waren, wo es aber anscheindend ohnehin zu wenige Wohnungen und Unterbringungsmöglichkeiten gab[94].

Nach besonderer Planung verlangte die Durchführung eines Transportes mit „geisteskranken Baltendeutschen“. Am 5.12.1939 fand in Gotenhafen an Bord des Dampfers „Bremerhaven“ eine Besprechung in dieser Angelegenheit statt. Unter ihren Teilnehmern waren Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, der Reichsärztekammer und der Schiffsleitung. Für den Transport wurde das Schiff „Bremerhaven“ bereit gestellt, das am 11.12.1939 von Danzig nach Riga abfahren und dort die Kranken aufnehmen sollte. Für die Betreuung der Kranken wurden vom Reichsführer SS Ärzte zur Verfügung gestellt. Neben den Ärzten plante man zur Betreuung der Deutsch-Balten 32 Pfleger und 62 Pflegerinnen bereitzustellen. Die Sicherheitsmaßnahmen wurden detailliert und streng festgelegt:

> „Es werden 20 Betten und 20 Isolierbetten angefertigt. Die Gürtel zum Anschnallen der Tobsüchtigen werden in Riga an Bord genommen. Die Luken werden durch schwere Deckel gesichert, so dass die Geisteskranken den Raum nicht verlassen können. Die Deckel erhalten eine Hilfsluke zu Beobachtung der Geisterkranken von dem darüberliegenden Raum aus. Alarmglocken in den Wohnräumen der Pfleger und Pflegerinnen ermöglichen jederzeit eine Verständigung. Die Schiffsführung ist im Besitz von Schusswaffen für den Notfall. [...] In Riga werden noch tragbare Aborte gebaut, außerdem in reichlichem Umfange Medikamente, Beruhigungsmittel, Gummiunterlagen und Zwangsjacken bereitgehalten. Besonders wichtig ist es, dass vor dem Verladen der Geisteskranken in Riga eine genaue Leibesuntersuchung auf Feuerzeuge, Messer und ähnlichem vorgenommen wird.“

Weiter wurde notiert, dass der Dampfer planmäßig am 14.12.1939 von Riga nach Swinemünde abfahren und dort am 16.12.39 eintreffen sollte: „Beim Einlaufen in Swinemünde ist der Landeplatz abzusperren.“[95]

---

[94] BArch R 69/980, Bl. 26-27, Fernschreiben von Dr. Röder Einwandererzentralstelle Gotenhafen an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD SS-Gruppenführer Heydrich betreffend Tagesbericht vom 26.10.1939.

[95] BArch R 69/106, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Unterbringung von Kranken und Gebrechlichen sowie Arbeitseinsatz von Berufsbehinderten aus dem Baltikum im Reichsgebiet, Bl. 26-27, Sammelbrief von Dr. Ebhardt u.a. an Reichsärztekammer, Reichsführer SS, Einwandererzentralstelle Posen betreffend Umsiedlung Lettland, Irrentransporte vom 11.12.1939.

Obwohl gelegentlich auch Misserfolge in der Umsiedlungsarbeit von den verantwortlichen Behörden gemeldet wurden[96], wurde die Baltenaktion insgesamt schnell und effektiv durchgeführt. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Volksdeutscher Mittelstelle (VoMi)[97], Reichsverkehrministerium, NS-Volksfahrt, Einwandererzentral- und Nebenstellen, Partei und mehreren anderen Dienststellen des Reiches[98] wurden die Deutsch-Balten im Verlauf der lediglich zehnwöchigen Aktion vom 15.10.1939, als der erste Transport aus Riga erfolgte, bis 15.12.1939, als das letzte Schiff, die „Sierra Cordoba", den Hafen von Riga verließ[99], mit insgesamt 87 Schiffstransporten ins Reich gebracht. Zu den an der Aktion beteiligten Schiffen zählten u.a. „Der Deutsche", „Sierra Cordoba", „Ozeana", „General Steuben", „Gneisenau" und „Potsdam". Bis Ende Dezember 1939 wurden 61.858 Umsiedler aus Estland und Lettland nach Gotenhafen, Danzig, Stettin, Swinemünde und Memel gebracht[100]. In dieser Zeit sollen über die Häfen von Danzig und Gotenhafen 48 Schiffe mit 39.186 Personen, was 63% aller Transporte ausmachte, angekommen sein. Die übrigen Transporte wurden in Stettin (zwölf Schiffe mit 12.725 Personen), Swinemünde (17 Schiffe mit 6.943 Personen)

[96] Von einem solchen Fehler konnte man beim Eintreffen des Transportdampfers „Adler" in Danzig sprechen, als angeblich Kinder von ihren Eltern getrennt wurden: „Die Trennung der Kinder von ihren Eltern soll insbesondere auf den befehlsmäßigen Ton der Helfer der NSV zurückzuführen sein, die ohne Rücksicht auf Familienverhältnisse die Unterbringung durchführen." Sandberger wies den Gauamtsleiter Löbsack an, „ein Parteidisziplinarverfahren gegen den Kreisamtsleiter der NSV einzuleiten, um festzustellen, wer dieser groben Fehlorganisation schuld ist", vgl. BArch R 69/1141, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Aufbau und Organisation der EWZ Gotenhafen als Haupt- und (ab Nov. 1939) als Nebenstelle, Aktenvermerk der Dienstbesprechung am 21.10.1939 über Probleme beim Eintreffen des Dampfers „Adler" am 21.10.1939 in Danzig.

[97] Die Diensträume der Volksdeutschen Mittelstelle in Gotenhafen befanden sich anfangs am General-Litzmann-Platz Nr. 13 und wurden dann am 31.10.1940 in die Gartenstr. 51 verlegt, vgl. APB 97/3, UWZ Danzig, Organizacja władz w okręgu Gdańsk-Prusy Zachodnie i ich współpraca, 1939-1942, Bl. 19.

[98] BArch, R 49/5, Abschrift: Berlin, den 3.11.1939, Anordnung Himmlers als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Nr., 4/II, Tgb. Nr. AR/RF/V.

[99] BALTENDEUTSCHE HEIMKEHR. Berichte-Pressestimmen-Chronik, Berlin 1941, S. 8-9. Hier werden Zahlen zur Hauptumsiedlung genannt. Es wurde allerdings noch die so genannte „Nachumsiedlung der Baltendeutschen" im Jahr 1940 und vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1941 durchgeführt, vgl. J. VON HEHN 1982, S. 172-182. Das besondere Misstrauen der Reichsbehörden gegenüber den letzten Umsiedlern aus Estland und Lettland wird u.a. in Himmlers Schreiben vom 4.8.1941 deutlich: „Die Flüchtlinge aus Estland und Lettland sind sofort eingehenden Prüfungen zu unterziehen. Dabei ist besonders ihre politische Anschauung und ihre Haltung gegenüber dem Großdeutschen Reich, sowie ihr Bekenntnis und ihr Einsatz für das Deutschtum im Herkunftsland zu überprüfen. Zur Durchführung der Aufgabe bestimme ich den Leiter des Ansiedlungsstabes Altreich/Ostmark im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, SS-Oberführer Hintze." Die Lagerinsassen, die sich nach der späten Umsiedlung in den Lagern befanden, wurden in vier Gruppen eingeteilt, wobei in die ersten beiden entweder sich positiv zum Deutschtum Bekennende oder „Einständige" eingeordnet wurden, in den beiden anderen dagegen Fremdstämmige (Letten, Esten), Volksdeutsche und Fremdstämmige, die politisch belastet oder verdächtig waren sowie Personen mit krimineller Vorbelastung. Die Zuteilung zu einer Gruppe hatte bedeutenden Einfluss auf die Zukunft der Umsiedler, vgl. BArch R 49/5, Bl. 91, Anordnung Nr. 43/AS vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums H. Himmler vom 4.8.1941.

[100] BArch R 69/656, Einwanderzentralstelle Litzmannstadt, Erfassung, Schleusung und Einbürgerung von baltendeutschen Umsiedlern durch die EWZ Nord-Ost Posen (ab Jan. 1940 Nebenstelle) und die EWZ Stettin, Bl. 104-105, Statistische Übersicht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Einwandererzentralstelle Nordost, Nebenstelle Posen über die Umsiedlungsaktion der Volksdeutschen aus den baltischen und ostpolnischen Gebieten, vom 15.2.1940. VON HEHN nennt andere Zahlen: Für Estland 11.984 Deutsche einschließlich der nach Deutschland zurückkehrenden Reichsangehörigen und für Lettland 52.583 Personen, die nach Deutschland umgesiedelt wurden, was insgesamt eine Gesamtzahl von 64.567 Personen ergibt, vgl. J. VON HEHN 1982, S. 127-131.

und Memel (zehn Schiffe mit 3.004 Personen) abgefertigt[101]. Neben Tausenden von Umsiedlern wurden auch mehrere hundert Tonnen Gepäck befördert. In Gotenhafen und Danzig bereitete dies schon in den ersten Wochen Probleme, da die Möbellager schneller gefüllt waren, als man neue Lagerungs- und entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten finden konnte[102]. Als besonders schwierig erwiesen sich die Verhandlungen mit der Kriegsmarine, die mehrere Lagerräume in Gotenhafen besaß und für eigene Zwecke gesperrt hatte[103].

Die zeitgenössische Literatur veranschaulichte die Zahlen und Fakten der Baltenaktion, machte sie dramatischer und lebendiger zugleich und erinnerte den Leser daran, welch große Leistung das Deutsche Reich dabei vollbrachte. So sollen bei der Beförderung der Menschen und des Gepäcks während der Baltenaktion 121.000 Seemeilen zurückgelegt worden sein. „Wem diese Meilenzahl wenig sagt: Sie entspricht dem 5½fachen Erdumfang! [...] Es waren 293.000 Kubikmeter Gepäck zu befördern. [...] Würde man dieses Gepäck bei einer Stauhöhe von 2½ Meter auf der 54,40 Meter breiten Ost-West-Achse in Berlin stapeln, dann wäre damit die 3,5 Kilometer lange Strecke von Brandenburger Tor bis zur Mitte der Technischen Hochschule bedeckt.“[104]

Die Rolle der Einwandererzentralstelle

Interessant und untersuchenswert ist neben den täglichen Zahlen der Ankommenden und Ausgesiedelten das besondere Spiel, das zwischen EWZ und SS, Stadtverwaltung, Kriegsmarine und anderen Behörden, die für die Baltenaktion in der Stadt verantwortlich waren, mit Eifer gespielt wurde, da der Gewinn erstrebenwert war: Der Sieger im Kampf um Autorität konnte seinen Willen und seine Vorstellungen im Stadtgebiet durchsetzen. Die Lektüre der Quellen macht bewusst, dass die Stadt in diesen Wochen zu einer Art polnischem Versailles geworden war. Gute und schlechte „Hofbekanntschaften“, schwächere und stärkere Beziehungen zu entscheidenden Personen bestimmten, wer in welchen zu bestimmenden Fragen das letzte Wort hatte. Auch die Erkenntnis, welche faktische Rolle die EWZ und deren Leiter

[101] BArch R 69/656, Bl. 104-105. Als Vergleich und für differenzierte Berechnungen kann auch eine Zusammenfassung vom 29.12.1939, die an den Leiter der Einwanderzentralstelle SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger, Posen von der Stelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Einwandererzentralstelle Nordost Posen am 30.12.1939 geschickt wurde. „Gesamtzahl der seit 15.10. bis 29.12. in Deutschland angekommenen Baltendeutschen: Auf Grund der vorliegenden Schiffsmeldungen, deren Passagierzahlen nicht immer zuverlässig waren, sind auf 83 Schiffen 61.750 Baltendeutsche angekommen. Davon über: Gotenhafen-Danzig 47 Schiffe mit 39.170 Pers. = 63,5%. Stettin 12 Schiffe mit 12.725 Personen.= 20,6%. Swinemünde 17 Schiffe mit 6.943 Pers. = 11,2 %. Memel 7 Schiffe mit 2.912 Person. = 4,7%.“ vgl. BArch R 69/1022, Bl. 8, Statistische Übersicht nach Stand vom 29.12.1939.

[102] APB 97/191, UWZ Danzig, Bl. 2, Schnellbrief an den Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums SS-Gruppenführer Hildebrandt betreffend Möbellagerung in Gotenhafen vom 8.11.1939.

[103] APB 97/193, UWZ Danzig, Baltenaktion 6.11.-12.12.1939, Bl. 117, Fernschreiben des höheren SS u. Polizeiführers Danzig-Westpreußen Dr. Tröger betreffend Umzugsgut der Baltendeutschen Rückwanderer.

[104] F. GERLACH, Auf neuer Scholle, Volksdeutsche Heimkehr, Bd. 6, Berlin-Leipzig 1941, S. 11.

Martin Sandberger für die Stadt spielten, lässt die Baltenaktion um einiges verständlicher erscheinen. Diese beiden Elemente, also der interne Streit um die Stadtgewalt wie auch die Funktion und das Selbstbild der EWZ sind für das Verständnis von Organisation und Zäsuren der Baltenaktion von grundsätzlicher Bedeutung.

Da der Hauptstrom der ersten Umsiedler auf Gotenhafen zulief, wurde es zum „Tor der Umsiedlung" bestimmt, was unter anderem die dortige Niederlassung des Hauptsitzes der EWZ bedeutete. Zwar war das Bestehen der EWZ als zentrale Einrichtung für baltendeutsche Umsiedler zwischen dem 12. und dem 31.10.1939 nur von kurzer Dauer, doch ist bemerkenswert, dass hier die Prozeduren ausgearbeitet wurden, die Grundlage für die Durchführung aller weiteren Umsiedlungen wurden[105]. Die EWZ nahm ihre Tätigkeit am 12.10.1939 auf, als ihr Leiter Martin Sandberger[106] in die Stadt kam. Er war bereits am 10.10.1939 aufgrund des Beschlusses der Berliner Zentrale des RSHA und des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich zum Leiter der EWZ bestimmt worden. Ab diesem Datum sind auch mehrere Nachweise seiner Arbeit in Form von Schriftgut auffindbar. Schon am 13.10. unternahm Sandberger Schritte, welche die Aussiedlung der polnischen Bewohner Gotenhafens beschleunigen sollten. Er schrieb:

> „Bei meiner [...] gestrigen Ankunft in Gotenhafen lag folgende Anweisung des Chefs der Zivilverwaltung (gezeichnet SS-Oberführer Huth) angeblich nach vorheriger Rücksprache mit dem Militärbefehlshaber, General Heitz, an den Polizeiverwalter Gotenhafen vor: Bei der bevorstehenden Evakuierung sollen ausgenommen sein außer Volksdeutschen und Angestellten und Arbeitern lebenswichtiger Betriebe auch alle diejenigen

[105] Den Status als Hauptstelle genoss die EWZ in Gotenhafen von 12. bis 31.10.1939. Als Nebenstelle diente sie dem Umsiedlungsverfahren von 1.11. bis 1.12.1939. Die erste durchgeführte Durchschleusung von Balten erfolgte am 22.10.1939. Danach ging die Führung an Posen. Dort befand sich die Hauptstelle der EWZ von 1.11.1939 bis 15.1.1940, anschließend dann in Lodz/Litzmannstadt, Posen blieb Nebenstelle von 16.1. bis 1.6.1940, vgl. BArch R 69/656; M. LENIGER 2006, S. 230.

[106] „M. Sandberger, bereits seit 1931 Mitglied der NSDAP, war nach der ‚Machtergreifung' in der Hochschulpolitik aktiv. 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt, erfolgte, nach der Umwandlung des Urteils in lebenslängliche Haft (1951), bereits 1958 die Haftentlassung. Die Umwandlung der Todesstrafe und vorzeitige Haftentlassung verdankte er zahlreichen Interventionen des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm, einem guten Freund der Familie." (M. LENIGER 2006, S. 149); vgl. E. KLEE 2005, S. 519 (Eintrag Sandberger, Martin); „Sandberger war ein typischer Vertreter der von Ulrich Herbert und Michael Wildt untersuchten jungen RSHA-Experten. Der am 17. August 1911 in Berlin geborene Jurist hatte bei Carlo Schmid studiert und gehörte zur jungen Garde der SD-Führer aus der Schule Werner Bests. Sandberger baute die EWZ von Oktober 1939 bis Anfang Juni 1941 auf. Danach wurde er Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) und Führer des Einsatzkommandos Ia in Estland und war in dieser Funktion maßgeblich an den dortigen Verfolgungsmaßnahmen und Mordaktionen beteiligt. Unter seiner Verantwortung wurden im ersten Besatzungsjahr 5.634 Menschen ermordet, 5.623 in Konzentrationslager gesperrt und 18.893 in Gefängnissen festgehalten. Für diese ‚Verdienste' erhielt er vom Oberkommando der Heeresgruppe Nord am 1. September 1942 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern. Sandberger verrichtete sowohl seine Arbeit bei der EWZ als auch seine Mordtätigkeit im Osten mit dem gleichen Eifer und bestätigte somit die Einschätzung eines Vorgesetzten, der ihm bereits 1936 attestiert hatte, über scharfe Logik zu verfügen und ‚zu allem zu gebrauchen zu sein'." (M. LENIGER 2006, S. 148).

> Polen, die vor 1918 in Westpreußen und Posen ansässig waren. Bei Durchführung dieser Anordnung wäre die Evakuierung stark gehemmt. Zur Klärung werde ich morgen Gauleiter Forster Vortrag über die entstandenen Schwierigkeiten halten und Rücknahme dieser Anordnung veranlassen. Falls in dieser Frage zentrale Anweisungen bestehen, bitte ich um Übermittlung."[107]

Sandberger war der Typ des geschickten und tatkräftigen deutschen Beamten, der Probleme schnell zu bewältigen wusste. In einem weiteren Schreiben an das Reichssicherheitshauptamt meldete er, dass auf seine Veranlassung hin auch diejenigen in Gotenhafen wohnhaften Polen, die bereits vor 1918 in Westpreußen ansässig gewesen waren, mitevakuiert werden konnten, wenngleich dabei besondere Vorsicht geboten war, im Eifer der Befehlsausführung keine Volksdeutschen aus der Stadt abzuschieben[108]. Bei einer Besprechung mit der Stadtverwaltung, der Polizei und anderen Organisationen am 13. und 14.10. stellte Sandberger die Probleme der Durchführung der Polen-Aussiedlung und der Verpflegung der ankommenden Deutsch-Balten vor. Eine der praktischen Konsequenzen des Treffens war die Verpflichtung der NSV zur Einrichtung von etwa 27 Feldküchen für die Deutsch-Balten[109]. Dies zeigt beispielhaft, wie Sandberger direkt nach seinem Amtsantritt die Rolle des Hauptorganisators der Baltenaktion in Gotenhafen übernahm.

Die Hauptaufgabe der EWZ war die Erfassung und erste Betreuung der aus Estland und Lettland angekommenen Volksdeutschen, die so genannte Durchschleusung. Die Deutsch-Balten sollten möglichst schnell die Behörde passieren, um in adäquate Quartiere gebracht und dem Arbeitsamt zur Verfügung gestellt werden zu können. Der möglichst umgehende Einbezug eines wertvollen Siedlers in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der östlichen Gaue gehörte zu den Hauptzielen der EWZ. Zu den weiteren Aufgaben der Behörde gehörte außerdem die Beschaffung der Grundausstattung für die Massenquartiere in Stadt und Umgebung[110]. Zur Arbeit in der EWZ wurden neben dem Leiter Sandberger und dessen Stellvertreter, SS-Sturmbannführer Tschierschky, SS-Angehörige und Beamte sämtlicher an der Einwanderung beteiligten Reichsbehörden abgeordnet. Sehr schnell wurde auch die vorläufige innere Struktur der Behörde festgelegt. Sie wurde in mehrere Dienststellen gegliedert. Zu ihnen gehörten die Melde- und Ausweisstelle, die Lichtbildstelle, die Gesundheitsstelle, die Transport- und Unterkunftsstelle, die Staatsangehörigkeitsstelle, die Vermö-

[107] BArch R 69/1145, Schreiben von SS-Sturmbannführer Sandberger an SS-Oberführer Müller betreffend Evakuierung der Polen aus Gotenhafen vom 13.10.1939.
[108] BArch R 69/1221, Bl. 8-11, Fernschreiben von Dr. Sandberger an Oberführer Müller betreffend Baltenaktion.
[109] BArch RH 53-20/12, Kriegstagebuch Nr. 2, Notizen vom 13. u. 14.10.1939.
[110] M. LENIGER 2006, S. 153-154.

gensstelle, die Arbeits- und Sozialstelle, die Fürsorge- und die Statistikstelle[111]. Sie alle sollten den Prozess der Durchschleusung überwachen und Kontrolle über die angekommenen Umsiedler ausüben. Die EWZ wurde umgehend an das Netz des Nachrichtendienstes der Gestapo in Berlin angeschlossen. Somit konnten dringende Anordnungen und Bestimmungen über die Umgesiedelten wie auch über die polnischen Aussiedler schnell übermittelt werden[112].

Der folgende detaillierte Einblick in die Struktur und Arbeitsweise zweier Dienststellen der EWZ – der Transport- und Unterkunftsstelle wie auch der Gesundheitsstelle (geleitet von SS-Sturmbannführer Meixner) gibt Aufschluss über Bedeutung und Machtausübung der Gesamtbehörde. Die Analyse der Fragmente des vorhandenen Schriftguts der beiden Stellen lässt keine Zweifel, welche Macht mit der Errichtung der EWZ in Gotenhafen konzentriert wurde und wer für die Änderung der Bevölkerungsstruktur einer ganzen Stadt verantwortlich war.

Die Transport- und Unterkunftsstelle

Zum Spektrum der Aufgaben der Transport- und Unterkunftsstelle gehörten alle Transportfragen wie die Entladung der Umsiedlertransporte und die Abfertigung der Bahn- und Kraftwagentransporte sowie Unterkunftsfragen wie die Räumung der polnischen Wohnungen und deren Vorbereitung auf die Einquartierung der Deutsch-Balten[113].

In den durch die Dienststelle verfassten Berichten erwähnte man beispielsweise in einem Atemzug die reibungslose Abführung von drei Transportzügen mit 4.600 Polen aus Gotenhafen und die ebenso reibungslose Entladung zweier Schiffstransporte mit den Balten mit 358 und 464 Passagieren[114]. Am 21.10.1939 besuchte der Reichsführer SS Danzig und Gotenhafen. Auf dem Tagesplan standen unter anderem ein Besuch in der EWZ wie auch ein Vortrag Sandbergers über die Umsiedlung. Dabei kam man zu dem für die Transport- und Unterkunftsstelle bedeutenden Entschluss, wegen der Unterbringungsschwierigkeiten den Abtransport der Polen aus der Stadt „unverzüglich in raschestem Tempo [durchzuführen],

[111] BArch R 69/1141, Bl. 4, Entwurf über Aufbau und Arbeitsweise der Einwandererzentralstelle Gotenhafen.
[112] BArch R 69/1159, Einwandererzentralstelle Litzmannstadt, Aufbau und Organisation der Vermögensstelle der EWZ, Bl. 1, Schreiben der Vermögensstelle der Einwandererzentralstelle Gotenhafen an Reichsminister der Finanzen, z.Hd. Oberregierungsrat Dr. Rosenbauer vom 18.10.1939.
[113] BArch R 69/103, EWZ Litzmannstadt, Transport und Lagerung des Umsiedlergepäcks. Errichtung der Gepäckstelle in Gotenhafen, Bl. 5-9, Bericht über den Aufbau der Transport- und Unterkunftsstelle vom 21.10.1939; s.a. BArch R 69/1141, Bl. 85, Vorläufiges Telefonverzeichnis der Einwandererzentralstelle Gotenhafen.
[114] BArch R 69/103, Bl. 6, Bericht über den Aufbau der Transport- und Unterkunftsstelle vom 21.10.1939.

ohne dass zuvor die Meldung von Unterkunftsmöglichkeiten aus Kielce abgewartet wird.“[115] Trotz des massenhaften Abtransports der Polen erwies es sich für die Transport- und Unterkunftsstelle als äußerst schwierig, genug freie Wohnungen und Quartiere für die Deutsch-Balten in der Stadt zu schaffen. Mit Hilfe des SA-Sondereinsatzes wurde eine Zusammenstellung aller vorhandenen Wohnungen, Zimmer, der wirtschaftlichen und sanitären Einrichtungen sowie der Bettenzahlen in den Krankenhäusern geschaffen. Die Transport- und Unterkunftsstelle entschied sich bei der Suche nach Quartieren für mehrere „innovative“ Lösungen. So sollten 600 bis 800 Betten in Hotels im benachbarten Badeort Zoppot für die Umsiedler zur Verfügung gestellt werden, ebenso wie als „Anfangsquartiere“ bezeichnete Räumlichkeiten in Passagierschiffen in Gotenhafen. Bei der Beschaffung von Platz für die Umsiedler scheute man sich auch nicht, die Krankenhäuser und Irrenanstalten von kranken Polen zu räumen[116].

Man kann den Eindruck bekommen, dass die Schwierigkeiten, die mit der Einquartierung der Deutsch-Balten verbunden waren, von der EWZ übertrieben dargestellt wurden. Nachdem mindestens 40.000 Polen die Stadt verlassen hatten, müssten theoretisch genügend Wohnungen für die Neuankömmlinge frei geworden sein. Allerdings haben wir es hier erneut mit der verhängnisvollen Rivalität der Behörden zu tun. Viele frei gewordene Wohnungen konnten weder den Deutsch-Balten übergeben noch der EWZ und ihren Dienststellen zur Verfügung gestellt werden, da die Kriegsmarine ihr zugesprochene Häuser und Grundstücke für die Umsiedlungsaktion nicht bereitstellen wollte. So blieben für Kriegsmarineangehörige auf eigenen Wunsch 5.200 Wohnungen in Gotenhafen reserviert. Dies bedeutete, dass niemand auf sie zugreifen konnte. Die Stadt wurde in Einflusszonen aufgeteilt, ein Teil der Marine und ein anderer Teil den Umsiedlern zugesprochen[117]. Auf diese Weise blieb die Transport- und Unterkunftsstelle auch längerfristig eine Schlüsselstelle in der Baltenaktion, da sie die knappen Ressourcen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Umsiedler zu verteilen hatte.

---

[115] BArch R 69/1141, Bl. 117, Fernschreiben an das Reichssicherheitshauptamt Berlin, Adjutant SS-Gruppenführer Heydrich, SS-Hauptsturmführer Neumann betreffend Besuch des Reichsführers-SS in Danzig und Gotenhafen am 21.10.1939 vom 22.10.1939.

[116] BArch R 69/426, EWZ Litzmannstadt, Gesundheitsstelle der EWZ Gotenhafen, Bl. 34-35, Aktenvermerk „Transport von 700 geisteskranken Polen am 3.11.1939 und 700 gebrechlichen Baltendeutschen am 4.11.1939“ der Transport- und Unterkunftsstelle der EWZ an die Gesundheitsstelle der EWZ vom 4.11.1939; s.a. BArch R 69/426, Bl. 7, Schreiben des Gesundheitsamtes Gotenhafen an die Einwandererzentralstelle Gotenhafen über Vorschlag des Medizinalrats, eine Provinz-Irrenanstalt in Neustadt als Alters- und Siechenheim für baltische Zuwanderer herzurichten vom 26.10.1939; s.a. W. JASTRZĘBSKI, J. SZILING 1979, S. 85.

[117] BArch R 69/103, Bl. 8, Bericht der Transport- und Unterkunftsstelle über den internen Aufbau vom 21.10.1939 (handdatiert).

Die Gesundheitsstelle

Mit anderen Problemen hatte die Gesundheitsstelle der EWZ zu kämpfen. Zu ihren besonderen Aufgaben gehörte die Aufnahme der kranken, alten und gebrechlichen Deutsch-Balten. Schon am 13.10.1939 wird diese Behörde in Gotenhafen „aufspürbar". SS-Sturmbannführer Meixner, der Leiter der Gesundheitsstelle, beantragte zu diesem Datum beim Reichssicherheitshauptamt die personelle und sachliche Ausstattung der ihm zugeordneten Stelle u.a. mit 25 so genannten „Volkspflegerinnen". Von Anfang an wollte er keine Schwestern des Roten Kreuzes einsetzen: „Die vorgesehenen Schwesternhelferinnen des Rotes Kreuzes sind nicht erforderlich, weil die fürsorgerische und gesundheitliche Betreuung durch NS-Schwestern sichergestellt ist."[118] Stattdessen verlangte er die Zuteilung von medizinischen Geräten für zwölf untersuchende Ärzte und von Impfstoffen gegen Pocken und Typhus für die Deutsch-Balten.

Eine Woche später, am 20.10., gestaltete Meixner bereits die Einzelheiten der Vorgehensweise seiner Dienststelle. Zu den ersten Aufgaben gehörte die Feststellung der Zahl und Art der Kranken bei Ankunft eines Umsiedlerschiffes, „um einerseits die seuchenpolizeilichen Maßnahmen zu treffen und andererseits den Abtransport der Kranken und Gebrechlichen in die Wege zu leiten." Zum Abtransport der Schwerkranken in die Krankenhäuser hatte Meixner mit der Luftschutzsanitätsabteilung Danzig und der Sanitätskompanie der Gruppe Eberhardt Danzig eine besondere Gruppe zu Diensten. Die Sanitätskompanie verfügte über Sanitätswagen und sogar ein Sanitätsschiff und war deshalb laut Meixners Argumentation „für den Transport von Schwerkranken besonders geeignet."[119] Um die Kranken ambulant zu betreuen, wurden die Praxen der vertriebenen polnischen Ärzte mitsamt Einrichtung genutzt. Die Praxen wie auch die betreuenden Ärzte konnten so schnellstens ohne „Verlust" ersetzt werden[120]. Zur genauen Untersuchung der Umsiedler wurde der Einsatz des „Röntgensturmbannes" vom Reichsarzt zugesichert, dessen Aufgabe es war, ein Röntgenbild jedes einzelnen Deutsch-Balten zu machen. In der gleichen Schilderung der Arbeitsmethoden der Gesundheitsstelle

---

[118] BArch R 69/1221, Fernschreiben vom Leiter der Gesundheitsstelle der EWZ Meixner an das Reichssicherheitshauptamt, Amt III, z.Hd. SS-Sturmbannführer Spengler.

[119] BArch R 69/728, EWZ Litzmannstadt, Gesundheitsstellen. Gesundheitliche Betreuung der Umsiedler, Bl. 8-9, Tätigkeitsbericht der Gesundheitsstelle von SS-Sturmbannführer Dr. Meixner vom 20.10.1939 (handdatiert); Über den Einsatz der Eberhardt-Gruppe vgl. BArch R 69/426, Besprechung mit Amtsrat Dr. Möbius am 14.10.39: „Sämtliche Fragen des Abtransportes von Riga bis Danzig regelt Norddeutscher Lloyd. Zuständig Überregierungsrat Ferber. Zum Abtransport der Kranken von den Schiffen steht zur Verfügung Krankentransportabteilung des Luftschutzsanitätsdienstes. Für Einsatz zuständig leitender Luftschutzarzt – Dr. Möbius – gibt generelle Erlaubnis. Weiterhin Polizeihauptmann Tornbaum erreichbar in Gotenhafen über Oberstleutnant Griep. In Danzig über Polizeipräsidium Danzig Fernruf 24 141 Revier 5. Es stehen hier 100 gut ausgebildete Sani-SA-Männer zur Verfügung mit Bahren und Lieferwagen – 10-12 Stück. Außerdem steht zum Abtransport Kranker zur Verfügung die Sanikompanie Gruppe Eberhard unter Oberstabarzt Dr. Dütschke."

[120] BArch R 69/426, Bl. 64, Brief an Dr. Meixner vom 18.10.1939 über das Vorhaben Meixners, aus den polnischen ärztlichen Praxen die Geräte zu entnehmen.

schrieb Meixner einige Sätze, die noch einmal zum Nachdenken über die Rolle der SS bei den Durchschleusungsverfahren zwingen. Ein Beispiel:

> „Diejenigen Baltendeutschen, die in der allgemeinen ärztlichen Untersuchung und bei der Eignungsprüfung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt SS für SS-tauglich befunden werden, werden den vom Reichsarzt-SS eingesetzten Ärzten zugeleitet zur engeren Untersuchung auf SS-Tauglichkeit."[121]

Das wiederkehrende Problem der Unterbringung der kranken und pflegebedürftigen Deutsch-Balten machte nicht nur der Transport- und Unterkunftsstelle zu schaffen. Auch Meixner hatte zu überlegen, welche Möglichkeiten sich für diese Umsiedler in der Stadt boten. Neben den Krankenbetten auf dem Dampfer Wilhelm Gustloff konnten auch wenige Gebrechliche in einem Altersheim in Danzig gepflegt werden. Für Gotenhafen selbst hatte die Leitung der Gesundheitsstelle folgende Idee:

> „In Aussprache mit dem Leiter der Abteilung Wohlfahrt der Fürsorgestelle Pg. Kairies wurde vollkommene Übereinkunft darin erzielt, dass möglichst in größeren Häuserblocks der Stadt Gotenhafen Unterkunftsmöglichkeiten für ca. 1.000 Personen geschaffen wird, in die die Gebrechlichen und Siechenden zusammengefasst in einzelne Wohngemeinschaften gelegt werden können. Jeder dieser Wohngemeinschaften würde als Helferin eine vom DRK anzufordernde Schwesternhelferin zur Pflege der Insassen beigegeben werden."[122]

Die Schließung der EWZ

Trotz der Erfolge bei der Umsiedlung der Polen und Durchschleusung der Deutsch-Balten wurde die Dienststelle der EWZ zuerst nach Posen, dann weiter nach Lodsch verlegt[123]. Dort wurden bis zum Kriegsende Volksdeutsche aus verschieden Teilen Europas durchgeschleust. Mitte November 1939 traf die EWZ Vorbereitungen, um ihren gesamten Aktenbestand, ausgenommen die so genannte Abwicklungsstelle, mit einem Sonderzug von Gotenhafen nach Posen zu befördern[124]. Mit einem Schreiben vom 9.12.1939 bestimmte Sandberger schließlich den 15.12.1939 als Datum der Schließung der Dienststelle in Gotenhafen. Die inzwischen zur

[121] Ebd.
[122] BArch R 69/728, Bl. 8f., Tätigkeitsbericht der Gesundheitsstelle von SS-Sturmbannführer Dr. Meixner vom 20.10.1939 [handdatiert], s.a. BArch R 69/426, Schreiben der EWZ-Gesundheitsstelle betreffend Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Gebrechlichen und Greise vom 22.10.1939.
[123] Eine neue Aufgabe für die Einwanderungsstelle Gotenhafen wartete in Łódź, wo die Wohlynien-Rückwanderer zu betreuen und durchzuschleusen waren, vgl. BArch R 49/5, Anordnung Nr. 8/III des Reichsführers-SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Himmler vom 13.11.1939.
[124] BArch R 69/980, Bl. 4-5, Fernschreiben der EWZ-Nebenstelle Gotenhafen an die EWZ Nordost Posen, SS-Sturmbannführer Tschierschky, betreffend Tagesbericht 14.11.1939.

Nebenstelle der „Einwandererzentralstelle Nordost“ herabgestufte Behörde schloss an diesem Tag ihre Pforten. Die organisatorischen Konsequenzen dieses Schrittes wurden von Sandberger dargestellt:

> „Auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes übernimmt die Leitung des Abwicklungskommandos der Leiter der Staatspolizeiaußendienststelle in Gotenhafen. Die Kartei der Meldekarten verbleibt bis auf Weiteres bei der Zweigstelle Gotenhafen der Volksdeutschen Einwandererberatungsstelle (SS-Obersturmführer Dr. Handrack). [...] Die verwaltungsmäßige Abwicklung der Einwandererzentralstelle Gotenhafen wird mit Wirkung ab 16.12.1939 in Posen weitergeführt.“[125]

In Gotenhafen verblieb nur die Zweigstelle der Volksdeutschen Einwandererberatungsstelle[126], die nun den Weisungen des Reichskommissariats unterworfen war. Der Abschied der EWZ von der Stadt und damit ihrem ersten Einsatzgebiet geschah in eher unfreundlicher Atmosphäre, und die geschäftlichen Unterlagen, die aus dieser Zeit blieben, können als weiterer Beweis der These einer „Hofgemeinschaft“ gelten. Während der Schließung der Dienststelle kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Umsiedlungsbehörde und Stadtverwaltung, verkörpert durch Oberbürgermeister Schlichting. Das feine Netz aus Vereinbarungen, Pakten und Vorurteilen kam noch einmal zum Vorschein, als es um die Abgabe und Neubesetzung des Dienstgebäudes der EWZ in der Hafenstraße 13/15 ging[127]. In einem Blitzfernschreiben vom 14.12.1939 berichtete die Dienststelle des Abwicklungskommandos[128] der Nebenstelle Gotenhafen an Sandberger, der schon mit neuen Aufgaben in Posen beschäftigt war, dass die Beamten der Stadtverwaltung Gotenhafen im Auftrag des Oberbürgermeisters die Schlüssel zur Dienststelle forderten, welche aber trotz des scharfen Tones der Beamten nicht ausgehändigt wurden[129]. Das Dienstgebäude wurde von Schlichting als Bestandteil des beschlagnahmten Vermögens angesehen, dessen Verwaltung dem Bürgermeister als Sonderkommissar unterstellt war. Er argumentierte, dass er das Gebäude dem norwegischen Konsul

[125] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 85-89, Schreiben von Sandberger betreffend EWZ Nordost, Nebenstelle Gotenhafen, Abwicklungskommando vom 9.12.1939.
[126] BArch R 49/5, Anordnung Nr. 5/II Himmlers vom 3.11.1939. Damit wurde der oben genannte SS-Standartenführer Dr. Kröger mit der Eröffnung der „volksdeutschen Einwanderer-Beratungsstelle“ in Posen beauftragt.
[127] BArch R 69/545, EWZ Litzmannstadt, Dienstgebäude der EWZ Nord-Ost und der Nebenstelle Gotenhafen, Beschaffung und Räumung, Bl. 11, Depesche von SS-Obersturmführer Handrack an die EWZ Nordost Posen vom 23.11.1939.
[128] BArch R 69/544, EWZ Litzmannstadt, Abwicklung der Zweigstelle Gotenhafen und der EWN Posen, Bl. 1, Schreiben des Reichssicherheitsamtes an die Einwandererzentralstelle Nordost. Mit der Leitung des Abwicklungskommandos sollte gemäß Entscheidung von SS-Brigadeführer Dr. Best der Leiter der Staatspolizeiaußendienststelle Gotenhafen, SS-Sturmbannführer Kriminalrat Class beauftragt werden.
[129] SS-Ob. Scharf. Storz (Informationsreferent), vgl. BArch R 69/1141, Bl. 85, Vorläufiges Telefonverzeichnis der EWZ Gotenhafen.

zugewiesen hatte, außerdem sei er dafür verantwortlich, dass das Straßenbild Gotenhafens in „geordnete Verhältnisse“ komme und „ein leerstehendes Bürogebäude an der Hauptstrasse [...] dem aber entgegen[stehe]“[130]. In dieser Runde des Machtringens scheiterte Schlichting, denn der Befehl des Reichsführers SS, das Dienstgebäude nicht zu räumen, musste auch von der Stadtverwaltung akzeptiert werden. Er bat jedoch trotzdem darum, „einen Entscheid des RFSS über das Dienstgebäude möglichst schnell herbei zu führen“, da er befürchtete, ansonsten dem dritten Spieler in der Stadt, der Kriegsmarine, diesen Platz längerfristig einräumen zu müssen[131].

Anlaufen und Charakter der Umsiedlungsaktion

Die Begrüßung der in Gotenhafen oder Danzig ankommenden Deutsch-Balten wurde nach einer vorgegebenen Prozedur und in Anwesenheit bestimmter Personen durchgeführt. Einen relativ detaillierten Einblick in dieses Verfahren gibt neben den Schriften der EWZ auch die zeitgenössische Literatur und Presse, welche die Baltenaktion dokumentierte und das große „historische Ereignis“ festzuhalten hatte. Natürlich zeigen die für die Öffentlichkeit geschriebenen Texte eine bestimmte Perspektive, die man für eine geschichtswissenschaftliche Verwertung zuerst filtern muss. Es ist ein spannender Ausflug in eine zunächst glitzernde Welt, die jedoch durch die ergänzende Lektüre interner Dokumente schnell überschattet wird.

Die in zeitgenössischen Bänden abgedruckten Briefe der Umsiedler, die die ersten Stunden und Tage auf deutschem Boden beschrieben, greifen stets mehrere gemeinsame Themen auf, was angesichts des gemeinsamen Schicksals der Autoren auch nicht verwundert. So sind mindestens fünf konstant auftauchende Elemente feststellbar. Zunächst wird die Schiffsreise, dann das Ankommen des Schiffes in den Häfen (Gotenhafen, Danzig, Stettin) und damit verbundene Erlebnisse, erste Eindrücke von der deutschen Volksgemeinschaft wie die „Aufnahme in die großen Hallen“, die Versorgung, die Hilfsbereitschaft der Hitler-Jugend und des Roten Kreuzes dargestellt, später werden auch die Prozedur der Durchschleusung und die Ansiedlung in den Quartieren und Wohnungen, welche die große Umsiedlungsodyssee beendete, beschrieben.

Betrachtet man das erste Element, die Schiffsreise, stellt man fest, dass sie zu einem steten Element auch für die Selbstdarstellung Deutschlands wurde. Das eindrucksvolle und propagandistisch geplante erste Treffen der Umsiedler mit der deutschen Heimat begann

[130] BArch R 69/545, Bl. 21f., Blitzfernschreiben von Storz, EWZ Nordost, Nebenstelle Gotenhafen an die EWZ Nordost Posen, Dr. Sandberger vom 14.12.1939.
[131] BArch R 69/545, Bl. 24f., Depesche von Abwicklungskommando Gotenhafen (EWZ) an EWZ Nordost Posen z.Hd. Sandberger vom 15.12.1939.

schon auf dem Meer. Und da der erste Eindruck zu den wichtigsten gehört, wurde auch viel Wert darauf gelegt, bereits die Schiffsreise möglichst erholsam zu gestalten. Sie wurde von den Umsiedlern stets als sehr gut, bis ins letzte Detail organisiert und als überaus entspannend und unterhaltsam beschrieben[132]. Vor allem die Unterhaltung wie das Kinderprogramm, gemeinsames Liedersingen usw. und die Verpflegung wurden von den zitierten Deutsch-Balten stets gelobt[133]. Beim Eintreffen der Schiffe im Hafen wurden die Umsiedler mit Musik, Liedern und Transparenten an den Kais begrüßt. In einem Bericht heißt es: „Am Kai stehen Menschen, dicht verdrängt und grüßen und winken. Eine weithin sichtbare Inschrift ist zu lesen: ‚Baltendeutscher, dein Vaterland Großdeutschland grüßt dich!'"[134] Auf die Heimkehrer wartete eine einzigartige propagandistische Veranstaltung mit Musik, Essen, und mit etwas Glück sogar mit Presse und Radio[135]. In einem Bericht des Sonderberichtserstatters des „Völkischen Beobachters" hieß es:

> „Es ist schwer, die Stimmung wiederzugeben, die in diesem Augenblick (da der Dampfer ‚Sierra Cordoba' mit mehr als 1.000 Umsiedlern aus Estland in Danzig-Neufahrwasser einläuft) über dem weiten Hafen liegt. Erst als die Klänge des Deutschlandliedes zum Schiff emporsteigen, als Dank und Gruß an den Führer die Brücke schlagen, dann löst sich die erwartungsvolle Spannung von den Gesichtern der Heimkehrer, ihre Augen blicken in froher Zuversicht ihrer nun endlich wiedergewonnenen Heimat entgegen. Keiner von ihnen schämt sich der Tränen. [...] Jetzt sind sie zu Hause – in Deutschland!"[136]

In Gotenhafen wurden die Ankömmlinge direkt nach dem Anlanden in die großen Hallen des ehemaligen polnischen Hafenterminals (Dworzec Morski) geführt[137], in dessen Räumen sich angeblich bis zu 2.000 Personen gleichzeitig aufhalten konnten. Die gewaltige Architektur des polnischen Baus rief bei den Umsiedlern Bewunderung hervor und erzeugte in ihren Köpfen ironischerweise ein Bild des modernen Deutschlands. Organisation, Ordnung und Architektur schienen sich hier perfekt ineinander zu fügen: „Große Türen führen auf die Rampe, an der

---

[132] H. KRIEG (Hrsg.), Baltenbriefe zur Rückkehr ins Reich, Reihe Volksdeutsche Heimkehr, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1940, S. 45; s.a. P. ŁOSSOWSKI, Przesiedlenie Niemców z państw bałtyckich w latach 1939-1941, in: Dzieje Najnowsze, Jg. XXXVI, 2004, Heft I, S. 84.
[133] H. KRIEG 1940, S. 41.
[134] H. BOSSE, Der Führer ruft. Erlebnisberichte aus den Tagen der grossen Umsiedlung im Osten, Berlin 1941, Bericht Hedwig Vierhuff, „Auf der ‚Bremerhaven'", S. 103f.
[135] H. KRIEG 1940, S. 58-59, s.a. BArch R 69/490, Bl. 21, Aktenvermerk vom 27.10.1939: Hier Information über zur Dienststelle Gotenhafen für 8 Tage abkommandierten Bildberichterstatter Kull, der die Ereignisse der Baltenaktion in Gotenhafen und Danzig festhalten sollte, „Wenn auch das sofortige Erscheinen in der Presse nicht tunlich ist, so können diese Bilder jedoch Unterlagen für spätere Publikationen sein."
[136] BALTENDEUTSCHE HEIMKEHR 1941, S. 8.
[137] H. BOSSE 1941, Brief „Es gilt nur eins: Wir sind Deutsche", S. 42.

die Schiffe anlegen. Elektrisch betriebene und fahrbare Stege gewährleisten ein reibungsloses Anlegen und Ausschiffung der ankommenden Transportdampfer.“[138] Das Innere der Halle, in der der große Empfang stattfand, war mit mehreren Reihen reich gedeckter Tische, Hakenkreuzflaggen und Blumen geschmückt[139]. Angehörige von Partei, NSV, HJ und SS nahmen die Umsiedler hier in ihre Obhut. So lief schon in den Räumen der Begrüßung die bürokratische Maschinerie des NS-Staates auf vollen Touren, während die Umsiedler von einer Hand zur nächsten gereicht wurden[140].

Interessanterweise waren der propagandistische Charakter der Aktion und ihre öffentliche Präsenz nicht von Anfang an selbstverständlich. Am 15.10.1939 hatte der Leiter der EWZ ein Fernschreiben an das Reichssicherheitshauptamt geschickt, in dem er noch einmal anfragte, ob die zunächst bestehende Anweisung des Reichspropagandaministeriums, „vor Ankunft der Dampfer nichts zu bringen“, doch nicht etwas zu lockern wäre. Dies sei aus Sandbergers Sicht völlig falsch, „da die Danziger Bevölkerung über den volkspolitischen Charakter der baltendeutschen Volksgruppen nicht informiert sei“, insbesondere da in vielen Fällen ihre Einquartierung in den ersten Tagen nach der Ankunft in den Privathäusern der Danziger erfolgte. Daher „erscheint eine propagandistische Vorbereitung der Bevölkerung dringend geboten“, so Sandberger. Er berührte in seinem Schreiben ein weiteres Problem, das für die öffentliche Darstellung der Baltenaktion von großer Bedeutung war, nämlich die Elendsquartiere in Gotenhafen, die auf keinen Fall ausländischen Journalisten gezeigt werden durften[141]. Dies verdeutlicht die Zustände, unter denen die gerade vertriebenen, aber noch nicht abtransportierten Polen lebten.

Die ersten Eindrücke nach der Ankunft an den Zielorten in den Briefen der Deutsch-Balten werden auch von Eindrücken der damaligen polnischen Stadt-Landschaft geprägt. Damit sollte eine gemeinsame Botschaft bzw. Meinung der Heimkehrer, die selbstverständlich parallel zur offiziellen, nationalsozialistisch geprägten Darstellungsweise lag, in weiten Leserkreisen verbreitet werden. So konnte die von den Regierungsstellen geplante symbolische Schicksalsbestimmung Gotenhafens wirksam präsentiert werden. Die dramatischen Fakten, mit denen die Texte verziert wurden, erweckten das Gefühl, sich nicht in einer modernen Stadt des 20. Jahrhunderts, sondern mitten in einer historischen Sage zu befinden:

---

[138] Ebd., Wolfgang Miller, „Gotenhafen“, S. 106-108.
[139] Ebd., Benita Hollmann, „Überfahrt“, S. 104f.; A. THOß, Heimkehr der Volksdeutschen, Berlin 1941, S. 12.
[140] H. KRIEG 1940, S. 45.
[141] BArch R 69/1130, EWZ Litzmannstadt, Baltenaktion. Presse- und Propagandafragen, Fernschreiben des Leiters der EWZ Sandberger an das Reichssicherheitshauptamt von 15.10.1939 betreffend „Propagandistische Behandlung der Baltenaktion.“

„Aus dem dunstigen Grau eines Novembermorgens heben sich nur schwach die fernen Molentürme ab, die die schmale Einfahrt anzeigen. Dicht neben der Einfahrt ragen aus dem bleifarbenen Wasser die Masten eines von den Polen versenkten Dampfers. [...] Gerade die Öde der umliegenden polnischen Stadt und die Spannung, die allgemein über den besetzten Gebieten schwebt, verstärken den tief bewegenden Eindruck dieser gewaltigen Völkerwanderung, die, aus dem Baltikum einsetzend, unter dem Gebot von Volk und Führer ihren Weg in wiedererschlossene deutsche Gebiete nimmt."[142]

Man suchte in der neuen Landschaft vertraute Merkmale, die weniger fremd wirkten als die „grauenvolle" Bebauung der Stadt:

„Hin und wieder bescheint eine Laterne die Hochhäuser von Gotenhafen, diese ekelhaften, scharfkantigen Betonklötze. Man kann nicht gerade behaupten, daß die nach Deutschland aussehen. Aber dahinter die waldigen Hügel und Hänge – die sind Deutschland. Und das andere, das wird schnell wieder Deutschland sein."[143]

Wohnungsverteilung und Beschaffung von Möbeln

Da die Prozedur der Durchschleusung selbst im nächsten Unterkapitel genauer beschrieben wird, soll hier zunächst noch die letzte Etappe der Heimkehr berücksichtigt werden, nämlich die Unterbringung in Massenquartieren und auch in für die baltendeutschen Familien bestimmten Wohnungen. Die Berichte über Wohnungssuche und Einquartierung zeigen noch einmal deutlich, wie eng Vertreibung und Ansiedlung in Gotenhafen zusammenhingen. Die oft noch „warmen Betten", ganze Haushalte mit Hab und Gut mussten sehr kurzfristig von den Polen verlassen werden und wurden dann umgehend Deutsch-Balten zugewiesen. In den veröffentlichten Berichten kamen verständlicherweise nur die Gewinner dieser Aktion zu Wort:

„Dann Verfrachtung in die Eisenbahn. Endlich um 7 Uhr waren wir hier in Adlershorst, einer Vorstadt von Gotenhafen, empfangen von SA und BdM. Soldaten trugen das Gepäck. Massenquartiere hatten wir erwartet, aber alle kamen in Privatwohnungen unter. Wir hatten sehr großes Glück und kamen in die Wohnung eines reichen Kaufmanns, alles blitzblank, gereinigt und geputzt und die ganze Einrichtung funkelnagelneu. Sehr gut möbliert, alles da aufs letzte, Geschirr, Kristall, komplette Küche, diverse Vorräte – Bettwäsche, blendend weiß, aufgemachte Betten, strotzend vor Daunen, Pfühlen und Kissen. Drei Zimmer, Küche, WC, Bad, Keller, reichlich elektrische Beleuchtung, Gar-

[142] H. BOSSE 1941, W. Miller, „Gotenhafen", S. 106-108.
[143] H. BOSSE 1941, A. Frankenstein, „Im Mannschaftstransport nach Posen", S. 113.

ten mit ungeerntetem Gemüse, Hund, Kaninchen und Hühner. Alles steht einem voll und ganz zur Verfügung.“[144]

Folgender Brief berichtet von der Vorgehensweise bei der Wohnungsverteilung an die Umsiedler:

„Nun sollte es nach Gotenhafen gehen. Da es dunkel war, konnten wir nicht viel sehen. Nach 1 bis 1½ stündiger Fahrt hieß es – warten, nicht aussteigen. Da kamen SA und HJ, und ehe wir uns versahen, waren wir mit Kind und Kegel im Wartesaal in Gotenhafen und die Frauen bekamen sofort Stühle zum Sitzen. Bald rafften SA-Männer wieder unsere Sachen, und wir wurden in einen Omnibus gestopft. Wohin jetzt? Allmählich begriffen wir es. Wir wurden in Wohnungen verteilt. Da hieß es: ‚Wir brauchen einen Junggesellen', oder ‚eine dreiköpfige Familie', oder aber ‚eine nette Wohnung mit vier Betten'. Wir meldeten uns. Die Wohnung war wirklich sehr nett, mit gutem Tafelgeschirr und netten Möbeln. Seit zwei Wochen arbeitet mein Mann in Danzig in der landwirtschaftlichen Versuchsstelle, und ich hoffe es wird eine Dauerstelle. Mein Weihnachtswunsch ist nun, mein Gepäck in meiner Wohnung zu haben. Das ist egoistisch gedacht, denn wir haben es hier wirklich gut. Alle Lebensmittel bekommen wir von der NSV, und mittags eine schöne dicke Suppe.“[145]

Einen genaueren Einblick in die Prozedur der Übernahme der polnischen Haushalte und Möbel durch deutsche Rücksiedler aus dem Baltikum liefern umfangreiche Akten unter der Bezeichnung „Verausgabte Möbel“ aus einem Bestand namens „Oberbürgermeister Gotenhafen“, den das staatliche Archiv in Gdingen vorhält. Die Mappen „Möbel“ und „Möbel II“ beinhalten Hunderte von Einträgen von Möbeln und Gegenständen, die zuvor Polen gehört hatten[146]. Ein großes Lager mit beschlagnahmten Möbeln in Klein Katz ließ demnach fast keine Wünsche offen. Jemand habe „1 Kleiderschrank, 2 Nachtschränke, 2 Betten mit Matrat-

[144] H. KRIEG 1940, S. 58f.; exemplarische Bemerkungen zur Situation baltischer Familien im Wartheland und der Dissonanz zwischen der Verpflegung im Altreich und den neuen Ostgebieten findet sich bei den von M. DÖRR angefertigten Interviews: „Anneliese F. (geb. 1916) besuchte ihren Mann am Anfang des Krieges im Warthegau: ‚Da ging es hoch her, was mich sehr wunderte. Mein Mann wohnte bei einer Familie aus dem Baltikum in Posen. Sie waren aus Riga. Sie hatten ein Lebensmittelgeschäft von den Polen übernommen in Posen. Die Polen bekamen dafür nichts. Sie mussten auch die Wohnung abgeben und bei den Deutschen im Haushalt und Geschäft arbeiten. Hier wurde ein paar Mal in der Woche gefeiert. Jeder Grund war recht dazu. Die Tische bogen sich mit Speisen, Geflügel, Fleisch. Es gab alles zu essen und zu trinken, was man sich nur denken kann. Ich war sprachlos. Zu Hause hatten wir schon lange nichts mehr.'“, vgl. M. DÖRR, „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“ Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Band 2: Kriegsalltag, Frankfurt-New York 1998, S. 21.

[145] H. KRIEG 1940, S. 61f.

[146] Signatur APG-Gdynia 650/1649, Oberbürgermeister Gotenhafen, Verausgabte Möbel (Aktenmappen I u. II)

zen“ erbeten und sich wie üblich verpflichtet, diese gut zu pflegen und für sie zu haften[147]. Diese Bestellung war allerdings winzig im Vergleich zur Order der Ausbildungsstation der Polizei, die alles gleich in Hunderter-Dimensionen bestellte:

> „Von der Ausbildungsabteilung der Polizeiverwaltung Gotenhafen wurden folgende Möbelstücke von der Möbelsammelstelle Gut Kl. Katz entnommen: 100 Kleiderschränke (RM 2000), 100 Stühle (RM 500), 100 Eiserne Bettgestelle (RM 2500), 48 Matratzen komplett (RM 50), 14 Matratzen (RM 100), 7 Spiegel (RM 50).“[148]

Ein Brief einer baltischen Musikerin war an die Verwaltung für beschlagnahmtes Vermögen adressiert: „Da ich berufsmäßige Musikerin bin, meinen Flügel aus Estland nicht mitnehmen konnte und ein Instrument dringend benötige, bitte ich das Piano Firma ‚Frank-Leipzig’, welches sich im Schlossgebäude ‚Katz’ Adlershorst befindet, mir zu Verfügung zu stellen.“[149]

Probleme, kritische Töne und Außenseitergefühle

Natürlich erging es nicht allen angekommenen Deutsch-Balten so, wie es in den zitierten Texten propagandistisch dargestellt wurde. Beschreibungen von Problemen der Umsiedler tauchten eher in internen Dokumenten auf. Die Beschwerdebriefe von enttäuschten Umsiedlern, die auf ihr Gepäck, ihre Quartiers- und Arbeitszuweisung vergeblich warteten[150], zeigen die andere Seite der Medaille der von Presseartikeln so angepriesenen Erfolge der Baltenaktion. Zudem erwies sich der von der Propaganda als zähes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft hoch gelobte Heimkehrer, welcher dem Ruf des Führers ohne kleinstes Zögern folgte, in der Dokumentation der Beamten oft als eigensinniger und schwierig zu lenkender Eigenbrötler, der seine Rechte und sein Eigentum verteidigen wollte und konnte. Wenn man außerdem bedenkt, dass die Gruppe der Deutsch-Balten vergleichsweise gebildet[151] und auch nicht jahrelang von nationalsozialistischer Propaganda geprägt worden war, sieht man zwangsläufig Potential für Konflikte und Unsicherheiten der beteiligten Seiten[152]. Die Anzeichen von Missverständnissen werden in der privaten Korrespondenz der Deutsch-Balten besonders deutlich sichtbar. Ausschnitte aus solchen Briefen, die in die zensierenden Hände der Behörden gefal-

---

[147] APG-Gdynia 650/1649, Bl. 97, Schreiben zur Möbelausgabe vom 25.4.1940 aus dem Lager Klein Katz an Heinrich Veith.
[148] APG-Gdynia 650/1649, Brief vom Sachverständigen Harry Fox vom 10.1.1940.
[149] APG-Gdynia 650/1649, Bl. 297, Brief von Fr. Luck, Gotenhafen, Adolf-Hitlerstr. 47/8.
[150] BArch R 69/1223, EWZ Litzmannstadt, Baltenumsiedlung Bd. 4, Verschiedenes, Auszüge aus Briefen und Karten baltendeutscher Rückwanderer, Bl. 16.
[151] H. E. VOLKMANN, Zur Ansiedlung der Deutschbalten im Warthegau, in: Zeitschrift für Ostforschung, 1981, Heft 4, S. 532.
[152] s.a. STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1. Januarheft 1941, Nr. 1, „Altersaufbau und Berufsgliederung der volksdeutschen Umsiedler aus Estland, Lettland, Wolhynien, Galizien, dem Narewgebiet und dem Osten des Generalgouvernements.“

len waren, beweisen die Existenz auch bitterer Töne im Schicksal der Heimkehrer. Viele fühlten sich als Fremdlinge, die an dem neuen Ort eigentlich überflüssig waren.

In einem dieser Briefe klingt die Klage einer Deutsch-Baltin folgendermaßen: „Überall sucht man uns an die Wand zu drücken, bezeichnet uns mit lästigen Eindringlingen und schanzt die guten Pfründe der ‚Fremden' aus dem Altreich zu." Angeblich hatte man ihnen noch in Lettland und Estland „goldene Berge" versprochen, die sich dann aber eher als „eine Fata-Morgana" erwiesen hatten und die „beste, fette Erde", aus der sie entwurzelt worden waren, nicht ersetzen konnten[153]. Ein anderer Umsiedler empörte sich, dass die „völkischen" Verhältnisse in den neuen Gauen „enttäuschend" seien und sie als Heimkehrer an viel niedrigerer Position in der nationalsozialistischen Gesellschaft angesiedelt wurden. Er schrieb:

> „Ich bin in einer Zuckerfabrik und muss leider sehen, dass die Polen von den Volksdeutschen den Balten vorgezogen werden oder gleichgestellt werden. Es ist ein harter Kampf und mir nicht verständlich aber was ist da zu machen, es soll genau so auch in Posen und an anderen Plätzen sein. Wir werden als Eindringlinge betrachtet und die Polen lachen sich ins Fäustchen."[154]

Zu den Hauptproblemen der Umgesiedelten gehörte außerdem das längerfristige Fehlen ihres Gepäcks und ihrer Güter, was das Leben am neuen Ort beschwerlicher als nötig machte. Weniger schlimm war es, wenn es sich, wie im Fall baltischer Segler, um unauffindbare Boote[155] oder Kisten mit Büchern handelte, wie es bei der Bücherei des früheren Rigaer Yacht-Clubs der Fall war[156], schlimmer aber, wenn die Grundausrüstung für das normale Funktionieren einer Familie nicht wieder auffindbar war. Auch wenn den Umsiedlern relativ schnell eine Art Taschengeld[157] und Sozialhilfe von den Fürsorgeämtern[158] zugewiesen wurden, war auch diese Hilfe im Falle des Fehlens des ganzen Hausstands nicht für jeden befriedigend. Als Ausgleich wurde sowohl eine Möbelzuweisung aus den ehemals polnischen Wohnungen zugesagt als auch die Festlegung einer so genannten Grundausrüstung für jeden Umsiedler. Doch auch

---

[153] BArch R 69/1223, Auszüge aus Briefen und Karten baltendeutscher Rückwanderer, Bl. 13.
[154] BArch R 69/1223, Auszüge aus Briefen und Karten baltendeutscher Rückwanderer, Bl. 16, Brief aus Gostingen vom 3.3.1940.
[155] APG-Gdynia 218/153, Oberfischmeisteramt Gotenhafen, Baltische Segler-Vereinigung Gotenhafen, Bl. 153, Hugo v. Klot an die Baltische Seglervereinigung Gotenhafen vom 6.10.1941. Enthielt Bitte um Bestätigung, dass seine Jolle (Boot) im Wert von 700 RM nach der Umsiedlungsaktion nicht auffindbar oder gestohlen wurde.
[156] BArch R 49/237, Antrag auf Gewährung einer Entschädigung für beschädigtes, zerstörtes oder in Verlust geratenes Umsiedlergepäck der Baltischen Segler-Vereinigung (Rigaer-Yacht-Club), ausgestellt von Vereinsführer Maximilian Wiesenberg am 27.9.1942.
[157] BArch R 69/1122, Bl. 15, Brief von Dr. Ehlich an den Vertreter der Reichsbank betreffend Auszahlung des Handgeldes an die Baltendeutschen vom 5.11.1939.
[158] Im April 1940 belief sich die Zahl der im Stadtkreis Gotenhafen unterstützten Umsiedler (Kopfzahl) aus Lettland und Estland auf 1.318 Personen, vgl. APG-Gdynia 650/1624, Oberbürgermeister Gotenhafen, Koszty związane z przesiedleniem (16.II-14.XI 1940), Bl. 29, Kosten der Umsiedler Kreisfürsorge im Monat April 1940.

in diesen Fällen waren Verzögerungen und Terminabweichungen an der Tagesordnung und erhöhten so die Unzufriedenheit weiter[159]. Mehrere Anzeichen sowohl in den internen Schreiben der Behörden als auch in der Presse deuten darauf hin, dass das Warten der Umsiedler auf ihr Gepäck sehr lange dauerte. Selbst ein Jahr nach dem Ende der Umsiedlungsaktion hatten viele ihr Umsiedlungsgut noch nicht bekommen[160]. Das verwundert kaum, wenn man weiß, dass auch die Lagerverantwortlichen besorgt berichteten, dass in Sachen des Umzugsgutes „absolutes Durcheinander" herrsche und „das Gepäck des einzelnen Baltendeutschen unter Umständen auf 4-6 verschiedene Dampfer verteilt" worden war[161].

Das Problem des verschollenen Umzugsgepäcks wurde zum Thema eines besonderen Briefes, der die Verzweiflung, aber auch die Wut der Umsiedler gegen die deutsche Bürokratie und die Herzlosigkeit der Beamten ausdrückt. Der Brief hatte mit Albert Forster, dem Gauleiter von Danzig-Westpreußen, einen hohen Adressaten, was sicherlich dem Erfolg in der Erledigung der Sache dienen sollte. Darin hieß es:

„Sehr verehrter Herr Gauleiter!

Ich erlaube mir, Sie auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der den Baltendeutschen viel Kummer bereitet. Wir sehen alle mit Vertrauen in die Zukunft! Wir haben aber auch unbestreitbar große Opfer gebracht – und brachten sie gerne! Aber nun soll man uns nicht noch unnötig mit Kummer belasten. Da ist die Sache mit unserm Umzugsgepäck. Es liegt in dem Speicher in Neufahrwasser und ist dort ohne Sorgfalt eingelagert worden. Koffer sind z.B. ganz zerdrückt, Kisten zerbrochen, weil die schweren Stücke ganz unbesonnenerweise auf die leichten gestellt sind. Eingemachte Früchte sind ausgelaufen und bilden ein wüstes Gemenge mit Wäsche u. Kleidern, ohne dass Abhilfe geschaffen wird. Vieles verdirbt und erfüllt das Lager mit Gestank. Andere Sachen wie Fahrräder oder Nähmaschinen sind nicht aufzufinden und verschwunden. Jeder hat wohl noch liebe Andenken in seinen Sachen mit herübergebracht, wie Möbel oder Kristall oder sonst etwas. Und nun ist dieses zertrümmert u. verschwunden und viel viel unnötiger Schaden gemacht durch diese lieblose Behandlung der Umzugsgüter. Dazu ist der Beamte auf dem Speicher nicht gerade sehr freundlich und schimpft, wenn man etwas von seinen Sachen haben will.

Und es gebraucht doch jeder etwas, sei es Wäsche oder Kleider. Denn wenn man jetzt schon 3 Wochen in beengten fremden Wohnungen ohne Tätigkeit sitzen muß, kei-

[159] BArch R 49/5, Bl. 113, Anordnung Nr. 49/III durch Greifelt vom 25.09.1941.
[160] DNN, 5.12.1940, Nr. 287, S. 6.
[161] APB 97/193, Bl. 7, Diktat von Dr. Raskin über vorhandenen/gebrauchten Lagerraum in Gotenhafen vom 11.11.1939.

ne Wäsche waschen, ausbessern nicht mal baden kann, braucht man saubere Wäsche u. dergl. Der Beamte zeigte meiner Frau eine große zerbrochene Kiste mit Bettwäsche und sagte ‚suchen Sie sich aus, wenn sie brauchen'. ‚Das gehört ja nicht mir' antwortete meine Frau. Da brummte er ‚Na dann nicht!' Alle Frauen weinen dort und suchen in dem Wirrwarr vergeblich ihre Sachen.

Ich schreibe hier, weil es kein Renomée für den Nationalsozialismus ist und viele Zuzügler verärgern kann. Deshalb bitte ich im Namen meiner Landsleute um dringende Abhilfe, denn auch dieser Schaden hätte sich bei etwas sorgfältiger Einlagerung verhüten lassen. Sehen Sie sich den Speicher bitte an und urteilen Sie selbst und versetzen Sie sich dann noch in unsere augenblickliche Lage."[162]

Später sollte sich bei den Deutsch-Balten in Anbetracht des Ausbruchs des deutsch-sowjetischen Krieges im Jahr 1941 wie auch der wenig zuversichtlichen Nachrichten von der Front und den Bombardierungen der Danziger Region Ende 1943 und im Jahr 1944 die Enttäuschung über die eigene Anwesenheit in den neuen Ostgebieten des Reiches steigern. Die Angehörigen des polnischen Untergrunds notierten in ihren Berichten über die Situation in den annektierten Gebieten, dass sie massiv und offen den Wunsch äußerten, wieder in die baltischen Länder zurückzukehren[163]. Anfang 1944 hieß es, „es scheint zweifelsfrei, dass – vor allem bei den Baltendeutschen – das Bewusstsein des Fehlers am deutlichsten ist." Vor allem die ältere Generation wolle zurückkehren[164].

Die Prozedur der Durchschleusung

Schon zu Anfang der Umsiedlungsaktion wurde neben der Erfassungsweise der Ankommenden in Form einer für jeden Einzelnen angelegten Kartei auch festgestellt, welchen Bedarf einzelne Gemeinden und Städte an bestimmten durch Deutsch-Balten ausgeübten Berufen hatten. So konnten die Heimkehrer von Anfang an den neuen Ostgauen als Ärzte, Anwälte oder Handwerker nützlich werden, was insbesondere willkommen war, weil die Zahl der Alten und Kranken unter ihnen dem NS-Staat schnell zu einer „unnützen" Last geworden war[165].

[162] APB 97/193, Bl. 8-10, vom Höheren SS- u. Polizeiführer Danzig-Westpreußen zur Information Dr. Raskin von der Deutschen Spedition ausgeliehener Brief vom 9.11.1939 an Gauleiter Forster.
[163] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. W. II 52.68, Sprawozdanie o sytuacji politycznej w Kraju w okresie 22.6.-30.9.1941, Bl. 9.
[164] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. W., II 52.96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich. Nr. 10/44, 12/1943, Jan/Feb 1944, Bl. 32.
[165] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 37, Schreiben des ständigen Vertreters des Gauleiters und Chef der Zivilverwaltung Huth an alle Stadt- und Landkommissare vom 16.10.1939.

Die so genannte Durchschleusung war streng geregelt. Die „Durchgeschleusten“ hatten bestimmte Stationen in einer festgelegten Reihenfolge zu besuchen. Der Vorgang hatte die Aufgabe, die Angekommenen zu erfassen, nach bestimmten Kategorien der „Tauglichkeit“ für das Reich und auch für bestimmte Städte und Regionen zu ordnen, und auch das Ziel, die neugewonnenen Bürger des Reiches durch sehr genaue Überprüfung zu kontrollieren. Sie wurden unter anderem auf ihre Eignung für verschiedene Einsätze im Reich geprüft, wobei die rassische und erbbiologische Qualität für bessere oder schlechtere Zukunftsaussichten ausschlaggebend waren[166]. Das genaue Verfahren erklärt am besten ein Zettel, den die Deutsch-Balten bei der Ankunft erhielten. Sein Inhalt ist umso interessanter, als er die genaue Prozedur ausschließlich für Gotenhafen darstellt:

„Volksdeutscher!

Zur Regelung Deiner Einwanderungsangelegenheiten wirst Du bereits wenige Tage nach Deinem Eintreffen in Gotenhafen von dem Betreuer der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) aufgefordert werden, die Einwandererzentralstelle Gotenhafen, Hafenstraße 15, aufzusuchen. Zu diesem Zweck wird jedem über 15 Jahre alten Rückwanderer ein besonderer Briefumschlag mit folgenden Vordrucken übergeben: 1. Meldeblatt, 2. ein Einbürgerungsantrag und zwei Vermögensverzeichnisse a) des mitgebrachten und b) des zurückgelassenen Vermögens. [...] Bei der Einwandererzentralstelle musst Du mit allen eingewanderten Familienangehörigen gleichzeitig erscheinen. Die Kinder unter 15 Jahre bringst Du zweckmäßig zunächst zum Kinderhort der Gesundheitsstelle im Hause Adolf-Hitler-Straße 23, wo sie unter Aufsicht der NS-Schwestern etwa eine halbe Stunde auf Dich warten müssen, während Du Dich mit allen anderen Familienangehörigen zur Hafenstraße, dem Hauptgebäude der Einwandererzentralstelle begibst. Wichtig ist ferner, dass Du Deinen bisherigen Pass und alle sonstigen Ausweise und Urkunden über Deine Person und Familie, sowie über Deine Vermögenswerte, nicht vergisst. Die Abfertigung wird in folgender Reihenfolge, die Du einhalten musst, durchgeführt:

1) Meldestelle, Hafenstraße 15, Erdgeschoß [...]

2) Ausweisstelle, Ebenfalls dort, Erdgeschoß

3) Lichtbildstelle, im hinteren Raum der Ausweisstelle

4) Gesundheitsstelle, im Hause Adolf-Hitler-Straße 23 (zwecks ärztl. Untersuchung), wozu die bereits im Kinderhort befindlichen Kinder hinzuzuholen sind. Nach been-

[166] H. E. VOLKMANN 1981, S. 531.

deter Untersuchung wirst Du die unter 15 Jahre alten Kinder zweckmäßig unter Aufsicht von Freunden und Helfern nach Hause bringen lassen.

5) Unterkunfts- und Transportstelle, Hafenstraße 15. Haupteingang, 1. Stock

6) Staatsangehörigkeitsstelle, ebenfalls im 1. Stock

7) Vermögensstelle, 1 Treppe höher (2. Stock)

8) Arbeits- und Sozialstelle (Arbeitseinsatz, Siedlungs- und Rentenfragen). Auf demselben Flur zurück bis zur Haupttreppe, sodann eine Treppe höher, 2. Stock

9) Fürsorgestelle (NSV.), Ecke Adolf-Hitler-Straße 44, Eingang Seestraße.

An diesen Stellen übergibst Du unaufgefordert den Umschlag mit den ausgefüllten Vordrucken und hältst Deine Ausweispapiere – für jedes Familienmitglied gesondert – bereit. Der Umschlag wird Dir jedes Mal mit einem Erledigungsvermerk zurückgegeben werden."[167]

In zeitgenössischen Texten wurde die Organisation der Durchschleusung als „bewunderungswürdig großzügig und genial"[168] beschrieben, da sie neben dem Vollzug der Einbürgerung direkt der Datenerfassung und beruflichen Zuordnung der Angekommenen diente. Ihnen konnte zudem eine Entschädigung für ihre im Baltikum zurückgelassenen Besitztümer zugesprochen werden[169]. Um den Prozess noch ökonomischer zu gestalten, sollen die EWZ-Quartiere sogar mit reichlich Spielzeug versorgt worden sein, so dass die Kinder während der Anmeldung der Eltern im speziell eingerichteten „Umsiedler-Kindergarten" betreut werden konnten. Im Bericht der „Baltischen Heimkehr" notierte man begeistert: „Ein Blick in den Kindergarten hat mich tief ergriffen. Ich habe wohl nie an einer Stelle zusammen so viele rassige und bildhübsche Kinder gesehen."[170] Nach der genauen Untersuchung musste jeder Umsiedler einen Einbürgerungsantrag stellen. Angeblich sollte dieser innerhalb von 48 Stunden bearbeitet werden, und die Durchschleusung selbst sollte nur drei bis vier Stunden dauern[171].

Aus einer internen Zusammenfassung der EWZ, die die Arbeit verschiedener Stationen darstellt, geht hervor, dass bis Ende 1939 rund 6.300 Umsiedler einschließlich Kinder in Gotenhafen durchgeschleust wurden. Dies war im Vergleich zu den 21.000 erfassten balti-

[167] BArch R 69/1118, EWZ Litzmannstadt, Organisation und Tätigkeit der Melde- und Ausweisstelle der EWZ Gotenhafen (mit Formblättern), Bl. 3, Bekanntmachung über Vorgehensweise bei der Durchschleusung; APG-Gdynia 650/1639, Bl. 39, Antwort des Stadtkommissars Gotenhafen auf diese Bekanntmachungen an den ständigen Vertreter des Gauleiters und Chefs der Zivilverwaltung Huth vom 18.10.1939.
[168] H. KRIEG 1940, S. 58f.
[169] BALTENDEUTSCHE HEIMKEHR 1941, S. 18.
[170] Ebd., S. 19.
[171] A. THOß 1941, S. 13.

schen Umsiedlern in Posen und den 13.000 teilweise erfassten Umsiedlern in Stettin eher bescheiden. Insgesamt passierte bis Ende 1939 ungefähr die Hälfte aller baltischen Umsiedler diese Prozedur. Bis 29.12.1939 wurden durch die Meldestelle Gotenhafen 5.169 Personen und 1.139 Kinder unter 15 Jahren erfasst, es wurden 5.200 Aufnahmen von den Umsiedlern bei der Lichtbildstelle gemacht und 5.068 Ausweise ausgestellt, davon mit 4.703 Stück der größte Teil bereits bis zum 13. November[172]. 5.733 Personen wurden von Ärzten der Gesundheitsstelle untersucht und 5.162 vermögensrechtlich erfasst. Die Staatsangehörigkeitsstelle bearbeitete in dieser Zeit 2.741 Anträge und stellte 2.584 Einbürgerungsurkunden aus, von denen 2.205 in Gotenhafen ausgehängt und 379 weiter nach Posen zur Erledigung übergeben wurden; es wurden auch 157 Ausweisungsbescheide erteilt. Die statistische Stelle erfasste 6.041 Personen, davon 5.234 aus Estland stammend und 807 aus Lettland[173]. Dies bestätigt KROEGERS These, Gotenhafen sei ein Zentrum der Landsleute aus Estland gewesen[174]. Von den durch die Zentralstelle (später Nebenstelle) Gotenhafen durchgeschleusten rund 6.300 Umsiedlern wurden 2.100 in Gotenhafen selbst, Adlerhorst und Danzig, weitere 1.100 in Thorn, Bromberg, Dirschau und in den Kleinstädten des Gaues Danzig-Westpreußen, 700 in der Anstalt Schwetz (Altersheim) und rund 400 Umsiedler in Posen und dem Warthegau verteilt[175]. Hinzu kam noch die wesentlich niedrigere Anzahl Umsiedler, die durch andere Stellen im Gau verteilt wurden, so z.B. bis 31.1.1940 80 Deutsch-Balten durch die Dienststelle Posen in Gotenhafen[176].

Gesamtausmaß der Aktion in den Ostgebieten und Bilanz für Gotenhafen

Von den rund 62.000 im Reich angekommenen Deutsch-Balten sollten sich Ende Januar 1940 rund 23.000 in den Auffangquartieren Pommerns (im Vergleich zu 32.000 im Dezember 1939), rund 14.000 in Posen Stadt und rund 16.000 im übrigen Warthegau befinden. Der Gau Danzig-Westpreußen beherbergte zu diesem Zeitpunkt rund 4.000 und das Altreich 5.000

[172] BArch R 69/980, Bl. 4-5, Fernschreiben vom Leiter i.V. der Einwandererzentralstelle Nordost, Nebenstelle Gotenhafen an Einwandererzentralstelle Nordost Posen, SS-Sturmbannführer Tschierschky betreffend Tagesbericht 14.11.1939.
[173] BArch R 69/1022, Bl. 14, Statistische Übersicht nach dem Stand vom 29.12.1939 von der Stelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Einwandererzentralstelle Nordost Posen Org.-Inf. Posen an SS-Sturmbannführer Dr. Sandberger vom 30.12.1939.
[174] E. KROEGER, Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen, Tübingen 1967, S. 118f.
[175] BArch R 69/1022, Bl. 14.
[176] BArch R 69/1155, EWZ Litzmannstadt, Transportankünfte von Baltendeutschen in Posen und deren Erfassung durch die EWZ Nord-Ost Posen als Haupt- und (ab Jan. 1940) als Nebenstelle sowie durch die Nebenstellen Schneidemühl und Stettin, Bl. 30f., Anlage 1. Arbeitseinsatz und gebietsmäßige Verteilung der in Posen durchgeschleusten Baltendeutschen bis 31.1.1940.

Deutsch-Balten (im Vergleich zu 6.000 bzw. 1.500 einen Monat zuvor)[177]. Das im Jahr 1941 veröffentlichte Buch „Auf neuer Scholle“ von FRITZ GERLACH nennt konkrete Zahlen von Deutsch-Balten in den Gauen und Städten. Da diese überwiegend städtische Berufe ausübten, wurden sie vor allem in großen Städten eingesetzt. Die Städte, die die meisten Heimkehrer aufnahmen, waren Posen (20.000) und Litzmannstadt (7.500), beide im Warthegau gelegen, und mit einigem Abstand Gotenhafen (2.800), Gnesen (2.000), Bromberg (1.800), Kalisch (1.500), Hohensalza (1.300) und Leslau (1.200)[178]. Außerdem nennt GERLACH Zahlen der in landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzten Personen; demnach sollen 3.000 Deutsch-Balten im Warthegau und 150 im Gau Danzig-Westpreußen „zunächst treuhänderisch“ Betriebe übernommen haben[179].

In Gotenhafen selbst wurde bereits ein paar Monate nach Besetzung der Stadt und nach erfolgter Umsiedlungsaktion stolz erklärt, dass der Kern der Stadt von Polen geräumt sei und die deutschen Bewohner, „soweit die Häuser bisher entwanzt werden konnten“, die zentralen Wohnungen bezogen haben und allgemein „am äußeren Straßenbilde von Woche zu Woche eine deutliche Entwicklung des Wirtschaftslebens“[180] zu beobachten sei. Ein Jahr nach der Besetzung wurde in der Presse gemeldet: „Deutsche Menschen haben ihren Einzug in diese Mauern vollzogen und damit den Grundstein für neues Leben und neue Gestaltung gelegt.“ Die „Menschen deutschen Blutes“ hatten durch Pionierarbeit zu sichern, „was das Schwert errang“[181], und der Stadt so eine neue Gestalt zu geben[182]. Dort, wo Wohnungen zuvor „vor polnischem Schmutz starrten und vollkommen verwanzt waren“, herrschte jetzt Sauberkeit, die mit der im Altreich vergleichbar wäre. Außerdem wurde Gotenhafen bereits ein Jahr nach Einmarsch der deutschen Truppen zur jüngsten deutschen Großstadt erklärt[183].

Trotz der optimistischen und stellenweise mitreißenden Beschreibungen der Presse blieb die Einwohnerzahl stets niedriger als in polnischen Zeiten, und die Straßen erschreckten eher durch Leere als durch Lebendigkeit. Die Rechtfertigung bzw. Erklärung dieses Zustandes blieb der NS-Rhetorik treu: „Zwar ist die Einwohnerzahl weit geringer als zu polnischer Zeit,

---

[177] BArch R 69/656, Statistische Übersicht über die Umsiedlungsaktion der Volksdeutschen aus den baltischen und ostpolnischen Gebieten, Bl. 105, Schreiben vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Einwandererzentralstelle Nordost – Nebenstelle Posen vom 15.2.1940. Über die Umsiedler, die in das Altreich aufgenommen wurden, wurde folgende Bemerkung gemacht: „vorüber gehend oder dauernd, bei Verwandten, in Heimen, in Anstalten, Gefängnissen, als Angestellte und Hilfskräfte der EWZ mit inbegriffen.“; vgl. BArch R 69/1022, Bl. 8.

[178] H. KRIEG 1941, S. 12-15.

[179] A. THOß 1941, S. 14.

[180] DV, 18.2.1940, Nr. 48, S. 7, „Das deutsche Handwerk in Gotenhafen.“

[181] F. GERLACH 1941, S. 25.

[182] DV, 15.9.1940, Nr. 254, S. 3, „Zoppot –Gotenhafens Kriegskreistag.“

[183] DV, 14.9.1940, „Die Stadtverwaltung in Gotenhafen. Nach Beendigung des Krieges wird die Stadt neu gestaltet.“ Hier auch Nennung der Funktion Gotenhafens als „deutsche Kriegsmarinestadt des Ostens.“

doch sind die Ansprüche eines Deutschen in bezug auf Wohnkultur mit denen der Polen nicht zu vergleichen.“[184] Ursprünglich sollte schon Ende Oktober 1939 das Gebiet um die Stadt und Gotenhafen selbst mit Umsiedlern aus Estland aufgefüllt worden sein. Die weiteren Transporte wurden aber nach Posen geschickt[185], weil, wie es Kroeger, der Führer der NS-Bewegung in Lettland vermutete, Gotenhafen zwar eine begrenzte Anzahl Umsiedler aufnehmen konnte, allerdings als wirtschaftliches und vor allem kulturelles Zentrum für die Deutsch-Balten nicht brauchbar war[186]. Die Frage nach der Zahl der in Gotenhafen verbliebenen Deutsch-Balten bleibt trotz der zahlreichen zitierten Angaben offen. Sicher wurden auch außerhalb der Hauptansiedlungswelle einige in der Stadt eingesetzt. Beispielsweise wurden im April 1940 weitere 200 Rückwanderer erwartet, wofür die Verwaltung für beschlagnahmtes Vermögen 200 Betten, Tische, Stühle und Schränke verlangte[187]. Im selben Monat kamen außerdem einzelne Personen in die Stadt, die Ausbildungen besaßen, die aktuell benötigt wurden. Dies waren unter anderem Angestellte der Dresdner Bank, der Sparkasse, des Lotsenamtes und andere[188].

Symbolische Bedeutung und Probleme der „Verdeutschung“ der Stadt

Die Ansiedlung der Deutsch-Balten in Gotenhafen hatte eine besondere Funktion für das Deutsche Reich. Die Umsiedler sollten diese Stadt, die „aus Hass gegen die Deutschen“ erbaut worden war, übernehmen und auf diese Weise besiegen. Sie wurden zum wichtigsten Baustein der Verdeutschung Gotenhafens. Auch jedem Deutschen, der aus dem Altreich oder aus Danzig hierher kam, wurde das Ansehen eines Siegers über die Fremdheit zuteil. Diese propagandistische Rolle der Stadtübernahme eröffnete den Partei- und Regierungsstellen die ersehnte Möglichkeit, der Stadt mit allen Mitteln zu einer neuen historischen Rolle zu verhelfen.

Die in den zeitgenössischen Texten genannte „Fremdheit des Ortes“ wurde auch für die damaligen Akteure auf mehreren Wahrnehmungsebenen sichtbar. Da waren einerseits der Baustil der Häuser und das Aussehen der Straßen, andererseits die eigentlich unerwünschten und trotzdem verbliebenen Polen. So bildeten sich zwei Hauptachsen der Fremdheitswahrnehmung: Die eine betraf die Architektur der Stadt, die zweite das zwischenmenschliche Zusammenleben. Die Deutsch-Balten wirkten auf die nach Gotenhafen gekommenen Danziger

[184] DV, 10.8.1940, „Sommerliches Gotenhafen.“
[185] E. KROEGER 1967, S. 118f.
[186] Ebd., S. 120.
[187] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 115, Schreiben der Verwaltung für beschlagnahmtes Vermögen über den Zuzug von etwa 200 Baltendeutschen Rückwanderern vom 2.4.1940.
[188] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 127, Liste vom 11.4.1940 mit fünf Namen von Personen, die nach Gotenhafen zuziehen sollen, Bl. 141; Liste mit eingetroffenen Baltendeutschen (18.-21.4.1940), hier u.a. Angestellten im Lotsenamt, Gepäckstelle, Dresdner Bank, Stadtsparkasse.

und Reichsdeutschen wie auch auf die Mitarbeiter der EWZ und der anderen Regierungsstellen fremd. Ihre Dialekte wie auch ihr Aussehen (ein bekanntes Beispiel dafür waren die so genannten Zipfelmützen der Frauen[189]) wurden stets als fremdartig eingestuft. Die Umsiedler trafen auf eine merkliche Reserviertheit und ein sonderbares Misstrauen, wenngleich dieses nicht offen ausgesprochen wurde. Es sind einzelne Sätze der Presseartikel oder auch interner Dokumente, die diese Atmosphäre des Misstrauens greifbar machen. So informierte die Presse über die schwierige Umschulung der baltendeutschen Handwerker, beispielsweise der Juweliere, die statt Schmuck nun Abzeichen herstellen sollten. Die Form, in der über dieses Problem geschrieben wird, zeigt wenig Willen, Brücken zu bauen:

> „Eine Umschulung von Goldschmieden und Graveuren auf die Herstellung von Abzeichen erweist sich als einzig möglicher Ausweg. Weiter ist den Rückwanderern auch die Trennung verschiedener verwandter Berufe, wie sie im Reich vorgenommen wird, völlig fremd. Bäcker und Konditor, Goldschmied und Uhrmacher, ja sogar Schlosser, Installateur und Malermeister findet man in einer Person vereinigt."[190]

Das Fremdheitsgefühl wurde durch die in der Stadt verbliebenen Polen als weitere ethnische Gruppe unterstützt. Sie nahmen alle Deutschen als Feinde und unerwünschtes, fremdes Element wahr, waren sie doch Ursache dafür, dass die Polen ihre Wohnungen verlassen mussten und ihren Besitz verloren hatten. Denn auch die polnischen Bewohner, die bleiben durften, wurden zu einer Keller-Gesellschaft degradiert, die ganz unten in der Stadthierarchie lokalisiert war[191]. Das einzigartige Netz der Fremdheit umhüllte jeden einzeln und sorgte zumindest in den ersten Monaten der Anwesenheit der Balten für eine besondere Atmosphäre.

Sogar die offizielle Sichtweise basierte darauf, dass die Stadt dem deutschen Bild von Urbanität fremd sei. In den Augen der Besatzung und der zugezogenen deutschen Bewohner war sie eine Ansammlung von Kästen, Klötzen und Flachdächern, die durch breite und gerade Straßen geteilt wurden. Da aber mit jedem Deutschen die Fremdheit nachlassen sollte, wurden in der Presse alle Beispiele für das „Zähmen" der urbanen Landschaft aufgezeigt und gelobt:

---

[189] DV, 10.1.1940, Nr. 9, „Gotenhafen – und rund herum: Stimmungsbilder aus unserer Nachbarstadt."
[190] DV, 18.2.1940, Nr. 48, S. 7.
[191] Auf den Gedanken einer „Licht- und Dunkelheitsgesellschaft", oder auch eines „Kellerterrains" der Stadt in Anbetracht der polnisch-deutschen Verhältnisse in okkupierten Städten brachte mich A. MUELLER, der über das Wartheland schreibt: „So lange der Warthegau existierte, befanden sich die Deutschen in einer Vorzugposition. Sie lebten sozusagen im Licht. Unten ‚im Keller' war das Terrain der Polen, die fleißig zu arbeiten und nichts zu sagen hatten. Die polnische Intelligenz war gleich nach dem Einmarsch deutscher Truppen teils von Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ‚liquidiert', teils ins Generalgouvernement abgeschoben worden. In ihren Wohnungen lebten nun Balten und andere Deutsche. Die Masse der Polen, die zurückblieben, wurden als Menschen ‚vorletzter Klasse' behandelt. Die Allerletzten in der von oben festgelegten Rangordnung im Gau waren die Juden im Getto von ‚Litzmannstadt'. Danach kam nur noch der Tod", vgl. A. MUELLER, Ein Balte erinnert sich... Erlebte Endzeiten 1939-1945, Aizpute 1994, S. 49.

„In die von den Polen verlassenen, eingerichteten Wohnungen zogen die Deutschen, die mit wenig Hab und Gut aus ihrer baltischen Heimat kamen. Sie verstanden es, sich ein Heim nach ihrer gewohnten Art zu schaffen, also dass auch die fremden Möbel bald zur vertrauten Umgebung des Alltags wurden. Vorhänge, Bilder, Schmuck, alle möglichen Kleinigkeiten, die eine normale Wohnung zum versöhnlichen Raum machen, konnte man leicht entfernen und nach dem eigenen Geschmack ersetzen. Wenn auch die Straßen noch sehr still sind, wenn auch viele Läden noch mit leeren Auslagen [Der Leerstand der Geschäfte wurde mit der Notwendigkeit erklärt, sie für die Frontkämpfer reserviert zu halten[192], Anm. MS], viele Wohnungen mit hohläugigen Fenstern auf die Straße schauen – der Stand von hunderttausend Einwohnern ist noch nicht wieder erreicht – so wurde der Stadt doch mit einer unverkennbar sauberen und sorgfältigen Handschrift eine neue Visitenkarte geschrieben. Die Kaffeehäuser sind so adrett, wie überall, die Friseurläden blitzend und wohlduftend, in den Konfektionsläden erwarten die Mädchen- und Jünglingspuppen lächelnd und gut angezogen die Kunden, in den Bäckereien liegen die Wecken, Törtchen, Teekuchen wie überall. Seit einiger Zeit ‚kostet' auch hier der Anzug sechzig Punkte der Kleiderkarte, und auf den Speisekarten ist verzeichnet, dass Fleischgerichte nur gegen Abgabe von Marken serviert werden. Eine neue bürgerliche Ordnung ist offensichtlich."[193]

Die Stadt sollte deutsch sein, von Deutschen bewohnt, von deutscher Sprache erfüllt. Die Deutsch-Balten, als traditionelle Stadtbewohner bestens geeignet, eine urbane Fläche zu bewirtschaften, waren ein geeignetes Mittel zur Realisierung dieses Programms. Zwar war ihr Siedlungspotential zahlenmäßig nicht ausreichend, aber sie hatten ja lediglich die Aufgabe, die Stadt „völkisch und geistig" zu verändern, sozusagen zu kolonisieren und die schwere historische Vorbelastung effektiv abzubauen. Auf einer großen Kundgebung, die im Januar 1940 für die Deutsch-Balten organisiert wurde, beschrieb Gauleiter Forster Gotenhafen folgendermaßen:

„Diese Stadt, in der Sie sich jetzt befinden, ist ganz neu zu Deutschland gekommen. 20 Jahre lang war dieses ganze Land vom Reich abgetrennt und ein fremdes Volk hat hier regiert. Polen sind es gewesen, die dieser Stadt auch ihren Stempel aufdrückten. Ihre Städte, aus denen Sie gekommen sind, können Sie mit unserem alten Danzig verglei-

[192] F. GERLACH 1941, S. 18; s.a. Beschreibung der Elendquartiere der „Ureinwohner" Gdingens in: DV, 11.1.1940, Nr. 10, S. 5, „Gotenhafen und rund herum: Preistreiber am Pranger – Die Polizei macht dem polnischen Verbrechertum ein Ende."
[193] DV, 23.8.1940, „Die Stadt ohne Vergangenheit. Gotenhafen gestern und heute."

chen. Diese Stadt, Gotenhafen ist aber etwas ganz anderes. Zwischen Polen und Deutschen ist eben ein himmelweiter Unterschied. Dieser Unterschied ist auch all den vielen fremden Besuchern zum Bewusstsein gekommen, die in den vergangenen Jahren zunächst Gdingen und dann anschließend auch Danzig besuchten. Polen hat alles getan, um das Deutschtum mit Stumpf und Stiel auszurotten. Es ist ihnen nicht gelungen."[194]

Ein Jahr nach der Umsiedlung ernteten die neuen Bewohner auch erstes Lob der NS-Presse:

„Wenn Gotenhafen ein Jahr später schon ganz anders aussieht, dann haben daran neben den Deutschen aus Danzig und dem Reich auch die Umsiedler aus dem Baltikum ihren Anteil! Viele der Balten mögen hierhergekommen oder hiergeblieben sein, weil sie auch vorher in einer Hafenstadt wohnten und den Reiz und die Eigenart nicht missen wollten, die das Leben am Meer besitzt. Alle aber hat die große Zukunftsaufgabe des zu neuer Bestimmung ausersehenen deutschen Gotenhafens gelockt. Wer jetzt durch die Stadt wandert, erkennt nicht nur an den deutschen Straßenschildern und Firmennamen, an der allgemeinen Sauberkeit wie der Säuberung des Stadtbildes von den hässlichen Baracken die Wandlung zur neuen, deutschen Ordnung. Sie wird ihm in mannigfachen Lebensimpulsen offenbar. Viele der – oft wegen Ausverkaufs – geschlossenen Läden sind längst wieder eröffnet und werden wie die großen Gaststätten stark besucht. Einige davon, ebenso eine Reihe handwerklicher Betriebe, zeigen durch ein Schild an, dass Baltendeutsche als Treuhänder eingesetzt wurden. Andere Schilder lassen erkennen, dass umgesiedelte Ärzte hier eine neue Praxis eröffneten. Auch Straßennamen, Namen von Cafés und Restaurants wie der oft aufklingende Tonfall geben der Stadt einen unverkennbar baltendeutschen Zug."[195]

Trotz dieser vielen Änderungen und des immer größeren Zuflusses von Deutschen und Volksdeutschen aus verschiedenen Teilen Europas blieb die selbst erschaffene Dichotomie zwischen fremd und deutsch bis zum Ende des Krieges spürbar. Selbst in einer Jubiläumsschrift aus dem Jahr 1944, die an den 14.9.1939 erinnern sollte, musste das Deutsche an Gotenhafen noch beschworen, das Fremde negiert werden:

„Ja, fremd ist das Bild Gotenhafens, und doch ist Gotenhafen deutsch. Bei jedem Schritt spürt man den deutschen Herzschlag, spürt das Werk der arbeitsamen deutschen Hände, den schaffenden Aufbauwillen tausender deutscher Menschen, die aus allen Gauen des

[194] DV, 17.1.1940, Nr. 16, S. 5, „Der Gauleiter sprach zu den Baltendeutschen in Gotenhafen, Überwältigende Massenkundgebung im Apollo-Theater am Adolf-Hitler-Platz."
[195] F. GERLACH 1941, S. 16f.

deutschen Landes hierher kamen und Gotenhafen zu ihrer Wahlheimat bestimmten. Diese deutschen Menschen geben der fremd erscheinenden Stadt das unverkennbare deutsche Gepräge.“[196]

Exkurs: Fotografische Eindrücke von den baltischen Flüchtlingen zum Kriegsende

Die Umsiedlung der Deutschen aus den baltischen Ländern ins okkupierte Gdingen fand in den Flüchtlingstransporten aus dem Baltikum im Herbst 1944 eine Forstsetzung. Dank der Bildersammlungen des Herder-Instituts in Marburg bekommen die nackten Zahlen der „Herübergebrachten“ plötzlich ein Gesicht. Durch Fotografien von Karl Hintzer, einem Bildberichterstatter der estnischen Tageszeitung „Postimees“, können wir uns ein lebendigeres Bild von den Menschen machen, die Gotenhafen für einige Monate bewohnten.

Die Fotosammlung von Hintzer (geboren 1895 in Tartu, gestorben 1967 in Lübeck[197]) zeigt unter anderem Bilder der Passagiere eines Schiffes namens „RO 22“. Auch Hintzer selbst ist auf einem der Fotos zu sehen, wie er im Anzug mit Weste an Bord des Schiffes sitzt[198]. Laut den Kriegstagebüchern der Kriegsmarinedienststelle Gotenhafen ist die „RO 22“ am 17.9.1944 „im Ballast“ aus Gotenhafen nach Reval ausgelaufen. Am 25.9. war es nach der gleichen Quelle wieder zurück in Gotenhafen. An anderer Stelle des Kriegstagebuches KMD Danzig findet sich noch folgende Information: „22.09.1944 07.00 Uhr HKS ‚RO 22’ auf Reise Reval-Gotenhafen bei Flugzeugangriff durch Bomben- und Torpedotreffer in Luke 3 beschädigt.“[199] Zu diesem Zeitpunkt waren 1.150 Menschen an Bord, darunter 300 in der Kategorie „Truppen“, 700 „Diverse“, 50 „Verwundete“ und 100 weitere, die sich in der von Hand neu angelegten Kategorie „Tote“ befanden[200].

Die von Hintzer in Fotografien dokumentierten Momente zeigen das tägliche Leben der baltischen Passagiere des, worauf die Unterschrift jedes Bildes hinweist, „torpedierten Schiffes“ und nach der Unterbringung im so genannten Nußdorfer Lager in Gotenhafen-Kielau. Das Lager bestand aus Baracken mit rundlichen Dächern, die mit Stacheldraht um-

---

[196] DV, 14.9.1944, „Wie war es im September 1939?“

[197] HERDER-INSTITUT, Hintzer, URL: www.herder-institut.de/startseite/sammlungen/bilder/bestaende/bestaende/hintzer.html (Stand 14.8.2009), Marburg 2009; s.a. D. M. GOEZE, Alltag estnischer DPs in Deutschland, in: CH. u. M. PLETZING (Hrsg.), Displaced Persons, Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland, Reihe Colloquia Baltica 12, Beiträge zur Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, München 2007, S. 29.

[198] Foto in: D. M. GOEZE 2007, S. 32.

[199] BArch RM 108/114, Kriegsdienststellen in Deutschland, Kriegstagebuch KMD Danzig 1.1.-31.12.1944.

[200] BArch RM 108/119, Kriegsdienststellen in Deutschland, Kriegstagebuch KMD Danzig, Zweigstelle Gotenhafen, Kriegstagebuch 1.8.1944-28.2.1945; Anlage zum Kriegstagebuch der KMD Danzig, Zweigstelle Gotenhafen. Einlaufende und Auslaufende Truppentransporte von 15.-30.9.1944; „RO-22“ lief mit Flüchtlingen aus dem Baltikum an Bord auch schon früher mehrmals den Hafen Gotenhafen an, z.B. brachte es am 21.8.1944 374 Flüchtlinge und am 31.8.1944 920 Evakuierte und 174 Kommandierte aus Riga, vgl. BArch RM 108/119, Notizen vom 21.8. und 31.8.1944.

zäunt waren. Auf einem der Fotos hängt eine junge Frau ihre Wäsche auf dem Stacheldraht zum Trocknen auf (siehe Abb. 4), auf einem anderen verteilt eine lächelnde Frau Essen an hungrige Flüchtlinge (siehe Abb. 5).

Wenig großzügig wirken die Tische, während in Berichten aus dem Jahr 1939 zu lesen war, dass die Tische damals geschmückt und üppig gedeckt gewesen seien. Jetzt, im fünften Kriegsjahr, musste ein Teller Suppe pro Person reichen (siehe Abb. 6). Ein weiteres Bild dokumentiert die Gepäckausgabe an die Flüchtlinge im gleichen Lager, junge Matrosen in weißen Uniformen schauen direkt ins Objektiv. Ihre weißen Matrosenanzüge bilden einen Kontrast zu den grauen Säcken mit dem Hab und Gut der Flüchtlinge, deren Kleidung eher ärmlich wirkt (siehe Abb. 7). Die Menschen, die aufmerksam die estnische Zeitung lesen, tragen warme Pullover und teils recht abgenutzte Anzüge (siehe Abb. 8 u. Abb. 9).

Einige der Verwundeten, die unter der gesichtslosen Zahl 50 in den Kriegsmarinestatistiken auftauchen, starben in Gotenhafen. Zwei Begräbnisfeiern wurden von Hintzer fotografiert. Die Naturkulisse des Gotenhafener Friedhofs verstärkt die traurige Atmosphäre der Trauerfeier. Die erschütterten Eltern der Maire Pori trugen ihre Tochter hier zu Grabe (siehe Abb. 10). Vermutlich mussten sie schon ein paar Monate später um ihr eigenes Leben fürchten, als sie selbst flohen. Bei einem vergleichbaren Bild der Bestattung des Kd. Ltn. Ajögs ergänzen zahlreiche Totengräber die beinahe theatralische Kulisse des Friedhofs. Bekleidet mit eleganten schwarzen Pelerinen senken sie den Sarg ins Grab, beobachtet von einem Uniformierten.

Ein weiteres Bild zeigt die glücklichen Momente der RO 22-Umsiedler an Weihnachten. Kinder schauen auf ihre Geschenke, ein Weihnachtsbaum in der Ecke vervollständigt das letzte „deutsche“ Weihnachten in Gotenhafen (siehe Abb. 11). Ob das blonde Mädchen, das so schüchtern einen Suppenteller entgegen nimmt, der alte Mann mit Dreitagebart, der eine Zeitung liest, und der kleine Bub, der mit seinem Weihnachtsgeschenk spielt, unter den baltischen Flüchtlingen waren, die später im Sammellager Geislingen einen neuen Anfang versuchten[201]?

[201] vgl. D. M. GOEZE 2007, S. 29-61.

Abb. 4: „Das ‚Nußdorfer' Durchgangslager in Kielau-Gotenhafen [Gdingen]", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153722.

Abb. 5: „Empfang [der ‚RO-22'] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153718.

Abb. 6: „Empfang [der ‚RO-22'] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153716.

Abb. 7: „Empfang [der ‚RO-22'] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153719.

Abb. 8: „Die Zeitung ‚Eesti Sõna' im Nussdorfer Lager (Gotenhafen [Gdingen]-Kielau)", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 161519.

Abb. 9: „Die Zeitung ‚Eesti Sõna' im Nussdorfer Lager (Gotenhafen [Gdingen]-Kielau)", Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 161522.

Abb. 10: „Major Pori (aus Viljandi / Fellin) mit Frau am Grab der Tochter Maire auf dem Friedhof von Gotenhafen [Gdingen]. (Sie starb an den auf der RO-22 erlittenen Verletzungen)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153901.

Abb. 11: „Weihnachtsfest in Gotenhafen [Gdingen], in der Nußdorfer Baracke der estnischen Flüchtlinge (1944)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153474.

3.3 Ansiedlung der deutschen Bevölkerung

Himmlers Ausführungen einer völkisch-nationalen Siedlungspolitik zufolge nahmen die östlichen Gaue im Rahmen einer ethnischen Umgestaltung weitere volksdeutsche Siedlergruppen auf, die für eine neue völkische Homogenität der besetzten Gebiete sorgten. Diese Menschen, die „ein wertvoller Blutsgewinn für das deutsche Volk" seien, die „starke Gesundheit und Leistungsfähigkeiten" für ihr Vaterland besaßen und dem Reich „ihren Lebenswillen und Kinderreichtum zu schenken hatten"[202], würden nach Himmlers Ausführungen der „Blut und Boden"-Theorie eine feste Mauer gegen das Polentum und das Fremde errichten[203].

Getreu den „Idealen" des nationalsozialistischen Staates sollte diese Migration nicht dem Zufall überlassen werden. Migrationssteuerung beherrschte stattdessen die neuen Territorien und damit verbundene „Neulanderoberung". Nachdem die Unerwünschten, also Juden und bestimmte Polengruppen ausgeschaltet worden und so die „Säuberung" zustande gekommen war, folgte mit der Ansiedlung von Deutschen in diesen Gebieten die zweite Etappe der Steuerung der demographischen Prozesse im deutschen Osten. Nach dem Erfolg der Baltenaktion kam es zu Ansiedlungen weiterer deutscher Gruppen in Danzig-Westpreußen, wenngleich diese auf „Siedlermassen" beruhende Gesellschaftskonzeption auch nie die Ausmaße der Aktionen im benachbarten Gau Wartheland erreichte[204].

Neben den Deutsch-Balten waren die so genannten Wolhynien- und Galiziendeutschen, Deutsche aus dem Narew-Gebiet, Litauendeutsche sowie Bessarabien- und Nordbuchenlanddeutsche Zielgruppen der Ansiedlungspolitik. Somit gab es neben den Reichsdeutschen, Danzigern und den Deutsch-Balten im Reichsgau Danzig-Westpreußen wie in Gotenhafen selbst auch weitere eher unfreiwillige Zuzügler, die hier von neuem Wurzeln schlagen mussten[205].

Bessarabien- und Wolhyniendeutsche

Eine wichtige Gruppe unter den für die Ansiedlung in Danzig-Westpreußen vorgesehenen Volksdeutschen waren die Bessarabiendeutschen, die nach Vereinbarung Deutschlands mit

---

[202] A. THOß 1941, S. 73.
[203] M. BROSZAT 1961, S. 85.
[204] M.G. ESCH 2003, S. 177-183.
[205] Zu den Bestimmungen der Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland zur Aufnahme von Bessarabien- und Litauendeutschen vgl. BArch R 49/5, Himmlers Anordnung Nr. 21/II; s.a.: STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1. Januarheft 1941, Nr. 1, „Altersaufbau und Berufsgliederung der volksdeutschen Umsiedler aus Estland, Lettland, Wolhynien, Galizien, dem Narewgebiet und dem Osten des Generalgouvernements."

Russland ab September 1940 ins Reich geholt wurden[206]. Diese waren zwar nicht direkt für Gotenhafen bestimmt, sondern wurden meist im ländlichen Bereich angesiedelt, vervollständigen das Bild von der Umsiedlungspolitik im Osten des Reiches aber. Jedoch ließen Forsters Abneigung gegen die Aufnahme einer größeren Anzahl von „nicht deutschwertvollen" Umsiedlern und die immer wieder betonten „schwierigen völkisch-ethnischen Verhältnisse" vor Ort die Realisierung eines deutschen Ringes aus Siedlern an den Ostgrenzen in der Region Danzig vergleichsweise bescheiden ausfallen. Vor allem die Einführung der Deutschen Volksliste, die die bisherige Bevölkerung neu einteilte, katalogisierte und offiziell das Ziel „der Rettung jedes Tropfen deutschen Blutes"[207] verfolgte, bildete nicht ohne Zutun Forsters eine Barriere gegen einen zu großen Zufluss von Volksdeutschen aus dem Osten.

Nach den Plänen vom Oktober 1940 sollten im Gau bäuerliche Rückwandererfamilien aufgenommen werden, deren schierer Anzahl die lokalen NS-Ansiedlungsbehörden mit Angst entgegensahen: „ca. 400 weichseldeutsche Familien, ca. 2.000 bis 2.500 litauendeutsche und ca. 10.000 bis 12.000 bessarabiendeutsche Familien" sollten demnach dort eine neue Heimat finden. Die Aufgabe, die Umsiedler auf den ehemals polnischen Höfen unterzubringen, erwies sich als schwierig, da die Höfe immer noch durch die „westpreußische und kaschubische" Bevölkerung bewohnt wurden, die anderen Aussiedlungsbestimmungen unterlagen als die so genannten „Kongresspolen". Die Mitarbeiter des Ansiedlungsstabs Danzig-Westpreußen klagten außerdem, dass die Höfe sich in einem solchen Zustand befanden, dass man sie keinem deutschen Umsiedler zumuten konnte. Nach einer Untersuchung der Ansiedlungsmöglichkeiten resümierte der Leiter des Ansiedlungsstabes jedoch zuversichtlich und in voller Anerkennung des Vorhabens Himmlers:

> „Der Ansiedlungsstab Danzig-Westpreußen ist sich über die Schwierigkeiten der gesamten Aktion vollständig im Klaren. Jedoch steht Großes auf dem Spiel. Der Reichsgau muss diese deutschen Menschen aus Bessarabien bekommen, um einen Wall gegen das Polentum zu errichten."[208]

---

[206] LANDSMANNSCHAFT DER BESSARABIENDEUTSCHEN, 60 Jahre nach der Umsiedlung. Erinnerungen bewahren. Gebaute Brücken festigen 1940-2000. Festschrift zum 34. Bundestreffen im Forum am Schlosspark in Ludwigsburg 2000, Oberulm 2000, S. 60.

[207] BArch R 49/76, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Anordnung des Gauleiters und Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen zur Durchführung der Eindeutschungsaktion vom 14. Dezember 1940, Bl. 3, Anordnung des Gauleiters und Reichsstatthalters zur Durchführung der Wiedereindeutschung vom 14.12.1940. (Zitat: „Verschüttetes deutsches Volkstum soll wieder freigelegt, untergegangenes zurückgewonnen werden.")

[208] APB 97/14, Bl. 1-5, Schreiben des Leiters des Ansiedlungsstabes Danzig-Westpreußen an den Reichsführer-SS betreffend der Unterbringungsmöglichkeiten für Rückwanderer im Reichsgau Danzig-Westpreußen vom 25.10.1940; s.a. E. MINDT u. W. HANSEN, Was weißt Du vom Deutschen Osten? Geschichte und Kultur des deutschen Ostraumes, Berlin 1942, S. 30. (Zitat zum Wartheland: „Gerade dieser Grenzgau muss das rechte Bewusstsein davon haben, dass er nicht nur Träger der deutschen Kultur, sondern dass er auch der Grenzwall ist und stets zu starker Abwehr gegen östliche Unkultur bereit sein muss.")

Die Ansiedlung der Bessarabiendeutschen bereitete insbesondere angesichts der Sperrung des Generalgouvernements und der wenigen vorhandenen Transportmittel immer größere Probleme, die stets Leitthema von Besprechungen des Ansiedlungsstabes, der Polizei und der Umwandererzentralstelle waren. So beschrieb etwa Dr. Duckart vom Ansiedlungsstab die Situation der Litauen- und Bessarabiendeutschen in den ersten Monaten des Jahres 1941. Ihre Lage wurde selbst von den SS-Männern als weniger hoffnungsvoll als erwünscht bezeichnet. Die vorhandenen Höfe konnten nicht besiedelt werden, da noch nicht festgestellt worden war, zu welcher Gruppe der Deutschen Volksliste ihre Besitzer gehörten. Duckart notierte insbesondere die Eiligkeit der Überprüfung der Besitzer, da es ein „unhaltbarer Zustand [sei], dass die Polen ruhig weiter auf ihren Höfen sitzen, während die bäuerlichen Umsiedler im Lager warten."[209] Die Besitzer der Höfe wurden schließlich durch das Sonderreferat SD als „zum Verbleib" oder „zur Aussiedlung" eingestuft und Zustand von Hof und Wohnhaus in den Karteien notiert, wobei die Kriterien der Qualifizierung der Personen nicht eindeutig scheinen und zum Teil von Eile, Subjektivität und nicht zuletzt auch Antipathie zwischen Nachbarn beeinflusst waren.

> „B. verhielt sich zu polnischer Zeit stets in gehässiger Weise seinen volksdeutschen Nachbarn gegenüber. Nach den Angaben des zuständigen Ortsgruppenleiters und Bürgermeisters wird er als ein absolut polnisch gesinnter Einheimischer bezeichnet."[210]
> „Die Frau des K. stammt aus einer deutschen Familie und hat sich ihr Deutschtum dadurch erhalten. Sie ist sehr sauber und arbeitsam. Eine Absiedlung wäre daher nicht zu befürworten."[211] „Rassisch sieht J. schlecht aus, die Wirtschaft macht einen unsauberen, verkommenen Eindruck. Es ist keinem deutschen Bauern zuzumuten, dass er eine derartige Wirtschaft übernimmt."[212]

Ein anderes Beispiel aus den Karteien deutet die erwähnten schwierigen „völkisch-ethnischen" Verhältnisse und damit verbundenen Einstufungsschwierigkeiten vor Ort an, die möglicherweise Grund für hastige Subjektivität waren:

---

[209] BArch R 49/346, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Statistiken zur Ansiedlung im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Dr. Duckart über die Situation von Litauen- und Bessarabiendeutschen in den ersten Monaten des Jahres 1941.
[210] APB 96/119, Bl. 99, Sonderreferat SD Gotenhafen, Powiat Morski, Wielki Kack, Kazimierz [...]. Opinie polityczne o właścicielach gospodarstw przeznaczonych dla Niemców 1941, Fall von Anton Bieschke aus Kolletzkau.
[211] APB 96/94, Schreiben vom 8.8.1941 an den SD-Leitabschnitt Danzig betreffend die Überprüfungen polnischer Familien, hier der Fall Kortas Felix.
[212] APB 96/94, Bl. 35, Schreiben über eine in Kielau, Nikolausstraße wohnende polnische Familie.

„D[...], Florian, [...] wohnhaft Kielau, [...] besitzt ein Grundstück von 26 Morgen. Auf dem Grundstück wohnen außer ihm seine Eltern und 2 Schwestern. [...] Der Vater ist rein kaschubischer Abstammung, die Familie hat in polnischer Zeit kaschubisch und teilweise ein wenig deutsch gesprochen. Sie ist streng katholisch eingestellt, ein Sohn ist Pfarrer geworden. Er sitzt z. Zt. in Dachau. Der Vater des D[...] war Vorsitzender des polnischen Kriegsvereins und polnisch angehaucht. Florian D[...] selbst hat sich politisch weniger betätigt. Da der Vater die Häuser besitzt, die z. Zt. beschlagnahmt sind, erscheint es zweckmäßig, die Familie nach dem Altreich abzusiedeln, da D[...] naturgemäß unzufrieden sein wird und ihm jedes Mittel recht sein wird, wieder in den Besitz seiner Häuser zu gelangen.“[213]

Auch die problematischen Beziehungen zwischen Nachbarn und die angewandte Willkür bei der Handhabung solcher Konflikte lassen sich gut verfolgen. Oberbürgermeister Schlichting beendete selbst einen Streit zwischen einer deutschen und einer polnischen Frau mit folgendem Brief:

„In Wittomin [...] wohnt der Friseur Bruno K[...], der der Volksgruppe III angehört und zurzeit Soldat ist. Nach einer [...] Mitteilung wohnt in demselben Haus [...] eine Frau polnischer Nationalität, die die Frau des im Felde stehenden K[...] drangsaliert. Ich bitte unverzüglich festzustellen, ob im Hause wohnende Frau Polin ist. Im bejahenden Falle ist sie binnen 24 Stunden aus der Wohnung auszuweisen und ohne Unterbringung durch das Wohnungsamt aus dem Gebietsteil Wittomin zu verweisen. Unterbringungsmöglichkeit kann sie sich suchen in den Ortsteilen Grabau oder Oblusch oder Warschauer Str. Im Interesse der Erhaltung von Ordnung, Disziplin ist ein weiteres Verbleiben dieser Frau in Wittomin nicht erwünscht. Die Frage, wer Schuld an dem Streit in dem Hause [...] hat, ist nicht zu prüfen, wenn, wie erwähnt, die im Hause mitwohnende Frau Polin ist. Eine Zeugengegenüberstellung von Polen und Deutschen lehne ich ab.“[214]

Über die Ansiedlung der Bessarabiendeutschen führte der SS-Ansiedlungsstab Gotenhafen vom Anfang der Aktion bis zum 31.3.1942 genaue Tabellen, die allerdings eher belegen, dass diese Gruppe in Gotenhafen fast nicht vorhanden war. Da die in die Gaue Danzig-Westpreußen und Warthegau gelenkte bessarabiendeutsche Bevölkerung vor allem aus Bau-

[213] APB 96/94, Bl. 27, Schreiben vom 8.8.1941 an den SD-Leitabschnitt Danzig, betreffend die Überprüfungen polnischer Familien, hier der Fall Dziennisch, Florian.
[214] APG-Gdynia 650/1622, Oberbürgermeister Gotenhafen, Referat prawny. Wywiady policyjne, usuwanie z mieszkań, przymusowe dokwaterowanie, Bl. 233, Schreiben des Oberbürgermeisters Schlichting an das Wohnungsamt Gotenhafen von 1.9.1943.

ern bestand, konnten sie im Gegensatz zu den Balten nur schwer neue Wurzeln im urbanen Gotenhafen schlagen. Die Statistiken zeigen, dass beispielsweise in Neustadt 1.108 und in Karthaus 756 „agrarische“ Personen angesiedelt wurden, in Gotenhafen dagegen nur 17 Personen in sieben Familien, welche als „städtisch“ eingestuft worden waren. Im gesamten Regierungsbezirk Danzig wurden nach derselben Statistik 4.053 Bessarabiendeutsche angesiedelt, davon 3.966 „bäuerliche“ und 87 „städtische“ (siehe Abb. 12)[215].

[215] BArch R 49/346, Tabelle des SS-Ansiedlungsstabes Gotenhafen „Monatsmeldung der Angesiedelten Bessarabiendeutschen von Anfang bis 31.3.1942.“

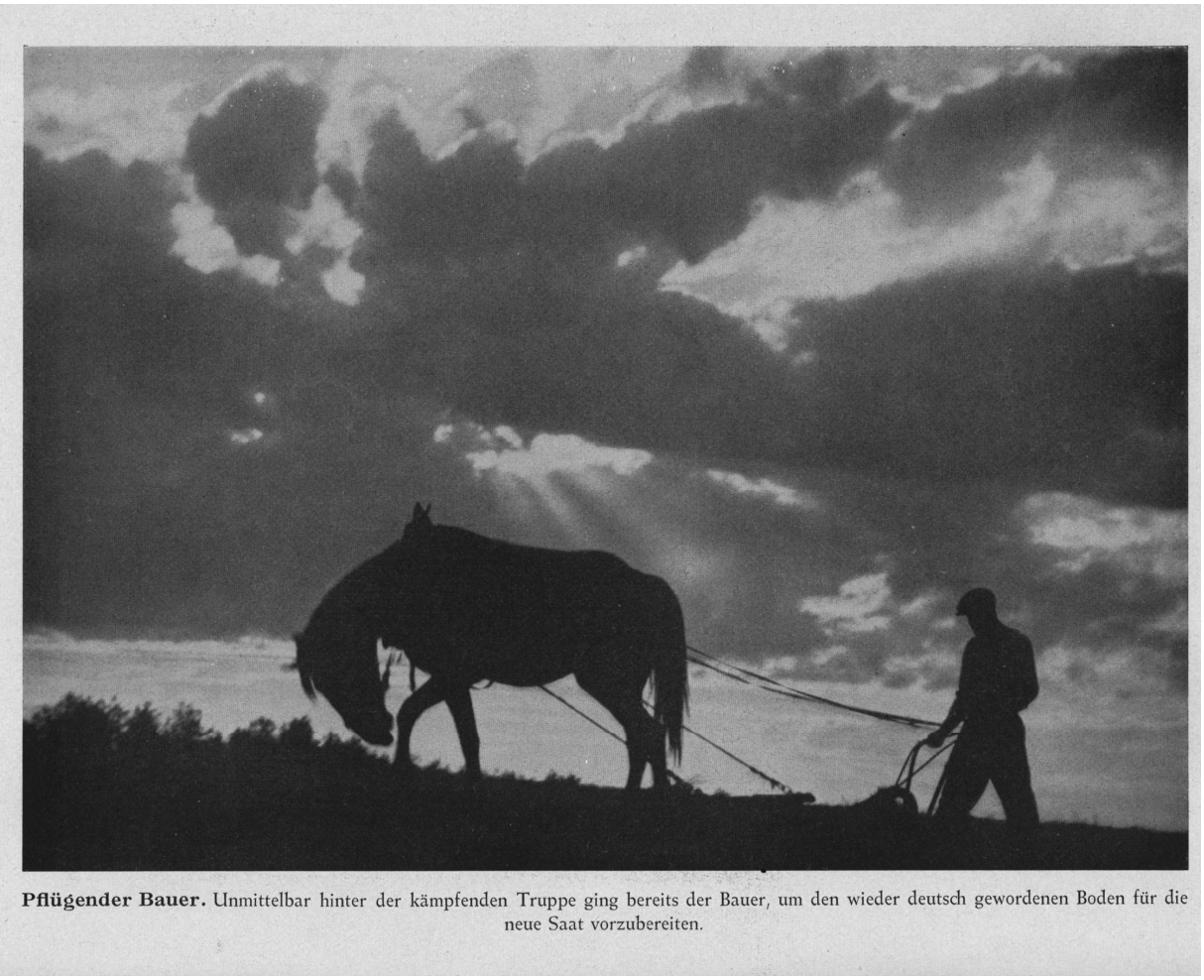
Abb. 12: „Monatsmeldung der Angesiedelten Bessarabiendeutschen von Anfang bis 31.3.1942“ des SS-Ansiedlungsstabes Gotenhafen, Quelle: R 49/346.

Darstellung der Ansiedlung der Bessarabiendeutschen in der Presse

Die Umsiedler aus dem Osten wurden nach dem Vorbild der Deutsch-Balten häufig in der Presse und speziellen Publikationen unter der Rubrik der „Heimkehr der Deutschen“ thematisiert. Sie wurden in der Danziger Presse als jene gepriesen, die Ordnung und Sauberkeit auf die ehemals polnischen Höfe bringen würden. Demnach soll an den Orten, wo deutsche Bauernfamilien angesiedelt wurden, der Besitzerwechsel sofort am Wechsel von „polnischer Wirtschaft“ zu „deutscher Ordnung“ erkennbar gewesen sein: „Wenn es auch nur Kleinigkeiten sein können, die in der kurzen Zeit seit dem Winter [...] gemacht werden konnten, so fällt uns doch der ausgebesserte Zaun, der frisch gekalkte Stall und der sauber gefegte Hof zumindest auf.“ In den Stuben waren demnach neben der Ordnung auch einige „rassische Schätze“ zu finden: „Alles blitzt und blinkt und dazwischen hüpfen vergnügt die Juwelen des Hauses, viele kleine Blondköpfe herum, die man in jeder dieser kinderreichen Familien vorfindet.“[216] Grundsätzlich galt, dass die Bessarabiendeutschen „dem Terror sowjetischer Banditen glücklich entronnen” waren und daher auch den Bolschewismus verachteten[217].

In einer Reportage begleiteten Journalisten der „Danziger Neuesten Nachrichten“ Umsiedler, die aus einem Dorf namens Wittenberge unweit des Schwarzen Meeres kamen, beim Beziehen der Höfe in den Kreisen Leipe und Rippin. Demzufolge waren die neuen Bewohner nun glücklich, den Sowjets entkommen zu sein und hier eine neue Zukunft aufbauen zu können[218]. In einer mehr als zwei Jahre später in der Presse erschienenen Zusammenfassung der Ergebnisse der Umsiedlungsaktion der volksdeutschen Bauern wurden auch ihre Ausmaße quantifiziert: Demnach sind 8.642 bessarabiendeutsche, 527 wolhyniendeutsche, 45 baltendeutsche und 341 aus dem Cholmer- und Lublinergebiet stammende deutsche Familien im Reichsgau eingesetzt worden. Die von ihnen bewirtschaftete Fläche betrug insgesamt 220.000 Hektar (s.a. Abb. 13)[219].

[216] DV, 26.8.1940, Nr. 234, S. 4, „Rückwanderer in ihrer neuen Heimat.“
[217] M. LENIGER 2006, S. 79.
[218] DNN, 19./20.7.1941, S. 5, „Bauer und Handwerker auf eigenem Boden”.
[219] DV, 16.10.1943, Nr. 285, S. 3, „Bodenständige Bauern geworden. Tätigkeitsbericht der Danzig-Westpreußischen Landsiedlung GmbH.“



Pflügender Bauer. Unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe ging bereits der Bauer, um den wieder deutsch gewordenen Boden für die neue Saat vorzubereiten.

Abb. 13: Ein typisches Beispiel der Heroisierung des Bauerntums und der besonderen Rolle der Bauern für die Germanisierung der Böden im Osten. Für Deutschland das ideale Bild des deutschen Umsiedlers, Quelle: O.H. SPATZ (Hrsg.), Wiedergewonnenes Deutsches Land, mit 198 ganzseitigen Bildern und 8 Karten, München-Berlin 1941.

Außerhalb der in der Presse so glanzvoll dargestellten Welt verlor die Aktion jedoch einiges an Glorie. Die Bessarabiendeutschen, als beste Wirtschafter von der Propaganda gefeiert, von den Polen spöttisch als „Araber" bezeichnet, hatten im Gegensatz zu den Deutsch-Balten große Anpassungsprobleme in ihrem neuen Lebensraum. Dies betraf vor allem die Bewirtschaftung der ihnen anvertrauten Höfe, da sie u.a. die lokalen Klima- und Bodengegebenheiten nicht kannten. In polnischen Berichten über die Situation in den ehemals polnischen Westgebieten wurde über sie schonungslos notiert: „Sie sind durchaus faul, sie meckern über schwere Arbeit, manche sagen sogar, sie würden gerne wieder in die Heimat zurückkehren."[220] Sicherlich war auch der geringe Enthusiasmus der ländlichen Bevölkerung gegenüber den Rückgesiedelten in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung. In einem Tätigkeitsbericht aus dem Kreis Zempelburg heißt es:

[220] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 124.

„Am 22.5. [1942] wurden hier im Kreise 60 bessarabiendeutsche Familien angesiedelt. Somit hat der Kreis bis jetzt 177 Familien aus den Dörfern Tieplietz, Krassna, und Alt-Arziss bekommen. [...] Bei den Besuchen in den Ortsgruppen hatte ich überall den Eindruck, dass unsere Volksdeutschen den Rücksiedlern nicht sehr ‚willkommen' gegenüber stehen, trotzdem sie sich bei der Ansiedlung in einzelnen Fällen sehr kameradschaftlich gezeigt haben."[221]

Ansiedlung der Wolhyniendeutschen

Um das Bild der deutschen Umsiedler in Pommerellen vervollständigen, sei noch die Gruppe der so genannten Wolhyniendeutschen erwähnt. Es handelt sich erneut, wie es schon bei den Bessarabiendeutschen, um eine „agrare" Gruppe, die schlecht in einer Großstadt wie Gdingen angesiedelt werden konnte, dagegen aber in den ländlichen Räumen des Gaus.

Auch diese zweite große Gruppe der Umsiedler in Danzig-Westpreußen wurde in internen Berichten anders umschrieben als in den makellosen Schilderungen der Propaganda. Diese Gruppe, die unter schwierigsten Bedingungen in den Wintermonaten 1939/1940 in Planwagentrecks nach Deutschland umgesiedelt wurde, was auch ihren bedingungslosen Willen und ihre Liebe zur deutschen Heimat bewiesen haben soll[222], erwarteten auf dem östlichen Gebiet des Reiches zunächst einmal langwierige Durchschleusungs- und Untersuchungsverfahren und oft wochen- oder monatelanges Warten in Umsiedlerlagern auf die Zuweisung von Höfen. Der dauernde Mangel an Sicherheit, Intimität und all dem, was ein normales Familienleben ausmachte, ließ die Umsiedler wenig hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Auch wenn endlich Zuweisungen für Höfe eingegangen waren, waren dadurch nicht sofort alle Probleme gelöst. Der Lagebericht des SD-Abschnitts Thorn vom 3.4.1940 lässt keinen Zweifel an der Realität des Lebens dieser Menschen:

„Die Stimmung unter den vor einigen Monaten im Landkreis Graudenz angesiedelten wolhyniendeutschen Bauern aus der Gegend Pultusk (150 Familien) ist fast durchweg gedrückt und wenig zuversichtlich. Diese Bauern, die zum großen Teil auf völlig ausgeplünderte und in schlechtem Zustand befindliche Grundstücke gesetzt wurden, finden

[221] BArch R 49/3084, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Berichte der Umsiedlerbetreuerin über die Lage und Stimmung der Umsiedler im Reichsgau Danzig-Westpreußen 1941-1943, Bl. 19, Tätigkeitsberichte aus dem Kreis Zempelburg vom 6.7.1942.

[222] „Sie mussten tagelang durch wütende Schneestürme ziehen, die die Wege mit meterhohen Wehen überschütteten, so dass Stunde um Stunde die Straßen freigeschaufelt werden mussten und die kleinen zähen Pferde in dem eisigen Sturm, die Kälte von 45 Grad brachte, zu erfrieren drohten. Auch diese, über das Maß menschlicher Leistung hinausgehenden Trecks, gelangen glücklich. Die innere Freude, die heiße Entschlossenheit, die brennende Liebe der Heimkehr führten die Wandernden sicher durch alle Gefahren", W. BADE 1941, S. 20f.; A. THOß ergänzt die malerischen Bilder des Trecks durch Umsiedlerzahlen: Demnach waren es 64.554 Wolhyniendeutsche, 55.440 Deutsche aus Galizien und 8.053 aus dem Narewgebiet, vgl. A. THOß 1941, S. 72.

sich mit den Verhältnissen nur schwer zurecht. Eine große Erregung herrscht darüber, dass man die früheren polnischen Besitzerfamilien nicht von den Grundstücken entfernt hat. [...] Die polnischen Familien sind unnötige Esser und werden außerdem in ihrem Benehmen immer frecher."

Auch die Tauglichkeit der wolhyniendeutschen Bauern zur Bewirtschaftung der ihnen anvertrauten und in den meisten Fällen nur fünf bis 20 Hektar großen Grundstücke wurde vom SD-Abschnitt ungeschminkt eingeschätzt:

„Von den im Landkreis jetzt ansässigen 150 Familien der Wolhyniendeutschen sind etwa die Hälfte ungeeignet, wie sich bereits gezeigt hat. Diese Bauern erklären, dass sie nicht in der Lage sind, große Grundstücke zu bewirtschaften, dabei handelt es sich noch um verhältnismäßig kleine Wirtschaften bis 150 Morgen."[223]

Die Presse titelte den pessimistischen Tönen der internen Besprechungen direkt entgegen mit Überschriften wie: „Rückwanderer in ihrer neuen Heimat. Annährend 1.000 deutsche Bauernfamilien aus Wolhynien, aus Galizien, vom Bug, vom Narew und aus dem Bezirk Warschau werden auf neue Höfe im Reichsgau Danzig-Westpreußen angewiesen."[224]

Anfang 1944 findet sich in internen Quellen der deutschen NS-Behörden die Zahl von rund 52.000 aufgenommenen Umsiedlern für den Gau Danzig-Westpreußen[225]. GÓRSKI schätzt, dass bis Ende 1944 ungefähr 57.000 Deutsche aus Osteuropa im Reichsgau angesiedelt wurden, was auch deutlich zeigt, dass die hiesigen NS-Behörden, vor allem aber Gauleiter Forster selbst, wenig Interesse an dieser Art der Germanisierung ihres Gebietes hatten und Forster sicherlich nicht die Ansiedlung von Volksdeutschen aus den östlichen Gebieten Europas meinte, als er eine „cristalldeutsche" Zukunft des Gaues prophezeite[226].

[223] APB 96/191, Bl. 30f., Auszüge aus dem Lagebericht des SD-Abschnitts Thorn vom 3.4.1940, hier betreffend Stimmung unter den Wolhyniendeutschen, die im Landkreis Graudenz angesiedelt wurden; vgl. Die Landwirtschaft im Reichsgau Danzig-Westpreußen in den Jahren 1940-1942, Danzig 1943, S. 33ff.
[224] DV, 26.8.1940, Nr. 234, S. 5, „Rückwanderer in ihrer neuen Heimat."
[225] BArch R 49/346, Schreiben an den Höheren SS- und Polizeiführer Danzig-Westpreußen, Beauftragter des Reichskommissars f.d. Festigung deutschen Volkstums betreffend die Statistische Berichterstattung.
[226] G. GÓRSKI (Hrsg.), Polskie Państwo Podziemne na Pomorzu 1939-1945, Toruń 1999, S. 29; s.a. B. CHRZANOWSKI 2004, S. 48; vgl. die nationalsozialistischen Aussiedlungspraktiken und Bevölkerungspolitik, die in den neuen Ostgauen betrieben wurden (vor allem in Oberschlesien und dem Warthegau) , in: I. HAAR, Inklusion und Genozid: Raum- und Bevölkerungspolitik im besetzen Polen 1939 bis 1944, in: M. BEER, D. BEYRAU, C. RAUH (Hrsg.), Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950, Essen 2009, S. 35-59.

Weitere deutsche und nicht-deutsche Gruppen

Die Spaltung der deutschen Gesellschaft durch die Hierarchisierung ihrer Angehörigen war offensichtlich. Die Entwicklung dieses Zerwürfnisses im Gau Danzig-Westpreußen lässt sich u.a. anhand der polnischen Berichte über die in das Reich eingegliederten Westgebiete und den einzelnen Erinnerungsstücken der Augenzeugen verfolgen. Zur „höchsten" Bevölkerungskategorie gehörten demnach die Reichsdeutschen; sie blickten laut den Erinnerungsnotizen mit wenig Achtung auf die hiesigen Volksdeutschen und behandelten sie meist „von oben herab". Von den anderen deutschen Gruppen wurden sie als hochnäsig, pflichtbewusst und steifkorrekt verallgemeinert. Aus dieser Gruppe stammten viele Beamte und Parteimitglieder, die ihre Dienststellen antraten[227].

Man muss innerhalb dieser Gruppe wiederum jene Reichsdeutschen, die in den Jahren 1939 und 1940 zum Bekleiden bestimmter Posten nach Gotenhafen und in andere Städte polnischer Gebiete kamen, von jenen unterscheiden, die in den späteren Jahres des Krieges als „Ausgebombte" aus Hamburg, Berlin und dem Ruhrgebiet hierher geschafft wurden[228]. Die Erfahrungen Letzterer mit dem anderen Bild des Krieges, in dem Opfer, Verluste und Bombenangriffe eine Rolle spielen, bereiteten den hiesigen NS-Behörden ein gewisses Unbehagen. Die Resignation und das von ihnen mitgebrachte Gefühl von Entmutigung schufen eine gefährlich schlechte Grundstimmung und wurden von den Verantwortlichen daher mit großer Verdrossenheit betrachtet. Die „Westbombery", wie sie von den Polen genannt wurden, wurden von den NS-Behörden angeblich gezielt isoliert, da sie Unglauben an den Sieg zu verbreiten und damit die Moral der übrigen Deutschen zu verschlechtern drohten[229]. Tausende von Ausgebombten aus dem Altreich wurden aber auch von den hiesigen Deutschen mit großem Misstrauen betrachtet, da man mit ihnen nicht nur das Haus, sondern auch die eigenen Vorräte teilen musste[230].

---

[227] vgl. W. STANKOWSKI, Niemcy na Pomorzu Gdańskim i Kujawach w latach 1944/45-1950. Ucieczka, życie codzienne, wysiedlenie, Bydgoszcz 2000, S. 58f.

[228] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 183.

[229] Ebd., S. 407; Hamburg wurde im Sommer und Herbst 1943 bombardiert. TRAVERSO schreibt über die ausgebombten Hamburger: „Sie lieferten Goebbels neue Propagandaargumente. [...] So wurden Hunderttausende von ausgebombten Hamburgern zu einer 'Avantgarde der Rache'", vgl. E. TRAVERSO, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945, München 2008, S. 133.

[230] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 236; in Zusammenhang mit der Aufnahme der „Ausgebombten" aus Hamburg im Sommer 1943 wurde der Reichsminister der Justiz Thierack informiert, dass es „gelegentlich der Aufnahme von Hamburger Bombenbeschädigten im Reichsgau Danzig-Westpreußen [...] erfreulicherweise nur in ganz vereinzelten Fällen zu strafbaren Handlungen gekommen [ist]. Es handelt sich um kleinere Diebstähle zum Nachteil von Bombenflüchtlingen und um Betrügereien von Personen, die sich zu Unrecht als Bombenbeschädigte ausgegeben haben", APG 96/3069, Oberlandesgericht Danzig, Lageberichte 1940-1945, Bl. 34, Oberlandesgerichtspräsident Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack, betreffend Bericht über die allgemeine Lage vom 7.10.1943; zur Person des Oberlandesgerichtspräsidenten in Danzig Dr. Walter Wohler vgl. D. SCHENK, Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmords, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 27 u. 153f.

Im Gau Danzig-Westpreußen waren aber auch andere deutsche Gruppen anzutreffen. So repräsentierte neben den Reichsdeutschen die Gruppe der Danziger die deutsche Gemeinschaft vor Ort[231]. Zu erwähnen sind auch die Kinder, die im Rahmen der so genannten Erweiterten Kinderlandverschickung (KLV) in die Region Danzig und nach Gotenhafen kamen[232]. In einem Artikel im „Danziger Vorposten" mit dem viel sagenden Titel „Janz wie daheeme bei Mütta" wurde die Aufnahme der kleinen Bewohner aus der Hauptstadt im Haus „Gesundbrunnen" in einem Vorort Gotenhafens folgendermaßen skizziert:

> „Hier in Adlershorst, ganz weit weg von Berlin ist also auch ein Gesundbrunnen. Und hier leben schon seit einer langen Zeit die Berliner Mädel vom Wedding und fühlen sich ‚janz wie daheeme bei Mütta'. Ist das aber kein Wunder! Ein schönes, großes Haus ganz für sich alleine, helle, luftige Räume dazu und in der allernächsten Nähe die See mit einem schönen Badestrand. [...] Eine noch schönere Lage hat die Gotenhafener Jugendherberge, in der ebenfalls KLV-Mädel untergebracht sind. Hoch oben am Rande der Steilküste steht sie, ein ehemaliges ganz kurz vor dem Kriege erbautes Feudalhotel der polnischen Hochfinanz."[233]

Theoretisch zählten zum hier vertretenen deutschen Volk auch jene Polen, die in die Reihe der Deutschen Volksliste als Gruppe III aufgenommen worden waren und nun korrekt als „deutsche Staatsangehörige auf Widerruf" aufzutreten hatten. Und so wie die Deutschen aus dem Osten, vor allem die bäuerlichen Familien der Bessarabien- und Wolhyniendeutschen von den Reichsdeutschen und Danzigern mit wenig Achtung betrachtet und behandelt wurden, erfuhren auch die auf der DVL eingetragenen Polen großes Misstrauen sowohl vonseiten der Gesellschaft als auch von den Behörden[234]. Sie wurden als „Deutsche dritter Klasse" verspottet[235]. Für den Großteil der „richtigen" Deutschen und die Angehörigen der höheren DVL-Gruppen wurde das Deutschtum der Polen nur als eine Tarnung, eine „weitere Haut" angesehen, die früher oder später wieder abfallen würde[236]. Nicht ohne das Gefühl eines gewissen

---

[231] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 409.
[232] vgl. M. KRAUSE, Evakuierung im Bombenkrieg. Staatliche Interventionen zur Steuerung der Flucht aus deutschen Städten 1943-1963, in: J. OLTMER (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Göttingen 2003, S. 208-211; M. BUDDRUS, Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, Institut für Zeitgeschichte, Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 13/2, München 2003, S. 883ff.
[233] DV, 12.9.1942, Nr. 253, S. 3, „Janz wie daheeme bei Mütta."
[234] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 124, s.a. CZ. MADAJCZYK 1970, S. 420.
[235] W. DŁUGOBORSKI 1981, S. 337.
[236] APG 96/3069, Bl. 54, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 5.12.1944.

Vorwissens meldete der Oberlandesgerichtspräsident Danzig seinem Vorgesetzten im August 1944:

> „Die Haltung nicht nur des polnischen Volksteiles, sondern auch eines erheblichen Teiles der widerruflich Eingedeutschten (Abt. III der DVL) gibt zu schweren Bedenken Anlass. Die Rücklage der deutschen Kriegsführung im Osten haben dem Polentum neuen Auftrieb gegeben. Unbotmäßigkeiten, schwere Übergriffe und Ausschreitungen nehmen ständig zu. Es kann kaum noch ein Zweifel daran obwalten, dass die Polen in ihrer überwiegenden Mehrzahl in den Bolschewisten ihre Befreier sehen.“[237]

Da die Bevölkerung des Gaus Danzig-Westpreußen keine homogene Einheit bildete, benötigte sie die ununterbrochene propagandistische Zuwendung der NS-Behörden, die aus den Zusammengewürfelten eine nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ der „Volksgenossen“ bilden wollte[238]. Auch beanspruchte die Bevölkerung die volle Aufmerksamkeit des Kontrollapparates der Polizei und der Partei mit ihren Institutionen NS-Frauenschaft, Hitler-Jugend und BDM, welche alle das Ziel verfolgten, die Volksdeutschen und „Deutschstämmigen“ in Richtung des erwünschten Deutschtums und der Loyalität gegenüber dem Deutschen Reich zu erziehen sowie ihnen deutschen Geist zu vermitteln[239]. Jede NS-Institution, vor allem die Partei, betätigte sich permanent in der „Rücksiedler-Betreuung“, „deutscher Elemente-Überwachung“ und ähnlichen Tätigkeiten[240].

Eine Methode zur Schaffung von Deutschtum war die Abgrenzung von Fremdstämmigen, Gemeinschaftsfremden und all denen, die nicht in das Bild vom Deutschen passten. Härte gegen das Fremde sollte zu den Tugenden der neuen deutschen Gesellschaft im Osten gehören und wurde unaufhörlich gelehrt[241]. Abgrenzung wurde vor allem gegen die Polen geschaffen, die gemäß den völkisch-rassischen Bestimmungen der NS-Propaganda „als ein Volk, das geistig, seelisch, schöpferisch weit unter dem Deutschen“ stand, galt[242]. Auch die

---

[237] AG 96/3069, Bl. 50, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 1.8.1944.

[238] Zum Begriff der „Volksgemeinschaft“ in der Nomenklatur des NS-Systems vgl. D. MAJER, ‚Fremdvölkische’ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981, S. 82-88.

[239] E. HARVEY, „Die Deutsche Frau im Osten“: „Rasse“, Geschlecht und öffentlicher Raum im besetzten Polen 1940-1944, in: Archiv für Sozialgeschichte, 38. Band 1998, S. 203; AOBG, 10.10.1942, Nr. 26, „Förderung des Kulturlebens durch Gefolgschaftsmitglieder.“

[240] D. POHL, Die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Koloniale Verwaltung oder Modell für die zukünftige Gauverwaltung?, in: J. JOHN, H. MÖLLER u. T. SCHAARSCHMIDT (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 399f.

[241] E. HARVEY 1998, S. 205.

[242] BArch R 49/75, „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete...“; zur Situation v.a. der Vorkriegszeit in Oberschlesien formulierte HAUBOLD-STOLLE eine These, die auch für die

ausländischen „Fremdarbeiter“, die im Gau Danzig-Westpreußen wie im Altreich vor allem in der Industrie eingesetzt wurden, wurden in dieser Form beurteilt. Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter schufteten zum Teil unter unmenschlichen Bedingungen in den Außenkolonnen der Konzentrationslager, als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter. Das von der Propaganda vermittelte Bild, der Gau habe Arbeit und Verdienst angeblich erst hierher gebracht, blieb dadurch unberührt. Stattdessen beherrschte das Bild einer friedlichen Welt mit freiwilligen und zufriedenen Arbeitern die Presse. In einem vermutlich gefälschten Brief eines Spaniers, der seit Dezember 1940 in Gotenhafen arbeitete, werden die Töne der Freude über die Arbeit von nichts getrübt:

> „Hier im Lager essen wir alles, was man uns vorsetzt, aber glaubt nicht, dass das wenig ist. Manchmal gibt es so viel, dass man es einfach nicht schafft. Auch Brot gibt es reichlich. Morgen (Freitag) abend veranstaltet das Werk eine Gratisfilmvorführung mit einem spanischen Film. [...] Der Schlafraum ist großartig, wir sind zu 8 Mann zusammen. [...] Jeder hat seinen besonderen Schrank und sein Bett. Jeder hat sein Besteck und seinen Becher. [...] Gestern abend, draußen schneite es, schliefen wir bei offenem Fenster. Du wirst dich darüber wundern, aber es ist so. Wir haben überall Heizung, auch Duschen mit warmem und kaltem Wasser. Waschräume, wie ich sie noch nie gesehen habe, und würdig den deutschen Lebensgewohnheiten. Alles in allem, es geht mir gut.“[243]

So harmlos wie das Bild des glücklichen Spaniers in Gotenhafen wirken sollte, so hart blieben die Regeln, die eine undurchlässige Grenze zwischen Deutschen und „Fremdvölkischen“ zogen. Die Notwendigkeit dafür wurde stets mit einfachen Argumenten ins nationale Gedächtnis eingebrannt: „Wir wollen unser Hausrecht wahren. Vom Umgang mit Fremdvölkischen – Zurückhaltung nationales Gebot.“[244] Die „geformt“ genannte deutsche Volksgemeinschaft des Ostens durfte in ihren rassischen, kulturellen und politischen Merkmalen nicht von Fremdem verunreinigt werden[245].

Kriegsgeschichte Gotenhafens sehr passend scheint: „Die nationalen Narrative der beiden Seiten sind ohne das Gegenstück des ‚Anderen’ nicht zu entziffern und zu decodieren. Erst in der Auseinandersetzung mit dem immer gegenwärtigen ‚Fremden’ und durch dessen Konstruktion als Feind konnte das ‚Eigene’ umschrieben, definiert und festgelegt werden.“, vgl. J. HAUBOLD-STOLLE, Mythos Oberschlesien. Der Kampf um die Erinnerung in Deutschland und in Polen 1919-1956, Osnabrück 2008, S. 14.

[243] DV, 7.7.1940, Nr. 186, S. 4, Ausländische Arbeitskräfte im Reichsgau ...es geht mir sehr gut!“

[244] DV, 22.12.1943, Nr. 352, „Wir wollen unser Hausrecht wahren. Vom Umgang mit Fremdvölkischen - Zurückhaltung nationales Gebot.“

[245] D. SÜß u. W. SÜß 2008, S. 81.

Die Deutsche Volksliste als Aus- und Abgrenzungskriterium

Die gleichzeitige Ausgrenzung und Abgrenzung spielte sich in vielen Bereichen mittels verschiedener Instrumente aktiv ab. Dazu gehörten die geographischen Grenzziehungen zwischen den Ethnien ebenso wie die sprachliche, rechtliche und kulturelle Trennung der „Eigenen" von den „Fremden". Zu den stärksten Mitteln der Abgrenzung auf dem Gebiet des Gaus Danzig-Westpreußen gehörte jedoch die Deutsche Volksliste (DVL). Ihre Ziele der Germanisierung hingen eng mit den Plänen einer Zersplitterung und Spaltung der polnischen Bevölkerung zusammen[246]. Die deutsche Staatsangehörigkeit hatte, insbesondere durch ihre Widerrufbarkeit, die Aufgabe der Schaffung einer völkischen Abgrenzung, und aus heutiger Sicht kann ihr desintegrativer Effekt für die polnische Bevölkerung zum großen Teil bestätigt werden[247]: Polen, die nicht auf der DVL eingetragen waren, schauten ebenso wie die Behörden und die übrigen Deutschen misstrauisch auf jene, die die dritte Gruppe angenommen hatten[248]. So wurden die „Fremdvölkischen" intern gespalten und ihre geschlossene Stärke somit gebrochen.

Die Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4.3.1941 erschuf zur Aufnahme der deutschen Bevölkerung eine in vier Gruppen geteilte Volksliste. Die Bevölkerung wurde in vier Gruppen eingeordnet, wonach sich auch Status und Rechte der Betroffenen richteten. In die erste Gruppe wurden jene eingeordnet, die sich bereits vor dem 1.9.1939 im Volkstumskampf aktiv für das Deutschtum eingesetzt hatten, in die zweite „diejenigen Volksdeutsche[n,] [...] die sich in der polnischen Zeit zwar nicht aktiv für das Deutschtum eingesetzt haben, die sich aber gleichwohl ihr Deutschtum nachweislich bewahrt haben." Zur dritten Gruppe sollten „die deutschstämmigen Personen [gehören], die im Laufe der Jahre Bindungen zum Polentum eingegangen sind, nach deren Verhalten aber die Voraussetzung gegeben erscheint, dass sie wieder vollwertige Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft werden." Hier waren die Personen nichtdeutscher Abstammung zu finden, die „in völkischer Mischehe mit einem deutschen Volkszugehörigen leben, in der sich der deutsche Teil durchgesetzt hat", sowie speziell in Danzig-Westpreußen die Kaschuben als „die Angehörigen der völkisch nicht klar einzuord-

[246] vgl. D. MAJER 1981, S. 218-221.

[247] Dziennik Bałtycki, 8.6.1945, Nr. 18, S. 3, „Wniemczenie (Eindeutschung)."; vgl. Situation in Oberschlesien: J. HAUBOLD-STOLLE 2008, S. 310f.; bis heute besteht in der regionalen populistischen Öffentlichkeit die Vorstellung, die „Zwangsausgesiedelten" seien die einzigen „unbefleckten" Polen; die vor Ort Verbliebenen dagegen erscheinen vor allem den rechtsorientierten Gruppen als „Kollaborateure der Deutschen" oder „Verräter" (Publikumsstimmen der Konferenz zum 70-jährigem Jubiläum des Okkupationsbeginns in Gdingen am 14.9.2009); Beispiele des Unverständnisses für diese Menschen, die sich durch ihre Lebenssituation und äußere Bedingungen gezwungen fühlten, die III. Gruppe der Volksliste anzunehmen, zeigt am Beispiel der Familie des Premierministers Tusk die Autorin B. SZCZEPULA (B. SZCZEPUŁA, Dziadek w Wehrmachcie, Gdańsk 2007).

[248] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943, Bl. 46 (Wasilewski).

nenden blutmäßig und kulturell zum Deutschtum hinneigenden Bevölkerungsgruppen mit slawischer Haussprache.“ In die vierte Gruppe wurden schließlich diejenigen deutschstämmigen Polen einsortiert, „die politisch im Polentum aufgegangen sind“, also beispielsweise zu den „deutschfeindlichen“ Organisationen gehörten oder sich sonstwie „deutschfeindlich“ verhalten hatten[249]. Gemäß der Verordnung erlangten die in die dritte Abteilung der DVL eingetragenen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Widerruf, was bedeutete, dass sie ihnen innerhalb der nachfolgenden zehn Jahre vom Reichsminister des Innern und dem Stabshauptamt entzogen werden konnte[250].

Ziel war die Aufnahme möglichst vieler Personen in die DVL, um so die Bewohner des Gaues, die die Liste nicht unterschrieben hatten, als „Volksfremde“ aus der neuen nationalsozialistischen Gesellschaft ausstoßen zu können. Auch in Gotenhafen, das eine wichtige Rolle in der politischen und völkischen Struktur des Gaues spielte, wurde eine Zweigstelle der Administrationsbehörde der Deutschen Volksliste errichtet, die ihre Dienststelle im Gebäude der Stadtverwaltung im März 1941 bezog[251].

DVL-Einschreibungszwang

Insbesondere im Gau Danzig-Westpreußen hatte die Einführung der DVL einen sehr massiven Charakter, geprägt durch die spezielle Germanisierungspolitik Forsters. Die intensive Teilnahme der polnischen Bevölkerung an der Einschreibungsaktion war u.a. Folge von besonderem Terror der deutschen Okkupationsmacht. Die schreckliche Gewalt der ersten Kriegsmonate, die Brutalität der Eindeutschungskommissionen, der überwältigende Eindruck der Unvermeidlichkeit und Endgültigkeit der Liste konnte nicht mit dem Warthegau, ganz zu Schweigen mit dem Generalgouvernement verglichen werden. Es war keine Ausnahme, dass ganze Dörfer erzwungenermaßen in die Volksliste eingetragen wurden[252]. CHRZANOWSKI argumentiert außerdem, den hiesigen Polen seien die Erschießungen und Deportationen in die Konzentrationslager in den ersten Kriegsmonaten sehr lebendig in Erinnerung geblieben. Angst vor einer Wiederholung des Terrors war die Motivation vieler, sich in das Schicksal zu

[249] BArch R 49/5, Schreiben des Reichsministers des Innern Frick an die Reichsstatthalter in Danzig-Westpreußen und im Wartheland, die Oberpräsidenten in Königsberg, Breslau und Kattowitz, die Regierungspräsidenten in Danzig, Marienwerder, Bromberg, Posen, Hohensalza, Litzmannstadt, Allenstein, Gumbinnen, Zischenau, Oppeln und Kattowitz vom 13.3.1941.
[250] BArch R 140/21, Grundstücks- und Wohnungsgesellschaften in den eingegliederten besetzten Gebieten, Miet- und Vermögensrecht, Buchungs- und Kassenwesen sowie Personalstatistik, Bl. 30, Himmlers „Allgemeine Anordnung Nr. 12/C über die Behandlung der in die Deutsche Volksliste eingetragenen Personen“ vom 9.2.1944.
[251] AOBG, 29.3.1941, Nr. 6, „Zweigstelle der Deutschen Volksliste.“
[252] M. BROSZAT 1961, S. 129.

fügen, insbesondere nach den Regelungen Forsters vom Februar 1942[253]. Sein bekannter Aufruf vom 22.2.1942, mit dem er die Phase der Auswahl beendete und das Datum für die endgültige Entscheidung für oder gegen die DVL auf den 31.3.1942 festsetzte, versetzte die bisher verweigernde polnische Bevölkerung in tiefe Verzweiflung[254]. Durch Gewalt und Druck, der mit allen Mitteln ausgeübt wurde, belehrte man die Bevölkerung, dass nur zwei Möglichkeiten bestanden[255]: Entweder Eintragung in die Liste oder Einstufung in die Gruppe der Feinde des deutschen Volkes mit allen Konsequenzen.

Nachdem bis Ende 1941 im ganzen Gau nur 113.434 Personen in die DVL aufgenommen worden waren[256], stieg diese Zahl nach dem Aufruf sehr beachtlich. JASTRZĘBSKI zitiert folgende Zahlen, die allerdings alle DVL-Eintragungen zwischen März 1941 und Januar 1944 berücksichtigen. Zur ersten Gruppe der DVL gehörten demnach 115.000, zur zweiten 95.000 Personen. Der Gruppe III wurden 725.000 und der Gruppe IV 2.000 Personen zugeteilt. Insgesamt wurden somit laut JASTRZĘBSKI 937.000 Bewohner im Gau Danzig-Westpreußen in der DVL registriert[257]. Der Umfang und der Zwang der Einschreibung in die DVL im Gau Danzig-Westpreußen sind am ehesten mit der Situation in Oberschlesien vergleichbar, wo im Januar 1944 36% der Bevölkerung der Gruppe III angehörten (in Danzig-Westpreußen zum gleichen Zeitpunkt 44%), im Gegensatz zum Gau Wartheland, wo nach KERSHAW nur 1,5% der 4,4 Millionen Einwohner der dritten Gruppe angehörten[258].

Die Besitzer eines Ausweises der Gruppe III hatten in Danzig-Westpreußen einen ganz anderen Ruf als die so genannten Volksdeutschen in Warschau oder Krakau. Ihr Status, ihre Motivation und ihre Lebenssituation konnten nicht ansatzweise mit der im Generalgouvernement verglichen werden[259]. In letzterem galten sie als die wenigen karriereorientierten,

---

[253] B. CHRZANOWSKI u. B. POLAK, Powrót do ruin czy rejs do ziemi obiecanej?, in: Biuletyn IPN, Nr. 5 (40), Mai 2004, S. 31; s.a.: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER Gdańsk 2005, S. 59.
[254] G. GÓRSKI 1999, S. 30-33; s.a. W. KULESZA, Mój okupacyjny los, in: Pomerania 1975, Nr. 5, S. 20.
[255] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 169; vgl. D. SCHENK 1995, S. 135f.
[256] G. GÓRSKI 1999, S. 31f.
[257] W. JASRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 195.
[258] I. KERSHAW, Arthur Greiser – ein Motor der „Endlösung", in: R. SMELSER, E. SYRING u. R. ZITELMAN (Hrsg.), Die Braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 122; s.a. CZ. MADAJCZYK 1970, S. 414. Zur Eindeutschungspolitik Forsters schrieb Goebbels in seinem Tagebuch am Tag des Besuchs in Danzig und Gotenhafen (22.10.1942): „Forster holt uns in Thorn ab. Ich bespreche mit ihm einige Gaufragen. Es scheint, dass sein Gau außerordentlich gut in Ordnung ist. Das Hauptproblem bei ihm ist die Eindeutschung. Ich nehme bis zum Mittag an einer Sitzung der Eindeutschungskommission in Thorn teil und lasse mir die Fälle, die in Frage stehen, einzeln vorführen. Es handelt sich im großen und ganzen um halbpolnisches Proletariat, das hier in die deutsche Volksliste eingetragen werden soll. Es scheint mir, daß Forster etwas zu großzügig vorgeht. Man darf nicht globale Maßstäbe an diese so außerordentlich wichtige Aktion anlegen. Es ist nicht angängig, dass wir diese unter dem Druck des Krieges beurteilen, denn schließlich und endlich sollen die Menschen, die hier in das deutsche Volkstum aufgenommen werden, ja zusamt ihrer Nachkommenschaft für immer deutsche Reichsbürger werden und bleiben. Man muss also hier doch schon etwas sorgsamer vorgehen, als Forster das vorschlägt.", vgl. E. FRÖHLICH (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II. Diktate 1941-1945, Bd. 6, Okt-Dez 1942, Bearbeitet von H. MEHRINGER, München 1996, S. 164.
[259] vgl. G. HRYCIUK, Polacy we Lwowie 1939-1944. Życie codzienne, Warszawa 2000, S. 379.

mit den Okkupanten kooperierenden Individuen, zumindest unter den übrigen Polen[260]. Noch einmal anders war ihr Status im Wartheland. Der dortige Gauleier Greiser hielt mehr von einer massenhaften Aussiedlung der Polen und Ansiedlungen von Deutschen auf seinem Gebiet als von einer schnellen Germanisierung der vorhandenen Bevölkerung. Die lokale Presse Danzig-Westpreußens wollte mit ihren Berichten die neuen volksdeutschen Mitbürger bestätigen, die das Land stärken sollten:

> „Man hatte niemals davon gehört, dass es in Gotenhafen 5.000 Volksdeutsche gegeben habe, nun seien 5.000 Anträge gestellt worden. Entscheidend sei bei dieser Auslese gewesen, dass jeder Deutsche auch zu seinem Volkstum gestanden hat und nun unter Beweis stellt, dass er ein guter deutscher Kämpfer ist. [...] Es gehe um mehr, als nur darum, dieses Land deutsch zu machen. Deutschland kämpft um den Platz, der ihm gebührt. Hierbei verlange der Führer von jedem einzelnen ganzen Einsatz. Jeder müsse Glaubensträger des Sieges sein und der Glaube heiße: Adolf Hitler.“[261]

Die Einbürgerungsfeste wurden zu den großen propagandistisch-politischen Ereignissen der Stadt. So berichteten im September 1941 die „Danziger Neuesten Nachrichten“:

> „Am 8. September fand die Eindeutschung von etwa 650 Volkszugehörigen statt, die im Bereich der Ortsgruppe Gotenhafen-West ansässig sind. Der Saal des ‘Peter von Danzig’, der für diese Feier von Propagandaleiter Ohl würdig geschmückt war, wurde vom Kameradenschaftswerk der Deutschen Reichsbahn freundlicherweise zur Verfügung gestellt. [...] Kreisleiter Diethelm sprach zu den eingedeutschten Männern und Frauen, die nach einer Bewährungszeit fest in den deutschen Volkskörper aufgenommen werden sollen. Er ermahnte sie, dass sie mit diesem Tage nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten zu übernehmen hätten.”[262]

Natürlich wurde die so hoch gepriesene Zugehörigkeit der Gruppe III-Angehörigen zum Deutschtum nur im Fall eines gleichzeitigen Rekrutierungsgewinns für die Armee annehmbar. Stetiger Nachschub von „Kanonenfutter“ war am wichtigsten, weshalb rassische und völkische Merkmale der Neubürger zweitrangig wurden. In allen anderen Bereichen wurde der Gegensatz von Deutschen und Eingedeutschten jedoch stets unterstrichen. Verschiedenfarbige

[260] K. DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w latach 1939-1945, Reihe S. Kieniewicz (Hrsg.), Dzieje Warszawy, Bd. V, Warszawa 1984, S. 49.
[261] DV, 9.3.1940, Nr. 68, S. 6, „5000 in Gotenhafen beantragen Volkstumsausweise.“
[262] DNN, 11.9.1941, S. 5, „Eindeutschungsfeier in Gotenhafen.”

Personalausweise, getrennte Ladenöffnungszeiten und vieles mehr dienten als Segregationsverfahren zwischen den beiden Gruppen[263].

Die erste Aufgabe der „Neudeutschen" sollte der Dienst in der Armee und an den Fronten sein[264]. Der Bedarf an neuen Rekruten war so groß, dass sogar diejenigen, die ihre DVL-Ausweise noch nicht erhalten hatten, schon zur Front eingezogen wurden[265]. Je länger der Krieg dauerte und je dringender Rekruten gebraucht wurden, desto liberaler gingen die Kommissionen mit den rassischen, gesundheitlichen und völkischen Bedingungen für die Aufnahme auf die Deutsche Volksliste um. Der Widerstand der Rekruten spiegelte sich auch in ihrer massenhaften Flucht in die Wälder wider[266]. Widerstand leistende Polen, die trotzdem keinen Antrag auf Eintragung stellten, wurden nicht selten persönlich zu den Gestapostellen geladen. Die individuell erzwungenen Kontakte mit den Behörden sollten den Widerstand brechen[267]. Einige Berichte deutscher Behörden deuten beispielhaft an, dass die Überprüfung der Zugehörigkeit zum Deutschtum gelegentlich relativ oberflächlich blieb. An den Reichsminister der Justiz wurde über die Situation in Danzig-Westpreußen berichtet:

> „Die große Zahl der vor den Sondergerichten verhandelten Heimtückesachen gegen Angehörige der Gruppe 3 DV. zeigt, dass bei den Eindeutschungen nicht immer mit genügend Vorsicht verfahren wird. Immer wieder werden Widersprüche aus den Kreisen der wirklich volksdeutschen Bevölkerung laut. Vielfach wird darüber geklagt, dass die in Gruppe 3 der Deutschen Volksliste aufgenommen Polen es an der nötigen Zurückhaltung und Bescheidenheit fehlen lassen."[268]

Diese Berichte gehörten jedoch zu den gut gehüteten Informationsquellen. Die Öffentlichkeit wurde mit anderen, den Erfolg betonenden Bildern konfrontiert. In einem Presseartikel, der den Lesern die Angehörigen der dritten Gruppe der Volksliste näherbringen sollte, heißt es:

> „Welche Begeisterungsfähigkeit einer fröhlichen und gesunden Jugend schlägt einem da entgegen, wenn man beispielsweise einmal in Dirschau, Bromberg, Gotenhafen, Graudenz, Thorn und Schwetz oder wie auch sonst die Kreise des befreiten Gebietes im Gau Danzig-Westpreußen heißen mögen, einen NSV-Kindergarten besucht, in denen meistens Kinder der Volksgruppe III sind. Lieder unserer Bewegung und Volkslieder tönen

[263] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 42.
[264] Ebd., S. 111; P. SEMKÓW, Pobór Polaków z Pomorza do Wehrmachtu, in: Biuletyn IPN Nr. 8-9 (67-68), August/September 2006, S. 63-67.
[265] Ebd., S. 171.
[266] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 472f.
[267] Ebd., S. 590.
[268] APG 96/3069, Bl. 17, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 7.12.1942.

uns da entgegen. Kinder, die anfänglich ängstlich und verschüchtert waren, sind schon viel freier und ungezwungener geworden. Sie werden selbstständig erzogen und deutsche Art und deutsche Sitten gelehrt. Kinder sprechen fast fließend Deutsch und in vielen Fällen merkt man ihnen kaum einen fremden Akzent an. [...] Und wieder das gleiche sagen die Ärzte, Volkspflegerinnen und die Hilfsstellenleiterinnen für Mutter und Kind. Man muss in Bromberg, in Gotenhafen oder auch in anderen Kreisen des befreiten Gebietes einmal die Sprechstunde einer Hilfs- und Beratungsstelle für Mutter und Kind miterlebt haben. Wie gern kommen die Mütter der Volksgruppe III mit ihren Kindern, um sich helfen und beraten zu lassen."[269]

In den Berichten für die polnische Exilregierung in London über die Situation der angegliederten polnischen Westgebiete wird mehrfach erwähnt, dass eine große Anzahl polnischer Bewohner Gotenhafens sich nicht in die DVL eintragen ließ. Trotz des mit allen Mitteln ausgeübten Zwangs wurde im Sommer 1943 protokolliert, dass in Gotenhafen immer noch 30.000 Polen mittels Nichteintragung Widerstand leisteten[270]. Ein Bericht von Anfang 1944 nennt gar die Zahl von 36.000 Personen[271]; ein weiterer, dass ungefähr 35% der polnischen Bewohner Gotenhafens keinen Antrag auf Aufnahme gestellt hatten. Dieser Prozentsatz läge auch im Vergleich mit den Städten Graudenz und Thorn relativ hoch[272].

Ethnische Segregation und Grenzziehungen in der Stadt

Den NS-Behörden gelang teilweise sogar eine geographische Trennung der ethnischen Bewohnergruppen Gotenhafens. Oft werden sowohl in deutschen als auch in polnischen Quellen „polnische Viertel" genannt. Sie lagen fern der repräsentativen Straßen des Zentrums mit ihren großen Häusern und hellen Wohnungen, welche für die deutsche Bevölkerung reserviert waren. Die Polen wohnten größtenteils in den Stadtteilen Grabau (Grabówek), Kielau (Chylonia, hier v.a. in der Chylońskastraße, die von polnischen Arbeitern bewohnt wurde), Adlershorst (Orłowo) und Cissau (Cisowa), Alle diese Stadtteile wurden von qualitativ schlechteren Wohnungen und Baracken dominiert[273].

[269] DV, 15.1.1943, Nr. 14, S. 4, „Mütter und Kinder der Volksgruppe III."
[270] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 228; CAW Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II 52.77, Sprawozdanie Nr. 6/42 Kraj w czwartym roku wojny, Bl. 27.
[271] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 515.
[272] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II 52.96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich za okres 12.1943, 1-2.1944, Nr. 10/44, Bl. 10.
[273] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II.52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943, Bl. 15 (Gottschalk); s.a. A. PREYSS, Ogłoszą to syreny, in: Tygodnik Morski, Nr. 12, 22.3.1970.

In der nationalsozialistischen Presse wurden die polnischen Siedlungsteile mit bestimmten Synonymen bzw. festen Ausdrücken belegt: „Elendsquartiere“ ist ein Beispiel dafür, oder auch „Vorstädte aus Bretterbuden und Erdhöhlen“, wo im Gegenteil zum von deutschen Menschen bewohnten Stadtkern nur „arbeitsscheue Elemente und Verbrechergesindel“ wohnten[274]. Im Januar 1940 war im „Danziger Vorposten“ unter dem Titel „30.000 Menschen im Elendsviertel“ zu lesen:

> „Im krassen Gegensatz zu den gewaltigen Steinpalästen in Gotenhafen stehen die brüchigen verkommenen Holzbuden in den Vorstädten der einstigen polnischen Hafenstadt. Grabau, Kielau, Neu-Oblusch und andere Ansiedlungen rund um Gotenhafen sind zum weitaus größten Teil ausgesprochene Elendsviertel.” Die Kriminalität in diesen Gebieten sei ohne Grenzen, was aber mit dem Satz abgetan wurde, dass „die ja in Polen immer in erschreckendem Ausmaße herrschte.”[275]

SZAROTA zitiert ein ähnliches Beispiel für Warschau: Auch dort wurde einem Ort namens Annopol stets symbolisch die Funktion eines Sammelplatzes polnischen Elends zugeschrieben. Artikel über Annopol, „eine Stadt der Baracken und Obdachlosen”, könnten ebenso einige Gotenhafener Siedlungen beschreiben. Des Öfteren wurde betont, dass polnischen Gebieten eine natürliche Kriminalität innewohne und man als Deutscher andererseits stets bereit war, diese Barackengebiete gänzlich zu vernichten, um dadurch das Stadtbild zu verschönern und Sicherheit zu gewährleisten[276].

Die Separation der Polen in der Peripherie von den Deutschen im Zentrum spitzte sich im Laufe des Krieges zu[277]. Aufgrund des allgemeinen Wohnungsmangels definierten die Umsiedlungsbehörden den Stadtkern immer großzügiger, so dass schließlich auch ehemals periphere Gebiete als Teile des Zentrums dargestellt wurden. Nachdem die Polen immer weiter nach außen umgesiedelt wurden, bezogen Deutsche auch Wohnungen, die nicht mehr unbedingt in Zentrumsnähe lagen.

Das Stadtgebiet wurde in für Deutsche betretbare und für Polen bestimmte Sektoren aufgeteilt. Die für Polen gestattete Fläche und für sie geöffneten Einrichtungen der Stadt wurden eindeutig begrenzt und deutlich gekennzeichnet. So durfte der Strand von ihnen bei-

[274] DV, 11.1.1940, Nr. 10, S. 5, „Gotenhafen und rund herum: Preistreiber am Pranger – Die Polizei macht dem polnischen Verbrechertum ein Ende.“
[275] DV, 28.1.1940, Nr. 27, S. 7, „Gotenhafen und rund herum: 30 000 Menschen im Elendsviertel...”
[276] T. SZAROTA 1973, S. 172.
[277] vgl. A. CHWALBA, Dzieje Krakowa, Kraków w latach 1939-1945, in J. BIENIARZOWNA u. J.M. MAŁECKI (Hrsg.): Reihe Dzieje Krakowa, Bd. 5, Kraków 2002, S. 68.

spielsweise nicht betreten werden[278]. Eine Trennung erfolgte ebenso auf Bahnhöfen und in Zügen. An einem einzelnen Waggon jedes Zuges wurde eine Tafel aufgehängt, auf der „Polen zugelassen“ stand[279]. Auf den Bahnhöfen wurden Polen nur in Warteräume der dritten Klasse gelassen, während außen an den Warteräumen der ersten Klasse „nur für Deutsche“ angeschlagen war. Die Warteräume für Polen sollen, zumindest in anderen Teilen Polens, ungepflegt, dreckig und vermüllt gewesen sein[280].

Kultur-, Bildungs- und Sportangebote waren ausschließlich auf die deutsche Bevölkerung ausgerichtet. Die Beschreibung des Halbesjahresarbeitsprogramms der Volksbildungsstätte Gotenhafen für den Winter 1940/1941, welche die Aufgabe wahrnahm, den deutschen Volksgenossen geistige und politisch-weltanschauliche Erkenntnisse des nationalsozialistischen Zeitalters näher zu bringen, wies ausdrücklich darauf hin, dass Juden und Polen der Zutritt zu ihren Veranstaltungen streng verboten war[281]. Polen durften sich nicht in Hotels aufhalten und wurden aus bestimmten Lokalen und Restaurants gewiesen. Auch Konditoreien und spezielle Läden waren für die polnische Bevölkerung verboten, was zeitgenössischen Quellen zufolge regelmäßig „durch die Hintertüre“ und „unauffällig“ umgangen wurde[282]. Auch Orte, die theoretisch von beiden Gruppen benutzt werden durften, wurden durch zeitliche Zulassungsbegrenzungen praktisch nur getrennt aufgesucht. So konnten Polen auf den Märkten der Stadt zwar Obst und Gemüse einkaufen, jedoch erst nach 14 Uhr. In der Praxis bedeutete das, dass sie mit leeren Händen heimkehren mussten, da zu dieser Uhrzeit nichts mehr auf den Märkten vorhanden war[283]. Die polnische Bevölkerung hatte der deutschen Gehorsam und Respekt entgegen zu bringen. Auf der Straße hatten Polen allen deutschen Amtsträgern „die Bürgersteige bei Überfüllung frei zu machen“[284]. In Gruppen auf der Straße zu stehen war den Polen verboten.

---

[278] Bibliothek des Museums der Stadt Gdingen, R.tot.I/201/10, Foto einer Verbotstafel: „Baden und Benutzung des Strandes für Polen verboten. Gegen Zuwiderhandeln hat jeder Deutsche das Recht für Selbsthilfe“, unterschrieben durch den Oberbürgermeister.
[279] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943. Bl. 27 (Gottschalk).
[280] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II 52.150, Codzienne życie w kraju. Szkic dla skoczków. Do września 1941, Bl. 10.
[281] Volks- Bildungsstätte Gotenhafen. Arbeitsplan Winter 1940/1941, Kraft durch Freude, Abt/Deutsches Volksbildungswerk. Kreisdienststelle Zoppot-Gotenhafen. S. 2.
[282] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II.52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943, Bl. 24 (Wasilewski).
[283] Ebd., Bl. 21 (Gottschalk).
[284] H.-Ch. HARTEN, De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939-1945, Frankfurt/Main 1996, S. 91.

Die deutsche Sprache wurde zum „Passierschein“ in der Stadt. Wer die Sprache beherrschte, konnte sich relativ ungehindert bewegen[285]. Eine Ausnahme bildete der Hafen, wo der Personenverkehr stark kontrolliert wurde. Polnisch durfte auf den Straßen nicht gesprochen werden[286]. Die polnische Sprache hatte aus den Straßen und aus dem Stadtbild zu verschwinden: Straßen- und Ladenschilder, polnische Bücher, Zeitungen und alles was zur polnischen Kultur gehörte, wurde aus dem öffentlichen Leben getilgt. Polnisch durfte nicht mehr existieren, weder in Ämtern noch in der Schule noch in der Kirche[287]. Zur Strafe für eine Missachtung dieser Anordnung wurden Polen in nicht wenigen Fällen öffentlich auf der Straße ins Gesicht geschlagen[288]. Das rassenpolitische Amt unterstrich in einer Anordnung diese Politik noch einmal:

> „Die Amtssprache von allen Behörden, auch vor Gericht, ist ausschließlich Deutsch. Polnisch wird in keinem Fall mehr zugelassen. Auch schriftliche Gesuche an Behörden sind in deutscher Sprache zu richten, sonst dürfen sie nicht beachtet werden. Die Geschäfts- und Verkehrssprache muss allein deutsch sein.“[289]

Der Posener Gauleiter Greiser begründete die Separation in einer Schrift folgendermaßen:

> „Es ist nicht nur eine Frage der Vergeltung, wenn man den Abstand diesem Volk gegenüber predigt, sondern eine völkische und politische Lebensfrage, für die das polnische Volk in Anbetracht seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung nicht verlangen kann, vor der Geschichte gleichwertig neben das deutsche Volk gestellt zu werden. Seine Geschichte beweist, dass es jederzeit unfähig gewesen ist, eine große politische Leistung hervorzubringen, die darin ihren Höhepunkt hätte finden müssen, einen starken Staat aufzubauen und diesen Staat zu erhalten. Der Staat ist immer wieder zugrundegegangen. Im übrigen muss man dieses Volk auch aus eigener Anschauung kennen, um es richtig beurteilen zu können. Es hat eine andere Haltung als wir. [...] Der Pole hat eine andere Mentalität, selbst wenn er von sich aus den Willen zu einer gewissen Anständigkeit erkennen lässt. Er wird nur so lange anständig sein, wie er von uns hart und gerecht

[285] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza, II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943, Bl. 24 (Gottschalk).
[286] Ebd., Bl. 31 (Kosobucki).
[287] BArch R 49/75, Die Frage der Behandlung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, Berlin, 25.11.1939; s.a. K. CIECHANOWSKI, Zakaz używania języka polskiego na Pomorzu w latach okupacji hitlerowskiej, in: Stutthof. Zeszyty Muzeum, Nr. 2, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1977, S. 77-79.
[288] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 411.
[289] BArch R 49/75, Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, Berlin, 25.11.1939.

behandelt wird. Für den Polen ist es die höchste Genugtuung, die höchste Potenz der Gefühle, wenn er sich besaufen und überfressen kann wie ein Tier.“[290]

Vielleicht eine der schmerzhaftesten Verordnungen zur „Vernichtung des Polnischen“ war jene, die durch die NS-Regierung für das Kirchenwesen im gesamten Gau eingeführt wurde. Der traditionell aktiv katholischen polnischen Bevölkerung wurde auch ihr geistlicher Zufluchtsort, die Kirche, genommen[291]. Zunächst wurden die Kirchen geschlossen, und nachdem „das Vermögen der katholischen Kirche und ihrer Ordengesellschaften in besetztem Gebiet“ fest- und sichergestellt worden war[292], konnte ein Teil wieder eröffnet werden, allerdings mit grundlegenden Änderungen für die polnischen Gläubigen (die wohl bekannteste Kirche in Gdingen, direkt an der damaligen Adolf-Hitler-Straße, wurde beispielsweise der Evangelischen Kirchengemeinde Gotenhafen übergeben[293]). Zwar durften sie die Kirchengebäude weiterhin betreten und an den seltener und unregelmäßiger als zuvor statt findenen Messen teilnehmen. Allerdings wurden sowohl das Interieur der Kirchen (polnische Kirchenfahnen, Gebetsbücher, Anschriften) als auch die Inhalte der Gottesdienste („Kirchenlieder, Predigte, Terminansage, Beichte werden nur auf deutsch durchgeführt“[294]) des Polnischen beraubt[295]. Die polnischen Pfarrer wurden in der Mehrheit in Konzentrationslager gesperrt oder in Massenerschießungen ermordet. Für die verbliebenen Polen und in die DVL Aufgenommenen war es sicherlich wenig verständlich, dass sie ihre Beichte in der fremden Sprache absolvieren mussten. Lediglich Beichten am Sterbebett wurden noch in polnischer Sprache akzeptiert[296]. Wer kein Deutsch sprechen konnte, konnte zu Hause auf einem Formular alle begangenen Sünden auflisten und dabei die Hilfe von jemandem in Anspruch nehmen, der der Sprache mächtig war. Nach Abgabe dieses Formulars bei der Beichte konnte ihm dann so die Absolution erteilt werden[297].

Eine weitere Dimension der Trennung zwischen polnischer und deutscher bzw. volksdeutscher Bevölkerung bewirkten die neue Strafprozessordnung und Passagen des zum

---

[290] A. GREISER, Der Aufbau im Osten, Reihe Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Jena 1942, S. 8.
[291] J. LUBICZ. u. J. WOLIŃSKI, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec wyznań religijnych w Polsce 1939-1945, in: BGKBZH w Polsce, Nr. XI, 1957, Warszawa 1957, S. 79; zur Situation der Kirche auf dem Gebiet der eingegliederten Gebiete vgl. J. SZILING, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec Kościoła katolickiego 1939-1945. Tzw. okręgi Rzeszy: Gdańsk-Prusy Zachodne, Kraj Warty i rejencja katowicka, Poznań 1970; J. WIĘCKOWIAK 2000, S. 214ff.
[292] APG-Gdynia 650/1682, Oberbürgermeister Gotenhafen, Kościoły w Gotenhafen – likwidacja, Bl. 9, Schreiben Huths an Dr. Hawranke vom 13.10.1939; APG-Gdynia 650/1682, Aktenvermerk vom 10.6.1940.
[293] APG-Gdynia 650/1682, Aktenvermerk vom 29.11.1939.
[294] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 116.
[295] J. LUBICZ u. J. WOLIŃSKI 1957, S. 93f.
[296] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 116.
[297] CAW Warszawa Oddz. VI. Szt. Gł. Nacz. Wodza. II. 52.75, Sprawozdania za I. kwartał 1942, Teil II, Bl. 59.

6.6.1940 neu eingeführten Strafgesetzbuches, in dem nun mit der Todesstrafe belegte Delikte nicht mehr für Deutsche, sondern v.a. für Polen galten. Die am 4.12.1941 herausgegebene Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden bestätigte den rechtlichen Sonderstatus dieser beiden Gruppen, der in einer Art „Sonderrecht" ihre Schutzlosigkeit im juristischen Sinne bedeutete[298]. Sondergerichte, die Strafen gegen Polen verhängten, wurden, der Formulierung SCHENKS folgend, „zum Teil der Mordmaschinerie". Oberlandesgerichtspräsident Wohler erklärte im Zusammenhang mit einem gegen einen Polen wegen Schwarzschlachtens verhängten Todesurteils: „Wer im Volkstumskampf des Ostens groß geworden ist, weiß, dass der Pole anders zu behandeln ist als der Deutsche."[299]

Die Politik der Abgrenzung, der Unterscheidung zwischen Völkern und ihren „angeborenen" Ungleichheiten sowie ihren verschiedenen Werten, war in allen Lebensbereichen präsent. Überall wurden die Vorteile der deutschen und die Minderwertigkeit der polnischen Gesellschaft unterstrichen und bewusst gemacht. Der deutsche Teil der Bevölkerung rückte ins Licht hinauf und hatte per se einen Führungsanspruch, der polnische wurde in den Schatten verwiesen und erfüllte vor allem die Funktion eines Reservoirs an Arbeitskräften[300]. Die deutsche Bevölkerung hatte bessere Essens- und Kleiderkarten, ebenso waren Ansprüche auf Beihilfen und besondere Rechte in Arbeitsverhältnissen nur ihnen vorbehalten[301]. Die Polen durften nur einen Bruchteil der deutschen Löhne verdienen und auch keinen Geschäfts- oder Grundbesitz haben[302]. Zur Förderung des Zusammenhalts und des Erblühens des nationalsozialistischen Geistes hatte die deutsche Gemeinschaft eigene Feste, Defilées und Kundgebungen. Die Kinder und Jugendlichen wurden propagandistisch geschult und wuchsen unter den Fittichen der nationalsozialistischen Organisationen auf.

---

[298] H. SCHLÜTER, „...für die Menschlichkeit im Strafmaß bekannt..." Das Sondergericht Litzmannstadt und sein Vorsitzender Richter, Reihe Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen Bd. 14, Düsseldorf 2006, S. 44-46; siehe auch in gleicher Arbeit über die sog. Sondergerichte S. 46ff., zum Sondergericht Danzig S. 85; B. CHRZANOWSKI u. A. GĄSIOROWSKI, Pomorze w świetle dokumentów Delegatury Rządu RP na Kraj, in: Stutthof. Zeszyty Muzeum, Heft 8, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1987, S. 23, Dokument Nr. 15, Sign. 202/IV-1, Departament Sprawiedliwości, 1942.

[299] D. SCHENK 1995, S. 169.

[300] „Um den deutschen Führungsanspruch sicherzustellen, sind einströmende deutsche Kräfte in erster Linie dorthin zu lenken, wo leitende und verantwortliche Posten zu besetzen sind, da eine völlige Eindeutschung unter Wahrung einer entwicklungsnotwendigen Mindestbevölkerungsdichte während relativ kurzer Zeit nicht möglich sein wird. Auch muss davon ausgegangen werden, dass auf die polnischen Arbeitskräfte – zumindest während der Aufbauzeit – nicht verzichtet werden kann.", vgl. K. WEBER, Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrum im deutschen Osten, Jena 1943, Reihe Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, S. 13f.

[301] APG-Gdynia 218/9, Oberfischmeisteramt Gotenhafen, Unfallverhütung, Lohnrechnungen. Bestimmungen für die eingegliederten Ostgebiete, Abschrift aus dem Verordnungsblatt des Reichsstatthalters in Danzig/Westpreußen vom 31.7.1940, Nr. 43, S. 527 „Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der Polen" vom 24.7.1940.

[302] BArch R 49/75 „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete..."

Gotenhafen soll insgesamt äußerlich, ähnlich wie Graudenz, Thorn und Bromberg, in seiner Erscheinung sehr deutsch gewirkt haben. Gleichzeitig war in den polnischen Siedlungen an den Stadträndern, so in Bromberg beispielsweise im Viertel Szwederowo und in Gotenhafen in Chylonia (Kielau) und Grabówek (Grabau), fast ausschließlich die polnische Sprache zu hören[303]. Diese Wahrnehmung Gotenhafens als deutsch wirkende Stadt lässt also vermuten, dass die Polen im Stadtbild viel unscheinbarer waren als die Deutschen. Da die polnische Sprache verboten war und die Polen u.a. wegen der beschränkten Einkaufszeiten nur zu bestimmten Tageszeiten auf die Straßen gingen, nahmen sie die Rolle beinahe „unsichtbarer Einwohner" ein. Deutsche, vor allem Angehörige verschiedener Behörden, der Marine und des Militärs, Bahnbeamte und nicht zuletzt jugendliche Angehörige der HJ oder des BDM waren mit ihren Uniformen und Begrüßungsritualen eindeutig identifizierbar. Die muss tatsächlich den äußerlichen Eindruck vermittelt haben, die Stadt sei ein unbestreitbarer Teil des Deutschen Reiches[304].

Sonderstellung der Kaschuben

Zur Fortführung der Spaltungspolitik gehörte im Gau Danzig-Westpreußen auch die Ausgrenzung der Kaschuben aus der polnischen Gruppe. Als „prägermanisches Volk" standen sie demnach angeblich auf einer anderen Seite als die Polen. „In Westpreußen siedeln geschlossen die etwa 200-300.000 Kaschuben. Sie sind keine Polen; ihre westslawische Mundart ist von der polnischen Sprache erheblich verschieden."[305] Himmler vertrat die Meinung, dass sie auf dem Gebiet des Gaues verbleiben sollten, jedoch als „Aussortierte aus der polnischen Gemeinschaft"[306]. Gerne wurden sie in der NS-Publizistik als einzige „Ureinwohner" Gotenhafen dargestellt, denen von der polnischen Regierung durch Ansiedlung von 120.000 Fremden aus ganz Polen der Boden unter den Füßen weggezogen worden war[307].

Die Gruppe der Kaschuben wird in den polnischen Quellen als patriotisch beschrieben; sie sollen sich heftig gegen die Aufnahme in die DVL gewehrt haben[308]. Bei der Bevölkerungszählung Anfang Dezember 1939 wurden 188.000 Personen registriert, die Kaschubisch als Muttersprache angaben. Davon gaben 100.000 Personen polnische und 7.000 deutsche Staatsangehörigkeit an. 81.000 ordneten sich selbst der kaschubischen Volksgruppe

[303] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 115.
[304] A. CHWALBA 2002, S. 84.
[305] BArch R 49/75, „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete..."
[306] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 370 u. 399.
[307] W. RECKE, Westpreußen, der Schicksalsraum des deutschen Ostens. Aus der Geschichte des Reichsgaues Danzig-Westpreußen, Danzig 1940, S. 10.
[308] Ebd., S. 13.

zu[309]. Die damaligen polnischen Beobachter beurteilten die Kaschuben als dem Okkupanten gegenüber mehrheitlich polnisch-patriotisch handelnde Volksgruppe[310].

Die Gruppe der Ukrainer und Weißrussen

Eine weitere, leider nicht quantifizierbare Bevölkerungsgruppe in Gotenhafen bildeten die Ukrainer. Quellen belegen die Existenz einer Filiale der Ukrainischen Nationalen Vereinigung e.V. (U.N.O.) in Gotenhafen mit einem Vereinslokal in der Horst-Wessel-Straße 45[311]. Offizielle Tätigkeitsnachweise finden sich in den Anträgen der Mitglieder dieser Vereinigung auf Durchführung von Deutschkursen. Außerdem wissen wir vom „Stützpunkt der Weißruthenischen Vertrauensstelle in Deutschland mit Sitz in Gotenhafen", der ein Lokal in der Horst-Wessel-Str. 10 (polnisch: ul. Abrahama) bezog. Seine Aufgabe war „die Betreuung der in Gotenhafen und Umgebung ansässigen Weissruthenen." Zum Leiter des Stützpunktes wurde „Iwan Jalynski, geb. am 18.8.1893 in Lidzianka Kreis Troki" ernannt[312].

Die Gruppe der Ukrainer und Weissruthenen wurde für die städtischen Behörden bald zu einem Problem, da ihre Angehörigen trotz der allgemeinen Knappheit an Bausubstanz in den guten Wohnungen verblieben. So erläutert Schulrat George in einem Brief an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS/SD Sonderreferat Gotenhafen seine Meinung, dass ein Teil derer, die früher zum polnischen Volkstum gehörten, „in der Eindeutschungszeit der vergangenen zwei Jahre sich plötzlich als Weißrussen, Ukrainer und Ruthener ausgeben und uns die verschiedenartigsten Ausweise von Gruppen und Grüppchen und angeblichen Organisationen vorlegen."[313]

Darstellung der polnischen Bevölkerung in der NS-Presse

Den Kriminal-Chroniken der NS-Presse zufolge war Gotenhafen eine gefährliche Stadt. Angeblich musste man jeden Tag um sein Leben fürchten. Immer wieder entdeckte die deutsche Polizei „polnische Banden", Diebe, Einbrecher und Waffenbesitzer, sogar ganze Gruppen von Schwerverbrechern, die in der Stadt und ihrer Umgebung ihr Unwesen getrieben haben sollen.

[309] CZ. MADAJCZYK 1970, S. 397.
[310] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 171.
[311] APG 140/2, Schulamt Gotenhafen, Stosunki nauczycielstwa i uczniów w szkołach regionu Gdynia-Sopot, materiał statystyczny. Schreiben der Ukrainischen Nationalen Vereinigung e.V. (U.N.O.) Filiale Gotenhafen an Schulrat George vom 2.1.1941.
[312] AOBG, 9.12.1943, Nr. 23, „Stützpunktleiter der Weissruthenischen Vertrauensstelle in Gotenhafen."
[313] APG 1039/7, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen, Wysiedlanie Ukraińców, Białorusinów, Rusinów z mieszkań przy ul. Świetojańskiej 139, Bl. 21, Schreiben Starks und Georges an den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD Sonderreferat Gotenhafen vom 13.5.1943.

Nach Darstellung der Presse sind in Gotenhafen zahlreiche Polen verblieben, die fast allesamt zu Banden oder Gruppen von Verbrechern gehörten. Die Darstellung der Polen als, mit wenigen Ausnahmen, nichts als Verbrecher war in den annektierten Gebieten allgegenwärtig. „Dies ist eine der Methoden, dem unkritischen deutschen Leser das polnische Untermenschentum und die deutsche moralische und kulturelle Überlegenheit zu beweisen", war in den polnischen Berichten zu lesen[314].

Die polnischen Verbrecher vollbrachten angeblich ihre Untaten mit Hilfe von Banden in dunklen Gassen, Kellern und Hinterräumen. Die von Polen bewohnten Elendsquartiere sollen „alle arbeitsscheuen Elemente und das Verbrechergesindel" beheimatet haben, die in ihrer „Unbelehrbarkeit" „versucht [haben], durch Diebstahl, Plünderungen, oder Raub sich zu ernähren oder durch Betrug sich doch noch den Weg zu Wohlstand und Reichtum zu erleichtern."[315] Gerne wurden Ausdrücke wie „ein typischer Vertreter polnischen Untermenschentums" benutzt[316]. Die am häufigsten genannten Verbrechen waren Plünderung, Waffenbesitz, Eisenbahndiebstähle, Schwarzschlachtung, Hehlerei und Schleichhandel.

Beispiele für Überschriften solcher Presseartikel:

- „Schleichhändler, jugendliche Verbrecher und Meister ihres Fachs hinter schwedischen Gardinen"
- „Kongresspole Josef Marczak. Ein Verbrecher von reinstem Wasser"[317]
- „Zuchthaus für polnischen Dieb"[318]
- „Polnische Brüder zum Tode verurteilt. Nächtliche Diebesfahrten unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse"[319]
- „Schwerverbrecher zum Tode verurteilt. Weitere Schwerverbrecher erhielten hohe Zuchthausstrafen – Gefährliche Einbrecherbande aus Gotenhafen unschädlich gemacht"[320]
- „Plünderin hingerichtet. Desgleichen drei zum Tode verurteilte Polen" („wegen unerlaubten Waffenbesitzes auf Grund der Polenstrafverordnung zum Tode verurteilt"[321])

[314] CAW Oddz.VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.75, Sprawozdanie za I. kwartał 1942, Teil II, Bl. 64 (Übersetzung MS); vgl. ähnliche Situation z.B. im besetzten Lodz in: P. KLEIN, 2009, S. 26.
[315] DV, 11.1.1940, Nr. 10, S. 5, „Gotenhafen und rund herum: Preistreiber am Pranger – Die Polizei macht dem polnischen Verbrechertum ein Ende."
[316] DNN, 3.11.1942, Nr. 258, S. 3, „Polnischer Gewohnheitsverbrecher wurde zum Tode verurteilt"; s.a. DNN, 28.12.1942, Nr. 278, S. 4, „Polnischer Gewohnheitsverbrecher zum Tode verurteilt."
[317] DV, 12.1.1940, Nr. 11, „Gotenhafen und rund herum: Schleichhändler, jugendliche Verbrecher und Meister ihres Fachs hinter schwedischen Gardinen."
[318] DNN, 15.11.1940, Nr. 270, S. 5, „Zuchthaus für polnischen Dieb."
[319] DV, 22.8.1944, Nr. 230, S. 3, „Polnische Brüder zum Tode verurteilt. Nächtliche Diebesfahrten unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse."
[320] DV, 9.7.1940, Nr. 186, S. 6, „Vor dem Sondergericht. Schwerverbrecher zum Tode verurteilt. Weitere Schwerverbrecher erhielten hohe Zuchthausstrafen – Gefährliche Einbrecherbande aus Gotenhafen unschädlich gemacht."
[321] DV, 21.8.1942, Nr. 231, S. 4, „Plünderin hingerichtet. Desgleichen drei zum Tode verurteilte Polen."

- „Einbrecherbande unschädlich gemacht. Polnische Gewohnheitsverbrecher zum Tode verurteilt“[322]
- „Bei ihr konnte man alles haben. Schleichhandelstauschzentrale unschädlich gemacht“[323]
- „Todesstrafe für Eisenbahndieb. Diebeslager in Kielau ausgehoben“[324]
- „Eine jüdische Kupplerin erhielt zwei Jahre Straflager“: „Unter der schweren Anklage der Kupplerei und der Begünstigung hatte sich die 48 Jahre alte Jüdin Tamara B[...] aus Gotenhafen vor dem Danziger Sondergericht zu verantworten. Die Angeklagte ist eine echte Sarah. Aber sie bestreitet entschieden, eine Jüdin zu sein. [...] 1937 kam sie nun nach Gotenhafen. Bekannte sollen ihr den Rat gegeben haben, dass man durch Zimmervermieten viel Geld verdienen könnte. Und Geld spielt bei ihr, wie bei allen Juden, die größte Rolle. Es mag sein, dass Tamara B. zuerst auf eine Art, die nicht zu beanstanden war, Zimmer vermietet hat. Aber dann kam sie auf den Gedanken, Zimmer tageweise zu vermieten, weil dabei mehr zu verdienen war. [...] Allmählich war in Gotenhafen bekannt geworden, dass bei der B. Zimmer zu haben seien und dass es nicht so genau darauf ankomme, ob ein Pärchen verheiratet war oder nicht. Damit hatte sie sich der wiederholten schweren Kuppelei schuldig gemacht, darüber hinaus auch noch der Begünstigung. Sie hatte einem von der Kriminalpolizei gesuchten polnischen Eisenbahnräuber Unterkunft gewährt.“[325]

Trotz der sehr einseitigen, polenfeindlichen und hasserfüllten Darstellungen der NS-Presse muss festgehalten werden, dass auch für die polnische Gesellschaft aufgrund der Schwierigkeiten des alltäglichen Lebens sowie des Fehlens eindeutiger moralischer Gesellschaftsnormen während der Okkupation vermutlich eine erhöhte Kriminalitätsrate wahrzunehmen war. JAN GROSS machte in seiner Beschreibung des polnischen Alltags im Generalgouvernement beispielsweise anhand der Arbeitsweise der dort lebenden Polen bewusst, wie sehr sich die

[322] DV, 31.7.1944, Nr. 209, S. 3, „Einbrecherbande unschädlich gemacht. Polnische Gewohnheitsverbrecher zum Tode verurteilt.“
[323] DV, 15.8.1943, Nr. 223, S. 3, „Bei ihr konnte man alles haben.“
[324] DNN, 4.6.1943, Nr. 129, S. 5, „Todesstrafe für Eisenbahndieb. Diebeslager in Kielau ausgehoben“; DV, 3.6.1943, Nr. 151, S. 3, „Ein Diebeslager ausgehoben. Eines der größten Eisenbahnverbrechen – Auf Todesstrafe erkannt“; s.a. einen internen Bericht über „Eisenbahnverbrecher“ in Warschau: „In der Gegend von Warschau gingen die polnischen Lokomotivführer in ihrer Unverschämtheit noch einen Schritt weiter und verkauften die Kohle vom Tender weg an die Bevölkerung. Dieses ‚Handelsgeschäft’ war so gut organisiert, dass bei Einfahrt des Zuges in den Vorortbahnhöfen die Frauen und Kinder mit Säcken, Taschen und Schlitten bereits Schlange standen, um die Ware in Empfang zu nehmen. Diese Neuerscheinung im polnischen Sündenregister wurde von der SS-Begleitschaft allerdings bald entdeckt, dann genügten bei Einfahrt des Zuges in den Bahnhof einige Schreckschüsse in die Luft, um die wartende ‚Kundschaft’ blitzartig auseinanderstieben zu lassen. Dass gestohlen wurde, was nicht niet- und nagelfest war, ist bei der bekannten Vorliebe der Polen zu dieser Art von Beschäftigung, selbstverständlich. Erleichtert wurde ihnen diese Tätigkeit durch das langsame Tempo der Züge, speziell im Warschauer Bahnhofgelände“, vgl. BArch, R 49/3055, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes bei der Umsiedlung 1940-1942, Bl. 13, Großeinsatz Osten, Generalbericht der Sonderbereitschaft Honisch.
[325] DNN, 29.7.1942, Nr. 175, S. 5, „Eine jüdische Kupplerin erhielt zwei Jahre Straflager.“

bisher vorherrschenden Werte in ihrer Interpretation und Bedeutung veränderten. Die in der Vorkriegszeit so geschätzte solide Leistung am Arbeitsplatz verlor an Bedeutung, darüber hinaus konnte sie in dieser neuen Wirklichkeit gar für eine Kollaboration mit dem Feind gehalten werden. Wichtig war es jetzt, dem Okkupanten möglichst wenig der eigenen Kräfte und Arbeitsleistung abzugeben: „Schildkröten-Arbeit“ wurde zum Signalwort der Kriegsgeneration.

Und so richtig dieses Handeln nach menschlicher Urteilskraft war, so schwerwiegend waren seine Konsequenzen auf lange Sicht für die neue Realität nach dem Krieg, denn die Rückkehr zu den Werten und dem Handeln der Friedenszeiten fiel oftmals nicht leicht[326]. Was in einem friedlichen Rechtsstaat eindeutig als Vergehen oder Straftat galt, diente in der Zeit der Okkupation und der gewaltsamen Unterwerfung dem Selbsterhalt – sowohl in physischem wie vielleicht auch in psychischem Sinn. Schwarzschlachtungen, Diebstahl, Schwarzhandel und sogar Raubüberfälle und vergleichbare Vorfälle trugen nicht nur dazu bei, sich vor Hunger und Kälte zu schützen, sondern waren auch Handlungen gegen die „neue Ordnung“ und dienten damit dem Erhalt der seelischen Unabhängigkeit. Der immer länger andauernde Krieg verstärkte die gesellschaftliche Demoralisierung und führte entweder zu einer Werteanarchie oder zu einer spezifischen Hierarchisierung kriegerischer Werte, in der der heroische Kampf gegen den Okkupanten und der moralische Verfall manchmal nicht weit voneinander entfernt lagen. Nicht zuletzt gehört es zu den Volksweisheiten, dass in den schweren Zeiten gebrochenen moralischen Halts das Unmoralische und Verbrecherische umso leichteren Zugang in die Öffentlichkeit findet.

Einen besonders demoralisierenden Einfluss hatten die Okkupationszustände auf die junge polnische Generation. Die Anarchie des Krieges, das Auf-sich-selbst-gestellt-Sein, das Fehlen der wichtigsten Bezugs- und Autoritätspersonen wie Väter, ältere Brüder oder Lehrer, die Beraubung der normalen Kindheit und die vorzeitige Übernahme von Pflichten von Erwachsenen und die Sorge für die Familie, der von normalem Wissen und Anstandsanerziehung in der Schule unbeeinflusste Alltag und letztendlich die ständige Gegenwart von Grausamkeit und Tod müssen bei vielen zur Desintegration und Degradation früherer moralischer Gebote geführt haben. Krieg und Okkupation, die schon bei reifen Erwachsenen tiefe Risse in der Persönlichkeit hinterließen, bildeten für die Kinder und Jugendlichen eine noch größere

[326] „Taking care of one’s needs in these days meant absenteeism, working at slow pace, moonlighting, and finally, stealing. These activities did not seem wrong; one was simply compensating for the ridiculous wages and exproprations, and the underground itself called for a ‘turtle’ work pace. People with ethical doubts could consider that all the means of production had, after all, been stolen from them by the Germans, so that they were simply ‘expropriating the expropriators’. To whom did things rightfully belong? The line between reclaiming one’s own goods and stealing other’s war blurred.”, vgl. J.T. GROSS, Polish society under German occupation. The Generalgouvernement 1939-1944, Princeton 1979, S. 114.

Herausforderung beim Aufrechterhalt ihrer bisherigen, aus Friedenszeiten stammenden Wertehierarchie[327].

Kontakte und Konflikte zwischen polnischer und deutscher Bevölkerung

Die rassische Trennung erlaubte nur unverzichtbare Kontakte zwischen den ethnischen Gruppen. Die deutsche Bevölkerung, ob Reichsdeutsche, neu angesiedelte Volksdeutsche aus den östlichen Ecken Europas, sogar Vertreter der dritten Gruppe der DVL wurden mit der von den Behörden betriebenen „Rassenpflege" konfrontiert. Private Kontakte und Besuche wurden mit schweren Strafen belegt, ganz zu schweigen von Kontakten zwischen Männern und Frauen verschiedener „Rassen". In Gotenhafen wurde für die deutschen Marinesoldaten ein Bordell eröffnet, wo die Bürokratie nicht nur die benötigten Meter Gardinen, die Menge an Bettwäsche und die Anzahl der Damen vorschrieb, sondern auch den Einsatz polnischer Prostituierter untersagte[328].

Vereinzelte Informationen über Kontakte und die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Polen und Deutschen finden sich sehr zerstreut und sind im Archivmaterial schwer auffindbar. Nur einzelne Sätze bestätigen Kontakte oder Stimmungen. In einem Bericht an die polnische Exilregierung wird beispielsweise über die deutschen Frauen berichtet, die vor allem in Läden, Straßenbahnen, an Bahnhöfen usw. grob und abweisend mit Polen umgingen. Sie sollen gerne gestritten und unbeirrt auf ihre Vorrechte als Deutsche hingewiesen haben[329]. Ein anschauliches Dokument wurde mit großer Besorgnis an die Einwandererzentralestelle Nordost Zweigstelle Gotenhafen geschickt:

> „Pfarrer Schwarz, wohnhaft in Gotenhaven, Adolf-Hitlerstr. 108, Wohnung 8, teilte heute um 12 Uhr mit, dass die Polen in seinem Stadtteil, etwa von der Hermann Göringstr. in Richtung der Stadtverwaltung hin, seit gestern Nachmittag eine außerordentlich laute und herausfordernde Haltung annehmen. Dieser auffallende Stimmungsumschwung unter der polnischen Bevölkerung weckt in ihm und den anderen Baltendeutschen Befürchtungen im Hinblick auf ihre Sicherheit. Der Sohn des im gleichen Hause, Wohnung Nr. 2, wohnenden Baltendeutschen Woldemar Berg, aus Dorpat, wurde von einem polnischen Jungen mit einem Steinwurf am Kopf ernstlich verletzt. Dem Vernehmen nach führt die Polizei zwar eine Untersuchung, greift jedoch nicht energisch genug durch."[330]

[327] vgl. J.T. GROSS 1979, S. 167ff.
[328] vgl. A. CHWALBA 2002, S. 62.
[329] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 535.
[330] BArch R 69/490, Bl. 52, Aktenvermerk adressiert an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD sowie den Leiter der Einwanderzentralstelle Nordost – Zweigstelle Gotenhafen vom 3.11.1939.

Bereits aus den wenigen Quellen zu Kontakten lässt sich herauslesen, dass die Art der Kontakte und die gegenseitige Wahrnehmung keinesfalls konstant blieben. Je schlechter die deutsche Situation an der Front aussah, desto vorsichtiger und respektvoller scheint sich der Umgang der deutschen Bevölkerung mit den Polen auf privater Ebene entwickelt zu haben, wenngleich allgemeine Anordnungen von Parteistellen nichts an Härte und moralisch-politischer Überzeugung verloren[331].

Auch die Polen zeigten angesichts der militärischen Misserfolge Deutschlands ihre Feindschaft gegen den deutschen Okkupanten offener. Mit „unverhohlener Freude" sollen die Polen in Danzig-Westpreußen auf die Entwicklungen der deutschen Lage reagiert haben[332]. In den polnischen Berichten findet sich die Information, dass Polen, die noch im März 1942 Anträge auf Eintragung in die Deutsche Volksliste gestellt hatten, sich ein Jahr später weigerten, die Ausweise anzunehmen. Viele Polen sollen auch während der Prüfungen, denen sie sich im Zusammenhang mit der Aufnahme auf die DVL unterziehen mussten, Zusammenhänge und Verbindungen mit Deutschtum energisch verneint haben. Ab dem Jahr 1943 sollen die Polen auch immer mutiger die polnische Sprache benutzt haben[333].

Folgen der Aus- und Umsiedlungen für die Bevölkerungszahlen

Für Historiker ist bislang unklar, wie viele Einwohner Gotenhafen während des Krieges tatsächlich hatte und wie viele davon Deutsche und wie viele Polen waren. Diese Fragen lassen sich aufgrund der verschiedenen und lückenhaften Angaben in den Quellen nicht eindeutig beantworten. Die gedruckten zeitgenössischen Quellen geben folgende Zahlen an: Im Amtlichen Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich, erschienen in Berlin 1941 mit Werten auf Basis der Volkszählung von 1939, findet sich über den Stadtkreis Gotenhafen die Angabe von 80.000 Einwohnern mit dem Kommentar „Bevölkerung Ende 1939"[334].

Laut dem Westpreussischen Kalender für das Jahr 1942 belief sich die Bevölkerung Gotenhafens zum Zeitpunkt der Zählung im Dezember 1939 jedoch auf 93.517 Personen[335]. Eine ähnliche Größe erreichte auch die Stadt Neustadt, die 20 km von Gotenhafen entfernt lag und laut der Bevölkerungszählung vom Dezember 1939 92.943 Einwohner hatte. Im Westpreussischen Kalender für das Jahr 1943 wurde ebenfalls 93.517 als Einwohnerzahl für Go-

[331] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 535.
[332] APG 96/3069, Bl. 34, Lagebericht Dr. Bode an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 7.10.1943; zur Person des Richters Dr. Kurt Bode, NS-Generalstaatsanwalt, vgl. D. SCHENK 1995, S. 27ff.
[333] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 182.
[334] STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.), Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939, Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 550, Berlin 1941, S. 35.
[335] Westpreussischer Heimat-Kalender 1942, S. 119.

tenhafen genannt, der Zählungszeitpunkt aber mit September 1940 angegeben[336]. Im Frühjahr 1942 soll sich der Wert nach Fortschreibung der Einwohnerzahlen der gleichen Quelle zufolge auf 102.341 Einwohner erhöht haben[337]. In der Dezemberausgabe 1940 der „Wirtschaft und Statistik" werden 80.000 Einwohner für Mitte 1940 mit Hinweis auf die polizeiliche Einwohnererfassung vom Dezember 1939 genannt[338]. In der 1944er Ausgabe des Westpreussischen Heimatkalenders war die Zahl dann auf 108.110 Einwohner zum Zeitpunkt Mitte 1943 geklettert[339].

Eine weitere Zahl nennt das „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen" vom Oktober 1942. In einer kurzen Bekanntmachung wurde verlautbart, dass „nach den eingehenden Erhebungen des städt. statistischen Amtes [...] die Wohnbevölkerung der Stadt Gotenhafen nach dem Stand vom 31.7.1942 auf 122.377 festgestellt worden [ist]."[340] Die Wohnbevölkerungszahl sei „bei dienstlichen Geschäftsvorfällen zu verwenden, bei denen die Gemeindegröße verwaltungstechnisch durch die Einwohnerzahl gekennzeichnet werden soll", im Unterschied zur ständigen Bevölkerung, wobei letztere als Zahlengrundlage für Schulwesen, Fürsorgewesen, Gesundheitswesen u.a. dienen sollte[341]. Die Anzahl der ständigen Einwohner wurde dabei nicht angegeben.

BERENDT nennt in seinem Aufsatz über die Bevölkerung Gotenhafens andere Zahlen, die sich nach der Volkszählung vom Dezember 1939 ergeben haben sollen, nämlich für den Stadtkreis Gotenhafen (Gotenhafen Stadt, Kielau, Cissau, Klein Katz, Oblusch, Oxhöft, Wittomin) 55.895 Bewohner, also weniger als die Hälfte der Bevölkerungszahl vom Juni 1939[342]. Weiterhin nennt JASTRZĘBSKI für den Zeitpunkt 30.10.1943 anhand eines „Gemeinde- und Wohnplatzlexikons" den Wert von 105.117 ständigen Einwohnern und 109.908 Personen Wohnbevölkerung insgesamt[343].

Die Differenzen zwischen den angegebenen Zahlen scheinen nicht nur für Gotenhafen charakteristisch zu sein. Auch die deutschen Angaben für Krakau wiesen teils enorme Unterschiede auf, was die Glaubwürdigkeit der Daten verringert[344].

---

[336] Westpreussischer Heimat-Kalender 1943, S. 116.
[337] Westpreussischer Heimat-Kalender 1943, S. 117.
[338] STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1. Dezember-Heft, 1940, Nr. 23, S. 536 („Kreiseinteilung und neue Einwohnerzahlen der eingegliederten Ostgebiete"); die gleiche Zahl von 80.000 Einwohnern Gotenhafens findet sich im „Geographischen Anzeiger" von 1941, vgl. Geographischer Anzeiger, 1941, Jg. 42, Heft 5/6, S. 103.
[339] Westpreussischer Heimat-Kalender 1944, S. 121.
[340] AOBG, 10.10.1942, Nr. 26, „Einwohnerzahl der Stadt Gotenhafen."
[341] Ebd.
[342] G. BERENDT 2005, S. 197.
[343] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 54.
[344] A. CHWALBA 2002, S. 36f.

Teilweise lassen sich auch Informationen über die Bevölkerungsstruktur der Stadt aus den standesamtlichen Nachrichten, die in der lokalen Presse abgedruckt wurden, herausfiltern. Von Mitte November bis Anfang Dezember 1943 hatte Gotenhafen Folgendes zu melden: In der Woche vom 15. bis 20. November wurden zwölf Sterbefälle, zwei Hochzeiten und 48 Geburten amtlich beurkundet[345]. In der darauf folgenden Woche vom 22. bis 27. November waren es 53 Geburten, 20 Sterbefälle und drei Hochzeiten[346], und in der Woche vom 29. November bis 4. Dezember 21 Sterbefälle, 47 Geburten und sieben Hochzeiten[347]. Leider sind keine umfassenden demographischen Statistiken für Gotenhafen auffindbar, wie sie für den Gau Danzig-Westpreußen z.B. mit Anzahl der Eheschließungen, Lebend- und Totgeburten sowie Sterbefälle existieren[348].

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die so heterogen erscheinende Bevölkerung aus verschiedenen Ländern und Regionen Europas, die selbst in den Jahren des Krieges im Gau Danzig-Westpreußen und in Gotenhafen lebte, die Deutschen, die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen, die Polen, die offiziell Polen blieben und jene, die mit Gewalt oder aus Verzweiflung, in den seltensten Fällen aus Überzeugung in die DVL eingetragen wurden, natürlich nichts mit dem heute aus westlichen Ländern bekannten Bild einer multikulturellen Gesellschaft gemein hatte. Allein die Zugehörigkeit zum Reich oder der gegensätzliche Feindstatus entschieden über die Art der Existenz der einzelnen Menschen in dieser Provinz.
Die Deutschen des Baltikums, aus Wolhynien und Bessarabien, alle hierher gebrachten Siedlergruppen sollten einen neuen Menschentypus erschaffen. „Der Deutsche des Ostens“ sollte in Gotenhafen heimisch sein. Die Propaganda behauptete, „dieser neue Deutsche im Osten wird als Bauer und Soldat, als Kaufmann und Handwerker, als Kulturschöpfer und Politiker sich fest in die landschaftlichen und geschichtlichen Gegebenheiten seines Landes hineinstellen“[349]. Das Bild wurde jedoch nie Wirklichkeit. Stattdessen wurde die zuvor über Jahrzehnte entwickelte Wohn- und Nachbarschaftstradition zerstört. Tausende Personen sowohl auf der polnischen als auch auf der deutschen Seite wurden entwurzelt und haben nie wieder die Sicherheit einer unzerstörten Existenz bzw. einer „Heimat“ gefunden.

[345] DNN, 3.12.1943, Nr. 284, S. 5, Gotenhafen. Standesamtliche Nachrichten.
[346] DNN, 7.12.1943, Nr. 287, S. 5, Gotenhafen. Standesamtliche Nachrichten.
[347] DNN, 10.12.1943, Nr. 290, S. 5, Gotenhafen. Standesamtliche Nachrichten.
[348] STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.),Wirtschaft und Statistik, Nr. 3, März 1944, „Die Bevölkerungsbewegung in Deutschen Reich im Dezember und im Jahre 1943.“
[349] Westpreussischer Heimat-Kalender 1942, S. 56.

4 Umbau der Stadt

4.1 Veränderungen des Stadtbildes

Gdingen sollte in jeder Beziehung durch Gotenhafen ersetzt werden, sei es in demographischer, kultureller, funktionaler oder symbolischer Hinsicht. Dazu wurde zunächst ein großer Teil der Polen als Repräsentanten der alten Ordnung aus dem Stadtbild entfernt und durch heimatlos gewordene Balten- und Wolhyniendeutsche sowie Reichsdeutsche und Danziger ersetzt[1]. Es wurde von Beginn an versucht, aus deutschen und volksdeutschen Neubürgern eine starke Gesellschaft mit eigener Identität und einem kollektiven Gedächtnis, einer eigenen Geschichte zu erschaffen[2]. Dies sollte der Erfüllung der von höchster Stelle auferlegten Aufgabe dienen, „aus Gotenhafen eine rein deutsche Stadt zu schaffen“[3]. Die verschiedenen Maßnahmen dazu lassen sich in mehrere Bereiche untergliedern, die in den folgenden Unterkapiteln behandelt werden.

Propagandistische Repräsentation der Stadt

Für den Umbau in ein mustergültiges Gotenhafen war die Propaganda ein wichtiger Baustein. So verbreiteten die Autoren der zeitgenössischen Texte zu den deutschen Umsiedlungen aus dem Osten ins Reich ein Bild der Unfähigkeit des Staates Polen, Gdingen selbstständig zu errichten. Demnach wären die Planung und Bebauung der Stadt in dieser hoch entwickelten Form ohne ausländische Gelder und Ingenieure nicht möglich gewesen. Es wurde davor gewarnt, die Stadt oberflächlich zu betrachten, damit Besucher und Umsiedler keine Bewunde-

[1] J. GUCKES, Stadtbilder und Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS Themen Schwerpunkt: Stadtbilder und Stadtrepräsentationen), 1/2005, S. 75f.

[2] Ein anderes Beispiel für diese Praxis gibt es für Lodz / Litzmannstadt. Auch dort wurde an der „Legende“ der Stadt politisch-propagandistisch gearbeitet, vgl. F. BÖHM, Litzmannstadt. Geschichte und Entwicklung einer deutschen Industriestadt, Posen 1941; darin neben dem Text auch markante politische Bilder aus „der deutschen Geschichte der Stadt“ in der Zwischenkriegszeit, vgl. S. 128-140; CZ. BARTNIK, Polska teologia miasta, in: H. IMBS (Hrsg.), Miasto i kultura polska doby przemysłowej, Bd. Wartości, Wrocław-Warszawa-Kraków 1993, S. 54f.; kollektive Identität als das implizierte aber unerreichbare „Zielprodukt politischer Anstrengungen, die darauf zielen, die individuellen Identifizierungsprozesse von Menschen im Sinne einer Zugehörigkeit zu beeinflussen“, vgl. J. HAUBOLD-STOLLE 2008, S. 17ff.

[3] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 15-19, Niederschrift vom 20.10.1939 über die Besprechung beim Stadtkommissar Gotenhafen am 19.10.1939; N. GUTSCHOW, Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939-1945, Reihe Bauwelt Fundamente, Bd. 115, 2001, S. 30; vgl. A. CHWALBA 2002, S. 73; T. SZAROTA 1973, S. 50; bauliche Pläne für die „Gauhaupstadt” Posen, die als Regierungs- und Kulturzentrum des Warthelands ein deutsches Gesicht bekommen sollte, in: H. GRZESZCZUK-BRENDEL, Zwischen Gauforum und Ehebett. Das öffentliche und private Leben unter der NSDAP-Kontrolle. Das Beispiel Posen 1939-1945, in: A. BARTETZKY, M. DMITRIEVA u. S. TROEBST (Hrsg.), Neue Staaten – neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918, Köln 2005, S. 147-157; bauliche Pläne für Danzig-Westpreußen im Rahmen der Umgestaltung des deutschen Ostens in Verbindung mit der Person des Generalreferenten für Raumordnung in Danzig, vgl. N. GUTSCHOW 2001, S. 27ff.

rung für das Können des polnischen Staates entwickelten. Der größte Eindruck gehe von den Fassaden aus, jedoch zeige „ein Blick dahinter [...] Pfuscherei, in Bezug auf Güte und Auswahl des Materials wie in der Form“[4]. „Es kommt [den Polen] nicht so sehr darauf an, eine wirkliche Stadt zu schaffen, sondern ein Potemkinsches Dorf aufzubauen, um den Fremden zu zeigen, daß Gdingen eine Riesenstadt ist.“[5]

Die deutsche Propaganda trieb die antipolnische Darstellung so weit, dass die Stadt unter deutscher Besatzung zwangsläufig zu etwas Besserem werden musste. Gdingen vor der Besatzung wurde stets als geschmacklose, unordentliche, hässliche Stadt ohne Vergangenheit beschrieben. Sie wurde als künstliche Schöpfung ohne eigenen Geist dargestellt, der in anderen Städten durch die Vergangenheit erst entsteht und ihre Charakteristika erzeugt. Gdingen wurde einerseits als Beweis polnischer Seelenlosigkeit, andererseits eben als Audruck der polnischen Seele dargestellt[6]. Die fehlende Vergangenheit falle dem Besucher der Stadt an jedem Ort sofort ins Auge, da Gdingen „wohl glänzende Kinos, aber kein Theater, glitzernde Bars, aber kein Museum, ein Postamt und kein Schloß im Mittelpunkt, Hochhäuser, aber keine Architektur hatte.“[7] Die fremdartige Hässlichkeit der Stadt fand den Quellen nach Ausdruck in Klotzbauten mit undeutschen Flachdächern, die auch als Tel-Aviv-Dächer bezeichnet wurden, in stillosen bis bizarren Gebäuden und in der Geschmacklosigkeit der Stadtraumgestaltung (s.a. Abb. 14). Der Wille, der Stadt deutsches Aussehen zu geben, ließ sogar die Idee entstehen, die oberen Stockwerke der großen Bauten abzutragen und mit deutschen Spitzdächern zu versehen. Diese Vorstellung hegte insbesondere der Oberbürgermeister nach der Übernahme, um so die Aufgabe der „Veränderung des Stadtbildes zu erfüllen.“[8] Der Vorschlag wurde jedoch von Hitler laut Aussage Albert Bormanns im April 1940 schärfstens abgelehnt[9].

[4] GERLACH 1941, S. 16f.
[5] DV, Ausgabe vom Sommer 1940.
[6] N. GUTSCHOW, 2001, S. 20f.
[7] DV, 23.8.1940, „Die Stadt ohne Vergangenheit, Gotenhafen gestern und heute.“
[8] BArch R 140/32, Bl. 117, Schreiben an die Kanzlei des Führers vom 20.3.1940, Autor ist vermutlich Winkler, Haupttreuhandstelle Ost.
[9] BArch R 140/32, Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen m.b.H. Gotenhafen. Akten betreffend Überführung des ehemals polnischen Grundbesitzes an die Stadt Gotenhafen 1940-1942, Bl. 116, Schreiben des Adjutanten des Führers, Albert Bormann vom 4.4.1940.

Abb. 14: Deutsche Postkarte aus Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176639.

Das Nebeneinander von Alt und Neu, von Fischerdorf und Hafenstadt, von Vergangenem und Modernem verursachte in denjenigen, die zum ersten Mal nach Gotenhafen kamen, in deutschen Umsiedlern aus den östlichen Gebieten, zugezogenen Beamten, Militärangehörigen usw. möglicherweise ein Gefühl von Unruhe. Auch wenn „deutsche Hände“ sich sehr viel Mühe mit der Umgestaltung des Stadtbildes geben sollten, konnte die durch Polen geschaffene architektonische Fremdheit nicht einfach ausradiert werden. Das oft erwähnte amerikanische Element, insbesondere bezogen auf das Tempo der Stadtentstehung, erfuhr im Krieg

einen Bedeutungswandel. So wie es in polnischer Zeit stets als Kompliment vermerkt wurde, sammelte der Begriff des Amerikanischen unter deutscher Besatzung schließlich alles in sich, was in Gotenhafen fremd und hässlich war. „Ein schlecht kopiertes Amerika, das an die Ostsee verpflanzt wurde", wild verstreute Hausklötze, scheußliche Hochhäuser und „ein chaotisches Gemisch von Protzentum, Größenwahn, Unfähigkeit und der Sucht, um jeden Preis ‚modern' zu sein – damit man nach außen, vor allem gegenüber den Weltmächten, die vielgepriesene ‚Zivilisation' herauskehren konnte."[10]

Umgestaltung von Verwaltung, Politik und Stadtbild

Zwar war das Fremde die Kulisse allen Handelns in der Stadt, doch sollten die deutschen Menschen ein erster wichtiger Ausgleich dafür sein. Durch die Ansiedlung von Deutschen aus dem Baltikum sollte das fremde Gesicht der Stadt sich in ein vertrautes verwandeln[11]. In den ersten Monaten der Okkupation wurde zunächst ein Fundament für spätere Schritte gelegt. Dies äußerte sich in erster Linie in der Aussiedlung der Polen und der Ansiedlung der verschiedenen deutschen Bevölkerungsgruppen.

Das reichsdeutsche Behördensystem wurde auf Gotenhafen übertragen. So entschieden Oberbürgermeister, Bürgermeister und Ratsherren über alltägliche Verwaltungsfragen der Stadt[12]; Gestapo, Gericht und Partei sorgten für die einhellige Zustimmung der Bevölkerung in sämtlichen politischen Fragen, und auch Bau-, Arbeits-, Finanzämter, das Schulsystem, selbst die Freizeitgestaltung folgten einem vorgegebenen Muster aus dem Altreich.

Auch die Stadtkarte sollte sich schnell dem nationalsozialistischen Vorbild anpassen. Deutschsein, oder vielmehr „nationalsozialistisch-deutsch" zu sein, bedeutete neue, symbolisch aufgeladene Straßen- und Stadtteilnamen einzuführen und polnische Schilder an Gebäuden und Geschäftsfenstern durch deutsche zu ersetzen. Wie in Nürnberg, Stuttgart, Essen oder Hamburg wurde auch hier der bekanntesten Straße, vormals Świętojańska-Straße, der Namen

[10] GERLACH 1941, S. 16f.; Überspitzt könnte man nachfragen, warum das Amerikanische so störend auf die lokalen „Eliten" wirkte, wenn gleichzeitig Hitler während des Russlandfeldzuges aus dem Fluss Wolga ein Deutschlandmississippi machen wollte und allgemein das amerikanische Beispiel der Raumgewinnung gerne für die Ostgebiete verwendete, vgl. A. TOOZE, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 542.

[11] GRIEBEN VERLAG, Danzig und Umgebung. Zoppot, Gotenhafen, Marienburg mit Angaben für Autofahrer, Berlin 1940, S. 58.

[12] Auf Grund des §3. Abs. 2 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.1.1935 (RGBl I. S. 49) mit Zustimmung des Beauftragten der NSDAP vom 19.4.1940 und mit Genehmigung des Regierungspräsidenten in Danzig vom 27.4.1940 wurde folgende Hauptsatzung der Stadt erlassen: Der Oberbürgermeister der Stadt wurde hauptamtlich angestellt, als Beigeordnete standen ihm zur Seite Bürgermeister, Stadtkämmerer, Stadtrechtshalt und weitere drei Stadträte (alle hauptamtlich angestellt). Die Zahl der Ratsherren betrug 24, vgl. AOBG, 8.5. 1940, Nr. 8, wobei später Änderungen der Hauptsatzung der Stadt Gotenhafen vorgenommen wurden, vgl. AOBG, 21.5.1942, Nr. 16, „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Gotenhafen"; in der Regelung vom 21.12.1939 über die Stadtregierung Gotenhafen wurde die Funktion des Oberbürgermeisters Horst Schlichting anvertraut.

Adolf-Hitler-Straße gegeben[13]. Auf begrenzte Zeit verewigt wurden so auch Göring[14], Gauleiter Forster und weitere „NS-Persönlichkeiten". Die Straßennamen konnten jedoch ungeschickterweise keine Rückschlüsse auf die stadteigene Geschichte geben[15], weshalb sie nur großdeutsche Geschichte repräsentierten – Namen deutscher Politiker, Regierender, Dichter, aber auch Namen deutscher Landschaften wurden für die Straßen festgelegt[16].

Fast drei Jahre nach Änderung ihres Namens in „Gotenhafen" erhielt die Stadt im Juni 1942 außerdem ein neues Wappen, das die deutsche Interpretation der Stadtgeschichte deutlich widerspiegelte (siehe Abb. 15). Die offizielle Beschreibung des Wappens lautete „Im blauen Schild ein silbernes unter Segel stehendes frühgermanisches Schiff (Gotenschiff)."[17] In den „Danziger Neuesten Nachrichten" wurde anlässlich der Vergabe des neuen Wappens die Eigeninterpretation von Namen und Wappen veröffentlicht, in der deutlich wurde, dass der Name Gotenhafen zur Erinnerung an das germanische Volk der Goten gewählt wurde, welches in diesem Teil der Ostsee mit seinen Drachenschiffen Geschichte schrieb[18]. Das altgermanische Schiff wurde außerdem auch in den Stempel des Oberbürgermeisters integriert[19].

[13] CH. ZENTNER u. F. BEDÜRFTIG, Das große Lexikon des Dritten Reiches, München 1985, S. 17, „Adolf-Hitler-Straßen und -Plätze."
[14] In der Dauerausstellung über die deutsche Okkupation in Gdingen im Museum der Stadt Gdingen war das original erhaltene Straßenschild „Hermann-Göring-Str." aufgehängt (Stand 15.9.2009).
[15] Die Vorstellung einer „urdeutschen" Stadt wurde allerdings stets weiter vorangetrieben, vgl. DNN, 19.1.1943, Nr. 15, S. 3, „Aus der Vorgeschichte Gotenhafens"; s.a. E. HERMANN, Sind der Name der Gudden und die Ortsnamen Danzig, Gdingen und Graudenz gotischen Ursprungs?, in: Nachrichten von der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Jg. 1941, Nr. 1, Göttingen 1941.
[16] DV, 8.12.1942, Nr. 340, S. 4, „Von der Friedericus-Rex-Straße bis zum Hela-Blick."
[17] AOBG, 14.8.1942.
[18] DNN, 20.7.1942, S. 5.
[19] APG-Gdynia 650/1675, Oberbürgermeister Gotenhafen, Stempelverzeichnis, hier als Beispiel der Stempel mit den zwei Ringen, im äußeren der Text „Stadt Gotenhafen", im inneren ein germanisches Schiff, darunter die Zahl 32.

AMTSBLATT

DES OBERBÜRGERMEISTERS DER STADT GOTENHAFEN

Das Amtsblatt erscheint je nach Bedarf; in der Regel Sonnabends.
Herausgegeben vom Hauptamt der Stadt Gotenhafen, Stadthaus I.

NUMMER 22 | 14. AUGUST 1942 | 4. JAHRGANG

Verleihung des Stadtwappens.

GOTENHAFEN

Abb. 15: Amtsblatt mit Veröffentlichung des neuen Stadtwappens von Gotenhafen, Quelle: Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen vom 14.8.1942.

Abb. 15b: Zum Vergleich: Wappen Gdingens seit 1946, Quelle: www.gdynia.pl/wszystko/o/gdyni/symbole/100_.html (Stand 31.10.2009).

In die polnischen Amtsgebäude zogen NS-Behörden ein, polnische Denkmäler wie das Sienkiewicz-Denkmal wurden entfernt und dafür deutsche neu angelegt, so z.B. die Gedenkstätte Oxhöft. Eine an der Mitte der Hafenstraße stehende Eiche, deren Alter auf 800 Jahre geschätzt wurde und die „neben einigen kleinen alten Häusern das einzigste [war], das aus dem alten Gdingen übrig geblieben war“, wurde mit der Begründung, dass sie „nicht mehr grünte und zum Teil auch recht morsch“ war, als wohl letztes lebendiges Denkmal an die polnische

Zeit gefällt[20]. Kriegsmarine, Parteiangehörige, Hitler-Jugend und Selbstschutzgruppen waren sichtbarer Teil des Stadtbilds und gehörten für die neuen Bewohner zur Bestätigung und Berechtigung der eigenen Anwesenheit, während sie für die polnischen Bewohner Bedrohung waren. NS-Zeichen waren allgegenwärtig – Plakate, Flaggen und Hakenkreuze nahmen den öffentlichen Raum für sich in Anspruch[21].

Bauprojekte

Quellen deuten auf viele nicht realisierte Pläne der NS-Behörden und wenige tatsächliche Eingriffe in Bausubstanz und Infrastruktur hin, die gewisse städtebauliche Veränderungen herbeiführen sollten. Obwohl während des Krieges nur die dringendsten Bauvorhaben durchgeführt werden durften und ab November 1939 ein generelles Bauverbot aller „nicht kriegswichtigen" Bauten galt, hinterließ die Okkupation einige architektonische Fingerabdrücke, wie die zahlreich gebauten Baracken für die Behörden, deren Existenz mit dem Versprechen verbunden war, die gesparte Bausubstanz in Beamtenwohnungen umzusetzen[22].
Weitere Investitionen dienten der „Schaffung eines würdigen Rahmens" für deutsche Kultur – hierzu gehörten sowohl der Umbau eines polnischen Kinos zur „Kleinen Bühne" als auch die Fertigstellung der Stadthalle, die größeren Veranstaltungen vorbehalten war. Zu den hoch gefeierten Bauprojekten gehörte das Wohngebiet Baltenberg, die einzige fertig gestellte Siedlung für Kriegsmarine- und Militärangehörige und ihre Familien[23].

Einen besonderen Eingriff in die Stadtlandschaft bedeutete schließlich noch die sich kriegsbedingt im Herbst und Winter 1944/45 entwickelnde Bautätigkeit. In und um die Stadt herum entstanden Festungen, Gruben und Schanzen, die auf das Näherrücken der Front vorbereiten sollten[24].

Von Seiten der Stadtbehörden und der Kriegsmarine wurde während der Besatzungszeit bereits viel über Architekturänderungen und Bauvorhaben nach dem Krieg nachgedacht, was sich in den allgemeinen Trend der Typisierung und Normierung der „Deutschen Wohn-

[20] DV, 29.8.1940, Nr. 237, S. 6, „Gotenhafen – Die alte Eiche ist nicht mehr"; die Entfernung der alten Eiche hatte eine symbolisch-politische Bedeutung. Himmler soll in seinen Ostgestaltungsplänen sogar so ins Detail gegangen sein, dass er anordnete, „deutsche Bäume", also Dorfeichen und Dorflinden in den deutschen Siedlungen zu pflanzen; polnische Gehölzarten (!) sollten abgeschafft werden, vgl. H.Ch. HARTEN 1996, S. 130.
[21] vgl. T. SZAROTA 1973, S. 50-52.
[22] BArch R 140/32, Bl. 1, Schreiben Steins von der Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost an die Haupttreuhandstelle Ost betreffend Übertragung von polnischem Grundbesitz an die Stadt Gotenhafen vom 7.2.1942; DNN, 7.1.1942, Nr. 5, S. 5, „Baracken für Diensträume."
[23] vgl. die Stadtplanungen für Litzmannstadt und Posen, N. GUTSCHOW, Stadtplanung im Warthegau 1939-1944, in: M. RÖSSLER u. S. SCHLEIERMACHER (Hrsg.), Der ‚Generalplan Ost'. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 232-257.
[24] APG 96/3069, Bl. 54, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 5.12.1944.

bau-Pläne“ nach Kriegsende einordnete[25]. Das äußere Stadtbild, das während des Krieges durch eine große Zahl noch aus der Vorkriegszeit stammender Rohbauten und Baulücken geprägt war, sollte nach dem Krieg vervollkommnet werden[26].

Räume in der Stadt

Die Propaganda unterstützte massiv die inoffizielle geographische Aufteilung des städtischen Raumes in polnische und deutsche Teile. Die von Polen zwangsweise bewohnten Vororte wurden grundsätzlich als dreckig, verwanzt und heruntergekommen dargestellt, wohingegen in den durch Deutsche und Volksdeutsche bewohnten Häusern und Straßen Sauberkeit und Ordnung herrschten: „Dreck, Dreck und nochmals Dreck bei jedem Polen. Dagegen Sauberkeit bei den Volksdeutschen.“[27] Gerne wurde die ordnende Hand der NS-Behörden, die „schon manchen Augiasstall“ beseitigt hatte, hervorgehoben[28].

Auch militärische Belange teilten den Raum Gotenhafens weiter auf. Der Zutritt zur Steuermann-Schule war mittels Stacheldraht und Wachen vor dem Zutritt Unbefugter gesichert[29], ebenso weite Hafenflächen, Militärgebäude, Fabriken und Lager. Die täglichen Wege der Bewohner änderten sich merklich durch diese Sperrungen bestimmter Gebiete, durch Vorschriften von Behörden sowie Funktionsänderungen von Straßen und Gebäuden. Als mehr als die Hälfte der Ladenlokale, Cafes und Restaurants leer stand, passten sich die Berufs- und Einkaufswege der Bewohner entsprechend an. Es herrschte stattdessen großer Andrang auf die wenigen offen gehaltenen Einzelhandels- und Dienstleistungslokale, die eine erzwungene Hochkonjunktur erlebten.

Auswirkungen der Verdeutschung

Mit allen genannten Maßnahmen hatte Gotenhafen nach und nach das so genannte „deutsche Gesicht“ und damit angeblich Züge von Anständigkeit erhalten. Badeorte und Strände, denen noch in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch die „Repräsentanten der polnischen Pluto-

[25] BArch R 140/35, Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen m.b.H. Gotenhafen, Akten betr. Vorbereitungsmaßnahmen zum Wohnungsbau nach dem Kriege und Klassifizierung des vorhandenen Wohnungsbestandes, Görings Anordnung über die Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege vom 30.3.1942; vgl. theoretischen Ansatz über die Rolle Gotenhafens als „Stadt-Werkstatt“ und die neue Gestaltung des Bauwesens: J. UMLAUF, Zur Stadtplanung in den deutschen Ostgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3-4, 1941, S. 105.
[26] APG 1039/1, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen, Sprawozdania rady nadzorczej, protokoły posiedzeń Rady Nadzorczej, projekty osadnictwa, umowy z Marynarką Wojenną, Bl. 332-336, „Warum lokale Siedlungsträger in Gotenhafen?“; DNN, 14.12.1942, Nr. 293, S. 5, „Die Gestaltung Gotenhafens.“
[27] DV, 28.1.1940, „Gotenhafen und rund herum: 30 000 Menschen im Elendsviertel...“
[28] DNN, 7.1.1942, Nr. 5, S. 5, „Gotenhafen am Beginn des dritten Jahres.“
[29] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 54 (Wasilewski).

kratenschicht das Gepräge gaben", wiesen recht bald ein „fröhlich ungezwungenes Badeleben auf."[30] Der erfolgreiche Wandel des Gesichtes der Stadt war auch Thema einer Ausgabe des „Film-Kurier". Er informierte, dass „das immer besser und aktueller werdende Filmprogramm in Gotenhafen [...] einen guten Maßstab für das schnelle Wachsen der Stadt [gibt]. Der starke deutsche Zuzug bedingt ein gutes Filmprogramm, da die nun dort ansässig werdenden die alten Filme bereits kennen."[31] Ein Jahr nach der Übernahme soll die Stadt so verträglich für Deutsche geworden sein, dass jene nach Gotenhafen Versetzten oder Abkommandierten, die zunächst mit Widerwillen herkamen, sich bald wohl fühlten, nachdem sie „die sauberen Straßen des Stadtinnern und die für deutsche Menschen hergerichteten Wohnungen" gesehen hatten[32].

So sehr man versuchte, aus Gotenhafen eine „deutsche Bastion" zu machen, so deutlich ist das zumindest anfängliche Scheitern in der ersten Phase bis 1940. Das erwünschte Bollwerk hatte noch nicht die Stärke erreicht, die es vollständig vor Selbstzweifeln bewahrt hätte. Die beschriebenen Umstände werden nach ihrer Offenlegung, z.B. in der Presse, in der Regel gleich verteidigt, wie im folgenden Ausschnitt aus dem „Danziger Vorposten" aus dem Jahr 1940: „Zwar ist die Einwohnerzahl weit geringer als zu polnischer Zeit, doch sind die Ansprüche eines Deutschen in bezug auf Wohnkultur mit denen der Polen nicht zu vergleichen."[33]

„Totenhafen"

Die Atmosphäre Gotenhafens muss sich sehr von derjenigen der polnischen Zeit unterschieden haben. Besonders in den ersten Kriegsjahren erstarrte die an lautes Gewimmel der Fischer, Kaufleute, Passanten und Touristen gewöhnte Stadt in Stille. Die Zahl der ausgesiedelten Polen konnte nicht schnell genug durch deutsche Angesiedelte ausgeglichen werden. Der tägliche Verkehr mit hunderten Autos, Lastkraftwagen und Taxen in der Vorkriegszeit wurde durch Militärverkehr ersetzt, allerdings wirkten die Straßen trotzdem vergleichsweise leer. Es war so leise in den ersten Jahren in Gotenhafen, dass ein polnischer Beobachter spöttisch den Namen „Gotenhafen" in „Totenhafen" umwandelte[34]. Die für das Stadtbild charakteristische Straßenbeleuchtung, die auf hohen Masten aufgehängten, dicht nebeneinander stehenden

[30] DV, 10.8.1940, „Sommerliches Gotenhafen."
[31] Film-Kurier, 9.12.1940, S. 4.
[32] DV, 14.9.1940, „Die Stadtverwaltung in Gotenhafen, Nach Beendigung des Krieges wird die Stadt neu gestaltet."
[33] DV, 10.8.1940, „Sommerliches Gotenhafen."
[34] A. MĘCLEWSKI, Neugarten 27. Z dziejów gdańskiego gestapo, Warszawa 1974, S. 266.

Leuchtkörper in Haupt- und Nebenstraßen, müssen in der künstlich entstandenen Leere tatsächlich recht gespenstisch gewirkt haben[35].

Die fehlende Belebtheit Gotenhafens ist in den Quellen der ersten Kriegsjahre eher zwischen den Zeilen zu lesen. Bisweilen werden die angeblichen Verhältnisse auch derart verherrlichend beschrieben, dass man davon ausgehen kann, dass die Wahrheit anders oder sogar gegensätzlich aussah. In einigen Artikeln, z.B. aus dem „Danziger Vorposten" tauchen des Öfteren die Informationen auf, dass die Straßen „nicht sehr lebhaft" waren, viele Geschäfte nicht geöffnet wurden und die Bewohnerzahlen der Vorkriegszeit noch nicht erreicht worden waren. Ein Danziger Zeitungsreporter vermittelte ein entsprechendes Bild mit einem Bericht über den wohl einzigen Menschen, den er Anfang 1940 längere Zeit auf einer Straße Gotenhafens beobachten konnte: Einen Hundefänger, „der mit Pferd und Wagen langsam durch die Straßen zieht und allem Anschein nach viel zu tun hat. Im Wagen, der wie ein Käfig aussieht, beschnüffeln sich gegenseitig etwa 10 bis 13 Hunde der verschiedenen Rassen."[36] Es verwundert daher kaum, dass die zugezogenen Deutsch-Balten schon alleine im Hinblick auf die herrschende Leere von einer „Fremdheit" des neuen Ortes sprachen.

4.2 Das Gotenhafen-Gesetz

Während der gesamten Okkupationszeit herrschte in der Stadt ein heftiger Konflikt zwischen der Stadtverwaltung mit ihrem Oberbürgermeister Schlichting und der Kriegsmarine, die in Gotenhafen besondere, aber nicht überall willkommene Rechte erhalten hatte. Dieser Konflikt spiegelte sich in allen Kontakten zwischen den Beteiligten und vielen Bereichen der täglichen Arbeit wider. Ob beim Ausbau der Kanalisation, der Stromleitungen, oder der strittigsten Frage nach den Besitzrechten an bestimmten Gebäuden – alles drehte sich um die Erfüllung oder Nichtbeachtung des so genannten Gotenhafen-Gesetzes.

Das Gotenhafen-Gesetz hatte den amtlichen Namen „Erlass des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht über die Erklärung von Gotenhafen zum Reichskriegshafen." Mit ihm wurde Gotenhafen am 28.11.1939 zum Reichskriegshafen erklärt, wobei genaue Gebietsgrenzen und Einzugsgebiete des neuen Reichskriegshafens festgelegt wurden[37].

[35] DV, 19.1.1940, Nr. 18, „Gotenhafen und rund herum: Erfreuliches aus unserer Nachbarstadt – durch die Straßen dröhnt der Marschschritt der Hilfspolizei."
[36] DV, 10.1.1940, Nr. 9, „Gotenhafen und rund herum: Stimmungsbilder aus unserer Nachbarstadt."
[37] Reichsgesetzblatt vom 4.12.1939, Nr. 241, „Erlass des Führers und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht über die Erklärung von Gotenhafen zum Reichskriegshafen vom 28.11.1939", Berlin, den 28.11.1939.

Jedoch sorgte insbesondere die darauf folgende „Verordnung zur Sicherstellung der für die Einrichtung des Reichskriegshafens Gotenhafen notwendigen Anlagen“, die im Reichsgesetzblatt vom 21.12.1939 erschien, für große Unzufriedenheit bei Oberbürgermeister Schlichting, da er dadurch in einigen Bereichen die Kontrolle und das Sagen über die Stadt verlor und dem Gutdünken der Kriegsmarine und ihren räumlichen Bedürfnissen ausgeliefert war. Der Originaltext der durch den Ministerrat für die Reichsverteidigung verordneten Regeln lautete:

„[§1 Abs. 1:] In den Hafengebieten des Marinefestungsgebietes Gotenhafen geht das Eigentum an sämtlichen Liegenschaften und den von der Kriegsmarine benötigten und bis zum 29. Februar 1940 in Anspruch genommenen beweglichen Sachen, die am 1. Oktober 1939 dort vorhanden waren, mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung – soweit es sich um bewegliche Sachen handelt, mit der Inanspruchnahme – auf das Deutsche Reich (Kriegsmarine) über.

[§1 Abs. 2:] Die Abgrenzung der Hafengebiete nimmt der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine im Benehmen mit den beteiligten Obersten Reichsbehörden vor. Die Abgrenzung ist öffentlich bekannt zu geben.

[§1 Abs. 3:] Bestimmte Teile des Hafengebietes werden zunächst der Wirtschaft dienstbar gemacht. Wann diese Gebiete voll von der Kriegsmarine übernommen werden und welche der Wirtschaft dienenden Anlagen sodann nach Danzig übergeführt werden, entscheidet der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.

[§2 Abs. 1:] In den Teilen des Marinefestungsgebietes Gotenhafen, die nicht zu den Hafengebieten (§1) gehören, geht das Eigentum an denjenigen Liegenschaften und beweglichen Sachen, die der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine für die Einrichtung des Marinefestungsgebietes Gotenhafen endgültig benötigt und in Anspruch nimmt, mit der Inanspruchnahme auf das Deutsche Reich (Kriegsmarine) über. Ausgenommen hiervon sind Wohngebäude.

[§2 Abs. 2:] Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern, wann der §2 außer Kraft tritt.

[§3:] Im Marinefestungsgebiet Gotenhafen gehen alle Liegenschaften und beweglichen Sachen, die der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine für die Durchführung des Krieges und zur Einrichtung des Reichskriegshafens benötigt und in Anspruch nimmt, mit der Inanspruchnahme in die Verwaltung der Kriegsmarine über. Die Inanspruchnahme des

Wohnraums wird von der Kriegsmarine im Einvernehmen mit der zuständigen Gemeindeverwaltung geregelt.

[§4:] Die Frage, in welchem Umfange für den Übergang des Eigentums nach den §§1 und 2 und die Benutzung der nach §3 in Anspruch genommenen Vermögenswerte Entschädigung gewährt wird, bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

[§5 Abs. 1:] Gegen die Errichtung und Veränderung von Gebäuden und Anlagen aller Art im Marinefestungsgebiet Gotenhafen steht dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ein Einspruchsrecht zu, soweit dadurch militärische Belange der Kriegsmarine beeinträchtigt werden können.

[§5 Abs. 2:] Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Einigen sich die beteiligten unteren Dienststellen nicht, entscheidet der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine im Einvernehmen mit den beteiligten Obersten Reichsbehörden.

[§6:] Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine kann seine Befugnisse auf andere Dienststellen der Kriegsmarine übertragen.

[§7:] Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht erläßt im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft die zur Ergänzung und Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften."[38]

Die Kriegsmarine machte von ihren neuen und umfassenden Rechten schnell Gebrauch und beanspruchte zahlreiche Gebäude und Grundstücke in der Stadt für ihre Zwecke. Oberbürgermeister Schlichting, der selbst den Aufbau der Stadt und die Bekämpfung der Wohnraumnot voranzutreiben hatte, fühlte sich dadurch überaus gestört und reagierte in nicht minder aggressivem Ton.

Um jeden Quadratmeter Grundstück und jedes abzugebende Gebäude wurde mit Herzblut gekämpft. Wenn die Kriegsmarine ihre Zustimmung zur Verlegung der Hafengrenze um ein Grundstück gab, meldete sich gleich der Oberbürgermeister mit dem Wunsch, ebenfalls ein weiteres Grundstück neben dem neu erworbenen für die Stadt in Anspruch zu nehmen. Als Beispiel kann hier die Übernahme des Grundstücks der Schlachterei Terschmann durch die Stadt dienen, der sofort ein Antrag auf Einverleibung eines weiteren benachbarten Objekts, dem ehemaligen Kinokomplex, samt Erläuterung der dringenden Notwendigkeit für städtische Zwecke folgte, um Gegenreaktionen durch die Kriegsmarine zuvorzukommen.

[38] Reichsgesetzblatt vom 27.12.1939, Nr. 255, Verordnung zur Sicherstellung der für die Einrichtung des Reichshafens Gotenhafen notwendigen Anlagen vom 21.12.1939.

Letztere konterte jedoch rasch in einem Schreiben, um das Gebäude selbst übernehmen zu können:

> „Die Stadt sieht es als ihre Aufgabe an, den Kinotorso auch jetzt im Kriege so herzurichten, dass in ihm Lichtspielvorführungen stattfinden können. Der Torso dient augenblicklich als Kartoffel- und Verpflegungslager für das benachbarte Bauarbeiterlager des Marineoberbauamtes Gotenhafen. [...] Die Stadt hat ein besonderes Interesse daran, den starken Andrang der Bevölkerung der Orte Oblusch und Oxhöft, sowie der in Oxhöft liegenden Einheiten auf die öffentlichen Verkehrsomnibusse nach Gotenhafen durch die Eröffnung dieses Kinos herabzumindern. Der Oberbürgermeister hofft, auf diese Weise täglich 600 Personen weniger von Oxhöft nach Gotenhafen und zurück zu transportieren.“[39]

Ein simples Veto der Kriegsmarine gegenüber den Wünschen der Stadt war möglich:

> „Zu dem Wunsche der Stadt, auf die Einrichtung einer Marineschlachterei im Interesse der Schlachtereibetriebe des zivilen Sektors zu verzichten, wird seitens der Kriegsmarine erklärt, dass dies nicht möglich ist. Die Stadt bittet weiter, nach Möglichkeit die Schlachterei an der Albert-Forster-Str. nicht zu vergrößern und möglichst zu verlegen. Eine Prüfung wird zugesagt.“[40]

Die Stadt wünschte zudem, den Hafen für den zivilen Passagierverkehr zu öffnen, so dass beispielsweise Fahrten zur Halbinsel Hela möglich würden, oder auch eine Erweiterung des Segelhafens mit Zustimmung der Kriegsmarine, um für beide Parteien auf dem Hafenareal genügend Platz zu schaffen[41]. Da keine Entschädigung für den Übergang des Hafengeländes in den Besitz der Kriegsmarine vorgesehen war und auch so einfach keine freiwillige Kooperation zu erwarten war, dürfte sich dies jedoch als nur schwer umsetzbar herausgestellt haben.

Ähnliche Situationen finden sich in zahlreichen Quellen. Ob Sportplatz[42], Funkstation[43], Hafenanlagen oder Wohngebäude im Zentrum – der Kampf um Grundbesitz tobte unun-

[39] BArch, RM 31/3541, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Parzellenkauf in Gotenhafen. Besprechung laufender Verwaltungsfragen in Gotenhafen, Bl. 3, Schreiben des Küstenbefehlshabers mittl. Ostsee vom 1.8.1944 an das OKM betreffend Besprechung in Gotenhafen. Hier werden Themen wie Wasserversorgung, Energie-, Gasversorgung, städtische Kläranlage und Marinesportplätze Adlershorst aufgegriffen.
[40] BArch RM 31/4391, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Bl. 1-11, Niederschrift über die Sitzung betreffend Fragen der Gotenhafenverordnung am 23.7.1942, die bei der Marinestandortverwaltung Gotenhafen stattfand.
[41] BArch RM 31/4391, Bl. 1-11.
[42] BArch RM 31/3541, Bl. 4, Schreiben des Küstenbefehlshabers mittl Ostsee an das OKM vom 1.8.1944, betreffend Besprechung in Gotenhafen.
[43] BArch RM 31/4391, Bl. 1-11.

terbrochen zwischen den beiden Protagonisten sowie einigen weiteren Akteuren wie der Haupttreuhandstelle Ost oder den Grundstücksgesellschaften. Die gespannte Atmosphäre griff auch auf das Verhältnis zu anderen Grundstücks- und Vermögensverwaltungen über, die durch die NS-Regierung eingerichtet worden waren. In der Beschreibung eines Konfliktes zwischen Oberbürgermeister Schlichting und der Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost m.b.H. nutzte die beteiligte Leitstelle der Grundstücksgesellschaft die Gelegenheit für eine ungenierte Charakteranalyse der Person des Oberbürgermeisters, was noch einmal unterstreicht, wie emotional aufgeladen die Konflikte waren:

> „Der Oberbürgermeister sieht in der Einhaltung des Führerwortes die einzige Möglichkeit, sein nationalsozialistisches Ziel, aus dem polnischen Gdingen ein deutsches Gotenhafen zu machen, zu erreichen. Er fühlt sich als Altgardist durch die Deutungs- und Vertuschungsversuche an der eindeutigen Willensäußerung des Führers gekränkt und als Oberbürgermeister in seinen volkstumspolitisch ausgerichteten Um- und Ansiedlungsplänen gehemmt und getäuscht. Er glaubt mit den Bestrebungen des Kommissars für die Festigung deutschen Volkstums einig zu gehen und erwartet volles Verständnis für seine Absichten, weil die gleiche Dienststelle des RFSS durch das Generalreferat mit der politischen Ausrichtung der GHTO beauftragt ist. Er wittert in verschiedenen unklaren Vorkommnissen, welche vor Direktor Stein's und meiner Tätigkeit liegen, eine Sabotage dieser seiner und des Festigungs-Kommissars Bestrebungen. Da er gegen diese ihn ständig bewegenden Unklarheiten nicht so ankann, wie es seiner Kämpfernatur entsprechen würde, muss sich sein latenter Groll nach dort entladen, wo er zugreifen kann. Er sieht in der Zweigstelle Gotenhafen einen, ihm, nach seiner Meinung, mit List, halben Zusagen und unklaren Versprechungen aufgezwungenen Fremdkörper."[44]

Mehrmals wurden in gemeinsamen Sitzungen der Stadtverwaltung und der Marinedienststellen „die praktische Auswirkung der Gotenhafen-Verordnung [...] überprüf[t] und etwaige Wünsche der beteiligten Stellen [...] erörter[t]"[45], sicherlich auch in der Absicht, Konfliktherde von vornherein auszuschalten. In einem Sitzungsprotokoll von Stadtverwaltung und Kriegsmarine vom Sommer 1942 wurde dabei folgender wichtige Wunsch Schlichtings dokumentiert:

[44] BArch R 140/32, Bl. 121-123, Schreiben der Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost m.b.H an den Vorstand der GHTP in Berlin betreffend Vorschlag zur endgültigen Beendigung der Auseinandersetzung mit der Stadt Gotenhafen vom 20.11.1940.
[45] BArch RM 31/4391, Bl. 1-11.

„Der Oberbürgermeister äußert den Wunsch, zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, die Gotenhafen-Verordnung in absehbarer Zeit aufzuheben, da auf Grund der neuen Weisungen des Führers die Stadt in der Lage sei, alle Wünsche der Kriegsmarine zu erfüllen. Nach Ansicht der Stadt besteht keine Notwendigkeit mehr für die Aufrechterhaltung der Gotenhafener Verordnung."

Ein im Februar 1945 von Berlin aus durchgeführter Versuch, den Einfluss der Kriegsmarine in Gotenhafen zugunsten der Stadtgemeinde zu begrenzen, blieb jedoch erfolglos. Die Kriegsmarine genoss weiter die starke Position des eigentlichen Herrschers über jegliche Grund- und Besitzverhältnisse in der Stadt[46].

4.3 Gotenhafen als deutscher Kriegshafen

„Mit dem Fall von Hela und der Besetzung von Gdingen, das unter dem schönen Namen Gotenhafen deutscher Stützpunkt geworden ist, war auch der Seekrieg beendet, deutsches Land seinem Volke zurückgewonnen und die gefährliche und sinnlose Lücke zwischen Pommern und Ostpreußen geschlossen."[47]

Bereits in den ersten Wochen der Okkupation wurde entschieden, dass der größte Teil des Hafens der Kriegsmarine überlassen würde und nur sein südlicher Teil Wirtschaftszwecken dienen sollte[48]. Dies wurde durch die Gotenhafengesetze juristisch festgelegt. Der Handelshafen, der in der Vorkriegszeit so großen Umsatz erbracht hatte, wurde unter deutscher Regie fast lahm gelegt, lediglich der Kohleumschlag wurde weiter betrieben[49]. Im Jahr 1940 wurden nur der „Schwedische" und der „Schlesische Kai" für den Kohlen- und Erzumschlag bestimmt; zudem blieb ein Teil des Hafenbeckens III („Holländischer Kai") dem Passagierver-

[46] BArch RM 31/4434, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Mitteilungsblatt der Gotenhafenverordnung; Schreiben des Oberkommandos der Kriegsmarine an das Marineoberkommando Ostssee in Kiel, nachrichtlich an Admiral östliche Ostsee, Intendant beim Admiral östliche Ostsee vom 1.2.1945, über die Bitte des Reichsministers des Innern an das Oberkommando der Kriegsmarine um §§2 u. 3 der Gotenhafenverordnung außer Kraft zu setzen.
[47] DE JONG, Die Kriegsmarine im Polenkriege, in: Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1941, Leipzig 1940, S. 47.
[48] W. RÖHR 1989, S. 130f.
[49] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 45.

kehr vorbehalten[50]. Die Kriegstagebücher der Danziger Dienststelle der Kriegsmarine belegen, dass neben dem Kohletransport kaum weitere Güter im Hafen umgeschlagen wurden[51].

Das zweite konstante Element der Hafenstadt, die Fischerei, wurde durch Sperrung weiter Teile der Danziger Bucht stark reduziert[52]. Bald entschieden nicht mehr die Wetterlage oder die Fischschwärme primär über den erbrachten Fang, sondern die Zerstörung der Netze beim Zusammentreffen mit U-Booten, die Verminung des Hafengebietes und das permanente Fehlen von Treibstoff[53]. Hinzu kamen Anfang der 1940er Jahre Schäden durch einige Seehunde, Kormorane und Wollhandkrabben[54].

Die Handelsaufgaben Gdingens übernahm fortan der Danziger Hafen. „Nach der klaren Entscheidung des Führers" sollte die Stadt nicht weiter als Konkurrenzhafen bestehen, der dem Danziger Hafen die Luft abschnüre, „wie polnische Willkür es wollte."[55] Die Aufgabentrennung sollte die Wettbewerbssituation der Vorkriegszeit gänzlich ausschalten, was allerdings nicht vollständig glückte. Von höheren Stellen angeordnete Funktionszuteilungen war das eine, durch jahrelange Nachbarschaft geprägte Vorurteile und Meinungen etwas ganz anderes. In Gotenhafen fühlte man sich während des Krieges durch die Danziger Kreise stets in seiner Freiheit und Unabhängigkeit als Stadt und Hafen angegriffen. Der Zusammenschluss des Danziger Hafens mit Gotenhafen wurde unter anderem auch deshalb als Entscheidung von höchstem wirtschaftlichem Rang präsentiert[56]. Gern wurde unterstrichen, dass die „hemmungslose Konkurrenz" der Häfen stillgelegt wurde, seit aus Gdingen Gotenhafen geworden war, und stattdessen eine „Hafengemeinschaft Danzig-Gotenhafen" entstanden sei: „Ein gewaltiger Hafenkomplex steht damit der großdeutschen Volkswirtschaft zur Verfügung."[57] Die

[50] BArch RH 53-20/35, Militärgeographische Übersicht unter besonderer Berücksichtigung der ehemals polnischen Gebiete, abgeschlossen am 1.3.1940.
[51] BArch RM 108/113, Oberkommando der Kriegsmarine. Kriegstagebuch der Kriegsmarinedienststelle Danzig, Bd. 1, vom 15.4.1940 bis 31.12.1943.
[52] APG-Gdynia 218/3, Oberfischmeisteramt Gotenhafen, Richtlinien für die Abfindung von Reedern. Organisation der Binnenfischerei, Bl. 12, Schreiben an Reichsstatthalter in Danzig-Westpreußen betreffend die Sperrgebiete in der Danziger Bucht vom 27.8.1940.
[53] APG-Gdynia 218/3, Bl. 69-72; Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1943. Hier findet sich auch die Bemerkung, dass die Gotenhafener Schleppnetzfischer im Jahr 1943 „26 Übungstorpedos, 1 Ballon der Wetterbeobachtungsstelle und 1 Wasserbombe aufgefischt und an die zuständigen Dienststellen zurückgegeben [haben]", in: Bl. 72; s.a. A. ROPELEWSKI, Rybacy w cieniu krążowników 1939-1945, Gdańsk 1978, S. 32-37.
[54] APG-Gdynia 218/3, Bl. 69-71, Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1943.
[55] O. HÄFNER u. H. APPEL, Industrie und Handel im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Reihe: Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Bd. 6, Berlin 1942, S. 30; s. a. W. DIEWERGE, Das neue Gau Danzig-Westpreußen, Berlin 1940, S. 84; o.A., „Eine Kette von Rechtsbrüchen. ‚Es gibt keine ewigen Verträge' – die Gdingener Pläne aus dem Jahre 1920 – Wie das deutsche Westpreußen entrissen wurde", in: Das deutsche Danzig, Danzig, August 1939, Heft 8, Jg. 8, S. 4. Hier wird Gdingen als Grund genannt, warum die Danziger ins Reich zurückkehren wollten: „Die Rückkehr Danzigs zum Reiche ist also auch deshalb eine Selbstverständigkeit, weil Danzig durch die Maßnahmen der polnischen Regierung zu Gunsten Gdingens nicht wirtschaftlich zugrunde gehen will."
[56] DV, 6.7.1940, Nr. 183, S. 10, „Erwartungen für Danzig-Gotenhafen. Wichtige Stellungnahme zur Verkehrslage an der Ostsee."
[57] K. PEISER, Danzig. Das Schicksal eines deutschen Hafens, Danzig 1940, S. 40.

neue Hafengemeinschaft besaß unter anderem eine beeindruckende Lagerkapazität von fast 30 Millionen Tonnen[58]. Einer Broschüre mit dem Titel „Danzig-Gotenhafen der leistungsfähigste Ostseehafen“ ist zu entnehmen, dass die „Verwaltung der Hafengemeinschaft Danzig-Gotenhafen [...] derzeit in den Händen des Staatskommissars für den Hafen und die Wasserwege von Danzig [liegt]“. Weiters wird in der Schrift die Leistungsfähigkeit der Hafengemeinschaft gepriesen. Mit den 25 bis 30 Millionen Tonnen, die Danzig-Gotenhafen demnach umzuschlagen vermochte, sei es „bei weitem an der Spitze aller Ostseehäfen“ und „ein wichtiger Mittelpunkt für Seehandel und Spedition.“ Es sollen vor allem Kohle und Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft (Holz, Getreide, Zucker, Mehl, Hülsenfrüchte) ausgeführt worden sein[59]. Der „Großhafen im Osten des Großdeutschen Reiches“ besaß „moderne Lagerhallen, Kühlhallen, Speicher, Wasser- und Landlagerplätze für Holz usw. mit Tankanlagen für Öl und Melasse, über 200 Umschlagsanlagen, darunter Halb- und Ganzportalkräne, Schwimmkräne, Wippkräne, Verladebrücken, Kohlenkipper, ortsfeste und schwimmende Saugheber, schwimmende Bunkerstationen, automatische Wiegeeinrichtungen, Elektrokarren, Schiebebühnen“ und hatte zugleich günstige Tarife und geschultes Personal. Alles zusammen machte Danzig-Gotenhafen zu einem Riesen in der Welt der Technik und Leistung[60]. Das Verkehrs- und Werbeamt der Stadt Gotenhafen lockte Investoren mit dem Spruch „Gotenhafen. Die aufstrebende Stadt mit günstigen Entwicklungsmöglichkeiten für Handel, Handwerk und Industrie“ (s.a. Abb. 16)[61].

[58] F. LANGE 1940, S. 72.
[59] K. PEISER 1940, beiliegende Broschüre der Hafenverwaltung Danzig, „Danzig-Gotenhafen. Der leistungsfähigste Ostseehafen.” Diese Broschüre war auch Sonderbeilage des „Danziger Vorposten“ vom 1.9.1940.
[60] DV, 1.9.1940 (Sonderbeilage), „Danzig-Gotenhafen. Der leistungsfähigste Ostseehafen.“
[61] Der Deutsche im Osten, Heft 8, Mitte Oktober 1940.

Abb. 16: Werbung des Großhafens Danzig-Gotenhafen, Quelle: „Der Deutsche im Osten. Monatsschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung“, Heft 7, Mitte Juli 1941.

Bedeutung, Umbau und Nutzung des Hafens und der Werft

Nach der Übernahme Gdingens durch deutsche Truppen wurden Hafen und Werft schnell zu wichtigen Elementen im dichten Netz der deutschen Marinestützpunkte und Zentren einer intensiven Kriegswirtschaft und -produktion[62]. In Gotenhafen selbst sowie in benachbarten Orten entstanden Reparaturhallen, Produktionsstätten, Lager und Werkstätten für die riesigen Schiffe der deutschen Flottille, U-Boote, Flugzeuge und Waffen. Vor allem die Herstellung von U-Booten hatte Priorität, da der „Unterseeflotte“ die Gewinnung der modernen Meeresschlachten zugetraut wurde[63]. Auch der Danziger Werft wurde die neue Aufgabe des Baus von U-Booten für den siegreichen Krieg auf dem Meer zugewiesen[64].

[62] Zum „Seekrieg“ um Gdingen vgl. zeitgenössischen Text: F. ROGE, Von der Tätigkeit der Kriegsmarine, insbesondere der Minensuchboote, im Kampf gegen Polen im Herbst 1939, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, Jg. 1941, Berlin 1940, S. 42-59.
[63] A. TOOZE 2007, S. 679f.
[64] R. RUHNAU, Der Schiffbau in Danzig und die Entwicklung der Werft-Industrie, in: Danziger Berichte, 20 Jahre Danzig-Archiv, Heft 3, 1983, S. 75.

Gotenhafen wurde als Stützpunkt erster Ordnung unter den deutschen Ostseehäfen eingestuft, was bedeutete, dass es neben Kiel zum Hauptliegehafen der Seestreitkräfte wurde[65] (s.a. Abb. 17 u. Abb. 18). Einem in Gotenhafen einlaufenden Schiff der Seestreitkräfte konnte komplette Unterstützung und Versorgung angeboten werden: Schlepper, Tauchausrüstungen, Kohle, Heiz-, Treib- und Schmieröl, Trinkwasser, Strom, Artilleriewaffen, Munition, Nachrichtenübermittlungsgeräte, Torpedos standen dort stets zum Einsatz bereit[66]. Die Besatzung angekommener Schiffe konnte verpflegt, bekleidet und durch die Marinestandortkasse Gotenhafen sogar finanziell ausgestattet werden. Mit einem Marinelazarett und einer Desinfektionsanstalt waren auch gesundheitliche Einrichtungen vorhanden[67] und darüber hinaus zwei Marinestandortpfarrer für die Seelesorge der Marineangehörigen abgestellt[68]. Jedes Schiff konnte in der Werft der Kriegsmarine instand gesetzt werden; fünf Docks, das größte mit einer Länge von 249 Metern und einer Trägfähigkeit von 35.000 Tonnen, sowie mehrere Schwimm- und Landkräne dienten Reparaturen aller Art.

[65] BArch RM 31/3288, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Übersichtspläne der deutschen Ostseehäfen (Stützpunkte, Einsatzhäfen und sonstige Handelshäfen), aus den Vorbemerkungen über Stützpunkte, Einsatzhäfen und Handelshäfen (Standorte der drei Küstenbefehlshaber westliche Ostsee, Pommern, östliche Ostsee).
[66] vgl. Meldunek Pomorskiego Okręgu AK, skierowany przez Komendę Obszaru Zachodniego do Oddziału II KG AK, 10.II.1944, in: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER (Hrsg.), Okręg Pomorze Armii Krajowej w dokumentach, Toruń 1991, S. 152-157.
[67] BArch RM 31/3288, Übersichtspläne der deutschen Ostseehäfen (Stützpunkte, Einsatzhäfen und sonstige Handelshäfen), hier Beschreibung Gotenhafens als Stützpunkt erster Ordnung.
[68] J. ZIENERT, „Lass ihren Dienst gesegnet sein...“ Kleine Geschichte der Deutschen Marineseelsorge von 1674 bis 1945, Reihe Beiträge aus der evangelische Militärseelsorge, Heft 43, August 1983, Stuttgart, S. 20f. (hier Zustand von 1944).

Abb. 17: „R-Boote in Gotenhafen, unmittelbar nach dessen Einnahme“, Quelle: F. RUGE, Von der Tätigkeit der Kriegsmarine, insbesondere der Minensuchboote, im Kampf gegen Polen im Herbst 1939, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hrsg. von G. Hansen auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegsmarine, Jg. 1941, Berlin o.J., Tafel 33.

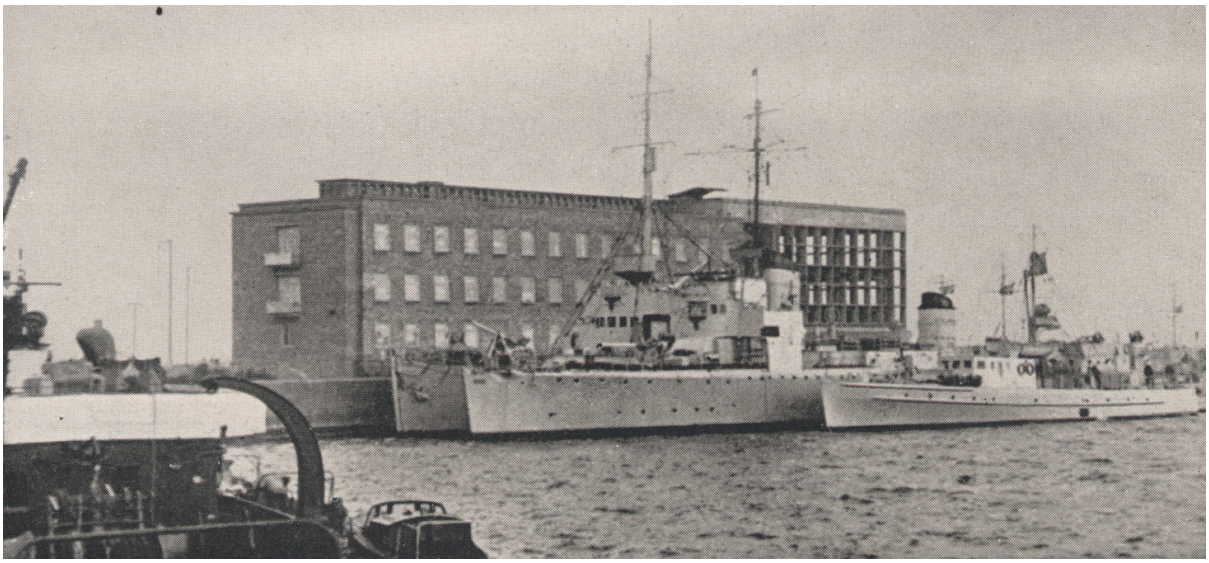


Abb. 18: „Deutsche Kriegsschiffe in Gotenhafen“, Quelle: Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1940, Leipzig o.J., S. 98.

Anfang 1940 wurde mit dem großen Ausbau des vor dem Krieg überwiegend zum Handel genutzten Hafens zum Militärstützpunkt begonnen. Konkrete Eingriffe in die Bausubstanz äußerten sich beispielsweise in Veränderungen der Liegeverhältnisse in den Hafenbecken, wie der Schließung der Lücke zwischen Hafenbecken II und III oder der Verengung der Einfahrt in das Hafenbecken I. In der Sache der „Verbesserung der Haupteinfahrt" sollen zuvor sogar „eingehende Voruntersuchungen in der Wasserbauversuchsanstalt in Dresden" vorgenommen worden sein. Auch eine neue Steinkastenmole wurde in den Hafenkanal eingesetzt[69]. Laut der Einführung von „Nauticus" sollen sich die Kosten aller Arbeiten beim Umbau des Hafens seit den ersten Tagen nach der Übernahme nach Stand vom August 1943 auf 52 Millionen Reichsmark belaufen haben. Dazu waren noch Umbauarbeiten in Hela vorgesehen, die zusätzlich 3 Millionen Reichsmark kosten würden[70].

Der erschaffene Hafen-Werft-Komplex, betrieben von den Deutschen Werken Kiel, erhielt anschließend die Bezeichnung „Deutsche Werke Kiel – Werk Gotenhafen". Wichtige Aufgaben übernahm das „Werk Gotenhafen" nach den Zerstörungen Kiels durch den Luftangriff Anfang 1942. Die bisher dort durchgeführten Reparaturen der meisten Schiffe inklusive der „Giganten" der deutschen Flotte wurden anschließend nach Gotenhafen übertragen. Der Handelshafen, die Werft in Oxhöft und die Lager und Hallen wurden so umgebaut, dass sie auch diese anspruchvollen Reparaturen übernehmen konnten[71]. So wurden auch die Lager des Hafens statt zur zivilen Stückgutaufbewahrung als Torpedoarsenale genutzt. Die Umschlaggeräte, die dem Handelshafen dienten, wurden größtenteils fortgeschafft[72], da sie für die Kriegsproduktion nicht benötigt wurden. In den polnischen Gebäuden des Hafens wurden die Behörden der Kriegsmarine untergebracht. Im Jahr 1942 meldete der polnische Geheimdienst, dass die Werften in Gdingen und Oxhöft in Betrieb seien und mit voller Kraft arbeiteten. Ob kleine Handelschiffe, leichte Kriegsschiffe oder große Einheiten – im Dienst des Krieges wurde dort alles repariert und wieder instand gesetzt. Daneben charakterisierten die Flugzeug-

[69] A. ECKHARDT, Der Marine-Hafenbau im Krieg, in: Nauticus. Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, Berlin 1944, 150-152.
[70] A. ECKHARDT 1944, S. 152.
[71] In den Aktensammlungen des Staatsarchivs Danzig befinden sich Pläne und detaillierte Beschreibungen der mannigfaltigen Räume und Hallen in der so genannten neuen und alten Werft Gotenhafen. Als Beispiele hier die Motoren- und Reparaturenwerkstatt – Bau und Ausrüstung, in: APG 2558/5, Bl. 17; Ausbaupläne der neuen Werft Gotenhafen mit Kostenübersicht solcher Maßnahmen, in: APG 2558/5, Bl. 175; Übersicht über vorhandene Unterkunfts-, Umkleide-, Waschräume in der alten Werft, in: APG 2558/6, Bl. 38 u. 50; sowie besondere Anlagen, die in den Werften Gotenhafen benutzt wurden, wie die Sauerstoff-Erzeugungs-Anlage, in: APG 2558/4; CZ. JERYŚ, Budownictwo okrętowe w Gdyni 1920-1945, Gdańsk 1980, S. 247-249; B. SZERMER, Koncepcje i struktura przestrzenna portu gdyńskiego – zarys przemian (czesc 2: 1939-1965), in: Rocznik Gdyński, Nr. 5. 1984, Gdynia 1985, S. 85f.
[72] W. ANDRUSZKIEWICZ, CZ. KLEBARZ u. E. OBERTYŃSKI (Hrsg.), Port Gdyni, Gdańsk 1961, S. 49.

teilefabrik[73], mächtige Bunker und Magazine der Torpedoanstalt[74] sowie nur durch Stolleneingänge erreichbare unterirdische Lager die Kriegslandschaft der Stadt.

In polnischen Berichten wurde im Herbst 1943 notiert, Gdingen habe sich in eine „Festung aus Stahl" verwandelt, da so viele Hallen, Hafenlager und Einrichtungen in Werkstätten umgebaut wurden, die Teile für U-Boote und Flugzeuge produzierten. Auch die Herstellung von Waffen soll stark vorangetrieben worden sein[75]. Ab 1943 hatte die Produktion neuer U-Boote keine Priorität mehr; dafür wurden große Reparaturarbeiten und Umbauten an vorhandenen U-Booten durchgeführt, um sie beispielsweise mit Luftschutzartillerie auszustatten[76]. Allerdings hatten spätenstens ab Mitte 1942 auch die Produktions- und Reparaturhallen der deutschen Kriegsmarine mit dem Fehlen von sowohl Rohstoffen als auch Halbfertigprodukten zu kämpfen. Der polnische Kommandant der Pomorski Okręg AK, Ostrihansky, informierte in einem Bericht, dass in Gdingen Stahl, Stutzdrahte, und Holzalkohol komplett fehlten und Messing und Kupfer nur bei den unerlässlichsten Reparaturen der Kriegsschiffe eingesetzt wurde[77].

Die große militärische Bedeutung Gotenhafens ließ die deutschen Streitkräfte ununterbrochen „auf der Hut" sein – die Angst vor Spionage war übergroß und zeigte sich in mehreren Befehlen, Presseanmerkungen u.ä. Die Kriegsmarine warnte ihre Angehörigen vor Fremden und Spionen, da in einem so wichtigen Rüstungszentrum wie Gotenhafen der ausländische Nachrichtendienst mit allen Mitteln versuche, wichtige Informationen über den Stand der Rüstung zu erhalten. Spionageagenten sollen sich den Opfern in versteckter Form genähert haben, weshalb es zum Gebot der Stunde wurde, Vorsicht im Verkehr mit Fremden walten zu lassen. Eine wichtige Parole dieses Zeitabschnitts war „Landesverrat ist Kameradenmord!"[78] Auch das Fotografieren von verkehrswichtigen Anlagen wurde streng verboten[79].

---

[73] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 43 (Kosobucki).

[74] Die durchgeführten Torpedo-Tests bekamen nicht selten die Fischer zu spüren: Große Bereiche der Fischereigebiete wurden dazu systematisch gesperrt. Zu den in Hexengrund arbeitenden Torpedoproduktionswerken, den Kosten der Produktion eines Torpedos, Details ihres Baus sowie der Zahl der Angestellten in der Torpedoproduktion vgl. einen Bericht der polnischen Heimatarmee: Meldunek Pomorskiego Okręgu AK, skierowany przez Komendę Obszaru Zachodniego do Oddziału II KG AK, 10.II.1944 sowie Meldudenk Pomorskiego Okręgu AK, skierowany przez Komendę Obszaru Zachodniego do Odziału II KG AK, 18 II 1944, in: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER 1991, S. 152-157 und 158-160.

[75] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 401.

[76] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 438f.

[77] Bericht des Kommandants von Pomorski Okręg AK, płk. R. Ostrihansky, 16.V.1942, in: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER 1991, S. 145.

[78] APG 1038/1, Bl. 40, Marinehafenneubaudirektion Gotenhafen, Direktionsbefehle 1941-1945, Direktionsbefehl Nr. 164 vom 17.9.1941 betreffend Spionageabwehr.

[79] DV, 9.4.1942, Nr. 97, S. 4, „Das Photographieren verkehrswichtiger Anlagen verboten"; AOBG informierte im März 1943: „Unter Hinweis auf die amtliche Bekanntmachung in der Nr. 75 des ‚Danziger Vorposten' vom

Noch mehr Vorsicht war für die in Gotenhafen stationierten U-Boot-Besatzungen geboten. Für sie galt strengste Geheimhaltung. Besuche waren auf den U-Booten generell untersagt, allerdings konnte Gästen „mittwochs und sonnabends nach Dienstschluss, sonn- und feiertags ab 14 Uhr" der Aufenthalt in den Gemeinschaftsräumen der Unterkunft mit Genehmigung des U-Stützpunktleiters oder seines Vertreters erlaubt werden. Der Aufenthalt in den Kammern war jedoch ohne Ausnahme verboten. Der Empfänger des Besuchs hatte dafür Sorge zu tragen, „dass sein Besuch im Dienstbereich weder fotografiert, zeichnet oder malt oder sich Notizen über militärische Angelegenheiten macht."[80]

Die von den Behörden befohlene Vorsicht gegenüber Fremden wurde im Hafenalltag bis auf niederes und ziviles Personal übertragen. Nicht nur Militärs, U-Bootbesatzungen und Marine sollten auf der Hut sein, auch die Fischer hatten während ihrer täglichen Arbeit nach Ungewöhnlichem Ausschau zu halten. Oberfischermeister Stahlberg informierte die Fischer, dass „Kriegsgefangene versuchen, unter anderem auch durch feindliche Propaganda irregeführt, aus dem Gefangenlager auszubrechen und sich an Bord von den ins Ausland fahrenden Handelsschiffen zu schleichen. Zur Durchführung des Fluchtversuches werden Wasserfahrzeuge, auch die Kleinsten, benutzt". Um die Fluchtversuche zu erschweren, sollten die Fahrzeuge der Fischer, vor allem Ruder und Segel, unter Verschluss gehalten werden. Es war „strengste Pflicht jedes Fischers, Fluchtversuche von Gefangenen verhindern zu helfen."[81] Vom Fischer bis zum höchsten Machthaber wurden so alle in die Bedürfnisse und Pflichten der bedrohten Festung eingegliedert, wenngleich nicht alle den Anweisungen folgten[82].

Allerdings waren diese Vorkehrungen nicht ohne Grund. Polnische Untergrundmitglieder und polnischer Geheimdienst waren sehr an Informationen über die militärischen Anlagen, den Schiffsverkehr von und nach Gotenhafen, den Bau der hier stationierten und produzierten Einheiten, militärische Aktivitäten der hier stationierten U-Boot-Mannschaften usw. interessiert. Viele von Polen beschaffte Informationen stießen auf großes Interesse bei den Engländern[83]. Die Rolle des Hafens Gotenhafen erkennend, beauftragten diese den polnischen Geheimdienst mit der Beschaffung von täglichen Informationen über die Kriegsschiffe im

---

17.3.1943 mache ich nochmals alle Gefolgschaftsmitglieder darauf aufmerksam, dass ganz Gotenhafen Festungsgebiet ist. Aus diesem Grunde ist für die Dauer des Krieges das Photographieren nicht nur an der Küste, am Strand und am Hafen und auf den Promenaden, sondern auch auf allen Straßen und Plätzen, also in der gesamten Öffentlichkeit verboten", in: AOBG, 30.3.1943, Nr. 7, „Photographierverbot."

[80] BArch RM 89/46, Unterseebootsstäbe der Kriegsmarine, U-Stützpunkt Gotenhafen, Stützpunkt-Befehl von Korvettenkapitän und Stützpunktleiter Frijus-Plessen vom 10.2.1944.

[81] APG-Gdynia 218/5, Oberfischmeisteramt Gotenhafen, Rundschreiben des Fischeramts Gotenhafen; Fischmeisteramt Gotenhafen an den Fischergruppenleiter in Danzig-Gr. Waldorf vom 24.6.1940; APG-Gdynia 218/5, Schreiben des Oberfischmeisteramts Gotenhafen (Fischereiamt für die Küstengewässer) an Fischergruppenleiter Röschke betreffend Überwachung der Wasserfahrzeuge vom 8.3.1943.

[82] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 432.

[83] Ebd., S. 411ff.

Hafen, die stationierten Einheiten und Invasionskräfte sowie die Mengen an Panzern, Soldaten und Waffen[84].

Arbeitskräfte und Arbeitsbedingungen im Hafen und in der Werft

Mit dem Ausbau der Werft waren dort immer mehr Arbeiter beschäftigt worden, und auch das Außenarbeitslager Gotenhafen, eine Niederlassung des KZ-Lagers Stutthof, sorgte für ununterbrochenen Zufluss von Arbeitskräften[85]. Bei einer Sitzung der Danziger Hafengesellschaft am 22.8.1944 wurde festgestellt, dass zu diesem Zeitpunkt 5.261 Hafenarbeiter in Danzig und Gotenhafen beschäftigt waren. Darunter befanden sich 642 Italiener, 54 Franzosen, 2.337 Sowjet-Kriegsgefangene, „ferner Ostarbeiter und Polen". Es wurden zeitgleich für Danzig weitere 500 und für Gotenhafen weitere 400 neue Arbeiter angefordert[86]. Am 7.11.1944 konnte die Danziger Hafengesellschaft zufrieden bestätigen, dass die 900 Kriegsgefangenen für den Hafenbetrieb nunmehr angekommen seien[87].

Die hohe Zahl von „Ostarbeitern und Polen" ist im Gotenhafener Kontext umso interessanter, weil noch Mitte 1940 Hitler die Idee äußerte, alle polnischen Hafenarbeiter durch holländische zu ersetzen. Nicht nur die Stadt, sondern auch ihr Hafen sollten „ganz deutsch" werden. Alle Polen seien gemäß diesem Entschluss aus Gotenhafen „herauszunehmen"[88]. Die Anwerbung von Niederländern, Dänen und Norwegern, die als „germanisch" galten, für die östlichen Gebiete war ein weiterer Teil der geltenden Politik zur Neugestaltung des deutschen Ostraumes[89]. Der Austausch polnischer gegen holländische Hafenarbeiter scheiterte nicht zuletzt an den allgegenwärtigen Logistikproblemen – es konnte keine Unterkunft für eine so große Gruppe potenzieller Arbeiter gefunden werden[90]. Die polnischen Hafenarbeiter blieben schließlich bis zum Ende des Krieges in Gotenhafen. In der Reparatur-Werft sollen laut MA-

[84] Ebd., S. 422-452.
[85] E. GROT, M. ORSKI, Außenarbeitslager Gotenhafen, filia obozu koncentracyjnego Stutthof w Gdyni, in: Stutthof. Zeszyty muzeum, Nr. 9, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk, S. 38-58; M. GLIŃSKI, Organizacja obozu koncentracyjnego Stutthof, in: Stutthof. Zeszyty Muzeum, Nr. 3, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1979, S. 180.
[86] BArch RM 108/114, Oberkommando der Kriegsmarine, Kriegstagebuch der Kriegsmarinedienststelle Danzig 1.1.-31.12.1944, Notiz vom 22.8.1944.
[87] BArch RM 108/114, Notiz vom 7.11.1944.
[88] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 311, Arbeitsamt Gotenhafen an den Oberbürgermeister in Gotenhafen betreffend Austausch polnischer gegen holländische Hafenarbeiter.
[89] D. EICHHOLTZ, Unfreie Arbeit – Zwangsarbeit, in: D. EICHHOLTZ (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Reihe: Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, Bd. 9, S. 129-155.
[90] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 307, Schreiben der Verwaltung für beschlagnahmtes Vermögen an das Arbeitsamt Gotenhafen betreffend Austausch polnischer gegen holländische Hafenarbeiter vom 20.6.1940.

TUSIAK im Jahr 1943 40% der Besatzung Polen gewesen sein, während 35% Deutsche waren[91].

Die polnischen Hafenarbeiter betrieben auf recht diskrete Weise Sabotage in Form von absichtlicher Beschädigung verschiedener Maschinen und Halbprodukte, was den Anschein zufälliger Schäden haben sollte. Zur Sabotage zählten auch das sehr langsame Arbeiten, das Stehlen einiger Produkte wie edler Holzsorten oder Leder, die Brandstiftung auf einigen Schiffen (mehrere Brände auf der „Cap Arcona“ im November 1941) und Beschädigungen an den in der Gotenhafener Werft zur Reparatur liegenden U-Booten durch Angehörige der polnischen Geheimdienste, die dort als Elektriker tätig waren[92]. All das verursachte eine merkliche Verschlechterung der Produktqualität und Effizienz der täglichen Arbeit[93]. In Gotenhafen wurde ein durchdachtes und effizientes System zum Arbeitseinsatz der Bevölkerung umgesetzt. Das nicht sparsam mit Beamten besetzte Arbeitsamt hatte weitere Organisationen zur Hilfe, die die Arbeitsverhältnisse in der Stadt regulierten. Ein wichtiges Beispiel für die Arbeitsbedingungen zeigt die Arbeitsvermittlung in den Hafen und in die Werft. Die so genannte „Hafenvermittlung”, die eng mit dem Arbeitsamt zusammen arbeitete, organisierte für die Danziger Hafengesellschaft die benötigten Arbeitskräfte[94]. Die Arbeiter wurden von der Hafenvermittlung für bestimmte Aufgaben im Hafen abgesandt, die im Rahmen von Tages- oder Wochenarbeit erledigt werden mussten. Das hieß in der Praxis, dass viele Arbeiter, vor allem aus der polnischen Bevölkerung, sich jeden Tag spätestens eine Stunde vor Arbeitsbeginn (6 bis 7 Uhr morgens) in der Hafenvermittlung meldeten, um auf eine eventuelle Arbeitszuteilung zu warten. War keine Arbeit zu vergeben, musste der Arbeiter am nächsten Tag wiederkommen oder bis zum Schichtwechsel mit der entsprechenden Neuverteilung warten. Jeden Tag wurden die so genannten Evidenznummern jedes Arbeiters vorgelesen, um zu überprüfen, dass jeder seiner Arbeitspflicht nachkam[95].

[91] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 460; P. MATUSIAK, Ruch oporu w przemyśle wojennym okupanta, Warszawa 1983, S. 340.
[92] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 464.
[93] Ebd., S. 462f; P. MATUSIAK 1983, S. 338-340.
[94] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz.Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 3 (Wasilewski).
[95] Ebd., Bl. 4.

Schiffsverkehr im Hafen

Der deutschen Presse war zu entnehmen, dass „das erste große Schiff, welches in Gotenhafener Hafen einlief, das Linienschiff ‚Schlesien'" war. Am 10. und 11.11.1939 ankerte es im Kriegshafen[96]. Der neue Reichskriegshafen wurde von mehreren bekannten und großen deutschen Schiffen der damaligen Zeit besucht. Die Schlachtschiffe „Bismarck"[97], „Tirpitz", „Gneisenau" (ab 1.7.1942 außer Dienst)[98], die schweren Kreuzer „Prinz Eugen", „Admiral Hipper", die Torpedoboote „Tiger" und „Leopard" und das Schulschiff-Linienschiff „Schleswig-Holstein" wurden im Lauf der Zeit stolz als Gäste im Hafen aufgeführt. Von Gotenhafen aus fuhren große Kriegsschiffe, Schnellbote, Minensuchboote, U-Boote und Tankschiffe weiter in den Seekrieg und verfrachteten Soldaten, Munition und Proviant zu militärischen Einsätzen der deutschen Armee. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass angesichts des rapiden Absinkens der Treibstoffressourcen der Kriegsmarine, aufgrund derer schon im November 1941 „katastrophale Zustände" bei der Treibstoffversorgung vermeldet wurden, ein Teil der überaus kriegswichtigen Einheiten vor Anker in Gotenhafen bleiben musste[99].

Daneben wurde der Alltag im Hafen durch die tägliche Arbeit mehrerer Dampfer mit schönen Namen wie „Falke", „Nordstern" oder „Glattsee" sowie Schlepper und Kutter geprägt. Auch Eisbrecher und sogar ein Walfangmutterschiff waren gelegentlich zu sehen. Es gab zudem Liegeplätze für Schiffe, auf denen junge Kadetten untergebracht waren und ausgebildet wurden – dies waren insbesondere die Wohnschiffe „Monte Olivia", „Hansa", „Ozeana" („Oceana") und „Wilhelm Gustloff". Auch das Wohnschiff „Antonio Delfino", das als U-Stützpunkt diente, legte hier an[100]. Die Ziele der fast täglichen Fahrten einiger dieser Schiffe werden in den Kriegstagebüchern der Kriegsmarinedienststelle Danzig (ab 1944 mit Zweigstelle in Gotenhafen) detailliert mit allen Ein- und Ausfahrten in Danzig und Gotenhafen ausgewiesen.

Ein gutes Beispiel für die Nutzung des Hafens durch verschiedene Schiffe geben einzelne Fragmente der Statistiken aus dem Winter und Frühjahr 1942. Am 8.1.1942 traf morgens der Dampfer „Brake" mit 612 Rekruten, sechs Begleitunteroffizieren und einem russischen Zivilgefangenen in Gotenhafen ein, am 17.1. lief er um die Mittagszeit mit 558 Rekruten und neun Mann Begleitpersonal mit Fahrtziel Libau wieder aus. Allerdings sorgten die neuen Rekruten für eine verspätete Abfahrt, da sie nicht alle pünktlich bereit standen. Der

[96] DV, 28.1.1940, Nr. 27, S. 28, „Trotz Eisbildung Schifffahrt unbehindert."
[97] vgl. B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 422.
[98] E. GRÖNER (Hrsg.), Die Schiffe der deutschen Kriegsmarine und Luftwaffe 1939-1945 und ihr Verbleib, München 1972, S. 15.
[99] A. TOOZE 2007, S. 568f. u. 679f.
[100] BArch RM 89/46, Unterseebootsstäbe der Kriegsmarine, U-Stützpunkt Gotenhafen, Luftschutzordnung für den U-Stützpunkt Gotenhafen vom 10.2.1944.

Dampfer „Brake“ nahm ferner am 1.2.1942 Urlauber aus Neufahrwasser und Rekruten aus Gotenhafen mit nach Libau. Ferner liefen am 2.4.1942, einem für den Hafen recht ereignisreichen Tag, vier Dampfer in Begleitung des Eisbrechers „Ostpreussen“ nach Libau aus. Im Einzelnen waren das der Dampfer „Bahia Camarones“ mit 1.300 Tonnen Stroh, der Dampfer „Elbe“ mit 1.800 Tonnen Kohle, der Dampfer „Siegfried“ mit 500 Tonnen Hafer sowie der Dampfer „Pr. Holland“ mit 1.000 Tonnen Kohle und 120 Tonnen Stückgut. Unter den weiteren Zielen der Schiffe, die im Zeitraum von 15.4.1940 bis 31.12.1943 von Gotenhafen aus abfuhren, waren auch Lulea, Emden, Stettin, Reval, Hamburg, Göteborg, Riga und Kopenhagen[101].

Im Jahr 1944 änderten sich die Ziele und vor allem die Ladung der Schiffe grundlegend. Wegen der unruhigen Zeiten und des Kriegsverlaufs wurde in Gotenhafen eine Zweigstelle der Kriegsmarinedienststelle eröffnet. Diese neu eingerichtete Zweigstelle meldete im August 1944 die ersten Flüchtlingstransporte, deren Ausmaße schon zu diesem Zeitpunkt verwunderten, obwohl sie nur der Anfang der riesigen Flüchtlingsodyssee waren. So sei beispielsweise am 3.8.1944 das Schiff „Netzleger IX eingelaufen mit 408 Flüchtlingen aus Baltischport“ sowie der Dampfer „Celebes“ mit 2.400 Flüchtlingen aus Memel. Neben den Flüchtlingen aus dem Osten waren auch Gefangene an Bord, beispielsweise am 5.8.1944 3.255 Gefangene an Bord des aus Riga eingelaufenen Transporters „Mar del Plata“. Am 13.8.1944 sah es beispielsweise folgendermaßen aus:

> „T. ‚Lappland’ mit 500 Mann der russischen Freiwilligen Armee und 1.150 Frauen für den Arbeitseinsatz eingelaufen; T. ‚Moero’ mit 1.597 Flüchtlingen (einschließlich 400 Kindern unter 10 Jahren) eingelaufen“; am 15.8.1944 „T. ‚Celebes’ eingelaufen mit: 3.962 Sowjet-Gefangenen, 80 Bewachern, 100 SS-Letten, 16 Fahrzeugen, 107 Tonnen Truppengut und 98 Mann aus Riga.“[102]

Vom 31.12.1944 liegt nach fünfmonatigem Einsatz der am 1.8.1944 errichteten Zweigstelle Gotenhafen des Oberkommandos der Kriegsmarine K.M.D. Danzig ein Bericht vor, der nicht ohne Stolz die Leistungen der Behörde zusammenfasst:

> „Einlaufend: 329 Schiffe wurden empfangen, davon 253 mit nachfolgender Ladung: 204.932 Personen davon: 85.671 Flüchtlinge, 74.504 Soldaten, 28.580 Verwundete,

[101] BArch RM 108/113, Oberkommando der Kriegsmarine, Kriegstagebuch der Kriegsmarinedienststelle Danzig, Bd. 1 vom 15.4.1940 bis 31.12.1943.
[102] BArch RM 108/119, Oberkommando der Kriegsmarine K.M.D. Danzig, Zweigstelle Gotenhafen, 1.8.1944-28.2.1945, Notiz vom 13.8. und 15.8 1944.

13.618 Gefangene, 2.559 verschiedene, 12.503 Pferde, 10.702 Fahrzeuge (dabei viele LKW und PKW), 39.012 t Güter aller Art, 48.463 Sack Feldpost.
Ausgehend: 240 Schiffe, davon 128 mit folgender Ladung, jedoch keineswegs ausgelastet: 7.494 Personen, 1.420 Pferde, 1.282 Fahrzeuge, 116.811 t, Muni-Gerät u. Verpflegung, 8.640 Sack Feldpost.“[103]

Ab Oktober 1944 bekam der Hafen eine neue Aufgabe, der ausführlich das Kapitel 6 „Letzte Tage der NS-Stadt und Flucht der Deutschen“ gewidmet ist. Verwundete, Flüchtlinge aus den Ostgebieten samt Gepäck[104], Güter, Rohstoffe und Tiere aus dem Baltikum und Ostpreußen wurden nach Gotenhafen gebracht. Für die meisten Flüchtlinge bedeutete das jedoch nur einen kurzen Zwischenstopp auf dem weiteren Weg ins „Altreich“.

Interessanterweise blieb der schon mehrfach erwähnte Konflikt des Oberbürgermeisters mit der Kriegsmarine trotz der ernsten militärischen Lage und der Frontnähe Ende 1944 und Anfang 1945 beim Alten. Beschuldigungen und Forderungen prägten die Kontakte. Ein beinahe kleinliches Beispiel dafür ist ein Briefwechsel vom Oktober 1944 zwischen dem Oberbürgermeister und dem Küstenbefehlshaber über einen Schaden, der aufgrund einer zu hektischen Unterbringung von Pferden auf dem Bauhof der Grundstücksgesellschaft Gotenhafen zustande gekommen war. Anlässlich der Rückführungen aus den Ostgebieten wurden in einem Schiffstransport 700 Pferde nach Gotenhafen gebracht. „Infolge des sofortigen Wiederauslaufens des Schiffes während der Nachtzeit“ wurden die Pferde in der Dunkelheit entladen und trampelten beim Trieb auf den Bauhof auch die dort befindlichen Gärten nieder. Der Oberbürgermeister vergaß in seiner Schadensersatzforderung an die Kriegsmarine keinen einzigen zerstörten Salatkopf und keine Kartoffelpflanze. Die lange Schadensliste enthielt Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Kohlrüben, Kohlrabi, Möhren und Kartoffeln und summierte sich auf eine an die Kriegsmarine gerichtete Schadensersatzforderung von 113 Reichsmark[105].

[103] BArch RM 108/119, Oberkommando der Kriegsmarine K.M.D. Danzig, Zweigstelle Gotenhafen, 1.8.1944-28.2.1945, Notiz vom 31.12.1944.
[104] BArch RM 108/14, Notiz von 8.11.1944.
[105] BArch RM 31/4178, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Entschädigung für die durch die Kriegsmarine in Gotenhafen übernommenen Vermögensobjekte, Schreiben des Küstenbefehlshabers mittl. Ostsee Gotenhafen an das Marineoberkommando Ostsee-Oberverwaltungsstab Kiel betreffend Schäden infolge unsachgemäßer Unterbringung von Pferden auf dem Bauhof der Grundstücksgesellschaft Gotenhafen vom 22.10.1944.

Gotenhafen als Stadt der Kriegsmarine

Wie schon beim Thema des Gotenhafengesetzes angedeutet, hatte die Kriegsmarine spätestens seit Inkrafttreten des Gesetzes eine beinahe unangefochtene Position in Gotenhafen erlangt. Hält man sich die Anzahl der Grundstücke, die die Marine in der Stadt besaß, den mächtigen Hafen[106] und die Werften sowie die Zahl der hier stationierten und geschulten Marineangehörigen vor Augen, wird klar, dass es eigentlich die Kriegsmarine war, die die Stadt bewirtschaftete und dort das Sagen hatte. Schon im Oktober 1939 meldete die Kriegsmarine einen Wohnbedarf von etwa 5.200 Wohnungen für Offiziere, Beamte, Angestellte und Arbeiter[107]. Im Dezember 1939 änderte die Marine dann den Verwendungszweck bestimmter ihr zugesagter Gebäude. So wurde z.B. nach der Besichtigung der vorhandenen Gebäude entschieden, dass u.a. das Auswandererlager als Truppenunterkunft benutzt werden, das Bananenlager dem Verpflegungsamt als Unterkunft dienen sollte und die Lager und Gebäude des polnischen Tabakmonopols für das Bekleidungsamt geeignet erschienen (obwohl das Lager zu diesem Zeitpunkt komplett mit dem Umzugsgut der Rückwanderer belegt war).

Selbstverständlich hatte auch die gesetzliche Stadtverwaltung einen festen Platz und ein Mitspracherecht beim Regieren der Stadt, doch war die vorwiegende Widmung Gotenhafens zum Kriegshafen zu keinem Zeitpunkt zu übersehen. Auch bei NS-Feiern, Eröffnungen, Propagandaveranstaltungen usw. war die Kriegsmarine stets präsent und übernahm dabei nicht selten die Rolle einer Lokalgewalt. Sie und ihre Angestellten wurden zu einem Vorzeigeobjekt der Stadt, teils als eine Art Maskottchen („Blaue Jungs"), die bei den Kulturprogrammen des Kriegsmarineorchesters spielten und die Paraden an Feiertagen durchführten, teils als Identifikationsobjekt für die deutsche Herrschaft vor Ort. Sie avancierte zu einem konstanten Element der Rhetorik über die Stadt. Gotenhafen war *die* Stadt der Kriegsmarine.

---

[106] Ende November 1944 wurde ein Plan des Hafengebietes Gotenhafen zum Dienstgebrauch geschaffen, auf dem im Maßstab 1: 5.000 die Grundeigentumsverhältnisse bezeichnet waren. Die Besitzer der 32 Grundstücke im Hafengebiet konnten, so weit sie deutsch waren oder während des Krieges eingedeutscht wurden, theoretisch mit einer Entschädigung rechnen. Die polnischen Eigner hatten kein Recht darauf. Neben polnischen Namen stand immer, so wie z.B. bei einer Parzelle von Gurski mit der Fläche von 16.080m²: „Entschädigungsfestsetzung ist nicht erst beantragt, da Gurski Pole ist und Polen keine Entschädigung erhalten", vgl. BArch RM 31/3550, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Nachweisung zum Plan Hafengelände allgemein, Plan des Hafengebietes Gotenhafen im Maßstab 1:5.000 vom 11.11.1944. Generell war die Entschädigung für durch die Kriegsmarine übernommene Vermögensobjekte eine heikle Angelegenheit, da die Kriegsmarine sich weigerte zu zahlen. Oberregierungsrat Brien der Behörde des Regierungspräsidenten Danzig schrieb an den Reichsminister des Innern, dass sowohl die Treuhandstelle Ost Gotenhafen sowie die Kriegsmarine die Entschädigungszahlung verweigerten, Brien nannte bspw. den Fall des dänischen Generalkonsulats Danzig, das Anträge für einige dänische Staatsbürger gestellt hatte, „die Ersatz für Räumungsschäden angemeldet haben, die im September 1939 entstanden sind", vgl. BArch RM 31/4178, Schreiben des Oberregierungsrats Brien (Feststellungsbehörde des Regierungspräsidenten in Danzig) an den Reichsminister des Innern vom 14.3.1943.

[107] BArch R 69/1221, Bl. 18, Schreiben an das Reichssicherheitshauptamt z. Hd. von SS-Standartenführer Ohlendorf betreffend die Unterbringung von Behörden, Dienststellen usw. in Gotenhafen mit Berichtigung des Fernschreibens Nr. 36 vom 19.10.39; zu Otto Ohlendorf, SS-Gruppenführer, Amtschef III des Sicherheitsamtes (RSHA, SD-Inland) vgl. E. KLEE 2005, S. 443.

Anderseits blieb sie auch unbeirrt ein entscheidender Spieler im Ringen um die Macht bei der Gestaltung des Alltags der Einwohner. Sie trat als Grund- und Immobilienbesitzer auf (sie verwaltete beispielsweise das architektonische Symbol der Moderne in Gdingen – das Kühlhaus mit 10.000 qm Lagerfläche und 7.000 qm Kühlräumen[108]). Sie war der per Gesetz auserwählte Besitzer der Stadt, der große Arbeitgeber und Verantwortliche für den Erfolg der Gefechte im Seekrieg. Tatsächlich hätte Gotenhafen die Gestalt und Bedeutung, die es während des Krieges nach und nach erhielt, sowohl auf symbolisch-propagandistischer als auch auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene, ohne die Kriegsmarine und die stark vorangetriebene Kriegsproduktion in den Werften nicht ansatzweise erhalten. Diese Tatsache war auch dem ambitionierten Oberbürgermeister bewusst.

Gotenhafen sollte langfristig die deutsche Kriegsmarinebasis des Ostens werden, und daran arbeitete man hart[109]. Für die Arbeit der Marine wurden Angestellte aus allen Teilen des Reiches, bevorzugt aus ihrer bisherigen Zentrale in Kiel, herbestellt. So konnte es auch nicht verwundern, wenn in den Standesamtsnachrichten zu lesen war, dass zwei hier frisch vermählte Frauen aus Kiel stammten[110]. Gerne wurde insbesondere von der Presse und in Büchern die Meeressymbolik in Zusammenhang mit der Anwesenheit der Marine und der Wichtigkeit ihres Kriegseinsatzes hervorgehoben: „Warm strich der Juniwind über die rauschwarzen Schuppen am Kai von Gotenhafen“, „An der Pier dümpelten sacht die blaugrauen Leiber von Minensuchbooten.“[111] Gotenhafen wurde von der Presse auch direkt als *die* deutsche „Kriegsmarinestadt“ angesprochen[112]. So wurden auch die Feierlichkeiten zum Heldengedenktag im Jahr 1944 „im Zeichen der Marine“ begangen. Im „Danziger Vorposten“ erschien dazu folgender Artikel:

---

[108] BArch RH 53-20/35, Wehrkreiskommando XX Danzig, Reichsgau Danzig-Westpreußen, militärgeographische Übersicht unter besonderer Berücksichtigung der vormals polnischen Gebiete, abgeschlossen am 1. März 1940, Objektverzeichnis Gotenhafen.

[109] DV, 14.9.1940, Nr. 253, S. 10, „Die Stadtverwaltung in Gotenhafen. Nach Beendigung des Krieges wird die Stadt neu gestaltet.“

[110] DV, 23.7.1940, „Gotenhafener Standesamtsnachrichten.“

[111] Hier lohnt es sich doch, einen Teil des Buchkapitels „Seekrieg im Osten“ zu zitieren. Der „warm streichende Juniwind“ hatte in Gotenhafen den baldigen Seekrieg gegen die „Bolschewiken“ ankündigen sollen: „Warm strich der Juniwind über die rauschschwarzen Schuppen am Kai von Gotenhafen. Flirrend lief die Sonne über das vielgeästelte Netz der Schienen und stach blendend aus den Spiegelflächen der Wellen. An der Pier dümpelten sacht die blaugrauen Leiber von Minensuchbooten. Vor wenigen Tagen erst legten sich die Festmachleinen um die Poller. Aus Rostock kamen die Boote, aus Lübeck und Memel, um sich nach kurzer Werftzeit zur Flottille zu sammeln, dann im Bunde mit einem Minenschiffsverband Vorübungen zu fahren für ein wichtiges Unternehmen. [...] Vom Mannschaftslogis wehten Fetzen abgerissener Radiomusik in den Unteroffiziersraum hinein. ‚Ich habe heute Post bekommen. Was mein Bruder ist, der steht in Königsberg bei den Panzerjägern, scheinen ordentlich viel da zusammenzuziehen. Ob die Bolschewiken da was vorhaben? Ein Überfall wär’ dem Sowjetpack schon zuzutrauen!‘“, in: W. RAICHLE, „M-Boote fegen die Ostsee rein!“, in: Seekrieg im Osten. Der Kampf der deutschen Kriegsmarine gegen die Sowjets, Hrsg. von der Marine-Propaganda-Abteilung Nord, Leipzig 1943, S. 85.

[112] DNN, 21./22.2.1942, Nr. 44, S. 8, „Gotenhafen vor großer Entwicklung. Der Gauleiter über die Zukunft der Kriegsmarinestadt.“

„An den Gräbern der Opfer des Terrorangriffs angloamerikanischer Flieger [haben] die Kameraden der Kriegsmarine auf dem Ehrenfriedhof und am Gedenkstein in Oxhöft Kränze niedergelegt. Zur Kranzniederlegung in Oxhöft war eine Ehrenabteilung der Kriegsmarine und des Heeres angetreten. Ein Musikkorps der Kriegsmarine spielte den Trauermarsch aus der ‚Eroica' von Beethoven, und bei dem Liede vom guten Kameraden wurde die Erinnerung lebendig an die gefallenen Soldaten, die das im September 1939 wiedergewonnene Land mit ihrem Blute weihten. [...] Nach einer feierlichen musikalischen Einstimmung gab Konteradmiral Plath [Befehlshaber Mittlere Ostsee, Anm. MS], der wenige Stunden zuvor Nachricht vom Heldentod seines Sohnes erhalten hatte, den Empfindungen deutscher Menschen Ausdruck, die sich versammelt hatten, um jener zu gedenken, die im Kampf um unser Recht und unser Dasein ihr Leben gegeben haben."[113]

Die Hafenfläche wurde schnell aufgeteilt und umdisponiert. Laut einer „Aktennotiz von der Tagung des Ministerrates für die Reichsverteidigung am 13. Oktober 1939 über die wirtschaftliche Ausbeutung des okkupierten Polen" traf Göring unter anderem die Entscheidung, dass der südliche Teil des Hafens für die Wirtschaft, genau genommen für den Kohleumschlag verbleiben sollte, der nördliche Teil dagegen „bevorzugt für die Marine" bestimmt sei[114]. Ab 22.10.1939 umfasste der Marinefestungsbereich Gotenhafen die Gemeinden Strelin (Strzelno), Putzig (Puck), Kossakau (Kosakowo), Rahmel (Rumia), Gotenhafen und die Halbinsel Hela (Hel)[115]. Die Kriegsmarine blieb bis zum Ende des Krieges gegenüber der Stadtgemeinde in einer privilegierten Situation. Auch in den schwierigen Monaten des Jahres 1945 wurde von den durch die Gotenhafengesetze zugeteilten Privilegien nicht abgesehen[116].

Das Stadt- und vor allem das Hafengebiet wurden völlig mit Marineeinrichtungen durchsetzt. Dies waren u.a. die Festigungskommandantur Gotenhafen, das Amt des Küstenbefehlshabers der östlichen Ostsee, die Torpedo-Versuchsanstalt in Oxhöft, das Kriegsmarinearsenal, das Torpedoarsenal, Kasernen und Dienstgebäude in Oxhöft, die Unterseebootsschule (2. Unterseeboots-Lehrdivision), das Marinelazarett (im ehemaligen polnischen Zollamt und

[113] DV, 13.3.1944, Nr. 72, S. 3, „Dem Gedenken der gefallenen Helden. Erhebende Feierstunden durch Wehrmacht und Partei – Kranzniederlegungen an Gräbern und Denkmälern."
[114] W. RÖHR (Hrsg.), Die Faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Köln 1989, S. 130f.
[115] BArch RH 53-20/12, Schreiben des Militärbefehlshabers Danzig-Westpreußen betreffend Festungsbereich Gotenhafen vom 22.10.1939.
[116] BArch RM 31/4434, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Mitteilungsblatt der Gotenhafenverordnung, Schreiben des Oberkommandos der Kriegsmarine an das Marineoberkommando Ostsee, nachrichtlich an den Admiral der östlichen Ostsee und Intendant beim Admiral östliche Ostsee vom 1.2.1945 betreffend die Bitte des Reichsminister des Innern an das Oberkommando der Kriegsmarine um §§2 u. 3. der Gotenhafenverordnung außer Kraft zu setzen. Die Antwort des O.K.M. unter gleicher Signatur.

Bezirkzollkommissariat errichtet), das Marine-Verpflegungsamt, die Marine-Hafenneubaudirektion im früheren polnischen Postgebäude und die Steuermannsschule in Grabau. Letztere war aus der ehemaligen polnischen Hochschule für Seehandel und Hafentechnik, der polnischen Seeschule und dem polnischen Gymnasium zusammengezogen worden[117]. 1944 sollen sie jedes halbe Jahr 300 ausgebildete Navigatoren verlassen haben[118]. Hinzu kamen noch die Küstenüberwachungsstelle, die Küstenschutzflotille, der Sperrkommandant Gotenhafen, die Nautische und Minenauskunftsstelle für Kriegsschiffe, die Marine-Hafenverwaltung und das Marine-Flak-Regiment, wobei die Aufzählung nicht vollständig ist[119].

Interessant ist es in diesem Zusammenhang auch zu wissen, welche Umstände die Einrichtung oder Übernahme bestimmter Gebäude und Institutionen der Marine begleiteten. Als Fallbeispiel soll hier die Übernahme der Waschanstalten der Kriegsmarine genannt werden. Im November 1939 wurde eine Kontrolle und Zählung der zur Verfügung stehenden Wäschereien durchgeführt. Die Anstalten befanden sich in ehemaligen Auswandererlagern in Adlershorst und in Oxhöft. Während der Kontrolle gemachte Entdeckungen ließen den Berichterstatter Dr. Michel erschaudern. Die Wäscherei im Auswandererlager könne deutschen Standards überhaupt nicht genügen. Dort fand er nur „ungeschultes und unzuverlässiges Personal (Polen)“ neben ungepflegten Maschinen vor, die nicht funktionierten. „Völlig vergraute, total befleckte Bettlaken, Wolldecken, die sich ganz hart und rau, jedenfalls nicht wie Wolldecken anfühlen“, so lautete die Zusammenfassung der dort angetroffenen Verhältnisse. Glücklicherweise wurde die andere kontrollierte Wäscherei in Adlershorst, wenngleich sie zu klein für die Wäschemengen der Marine war, als in Ordnung und benutzungsfähig befunden[120].

Bald ging jedoch eine weitere Beschwerde der Marine-Standortverwaltung Gotenhafen bei den Vorgesetzten in Kiel ein. Die „verantwortlichen Posten in der Waschanstalt“ sollen durch Personal besetzt worden sein, das „den gestellten Erfordernissen“ nicht gewachsen

---

[117] BArch RH 53-20/35, Der Reichsgau Danzig-Westpreußen, Militärgeographische Übersicht unter besonderer Berücksichtigung der vorher polnischen Gebiete, abgeschlossen 1. März 1940, Objektverzeichnis; BArch RM 31/3288, Gotenhafen. Wichtige Wehrmachtdienststellen am Orte, abgeschlossen im Juni 1943.

[118] „W dawnej Szkole Morskiej, obecnie „Steuermannschule” (Szkoła Sterników) wychodzi 300-tu nawigatorów w pół roku. Są to podofic[erowie] zawod[owi] Mar[ynarki] Woj[ennej] w stopniu mata idąc na szkołę, a wychodzą w stopniu bosmana (Obersteuermann). Kursy rozpoczynają się w styczniu i lipcu. Przyjmowani są tylko zasłużeni nacjonal[iści]. Szkolenie na dość wysokim poziomie. Kierownictwo i wykładowcy składają się przeważnie z ofic[erów] st[arszych]”, aus: Meldunek Pomorskiego Okręgu AK, skierowany przez Komendę Obszaru Zachodniego do Oddziału II KG AK, 10.2.1944, in: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER 1991, S. 155.

[119] BArch RM 31/3288, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Übersichtspläne der deutschen Ostseehäfen (Stützpunkte, Einsatzhäfen und sonstige Handelshäfen), Gotenhafen. Wichtige Wehrmachtdienststellen am Orte, abgeschlossen im Juni 1943.

[120] BArch RM 31/4409, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Angelegenheiten der Marinewaschanstalt Gotenhafen. Einrichtung eines öffentliches Hauses in Gotenhafen, Bericht über die Ergebnisse der Besichtigung zweier Wäschereien im Standort Gotenhafen vom Ende November 1939.

sei. Hier waren ausnahmsweise nicht Polen gemeint, sondern ein estnischer Waschmeister, der der deutschen Sprache nicht mächtig war. Die Baltenaktion hinterließ ihre Spuren also auch hier. Im Dezember 1939 fand sich schließlich eine vorläufige Lösung. Demnach sollte „bis auf weiteres“ das Schiff „Robert Ley“ in Gotenhafen vor Anker liegen, das über eine große Wäscherei mit chinesischem Personal verfügte. Daher wurde empfohlen, diese Wäscherei „als Zwischenlösung für die Reinigung der Standortwäsche einzuschalten.“[121]

Die Pläne, die die Marine mit Gotenhafen hatte, waren langfristig und weitsichtig angelegt, man plante bereits für den Frieden[122]. Nach dem Krieg sollte viel Neues in der Stadt gebaut werden. So waren z.B. zwei Schulen, je eine für Verwaltung und eine für Technik, geplant. Diese Fachschulen hatte man auf den Gemarkungen Grabau oder Oxhöft vorgesehen, „damit sie nicht von den geplanten militärischen Anlagen losgelöst werden.“ Im Jachthafen plante man an der Stelle eines unvollendeten Rohbaus ein Clubhaus für den Marineregattaverein[123]. Auch hatte man den Bau einer marineärztlichen Akademie in Koliebken in Aussicht genommen[124].

Was allerdings am meisten eilte, hatte nicht viel mit Clubhäusern und Schulen zu tun. Die Kriegsmarine brauchte an ihrem neuen Stützpunkt einen Friedhof. Die Neuanlage eines eigenen Garnisons- und Ehrenfriedhofs erwies sich unter den hiesigen Bedingungen als nicht einfach. Seit 1940 wurden von Seiten der Kriegsmarine Begutachtungen möglicher Standorte vorgenommen. Dazu zählte neben dem städtischen Waldfriedhof der Dorffriedhof von Oxhöft mit der nahe gelegenen Kirche. Diese kleine, mittelalterliche Kirche in Oxhöft „könnte zu einer Ehrenhalle ausgebaut werden, die vor allem der Erinnerung an die Kämpfe um Oxhöft dienen könnte“. Das Dorf Oxhöft selbst hätte dann mit seiner vollständigen Aussiedlung rechnen müssen. Allerdings hatte auch das Gelände des Waldfriedhofes seine Reize: Die Weitläufigkeit und der „hochwaldartige Baumbestand“ boten offenbar besondere Gestaltungsmöglichkeiten[125]. Die Pläne erwiesen sich jedoch schon bald als zu weit reichend. Zwei

[121] BArch RM 31/4409, Schreiben an die Marineintendantur Kiel betreffend die Waschanstalt Gotenhafen vom 4.12.1939.
[122] BArch RM 31/4178, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Entschädigung für die durch Kriegsmarine in Gotenhafen übernommenen Vermögensobjekte, Schreiben des Kommandos der Marinestation der Ostsee an die Marine-Intendantur, betreffend die Fachschule Gotenhafen vom 3.1.1942.
[123] BArch RM 31/3541, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Parzellenkauf in Gotenhafen. Zusammenfassung aus der Besprechung in Gotenhafen betreffend laufende Verwaltungsfragen in Gotenhafen vom 1.8.1944.
[124] BArch RM 31/4401, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Grunderwerb Marineärztliche Akademie Gotenhafen, Schreiben an Oberintendanturrat Kreplin im Oberkommando der Kriegsmarine betreffend Gelände für eine marineärztliche Akademie vom 24.5.1940.
[125] BArch RM 31/4353, Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945, Friedhofsangelegenheiten, Schreiben des Marine-Standortbauamtes Gotenhafen an Marine-Intendantur Kiel betreffend Anlage eines Garnisonsfriedhofes der Kriegsmarine in Gotenhafen vom 1.11.1940.

Jahre nach den ersten Planungen wurde der Realzustand von der Marine-Standortverwaltung Gotenhafen folgendermaßen beschrieben (s.a. Abb. 19 u. Abb. 20): Nur ein kleiner Teil des der Evangelischen Gemeinde Gotenhafen gehörenden Friedhofes konnte für den Militärfriedhof in Anspruch genommen werden.

> „Vorerst war nur Platz für etwa 10 Gräber vorhanden. Im Laufe des Jahres wurde Platz für weitere 15 Gräber geschaffen. Da diese Anlage bei weitem auch nicht ausreichend den Bedürfnissen entsprach, ergab sich die Notwendigkeit der Erweiterung der Anlage. [...] So entschloss sich die Verwaltung durch ein Arbeitskommando von 50 Soldaten und 50 Kriegsgefangenen zu der Durchführung der Arbeiten, da, wie gesagt, die Schaffung eines Friedhofes an anderer Stelle nicht möglich war. [...] Der Friedhof besteht in seiner Anlage aus drei Teilen, die terrassenförmig abgestuft zueinander liegen. [...] Um anlässlich von militärischen Feiern (Heldengedenktag, Totenfest) die Ehrung gefallener bzw. verstorbener Soldaten würdig zu gestalten, war auch die Schaffung eines Monuments erforderlich. Das Monument ist aus Sandstein hergestellt. [...] Das Eiserne Kreuz dazu ist ebenfalls in eigener Werkstatt angefertigt.“[126]

[126] BArch RM 31/4353, Marine-Standortverwaltung Gotenhafen an Marine-Intendantur Kiel betreffend die Schaffung eines Militärfriedhofes in Gotenhafen vom 15.10.1942.

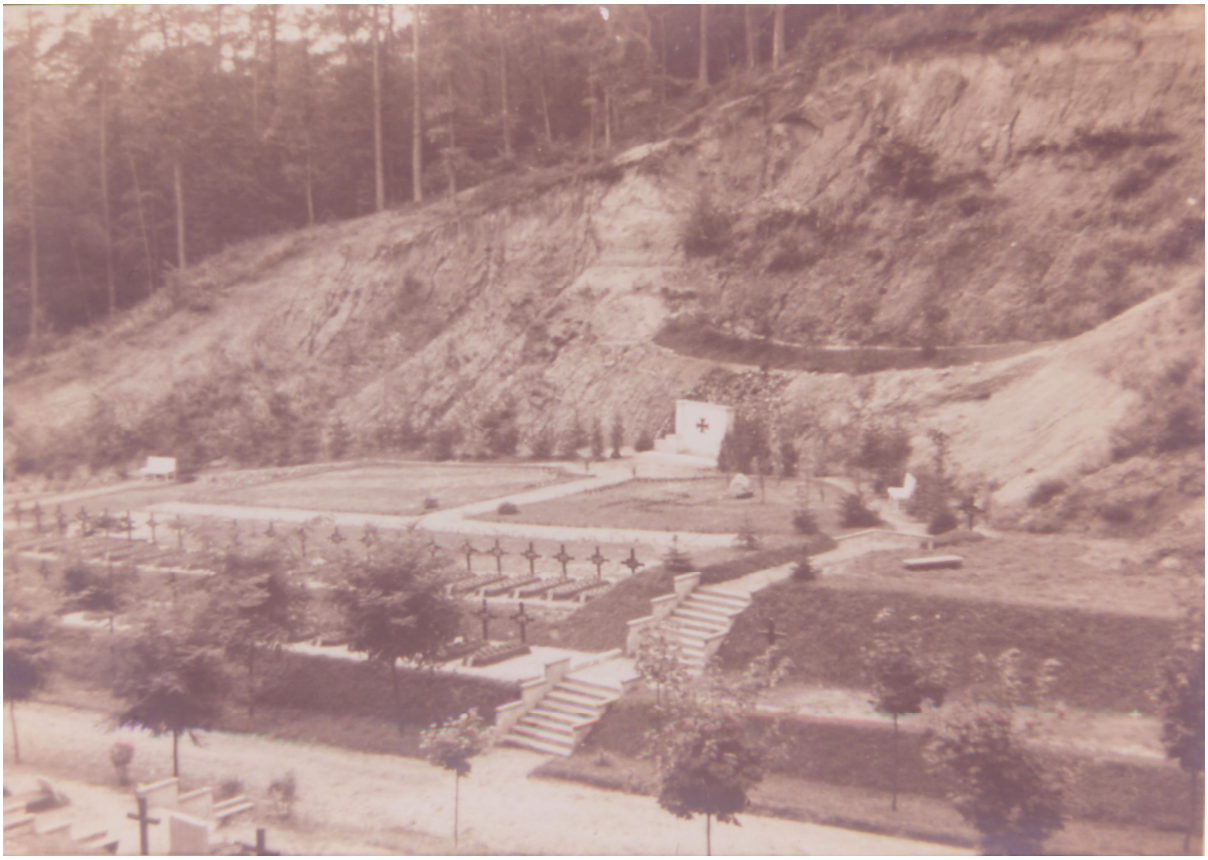


Abb. 19: Neu errichteter Friedhof der Kriegsmarine, Quelle: BArch RM 31/4353 (Foto befand sich im weißen Umschlag mit dem Stempel „Flottenkommando“).

Der Marine-Friedhof Oxhöft unterstand dem Seeamt und ging nicht wie alle konfessionellen Friedhöfe Gotenhafens ins Eigentum der Stadt über[127]. Allerdings versuchte die Kriegsmarine auch nach der Einrichtung ihres Friedhofs in Oxhöft Platz für einen weiteren Friedhof zu reservieren. In der ersten Hälfte 1944 hat die Stadt zunächst ein günstiges Gelände angeboten, auf dem die Kriegsmarine dann „nördlich des Weges von der Hans-Schemm-Straße nach Gut Völzendorf die Anlage eines Waldfriedhofes“ plante. Trotz des Verbots von Neuplanungen in der Kriegszeit sollte dieser Plan bald „in Angriff genommen werden, weil das vorhandene Gräberfeld der KM auf dem städtischen Friedhof in absehbarer Zeit belegt sein wird.“[128]

[127] APG-Gdynia 650/1682, Schreiben an das Garten- und Friedhofsamt Gotenhafen betreffend die Regelung der Friedhofsverhältnisse; in Oxhöft befand sich vor dem Krieg der Marine- und Militärfriedhof. Im Mausoleum, das sich auf dem Friedhof befand, wurden die sterblichen Überreste von Generall Orlicz-Dreszer beerdigt. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde der polnische Militärfriedhof wahrscheinlich im Zeitraum zwischen Ende Oktober und zweiter Hälfte November 1939 hoffnungslos zerstört, vgl. J. DWORAKOWSKI, Kształt pamięci. Gdyńskie cmentarze, Gdynia 2004, S. 7-9.

[128] BArch RM 31/3541, Parzellenkauf in Gotenhafen. Besprechung laufender Verwaltungsfragen in Gotenhafen, Niederschrift über die Besprechung am 6.-8.10.1943 laufender Verwaltungsfragen in Gotenhafen (u.a. Entschädigungsfragen Seuchen und Quarantäne-Krankenhaus Hexengrund sowie Erschaffung des Standortfriedhofs.

Abb. 20: Ehrendenkmal auf dem Kriegsmarinefriedhof, Detailansicht. Quelle: BArch RM 31/4353.

Das Bordell als typisches Merkmal einer Hafenstadt

Ob in Friedens- oder Kriegszeiten, jede Hafenstadt hat auch den unrühmlichen Ruf eines Vergnügungsortes, der den wenigen Ansprüchen der ankommenden Seeleute etwas zu bieten hat[129]. Einkaufsmöglichkeiten, ein Kino, Restaurant, Tanzlokal und ein Bordell – diese Mindestausstattung wurde von einer Stadt dieser Größe von den oft nur stundenweise hier verweilenden Kriegsmarinesoldaten erwartet. In einer Erinnerungsschrift heißt es dazu: „Nicht nur der große Hafen mit seinen neuzeitlichen Einrichtungen fand die allgemeine Anerkennung unserer ‚Blauen Jungs', auch in der Stadt selbst mit ihren Lokalen und ihren Mädchen fühlten sie sich rasch ‚zu Hause'."[130] So leicht diese Aussage klingt, bereitete es doch mehreren Behörden große Schwierigkeiten, in Gotenhafen ein Bordell einzurichten. Bei dieser Gelegenheit entflammte sogar ein Kompetenzstreit zwischen der Marinestandortverwaltung, deren Vorsitzendem in Kiel sowie der eigentlichen Stadtverwaltung.

Das Kommando der Marinestation der Ostsee schrieb an die Vorgesetzten in Berlin, dass „aus disziplinären und sanitären Gründen sowie aus abwehrmäßigen Gesichtspunkten [...] eine dringende Notwendigkeit [besteht,] ein öffentliches Haus in Gotenhafen einzurich-

[129] vgl. Tygodnik Morski, Nr. 7, 15.2.1959, S. 5.
[130] O. RIEDEL-KONITZ, Gotenhafen wandelte das Gesicht, in: Der Westpreuße, Nr. 7, 1.4.1954.

ten“, u.a. da es schließlich die Marine sei, die ein Hauptinteresse daran habe. Bereits im Dezember 1939 stellte die Stadtverwaltung ein Gebäude für diesen Zweck zur Verfügung:

> „Die bereits bei der Stadt eingeleiteten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass seitens der Stadt im Benehmen mit dem Polizeipräsidenten ein Haus mit 60 Zimmern und entsprechenden Nebenräumen zur Verfügung gestellt wird. Die Stadt hat dieses Haus renoviert und baulich bereits so hergerichtet, dass mit der Einrichtung sofort begonnen werden kann.“[131]

Es stellte sich heraus, dass die Einrichtung eines Bordells wegen der auf Kriegsproduktion eingestellten Wirtschaft eine schwierige Aufgabe war. Die benötigten umfangreichen Mengen an Wäsche und Gardinen waren im Altreich nicht zu bekommen. Anfang Februar 1940 „hat der Vertreter der Stadt der Festungskommandantur [daher] vorgeschlagen, auf Grund bekannt gegebener Einkaufsquellen die Wäsche usw. in Lodsch zu kaufen.“[132] Leider fehlte es schließlich auch am Geld, um alle nötigen Einrichtungsgegenstände zu beschaffen. Der Chef des Stabes der Marinestation der Ostsee schickte an das Oberkommando der Kriegsmarine die Bitte um ein Darlehen von 25.000 Reichsmark[133], da die Stadt für die Einrichtung nicht aufkommen wollte. Festungskommandant Schall-Emden begründete das folgendermaßen:

> „Die Stadt selbst hat nicht das Interesse, von sich aus ein derartiges Haus aufzumachen, sondern ist lediglich den Wünschen der Festungskommandantur nachgekommen, unter der Voraussetzung, dass, da die Stadt über nicht genügend Geldmittel verfügt, die Kriegsmarine einen Zuschuss, wie aus den Vorgangsschreiben hervorgeht, bis RM 50.000 gibt.“[134]

Das Bordell wurde schließlich, nachdem die Kriegsmarine tatsächlich 50.000 Reichsmark zugesichert hatte, im Februar 1941 eröffnet und bot, wie der Küstenbefehlshaber informierte, Unterkunft für 16 bis 20 Mädchen, was den Ansprüchen genüge. Besucher der Einrichtung waren zu 90% Marineangehörige. Ende 1941 soll die Stadt jedoch bereits beabsichtigt haben,

---

[131] BArch RM 31/4409, Kommando der Marinestation der Ostssee an das Oberkommando der Kriegsmarine, nachrichtlich an die Festungskommandantur Gotenhafen Kiel betreffend die Einrichtung eines öffentlichen Hauses in Gotenhafen vom 12.2.1940.
[132] BArch RM 31/4409, Schnellkurzbrief der Festigungskommandantur Gotenhafen an das Kommando der Marinestation der Ostsee Kiel, nachrichtlich an die Marine-Intendantur Kiel betreffend die Einrichtung eines öffentlichen Hauses in Gotenhafen vom 18.1.1940.
[133] BArch RM 31/4409, Kommando der Marinestation der Ostssee an das Oberkommando der Kriegsmarine, nachrichtlich an die Festungskommandantur Gotenhafen Kiel betreffend die Einrichtung eines öffentlichen Hauses in Gotenhafen vom 12.2.1940.
[134] BArch RM 31/4409, Festungskommandantur Gotenhafen an das Kommando der Marinestation der Ostsee betreffend die Einrichtung eines öffentlichen Hauses in Gotenhafen vom 22.2.1940.

ein weiteres Bordell „für die hier beschäftigten zahlreichen ausländischen Arbeiter erstellen zu lassen."[135]

Luftangriffe auf die Stadt

Gotenhafen wurde als wichtigem Stützpunkt der Kriegsmarine mit Hafen und für die Kriegsproduktion entscheidenden Werften auch die besondere Aufmerksamkeit der Alliierten zuteil. Bereits im Jahr 1941 wird von feindlichen Flugzeugen und Bombenabwürfen über der Danziger Bucht berichtet[136]. Im Jahr 1942 begannen dann die ersten konzentrierten Luftangriffe im Bereich der Danziger Bucht. Während Danzig aber schon im Sommer 1942 mehrere Tote und Verletzte unter den Zivilisten und viele zerstörte Gebäude zu beklagen hatte[137], blieb Gotenhafen noch etwas länger verschont. Ab diesem Zeitpunkt war die Luftsicherheit der Danziger Bucht jedoch endgültig und unwiderruflich gebrochen. Immer häufiger gab es Fliegeralarme und Luftangriffe, zuerst von englischen, dann von amerikanischen und sowjetischen Flugzeugen. Während der anfangs nur nächtlichen Angriffe wurden zumeist blindlings Minen in die Danziger Bucht abgeworfen, was die Arbeit der Häfen enorm erschwerte und zu großen Verlusten führte. Wiederholt mussten daher Arbeitszeitausfälle des Hafens in Kauf genommen werden. Zudem wurde die Arbeit der Häfen und Werften auch dadurch erschwert und verlangsamt, dass immer häufiger Schiffe bereits während der Reise vom oder zum Hafen von Torpedos getroffen und versenkt wurden[138].

Allein in den Monaten August und September 1942 waren in Danzig sechs Fliegeralarme zu melden: Beim ersten Luftangriff vom 18.8. starben acht Zivilisten, beim darauf folgenden Angriff am 28.8 wurde von den viermotorigen englischen Maschinen kein Schaden verursacht, weitere Fliegeralarme folgten am 9., 10., 18. und 25. September[139].

Fliegeralarme und Luftangriffe störten den Schlaf, wodurch die tägliche Arbeit schwerer und immer belastender wurde, v.a. wenn man noch die häufige Alarmbereitschaft durch

---

[135] BArch RM 31/4409, Schreiben des Küstenbefehlshabers östl. Ostsee an das Kommando der Marinestation der Ostsee, nachrichtlich an die Marineintendantur Kiel betreffend die Einrichtung eines öffentlichen Hauses vom 8.12.1941, s.a. A. v. PLATO, S. SENSEN, Vorsicht, Foto! Quellenkritische Anmerkungen zu den abgebildeten Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg, in: U. BORSDORF, M. JANIN (Hrsg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Hamburg 1989, Bildserie: Wehrmachtsbordell, Katalogbuch zur Ausstellung Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen im Ruhrgebiet 1939-1945. Ruhrlandmuseum Essen, S. 29-32.

[136] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 52 (Wasilewski); s.a. DNN, 26.6.1941, Nr. 147, S. 6, „Fliegerangriff auf Gotenhafen."

[137] F. FISCHER, Danzig, eine zerbrochene Stadt, Berlin 2006, S. 367.

[138] Folgende Totalverluste mussten gemeldet werden: Am 22.9.1944 wurde der Dampfer „Malaga" auf der Reise von Baltischport nach Gotenhafen durch einen Flugzeugangriff beschädigt; am 7.10.1944 sank das Schulboot „Nordstern" auf der Reise von Windau nach Gotenhafen innerhalb von zwei Minuten nach einem Torpedotreffer, vgl. BArch RM 108/14, „Totalverluste", 22.9.-8.11.1944.

[139] BArch RM 108/113, Oberkommando der Kriegsmarine, Kriegstagebuch der Kriegsmarinedienststelle Danzig, Bd. 1 vom 15.4.1940 bis 31.12.1943, Notizen aus den in Text genannten Tagen.

den Dienst in der Heimatflak bedenkt. Neben den Gebäude- und Personenschäden durch die Angriffe sind also auch die „heimtückischen" Folgen des Zustandes zu bedenken, wie sie sich in den Alltagsbedingungen der Bevölkerung und Arbeiter widerspiegelten und wiederum ganz erhebliche psychologische Auswirkungen in Bezug auf den Kriegswillen nach sich zogen[140].

Für Gotenhafen selbst waren die beiden Luftangriffe vom 9.10.1943 und 18.12.1944 am schwerwiegendsten und folgenreichsten. Beim am 9.10.1943 tagsüber geführten Angriff wurden zahlreiche Zivilpersonen unter den Trümmern der bombardierten Häuser getötet; insgesamt starben durch den Angriff der deutschen Presse zufolge 178 Menschen[141]. Weiterhin wurden dabei mehrere Schiffe im Hafen von Bomben getroffen und sanken teilweise[142], auch einige zentrale Hafeneinrichtungen wurden beschädigt[143]. Allein für Oxhöft wurde zur Beseitigung der Bombenschäden an Gebäuden ein Kostenaufwand von 65.000 Reichsmark geschätzt[144].

Beim anderen schwerwiegenden Luftangriff auf Gotenhafen am 18.12.1944 erlitten v.a. der Hafen und die Werften große Schäden. Das Schulschiff „Schleswig-Holstein" sank und wurde später am 21.3.1945 gesprengt[145]. Daneben sanken die Schiffe M/S „Warthe" aufgrund von drei Bombertreffern, der Arsenal-Tanker „Blexen" sowie die „Leverkusen" der 24. U-Flotille, das Begleitschiff für U-Boote „Waldemar Kophamel" und der Pumpendampfer-Schlepper „Zoppot". Schwer beschädigt wurden „Theresia Russ" und „Trude Schünemann"[146], beim WMS „Unitas" waren starker Brandschaden und 25 Todesverluste unter der Besatzung zu melden. Zudem wurden mehrere Docks und Gebäude der Deutschen Werke Kiel Hauptwerk Gotenhafen beschädigt und Lagergebäude brannten aus[147]. Dieser zweite große Luftangriff auf Gotenhafen wirkte sich verheerend auf die Arbeit der Reparaturenwerft

---

[140] vgl. W. F. WERNER, Belastungen der deutschen Arbeiterschaft, in: U. BORSDORF u. M. JANIN (Hrsg.), Über Leben im Krieg, Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Hamburg 1989, Katalogbuch zur Ausstellung Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen im Ruhgebiet 1939-1945. Ruhrlandmuseum Essen, S. 33-42.
[141] DV, 15.10.1943, Nr. 285, S. 3, „Es fielen für Deutschland"; AOBG, 22.10.1943, Nr. 20, „Aus den Reihen der Städtischen Gefolgschaftsmitglieder sind bei dem nordamerikanischen Luftangriff auf die Stadt Gotenhafen gefallen."
[142] H. SCHÖN, Rettung über die Ostsee. Die Flucht aus den Ostseehäfen 1944/45, Stuttgart 2002, S. 118; Dziennik Bałtycki, 10.6.1945, Nr. 20, S. 6, „Gdy ‚Stuttgart' był w Gdyni"; Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 531.
[143] APG 1038/1004, Bl. 15, Marinehafenbaudirektion Gotenhafen, Materiały dotyczące zapobiegania i skutków bombardowań 1943-1944 (plany i rysunki techniczne), hier u.a über die Zerstörung eines Teiles des Werkstattgebäudes Nr. 592 in Hafenbecken III.
[144] APG 1038/1004, Bl. 6, Vereinfachter Bauentwurf für die Beseitigung von Bombenschäden in Oxhöft vom November 1943.
[145] E. GRÖNER 1972, S. 39.
[146] Aus der Notiz vom 23.2.1945 im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Kriegsmarine K.M.D. Danzig, Zweigstelle Gotenhafen: „Der D. Trude Schünemann liegt seit dem Luftangriff (18.12.44) mit dem Vorschiff auf Grund im Hafenbecken 4. Heute stand nun zum ersten Mal gleichzeitig der 350 t Kran und die Bergungsgruppe zur Verfügung. Diese große Verzögerung ist sehr zu bedauern, da ja nicht nur das Schiff ausfällt, sondern auch der Liegeplatz unbenutzbar ist.", BArch RM 108/119, Notiz vom 23.2.1945.
[147] BArch RM 108/14, Notiz „Luftangriff auf Gotenhafen 18.12.1944."

aus, auch endete mit ihm die Rolle der Stadt als Kriegsproduktionszentrum. Nun begann die Zeit der Flüchtlinge und des letzten großen Einsatzes der deutschen Kriegsmarine in Gotenhafen.

Wie jede Stadt, die am Meer oder an einem großen Fluss liegt, hatte auch Gotenhafen zahlreiche Opfer des „nassen Todes“ zu beklagen, auch ohne direkten Zusammenhang mit Luftangriffen. Die Mehrheit der in Gotenhafen gefundenen Wasserleichen war männlich, mit rund 30 Jahren relativ jung, und wurde in der Regel in der Hafeneinfahrt und den Hafenbecken aufgefunden[148]. In einem Fall wurde auch ein „Prominenter“ unter den Ertrunkenen gefunden: „Der seit dem 22. Dezember 1941 als vermisst gemeldete Polizeisekretär Walentin Rehfeld vom Polizeipräsidium Gotenhafen ist am 21. Mai als Leiche aus der Ostsee vor der Einfahrt zum Hafen Gotenhafen geborgen worden.“[149]

4.4 Übernahme des staatlichen und privaten polnischen Eigentums

Das Wirken der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe

Bereits am 19.10.1939 ließ Hermann Göring die Hauptreuhandstelle Ost (HTO) gründen, die die Aufgabe hatte, die polnischen und jüdischen Vermögenswerte auf den Gebieten Industrie, Handel, Handwerk, Bank- und Kreditwesen, Haus- und Grundbesitz, Wohnungsmobiliar usw. zu beschlagnahmen und diesen Besitz des besiegten polnischen Staates und Volkes zu verwalten. Es sollte so außerdem für die Kriegswirtschaft und Rüstungsproduktion nutzbar gemacht werden[150]. Mit der Einrichtung und Leitung der HTO wurde ab dem Tag ihrer Gründung Max Winkler beauftragt[151]. Ab Ende September 1939, noch vor Gründung der HTO, wurde auf dem Gebiet Danzig-Westpreußen (außer ehemalige Freie Stadt Danzig) von Forster zudem ein Staatskommissar eingesetzt, der die Beschlagnahmungen durchzusetzen hatte[152].

Die übereifrige Beschlagnahmung diente neben der polnischen Aus- und deutschen Neubesiedlung der annektierten Gebiete einer möglichst umfassenden „Entpolonisierung“[153].

---

[148] DNN, 28.5.1943, Nr. 123, S. 5, „Männliche Leiche wurde gefunden in Gotenhafen”; DNN, 12.6.1941, Nr. 135, S. 5, „Aus Gotenhafen: Unbekannte Leiche“; DNN, 7.5.1942, Nr. 105, S. 6, „Unbekannte Leiche.“

[149] DNN, 20.5.1942, Nr. 120, S. 5, „Opfer eines Unfalles.“

[150] vgl. Dokumente der Niederlassung der Haupttreuhandstelle Ost in Gotenhafen: Geschäftsverteilungsplan der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Danzig-Westpreußen, Gotenhafen, Adolf-Hitlerstr. 21/23, Danzig (vermutlich September 1940), S. 3-16; Für eine Darstellung der Rolle und Funktionen der Haupttreuhandstelle Ost vgl. „Gliederung und Aufgaben der Haupttreuhandstelle Ost“, in: Sechs Monate Reichsgau Danzig-Westpreußen, Serie: Schriften der Adolf-Hitler-Schule, Schulungsburg Danzig-Jenkau der NSDAP, Heft 24, Danzig 1940, S. 15ff.

[151] Zur Person Winkler vgl. B. ROSENKÖTTER 2003, S. 26ff.

[152] B. ROSENKÖTTER 2003, S. 118.

[153] W. RÖHR 1989, S. 23.

Durch spätere Verordnungen vom 15.1.1940 („Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates"), vom 17.9.1940 („Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates", „Polenvermögensverordnung") und vom 15.8.1941 („Schuldenabwicklungsverordnung") wurden nachträglich „rechtliche" Grundlagen der Konfiskationen geschaffen.

Göring sicherte sich mit Gründung der HTO Zugriff auf die Rohstoffe und Industrieanlagen der eingegliederten Ostgebiete und damit eine wirksame Kontrolle über die Effekte des gesamten Raubzuges. Die offiziellen Funktionen waren eine Sache, die aus der Kasse der HTO genährten verschiedensten Organisationen samt Gauleiter Forster an der Spitze eine ganz andere. Die Korruption und Bereicherung der Parteibonzen an den beschlagnahmten polnischen und jüdischen Vermögen wuchs in legendären Ausmaßen[154].

In den Verwaltungshauptstädten wurden von der Berliner Zentrale gesteuerte regionale Treuhandstellen errichtet. Die Treuhandstelle Danzig-Westpreußen hatte mehrere ihr unterstellte Außenstellen. In Bromberg, Gotenhafen, Graudenz und Thorn hatten diese Außenstellen neben der Erfassung der polnischen Besitztümer auch die Aufgabe, die sich in kommissarischer Verwaltung befindlichen Betriebe zu überwachen. Bei der Überwachung der Treuhandstellen selbst waren wiederum Angestellte Himmlers tätig: Die Höheren SS- und Polizeiführer[155]. Schon im Jahr 1941 betrug der Gesamtumsatz der Auffanggesellschaft Gotenhafen 2.639.179,73 Reichsmark[156].

Zu den interessanten Aspekten der Beschlagnahmungen insbesondere in Gotenhafen gehörte die Arbeit der Auffanggesellschaften für Kriegsteilnehmerbetriebe, die unter Mitwirkung der Treuhandstelle Danzig-Westpreußen und des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums entstanden waren[157]. Ihre Aufgabe war es, die für Frontkämpfer vorgesehenen Betriebe zu führen bzw. in Form einer Sammelverwaltung zu unterhalten. Bis zum 25.11.1939 hatten zunächst alle Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, Gaststätten und Handwerksbetrieben in der Stadt ihren Betrieb beim Oberbürgermeister anzumelden. Wer seiner Anmeldepflicht bis zum Stichtag nicht nachkam, war von der Schließung seines Betriebes bedroht. Nachdem dann alle Betriebe und Läden in Gotenhafen statistisch aufgenommen worden waren, war eine genaue Kontrolle möglich, wer welches Geschäft besaß, welche Um-

[154] F. BAJOHR, Parvenüs und Profiteure, Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001, S. 84f. (allgemeine Informationen dazu vgl. Kapitel „'Gangster-Gau' und 'Skandalizien'", S. 75-89).
[155] B. ROSENKÖTTER 2003, S. 86f.
[156] BArch R 88/II 22, Bl. 101, Bericht für das III. Quartal 1942 über die Tätigkeit der Auffanggesellschaft Gotenhafen vom 24.10.1942.
[157] Einleitung zu den Akten der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen, BArch R 88 II, Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen.

sätze und Waren einen Betrieb kennzeichneten, und ob ein Betrieb als lebenswichtig einzustufen war oder geschlossen werden sollte.

Ein Teil der beschlagnahmten Einzel- und Großhandelsbetriebe wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1941 von der HTO an die Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels zur Verwaltung übergeben. Ziel war die Veräußerung der Betriebe an Kriegsteilnehmer (für die „Kameraden, wenn sie von der Front heimkehren“)[158]. Ähnliche Auffanggesellschaften entstanden neben Gotenhafen auch in Kattowitz, Posen und Zichenau. Da zahlreiche Dokumente die Arbeit der Auffanggesellschaft in Gotenhafen festgehalten haben, kann das Ausmaß von durch sie vorgenommenen Beschlagnahmungen und Übertragungen von Betrieben gut eingeschätzt werden. Über die von ihr erstellten Kaufverträge für die Läden ist auch aufzuschlüsseln, welche ehemals polnischen Läden während des Krieges an wen verpachtet wurden und wie viele Waren mit welchem Wert zum Zeitpunkt der Übernahme im Betrieb vorhanden waren.

Die Betriebe konnten theoretisch durch Reichsdeutsche, deutsche Umsiedler und Volksdeutsche als treuhänderisches Eigentum erworben werden, doch belegen viele Quellen auch Abweichungen davon. Die HTO informierte empört im Juli 1940 ihre Außenstellen in Gotenhafen, Bromberg, Thorn und Graudenz, dass die Betriebe in einigen Fällen von den Bürgermeistern und Landräten nicht an die genannten Gruppen abgegeben wurden, sondern an Polen: „Es ist selbstverständlich, dass solche Pachtverträge jeder Rechtsgrundlage entbehren und ungültig sind.“[159]

Im Januar 1942 wurden die Zielgruppen zur Verwertung der ehemals polnischen Vermögensobjekte schließlich aufgrund einer Anordnung Görings als Beauftragtem für den Vierjahresplan genauestens festgelegt und in eine Rangfolge geordnet. Recht auf den Erwerb eines Betriebes erhielten demnach die Versehrten des gegenwärtigen Krieges, versorgungsberechtigte Kriegsdienstbeschädigte des Weltkrieges, versorgungsberechtigte Kämpfer für die nationale Erhebung, versehrte Spanienkämpfer und Freikorpskämpfer sowie die Hinterbliebenen aller genannten Gruppen wie auch Hinterbleibende „der Kämpfer für die nationale Erhebung und der ermordeten Volksdeutschen“. Weiterhin als empfangsberechtigt aufgeführt waren außerdem „besonders bewährte Volks- oder Reichsdeutsche“, die infolge ihrer Zugehörigkeit zum Deutschtum während der Polenzeit erhebliche wirtschaftliche Nachteile erlitten, sowie

[158] APG 264/75, Bl. 135, Schreiben des Kreisgeschäftsführers der NSDAP, Kreisleitung Zoppot-Gotenhafen an die Haupttreuhandstelle Ost Gotenhafen vom 21.9.1940.
[159] APG 264/75, Bl. 411, Schreiben der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Danzig-Westpreußen an die Außenstellen Gotenhafen, Bromberg, Thorn, Graudenz, Gotenhafen vom 3.7.1940.

Umsiedler und vertriebene Auslandsdeutsche[160]. Die Gotenhafener Statistiken erlauben jedoch die These, dass die hiesige Auffanggesellschaft keine großen Erfolge bei der Weiterverteilung der Betriebe erzielte, möglicherweise auch weil ihr schlicht die exekutiven Möglichkeiten dazu fehlten[161].

Nach Stand vom 31.3.1943 waren 237 Betriebe in Gotenhafen von der HTO durch die Auffanggesellschaft übernommen worden[162], im Vergleich zu 202 Betrieben nach dem dritten Quartal 1942[163]. Hinzu kamen 55 von der Auffanggesellschaft neu errichtete Handelsbetriebe. Von den 237 Betrieben waren sieben an Volksdeutsche abgegeben worden, vier an Umsiedler und vier an Kriegsteilnehmer oder Kriegsversehrte des aktuellen Krieges. Durch Zusammenlegung waren sieben Betriebe aufgelöst und drei in Großhandlungen umgewandelt worden. Es ist interessant, dass die Auffanggesellschaft, deren Aufgabe die Weitergabe der übernommenen Betriebe war, mit 15 Übergaben nur einen Bruchteil tatsächlich an Umsiedler, Volksdeutsche und Kriegsteilnehmer weitergegeben hatte[164].

Laut Aufstellung der Kriegsteilnehmerbetriebe waren nach Stand vom 30.9.1942 im Stadtkreis Gotenhafen insgesamt 72 Betriebe in den Händen der Gesellschaft aktiv. Dies waren 16 Lebensmittelgeschäfte, 14 Textilwarenläden, neun Gemischtwarengeschäfte mit Gaststätten, neun Gesundheitspflege-, Chemie-, Optik- und Drogerieläden, sieben Milchgeschäfte, sechs Leder- und Schuhwarengeschäfte, drei Eisenwaren-, Elektro- und Hausgeräteläden, zwei Obst- und Gemüsegeschäfte, zwei Kunstgewerbe-, Papier- und Spielwarenläden, eine Lebensmittelgroßhandlung, ein Tabakwarenladen und zwei sonstige Geschäfte[165].

Als problematisch erwies sich, dass die Betriebe, die den Umsiedlern anvertraut werden sollten, schon durch Treuhänder besetzt waren, die mit der Übernahme „ihrer“ Lokale nicht rechneten. Sie kalkulierten stattdessen in aller Regel damit, die Geschäfte später vollständig übernehmen zu dürfen. So wurden die angekommenen Umsiedler, die von der Regierung als neue Ladenbesitzer gefördert worden waren, auch in diesen Kreisen nicht willkom-

[160] BArch R 88 II 22, Bl. 326, Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen, Übertrag von Betrieben durch die Handelsaufbau-Ost GmbH an die Auffanggesellschaft u. deren Kriegsteilnehmereinsatzberichte an die HTO; Görings Anordnung über die Haupttreuhandstelle Ost (Verwertung der ehemals polnischen Vermögensobjekte in den eingegliederten Ostgebieten) vom 26.1.1942.
[161] APG 264/75, Bl. 135, Schreiben der NSDAP Gau Danzig-Westpreußen an die Haupttreuhandstelle Ost Gotenhafen betreffend den Verkauf von Geschäften in Gotenhafen vom 21.9.1940.
[162] BArch R 88 II 23, Bl. 156, Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen, Übertragung von Betrieben durch die Handelsaufbau-Ost GmbH an die Auffanggesellschaft und deren Kriegsteilnehmer – Einsatzberichte an die HAO, Bericht über die Betriebsverhältnisse der Auffanggesellschaften nach Stand vom 31.3.1943.
[163] BArch R 88 II 22, Bl. 101, Bericht für das III. Quartal 1942 über die Tätigkeit der Auffanggesellschaft Gotenhafen vom 24.10.1942.
[164] BArch R 88 II 23, Bl. 156.
[165] BArch R 88 II 22, Bl. 15, Aufstellung der Kriegsteilnehmerbetriebe im Reichsgau Danzig-Westpreußen nach Branchen und Außenstellen der Auffanggesellschaft G.m.b.H. Gotenhafen nach Stand vom 30.9.1942.

men geheißen, da ihre Anwesenheit für viele Treuhänder die wirtschaftliche Ungewissheit bedeutete[166]. Die durch Vermittlung der Auffanggesellschaft veräußerten Läden bekamen eine Zusatznummer, unter der sie in allen internen Dokumenten vermerkt waren[167]. Als Beispiel kann ein Kolonialwarengeschäft dienen, das vor dem Krieg dem Polen Czesław Mazur gehört hatte und die Zusatzbezeichnung „KTB 117" erhielt. Das Kürzel „KTB" stand dabei für „Kriegsteilnehmerbetrieb" und deutete so den Status des neuen Besitzers an[168].

Wenngleich die Summen der übernommenen Betriebe groß erscheinen, blieb die faktische Zahl der geöffneten und der Bevölkerung dienenden Geschäfte doch erschreckend niedrig. Im Juli 1941 standen mehr als die Hälfte der Ladenlokale an der Adolf-Hitler-Straße (vormals Świętojańska-Straße), der repräsentativen Flaniermeile der Stadt, leer. Trotzdem konnte sich diese Straße als Hauptachse des Handels bezeichnen, da es keine vergleichbaren Straßen in Gotenhafen gab. Dank den Statistiken wissen wir beispielsweise, dass in der Adolf-Hitler-Straße 51 eine Fahrbereitschaft und eine Fleischerei und in Gebäude Nr. 63 „Leder, Optik, Pelze, Korsetts" zu kaufen waren[169]. Das Gros der Ladenanschriften erhielt in den Statistiken allerdings den Eintrag „leer"[170]. Zwar bereitete die Stadt bereits eine Liste der Läden vor, die direkt nach dem Krieg eröffnet werden sollten, jedoch änderte das nichts an der Leere der Straßen *während* des Krieges.

Für die Jahre 1941 und 1942 liegt aus dem „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen" eine straßengenaue Statistik der neu eröffneten Ladeneinheiten vor. Diese findet sich im Anhang. In Abb. 21 findet sich ein Stadtplan mit je nach Anzahl der geöffneten Geschäfte unterschiedlich stark eingefärbten Straßen. Diese Karte zeigt die für Handel und Dienstleistungen zentralen Hauptstraßen der Stadt.

Die polnischen Berichte über die Wirtschaftslage im Gau Danzig-Westpreußen bestätigen, dass Schließungen von Betrieben und Lahmlegungen vieler Geschäfte in allen Städten und Städtchen des Gaues stattfanden: „In Bromberg, Thorn und Graudenz sind fast 50% [der Läden] geschlossen. Die Schaufenster der anderen Läden sind mit Attrappen dekoriert."[171]

---

[166] APG 96/3069, Bl. 17-18, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 7.12.1942.
[167] s.a. BArch R 88/ II 48, Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe Danzig-Westpreußen, Kolonialwarengeschäft Czeslaus Mazur, Gotenhafen, Gotenstr. 22; Abschrift des Kaufvertrages Nr. 468 vom Oktober 1944.
[168] BArch R 88/II 2, Akten der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen, Betriebsprüfungen der Kriegsteilnehmerbetriebe; BArch R 88 II/Bestand Ost 10/34, Akten der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.m.b.H. Gotenhafen, Lebensmittelgeschäft Ed. Jedryczkowski, Gotenhafen, Gartenstr. 51 (1940-44).
[169] BArch R 88/II 2, Betriebe für Kriegsteilnehmer, Liste der Betriebe für Kriegsteilnehmer Gotenhafen vom 27.7.1941.
[170] BArch R 88/II 2, Betriebe für Kriegsteilnehmer, Gesamtzahl der leer stehenden Läden in Gotenhafen vom 31.7.1941.
[171] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 333.

Auch die Presse konnte nicht verleugnen, was die Bewohner und Besucher Gotenhafens sahen. Vorsichtig ausgedrückt, wurde es mit „manches Geschäft in Gotenhafen steht leer“ kommentiert, und der Zustand ließ sich damit erklären, dass die Lokale für Kriegsteilnehmer bestimmt waren. Der Zettel am Ladenfenster mit der Aufschrift „Für einen Frontkämpfer reserviert“ sollte ein „kleines Sinnbild einer großen Zeit, das man vielerorts in den neuen Ostgauen findet“, darstellen[172]. So fand auch im März 1942 eine Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister und der Auffanggesellschaft statt, bei der die Hilfsbereitschaft der Stadtverwaltung beim Ausbau von Kriegsteilnehmerläden vor allem in den Hauptstraßen bestätigt wurde. Grund war auch der ambitionierte Oberbürgermeister Schlichting, dessen Wunsch es war, „dass die Stadt Gotenhafen im Reichsgau in dieser Beziehung mustergültig dastehe.“[173]

Nicht nur die geringe Anzahl der Läden war ein Problem, auch das Äußere der Gebäude ließ zu wünschen übrig. Die „Danziger Wirtschaftszeitung“ legte den Treuhändern eine Verschönerung der verstaubten, selten dekorierten Schaufenster nahe:

> „Wenn auch der Mangel an Personal und die Unzulänglichkeit der vorhandenen Kräfte die Schaufenstergestaltung erschweren, so erscheint es uns doch nicht notwendig, dass die Schaufenster in manchen Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften oft wochen-, ja monatelang immer wieder das gleiche durch Verbleichen verstaubt unansehnlich und hässlich gewordene Bild zeigen.“[174]

Auch der Oberbürgermeister selbst unternahm Schritte zur Vermeidung der „Verschandelung des Orts- und Straßenbildes in Gotenhafen”. Nach einem seiner Schreiben waren im Sommer 1940 noch einige polnische Reklameeinrichtungen, Schilder und Aufschriften erhalten, die schnellstens abgenommen werden sollten. Zudem unterstellte er „die Anbringung von Geschäftsaufschriften, Reklameanschriften aller Art einschl. Lichtreklame, Schaukästen, Warenautomaten usw.“ einer vorherigen baupolizeilichen Genehmigung. Eine weitergehende Beschriftung der Schaufenster untersagte er gänzlich, „lediglich der Name des Inhabers darf dort in kleiner Schrift angebracht werden.”[175] Worte, die nicht deutsch klangen und aus anderen Sprachen entnommen waren, wurden für Firmen- und Dienstleistungsbezeichnungen verboten. So wurde z.B. der Ladenbesitzer Klau vom Stadtbauoberinspektor belehrt, dass die Worte

[172] F. GERLACH 1941, S. 18.
[173] BArch R 88 II 22, Bl. 297, Schreiben Dr. Entholts an die Handelsaufbau Ost G.m.b.H. vom 25.3.1942.
[174] Die Fachgruppe. Ständige Beilage der Danziger Wirtschaftszeitung, Nr. 18, 4. Jg., Danzig, 20.9.1941, S. 229.
[175] AOBG, 28.6.1940, „Verschandelung des Ort- und Straßenbildes in Gotenhafen“; „Es drängt alles auf das Zukünftige hin, eine Tradition ist hier kaum zu liquidieren. Denn was erinnert an die früheren Herren? Eine kleine Kirche mit dem in Polen üblichen Zwiebelturm, vermischte Firmennamen über leeren Schaufenstern, Anschläge in deutscher und polnischer Sprache [Hervorhebung MS], ein paar polnische Arbeiter, die still durch die Straßen gehen – sonst nichts“, in: DV, 23.8.1940, „Die Stadt ohne Vergangenheit, Gotenhafen gestern und heute.“

„Salon" und „Perfümerie" als französischer Sprachschatz nicht in seiner Firmenanschrift enthalten sein durften[176].

Das Schließen vieler aus polnischer Zeit verbliebener Betriebe wurde auf katastrophale Zustände und falsche Wirtschaft des polnischen Staates und seiner Bürger zurückgeführt. Zum Verfechter dieser Sichtweise wurde neben den lokalen NS-Zeitungen auch die fachorientierte „Danziger Wirtschafts-Zeitung". Im Mai 1940 behandelte sie beispielsweise das Problem der Gaststätten in den „befreiten" Gebieten. So wie in Danzig und Ostpreußen gute Gaststätten den Markt dominierten, sei in den ehemals polnischen Gebieten, wo „deutsches Organisationstalent und deutsche Arbeitskraft" fehlten, die Situation katastrophal schlecht. Dies führte zwangsläufig dazu, dass die vorhandenen Lokale von den deutschen Behörden geschlossen werden mussten.

> „Zahllos waren zwar die Winkel-Ausschänke, Schnapskneipen und Kaffee-Ecken in den ehemaligen polnischen Gebieten. Aber kaum war eine so, dass er [der Reisende] mit Appetit hätte etwas einnehmen können. Sie sind fast alle geschlossen worden, schätzungsweise ungefähr 2000. Sie waren aber in einem Zustand, dass in den meisten Fällen es keinem Deutschen zugemutet werden konnte, aus den unglaublichen Wirtschafts- und baulichen Zuständen eine gute deutsche Gaststätte zu machen."[177]

Ein Musterbetrieb der deutschen Wirtschaft in Gotenhafen soll der Milch- und Fetthandel von Paul Bittner gewesen sein, der „außer der Sauberkeit auch hygienisch allen Ansprüchen" genügte[178]. Zu den weiteren Betrieben, die alle Modernitätsansprüche erfüllten, gehörte auch ein Fischfachgeschäft in der Adolf-Hitler-Straße. Für Werbewirksamkeit sorgte dort ein Schaubecken mit lebenden Fischen, für die schnelle Abfertigung der überaus großen Kundschaft wurden vier Schnellwaagen angefertigt. In dem „blitzblank sauber" wirkenden Laden wurden Salate und Marinaden sowie frische Heringe verkauft, auch wenn ob der Kriegszeit „die zum Verkauf stehenden Mengen nicht so ausreichend sein können wie zu normalen Zeiten."[179] Auch große Betriebe wie der Schlachthof Gotenhafen (ehemals polnischer Schlacht-

[176] APG-Gdynia, Oberbürgermeister Gotenhafen, Różne szkice, plany budowy objektów: biur, schronów przeciwlotniczych, reklam, szaletów w mieście Gdynia, Bl. 111, Schreiben des Stadtbauoberinspektors an Erich Klau vom 12.11.1941.
[177] Danziger Wirtschafts-Zeitung, Nr. 10, 15.5.1940, S. 378, „Das Dorfgasthaus. Wie es im Reichsgau Danzig-Westpreußen neu entsteht."
[178] DNN 19./20.6.1943, Nr. 141, S. 5, „Auf Qualität kommt es an! Ein Musterbetrieb des Milch- und Fetthandels in Gotenhafen."
[179] APG-Gdynia 216/93, Oberfischmeisteramt Danzig, Pressenotizen über Fischerei, Kopie des Artikels „Fisch hygienisch und frisch" aus dem „Danziger Vorposten" vom 26.9.1942.

hof, bereits am 21.9.1939 beschlagnahmt) erfreuten sich größerer Modernisierungen. So waren dort ab 1940 Eismaschinen der Firma Linde im Einsatz[180].

Ebenso wissen wir über einige andere Läden in der Stadt und deren Zustand während des Krieges Bescheid, und da es sich bei den Quellen um interne Berichte der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe handelt, ist anzunehmen, dass sie nicht nur die „Sonnenseite" der Propaganda dokumentieren. Die Läden unter Verwaltung der Auffanggesellschaft wurden bis zum letzten Quadratzentimeter begutachtet und erfasst. So wurden in einem der Läden eine zweite Kasse und zusätzliche Abstellmöglichkeiten für die Kundschaft angebracht, ein anderer musste nach einem „glänzende[n] Saisongeschäft" gründliche Malerarbeiten vornehmen. Der Berichterstatter der Außenstelle Gotenhafen ließ auch etwas Sarkasmus in seinen Berichten nicht aus. Über eine Drogerie notierte er: „Es müsste für Drogerien der Einkauf den fachkundigen Drogerie-Geschäftsleitern überlassen bleiben. Wasserstoffsuperoxyd ist zu einem Preis eingekauft, zu dem es der Fachmann um 1/3 billiger ersteht. Gesichtspuder ist für eine Verkaufszeit von 30 Jahren erhandelt." Anderen wurden Ratschläge erteilt: „Auch für einfache Lebensmittel-Geschäfte ist es zu empfehlen, die Buchstaben auf einfaches billiges Fensterglas anzubringen und dieses Glas mit billigem Rahmen zu versehen, den man mit heller Bronzefarbe anstreicht. Damit wird der Glasschliff erspart und es wirkt besser, als das jetzige billige schwarze Brett."[181]

Während des Fliegerangriffs auf Gotenhafen am 9.10.1943 wurde die Zentrale der Auffanggesellschaft in der Adolf-Hitler-Straße 49 so stark beschädigt, dass die Fortsetzung der Arbeit stark gefährdet war[182]. Deshalb wurde die Buchhaltung zunächst nach Neustadt, dann nach Zoppot und in den letzten Monaten des Krieges schließlich nach Pommern verlegt. Der folgenschwere Luftangriff machte den Verantwortlichen der Handelsaufbau Ost in Berlin bewusst, dass Gotenhafen auch weiterhin Ziel der Alliierten sein würde und die bisherige Sicherheit der Stadt stark gefährdet war. Man argumentierte bei der Suche nach einem neuen Standort für die ganze Behörde jedoch offiziell, dass „die Steuervergünstigungen, die bisher ein wesentlicher Grund für die Festlegung des Sitzes der Auffanggesellschaft in Gotenhafen

[180] APG-Gdynia 87/127, Rzeźnia Miejska i Targowisko Zwierzęce w Gdyni 1926-1949, Niemiecka korespondencja dotycząca rzeźni 1940-1943, Bestellung für Linde's Eismaschinen sowie Kataloge dieser Firma mit weiteren Geräten; im AOBG vom 30.8.1941 klagt Schlichting über die Beschädigung von „wertvollen Maschineneinrichtungen des Schlacht- und Viehhofes", die dadurch verursacht worden sein sollten, dass nicht eingelernte Kräfte im Schlachthof arbeiteten. Auf Grund dessen ordnete Schlichting u.a. an, dass „Schlachtungen im städtischen Schlacht- und Viehhof [...] nur durch die von mir im Benehmen mit der Arbeitsfront aufgestellte Kopfschlächterkolonne durchgeführt werden [dürfen].", in: Anordnung von 30.8.1941, AOBG, 30.8.1941, Nr. 28, „Schlachtungen im städtischen Schlacht- und Viehhof Gotenhafen."

[181] BArch R 88/II 2, Außenstelle Gotenhafen der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen G.mb.H., Schreiben vom 16.6.1942 an die Zentrale Gotenhafen.

[182] BArch R 88/ II 23, Bl. 48, Schreiben von Dr. Entholt vom 15.10.1943 an die Handelsaufbau Ost G.m.b.H. betreffend den Fliegerangriff auf Gotenhafen.

waren, [...] inzwischen weggefallen [seien], so dass sie die Wahl eines neuen Sitzes nicht beeinflussen dürfen."[183] Die Hauptverwaltung der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe verblieb letztendlich jedoch bis 1945 in Gotenhafen[184].

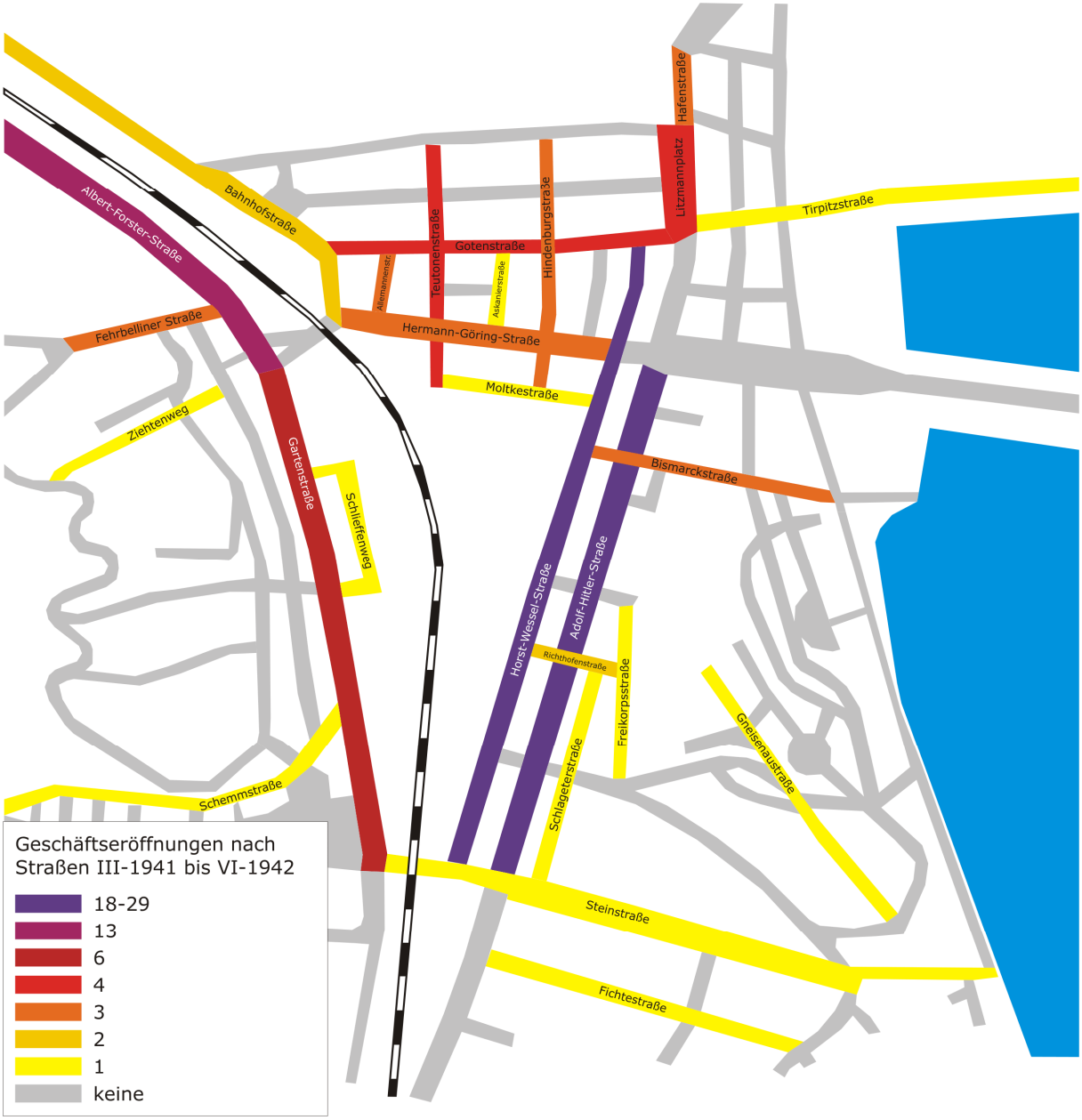


Abb. 21: Geschäftseröffnungen im Gotenhafener Stadtzentrum nach Straßen im Zeitraum März 1941 bis Juni 1942, Quelle: Eigene Kartographie auf Grundlage des amtlichen Stadtplans (jünger als 12.9.1942) und Daten des „Amtsblatts des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen", Ausgaben der Jahre 1941 und 1942.

[183] BArch R 88/II 23, Bl. 48, Schreiben der Handelsaufbau Ost G.m.b.H. an die Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen Gotenhafen betreffend den Fliegerangriff auf Gotenhafen.
[184] Einleitung zu den Akten der Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen, G.m.b.H. Gotenhafen.

Stand der industriellen Entwicklung Gotenhafens

Zwar berichtete die Presse unaufhörlich vom „großen Aufbauwerk“ in Gotenhafen, jedoch ließ das fern der Presseppropaganda liegende reale Bild der städtischen Wirtschaft viel zu wünschen übrig. Dies enttäuschte insbesondere im Vergleich zum regen Wirtschaftleben der „Wunderstadt“ zu polnischer Zeit. Zwar behauptete im Februar 1940 der „Danziger Vorposten“, dass man „in Gotenhafen schon am äußeren Straßenbilde von Woche zur Woche eine deutliche Entwicklung des Wirtschaftslebens“ erkennen könne und „Handel und Gewerbe [...] in jeder Beziehung und zusehends normale Gestalt an[nähmen]“[185], doch konnte sich höchstens die Kriegsproduktion einer rasanten Entwicklung erfreuen. Auch die Tatsache, dass die Ostsee als deutsches Meer nun endlich das sein konnte, was ihr – laut deutschen Quellen – von der Natur zugedacht war, nämlich eine „Verbindung zwischen den zu friedlichem Zusammenleben bestimmten Ländern rings um dieses Meer, auf dem sich ein reger Austausch der Güter nach allen Richtungen hin vollziehen wird innerhalb eines neugeordneten Europa“[186], bewirkte noch keine wirtschaftliche Entfaltung, sondern eher eine Stagnation des Seehandels.

Die damalige Presse bemühte sich auch, ein positives Bild vom Stand der Gotenhafener Industrie zu vermitteln. Die deutsche Wirtschafts- und Industriepolitik erhielt hohe Anerkennung, wohingegen die polnische Vergangenheit getadelt und als Ursache aller Schwierigkeiten der Gegenwart dargestellt wurde. Der „Danziger Vorposten“ vom Februar 1942 fasste die bisherigen Geschehnisse in einem Artikel namens „Ordnende Hand schuf einen erheblichen Wandel“ zusammen. Am Tag des Einzugs der deutschen Soldaten soll in Gotenhafen wirtschaftliches Chaos geherrscht haben. Es habe sich herausgestellt, dass „in allen Branchen nur verhältnismäßig wenige Betriebe geeignet waren, unter deutscher Regie unverändert weitergeführt zu werden. Die übrigen mussten daher nach Sicherstellung der noch vorhandenen Vorräte geschlossen werden.“ Allerdings soll die Gotenhafener Industrie vor großen Chancen und weiterem Ausbau gestanden haben. Obwohl zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels „nur einige Tausend Menschen“ von der Industrie lebten, sei insbesondere durch die verkehrstechnisch günstige Lage bald ein starkes Wachstum der Industrie zu erwarten, das sich mit anderen Industrieregionen des Großdeutschen Reiches messen könne. Der gleiche Artikel nennt eine Anzahl von 160 aktiv betriebenen Einzelhandelsgeschäften in der Stadt[187].

[185] DV, 18.2.1940, Nr. 48, S. 7, „Das deutsche Handwerk in Gotenhafen, Fachkräfte immer noch begehrt – 4000 Wohnungen sind zu renovieren.“
[186] H. MANTHE, Zur Politik und Geopolitik der Ostsee, in: Abhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, Mai/Juni 1944, S. 670.
[187] DV, 20.2.1942, Nr. 50, S. 4, „Industrie und Handel in Gotenhafen.“

Trotz der hier natürlich nicht erwähnten Mängel, die vor allem im Bereich von Groß- und Einzelhandel lagen, gehörte Gotenhafen tatsächlich zu den Industriezentren des neuen Gaues Danzig-Westpreußen, insbesondere wegen des Hafens und der Werften. Vor allem nach den Bombardierungen der Industriestädte im Altreich wurden hier neue Einrichtungen für die Kriegsproduktion errichtet[188]. Weitere wichtige Industriestädte des Gaues waren Danzig, Elbing, Bromberg, Thorn und Graudenz, wobei der Gau allgemein als landwirtschaftlich orientiert und wenig industriell eingestuft wurde[189].

Eine Statistik vom 1.10.1940, die in dem Buch „Industrie und Handel im Reichsgau Danzig-Westpreußen" veröffentlicht wurde, nennt für den gesamten Gau die folgende Anzahl von Betrieben je Industriezweig:

> „Eisenschaffende Industrie 1, Kraftstoff-Industrie 9, Gießerei-Industrie 35, Stahl- und Eisenbau 27, Maschinenbau 36, Fahrzeugindustrie 12, Luftfahrtindustrie 4, Elektroindustrie 19, Feinmechanik und Optik 2, Eisen-, Stahl-, und Blechwaren-Industrie 28, Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustriezweige 9, Metallwaren und verwandte Industriezweige 12, Steine und Erden 166, Bauindustrie 96, Holzverarbeitende Industrie 89, Glasindustrie 6, Keramische Industrie 8, Sägeindustrie 213, Chemische Industrie 71, Papier erzeugende Industrie 3, Papierverarbeitung 31, Druck 91, Lederindustrie 38, Textilienindustrie 36, Bekleidungsindustrie 32, Lebensmittelindustrie 383, Brauerei und Mälzerei 19, Zuckerindustrie 13, Spiritusindustrie 112 (davon Trinkbranntweinhersteller 105)."[190]

In der gleichen Quelle finden sich zur Betriebsgrößenstruktur des Gaues die Angaben: Ein Betrieb mit mehr als 10.000 Mitarbeitern, zwei Betriebe mit mehr als 3.000, elf Betriebe mit mehr als 1.000, 48 Betriebe mit mehr as 500, 93 Betriebe mit mehr als 200 und 112 Betriebe mit mehr als 100 Mitarbeitern[191].

[188] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 401.
[189] O. HÄFNER u. H. APPEL 1942, S. 17; s.a. Die Landwirtschaft im Reichsgau Danzig-Westpreußen in den Jahren 1940-1942, Danzig 1943; Landesbauernschaft Danzig-Westpreußen (Hrsg.), Entwicklung und Stand der Landwirtschaft im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.
[190] O. HÄFNER u. H. APPEL 1942, S. 16.
[191] Ebd., S. 17.

4.5 Wohnen, Bauen und Infrastruktur

Wohnbedingungen und Mietpreise

Erste Regelungen, die das Wohnen in der Stadt betrafen, wurden schon in den Tagen und Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen eingeführt. Sie behandelten vor allem Fragen des Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzes. Die neue Stadtverwaltung war bestrebt, sich ein Bild der herrschenden Verhältnisse zu machen und gleichzeitig erste Maßnahmen gegen die polnischen Besitzer der Wohnsubstanz zu treffen.

Gleichzeitig mit der Aussiedlung eines großen Teils der polnischen Bevölkerung wurde das Recht der Polen auf den Besitz von Wohnungen, Grundstücken und Häusern gestrichen. Die Ausgesiedelten hatten die Wohnungen in originalem Zustand zu verlassen, ohne Möbel und Hausgegenstände zu entfernen. Die verbliebenen Polen hatten, solange sie nicht in die deutsche Volksliste aufgenommen wurden, ebenso kein Recht auf Besitz. Das galt insbesondere, so lange sie gute Wohnungen in der Stadt anstelle von Baracken in der Peripherie bewohnten. Ein Teil der polnischen Stadtbewohner durfte, soweit er nicht bei den internen Umsiedlungen in die äußeren Stadtteile umzuziehen gezwungen worden war, in den eigentlich konfiszierten Wohnungen und Gebäuden verbleiben. Ihnen wurden dann die schlechtesten Zimmer auf den Dachböden oder in den Kellern zugewiesen, wofür sie natürlich Miete zahlen mussten[192].

Die Wohnbedingungen der Polen verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. Durch interne Umsiedlungen zogen immer weitere deutsche Kreise auch in die Wohnungen, die in den ersten Monaten als „den deutschen Menschen unzumutbar“ eingestuft worden waren. Im Winter 1942/43 wohnten schließlich auch jene Polen, die ohnehin in den zentrumsfernen Stadtvierteln lebten, entweder nur noch in Baracken oder in „elenden“ kleinen Häusern[193]. Nicht selten bestanden diese Wohnungen nur aus einem kleinen Zimmer mit einem Fenster ohne Scheiben, das mit Karton abgedeckt wurde, sowie einer kleinen Küche ganz ohne Fenster[194].

Mietpreisregulierung

In den ersten Wochen der Okkupation wurden alle Hausbesitzer und Hausverwalter verpflichtet, der Stadtsparkasse eine Liste der Bewohner, Mietkosten und Mietrechnungen vorzulegen. Gleichzeitig mussten alle Mieten für den Monat Oktober eingezahlt werden, bei Missachtung

[192] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 16.
[193] Ebd., Bl. 15 (Gottschalk).
[194] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 119.

drohte die sofortige Ausquartierung[195]. Drei Wochen später wurde im November 1939 eine ähnliche Bestimmung zu den Grundstücken in der Stadt eingeführt. Die Städtische Liegenschaftsverwaltung informierte darüber, dass sie „herrenlose" Grundstücke, deren Eigentümer „mit unbekanntem Ziel geflüchtet bzw. evakuiert worden" waren, einzöge und in der städtischen Sparkasse anlege[196].

Nachdem nach der Zwangsumsiedlung der Polen ein Teil der Wohnungen leer stand, Stromrechnungen und Mieten nicht bezahlt wurden und oft keine Klarheit über die Wohn- und Mietanordnungen bestand, entschied sich die Stadtverwaltung zur Ordnung der chaotischen Verhältnisse für ein System eindeutiger Miethöhenberechnungen. Demnach richtete sich die Höhe der Miete nach der Lage der Wohnung in einem bestimmten Wohn- und Mietbezirk, von denen im Dezember 1939 vier eingeteilt wurden[197]. Im ersten Wohnbezirk lagen die Stadtteile Mitte und Adlershorst, im zweiten der Südosten von Grabau (Albert-Forster-Straße), Baltenberg und der Westen von Adlershorst. Dem dritten Wohnbezirk wurden Kielau, Cissau, Oxhöft, Hochredlau und Wittomin zugeordnet und dem vierten Cissau südwestlich der Albert-Forster-Straße, Abbau, Demptau, der Nordwesten von Grabau und Oblusch[198]. Mehr als drei Jahre später wurde die Stadt neu in insgesamt 14 Stadtgebiete eingeteilt, wobei diese Änderung überwiegend administrativen Zwecken diente[199].

Im Dezember 1940 wurden im Zusammenhang mit der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen in den eingegliederten Ostgebieten die Grundpreise für die Vermietung möblierter Zimmer in den vier Mietbezirken festgelegt. Die Grundpreise richteten sich nach der Einrichtung der Zimmer und verstanden sich als Höchstpreise, deren Überbietung strafbar war. Die monatlichen Mietobergrenzen pro Zimmer nach Bezirken lassen sich aus folgender Tabelle ablesen.

Zimmerklasse	*Wohnbezirk I*	*Wohnbezirk II*	*Wohnbezirk III*	*Wohnbezirk IV*
einfach eingerichtet	15-20 RM	14-19 RM	13-18 RM	12-17 RM
gut eingerichtet	20-30 RM	19-28 RM	18-26 RM	17-25 RM
sehr gut eingerichtet	30-35 RM	28-32 RM	26-30 RM	25-28 RM

[195] Bibliothek des Museums der Stadt Gdingen, Sign. PL/625, polnische und deutsche Version der Bekanntmachung des Stadtkommissars, auf einer Seite abgedruckt, vom 14.10.1939.
[196] AOBG, 8.11.1939, Nr. 1, 1. Jg., hier in erster Ausgabe noch unter dem Namen Amtsblatt des Stadtkommissars Gotenhafen.
[197] AOBG, 10.1.1940.
[198] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Anordnung über die Einteilung der Wohnbezirke in Gotenhafen."
[199] AOBG, 25.2.1943, Nr. 4, „Aufteilung in Stadtgebiete."

Der Vermieter hatte darüber hinaus einige Leistungen zu erbringen. Laut der Verordnung waren dies:

> „1) In den Höchstpreisen ist außer der Entschädigung für die Überlassung des Zimmers enthalten: Bedienung, Beleuchtung, Wäsche, ferner ein Kännchen (mindestens 2 Tassen) heißes Wasser zum Aufbrühen, sowie Putzen von 1 Paar Schuhen täglich.
> 2) Die Bettwäsche ist monatlich einmal, die Handtücher sind wöchentlich einmal zu wechseln.
> 3) (Stellt der Mieter eigene Bettwäsche und Handtücher, so ermäßigt sich der Höchstpreis um 10% des Zimmerpreises monatlich.)“

Für Heizung, Rundfunkgerät sowie für die Vermietung eines Zimmers an mehrere Personen mussten die Mieter darüber hinaus weitere Kosten übernehmen[200]. So betrug nach der Notiz eines polnischen Informanten der Amtspreis für Strom im Jahr 1942 sieben bis acht Pfennig pro Kilowattstunde[201].

Die praktische Umsetzung der Bestimmungen des Gesetzes lassen sich aus den Berichten der polnischen Informanten herauslesen. Demnach sollen die realen Kosten für das Wohnen in der Stadt weit über den durch das Wohnungsamt vorgeschriebenen Höchstpreisen gelegen haben. Nach den amtlichen Vorgaben hätte die Miete für zwei Zimmer mit Küche und Verpflegung monatlich zwischen 40 und 45 Reichsmark betragen müssen. Die hohe Nachfrage nach solchen Wohnungen erhöhte allerdings die Preise ganz automatisch; gleichzeitig waren Zweizimmerwohnungen mit Verpflegung kaum zu bekommen. Selbst ein möbliertes Einzelzimmer kostete gemäß den Berichten monatlich 40 bis 50 Reichsmark[202], eine Zweizimmerwohnung mit Küche und Bad 50 bis 65 Reichsmark, in den Vororten dagegen nur 20 bis 30 Reichsmark[203]. Angesichts der allgemeinen Wohnungsnot wurden viele Hausbesitzer auch erfinderisch und bauten Keller und Dachböden zu vermietungsfähigen Zimmern um; so wurde eine volksdeutsche Frau in einem der Berichte namentlich als Vermieterin einer solchen umgebauten Wohnung genannt. Für ein solches unmöbliertes Zimmer auf einem ehemaligen Dachboden mit nicht mehr als vier Quadratmetern Fläche mussten monatlich sechs bis acht Reichsmark bezahlt werden[204].

---

[200] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Anordnung über die Einteilung der Wohnbezirke in Gotenhafen“; „ Preisanordnung für möblierte Zimmer im Stadtkreis Gotenhafen.“
[201] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 15 (Gottschalk).
[202] Ebd., Bl. 16 (Wasilewski).
[203] Ebd.
[204] Ebd., Bl. 15 (Gottschalk).

Vermietung an auswärtige Gäste / Fremdenzimmer

Mietpreise wurden nicht nur für längere Mietverhältnisse festgelegt, sondern auch für das Vermieten von Privatzimmern an Kurgäste. Zwar gab es in Gotenhafen drei Hotels: Das „Zentralhotel“ und das „Hotel Deutsches Haus“, beide in der Gotenstraße gelegen, sowie das „Bahnhofshotel“ in der Bahnhofstraße[205]. Letzteres, unter Leitung von Helmut Klawonn, warb mit modern eingerichteten Zimmern mit fließend Wasser sowie mit anerkannt guter Küche, neuer Imbissstube und einem frischen Pilsner Urquell zum Mittagessen[206]. Gästen, die jedoch kein Hotel in Anspruch nehmen konnten, standen in Gotenhafen diverse Vermieter von Fremdenzimmern zur Verfügung. Die Tages-Höchstpreise für solche Zimmer (ohne Frühstück, Heizung und Mitbenutzung der Küche) wurden Ende März 1941 von der Stadtverwaltung wie folgt angeordnet:

Für die Nebensaison (1.5. bis 31.5. und ab 1.9.):

„1. für einfache Zimmer mit einem Bett	1,00-1,25 RM
2. für gut eingerichtete Zimmer mit einem Bett	1,25-2,00 RM
3. für sehr gut eingerichtete Zimmer mit einem Bett	2,00-2,50 RM
In der Stadt Ostseebad Zoppot	2,50-3,50 RM“

Für die Hauptsaison (1.6 bis 31.8.):

„1. für einfache Zimmer mit einem Bett	1,25-1,50 RM
2. für gut eingerichtete Zimmer mit einem Bett	1,50-2,50 RM
3. für sehr gut eingerichtete Zimmer mit einem Bett	2,50-3,50 RM“[207]

Gotenhafen war als Kriegsmarinebasis und Schauplatz großer Aussiedlungen kein typisches Ostseebad oder touristisches Zentrum. Bis Mitte 1940 konnte von Fremdenverkehr keine Rede sein. Auch später waren vor allem das traditionelle Ostseebad Zoppot sowie die Gauhauptstadt Danzig mit seiner historischen Altstadt die touristischen Anziehungspunkte, wenngleich der Fremdenverkehr in den Kriegsjahren auch keinen Vorrang hatte und schon in den ersten Wochen des Krieges erheblichen Begrenzungen unterworfen wurde. Im Sommerhalbjahr

[205] APG-Gdynia 650/1628, Schreiben des Beauftragten des Bau- und Siedlungsamtes für Luftschutz an den Polizeipräsidenten Gotenhafen betreffend die Meldung zum Erlass des Reichsführers SS vom 23.4.1943 zur Großaktion-Feuerschutzmittel.
[206] DNN, 17./18.1.1940, Nr. 41, S. 4, Werbung.
[207] AOBG, 10.4.1941, Nr. 8.

1940 zählte Danzig 36.214 „Fremdenmeldungen“ (darunter allerdings auch 3.722 „ortsfremde“ Patienten in den Kliniken), davon nur 73 aus dem Ausland[208].

Wohnungsmangel im Reichsgau

Die Wohnungssituation in der Stadt war die gesamte Kriegsdauer hindurch sehr schwierig. Es waren nicht genügend Wohnungen vorhanden, was vor allem mit den Ansprüchen der Kriegsmarine verbunden war. Sie übernahm die Verwaltung vieler Wohnhäuser für eigene Zwecke und schaltete die Vergabe durch die Stadtverwaltung damit aus. Zudem waren die Lebenshaltungskosten für die Verdienstverhältnisse der Bevölkerung sehr hoch. Der Oberlandespräsident in Danzig beschrieb die Situation in einem Bericht im Juli 1940 an den Reichsminister der Justiz folgendermaßen:

> „Die Kosten der Lebenshaltung, welche in den ersten Monaten nach der Besetzung recht niedrig lagen, haben sich fast überall dem Altreich angeglichen. Die Ortsklasseneinteilung trägt dieser Tatsache m.E. nicht genügend Rechnung. So ist es z.B. nicht gerechtfertigt, dass Gotenhafen einer niedrigeren Ortsklasse zugeteilt worden ist als Danzig oder Zoppot. [...] Die Wohnungsfrage bereitet im ganzen Bezirk Schwierigkeiten. In der Gauhauptstadt Danzig selbst, in Zoppot und in Gotenhafen ist die Lage deshalb sehr ungünstig, weil viele Wohngebäude für die erweiterten Bedürfnisse der Behörden in Anspruch genommen werden mussten und weil ein großer Bedarf der Wehrmacht zu befriedigen war.“[209]

Auch im mehr als zwei Jahre später im Dezember 1942 verfassten Bericht mit gleichem Absender und Adressaten stellte sich die Situation nicht besser dar:

> „Der Wohnmangel ist weiterhin in allen größeren Städten des Reichsgaues übergroß. Weder durch den Bau einiger zur Aufnahme von Dienststellen bestimmter Baracken, noch durch die Fertigstellung einiger Häuser des Kriegswohnungsbauprogramms ist eine spürbare Erleichterung erreicht. Bei längerer Dauer dieses Zustands ist zu befürchten, das tüchtige Kräfte zum Schaden des Deutschtums aus den eingegliederten Ostgebieten wieder abwandern.“[210]

---

[208] Wirtschaft und Statistik, 2. Dezember-Heft 1940, Nr. 24, S. 550, „Fremdenverkehr in Großstädten mit mehr als 200.000 Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1940.“

[209] APG 96/3069, Bl. 1-6, Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an den Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner vom 1.7.1940.

[210] APG 96/3069, Bl. 17f., Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an den Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 7.12.1942; s.a. H. SCHLÜTER, „...für die Menschlichkeit im Strafmaß bekannt...“ Das Sondergericht Litzmannstadt und sein Vorsitzender Richter, Reihe Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen, Bd. 14, Düsseldorf 2006, S. 44-46; die Bürobaracken wurden bspw. im März 1944 vom Städtischen

Die Wohnungsnot wurde zu einem stets wiederkehrenden Thema nicht nur in der Presse (wo sie wiederholt damit begründet wurde, dass die in der Stadt vorhandenen Wohnungen nicht für die Ansprüche deutscher Menschen gemacht worden seien und erst einmal entwanzt und von Dreck befreit werden mussten[211]), sondern auch in Appellen des Oberbürgermeisters an seine Gefolgschaft:

> „Wegen der in Gotenhafen bestehenden großen Wohnungsnot und der Unmöglichkeit auch nur ein möbliertes Zimmer zu erhalten, können die städt. Dienststellen, Werke und Betriebe nicht mehr mit der Vermittlung von Arbeitskräften aus anderen Städten des Reiches rechnen. Es ist nach der gegenwärtigen Lage ausgeschlossen, neu hinzuziehende Personen wohnlich unterzubringen. Soweit Abgänge in den Dienststellen durch Einberufung zur Wehrmacht erfolgen, besteht nur dann die Möglichkeit, eine Ersatzkraft herzuholen, wenn die bisherige Wohnung der abgehenden Arbeitskraft für neu Hinzuziehende zur Verfügung gestellt wird.“[212]

Ein interessantes Beispiel des regelrechten Kampfes um vorhandene Wohnungen behandelt zwei „verdiente“ Wohnungssuchende. Dem einen, Diplom-Ingenieur Schmidt von der Hafenbaudirektion mit vier Kindern, wurde im Jahr 1941 das Haus Grimmweg 32 zugewiesen. Es schien höchste Zeit für diese Entscheidung zu sein, da Schmidt sich schon am 2.10.1939 als wohnungssuchend gemeldet hatte. Es gab jedoch noch einen zweiten Interessenten an diesem Grundstück: Den Verwaltungsdirektor des Kriegsmarinearsenals Direktor Dr. Doerr, der bislang eine Wohnung in der Teutonenstraße 24 bewohnt hatte. Die Ratlosigkeit der Behörden angesichts des Streites der beiden Interessenten dauerte einige Zeit an. Schmidt hätte ein Anrecht auf die Wohnung, da es „aus bevölkerungspolitischen Gründen“ nicht vertretbar sei, „ihm diese Wohnung mit Garten zu entziehen, um sie einem kinderlosen Beamten zuzuweisen.“[213] Allerdings erforderte die Funktion eines Verwaltungsdirektors laut diverser Anord-

---

Wohnungsamt und dem Quartieramt bezogen, vgl. AOBG, 24.3.1944, Nr. 6, „Verlegung des Städt. Wohnungsamtes und des Quartieramtes“; Ähnliches meldete der „Geschäftsbericht der ‚Neuen Heimat’: „In den Städten des Reichsgaues, insbesondere in den ehemals polnischen Gebieten ist die Wohnungsnot katastrophal. Dem Aufbau der deutschen Verwaltungen sind erhebliche Schwierigkeiten dadurch entstanden, dass man den aus dem Reich versetzten Beamten keine Wohnungen zuweisen konnte“, in: Geschäftsbericht der „Neuen Heimat“, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront im Gau Danzig-Westpreußen für das Jahr 1940, Danzig 1940, S. 7.

[211] DV, 13.1.1940, Nr. 12, S. 6, Artikel aus der Serie: „Gotenhafen und rund herum.”

[212] AOBG, 28.2.1942, Nr. 7, „Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung.“

[213] BArch RM 31/4098, Dienstwohnungen für Amtsvorstände beim Kriegsmarinearsenal Gotenhafen, Juni 1941-November 1943, Schreiben der Festungskommandantur Gotenhafen an die Marine-Standortverwaltung Gotenhafen betreffend die Dienstwohnungen für das Kriegsmarine-Arsenal Gotenhafen vom 24.6.1941.

nungen eine Regelwohnfläche von 180 Quadratmetern, was in der unter Wohnungsnot leidenden Stadt äußerst schwierig zu finden war[214].

Dr. Doerr verteidigte seinen Bedarf in Briefen an seinen Vorgesetzen: „Es handelt sich nicht um ‚einen Beamten' der in Vergleich zu stellen ist mit einem Angestellten, sondern um den höchsten Verwaltungsbeamten der östl. Ostsee, im Range eines Kapitän z.S." Das Argument des Kinderreichtums des Ingenieurs Schmidt konterte er mit „Was meine besonders erwähnte Kinderlosigkeit angeht, so bin ich jung verheiratet und habe den dringenden Wunsch, nicht kinderlos zu bleiben."[215] Der Konflikt wurde letztendlich im Januar 1942 von höchster Ebene auf dem Papier gelöst. Der kommandierende Admiral der Marinestation der Ostsee entschied, dass „während des Krieges das Haus Grimmweg 32 dem Dipl. Ing. Schmidt als Reichsmietwohnung zu belassen [ist], dementsprechend das Haus Teutonenstraße 24 für den Verwaltungsdirektor des Kriegsmarine-Arsenals als Dienstwohnung während des Krieges vorzusehen ist."[216]

Wohnungsnot herrschte nicht nur in Gotenhafen, sondern im gesamten Gau Danzig-Westpreußen. Es sind nur minimale Zahlen von verfügbaren Wohnungen festzustellen, so beispielsweise im Jahr 1942 im ganzen Gau 4.800 neu gebaute Wohneinheiten für die deutschen Bürger[217]. Leider existieren keine Statistiken zur genauen Wohnungssituation und den demographischen Verhältnissen in Gotenhafen. Als Ersatz-Beispiel aus der Region soll daher die Kleinstadt Preußisch Stargard dienen. Laut einer Statistik vom 1.12.1941 hatte die Stadt 18.086 Einwohner, davon 1.935 Reichsdeutsche, 1.618 Volksdeutsche, 2.000 Angehörige der dritten Gruppe der Deutschen Volksliste, 12.177 Angehörige der „Zwischenschicht", 292 Polen, zwei Ausländer und zwei Staatenlose. Auf der Gemarkung der Stadt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 4.210 Wohnungen und 4.531 Haushaltungen. 43 Wohnungen waren durch die Wehrmacht belegt, 26 durch Behörden und zwölf durch die Partei. Von der vorhandenen Bausubstanz sollten 495 Gebäude wegen Baufälligkeit ersatzlos abgerissen werden, was 1.315 Wohnungen mit 7.299 Bewohnern entsprach. Der Wohnungsmangel war auch hier

[214] BArch RM 31/4098, Schreiben der Marine-Standortverwaltung Gotenhafen an die Marine-Intendantur und nachrichtlich an die Kriegsmarine-Arsenal Gotenhafen sowie an die Festungskommandantur Gotenhafen und den Marine-Standort Bauamt Gotenhafen betreffend die Dienstwohnungen für die Amtsvorstände des K.M.A. vom 27.6.1941.
[215] BArch RM 31/4098, Schreiben des Verwaltungsdirektors Dr. Doerr an den Chefintendant Gotenhafen vom 30.6.1941. Aus dem Brief Doerrs ist zu erfahren, dass das Grundstück Grimmweg 32 sich in der Nähe der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters Schlichting befand.
[216] BArch RM 31/4098, Schreiben des Kommandos der Marinestation der Ostsee an die Marineintendantur Kiel betreffend die Dienstwohnung in Gotenhafen vom 3.1.1942.
[217] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 230.

deutlich spürbar: 293 Reichsdeutsche und 382 Volksdeutsche suchten zum Zeitpunkt der Erhebung eine Wohnung im Stadtbezirk Preußisch Stargard[218].

Gotenhafen war u.a. bedingt durch seine Einwohnerzahl zunächst noch einer niedrigeren Ortsklasse zugeordnet worden, was sich auch in einer geringeren Höhe von Zuschüssen und finanziellen Begünstigungen niederschlug, die die Beamten vor Ort neben ihrem Gehalt erhielten. Gleichzeitig war Gotenhafen aber eine teure Stadt in Bezug auf die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Mieten. Daher wurde gelegentlich die Klage laut, die Mietkosten seien aus den Gehältern kaum zu decken. Im Reichshaushalts- und Besoldungsblatt vom 6.7.1942 wurde schließlich die lange erwartete Änderung der Ortsklassen bekannt gemacht. Gotenhafen wurde durch Anordnung des Reichsministers der Finanzen mit dem Datum 1.4.1942 in die neue Gemeindeklasse A eingestuft[219]. Daneben gehörte im Reichsgau Danzig-Westpreußen beispielsweise Bromberg in die Klasse A. Niedrigere Klassen blieben vor allem kleineren und weniger urbanen Städten vorbehalten: Kulm gehörte zur Gruppe B, die Orte Pelplin und Putzig zur Klasse C[220]. Dort lagen die Kosten für Wohnung und Ernährung deutlich niedriger als in den drei großen Gau-Oberzentren Danzig, Bromberg und Gotenhafen.

Ausgewählte Beispiele für die Bautätigkeit im Krieg

Nach der Übernahme der Stadt mussten die neuen Behörden feststellen, dass Gotenhafen über eine große Anzahl von Rohbauten verfügte, die im Jahr 1940 katalogisiert wurden. Erst anschließend wurden Maßnahmen zu ihrer weiteren Verwendung erarbeitet[221]. Die Bauträgergesellschaft hatte die unschöne Aufgabe, die Rohbauten zu „stabilisieren“, da sie den ganzen Winter 1939/40 ungeschützt waren und entstandene Schäden beseitigt werden mussten. Da die Kriegsmarine dank des Gotenhafengesetzes Vorrang bei Kauf, Übernahme und Nutzung der Gebäude genoss, konnten interessierte Privatkäufer nicht mitbieten. Zudem war ein Baubeginn an den Rohbauten „wegen der Volkstumsfrage, wie auch Eigentums- und Schuldenregelungenverordnung [...] gehemmt.“[222]

Gotenhafen bildete während der Okkupation auch eine Ausnahme in der allgemeinen Bauuntätigkeit, da die von Polen bereits geplante Siedlung „Baltenberg“ mit 300 Wohnungen

[218] BArch, R 140/35, Bericht über die Einwohnerzahl, Grundstücke und Wohnungen in Preußisch Stargard nach Stand vom 1.12.1941.
[219] AOBG, 18.7.1942, Nr. 20, „Einstufung der Stadt Gotenhafen in das Ortsklassenverzeichnis.“
[220] BArch R 140/26, Bl. 68, Auszug aus dem Reichshaushalts- und Besoldungsblatt vom 6.7.1942, Nr. 14.
[221] s.a. Gazeta Wyborcza, Beilage „Trójmiasto”, 25.5.2004, S. 5, „Stare zdjęcia z łatą.”
[222] APG 1039/1, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen, Sprawozdanie Rady Nadzorczej, protokoły posiedzień Rady Nadzorczej, projekty osadnictwa, umowy z Marynarką Wojenną, Bl. 332-336, Ausschnitt der Tagesordnung der ersten Aufsichtsratssitzung am 18.12.1941.

errichtet wurde. Spätestens ab Juni 1941 wurde die Fertigstellung der Siedlung beabsichtigt, allerdings wurden „normale“ Bürger in den Plänen dafür gar nicht berücksichtigt. Die Wohnungen in Baltenberg wurden für Angehörige der Flugzeugwerke und der Kriegsmarine errichtet[223]. Ihre lange erwartete Fertigstellung im Oktober 1942 war Anlass einer großen Feier, auf der Vertreter sowohl der Wehrmacht als auch der Partei und des Staates präsent waren. Die Presse kommentierte: „Diese Siedlung wurde ausgeführt in dem Sinne, den unser Führer am 21. September 1939 für die Zukunft dieser Stadt und ihre Bedeutung aufzeichnete.“ Der Name Baltenberg war natürlich symbolisch zu verstehen, er erinnerte an die zahlreichen fast drei Jahre zuvor in die Stadt gezogenen Deutsch-Balten[224].

Über andere Baumaßnahmen findet sich in den Quellen nicht viel. Anhand einer vom Stadtbauamt, Abteilung Straßenbau angefertigten „Übersicht der Baumaßnahmen von 1939 bis 1942“ lässt sich feststellen, dass die wenigsten Baumaßnahmen Anfang des Krieges bis Ende Mai 1940 durchgeführt wurden, die flächenmäßig meisten dagegen ab 1.4.1942[225]. Der Charakter der tatsächlich durchgeführten Bauprojekte geht aus dem Plan allerdings nicht hervor.

Die Grundstücksgesellschaften als Immobilien- und Grundbesitzer

Die Verwaltung und Zuständigkeitsfeststellung der polnischen Grundstücke und Gebäude war problematisch. In Gotenhafen kann man von einem Kompetenzstreit sprechen. Auf der einen Seite stand der Oberbürgermeister, der immer wieder den Wunsch äußerte, größeren Einfluss auf die Bau- und Grundstücksverwaltung zu erhalten. Auf der anderen Seite standen jedoch die Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost mbH (GHTO) und ihre spätere Tochtergesellschaft, die Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen (Gedewe). Die Grundstücksgesellschaft besaß mehrere hundert Grundstücke und Rohbauten[226].

Die GHTO war eine Tochtergesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost. Ihre lokalen Niederlassungen hatten die Aufgabe, „die kommissarische Verwaltung des von der Haupt-

[223] APG 140/1, Bl. 407, Schreiben des Schulrates George an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen vom 26.6.1941 betreffend die Besprechung beim Bauamt der Stadt Gotenhafen am 25.6.1941 über den Plan des Baus von 100 Familienwohnungen auf dem Baltenberg.
[224] DNN 17./18.10.1942, Nr. 244, S. 6, „Neue Wohnbauten in Gotenhafen. Richtfeier für 300 Wohnungen am Baltenberg.“
[225] APG-Gdynia 650/1690, Gotenhafen Stadtplan, angefertigt vom Stadtbauamt Gotenhafen am 8.9.1942.
[226] BArch R 140/11, Bl. 77, Vermerk Dr. Bauers über die Besprechung vom 16.6.1942; ein anderes Beispiel einer Baugesellschaft ist die „Neue Heimat“, die „Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront im Gau Danzig-Westpreußen G.m.b.H.“, die am 28.11.1939 gegründet wurde und vor allem ein Bauprogramm für mehrere hundert Wohnungen in Danzig-Stolzenberg entwickelte, vgl. Bericht der Geschäftsführung der „Neuen Heimat“, Danzig 1940.

treuhandstelle Ost erfassten Wohn-Grundbesitzes“ durchzuführen[227]. Die Gedewe, die offiziell im Mai 1941 beim Amtsgericht Gotenhafen angemeldet wurde und ihre Geschäftsstelle in der Askanierstraße 9 unterhielt[228], war eine Tochtergesellschaft der GHTO und ab 1.10.1942 selbstständige Gaugesellschaft[229]. Die Hauptverwaltung der GHTO/Gedewe befand sich in Gotenhafen (unter Direktor Werner König), weiterhin existierten Zweigstellen in Bromberg (Direktor Fleischer), Graudenz (Direktor Bahr), Karthaus (Direktor Stechert), Preußisch Stargard (Direktor Kasten) und Thorn (Direktor Weyland). Der Gedewe ähnliche Leitstellen befanden sich in Posen (Gewa), Kattowitz (Geos) und Zichenau (Geope)[230]. Über die Aufgaben der von der Gesellschaft insgesamt 942 beschäftigten Personen[231] schrieben die Vorgesetzten: „Es wurde von der Gedewe die Beschlagnahme des gesamten polnischen und jüdischen Wohngrundbesitzes durchgeführt, der jetzt auch von uns verwaltet wird.“ Auch werden einige Details genannt, die die Probleme in Gotenhafen erahnen lassen:

> „Die früher einmal vorgesehene baldige Veräußerung eines Teiles der Grundstücke konnte nicht in Angriff genommen werden, da eine von Reichsmarschall Hermann Göring herausgegebene Anordnung die Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer bei Vergebung beinahe aller Grundstücke fordert. Es wurde daher ein Verkaufsstop ausgesprochen, so dass im Augenblick nur Verkäufe an versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte des jetzigen und des Weltkrieges, an Umsiedler und ferner an solche Volksdeutsche vorgenommen werden können, die von den Polen besonders geschädigt wurden.“[232]

Die Gedewe verfügte in Gotenhafen über mehrere Tausend bebaute und unbebaute Grundstücke sowie Rohbauten und fertige Wohnungen. Zwar herrschte zwischen dem Direktor der Gedewe-Zentrale Werner König und Oberbürgermeister Schlichting eine Art erzwungene Harmonie, jedoch deuten sich Spannungen darin an, dass z.B. der bis 1942 aktive Verwaltungsmitarbeiter der Gedewe Friedrich Stein plötzlich suspendiert wurde. Es scheint einen großen Konflikt zwischen Stein und der Stadtverwaltung gegeben zu haben. Wahrscheinlich

[227] B. ROSENKÖTTER 2003, S. 106.
[228] BArch R 140/11, Bl. 246, Schreiben vom 27.5.1941 betreffend die Eintragung der Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen mbH in das Handelsregister.
[229] Die GHTO wurde auf Anordnung der Haupttreuhandstelle Ost vom 27.5.1940 ins Leben gerufen.
[230] B. ROSENKÖTTER 2003, S. 299.
[231] BArch R 140/11, Bl. 110-113, Geschäftsbericht der Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen mbH Gotenhafen.
[232] BArch R 140/11, Bl. 110f., Geschäftsbericht der Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen mbH Gotenhafen.

wurde Stein von seinen Vorgesetzten vom Einsatz in der Stadt freigestellt, um die ohnehin schwierige Situation der Grundstücksgesellschaft nicht zuzuspitzen[233].

Bei einer Besprechung zwischen der Stadtverwaltung und Stein im November 1940 nannte der Oberbürgermeister als Grund für die ablehnende Haltung der Stadt der GHTO gegenüber den Standpunkt, „dass auf Grund des Führerwortes keine besondere Verwaltung für den beschlagnahmten polnisch-jüdischen Grundbesitz am Platze Gotenhafen hätte eingeführt werden dürfen." Das überragende Interesse des Oberbürgermeisters an einer Verwertung unbebauter Grundstücke aus planerischen und städtebaulichen Gründen und unter dem Gesichstpunkt der Ansiedlung erwünschter Bevölkerungskreise wird auch aus den Protokollen ersichtlich[234]. Es scheint, dass der Kern des Konfliktes war, dass die GHTO vor allem Görings Anordnungen befolgte, nach denen die Einnahmen aus den beschlagnahmten Vermögen an die Haupttreuhandstelle Ost fließen sollten. Schlichting dagegen nahm das „Führerwort" als Gesetz; demnach sollte der ehemals polnische Grundbesitz auf die Stadt übergehen. Auf dieser Basis hätten sowohl die Bau- als auch die Bevölkerungspolitik durchgeführt werden können[235].

Eine Angelegenheit der Arbeit der GHTO war für ihre Führung zudem eine eher peinliche Sache: In der Zweigstellenverwaltung der Grundstücksgesellschaft sollte sich ein Pole eingeschlichen haben. Beunruhigt und unter strenger Geheimhaltung wurde die Information nach Berlin weiter gegeben, dass ein Pole den freien Posten eines Personalsachbearbeiters übernommen hatte, indem er sich als Volksdeutscher ausgab.

> Dem Polen gelang es demnach, „weitere polnische Aktivisten, so den Führer des örtlichen Pfadfinderverbandes, ein maßgebendes Mitglied des Aufständischen-Verbandes und noch weitere andere Mitglieder polnischer Aktivistenverbände in der Zweigstelle anzubringen. [...] Der Achtsamkeit des Angehörigen einer Parteigliederung, die mit der politischen Überwachung der Gefolgschaft der Zweigstelle beauftragt war, ist zu verdanken, dass diese Bestrebungen bald aufgedeckt [...] werden konnten."[236]

---

[233] Am 9.4.1942 schickte Stein ein Telegramm an die Gedewe: „Liebe Kameraden. Leider kann ich morgen nicht in Gotenhafen sein, um mich von Ihnen zu verabschieden. Ich räume meinen Platz weder mutwillig noch freiwillig. Ich schimpfe nicht, ich kann das nicht leugnen, was mir gestern lieb und wert war. Man hat höheren Ortes meinen Standpunkt nicht gebilligt. Das ist das Faktum. [...] Ich werde mit meinen Gedanken häufig beim Aufbauwerk sein, in dem so vieles persönliches steckt und drücke Ihnen allen die Hand als ihr Kamerad."

[234] BArch R 140/32, Bl. 110-115, Aktenvermerk Steins vom 2.12.1940 über die Besprechung mit Oberbürgermeister Schlichting in Berlin am 26.11.1940.

[235] BArch R 140/32, Bl. 95, Schreiben an den Verwaltungsrat der Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost mbH betreffend den Grundbesitz der Stadt Gotenhafen vom 7.2.1941.

[236] BArch R 140/15, Bl. 43, Schreiben der Grundstücksgesellschaft der Haupttreuhandstelle Ost an den Leiter der Zweigstelle König betreffend das Einschleichen von Polen in die Verwaltung von Zweigstellen vom 23.1.1941.

Im Juli 1941 wurde die GHTO schließlich durch die Gedewe ersetzt. Grundbesitz, der bisher von der GHTO verwaltet worden war, wurde der neuen Gesellschaft zur Verwaltung überlassen, die diesmal direkt für das städtische Liegenschaftsamt arbeiten und so einige Konflikte abschwächen sollte. Selbstbewusst erläuterte Schlichting anlässlich der Gründung: „Zum Geschäftsführer der Gesellschaft ist der Direktor Richter, der bisher bei der GHTO tätig war, von mir bestellt worden.“[237]

Die Gedewe, mit über 900 Mitarbeitern eine bedeutende Behörde unter den NS-Einrichtungen, musste schließlich ab Sommer 1944 große Einschränkungen ihrer täglichen Arbeit in Kauf nehmen. Der Personalbestand wurde wegen der Bereitstellung von Arbeitskräften für Wehrmacht und Rüstungseinsatz auf die Hälfte reduziert.

Infrastruktur: Kanalisation, Gas und Strom, Post

Zur Situation der Kanalisation in Gotenhafen erschien im September 1944 ein umfangreicher Artikel in der regionalen Presse. Da er die Situation präzise darstellt, lohnt ein längeres Zitat aus dem Artikel.

> „Wohl hatten die Erbauer Gotenhafens eine Kanalisation gebaut, aber nur für den erweiterten Stadtkern unter Ausschluss der Außenbezirke, deren Abwässer mit Tankwagen abgefahren wurden. Es bedarf nicht des besonderen Hinweises, dass die Ableitung des Schmutz-, Brauch- und Regenwassers eine hygienische Notwendigkeit darstellt. [...] Im Stadtkern Gotenhafens werden sämtliche Abwässer, also auch Fäkalien, in einem Kanalsystem einer Kläranlage zugeleitet, in der sich Sink- und Schwebestoffe absetzen, die im so genannten ‚Schlammbrunnen’ ausfaulen. Das über mehrere Klärbecken geleitete und völlig geklärte Abwasser beendet dann in natürlicher Weise seinen Kreislauf. In den Stadtteilen aber, die nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind, verursacht die Entwässerung weit mehr Mühe. Insgesamt sind im Jahre aus meist zu kleinen Gruben gegen 80.000 cbm Abwässer abzufahren. Bei normaler Brennstoffzuteilung garantierte bisher der Abfuhrpark der Stadt mit seinen fünf modernen motorisierten Tankwagen eine Tagesleistung von rund 350 cbm bei einem Anfall von etwa 250 cbm täglich. Um aber den dringlichen Bedarf der Front an Brennstoff mit sichern zu helfen, musste der Treibstoffverbrauch gedrosselt und ein Teil der Tankfahrzeuge stillgelegt werden, allerdings nur solange, wie der derzeitige Betriebsleiter der Stadtreinigung erklärte, bis die

[237] AOBG, 5.7.1941, Nr. 20, „Grundstücksgesellschaft Gotenhafen mbH.“ Richter war der Vorgesetzte der Rechtsabteilung der Grundstücksgesellschaft, ihr Geschäftsführer Direktor König, vgl. BArch R 140/14, Bl. 36f., Geschäftsverteilungsplan der Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen mbH Hauptverwaltung Gotenhafen.

Fahrzeuge auf Holzgas umgestellt sind. In der Zwischenzeit musste versucht werden, den Abfuhrbetrieb mit Pferdegespannen aufrechtzuerhalten. Es war von vornherein klar, dass damit die bisherigen Leistungen nicht erzielt werden konnten, denn ein Tankkraftwagen mit Fahrer und zwei Beifahrern leistet so viel, wie jetzt sechs Pferdegespanne mit 24 Arbeitskräften, die für den Handpumpenbetrieb erforderlich sind.

Die Gruben in Adlershorst z.B. sind unverständlicherweise teilweise so klein gehalten, dass sie schon in zwei oder drei Tagen randvoll sind und überlaufen. In den Fällen aber, wo sie nicht genügend tief liegen, tritt das Abwasser in die Keller der Grundstücke zurück mit Geruchsbelästigung als kleinerem Übel und gesundheitlichen Gefahren. Mit nicht abstreitbarer Berechtigung wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, dass bei den gegenwärtigen kriegsbedingten Schwierigkeiten der Grubenentleerung in den Außenbezirken diese nicht mehr allein Sorge einer Behörde oder eines Betriebes sein kann, sondern hier erwächst der Bevölkerung die Pflicht, den Schmutzwasseranfall so niedrig wie möglich zu halten, denn 80 v.H. des Inhaltes aller Gruben fällt beim Baden, an Wäschetagen usw. an.“[238]

Die beschriebenen Probleme der Außenbezirke betrafen in stärkerem Ausmaß die Polen, da sie dort überwiegend ihre Wohnungen hatten. Daher konnte die Propaganda recht leicht das Fehlen von Gruben und einer Kanalisation erklären. Die Polen, die dort lebten, sollen Dreck und Unrat „im Sommer und Winter einfach vor die Tür“ geworfen haben. Diese laut Propaganda der NS-Presse bekannte Mentalität der Polen führte zu der Frage: „Wozu auch Aborte bauen, wenn man seinem lieben Nachbarn den Unrat vor die Türe gießen kann?“[239]

Noch im August 1944 beabsichtigte die Stadtverwaltung den Bau einer neuen Kläranlage wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen. Diese wurde in der Nähe der Deutschen Werke geplant, jedoch aufgrund der Kriegsereignisse letztendlich nie errichtet[240].

Auch die Gasversorgung erweckte einige Unzufriedenheit. Das aus polnischen Zeiten übernommene Gaswerk entsprach nicht den Verbrauchsplänen des Reichshafens und der Kriegsmarine. Die Pläne zum Ausbau sowohl des Hafens als auch der Werke ließen die Kriegsmarine Ende 1941 über andere Möglichkeiten der Zufuhr von Gas in die Stadt nachdenken. Die aus den Danziger Kreisen, insbesondere vom Vertreter des Reichsstatthalters stammende Idee, eine Ferngasleitung von Danzig nach Gotenhafen zu legen, missfiel der

[238] DV, 15.9.1944, Nr. 251, S. 3, „Probleme einer Stadt: Fragen der Stadtentwässerung im Kriege – Gotenhafen als Beispiel.“
[239] DV, 28.1.1940, „Gotenhafen und rund herum: 30 000 Menschen im Elendsviertel...“
[240] BArch RM 31/3541, Bl. 3, Schreiben des Küstenbefehlshabers mittl. Ostsee an das OKM betreffend die Besprechung in Gotenhafen vom 1.8.1944.

Stadtverwaltung und Oberbürgermeister Schlichting. Sie wurde von ihm abgetan als „Bestreben der Danziger Kreise, Gotenhafen auch in der Gasversorgung von Danzig abhängig zu machen und so auf dem Wege ‚der kalten Eingemeindung' nach Danzig einen erheblichen Schritt weiterzukommen". Als Gegenvorschlag stellte Schlichting beim Reichsbeauftragten für Energiewirtschaft ein alternatives Projekt für den Neubau eines Gaswerks für Gotenhafen mit folgender Argumentation vor:

> „Der ganze Fragenkomplex Gasversorgung Gotenhafen liegt vollkommen in der Linie der schon geschilderten und stets zu erkennenden Bestrebungen der Danziger Kreise, Gotenhafen nicht selbstständig werden zu lassen. Abgesehen davon, dass das Fehlen eines Gaswerkes in Gotenhafen für die Stadt schwere finanzielle und kommunale Schäden, die sich auch wieder auf die Marine auswirken würden, mit sich bringt, ist es militärisch nicht zu verantworten, die Gasversorgung Gotenhafens von einer Ferngasversorgung von Danzig abhängig zu machen. Der Oberbürgermeister von Gotenhafen betont mit Recht, dass seitens der Kriegsmarine eine selbstständige Kriegsmarinestadt Gotenhafen gefordert wird."[241]

Ab Juni 1942 waren Sitz und Verwaltung des Gas-, Wasser-, und Elektrizitätwerks im Verwaltungsgebäude des Elektrizitätswerkes in der Teutonenstraße untergebracht[242]. Das städtische Elektrizitätswerk war jedoch nur ein Verteilerwerk; Strombezug erfolgte vom Kraftwerk Groddeck (Gródek) über das Hauptumspannwerk Grabau des Westpreußenwerkes und vom Kraftwerk Ruthken über eine 15 kV-Leitung[243]. Neben diesem Verteilerwerk, welches die Stadt selbst sowie die Vororte und den Handelshafen versorgte, werden im Bericht der Heimatarmee vom Februar 1944 noch ein Dampfkraftwerk auf dem Gebiet der früheren „Paget" und ein Dieselkraftwerk in Oxhöft genannt. Beide stufte der Meldungserstatter als zu schwach und unzureichend ein[244].

Telefonverbindung und Briefverkehr

Am 14.9.1939 wurde von den deutschen Truppen folgender Bericht über den Zustand der Fernsprechleitungen in Gdingen verfasst:

---

[241] BArch RM 31/4178, Schreiben des Küstenbefehlshabers östl. Ostsee an das Kommando der Marinestation in Gotenhafen betreffend die Einrichtung eines Gaswerkes in Gotenhafen vom 3.11.1941.
[242] AOBG, 6.6.1942, Nr. 17, „Verlegung der Geschäftsräume der Stadtwerke."
[243] BArch RH 53-20/35, Der Reichsgau Danzig-Westpreußen. Militär-geographische Übersicht unter besonderer Berücksichtigung der vorher polnischen Gebiete, abgeschlossen am 1.3.1940.
[244] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER 1991, S. 153.

„Die von Danzig ausgehenden Fernsprechleitungen (Karte nach dem Stande vom 12. September) verliefen sämtlich oberirdisch und reichten nicht im Mindesten aus. Störungen traten häufig ein, die Verständigung war meist sehr schlecht. Das große Fernkabel Gdingen-Warschau konnte nur auf der Strecke Stargard-Schwetz-Thorn ausgenützt werden. Die planmäßig ausgeführten umfangreichen Zerstörungen der Polen auf den Vermittlungsanstalten erwiesen sich als außerordentlich wirksam.“[245]

Bereits die ersten Anordnungen der Stadtverwaltung gegenüber den polnischen Bewohnern enthielten Hinweise zu Telefonen. Die Polen durften keine Telefonnummer beziehen und hatten alle Telefonapparate abzugeben[246]. Freilich blieb die Möglichkeit bestehen, Briefe zu schreiben sowie Gespräche aus Telefonzellen zu führen. Allerdings hielt ein polnischer Informant fest, dass alle Gespräche abgehört wurden. Für ein örtliches Gespräch soll ein Preis von 20 Reichspfennig angefallen sein[247].

Die Hauptpost befand sich im ursprünglichen polnischen Postgebäude in der Hermann-Göring-Straße 10 (polnischer Name: ul. 10 Lutego). Im November 1940 wurde ein Zweigpostamt eröffnet: Dem Haus Adolf-Hitler-Straße 104, wo es einzog, wurde die Annahme sämtlicher Sendungen, Pakete sowie der Wertzeichenverkauf übertragen. Die neue Post verfügte außerdem über eine öffentliche Fernsprechzelle und einen Münzfernsprecher[248]. Die Öffnungszeiten der neuen Post waren um eine Stunde kürzer als die der Hauptpost, sie arbeitete von 8 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr[249]. Neben den beiden genannten Postgebäuden wurden weitere Filialen in nicht zentral gelegenen Stadtteilen wie Kielau und Oxhöft eröffnet[250].

Die Heimatkalender gaben jedes Jahr bekannt, wie hoch die Posttarife für alle möglichen Dienstleistungen waren. So waren im Jahr 1942 für einen Brief bis zu 20 Gramm acht Pfennig im Ortstarif und zwölf Pfennig im Fernverkehr zu bezahlen. Päckchen mit Höchstgewicht bis zu zwei Kilo kosteten 40 Pfennig ins Inland und zehn Pfennig pro 50 Gramm ins Ausland. Besondere Bestimmungen betrafen die Feldpost. Diese wurde bis 250 Gramm gebührenfrei befördert, über 250 bis 1.000 Gramm kostete sie 20 Reichspfennig[251].

Für ein „gewöhnliches Telegramm“ im Fernverkehr war ein Tarif von 15 Pfennig pro Wort festgelegt, für Orts- und Pressetelegramme waren es dagegen fünf Pfennig für jedes

[245] BArch RH 54-20/9, Notiz vom 14.9.1939.
[246] vgl. A. CHWALBA 2002, S. 425.
[247] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 29 (Kosobucki).
[248] DNN, 12.11.1940, Nr. 267, S. 7, „Aus Gotenhafen: Eröffnung eines Zweigpostamts in Gotenhafen.”
[249] APG 264/75, Bl. 427, Schreiben an die Haupttreuhandstelle Ost Gotenhafen betreffend das Postamt vom 11.11.1940.
[250] K. HEJMOWSKI, Poczta gdyńska w okresie okupacji, in: Rocznik Gdyński, Nr. 6, 1985, Gdynia 1986, S. 132.
[251] AOBG, 12.2.1944, Nr. 3, „Feldpostsendungen.“

Wort[252]. Polnische Briefkästen wurden neu bemalt. Die polnischen Informanten beschrieben auch das Aussehen der Briefträger. Sie sollen mit einer harten deutschen Ledertasche ausgestattet gewesen sein und eine rundliche Mütze in dunkelblauer Farbe getragen haben. Die übrigen Teile der Garderobe waren oft ziviler Herkunft. Briefe aus dem und zum Generalgouvernement sollen sehr ausführlich von der Zensur unter die Lupe genommen worden sein, Briefe vom und ins Reich dagegen scheinen für die Zensur weniger interessant gewesen zu sein[253].

Luftschutzbedingte Umbaumaßnahmen und Bereitschaftsdienste

Nach den ersten großen Bombardierungen auf das Altreich, vor allem nach den Luftangriffen auf Hamburg, wurden auch die Luftschutzmaßnahmen in den neuen östlichen Gauen stark vorangetrieben. Im Gau Danzig-Westpreußen wurden mehrere Anordnungen zum Luftschutz ausgegeben. Diese führten in Gotenhafen sowohl zu einigen äußerlichen Änderungen des Stadtbildes als auch zu markanten Änderungen des Tagesablaufs der Bewohner.

Äußerliche Veränderungen wurden in Flakartillerie an öffentlichen Gebäuden[254], Reserve-Wasserbehältern für Brandfälle[255], Umbau und Verstärkung der Keller von Wohn- und öffentlichen Gebäuden und die Anschaffung von Nebelgeräten sichtbar. Jede Hausgemeinschaft musste nachweisen, dass sie folgende Gegenstände zum Brandschutz ständig vorhielt: Luftschutzhandspritze, Luftschutzapotheke, Einreißhaken, Leine, Leiter, Feuerpatsche, Wassereimer, Wasserbehälter, Kisten oder Säcke mit Sand, Schaufel oder Spaten, Axt oder Beil, Armbinden (für Luftschutzwart, Laienhelferin, Melder), Brechstange, Kreuzhacke, Hammer und Stemmeisen[256] (vgl. Abb. 22). Um die Ausbreitung eventueller Brände und sonstige Schäden zu vermeiden, wurde eine Aktion der „Entrümpelung und Beseitigung der Bretter und Lattenverschläge“ durchgeführt. Kaum war dieses Hindernis beseitigt, folgte eine weitere Aktion zur Feuerschutzmittelbehandlung von Holzbauten[257].

Im Dezember 1943 vermeldete die Presse, dass in Gotenhafen „außerordentlich viel für den Schutz gegen Luftangriffe getan worden ist. Vorbildlich waren auch die Luftschutzkeller verschiedener Hausgemeinschaften.“[258] Polnische Informanten schrieben, dass wahrscheinlich der größte Luftschutzbunker der Stadt im Polizeipräsidium war[259].

---

[252] Westpreussischer Heimatkalender 1942, S. 125, „Posttarif, Telegraphenverkehr.“
[253] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 29.
[254] Ebd., Bl. 32 (Gottschalk).
[255] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 530.
[256] AOBG, 22.3.1941, Nr. 5, „Beschaffung von Selbstschutzgeräten.“
[257] APG-Gdynia 650/1628, Bl. 7, Schreiben des Polizeipräsidenten in Gotenhafen an Oberbürgermeister Schlichting betreffend die Feuerschutzmittelbehandlung von Gebäuden in Gotenhafen vom 8.6.1943.
[258] DNN, 8.12.1943, Nr. 289, S. 4, „Gotenhafen: Vorbildlicher Luftschutz.“
[259] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 5.

Abb. 22: Ausrüstung eines Luftschutzbunkers, Quelle: Eigenes Foto von einer Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen im Februar 2009.

Das Stadtgebiet und insbesondere der Hafen wurden dicht mit Nebelmaschinen besetzt, die im Angriffsfall Schutz bieten sollten. Da die Nebelmaschinen zu einem Bestandteil des täglichen Lebens wurden, war eine Aufklärung der Bewohner über ihre Funktionen und angeblich damit verbundenen Schädigungsrisiken erforderlich. Der Oberbürgermeister informierte deshalb, dass der Nebel selbst unschädlich sei, man die Berührung der Nebelmaschinen allerdings vermeiden solle[260]. Im Hafen standen die fassartigen Vorrichtungen zur Erzeugung von Nebel in Abständen von 70 Metern zueinander. Nach dem Öffnen des Hahns eines Fasses soll ein sauer riechender Rauch entwichen sein, der sich in einem Radius von 50 Metern ausbreitete und einen dichten Rauchvorhang bildete[261].

[260] AOBG, 18.5.1943, Nr. 10, „Künstlicher Nebel bei Fliegeralarm."
[261] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 32 (Wasilewski).

Auch das tägliche Verhalten der Bevölkerung wurde durch die Luftschutzmaßnahmen beeinflusst. In der Schule wurden die Kinder über Feuerschutzmaßnahmen unterrichtet, auch nahmen sie an Probealarmen teil[262]. In der Zeit der realen Bedrohung Gotenhafens durch Luftangriffe wurde neben der Feuerschutzpolizei Gotenhafen[263] auch die zivile Bevölkerung, sogar Jugendliche, in den Feuerschutz einbezogen und hatte die Pflicht, regelmäßig „LS-Bereitschaftsdienst“ zu leisten. Eine Vorstellung vom Aufwand und Ausmaß dieses Dienstes vermittelt ein tabellenförmiger Dienstplan eines Monats in der ersten Jahreshälfte 1944. Bereitschaft zum Luftschutzdienst hatten männliche Jugendliche von 15 Jahren monatlich bis zu vier Mal zu leisten, männliche Jugendliche von 16 bis 18 Jahren bis zu acht Mal, über 18-Jährige bis zu zehn Mal, weibliche Gefolgschaftsmitglieder über 18 Jahre bis zu acht Mal. Sogar weibliche Gefolgschaftsmitglieder mit einem oder zwei Kindern unter 14 Jahren im Haushalt sowie weibliche Gefolgschaftsmitglieder zwischen 15 und 18 Jahren mussten bis zu vier Mal Luftschutz-Bereitschaftsdienst leisten. Glücklich konnten sich nur werdende Mütter, weibliche Gefolgschaftsmitglieder mit Kindern unter drei Jahren oder mindestens drei Kindern unter 14 Jahren im Haushalt, weibliche Gefolgschaftsmitglieder, die unter erschwerten Bedingungen arbeiteten, sowie Frauen von Schwerbeschädigten und Gefolgschaftsmitglieder unter 15 Jahren schätzen. Sie mussten keinen Bereitschaftsdienst leisten[264].

[262] APG-Gdynia 650/1628, Abschrift, Stadtforstamt an das Schulamt Gotenhafen vom 6.8.1943.
[263] s.a. AOBG, 15.8.1940, Nr. 22, „Gebührenordnung für die Dienstleistungen der Feuerschutzpolizei Gotenhafen.“
[264] AOBG, 27.4.1944, Nr. 8.

4.6 Verkehr und Mobilität

„Schon heute [wird] eine Bevölkerung von über 300.000 Menschen durch den Verkehrsstrang Danzig-Gotenhafen bedient [...], und [...] bei dem zu erwartenden Anwachsen der Bevölkerung nach dem Kriege (durch Marine- und Industrievorhaben) [muss] mit einer Bevölkerungszahl von ca. 500.000 Menschen gerechnet werden."[265]

Busverkehr

So wie in vielen okkupierten Städten sowohl in Polen als auch allgemein in Europa die Straßenbahn eine entscheidende Rolle im öffentlichen Verkehr spielte[266], waren im okkupierten Gotenhafen Busse und später, ab Mitte 1943, auch Kraftstoff sparende Oberleitungsbusse mangels Alternativen das meistgenutzte städtische Verkehrsmittel. Die Trolleybusse, die im Jahr 1943 ihre Karriere in Gotenhafen begannen, sind bis heute ein Wahrzeichen der Stadt. Der Wiederaufbau und die Weiterentwicklung des Netzes von Oberleitungsbussen gehörte in den ersten Monaten nach Kriegsende auch für die neue polnische Stadtverwaltung zu den Aufgaben höherer Priorität[267].

Fahrzeuge, Verwaltung, Liniennetz, Auslastung und Fahrpreise

Die polnischen Busse aus den Vorkriegsjahren verschwanden nach Einmarsch der deutschen Truppen schnell. Sie wurden zur Benutzung durch das Militär bestimmt. Statt den früheren polnischen Bussen setzte man für die Bevölkerung nun vor allem gebrauchte Fahrzeuge aus Danzig ein (vgl. Abb. 23). Diese waren mit heller Farbe gestrichen und führten charakteristischerweise häufig einen Anhänger mit. Die Stadtbusse des Typus Büssing sollen wegen Knappheit des Kraftstoffs mit Leuchtgas betrieben worden sein, weshalb auf ihren Dächern große Behälter mit dieser Substanz installiert waren[268].

Der Busbetriebshof und das Depot aus der Vorkriegszeit wurden von der deutschen Verwaltung in Reparaturwerkstätten für Flugzeuge umfunktioniert[269]. Während der Okkupation wurden die „Verkehrsbetriebe Danzig-Gotenhafen AG" gegründet, an denen die Stadt selbst al-

---

[265] BArch RM 31/4401, Marine-Standort Gotenhafen an Marine-Intendantur Kiel und nachrichtlich an die Festungskommandantur, Festungsintendant Marine-Standortverwaltung allesamt in Gotenhafen betreffend die Verkehrsverhältnissen Gotenhafen-Koliebken-Danzig vom 15.10.1940.

[266] vgl. G. HRYCIUK 2000, S. 303; K. DUNIN-WĄSOWICZ 1984, S. 117; T. SZAROTA 1973, S. 276-283; A. CHWALBA 2002, S. 422.

[267] E. KWIATKOWSKI, Morze jako instrument polityki gospodarczej nowej Polski, in: IV Sesja Rady Naukowej dla zagadnień ziem odzyskanych, 18-21 XII 1946, Zeszyt I, Morze i Odra, S. 17f.

[268] M. GWIAZDA, Powstanie i rozwój komunikacji miejskiej w Gdyni, cz. 1: lata 1927-1945, in: Rocznik Gdyński 1983, Gdynia 1984, Nr. 4, S. 47.

[269] Ebd.

lerdings nicht komplett beteiligt war. Gotenhafen hatte einen Anteil von 30%, die Stadt Danzig von 40% und die Berliner Lokalbahn war zu 30% an der Gesellschaft beteiligt, wobei Gotenhafen nur maßgeblicher Einfluss auf die Regelung des Verkehrs zugesichert wurde[270].

Auf den meistgenutzen Strecken zwischen dem Zentrum und den entfernt liegenden Siedlungen Kielau und Adlershorst herrschte wegen der sehr begrenzten Anzahl der Busse unabhängig von der Tageszeit großes Gedränge. Fahrkartenkontrollen sollen vergleichsweise selten durchgeführt worden sein[271]. Im Jahr 1939, vor dem Ausbruch des Krieges, bedienten 33 Fahrzeuge in Gdingen insgesamt 14 Linien[272], was während der Okkupation mangels Fahrzeugen und Treibstoffkosten nicht zu halten war. Das Streckennetz der Busse während des Krieges bediente die einwohnerreichen Vororte und Stadtteile Aldershorst, Kielau, Oxhöft und die benachbarte Stadt Zoppot[273], wo man nach Danzig umsteigen konnte. Die Fahrtkosten im Winter 1942/43 lagen für eine Fahrt vom Stadtzentrum nach Kielau bei 25 Pfennig, nach Adlershorst bei 30 Pfennig. Eine Fahrt vom Zentrum Gotenhafen nach Danzig (26 km) kostete 1,20 Reichsmark, nach Zoppot 40 Pfennig. Die Fahrt von Kielau durchs Stadtzentrum und weiter nach Zoppot kostete 55 Pfennig[274].

[270] BArch RM 31/4391, Niederschrift über die Sitzung betreffend Fragen der Gotenhafenverordnung am 23.7.1942. Hier wurden u.a. Verkehrsfragen aufgegriffen.
[271] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[272] M. GWIAZDA 1984, S. 46.
[273] DNN, 27.8.1941, Nr. 200, S. 5, „Kein Autobusverkehr Oliva-Zoppot mehr. Linie Zoppot-Gotenhafen mit Umsteigen in Adlerhorst"; bzgl. der Anbindung der geplanten Marineärztlichen Akademie in Koliebken (zwischen Zoppot und Gdingen) wurde berechnet, dass im Oktober 1940 die „Verkehrszeit Koliebken-Langfuhr mit Omnibus und Straßenbahn [...] 50 Minuten" betrüge, vgl. BArch RM 31/4401, Schreiben an die Marineintendantur Kiel betreffend die marineärztliche Akademie vom 23.10.1940.
[274] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 28 (Wasilewski u. Kosobucki); vgl. S. LEWANDOWSKA, Życie codzienne Wilna w latach II wojny światowej, Warszawa 1997, S. 303.

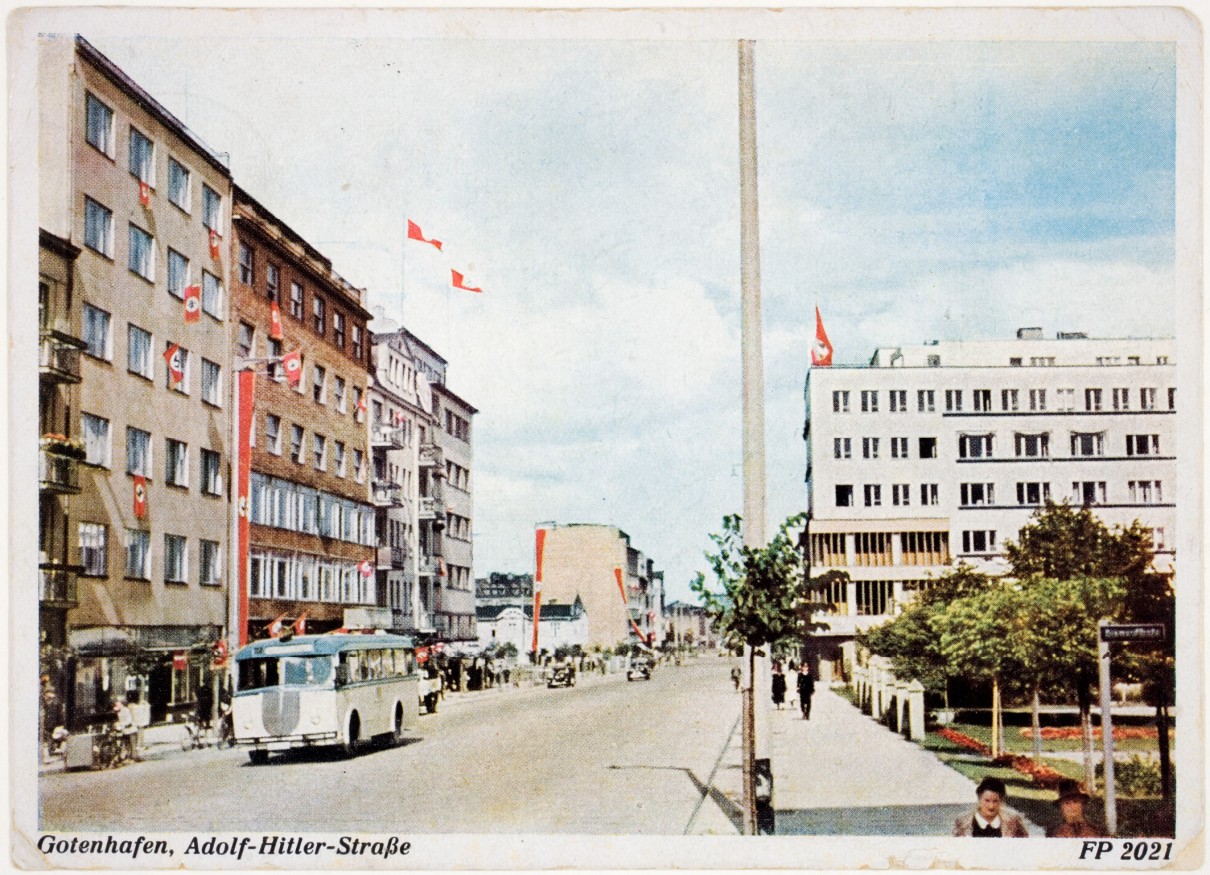


Abb. 23: Postkarte aus Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 139308.

Einführung der Trolleybusse

Die überfüllten Busse, der Fahrzeugmangel und lange Fahr- und Wartezeiten machten die täglichen Fahrten zur Arbeit und zu alltäglichen Erledigungen zur Geduldsprobe für die Fahrgäste. Auch die Presse konnte dieses Bild nur schwer beschönigen. Große Hoffnung brachte somit die Information, dass im Jahr 1943 neue Trolleybusse angeschafft werden sollten, um die Situation zu verbessern. Der „Danziger Vorposten“ informierte optimistisch, nicht ohne das bisherige wahre Bild der Verkehrsprobleme zu bestätigen, in einem Artikel vom September 1943 mit dem Titel „Die neue Obus-Linie in Betrieb. Gotenhafens Verkehrslage bessert sich“:

> „Es gibt wohl keinen Gotenhafener, der noch nicht über die stets überfüllten Verkehrsmittel geschimpft hat. Zwar wusste jeder, in welchem Zustand die Stadtverwaltung die Verkehrsverhältnisse 1939 vorfand, aber immer wieder wurde gerade von den Werktätigen die Frage aufgeworfen, ob nicht doch eine Verbesserung derselben möglich sei. [...] Schon seit einiger Zeit sah man, dass Leitungen befestigt wurden und allmählich sickerte es durch, dass sie für die neue Oberleitungs-Omnibus-Linie bestimmt seien. Viele sehnsüchtige Blicke gingen zu den Drähten. ‚Wenn es doch erst so weit wäre!’

> Sonnabend, den 18. September, war es nun so weit. Auf dem Steinplatz, vor dem Gebäude der Stadtverwaltung, erfolgte mittags 12 Uhr die feierliche Inbetriebnahme mit der Eröffnungsrede des Direktors Hege von den Verkehrsbetrieben Danzig-Gotenhafen. Die hohen Vertreter der Stadtverwaltung, Kriegsmarine, Partei waren dabei und besahen, wie der erste festlich geschmückte Wagen sich in Bewegung setzte und durch die Stadt fuhr. Im Verlaufe des Nachmittags bevorzugten alle Volksgenossen natürlich die Obusse, so dass man nur mit Mühe ein Plätzchen erwischte. Das ist verständlich, denn jeder Gotenhafener wollte natürlich als Erster das neue Verkehrsmittel benutzen, um allen Bekannten seine Ansichten hierüber mitzuteilen.“[275]

Anfangs verkehrten zehn Oberleitungsbusse der Marke Henschel in der Stadt[276]. Trotz feierlicher Stimmung in den ersten Tagen des Einsatzes der neuen Fahrzeuge änderte sich die Situation im Busverkehr nicht übermäßig. Noch immer waren die Busse überfüllt, entferntere und überwiegend von Polen bewohnte Stadtteile wie Oxhöft und Kielau litten unter schlechten Verbindungen und sogar die Presse, die generell so wohlwollend der neuen Realität unter den NS-Behörden gegenüber stand, musste die immer noch angespannte Verkehrslage in Gotenhafen eingestehen:

> „Wie auf allen Gebieten ergaben sich im September 1939 bei der Übernahme der Stadt Gotenhafen in die deutsche Verwaltung auch auf dem Gebiet des Verkehrs gewisse Schwierigkeiten, die aus kriegsbedingten Gründen nicht ohne weiteres in allen gerecht werdender Weise behoben werden konnten.“[277]

Es ist anzunehmen, dass die Situation bis zum Kriegsende keine Wende zum Besseren nahm. Eher wurde es angesichts der Wehrmachtseinberufungen der Mechaniker, Busfahrer usw. wie auch der weiter steigenden Passagierzahlen und des häufigen Ausfalls der älteren Fahrzeuge bei nur nötigsten provisorischen Reparaturen immer schwieriger, Wege im Stadtgebiet mit den Stadtbussen zurückzulegen.

[275] DV, 20.9.1943, Nr. 259, S. 3, „Die neue Obus-Linie in Betrieb.“
[276] M. GWIAZDA 1984, S. 47.
[277] DV, 16.8.1944, Nr. 225, S. 3, „’Verkehrsspitzen’ sind Sorgenkinder. Das Verkehrsproblem in Gotenhafen – Verständnis für Schwierigkeiten.“

Züge und Bahnverbindungen

Neben den Bussen, die vor allem im Rahmen des Stadtverkehrs durch Gotenhafen fuhren, hatte die Stadt während des Krieges auch diverse Zugverbindungen zu regionalen und überregionalen Zielen. Die nationalsozialistische Presse unterstrich, dass dank der Eroberung der polnischen Pommerellen wieder direkte Verbindungen ins Altreich „ganz auf deutschem Boden" möglich geworden waren. So berichteten die „Danziger Neuesten Nachrichten" freudig über die wieder eingerichtete direkte Zugverbindung „Danzig–Gotenhafen–Lauenburg–Berlin", obwohl der Einstieg für Zivilpersonen nur mit Passierschein möglich war[278]. In der im März 1940 fertig gestellten militärgeographischen Übersicht über die ehemals polnischen Gebiete werden folgende Bahnstrecken aufgezählt, die im Zuständigkeitsbereich des Betriebsamtes Gotenhafen lagen: Groß Boschpol–Neustadt–Rheda–Gotenhafen–Zoppot, Gotenhafen–Babental (Kohlenbahn), Neustadt–Ueberbrück, Rheda–Schwarzau–Krockow, Schwarzau–Hela, Gotenhafen–Rahmel–Oxhöft, Gotenhafen-Hafenbahn, Nawitz–Karthaus–Kokosken–Danzig-Langfuhr, Kokosken–Espenkrug[279].

Nutzung und Bedienung der Hauptstrecke entlang der Küste

Für die überwiegend deutsche Bevölkerung war während der Okkupation vor allem die Verbindung zwischen Gotenhafen und Danzig von Bedeutung. Viele deutsche Beamte, die in Danzig lebten, pendelten täglich zu neu geschaffenen städtischen Institutionen nach Gotenhafen. Eine der ersten Informationen über die Zugverbindungen der Station „Gotenhafen" liefern erneut die Dokumente der Einwandererzentralstelle Gotenhafen. Hier finden sich Abfahrtszeiten für Mitarbeiter der Zentrale, die ihr Zuhause nicht in Gotenhafen, sondern in benachbarten Vororten oder den Städten Zoppot und Danzig hatten. So stand für sie ab 1.11.1939 folgende Verbindung bereit: Der Zug fuhr in Danzig um 7:05 Uhr ab, um dann um 7.25 Uhr in Zoppot und um 7.45 Uhr in Gotenhafen anzukommen. Eine Rückfahrtmöglichkeit bestand um 19.20 Uhr ab Gotenhafen[280].

Nach einer anderen Quelle fuhren im Januar 1943 die ersten Arbeitspendler schon mit dem ersten Zug um 5:06 Uhr vom Bahnhof Gotenhafen nach Danzig. Danach sollen „4-5 Züge jede halbe Stunde" gefolgt sein. „Ab 8 Uhr fahren die Züge aus Gdingen nach Danzig nur einmal pro Stunde. Der Nachtverkehr zwischen 24 Uhr und 5 Uhr morgens auf der Strecke Gdingen-Danzig ist eingestellt, [...] so dass der Bahnhof in Gdingen in dieser Zeit geschlossen

[278] DNN, 28.9.1939, S. 9, „Wieder direkte Zugverbindung Danzig-Gotenhafen-Lauenburg-Berlin."
[279] BArch RH 53-20/35, Der Reichsgau Danzig-Westpreußen, Militär-geographische Übersicht unter besonderer Berücksichtigung der vorher polnischen Gebiete, abgeschlossen am 1.3.1940.
[280] BArch R 69/1141, Bl. 64, Schreiben betreffend Zubringerverkehr durch die Deutsche Reichsbahn.

ist."[281] Laut einer Übersichtkarte der Stadt waren in Gotenhafen drei Bahnhöfe vorhanden: Neben dem Hauptbahnhof gab es auch Haltepunkte in Kielau und Adlershorst[282]. Für den lokalen Bus- und Zugverkehr wurden keine Passierscheine benötigt, für Fahrten nach Posen und in andere polnische Gebiete jedoch grundsätzlich[283].

Besonderheiten und Fahrpreise

Wie bereits erwähnt wurden polnische und deutsche Fahrgäste in den Zügen getrennt. Für Polen wurde in jedem Zug ein separater Wagen reserviert, worüber auch ein Schild an der Außenseite informierte[284]. Im April 1941 wurde außerdem im Direktionsbefehl Nr. 77 der Marinehafendirektion Gotenhafen bekannt gemacht, dass auf der Strecke von Gotenhafen nach Oxhöft zwei Wagenabteile mit der Aufschrift „Nur für Frauen" kenntlich gemacht wurden. „Wer unberechtigt diesen Wagen bezieht ist zur Verantwortung zu ziehen"[285] Während längerer Überlandfahrten passierte es auch nicht selten, dass die zivile Bevölkerung auszusteigen hatte, um Platz für Militärangehörige zu machen[286]. Diese Praxis und Parolen wie jene, „daß die Räder für den Sieg zu rollen hätten", schufen ein eigenartiges Bild von den Bahnhöfen während des Krieges[287].

Ein Fahrschein von Gotenhafen nach Danzig in Wagen der dritten Klasse kostete im Januar 1943 80 Pfennig, ein Fahrschein von Gotenhafen nach Kielau in der dritten Klasse 25 Pfennig. Der Preis für Fahrkarten der dritten Klasse lag ansonsten bei etwa acht bis neun Pfennig pro Kilometer Fahrtstrecke[288].

Probleme, Darstellung und Wahrnehmung des Bahnverkehrs

Die polnischen Informanten unterstrichen in ihren Berichten aus Gotenhafen, dass sich die polnische Bevölkerung anders als in Warschau oder Krakau Fahrten aufs Land zum Einkaufen günstiger agrarischer Lebensmittel kaum erlauben konnte. So hieß es im Original:

> „Fahrten aufs Land zum Einkaufen von Lebensmitteln sind durch Polizeikontrollen der Bevölkerungsbewegungen und dadurch, dass verschiedene Funktionäre die Bewohner

[281] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[282] APG-Gdynia 650/1690, Gotenhafen Stadtplan des Stadtbauamtes mit Übersicht der Baumaßnahmen von 1939 bis 1942 vom 8.9.1942.
[283] Ebd., Bl. 28 (Wasilewski).
[284] Ebd., Bl. 27 (Gottschalk).
[285] APG 1038/1, Bl. 161, Marinedirektion Gotenhafen, Direktionsbefehl Nr. 77 vom 26.4.1941.
[286] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[287] CH. GRÜNING, Die Nixe im Kirschbaum. Eine Kindheit in Danzig, Berlin 1989, S. 186.
[288] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27f. (Gottschalk u. Wasilewski).

kennen, erschwert. Ausweise werden ohne Schikanierung verlangt, gleichzeitig werden Gepäckdurchsuchungen durchgeführt. Personen, die Essensvorräte transportieren, werden festgenommen. Gute Kenntnis des Gebietes ermöglicht eine Wanderung durch die Wälder um Gdingen herum, um Polizeikontrollen zu vermeiden."[289]

Die Presse informierte jedoch vorzugsweise über die Erfolge anstatt über die Schwierigkeiten des Zug- und Busverkehrs. So erfuhren die Leser im März 1942 in der lokalen Presse, dass „trotz aller Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, der Personalbestellung und vielem anderen" auf den Hauptbahnhöfen und in den Wartesälen in Danzig und Gotenhafen „Groß-Lautsprecheranlagen" der Firma Siemens in Betrieb genommen würden. Die Anlagen dienten allerdings nicht dem Komfort der Fahrgäste, sondern lösten auch das Problem der Personalknappheit bei der Reichsbahn[290].

Die Presse lobte den Beruf und das Engagement der Reichsbahnmitarbeiter und erinnerte die Leser an deren Bedeutung. Opferbereitschaft charakterisierte demnach die Bahnarbeiter, und nicht selten waren unter ihnen auch Heldinnen, wie z.B. eine Aufsichtsbeamtin in Gotenhafen. Die an den Gleisen des Gotenhafener Bahnhofs arbeitende Frau „gehört zu den Frauen, die als Frau und Mutter schon so viel für ihr Volk getan haben, dass sie von der Arbeitspflicht befreit sind. Sie ist Trägerin des goldenen Mutterehrenkreuzes und hat elf Kindern das Leben geschenkt, von denen heute noch sieben leben."[291]

Nicht nur der Busverkehr ließ einiges zu wünschen übrig, sondern auch der Bahnverkehr. Die Presse berichtete, dass zwar alles getan werde, „um den Fahrgästen zu helfen", jedoch sei in Zeiten des Krieges nicht alles möglich:

„Der Vorortverkehr zwischen Danzig, Zoppot und Gotenhafen ist eines der schlimmsten Sorgenkinder der Reichsbahndirektion – und der Fahrgäste. Jeder, der aus beruflichen oder außerberuflichen Gründen mit der Bahn auf dieser Strecke fahren muss, wüsste Verbesserungen und Vorschläge, ja, wenn man ihn nur fragen würde. [...] Nur wird leider viel zu oft vergessen, dass wir im Krieg leben und dass sich das Leben des einzelnen auch etwas danach richten muss. [...] Da ist zunächst einmal der zeitliche Abstand der Züge. [...] Der ganze Betrieb wird mit einigen wenigen Zügen aufrechterhalten, die dauernd hin- und herfahren. [...] Aber einen großen Lichtblick können wir jetzt schon geben: Im Sommerfahrplan soll der ganze Vorortverkehr zu Festzeiten vor sich gehen, das

[289] Ebd., Bl. 28 (Kosobucki) (Übersetzung MS).
[290] DV, 7.3.1942, Nr. 65, S. 3, „D 58 kommt mit 10 Minuten Verspätung..."
[291] DV, 27.4.1943, Nr. 115, S. 3, „Nach Danzig bitte einsteigen! Ein Besuch bei der Aufsichtbeamtin in Gotenhafen."

heißt, die Züge werden beispielsweise immer um 20 und 30 Minuten nach der vollen Stunde abfahren.“[292] (s.a. Abb. 24)

Abb. 24: Der Bahnhof Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176650.

Ein besonderer Aspekt im Zusammenhang mit der Bahn waren die Diebstähle. Die Reichsbahn brachte auf den Bahnhöfen große Plakate an, die die potentiellen Diebe vor den Konsequenzen von Eisenbahndienstählen warnten. Die Presse informierte, dass Todesstrafen für Eisenbahndiebstähle absolut angebracht seien, „denn die Sicherheit des Transportwesens muss gerade im Kriege unter allen Umständen gewährleistet sein.“ Demnach sollen ab März 1942 auch im Gotenhafener Bahnhof Eisenbahndiebstähle an Intensität zugenommen haben[293].

Unfälle

Die intensive Nutzung und mäßige Wartung der ohnehin nicht neuesten Fahrzeuge führte zu Pannen, die teilweise unglücklich endeten. Die Presse berichtete des Öfteren von Unfällen wie dem „Autobusbrand in Kielau“:

[292] DV, 9.3.1942, Nr. 67. S. 2, „Ein Sorgenkind der Reichsbahn. Ständig steigender Verkehr – Alles wird getan, um den Fahrgästen zu helfen.“
[293] DV, 28.11.1942, Nr. 330, „Eisenbahndiebstähle in Gotenhafen. Das Sondergericht erkannt auf Todes- und Zuchthausstrafen.“

„An der Endstation der Autobuslinie Bahnhof Gotenhafen-Kielau geriet am 2. Juni 1942 in den Abendstunden der Motorwagen eines Autobusses in Brand. Der Autobus mit Anhänger sollte um 18.45 Uhr planmäßig abfahren. [...] Der Kraftfahrer Leo G. wollte den Motor anlassen, als eine Stichflamme aus demselben herausschlug. Der Wagen brannte vollständig aus."[294]

Weiterhin ereigneten sich Unfälle, die die Kolumne „aus Gotenhafen" der lokalen Zeitungen regelmäßig füllten. Vom „Autobuszusammenstoß in Gotenhafen", der ohne größeren Personen- und Sachschaden endete, informierten die „Danziger Neuesten Nachrichten" im Januar 1943[295], von einem Verkehrsunfall im Januar 1942 nahm auch „Der Danziger Vorposten" Notiz. An letzterem waren ein Lieferwagen, ein Radfahrer und ein Pferdefuhrwerk beteiligt. „Der Radfahrer wurde durch den schleudernden Lieferkraftwagen gestreift und trug eine stark blutende Kopfwunde davon. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus von Gotenhafen eingeliefert."[296] Nach dem Tätigkeitsbericht der Motorisierten Verkehrsbereitschaft des Polizeipräsidiums Gotenhafen „ereigneten sich im Monat Juni 1941 11 Verkehrsunfälle. Es wurden 70 Personen wegen Verkehrsübertretungen angezeigt und gebührenpflichtige Verwarnungen im Gesamtbetrage von 200 RM ausgesprochen."[297]

Auch die Bahn hatte von einzelnen Unfällen zu berichten. Eine besondere Tragödie spielte sich im Juli 1943 auf dem Bahnhof Kielau ab: „Gerade als ein Zug einfuhr, lief ein kleines Mädchen plötzlich über die Schienen, wurde von den Rädern erfasst und getötet. Die maßlos erschrockene Mutter war dem Kinde sofort nachgestürzt um es zurückzureißen, jedoch zu spät – sie wurde gleichfalls von der Lokomotive mitgerissen und ebenfalls getötet."[298]

Weitere Verkehrsmittel

Direkt nach Einmarsch der deutschen Truppen in die Stadt erließ Kapitän zur See Schall-Emden eine Anordnung, wonach alle in der Stadt vorhandenen Kraftwagen binnen kurzer Zeit bei der Zivilverwaltung angemeldet werden mussten, was praktisch eine Beschlagnahmung bedeutete. Ebenso wurden sämtliche Vorräte an Benzin und anderen Treibstoffen beschlagnahmt[299].

[294] DV, 4.6.1942, Nr. 153, „Autobusbrand in Kielau."
[295] DNN, 15.1.1943, Nr. 12, S. 3, „Autobuszusammenstoß in Gotenhafen."
[296] DV, 30.1.1942, Nr. 29, S. 4, „Aus Gotenhafen: Verkehrsunfall in der Gotenstraße."
[297] DNN, 10.7.1941, Nr. 159, S. 5, „Aus Gotenhafen: 11 Verkehrsunfälle im Juni."
[298] DNN, 12.7.1943, Nr. 160, S. 5, „Gotenhafen - Tragischer Unglücksfall auf dem Bahnhof Kielau."
[299] DNN, 16./17.9.1939, Nr. 217, S. 1, „Kapitän z.S. Schall-Emden Festungskommandant von Gdingen."

Die polnischen Berichte über das Leben in der Kriegszeit stellen recht genau die Verkehrssituation in der Stadt dar. Neben genauen Daten über Verbindungen und Fahrkartenpreise für Bahn- und Busverkehr wurden auch andere Verkehrsmittel berücksichtigt. Anfang 1943 soll es demnach in der Stadt nur einige wenige Taxen gegeben haben[300]. Zu diesem Zweck wurden in gewöhnliche Autos Zähler eingebaut; die Fahrer trugen neben ihrer zivilen Kleidung eine charakteristische dunkelblaue Mütze, die von der polnischen Bevölkerung „Kaszubka" genannt wurde. „In letzter Zeit sind die Taxen fast komplett verschwunden und jetzt gibt es vielleicht noch vier bis fünf für die ganze Stadt."[301] In Gotenhafen fehlten Pferdekutschen oder Rikschas gänzlich, die in dieser Zeit beispielsweise in Warschau zu einem festen Teil des Stadtverkehrs geworden waren.

Zudem verkehrten einzelne Lastkraftwagen verschiedener Firmen, der Verkehr von privaten PKW wurde dagegen wie in allen okkupierten Städten drastisch begrenzt[302], was in der Praxis bedeutete, dass sich der Straßenverkehr auf ein Minimum reduzierte. Gleiches galt für Motorräder und andere motorisierte Zweiräder. Großer Popularität als Fortbewegungsmittel erfreuten sich daher verdientermaßen die weiterhin gestatteten Fahrräder, die jedoch ebenfalls aufgrund der Kriegshandlungen nur in begrenztem Rahmen genutzt werden sollten. Der Oberbürgermeister erinnerte die Gotenhafener Schüler trotz Frühling und Ferienversprechen streng: „Ich bitte die Schüler und Schülerinnen erneut darauf aufmerksam zu machen, dass Fahrräder während der Dauer des Krieges nur in dringenden Fällen benutzt werden dürfen."[303]

Bei Fahrrädern soll die amtliche Anmeldung zwar nicht übermäßig streng überprüft worden sein, jedoch „scheint es, dass man zur Sicherkeit einen Beweis des Fahrradkaufs bei sich tragen musste."[304] Eine solche Besitzbescheinigung konnte beispielsweise so aussehen: „Hiermit bescheinige ich, dass mein Konditor Josef Kups, Adlershorst, [...] das Fahrrad Nr. 270199 von mir für die Fahrt nach Hause geliehen erhalten hat. Da seine Arbeit um 4 Uhr morgens beginnt, hat er nicht die Möglichkeit den Autobus zu benutzen."[305] Die Fahrräder der Polen wurden laut den Angaben der polnischen Informanten nicht konfisziert.

Aus Gotenhafen soll regelmäßig ein kleines Passagierschiff nach Hela gefahren sein, jedoch benötigte man, um dorthin zu gelangen, einen speziellen Passierschein der Festungs-

[300] vgl. T. SZAROTA 1973, S. 270.
[301] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[302] vgl. T. SZAROTA, Życie codzienne w stolicach okupowanej Europy. Szkice historyczne. Kronika wydarzeń, Warszawa 1995, S. 89.
[303] AOBG, 17.5.1941, Nr. 13, „Einschränkung des Fahrradverkehrs."
[304] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[305] Museum der Stadt Gdingen, Sign. MMG/HM/I/1952/4, Otto Dimsat: Bäckermeister, Gotenhafen, Schillerstr. 56, Bescheinigung.

kommandantur, der nur den deutschen Bürgern erteilt wurde[306]. Außerdem pendelte regelmäßig eine Fähre zwischen Gotenhafen und Oxhöft. Morgens startete die erste Fähre aus Gotenhafen schon um 4 Uhr, die letzte fuhr an Werktagen um Mitternacht (an Samstagen und Sonntagen sogar eine halbe Stunde später[307]). Ein kleiner abgegrenzter Teil des Hafens blieb dem Passagierverkehr vorbehalten, der Rest des Hafenareals war Angelegenheit der Kriegsmarine und wurde vor mehr oder weniger zufälligen Blicken Auswärtiger gut gesichert. Ein Reiseführer über Danzig, Zoppot, Gotenhafen und Marienburg aus dem Jahr 1940 vermerkt, dass die Ausflugsdampfer nach Zoppot, Danzig, Hela, usw. sowie die Hafenrundfahrt-Motorboote vom Seesteg südlich des Hafens abfuhren.

Im Zusammenhang mit Verkehrsmitteln muss man stets auch die Frage nach der Bewegungsfreiheit in der Stadt stellen. Besonders die polnische Bevölkerung musste Bereiche beachten, in denen das Verhaltensmuster anders zu sein hatte als in den übrigen Teilen der Stadt. Grabau, Kielau und Adlershorst waren die Stadtteile, in denen man eher unter sich bleiben konnte und andere Verhaltensmuster hatte als in den durch die deutsche Bevölkerung dominierten zentralen Bereichen. Zur Bewegungsfreiheit gehören auch die Dokumente, die sowohl zur Personalienfeststellung benötigt wurden als auch bestimmten Bevölkerungsgruppen als Passierscheine in einzelne Bereiche der Stadt, vor allem in den Hafen, dienten. Zur ersten Gruppe gehörten für die Polen entweder noch die alten polnischen Personalausweise, die mit dem Stempel des deutschen Polizeipräsidiums versehen waren, oder die schon durch deutsche Behörden ausgestellten Personalausweise. Zur anderen Dokumentengruppe gehörten zeitlich und räumlich eingeschränkte Passierscheine. Die Hafenarbeiter hatten sowohl Passierscheine für den Zugang zu Hafenteilen als auch spezielle Passierscheine, die nur in Verbindung mit einem Personalausweis Gültigkeit hatten, z.B. für Nachtarbeiter[308].

In den unruhigen ersten Monaten der Besatzung, während denen Aus- und Ansiedlungen durchgeführt wurden, war die Stadt jedoch für zivile und private Besucher gänzlich gesperrt. Auf der lokalen städtischen Ebene wurde somit eine Abriegelungspolitik umgesetzt, die ansonsten allgemein für die Ostgebiete und das Generalgouvernement galt. Erst nach Aufhebung des Passierscheinzwangs im Sommer 1940 konnte „die bisher so stille Stadt Gotenhafen" eine größere Anzahl von Besuchern empfangen[309].

---

[306] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 27 (Gottschalk).
[307] APG 1038/1, Bl. 113, Fahrplan der Fähre Gotenhafen-Oxhöft, gültig ab 23.5.1941.
[308] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 8, (Kosobucki).
[309] DV, 20.8.1940, Nr. 228, S. 5; „Die Danziger besahen Gotenhafen"; DV, 4.3.1943, Nr. 62, S. 4, „Aus unserer Nachbarstadt: Gotenhafen vor dem 9. September 1939."

5 Soziale Dimensionen des städtischen Alltags

„Unter den vielen Wirklichkeiten gibt es eine, die als Wirklichkeit par excellence erscheint. Es ist die des Alltags. Ihre Sonderstellung bringt uns dazu, sie als die eigentliche Wirklichkeit zu betrachten. Der Alltag erfordert die größte Anspannung unseres Bewusstseins, das heißt, er beschäftigt es am eindrücklichsten, am drängendsten und intensivsten. Es ist unmöglich, seine bedrängende Gegenwart zu mildern oder gar zu ignorieren."[1]

Die vorgefundene architektonische und landschaftliche Prägung Gdingens begrenzte in natürlicher Weise den Ausbau ihrer Strukturen durch die NS-Regierung. Eine bauliche Neugestaltung der Stadt erwies sich unter den Bedingungen des Krieges als nicht durchführbar, Eingriffe in das soziale Alltagsleben der Bewohner waren hingegen deutlich leichter realisierbar. Ab den ersten Tagen nach der Übernahme Gdingens verfolgten sowohl die lokalen als auch die zentralen NS-Behörden den Plan, die Stadt umgehend und möglichst vollständig in die Struktur des Dritten Reiches einzugliedern, sei es im Bereich der Währung, der Versorgung im Rahmen des Lebensmittelkartensystems, der Unterrichtsthemen in der Schule oder des Kino- und Theaterprogramms für die deutschen Bürger.

Allerdings erforderte die Eingliederung auch die Beachtung der Spezifika der neuen „Ostprovinzen". Die „völkische" Zusammensetzung dieser Gebiete zwang die NS-Behörden zu signifikanten Maßnahmen, die das Alltagsleben der deutschen Bürger und der „Fremdvölkischen" in vielen Bereichen genau festlegten. In Gotenhafen waren so u.a. eine diversifizierte Lebensmittel-Belieferung der nationalen Bevölkerungsgruppen sowie unterschiedliche Arbeits- und Wohnverhältnisse zu schaffen. Durch diese und viele andere Maßnahmen war die völkische Trennung und krasse Ungleichheit zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten allgegenwärtig, ob bei den einfachen Grundbedürfnissen oder „gehobenen" Anliegen, wie dem Zugang zu Kultur, Politik- und Bildungswesen.

In den folgenden Unterkapiteln sollen zwei Aspekte geklärt werden: Einerseits die Frage der „Gleichschaltung" der annektierten Gebiete, andererseits die soziale Gestaltung der Ostprovinzen am Fallbeispiel Gotenhafens bzw. teilweise auch allgemeiner am Gau Danzig-Westpreußen. Zum sozialen Alltagsleben gehören hier die Arbeit und Arbeitsbedingungen der

[1] „Wsród wielu rzeczywistości jest jedna, która jawi się jako rzeczywistość par excellence. Jest to rzeczywistość życia codziennego. Jej uprzywilejowane miejsce upoważnia do przyznania jej miana rzeczywistości podstawowej. W życiu codziennym występuje największe napięcie swiadomości, to znaczy, ze życie codzienne oddziałuje na świadomość w sposób najbardziej przytłaczający, śpieszny i intensywny. (nach P.L. BERGER und. T. LUCKMANN), in: H. IMBS (Hrsg.), Miasto i kultura polska doby przemysłowej, Bd. 2, Człowiek, Wrocław-Warszawa-Kraków 1993. (aus der Einleitung von H. IMBS), S. 9 (Übersetzung MS und Siegfried Neuweiler).

polnischen sowie teilweise der deutschen Bevölkerung, die Versorgung mit Lebensmitteln und Grundbedarfsgütern sowie das Lebensmittelkartensystem, Einkaufsregelungen und Produktverfügbarkeit für die polnische und die deutsche Bevölkerung, der Schwarzmarkt, das Schulsystem, die gesundheitliche Versorgung, politisch-propagandistische und kulturelle Einrichtungen der Stadt und die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für deutsche Bürger.

5.1 Arbeitsbedingungen und Löhne

Um zu verstehen, wie hoch oder auch niedrig die Preise sowohl für das Wohnen als auch für Alltagsprodukte in Gdingen während des Krieges waren, muss zunächst einmal ein Verständnis für die Verdienstverhältnisse der Bevölkerung geschaffen werden. Als Hauptquelle dazu dienen hier Informationen aus einem Bericht, der im Militärarchiv Warschau vorliegt und die Lebensbedingungen in Gdingen im Zeitraum von November 1942 bis Januar 1943 beschreibt. Der Bericht behandelt auf 54 Seiten detailliert verschiedene Aspekte des Alltags, vor allem unter der polnischen Bevölkerung. Die drei Autoren der Einträge zu den Themen Versorgung, Arbeit und Freizeit heißen Wasilewski, Kosobucki und Gottschalk und waren vermutlich Informanten, die, so ist anzunehmen, nach gelungener Flucht aus dem okkupierten Gdingen diese Informationen an Vertreter des polnischen Geheimdienstes weitergaben[2].

Viele Seiten dieses Berichtes schildern die Arbeit der polnischen Bevölkerung, vor allem der im Hafen Beschäftigten. Dank dieser Meldungen kann heute genau ermittelt werden, wie viel man damals dort verdiente, welche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen herrschten und in welchem Ausmaß die Bürokratie der Arbeitsämter den Alltag der arbeitenden polnischen Bevölkerung organisierte. Für die deutsche Bevölkerung kenne ich keine vergleichbare Quelle, weshalb analog nur die Arbeitswelt der deutschen Beamten nach Schilderungen aus dem „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“ rekonstruiert werden kann.

Zahlungsmittel

Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde in Gdingen die polnische Währung aus dem Umlauf genommen und anstelle des Złoty die Reichsmark eingeführt. Ab 22.11.1939

[2] An dieser Stelle herzlichen Dank an Prof. Bogdan Chrzanowski (Gdańsk) für die Hilfe beim Entziffern der Personalien der genannten drei Autoren. Prof. Chrzanowski vermutet, Wasilewski, Kosobucki und Gottschalk könnten polnische Flüchtlinge aus Gotenhafen gewesen sein, die auf dem Meeresweg nach Schweden gelangten und dort ihre Berichte sowohl den schwedischen Behörden als auch dem polnischen Geheimdienst zukommen ließen; s.a. M. UTNIK, Oddział łącznikowy komendanta głównego AK przy naczelnym wodzu na emigracji (VI Oddział Sztabu Naczelnego Wodza), Teil 1, in: Wojskowy Przegląd Historyczny, Nr. 3 (97), Warszawa 1981, S. 130-158.

war die Reichsmark gesetzliches Zahlungsmittel in Danzig-Westpreußen. Ein paar Tage später, am 27.11.1939, verlor der Złoty seine Zahlungskraft, so dass die Reichsmark alleinige Währung war. Nur die so genannten Scheidemünzen minimalen Werts waren länger im Umlauf, vereinzelt waren sie noch im Herbst 1940 in Läden zu sehen[3]. Als Scheine waren 50, 100 und 500 Reichsmark auf dem Markt, als Münzen 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Reichspfennige sowie 1, 2 und 5 Reichsmark[4]. Die Werte 2, 5, 10 und 20 Mark wurden mit so genannten „Rentenmark" oder „Papiermark" abgedeckt. Ende des Jahres 1942 sollen zusätzlich in Gotenhafener Firmen als Ersatzzahlmittel auch Coupons im Wert von 1, 2 und 5 Mark zu finden gewesen sein. Ein solcher Coupon hatte auf einer Seite den Wert aufgedruckt, auf der anderen war er weiß und unbedruckt. Fremdwährungen waren legal in der Stadt nicht zu bekommen, illegal allerdings schon[5]. Im November 1942 kostete ein US-Dollar auf dem Gotenhafener Schwarzmarkt 30 Reichsmark, was nur zehn Reichmark weniger war als der Preis für ein Gramm Gold[6].

Kurz nachdem der Oberbefehlshaber des Heeres am 22.9.1939 eine Anordnung zur Einrichtung von Reichskreditkassen erlassen hatte, fuhren Reichsbankbeamte in die besetzten Gebiete, um dort Filialen zu errichten. In Gotenhafen wurde am 15.10.1939 eine Reichskreditkasse eröffnet, die wie in allen Reichsgauen wiederum am 1.11.1939 in eine Reichsbankanstalt umgewandelt wurde. In Gotenhafen entstand eine so genannte Reichsbanknebenstelle, die der Reichsbankhauptstelle in Danzig unterstellt war[7]. Später kündigte der Oberbürgermeister auch die Eröffnung von Sparkassen sowie einer Filiale der Dresdner Bank in der Stadt an. Der Stadtplan Gotenhafens vom September 1942 nennt außerdem Filialen der Danziger Privataktienbank und der Deutschen Bank[8].

Arbeitsbedingungen der polnischen Bevölkerung

Arbeit war, vor allem für die polnische, aber mit großzügigeren Ausnahmen zu Anfang des Krieges auch für die deutsche Bevölkerung, Pflicht. Neben den polnischen Männern waren auch polnische Frauen, deren Mann bereits arbeitete und die Kinder hatten, zur Arbeit ver-

[3] H. KASTEN, Die Neuordnung der Währung in den besetzten Gebieten und die Tätigkeit der Reichskreditkassen während des Krieges 1939/40, Berlin 1941, S. 84; s.a. W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 213.
[4] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 30 (Gottschalk).
[5] Ebd.
[6] Ebd., Bl. 41 (Wasilewski).
[7] H. KASTEN 1941, S. 77 u. 82f. Ein sehr interessanter Einblick in die Spargewohnheiten der Deutschen im Dritten Reich unter dem Aspekt des Sparens als Indikator des Vertrauens in das System findet sich bei P. KRATZ, Sparen für das kleine Glück, in: G. ALY (Hrsg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt 2006, S. 59-79, s.a. G. ALY, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2007, S. 108f.
[8] APG-Gdynia 650/1690, Stadtplan vom 8.9.1942 mit Übersicht der Baumaßnahmen von 1939 bis 1942.

pflichtet[9]. Ebenso wurde von der Okkupationsregierung aufgrund des permanenten Arbeitskräftemangels sowie der rassisch-politischen Ansichten über die polnischen Bürger auch die Arbeit polnischer Kinder in Anspruch genommen[10]. Vor allem zwischen Frühling und Herbst wurden sie zu verschiedenen Arbeiten gezwungen – so z.B. Kräuter sammeln, Steine von den Feldern räumen oder die Grünflächen der Stadt pflegen[11]. Für polnische Jugendliche galt die Arbeitspflicht ohne Ausnahme, so dass die polnischen Berichte in den Wintermonaten 1943/44 feststellen mussten, dass besonders in ländlichen Gebieten nur sehr wenige polnische Jugendliche geblieben seien. Die meisten waren zur Zwangsarbeit eingezogen worden. Diejenigen, die noch vor Ort geblieben waren, leisteten als registrierte Arbeiter schwere Arbeit auf ehemaligen polnischen Bauernhöfen, die von Deutschen oder Umsiedlern übernommen worden waren, oder als Bauarbeiter, Aushilfen usw.[12] Urlaub für polnische Angestellte gab es nicht, Ausnahmen waren nur in dringendsten Fällen wie Eheschließung oder Tod in der Familie gestattet[13].

Arbeitsverweigerer versuchte man durch genaue Kontrollen herauszufinden, die u.a. unangekündigt, manchmal in Form einer regelrechten Razzia in den Wohnungen der Betroffenen stattfanden. Solche Kontrollen wurden beispielsweise auch bei der Zuteilung der Lebensmittelkarten im Jahr 1941 durchgeführt. Außerdem kontrollierte die Gestapo häufig an öffentlichen Orten, auf Bahnhöfen, in Restaurants u.ä., um arbeitslose, unangemeldete Personen mit mangelhaften Papieren herauszufischen und entweder dem Arbeitsamt oder der eigenen Behörde zuzuführen. Wer zum ersten Mal ohne Vormeldung nicht zur Arbeit erschien, bekam eine Verwarnung, beim zweiten Mal wurde die Abwesenheit der Gestapo gemeldet, was für einen Betroffenen polnischer Nationalität entweder Gefängnis oder Konzentrationslager ohne Gerichtsverfahren bedeutete. Manchmal konnte die offizielle Strafe auf Intervention des Arbeitgebers durch eine hohe Geldstrafe ersetzt werden. Wenn jemand länger der Arbeit fernblieb, führte die Gestapo eine Fahndung durch. Wurde die gesuchte Person nicht ausfindig gemacht, trug man sie nach zwei bis drei Monaten in die Liste der Verschollenen ein[14]. Auch eine berechtigte Krankmeldung musste mindestens vier Stunden vor Arbeitsbeginn ein-

[9] vgl. z.B. B. SZCZEPUŁA, Dziadek w Wehrmachcie, Gdańsk 2007, S. 78.
[10] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 38 (Wasilewski).
[11] H. CH. HARTEN 1996, S. 197.
[12] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II 52.96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich za okres XII 1943, I-II 1944, Bl. 9.
[13] AOBG, 4.4.1942, Nr. 11, „Urlaub für polnische Angestellte und Arbeiter."
[14] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 38 (Wasilewski).

gehen, ansonsten passierte es nicht selten, dass der Arbeitsgeber umgehend die Gestapo informierte[15].

Auch für deutsche Arbeiter und Angestellte gab es strenge Strafen bei Versäumnis der Arbeitspflicht. Zur Abschreckung tauchten gelegentlich Meldungen wie die folgende über solche „schwarzen Schafe" der Gesellschaft in der Presse auf: „Das Amtsgericht verurteilte die 21-jährige Liselotte Blank aus Danzig, die ihrer Arbeitsstelle in Gotenhafen acht Tage unentschuldigt ferngeblieben war, wegen Arbeitsvertragsbruchs zu 3 Monaten Gefängnis."[16]

Der Arbeitstag eines durchschnittlichen polnischen Bewohners im okkupierten Gdingen dauerte häufig zehn bis elf, bei manchen Beschäftigungen sogar zwölf Stunden. So dauerte beispielsweise die verantwortungsvolle Arbeit eines Kranführers im Hafen täglich zehn bis zwölf Stunden. Im Hafen wurde zwar – theoretisch bis mindestens Anfang 1943 – in drei Schichten gearbeitet, bei Personalmangel hatte ein Hafenarbeiter jedoch auch im Zwei-Schichten-Takt zu arbeiten, was zwölf Stunden am Tag entsprach. Die Schichten bei der Danziger Hafengesellschaft lagen im November 1942 demnach beim Drei-Schichten-Takt von 7 bis 15, von 15 bis 23 und von 23 bis 7 Uhr, bei einfacheren Arbeiten, im Zwei-Schichten-Takt, von 7 bis 19 und von 19 bis 7 Uhr. Nach acht Stunden Arbeit war eine Pause von 30 Minuten eingeplant. Die Pausenzeiten wurden nicht von der Arbeitszeit abgezogen, was aber nur für die Hafenarbeiter galt – bei polnischen Beschäftigten in anderen Firmen, oder Arbeitern, die keine schwere Arbeit leisteten, wurde die Pause dagegen nicht zur Arbeitszeit gerechnet[17]. Während der Pausen aßen die polnischen Arbeiter einfaches, von zu Hause mitgebrachtes Essen wie Brot und tranken dazu den so genannten Ersatz-Kaffee (Malzkaffee)[18].

Die Löhne für polnische Arbeiter im Hafen sollen beispielsweise für einen Kranführer, egal welchen Alters und mit wie vielen Berufsjahren Erfahrung, 89 Pfennig pro Stunde, für einen Kranschmierer 75 Pfennig und für einen Kesselwärter 67 Pfennig pro Stunde betragen haben. Für Arbeit an Sonn- und Feiertagen gab es offiziell 50% Zuschlag, für Polen galt diese Regel jedoch nur für Sonntage. Die Bezahlung der Hafenarbeiter erfolgte alle zwei Wochen. Die Löhne für Deutsche sollen um 80 bis 100% höher gewesen sein. Verdiente ein polnischer Schmierer in zwei Wochen also rund 50 Reichsmark, brachte es der Deutsche in der gleichen Zeit auf 90 bis 100 Reichsmark[19]. Generell sah die Lohnsituation der Polen in Danzig-

[15] Ebd., Bl. 34 (Wasilewski).
[16] DNN, 22.12.1943, Nr. 300, S. 3.
[17] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 36 (Gottschalk).
[18] Ebd., Bl. 19 (Kosobucki).
[19] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 35 (Kosobucki).

Westpreußen jedoch besser aus als im Wartheland oder auch in Oberschlesien, wo die Verdienste der Polen nur einen Bruchteil der deutschen Löhne ausmachten[20].

Vom Lohn wurden diverse Leistungen abgezogen, so dass der Nettolohn deutlich niedriger ausfiel. Polnische Hafenarbeiter bezahlten laut den erwähnten Berichten monatlich folgende Steuern und Leistungen: 15% so genannte Sondersteuer („Polenabzug"), rund 10% Krankenkassenbeitrag, weitere rund 2% für die Deutsche Arbeitsfront und pauschal drei Reichsmark Bürgersteuer. Rentenversicherungsnachweise für jeden Arbeiter lagen bei den Arbeitgebern vor. Für jeden Beschäftigten hatten die Firmen spezielle Karten, in die jede Woche „Rentenversicherungsmarken" eingeklebt wurden. Manche Arbeitende wie beispielsweise Bürokräfte mussten keine Bürgersteuer bezahlen, hatten dafür aber einen Teil ihres Einkommens als Lohnsteuer abzuführen[21]. Krankenkassenbeiträge wurden auch von kurzzeitig Arbeitslosen verlangt und wurden dann ggf. nachträglich vom ersten Lohn der nachfolgenden Beschäftigung abgezogen.

Als Beispiel wird in dem Bericht der Verdienst eines polnischen Angestellten in einer Lebensmittelgroßhandlung in Gotenhafen angeführt:

Bei einem monatlichen Lohn von 170 Reichsmark wurden ihm abgezogen:

Polenabzug plus Lohnsteuer	31,70 RM
Krankenkasse	15,98 RM
DAF-Arbeitsfront	3,40 RM
Abzüge insgesamt	*51,08 RM*

Bei einem monatlichen Lohn von 210 Reichsmark wurden ihm abgezogen:

Polenabzug plus Lohnsteuer	45,05 RM
Krankenkasse	19,64 RM
DAF-Arbeitsfront	4,20 RM
Abzüge insgesamt	*68,89 RM*[22]

Andere Quellen belegen, dass die Löhne der Polen im Gau Danzig-Westpreußen Mitte 1943 zwischen 18 und 35 Reichsmark wöchentlich betrugen, wobei die Höhe primär von der Arbeitszeit und Arbeitskategorie abhängig war[23].

[20] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. XII (Einleitung).
[21] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 37 (Gottschalk).
[22] Ebd.
[23] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 180.

Da Gotenhafen zum „Reichskriegshafen" und zur „jüngsten deutschen Großstadt" erklärt worden war, hielt es die neue Regierung für erforderlich, ein der Bedeutung entsprechendes Arbeitsamt hierher zu verlegen. Bis Januar 1940 war es ausreichend gewesen, in Gotenhafen nur eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Danzig zu unterhalten, nun erklärte man die Notwendigkeit eines großen Arbeitsamtes, in dem laut ersten Plänen ungefähr 100 Arbeitskräfte benötigt wurden. Mit den nötigen Vorbereitungen, also sowohl der Suche nach Arbeitskräften als auch der Einrichtung der Büroräume, wurde der Leiter des Arbeitsamtes Neustadt, Dr. Oestreich, beauftragt[24].

Für jeden Polen in Danzig-Westpreußen wurde nach einer Anordnung von Mitte 1942 ein Arbeitsbuch angelegt, in dem alle Arbeitsverhältnisse, aber auch Arbeitslosigkeit, sowie alle Vorfälle, Krankmeldungen usw. registriert wurden. Um beispielsweise im Hafen arbeiten zu können, musste neben der Meldekarte auch ein Beweis für eine Fachausbildung vorgelegt werden. Im Fall des Fehlens eines solchen Belegs wurde man als unqualifizierter Arbeiter eingestuft, was sich entsprechend auf den Lohn auswirkte[25]. Die aufgenommenen Personalien, die für jedes Arbeitsbuch bzw. jede Meldekarte notwendig waren, ermöglichten den deutschen Arbeitsämtern eine noch stärkere Kontrolle der polnischen Bevölkerung sowie ihren möglichst effizienten Einsatz für das Reich[26]. Das Arbeitsbuch war zugleich eine Form der Legitimation der Anwesenheit an einem bestimmten Ort und schuf somit zumindest theoretischen Schutz gegen Zwangsarbeit im Reich. Auch ermöglichte es eine gewisse Bewegungsfreiheit in der Stadt und dem Umland[27].

Arbeit der deutschen Angestellten

Mit der Gründung der deutschen Administration kamen auch erste Mitarbeiter der zu errichtenden Behörden nach Gotenhafen. Allerdings dauerte die Selbstorganisation der verschiedenen Institutionen fast bis zum Ende des Krieges, was einerseits durch den kontinuierlichen Ausbau der Administration in den ersten drei Kriegsjahren, andererseits durch die große Fluktuation z.B. aufgrund der Wehrmachtseinberufungen bedingt war. Die nach Gotenhafen kommenden Beamten erhielten Löhne im Rahmen der Reichs-Besoldungsbestimmungen[28],

[24] APG-Gdynia 650/1649, Bl. 254, Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Danzig-Westpreußen an die Treuhandstelle Ost, Nebenstelle Gotenhafen, betreffend die Zuverfügungstellung von Einrichtungsgegenständen für das Arbeitsamt Gotenhafen vom 19.1.1940.
[25] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 33 (Kosobucki).
[26] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 219.
[27] M.G. ESCH 2003, S. 184.
[28] AOBG, 4.5.1940, „Besoldungsordnung des Stadtkreises Gotenhafen."

zusätzlich erhielten Hinzugezogene unterschiedliche „Ostzuwendungen“ wie spezielle Reisebeihilfen, Urlaubsgelder und Ähnliches[29].

Die Quellen, welche über die Arbeitsbedingungen der deutschen Angestellten in Gotenhafen berichten, haben einen ganz anderen Charakter als der polnische Bericht zu den Arbeitsbedingungen 1942/43. Das „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“ stellt die Arbeitswelt der so genannten Stadtgefolgschaft[30] und des Gotenhafener Beamtentums in seinen zahlreichen Facetten dar. Es lieferte die Informationen laufend und aktuell im Stil von Nachrichten. Arbeitszeiten werden neben Sportstunden erwähnt, Urlaubsbedingungen erscheinen zwischen Meldungen über kulturelle und politische Veranstaltungen. Die Beamten, an die sich der Oberbürgermeister jedes Jahr voller Zuversicht auf den Endsieg wandte, sollten mehr arbeiten[31]. Seine Appelle bewegten sich im Rahmen verschiedenster Anordnungen und Arbeitsbestimmungen, die nicht nur Urlaubsgelder und Weiterbildung, sondern auch banalste Dinge wie die Ordnung auf dem Schreibtisch betrafen.

Die meisten Informationen über den Arbeitsalltag können aus den zahlreichen Mahnungen und Belehrungen des Oberbürgermeisters gegenüber seinen Mitarbeitern abgeleitet werden. So betrafen seine Zurechtweisungen z.B. die erste Viertelstunde der täglichen Büroarbeit, die von vielen Mitarbeitern offensichtlich mit Hinweis auf Schwierigkeiten im Autobusverkehr nicht eingehalten wurde[32]. Ein anderes häufiges „Vergehen“ der Beamten war laut Schlichting die Nichteinhaltung der Verdunklungsvorschriften in den Dienstgebäuden[33]. Allerdings missachteten nicht nur die Beamten diese Regelung, auch ein Teil der Bevölkerung soll die Verdunklungsmaßnahmen ignoriert haben, obwohl Polizeipräsident und Oberbürgermeister „schärfstes Durchgreifen“ zur Durchsetzung androhten[34].

Mit Fortdauern des Krieges verlängerten sich die Dienststunden der Stadtverwaltung. Im März 1941 lag die Arbeitszeit noch montags bis freitags jeweils zwischen 7 und 16 Uhr sowie samstags zwischen 7 und 13 Uhr[35] (bzw. je 30 Minuten später ab September, wenn es länger dunkel war[36]), doch bereits im Winterhalbjahr 1942/43 verlängerte sie sich analog zu

[29] AOBG, 1.3.1941, Nr. 2, S. 6.
[30] Zum Ursprung und der Bedeutung des Wortes „Gefolgschaft“ im Nationalsozialismus vgl. V. KLEMPERER, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1998, S. 302-313. Der letzte Satz von Klemperers Ausführung pointiert das Ziel der Gefolgschaft (Volk) in den Augen des NS-Systems: „Was tut eine vollkommene Gefolgschaft? Sie denkt nicht, sie fühlt auch nicht mehr – sie folgt“ (S. 312).
[31] AOBG, 3.1.1942, Nr. 1, „An die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung Gotenhafen“; s.a. AOBG, 5.1.1943, Nr. 1.
[32] AOBG, 8.3.1941, Nr. 3, „Einhaltung der Dienststunden.“
[33] AOBG, 22.11.1941, Nr. 39, „Verdunklung der Dienstgebäude.“
[34] AOBG, 15.9.1943, Nr. 17, „Denk an die Verdunklung.“
[35] AOBG, 22.3.1941, Nr. 5, „Dienststunden von 1.4.1941.“
[36] AOBG, 23.8.1941, Nr. 27, „Ab 1. September andere Dienststunden.“

den anderen Städten des Reiches auf werktags ab 7.30 Uhr bis 17 Uhr[37]. Auch an Sonn- und Feiertagen musste in der Zeit von 10 bis 13 Uhr in jeder Dienststelle ein Beamter oder Angestellter anwesend sein, der in der Lage war, „dringende und wichtige Angelegenheiten zu erledigen.“[38] Im ersten Quartal 1943 wurde die Mindestarbeitszeit der Beamten und Angestellten auf 54 Wochenstunden erhöht[39], im Laufe des Jahres 1944 dann noch einmal auf 60 Wochenstunden.

Nach Anordnung Schlichtings hatten sich die Beamten immer freundlich gegenüber Volksgenossen zu verhalten und „nie unsachliche Schärfe, Schroffheit und Unhöflichkeit“ zu zeigen[40]. Dies schien jedoch nicht ganz zu funktionieren, da er jedes Jahr erneut mehr Höflichkeit im Publikumsverkehr forderte. Einigen Bevölkerungsgruppen stand nicht nur eine freundliche, sondern auch eine bevorzugte Abfertigung in den Behörden zu. Dazu gehörten beispielsweise Wehrmachtssoldaten, die während des kurzen Urlaubs ihren „Behördenrundgang“ zu erledigen hatten, sowie deutsche Mütter im Besitz der „Ehrenkarte für die deutsche kinderreiche Mutter“[41]. Besondere, weniger freundliche Verhaltenmuster wurden den deutschen Beamten der polnischen Bevölkerung gegenüber nahe gelegt. Das schlimmste Dienstvergehen war, „wenn Beamte mit Personen polnischen Volkstums früherer polnischer Staatsangehörigkeit in geschlechtliche Beziehung treten.“ So etwas hätte, wenn aufgedeckt, neben ernsten polizeilichen Folgen auch die sofortige Suspendierung des Betroffenen und den Verlust aller Pensionsansprüche zur Folge gehabt[42].

Sein Verlangen nach absoluter Autorität in der Stadt bewies Oberbürgermeister Schlichting nicht nur in den erwähnten Konflikten mit der Kriegsmarine und der Grundstücksgesellschaft. Von kleinkariertem Perfektionismus beflügelt definierte Schlichting auch die Arbeitsweise seiner Gefolgschaft bis in die Details. Eine ganze Seite widmete er beispielsweise den Weisungen zur Schreibmaschinenreinigung[43], weitere der Räumung der Schreibtische („Ich habe beobachtet, dass in den einzelnen Dienststellen bei Dienstschluss die

[37] AOBG, 22.9.1942, Nr. 25, „Dienstzeiten im Winter-Halbjahr 1942/43.“
[38] AOBG, 6.6.1942, Nr. 17, „Mindestarbeitszeit bei der Stadtverwaltung.“
[39] AOBG, 20.3.1943, Nr. 6, „Neuregelung der Arbeitszeit.“
[40] AOBG, 1.3.1941, Nr. 2, „Verkehr mit den Volksgenossen“; s.a. AOBG, 9.5.1942, Nr. 15, „Höflichkeit im Publikumsverkehr.“ Ob es wohl auch in Gotenhafen wie in Berlin zu beklagen gewesen wäre, dass die Volksgenossen schlecht von der Karteistelle o.ä. behandelt worden wären? „Dazu wird bemerkt, dass gerade diese Stellen das Gebot der Höflichkeit außer Acht lassen“ hieß es unter der Bevölkerung der Hauptstadt, in: W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL (Hrsg.), Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtspropaganda 1944/45, Reihe Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Neue Folge, Hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Bd. 13, Essen 2001, S. 139.
[41] AOBG, 26.4.1941, Nr. 10, „Kinderreiche Mütter.“
[42] APG 263/1, Bl. 95, Schreiben des Reichsministers des Innern betreffend den Verkehr von Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes mit Personen polnischen Volkstums ehemaliger polnischer Staatsangehörigkeit vom 12.2.1941.
[43] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Schreibmaschinenreinigung.“

Arbeitsplätze unaufgeräumt verlassen werden. Dieses Verhalten verstößt gegen die Vorschriften über die Wahrung des Dienstgeheimnisses, da [verschiedene Personengruppen] hierdurch die Möglichkeit haben, sich Einblick in Akten [...] zu verschaffen“[44]). Dienstsiegel und Stempel sowie alle Vordrucke mussten gemäß den Sicherheitsmaßnahmen in sicheren Behältern, „mindestens in festen Holzschränken mit gutem Sicherheitsschloss“, aufbewahrt werden[45].

Die Vorsicht erwies sich in einem Fall jedoch als durchaus berechtigt. Im Sommer 1943 wurde durch Einbruchdiebstahl in die Baracke des Ernährungsamtes ein Dienstsiegel entwendet[46]. Wegen der schwierigen städtischen Verkehrsverhältnisse konnten sich die Beamten einiger Dienstfahrräder bedienen[47], die jedoch auch gelegentlich Beute von Dieben wurden. Schlichting mahnte daher an: „Es ist festgestellt worden, dass diese Diebstähle meistens durch mangelnde Aufsicht, ungenügende Sicherung [...] begünstigt worden sind. Ich werde daher in solchen Fällen die Gefolgschaftsmitglieder [...] zum Schadenersatz heranziehen.“[48]

Neben dem häufigen Tadel blieb auch Platz für seltenes Lob, das aber gelegentlich auch als Mahnung zu korrektem Verhalten verstanden werden durfte. So wollte ein Gotenhafener Geschäftsmann im März 1944 einem städtischen Beamten „für seine Bemühungen“ eine Schachtel Zigaretten schenken. „Der Beamte hat diese ‚Gabe’ zurückgewiesen und den Vorfall gemeldet“, was sich als einwandfreies Verhalten in seinen Akten niederschlug und in dem Rundschreiben an die Kollegen als Vorbild veröffentlicht wurde[49].

Im Rahmen der Sparmaßnahmen wurde um Abgabe überzähliger Fernsprechapparate und Möbel aus den Büros gebeten[50], Papier konnte z.B. durch kurze Schreiben auf halben Bögen eingespart werden[51]. Auch die Beheizung der Büros und Dienstgebäude unterlag eisernen Sparmaßnahmen. Im August 1942 wurde die Höchsttemperatur für die bevorstehende Heizperiode auf 18 Grad festgelegt[52]. Im Sommer 1943 folgten weitere Begrenzungsmaßnahmen zur Energieeinsparung: Die Behörden hatten jede Deckenbeleuchtung auszuschalten, nur fünf Watt pro Quadratmeter waren weiterhin erlaubt. Rundfunkanlagen wurden in den Büroräumen nur zum Anhören von Großkundgebungen und Nachrichtenübermittlungen gestattet, ansonsten mussten sie ausgeschaltet bleiben. Der Oberbürgermeister ordnete auch die Stilllegung des Fahrstuhls in der Stadtverwaltung an. Nach Protesten von Mitarbeitern im

[44] AOBG, 10.4.1941, Nr. 8, „Aufräumen der Arbeitsplätze.“
[45] AOBG, 21.6.1941, Nr. 18, „Aufbewahrung von Dienstsiegeln.“
[46] AOBG, 21.8.1943, Nr. 15, „Dienstsiegel.“
[47] AOBG, 9.8.1941, Nr. 25, „Dienstfahrräder.“
[48] AOBG, 18.4.1942, Nr. 13, „Dienstfahrräder.“
[49] AOBG, 24.3.1944, Nr. 6, „Einwandfreies Verhalten der städtischen Gefolgschaft.“
[50] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Geräteabgabe“; AOBG, 5.4.1941, Nr. 7, „Überzählige Möbel.“
[51] AOBG, 16.8.1941, Nr. 26, „Einsparung von Papier“; AOBG, 24.1.1942, Nr. 4, „Einsparung von Papier.“
[52] AOBG, 14.8.1942, „Beheizung der Dienstgebäude.“

fünften Stockwerk wurde diese Anordnung jedoch mit folgendem Kommentar zurückgenommen: „Ich ersuche aber, darauf zu achten, dass die Inanspruchnahme des Fahrstuhles nur in dem notwendigen Umfange erfolgt.“[53]

Die Gefolgschaft der Stadtverwaltung nahm an den verpflichtenden Betriebsappellen teil[54], schickte eingezogenen Arbeitskameraden Illustrierte an die Front und sammelte „freiwillig“ „Opfer von Gehalt und Lohn“ für das Kriegswinterhilfswerk[55]. Gefolgschaftsmitglieder, die eine Dienstmütze trugen, durften nach Einführung des neuen Gotenhafener Stadtwappens Dienstkokarden aufnähen[56].

5.2 Versorgung mit Lebensmitteln und Grundbedarfsgütern

Die Lebensmittelversorgung war eines der für die Betroffenen am stärksten spürbaren Elemente der Diskriminierung der verbliebenen polnischen Bevölkerung. Für sie wurde die Versorgung mit Lebensmitteln bereits von den ersten Stunden der Okkupation an schwierig. Das hatte nicht nur finanzielle Gründe, obwohl diese mit der Zeit auch zunehmend eine Rolle spielten. Gdingen galt von den ersten Tagen seiner Besetzung an als außerordentlich teure Stadt, sowohl im Bereich der Mieten als auch in der Lebensmittelversorgung. Die hohen Preise waren für die deutlich weniger verdienende polnische Bevölkerung noch verhängnisvoller als für die Deutschen. Ein enttäuschter hoher NS-Beamter illustrierte die Situation an einem klaren Beispiel:

> „Ein Vergleich mit den Preisen etwa in Neustadt, Putzig oder Stargard ergibt im Vergleich zu Gotenhafen gewaltige Unterschiede. So kostete beispielsweise in diesem Herbst eine Gans in Neustadt 5 RM, in Gotenhafen, falls sie überhaupt zu haben war, 7 bis 8 RM. Bei Fischen war der Preis je Pfund durchschnittlich 0,30 RM. Auch Kartoffeln und sonstige Lebensmittel sind in den kleinen Städten bzw. auf den Dörfern erheblich billiger als in Gotenhafen.“[57]

[53] AOBG, 23.6.1943, Nr. 13, „Energieeinsparung bei den Behörden.“
[54] AOBG, 30.6.1942, Nr. 19, „Abhaltung eines Betriebsappells“; s.a. AOBG 16.4.1943, Nr. 8, „Betriebsversammlung“ u. AOBG, 14.10.1944, Nr. 13, „Betriebsappell.“
[55] AOBG, 25.4.1942, Nr. 14, „Ergebnis der Sammlung zum Kriegswinterhilfswerk 1941-1942 bei der Stadtverwaltung.“
[56] AOBG, 22.5.1943, Nr. 11, „Mützenkokarden.“
[57] APG 140/1, Bl. 489 u. 491, Schreiben von George als Kreisbeauftragtem für Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung für den Stadtkreis Gotenhafen an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen vom 28.11.1939.

Hohe Preise sollten jedoch nicht das einzige Mittel bleiben, das die geringer verdienenden Polen diskriminierte und den Lebensstandard klar von dem der deutschen Bewohner abgrenzte. Durch die Einführung von Lebensmittelkarten und gesetzlichen Regelungen zum Einkaufsverhalten erlangten die Behörden noch größere Kontrolle über die polnische Bevölkerung.

Lebensmittelkarten, Einkaufsregelungen und Produktverfügbarkeit

Ab dem Jahr 1941 wurde die gesamte Bevölkerung des Gaus Danzig-Westpreußen in das Lebensmittelkartensystem einbezogen. Bis dahin wurden viele Produkte wie beispielsweise Obst nur periodisch reglementiert[58], die meisten Nahrungsmittel befanden sich jedoch im freien Verkauf. Im Januar 1941 wurden zunächst Lebensmittelkarten für Fleisch und Fett eingeführt. Die Reglementierung mittels Lebensmittelkarten geschah später als beispielsweise in Krakau, wo schon am 13.11.1939 Karten für Zucker eingeführt wurden[59], oder in Warschau, wo ab 15.12.1939 Karten den Bezug von Brot, Zucker, Reis, Salz, Fleisch, Mehl, Kartoffeln und Eier reglementierten[60]. In den nächsten Monaten wurden allerdings auch in Gotenhafen immer mehr Produkte in das neue „Kartensystem" eingeschlossen[61]. So wurde am 31.3.1941 mit einem Erlass mit Wirkung ab 7.4.1941 festgelegt, dass Lebensmittelkarten für Brot und Mehl an Normalverbraucher und Kinder auszugeben seien[62]. Nicht nur private Verbraucher, sondern auch Behörden, Firmen mit Kantinen sowie Restaurants (wenngleich nicht sämtliche servierten Gerichte „auf die Lebensmittelkarte" gingen) unterlagen dem Lebensmittelkartensystem; auch in den Marinebetrieben wurde ab April 1941 die „Karteiwirtschaft" eingeführt[63].

Man erhielt rationierte Lebensmittel in den Geschäften und Gaststätten nur, wenn man die entsprechenden Lebensmittelkartenabschnitte abgeben konnte und zusätzlich natürlich die vom Händler geforderte Summe bezahlte. Die Marken waren grundsätzlich nach einzelnen Lebensmitteln aufgeteilt. Oft wurde mit Lebensmittelmarken daher auf dem Schwarzmarkt Tauschhandel betrieben.

Lebensmittelkarten wurden grundsätzlich jeden Monat verteilt; andere Rationierungsnachweise wie beispielsweise Bezugsscheine für Kohle oder Reichskleiderkarten wurden nur einmal jährlich zugestellt. Die Presse war für die Information über Änderungen der Zuteilungsmengen wie die Folgende zuständig:

---

[58] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 222.
[59] A. CHWALBA 2002, S. 389f.
[60] T. SZAROTA 1973, S. 179-181.
[61] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 221-223.
[62] AOBG, 19.4.1941, Nr. 9, „Bewirtschaftung von Brot und Mehl."
[63] APG 1038/1, Bl. 190f., Marinehafenneubaudirektion Gotenhafen, Direktionsbefehl Nr. 58 betreffend den Wirtschaftsbetrieb der Marinehafenneubaudirektion vom 3.4.1941.

„Für die am 9. Februar [1942] beginnende 33. Zuteilungsperiode, für die jetzt die Lebensmittelkarten verteilt werden, blieben die laufenden Rationen im Wesentlichen unverändert. Neu ist, dass die Butterration der Normalverbraucher, der Jugendlichen und der Kinder von sechs Jahren um 62,5 g erhöht und die Margarineration um die gleiche Menge herabgesetzt wird. [...] Weiter ist von Bedeutung, dass alle Versorgungsberechtigten 62,5 g Käse mehr erhalten, so dass in dieser Kartenperiode neben der Quarkration wieder drei Käserationen in dieser Höhe ausgegeben werden.“[64]

Neben den festen Zuteilungen gab es auch so genannte Sonderzuteilungen. Von einer solchen Sonderzuteilung in Form zusätzlicher 250 Gramm Rindfleisch informierte das „Amtsblatt des Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen“ Ende Februar 1945. Von der Zuteilung ausgenommen waren allerdings Juden, Zivil- und Kriegsgefangene[65].

In den polnischen Berichten wurde festgehalten, dass die Fleischmarken für Polen in gelber Farbe, für Deutsche blau gewesen seien. Butter-, Margarine, - und Käsemarken hatten genau umgekehrte Farben: Für Polen blau und für Deutsche gelb. Brotmarken wurden für beide Gruppen in rot bzw. orange und Zuckermarken für alle in weiß gedruckt[66]. Die Lebensmittelkarten für Deutsche und deren Begünstigte waren im Gegensatz zu den polnischen aber immer mit dem Buchstaben „D“ bedruckt[67]. Die Effizienz des Kartensystems beweist schon die Ausgabemenge: Im Jahr 1944 wurden im Gau Danzig-Westpreußen insgesamt 18 Millionen Lebensmittelkarten verteilt[68].

Einkaufsregeln und -beschränkungen

Nicht nur die Lebensmittelkarten waren je nach Nationalität unterschiedlich, auch für die Läden gab es ein Trennungssystem. Dies begann zunächst mit der Zuweisung von bestimmten Geschäften für polnische Kunden. So soll es z.B. bis August 1942 für alle in der Stadt wohnenden Polen nur zwei Fleischhändler gegeben haben. Später wurden den Polen zwar wieder alle Lebensmittelläden geöffnet, jedoch durften sie nur zu bestimmten Stunden und in bestimmten Abteilungen einkaufen. Die Verkaufsflächen wurden also in deutsche und polnische

[64] DV, 30.1.1942, Nr. 29, S. 4, „Mehr Butter statt Margarine. Erhöhte Käseration und Bohnenkaffee.”
[65] APG-Gdynia 218/16, „Amtsblatt des Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen“ (zugleich Öffentlicher Anzeiger), Danzig, 21.2.1945, Nr. 7, „Zuteilung von Fleisch.“
[66] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 20 (Gottschalk); vgl. V. DAHM, A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER (Hrsg.), Die tödliche Utopie, Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte zur Dokumentation Obersalzburg), München 2008, S. 609, Abbildung „Lebensmittelkarten“.
[67] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 20 (Wasilewski).
[68] P. SEMKÓW 2001, S. 150.

Abschnitte eingeteilt[69]. Trennzeiten für das Einkaufen polnischer und deutscher Kunden wurden außer in Gotenhafen beispielsweise auch in Bromberg eingeführt. In Thorn dagegen wurden grundsätzlich alle deutschen Kunden unabhängig von ihrer Position in der Schlange zuerst bedient, danach durften je nach Ausreichen der Vorräte die Polen einkaufen[70].

Deutsche berufstätige Frauen „mit überwiegender Selbstbeköstigung", die infolge ihrer Berufstätigkeit nicht vor 16 Uhr Lebensmittel einkaufen konnten, hatten die Möglichkeit, beim Obst- und Gemüsehändler sowie bei Fleischgeschäften Einkäufe vorzubestellen und diese abends ohne weitere Wartezeiten abzuholen. Dieser Aufwand verlangte allerdings spezielle Bescheinigungen[71]. Um der deutschen Bevölkerung das Einkaufen weiter zu erleichtern, wurde bestimmt, dass „an Sonnabenden und an Tagen vor den Feiertagen sämtliche Verkaufsstellen auch des Mittags offenzuhalten sind." Um unnötige Ladengänge zu vermeiden, wurde gleichzeitig angeordnet, dass jede Verkaufsstelle in unverwischbarer Schrift ihre Öffnungszeiten außen am Laden anzubringen habe[72].

In Gotenhafen durften die Polen Gemüse auf den Märkten erst ab 14 Uhr einkaufen, was zumeist bedeutete, nichts mehr kaufen zu können, da der Markt um diese Uhrzeit schon weitgehend ausverkauft war[73]. Zur Ergänzung der täglichen Ernährung wurden daher Pilze, Waldbeeren und Kräuter gesammelt, vor allem wegen des Fehlens von Frischkost in den offiziellen Zuteilungen[74]. Beschränkungen beim Einkauf frischer Produkte wurden jedoch auch bald, spätestens ab dem Jahr 1942, für die deutsche Bevölkerung spürbar. Die lokale Zeitung belehrte deutsche Hausfrauen, sich beim Einkauf von Obst und Gemüse disziplinierter und kultivierter zu benehmen. Im Juli 1942 starteten die „Danziger Neuesten Nachrichten" einen Appell unter dem Titel „Ruf an die Hausfrauen! Mehr Disziplin auf den Gemüsemärkten." Zwar erkannte der Autor des Artikels an, dass es „unsere Hausfrauen sehr schwer haben und dass sie dadurch nervös und abgespannt sind", es könne jedoch seiner Meinung nach nicht zugelassen werden, dass „viele Hunderte von Hausfrauen [...] sich schon am frühen Morgen um die Stände der Gemüsebauern und Händler [drängen] und versuchen, diesen die Ware aus den Händen zu reißen."[75] Obwohl diese Sätze die Zustände in Danzig beschreiben, ist anzunehmen, dass der gleiche Mangel an Produkten auch in der Nachbarstadt Gotenhafen zu be-

[69] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 20 (Gottschalk).
[70] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 222f.
[71] DNN, 6.9.1941, Nr. 208, S. 7, „Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen, Anordnung zur Erleichterung des Lebensmitteleinkaufs für berufstätige Frauen vom 1. September 1941."
[72] AOBG, 6.6.1942, Nr. 17, „Mittagsladenschluss."
[73] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 21 (Gottschalk).
[74] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 333.
[75] DNN, 4./5.7.1942, Nr. 154, S. 5, „Ruf an die Hausfrauen! Mehr Disziplin auf den Gemüsemärkten!"

klagen war. Von nicht gerade zahlreichen Marktständen, vor denen sich Schlangen deutscher Kunden von 20 Metern und mehr bildeten, berichtete man auch in Posen[76].

Was die Lebensmittelversorgung in Gotenhafen sowie allgemein in Danzig-Westpreußen vor allem für die unterversorgten Polen sehr erschwerte, war das völlige Fehlen des Straßenhandels, der die nicht ausreichenden offiziellen Zuteilungen hätte ergänzen können. Im Gegensatz zum Generalgouvernement, wo der Straßen- und Schwarzhandel sehr entwickelt war und die Ernährungsgrundlage der dortigen polnischen Bevölkerung bildete, mussten in Gotenhafen die zugeteilten Kontingente als Basis der täglichen Ernährung und Versorgung im Wesentlichen ausreichen[77].

Zuteilungsmengen gemäß der Lebensmittelkarten

Die polnischen Berichte über die Lebensbedingungen in Gdingen berichten, dass die polnische Bevölkerung sehr bald nach dem Einmarsch der deutschen Truppen keine Zuteilung von Produkten wie Brötchen, Weizenmehl, Fruchtmarmelade, Fisch, Gemüse, Kaffee, Tee, Schokolade, Bonbons, Obst, Käse und Wodka mehr erhielt. Spätere Einträge ergänzen diese Liste noch um das Kaufverbot von Weizenbrot, Öl, Schmalz, Kakao und Eiern. Die Eiermarken waren allerdings auch für die deutsche Bevölkerung kaum umzusetzen: Trotz der spärlichen Zuteilung eines Eis pro Woche war die Ware auf den offiziellen Märkten oft nicht vorhanden[78]. Sogar Produkte wie Maggi oder Brühwürfel, die sonst ohne Lebensmittelkarte zu kaufen waren, waren für die polnische Bevölkerung nicht zu erhalten. Die verbliebenen erlaubten Lebensmittel waren oft schwierig zu bekommen, da dafür oft mehr Lebensmittelmarken ausgegeben wurden, als Waren tatsächlich existierten.

In einer Meldung werden beispielsweise für den September 1942 folgende Zuteilungsmengen pro Kopf und Woche genannt: Für die deutsche Bevölkerung 300 Gramm Fleisch, 160 Gramm Fett und 2,5 kg Brot, für die polnische Bevölkerung 150 Gramm Fleisch, 62 Gramm Fett und 1,5 kg Brot[79]. Eine andere Quelle nennt die im November 1942 für je vier Wochen zugeteilte Nahrungsmittelmenge „pro Kopf“ („pro Pole“), allerdings erscheinen hier die Angaben vor allem bei Fett (Butter und Margarine) recht hoch und somit praktisch nicht umsetzbar. Im Einzelnen waren dies 7,6 kg Brot, 250 Gramm Butter, 150 Gramm Margarine, 800 Gramm Rindfleisch (allerdings mit Knochen gewogen; von Pferdefleisch hätte man die

[76] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II 52.77, Sprawozdanie Nr. 6/42 – Kraj w czwartym roku wojny.
[77] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 181.
[78] P. SEMKÓW 2001, S. 150; vgl. zur Nahrungsmittelversorgung in Gdingen zur Vorkriegszeit: Torpeda. Oczy i uszy Gdyni, Jg. 1, 1936, Nr. 25, S. 8, „Kto żywi Gdynię? Hala targowa przewrotem w życiu Gdyni i zaplecza.“
[79] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 13; vgl. die Zuteilung beispielsweise von Fleisch u. Zucker in Lemberg: G. HRYCIUK 2000, S. 272.

vierfache Menge bekommen können[80]), 200 Gramm Kaffeeersatz, 50 Gramm Pudding, 500 Gramm Zucker, 250 Gramm Marmelade aus Kohlrüben, ein Liter Magermilch. Außerdem wurden wahlweise Zigaretten (Sorten „R-6“ oder „Ost“) oder 100 Gramm Tabak pro Monat zugeteilt[81].

Für Januar 1943 werden weitere Angaben zur Zuteilung an Polen gemacht, und im Unterschied zu den Angaben vom November 1942 fällt die größere Menge Zucker (800 Gramm) auf, außerdem die zusätzlichen 250 Kilogramm Kartoffeln für das ganze Jahr sowie der Quark aus Magermilch, von dem 200 Gramm pro Person zugeteilt wurden[82]. Etwas besser ging es den mindestens acht Stunden täglich Schwerarbeit leistenden Personen, da sie Sonderzulagen bekamen. Diese betrugen pro Woche für deutsche Schwerarbeiter 250 Gramm Fleisch, 65,5 Gramm Speck, 35 Gramm Margarine und 1,4 kg Brot, für schwer arbeitende Polen 200 Gramm Fleisch, kein Speck, 63 Gramm Margarine und ebenso 1,4 kg Brot.

Die Okkupationsregierung betrachtete insbesondere Kartoffeln als *das* Grundnahrungsmittel des deutschen Volkes und beobachtete ihre Verwendung daher mit großer Aufmerksamkeit[83]. Ein Merksatz dieser Zeit war: „Lagert eure Kartoffeln kühl, trocken, dunkel und – frostsicher!“[84] Im Jahr 1943 fiel im Gau Danzig-Westpreußen die Ernte sehr schlecht aus, was vor allem Kartoffeln und Zuckerrüben betraf. Als Folge stand das Füttern von Schweinen und Kühen mit Kartoffeln unter Todesstrafe[85].

Ende des Jahres 1943 soll sich die Versorgungssituation der Polen wegen des Zuflusses deutscher Flüchtlinge aus den bombardierten Städten des Reiches verschlechtert haben, da sie einen Teil der polnischen Rationszuteilungen übernahm. Die Polen ernährten sich zu diesem Zeitpunkt bereits hauptsächlich von schwarzem Brot, Rüben und dünner Suppe.

Die von der Regierung festgelegten Höchstpreise für Lebensmittel lagen im November 1942 wie folgt[86]:

---

[80] Ob man etwa auch in Gotenhafen wie in Berlin als Werbung zu lesen bekam: „Gesundheit, Kraft und langes Leben kann nur das Pferdefleisch Dir geben”? vgl. dazu J. EBERT, T. JANDER (Hrsg.), Endlich wieder Mensch sein. Feldpostbriefe und Gefangenenpost des Deserteurs Hans Stock 1943/1944, Berlin 2009, S. 204.
[81] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 18 (Wasilewski); s.a. Ebd., Bl. 20 (Kosobucki), vgl. A. CHWALBA 2002, S. 389f.
[82] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Naczelnego Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 18 (Gottschalk).
[83] M. DÖRR 1998, S. 22f.
[84] DNN, 17./18.10.1942, Nr. 244, S. 6.
[85] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 401f.
[86] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 40 (Kosobucki u. Gottschalk).

Produkt	Preis im November 1942
schwarzes Brot mit Einschlag (kg)	0,29-0,35 RM
Butter (kg)	3,50-3,60 RM
Margarine (kg)	1,48 RM
Wurst (kg)	6 RM
Zucker (kg)	0,72 RM
Gerstengrütze (125 g)	0,24 RM
Kohlrübenmarmelade (250 g)	0,95 RM
Malzkaffee (kg)	0,48 RM
Pudding (50 g)	0,08-0,13 RM
1 Zigarette (Sorte „Ost“)	0,06 RM
Bier (1 Glas, Konsum im Sommer beschränkt auf zwei Gläser pro Person)	0,30 RM

Im Januar 1943 stieg der Butterpreis auf 4,32 Reichsmark pro Kilogramm, der des Schwarzbrots auf 38 Pfennig pro Kilogramm.

Fälschungen und Schwarzmarkt

Um etwas mehr Lebensmittel zu bekommen, griffen manche in ihrer Not nach unerlaubten, jedoch höchst phantasievollen Ideen. So meldete der „Der Danziger Vorposten“ im Sommer 1940, in Gotenhafen seien Radierungen auf einigen Lebensmittelkarten vorgenommen worden. Die Täter seien „ehemalige Polen“, die zum Zwecke der Bereicherung Radierungen an Fleisch- und Fettkarten vorgenommen hätten, wogegen, wie das Ernährungsamt warnend informierte, strafrechtlich vorgegangen würde[87]. Ebenso wurde von Versuchen berichtet, Lebensmittelkarten komplett zu fälschen. Wieder bediente sich die Presse einer beinahe amüsanten Geschichte. Eine Dame aus Zoppot soll ihren Butterbezugsschein gefälscht haben, „indem sie von der ‚1’ eine ‚2’ machte. Bei dem Versuch, unrechtmäßig Butter einzukaufen, wurde sie erwischt.“ Dem Pressebericht nach bemerkte die Verkäuferin den Schwindel und verständigte einen Polizeibeamten, der zufällig an dem Geschäft vorbeiging. „Daraufhin bekam es die Elizabeth aus begreiflichen Gründen mit der Angst und suchte ihr Heil in der Flucht. Weit kam sie aber nicht, denn der Polizeibeamte ließ sie nicht entwischen.“[88]

[87] DV, 5.7.1940, Nr. 182, S. 7, „Gotenhafen. Radierungen auf Lebensmittel.“
[88] DNN, 6.11.1942, S. 5, Nr. 261, „Bezugschein gefälscht. Drei Monate Gefängnis.“

Ebenso blühte der Handel mit Essensmarken. Die Marken wurden auf dem Land von Bauern zu überhöhten Preisen an Städter verkauft, da die bäuerliche Eigenproduktion hoch genug für den Eigenbedarf war[89]. Die Preise für die inoffiziell weiterverkauften Essensmarken und Nahrungsmittel passten sich so der realen Verfügbarkeit der Produkte an[90], während sich der „Führer" für die Kriegszeit offiziell zum Ziel gesetzt hatte, den Preisstand aufrecht zu erhalten[91]. In Gotenhafen entwickelte sich dieser inoffizielle, von unten gelenkte Markt insbesondere während der zweiten Hälfte des Krieges. Die Schwarzmarktpreise lagen bis zu 20 Mal höher als die amtlich festgelegten Höchstpreise. Die Dynamik dieser Preise zeigt die nachfolgende Übersicht:

Produkt	**November 1942** (bekannte Preise für Gotenhafen)[92]	**November 1943** (bekannte Preise für Pommerellen)[93]	**Ende Dez. 1943** (bekannte Preise für Pommerellen)[94]
Brot (1 kg)	2 RM		
Butter (1 kg)	40-50 RM	70-100 RM	120 RM
Weizenmehl (1 kg)		14 RM	
Zucker (1 kg)		24 RM	24-30 RM
Fleisch (1 kg)	26-40 RM		24 RM
Wurst (1 kg)	28 RM		
Speck (1 kg)		100-140 RM	90 RM
Ente (2,5 kg)		50 RM	
15 Eier	18-20 RM	25 RM	42 RM
Wodka (1 Liter)	30-60 RM	150 RM, Selbstgebrannter ab 70 RM	150 RM
Spiritus (1 Liter)		250 RM	
1 Zigarette		0,80 RM	1,50 RM
Tabak (100 g)			30 RM

[89] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 41 (Wasilewski).
[90] vgl. T. SZAROTA 1973, S. 195f.
[91] BArch R 140/15, Bl. 3-5, Anordnung Görings über die Sicherung des Preisstandes vom 23.4.1942.
[92] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 41 (Wasilewski u. Kosobucki).
[93] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 402f. (Übersetzung MS)
[94] Ebd., S. 530; vgl: A. CHWALBA 2002, S. 406; T SZAROTA 1973, S. 198 u. 204.

Bedenkt man, dass ein polnischer Arbeiter durchschnittlich zwischen 20 und 35 Reichsmark pro Woche verdiente, wird schnell verständlich, wie hoch diese Preise den Kunden erscheinen mussten. Der sich deshalb entwickelnde Tauschhandel wird in den polnischen Berichten folgendermaßen begründet:

> „Die Preise auf dem freien Markt sind für die Zahlkraft der polnischen Bevölkerung zu hoch. Da auf den so genannten ‚Schleichhandel' die Todesstrafe steht, wird eher ein Tausch-, als ein Warenhandel betrieben. Ware gegen Ware. Für zwei Kilogramm Zucker ein Paar Damenstrümpfe."[95]

Die gleiche Quelle stellt fest, dass sich der illegale Handel auch im Frühjahr 1944 trotz der strengen Strafen, von denen am häufigsten die Todesstrafe verhängt wurde, stark entwickelt habe. Eine wichtige Rolle spielten dabei Soldaten, die zum Urlaub nach Gotenhafen kamen. Weil sie sich frei bewegen konnten und nicht durchsucht wurden, brachten sie verkäufliche Waren mit in die Stadt.

Die deutsche Regierung versuchte unaufhörlich, den Schleichhandel zu bekämpfen. Zu den Abschreckungsmethoden gehörte die ständige Erinnerung an die Höchststrafen für diese Straftat, zu denen Gefängnis, Konzentrationslager und der Tod gehörten. Angesichts der genannten Strafen und logistischer Schwierigkeiten entwickelte sich der vergleichsweise sicherere Handel „von Hand zu Hand" in Gotenhafen relativ stark. Auf diese Weise wurden vor allem Tausch und Verkauf von Produkten wie Zucker, Butter und illegal geschlachtetem Schweinefleisch getätigt[96]. Die Presse schrieb den Schleichhandel propagandistisch der Szene der polnischen „Schleichhändler und Betrüger" zu, deren Delikte spaltenweise die Kriminalchroniken füllte. Besonderen Stellenwert nahmen in Berichten dieser Art illegale Schlachtungen und der Besitz von selbstgebranntem Alkohol sowie großer Mengen nicht angemeldeter Produkte ein[97].

---

[95] Ebd. (Übersetzung MS); Die hohen Preise für Strümpfe waren keineswegs nur in Gotenhafen zu finden. In den Stimmungsberichten aus Berlin heißt es: „Sehr häufig tauchte der Ruf nach Zuweisung von Strümpfen und die Frage auf, warum nach so langer Zeit nicht ebenfalls wieder ein Paar Strümpfe auch an Nichtfliegergeschädigte freigegeben würden. Es ginge jetzt zum Winter und nachgerade sei man ziemlich abgerissen", in: W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 155.

[96] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 41 (Wasilewski).

[97] vgl. DNN, 12.11.1940, Nr. 267, S. 7, „Kaffee aus Gotenhafen. Zuchstrafe für einen Wucherer"; DV, 30.1.1942, Nr. 29, S. 4, „Aus Gotenhafen: Polizeibericht aus Gotenhafen."; vgl. zur Bedeutung und Verbreitung des Schwarzmarkts im Generalgouvernement, J.T. GROSS 1979, S. 109-113.

Exkurs: Die Bedeutung des Alkohols

Der Alkohol erfreute sich während des Krieges sowohl bei der deutschen als auch bei der polnischen Bevölkerung großer Beliebtheit. Das beweisen nicht nur die hohen Preise von „Selbstgebranntem", „Spiritus" und „Wodka" auf dem Schwarzmarkt, sondern auch interne Dokumente der deutschen Behörden, die sich mit dem Problem befassten. Im Fall der deutschen Bevölkerung geht es darin oft um zugezogene Beamte, Angestellte usw., die in ihrer relativen Einsamkeit häufig zur Flasche griffen. Regelmäßig meldeten die Polizeichroniken für Gotenhafen Festnahmen wegen „sinnloser Trunkenheit"[98] und beklagten sogar Todesfälle durch Alkoholvergiftung[99].

Das Problem des Überkonsums betraf einige Berufsgruppen stärker als andere; so hatten den Akten zufolge beispielsweise die Fischer stark mit Alkoholproblemen zu kämpfen. In manchen Fällen ließ sich jedoch auch leicht eine Erklärung dafür finden: Im Fall von Willy und Ernst Sch. wurde der „des Öfteren" betrunkene Zustand dadurch verursacht, dass sie für verkaufte Fische oft mit Schnaps bezahlt wurden[100]. Das Beispiel beschreibt eine militärisch schwerwiegende und doch auf ihre Weise amüsante Geschichte. So meldete das Wasserschutzpolizei-Kommando Weichsel Revier Gotenhafen:

> „Am 21.10.1940 habe die Fliegerschützenschule Rahmel-Sagorsch Schießübungen auf See in Höhe Hexengrund durchgeführt. Zur Absperrung auf See war das Flugsicherungsboot ‚Annemarie' unter Führung des Gefreiten Sauer eingesetzt. Gegen 16.15 Uhr sei Sch. mit seinem Fischkutter aus Richtung Gotenhafen in das Sperrgebiet gekommen und habe hier dauernd herumgekreuzt, so dass die Flugzeuge ihr Übungsschießen einstellen mussten. Als Sauer mit dem Flugsicherungsboot am Fischkutter anlegte, stellte er fest, dass Sch. am Steuer seines Kutters eingeschlafen war und stark nach Alkohol roch. Da Sch. alleine auf dem Kutter war und er infolge seiner Trunkenheit nicht fahren konnte, wurde das Fahrzeug von dem Flugsicherungsboot in Schlepp genommen und zur SW-Wache gebracht. Hier gab Sch. an, dass er am Vormittag mit seinem Kutter Kartoffeln nach Gotenhafen gebracht habe. In der Mittagszeit hat er dann im Lokal ‚Zur

[98] DV, 30.1.1942, Nr. 29, S. 4, „Aus Gotenhafen: Polizeibericht aus Gotenhafen"; DNN, 23./24.11.1940, Nr. 277, S. 5, „Polizeibericht für Gotenhafen vom 19. und 20. November."

[99] Interessant wäre es, das Problem des Konsums und Überkonsums von Alkohol zwischen dem Generalgouvernement und den annektierten Gebieten quantitativ zu vergleichen. Vor allem über die ländlichen Regionen des Generalgouvernements schreibt GROSS: „Alcoholism soon spread throughout the country, with silent German blessing, and quickly took over the countryside, where moonshining was always a traditional sideline. Thousands of tons of potatoes and wheat were diverted during the war into the production of 'hooch' (bimber)", in: J.T. GROSS 1979, S. 104.

[100] APG-Gdynia 218/112, Beschwerde von Fischabnehmer Karsten über Ernst und Willy Schmidt an das Fischereiamt Gotenhafen vom 8.10.1943.

alten Eiche' mehrere Schnäpse getrunken. Gegen 14 Uhr ist er vom Fischereihafen losgefahren und kurz vor dem Sperrgebiet muss er dann eingeschlafen sein."[101]

Ergründung weiterer Einkommensquellen und Einsparmaßnahmen

Um an weitere Nahrungsmittel zu kommen, nutzten viele der Bewohner Versorgungsmöglichkeiten, die sich durch die Nähe zum Meer ergaben. So nahm das „Delikt" des Wildangelns große Ausmaße an, wie mehrere beim Oberfischermeister eingetroffene Beschwerden belegen. In einer dieser Beschwerden, die im August 1940 von deutschen Sportanglern vorgelegt wurde, heißt es: „Außerordentlich krass war z.B. der Fall heute früh im Hafenbecken I. [...] Als wir 3 Reichsdeutschen zum Hafenbecken kamen, war es fast unmöglich, noch einen Platz zu bekommen, nicht weniger als 36 (darunter 4 Polenkinder) säumten das Becken."[102] Kaschubische wie „eingedeutschte" polnische Fischer versuchten mit ihren Fängen, die eigene finanzielle Situation aufzubessern. So blühte etwa der Verkauf des frischen Fangs an die deutsche Besatzung des Torpedowaffenplatzes nahe Gotenhafen. Den Behörden blieb nur die Feststellung des Zustandes: Der mit dem Fang auftauchende Angler „wird von Angehörigen der Wehrmacht wegen Abgabe der Fische, insbesondere denen, die aus dem Osteinsatz zur kurzen Auffrischung in das Lager Hexengrund kommen und lange Monate keinen Fisch erhalten haben, geradezu überlaufen."[103]

Manche Formen der „Selbsthilfe" wurden jedoch auch von den Behörden unterstützt. Dazu gehörte ähnlich wie in Lemberg[104], Krakau[105] und Warschau[106] die Förderung des Obst- und Gemüseanbaus. Nach Ausfüllen aller nötigen Antragsformulare wurden kostenlos, jedoch nur an deutsche Volksangehörige im Besitz von Kleingärten, Obstbäume, Beerensträucher und Gemüsepflanzen abgegeben[107]. Außerdem wurden große Flächen der Stadt zum Anbau von Kartoffeln und anderem Gemüse genutzt. Ferner wurde entgegen allen Verboten versucht, die mit Gras bewachsenen Hänge und Steilhänge ackerbaulich zu nutzen[108]. Die Stadtfläche wurde zunehmend mit kleinen und kleinsten Äckern in jeder möglichen Ecke „ver-

[101] APG-Gdynia 218/135, Bericht vom 18.11.1940 über die Einlieferung des Fischers Johann Schulz wegen Trunkenheit in das Pol.-Gefängnis am 21.10.1940.
[102] APG-Gdynia 218/112, Bl. 25, Schreiben vom 4.8.1940 an den Oberfischmeister f. d. Küstengewässer betreffend die Sportangler, die beispielsweise versuchten, Lachs vom repräsentativen Seesteg in Zoppot zu fangen; vgl. APG-Gdynia 216/65, Oberfischmeisteramt Danzig, doświadczenia biologiczne, Schreiben vom 8.3.1944 an das Fischereiamt Gotenhafen.
[103] APG-Gdynia 218/112, Oberfischmeisteramt Gotenhafen, Beschwerden in Fischereiangelegenheiten; Fischereiamt Gotenhafen, Schreiben an die Außenstelle der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft in Danzig vom 29.7.1944.
[104] G. HRYCIUK 2000, S. 284f.
[105] A. CHWALBA 2002, S. 409.
[106] T. SZAROTA 1973, S. 217.
[107] AOBG, 5.1.1943, Nr. 1, „Förderung des Obst- und Gemüseanbaues."
[108] DNN, 7.4.1943, Nr. 82, S. 4, „Bebauung von Brachland in Gotenhafen."

schönert". Es erscheint beinahe ironisch, dass die fremde, kubistische und kalte Architektur der Stadt langsam der Bepflanzung von Kartoffeln, Rüben und Grünkohl wich.

Die NS-Regierung führte im ganzen Reich fleischlose Tage und „Eintopf-Tage" ein (ein Presseappell dieser Zeit: „Esst Euren Eintopf am Sonntag bei der Wehrmacht in den Kasernen und Unterkünften!"[109]), und versuchte mit diesen und anderen Anordnungen, den Konsum der Bürger gezielt zu begrenzen. Solche Schritte konnten natürlich nur dort fruchten, wo noch Einsparpotential bestand. Die polnische Bevölkerung Gotenhafens hatte ohnehin fleischlose Wochen, und in der Regel kennzeichnete dünne Suppe ihr tägliches Menü[110].

Die lokale Presse vermittelte Sparsamkeitsrezepte an Hausfrauen, welche die knappen Vorräte schonen mussten. So gehörten zu den Backtipps „Kaffee- sowie Marmeladenkuchen ohne Fett und Ei" und „Haferflockenkuchen ohne Fett"[111]. Auch das Erfindungspotenzial für „Ersatzstoffe" schien ohne Grenzen: Kunsthonig statt Honig, Milei statt Eiern, Milchpulver statt frischer Milch und vieles andere stand auf der Speiseordnung[112]. Vor allem in der letzten Phase des Krieges sollten kaum in der Region verbreitete Gemüsesorten für die Versorgung der deutschen Bevölkerung sowie der Flüchtlinge sorgen. Die Presse belehrte die Bauern:

> „Als Nachkultur für jetzt freigewordene Flächen eignet sich der Winterkohlrabi. Infolge der kurzen Entwicklungszeit dieser Gemüseart liefert dieselbe bis zum Eintritt des Winters noch erhebliche Erntemengen, die für die winterliche Gemüseversorgung dringend notwendig sind. Jeder Bauer und Landwirt sollte, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, eine bestimmte Fläche Winterkohlrabi anbauen, da gerade diese Gemüseart für die Versorgung der städtischen Bevölkerung, aber auch für die Winterversorgung von Lager- und Werkküchen von größter Bedeutung ist."[113]

---

[109] DV, 15.3.1940, Nr. 74, S. 5.
[110] A. CHWALBA 2002, S. 415.
[111] DNN, 2.7.1943, Nr. 152, S. 5, „Wir sprechen zur Frau."
[112] M. DÖRR 1998, S. 24.
[113] DV, 16.8.1944, Nr. 225, S. 3, „Winterkohlrabi anbauen. Für die Gemüseversorgung wichtig." Ein weiteres Problem war wegen der zahlreichen Wehrmachteinberufugen die Mahd und Verarbeitung der Ernte. Daher wurden in einigen „Bürgeraktionen" Beschäftigte aller anderen Berufe zur Hilfe eingezogen. Einer der vielen propagandistischen Artikel über eine solche Aktion berichtete: „Die Schwesternschaft des Stadtkrankenhauses Gotenhafen hatte für acht Tage achtzehn Schwestern zum Flachsraufen abgestellt. Die im Krankenhaus verbliebenen Schwestern übernahmen dafür zusätzlich den Dienst der Kameradinnen, die die mühselige Arbeit des Flachserntes auf dem großen Flachsschlag des Stadtgutes Koliebken in Adlershorst leisteten. Wohl gab es in den ersten Tagen einen tüchtigen Muskelkater, doch litt die Arbeitsfreudigkeit keinesfalls darunter. Zusammen mit den Schwestern „übten" sich auch Kameraden der Kriegsmarine in der ungewohnten Arbeit. Manch frohes Lied begleitete die Arbeit und Schwestern und Matrosen wetteiferten miteinander um den Preis der größeren Leistung. An einem Sonntag waren auch die Ärzte und die Angestellten des Krankenhauses zum Flachsraufen ausgezogen", vgl. DV, Nr. 236, 29.8.1944,S. 3, „Aus Gotenhafen: Krankenschwestern beim Flachsraufen."

Kleidung und Hygienemittel

Neben Lebensmitteln waren auch andere Produkte des täglichen Lebens während der Okkupation nur schwerlich in der Stadt zu bekommen. Hygienemittel, Kleidung und Schuhe fehlten mit jedem Kriegsjahr mehr[114].

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wurden schnell alle in den Läden, Hafenmagazinen und Lagerhallen vorhandenen Waren registriert und konfisziert. Das betraf natürlich auch Textilien- und Schuhläden, Drogerien usw.[115]. Eine der ersten Anordnungen, die in Gdingen von der neuen Stadtverwaltung erlassen wurden und die direkt Kleidung betraf, forderte zur Ablieferung aller Uniformen der polnischen Soldaten beim Polizeipräsidenten Gotenhafen auf. Die Verordnung verbat auch, diese Uniformen zu färben und in gefärbtem Zustand zu verwenden[116].

Am 30.11.1939 wurde im Gau Danzig-Westpreußen offiziell die Kleiderreglementierung mit Einführung der Reichskleiderkarte gültig. Ab April 1940 war sie auf dem bis 1.9.1939 zum polnischen Staat gehörenden Gebiet für die deutsche Bevölkerung, ab Juni 1940 auch für die polnische Bevölkerung in Gebrauch[117]. Polnische Bewohner im okkupierten Gdingen mussten, um Schuhe zu kaufen, zuerst einen schriftlichen Antrag auf einen Bezugsschein stellen[118]. Ähnlich wie bei Lebensmitteln gab es auch im Bereich der Kleidung, Schuhe, Kosmetika, Hygienemittel usw. ein Nebeneinander der offiziell vorgeschriebenen Höchstpreise und des weit verästelten Systems des inoffiziellen Handels. Dadurch, dass es in Gotenhafen keinen Straßenhandel gab und alle Firmen, Werkstätten, Lager und Läden in deutscher Hand waren[119], ließen sich illegale Händler ein Paar Schuhe oder einen Mantel mit Höchstpreisen bezahlen.

Offizielle Höchstpreise galten für jedes Stück Kleidung, egal ob es zu bekommen war oder nicht. Ob „Malerkittel", „Fleischerjacke", „Oxford- und Regattenbluse", „Winterjoppe", „Gummimantel", „wollene Socken", „Knabenkniestrümpfe" oder „Erstlingswäsche", alles hatte einen bestimmten Höchstpreis, dessen Überschreitung schwere Konsequenzen für den Verkäufer nach sich ziehen konnte[120]. So lagen gemäß den polnischen Berichten die Preise für Arbeitsschuhe mit Ledersohle bei maximal 16,65 und für normale Schuhe mit Ledersohle bei

[114] G. HRYCIUK 2000, S. 286; so wurden im Jahr 1942 in die Millionenstadt Warschau nur 100.000 Paar Schuhe und 5.000 Stück Kleidung geliefert, vgl. K. DUNIN-WĄSOWICZ 1984, S. 115.
[115] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 226f.
[116] AOBG, Nr. 2, 18.11.1939, Anordnung vom 15.11.1939.
[117] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 226f.
[118] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 20 (Kosobucki).
[119] Ebd., Bl. 42 (Gottschalk).
[120] Danziger Wirtschaftszeitung, Nr. 1, 1.1.1940, S. 19f., „Preise für Bekleidung und Textilwaren", enthält Preise, die ab 1.12.1939 im Reichsgau Danzig-Westpreußen in Kraft traten.

19,95 Reichsmark. Schuhe aus der so genannten Kriegsproduktion, die von deutlich schlechterer Qualität waren als die Produkte der Vorkriegszeit, kosteten demnach bis zu 15,25 Reichsmark. Schuhe mit Holzsohle waren sogar ohne den sonst obligatorischen Bezugsschein für acht bis zwölf Reichsmark zu bekommen. Im Bereich der Hygieneprodukte waren für ein Rasiermesser der Marke „Gillette“ elf Pfennig, für ein Rasiermesser der Marke „Rotbad“ zwischen fünf und 18 Pfennig zu zahlen. 50 Gramm einer schlechten Seife kosteten offiziell 15 Pfennig, Universalseife (Handwaschseife fehlte) 18 Pfennig pro Stück, ein Stück Rasierseife 30 bis 60 Pfennig[121]. Die offizielle monatliche Zuteilung von Hygienemitteln umfasste im November 1942 pro Pole 50 Gramm Seife und 250 Gramm Waschmittel[122]. Rasierseife war nur mit speziellen Bezugsscheinen erhältlich, wobei ein „Stäbchen“ dieser Seife für drei Monate reichen musste[123].

Seltene oder begehrte Produkte waren ebenso wie Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Lieferanten waren oft auch hier deutsche Soldaten, die Kleidungsstoff, Strümpfe, Zigaretten und Tabak, Schuhe, Rasiermesser, Kämme, Seife, Zahnbürsten und Zahnpasta in die Stadt schmuggelten[124].

Die höheren Schwarzmarktpreise für alle genannten Produkte bestätigen ihren Mangel auf dem staatlich gesteuerten Markt. Die Kunden waren bereit, den „Kriegstribut“ in Form horrender Preise selbst für einfachste Dinge zu zahlen. So kostete im November 1942 ein Meter Stoff für männliche Kleidung aus der Kriegsproduktion 40 bis 60 Reichsmark, Stoff für männliche Kleidung aus der polnischen Vorkriegsproduktion kostete aufgrund seiner deutlich besseren Qualität sogar das Drei- bis Vierfache. Sehr teuer waren aufgrund der offiziellen Knappheit auch Schuhe: Ein Paar Halbschuhe, vom Schuster gefertigt, kostete 120, normale Schuhe 200 Reichsmark. Am teuersten waren Schuhe mit Schaft, deren Preis zwischen 300 und 400 Reichsmark lag. Ein Paar Frauenstrümpfe kostete 30 bis 50, ein zweiteiliges Unterwäscheset für Damen 50 bis 60 Reichsmark. Auf dem Schwarzmarkt war auch Seife erhältlich, wobei ein Kilogramm Seife aus Fischfett 16 bis 20, ein Stück schwedische Handwaschseife der Marke „Palmolive” sieben bis acht Reichsmark kostete. Ein mittelgroßer Kamm war für drei bis vier, eine Tube Zahnpasta der deutschen Kriegsproduktion ebenso wie eine Zahn-

[121] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 40 (Wasilewski).
[122] Ebd., Bl. 18 (Wasilewski).
[123] Ebd., Bl. 25 (Gottschalk).
[124] Ebd., Bl. 41 (Wasilewski); vgl. G. HRYCIUK 2000, S. 287; Bei Entdeckung des illegalen Handels der deutschen Soldaten mit Wehrmachtsgut konnten tragische Konsequenzen folgen: Zu einem Fall, bei dem ein junger deutscher Arbeitersohn, der während seines Dienstes bei der Wehrmacht-Zugwachabteilung auf dem Schwarzmarkt von Krakau zwei Pistolen verkaufen und ggf. gegen ein Paar Damenfilzstifel für seine Braut einzutauschen versuchte und dabei durch zwei V-Männer der Polizei „hereingelegt” und in Folge wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt wurde, vgl. W. WETTE u. D. VOGEL (Hrsg.), Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und „Kriegsverrat” (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2007, S. 358-364.

bürste für fünf bis sechs Reichsmark erhältlich. Eine schwedische Armbanduhr, obwohl von schlechter Qualität, kostete 120 bis 150 Reichsmark. Zu den Luxusgütern auf dem Gotenhafener Schwarzmarkt gehörten aus dem Generalgouvernement geschmuggelte Diamanten, deren Preise bei 100 Reichsmark für die kleinsten Stücke anfingen[125].

Mit wachsender Kriegsdauer und entsprechender Produktverknappung stiegen die Schwarzmarktpreise für zahlreiche Gebrauchsprodukte in beinahe astronomische Höhen. So werden für den Schwarzmarkt im Gau Danzig-Westpreußen für die Wochen vor Weihnachten 1943/44 Preise für Männerhalbschuhe zwischen 600 und 800 Reichsmark genannt, ebenso waren für ein Stück Stoff für Männerkleidung 450 bis 500 (Kriegsproduktion) bzw. 900 bis 1.500 Reichsmark (Vorkriegsproduktion) zu bezahlen[126].

Auch die schnell eingeführten Bezugsscheine und Kleiderkarten, mit denen man über ein Punktesystem Bezugsrechte erhielt, konnten nur in seltenen Fällen die Beschaffung von Kleidungsstücken oder Spinnstoffen erleichtern. Ein deutscher Bürger hatte für den Zeitraum eines Jahres eine Kleiderkarte mit 120 Punkten, ein polnischer dagegen mit 70 Punkten (Stand September 1942)[127]. Hinzu kam selbstverständlich noch der Ladenpreis in Reichsmark. Der Einkauf eines Anzugs oder eines Damenkostüms verbrauchte bereits 45 bis 60 Punkte. Es war jedoch unter Strafe gestellt, alle Punkte auf einmal einzulösen. Die Strafandrohung galt für Kunden wie für Verkäufer. So wurde beispielsweise im März 1941 „der Betriebsführer der Firma Emil Oldendorf, Gotenhafen, Adolf-Hitlerstr. 3, [...] mit einer Ordnungsstrafe von 300,- RM belegt [...], weil er Abschnitte der Reichskleiderkarte vor dem Fälligkeitstage abgetrennt und damit gegen die Verbrauchsregelungs-Vorschrift verstoßen hat.“[128]

In Gotenhafen notierten polnische Beobachter folgende Punktwerte für Stoff- und Kleidungsstücke: Am niedrigsten eingestuft war ein dünnes Stofftaschentuch, das genau so wie eine Krawatte einen Punkt kostete[129]. Ein Seidenhemd war neun bis zwölf Punkte wert, ein aus stärkerem Stoff gefertigtes Arbeitshemd 18 Punkte. Generell hatten auch im Punktesystem die minderwertigen Kriegsstoffe mit ihren verschiedenen Beimischungen von beispielsweise Holz geringere Punktwerte als die bessere Vorkriegsware. Manche Produkte waren in Gotenhafen auch gar nicht in das Kleiderkartensystem integriert, und auch unabhängig

[125] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 41 (Wasilewski).
[126] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 530.
[127] Ebd., S. 13.
[128] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Ordnungsstrafe.“
[129] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 25 (Gottschalk).

davon unmöglich zu bekommen, so z.B. Handschuhe und Ohrenwärmer in der Mitte des Krieges[130].

Im letzten Kriegsjahr hatte die Kleiderkarte keinen Nutzen mehr für die Bürger. Zwar hatte man weiterhin die Karte mit den Kleiderpunkten, allerdings war die Wirtschaft komplett auf Kriegsproduktion umgestellt und konnte die Stoffversorgung nicht mehr sichern[131]. Abhilfe schafften daher entweder ständiges Umarbeiten und Reparieren der vorhandenen Garderobe oder große Geldinvestitionen auf dem Schwarzmarkt, um an die gewünschten Kleidungsstücke heranzukommen.

Was trugen die Menschen eigentlich?

In Anbetracht des allgemeinen Fehlens neuer Kleidung ist die Frage interessant, was die Menschen eigentlich tagtäglich während ihrer Arbeit und der kurzen Freizeit trugen. Dem schon viel zitierten polnischen Bericht über die Lebensbedingungen im okkupierten Gdingen zufolge sollen polnische Arbeiter im Hafen in der vorstellbar schlechtesten Kleidung erschienen sein. Alles war zerrissen und geflickt. Manchmal wurde die ohnehin in schlechtem Zustand befindliche Kleidung zum Arbeiten gegen noch schlechtere ausgetauscht. Nur an Feiertagen sollen die polnischen Arbeiter bessere Kleidung getragen haben, die überwiegend aus der Vorkriegszeit stammte[132]. Dennoch wäre die Vorstellung, auf Gotenhafens Straßen seien nur schlecht angezogene Menschen herumgelaufen, nicht ganz korrekt. Viele der hier arbeitenden Deutschen verdienten vergleichsweise viel und konnten sich so auch gute Kleidung leisten. Viele von ihnen sollen zudem auch Vorräte an Kleidung, Stoff und Schuhen besessen haben, die sie in den ersten Wochen der Besatzung aus den polnischen Wohnungen und Läden übernommen hatten[133].

Die NS-Presse veröffentlichte passende Modetipps und Modelle zum Selbstnähen, die den sparsamen Umgang mit Stoff förderten. Unabhängig davon warben einige Firmen um kaufkräftige Kundschaft. So findet sich im „Bundesblatt des Nationalsozialistischen Lehrbundes, Gau Danzig“ Reklame der „Bekleidungs-Gesellschaft f. Danziger Beamte G.M.B.H. (BEGEDA)“. Für den Frühling 1940 empfahl sie ihren Kundinnen und Kunden „Damen-Bindeschuhe aus Wildleder in braun“, „Herren-Halbschuhe mit bester Passform“, Blusen mit

[130] Ebd., Bl. 23. vgl. S.V. DAHM, A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER 2008, S. 610 (Bilder von Aushängen in verschiedenen Läden Münchens, z.B. „Ohne Kleiderkarte können keine Reparaturen angenommen werden” (bei einem Schuhmacher), „Hüte bezugscheinfrei“ usw.
[131] G. SULTANO, Wie geistiges Kokain... Mode unterm Hakenkreuz, Wien 1995, S. 34f.
[132] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomosci o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 22 (Gottschalk).
[133] Ebd.

„reizenden, sportlichen Formen“, Röcke, Damenkleider aus Kunstseide und Slipons „aus flotten, modischen Stoffen.“[134]

Was allerdings einzelne Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten tatsächlich getragen haben, zeigen neben harmlosen Fotos aus den Zeitschriften mit Nähvorlagen auch die makabren Beispiele der von der Kriminalpolizei entdeckten und detailliert beschriebenen Leichen, die in der Stadt gelegentlich aus verschiedenen Gründen, z.B. nach Unfällen, gefunden wurden. So wurde im Juni 1941 die Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, der „mit grauem, geschlossenen Jackett (Cordstoff), schwarzer Kniehose, grauer Weste, darüber grauem Pullover, grauem wollenen Unterhemd und grauer Unterhose, weißgestreiftem Oberhemd und Kragen, rotweißgestreiften Bünden, schwarzen Stiefeln und Ledergamaschen“ bekleidet war[135]. Ein älterer Herr, dessen Leiche im gleichen Jahr in Gotenhafen gefunden wurde, war „mit dunkelgrünem Wollhemd, gestreifter Hose, schwarzen Wollstrümpfen, Hosenträgern Marke ‚Herkules’ mit Lederstrippen“ bekleidet[136]. Ein tot im Hafen gefundener mutmaßlicher Handwerker befand sich in „einer graubraunen Strickweste, einer grauen Weste, weißer Frotteunterhose und grauem Arbeitshemd.“[137] Auch als ein zweijähriges Mädchen in der Markthalle vermisst wurde, wurde in der Suchanzeige zuerst seine Kleidung beschrieben: „Es war bekleidet mit einem weißen Kleidchen, einem rosa Sweater und hatte ein weißes Schleifchen im Haar.“[138]

Die „schwarzen“ Statistiken werden durch die gewöhnlichen Kriminalstatistiken aufgehellt, die Diebstähle beschreiben. Neben den des Öfteren genannten Strümpfen und einiger Badewäsche, die Badegästen während der Sommersaison am Strand gestohlen wurden, finden sich auch genaue Beschreibungen einiger modischer Stücke. So wurde bei einem Raubüberfall in Klein-Katz eine viereckige Handtasche „aus blauem Leder, gefertigt mit rotem Innenfutter“ gestohlen[139].

[134] NS-Erzieher. Bundesblatt des Nationalsozialistischen Lehrbundes – Gau Danzig, 8. Jg, 3.Folge, Danzig, 15.3.1940, S. 38, darin Reklame: „BEGEDA. Bekleidungs-Gesellschaft f. Danziger Beamte G.M.B.H., Danzig, Breitgasse 16.“
[135] DNN, 12.6.1941, Nr. 135, S. 5, „Aus Gotenhafen: Unbekannte Leiche.“
[136] DNN, 3.6.1941, Nr. 127, S. 5, „Aus Gotenhafen.“
[137] DNN, 28.5.1943, Nr. 123, S. 5, „Männliche Leiche wurde gefunden in Gotenhafen.”
[138] DV, 23.7.1940, „Gotenhafen: Kleines Kind entlaufen.“
[139] DV, 2.8.1940, „Hier spricht Gotenhafen: Raubüberfall in Klein-Katz. Falsche Gestapo-Beamten plünderten die Geschäftskasse“; in der gleichen Ausgabe auch „Handtaschenräuber in Gotenhafen am Werk. Überfälle am hellichten Tag und zur Nachtzeit.“

Völlig fehlende Produkte / Produktmangel

Der polnischen Bevölkerung fehlte es in den meisten Fällen schon an der Grundausstattung: Stoffe, warme Jacken, Mäntel, Hosen und vor allem Schuhe[140]. Für Polen gab es keine Hüte und keine Mützen zu kaufen, sogar die deutschen Einwohner mussten sich hierfür zunächst in Vorbestellungslisten eintragen und auf zukünftige Lieferungen warten[141]. Kölnisch Wasser (Eau de Toilette) gab es in der Stadt ebenso nur in sehr kleinen Mengen, und diese waren in der Regel nur für die deutsche Marine zugänglich. Feuerzeuge „besserer Sorte" waren nicht zu bekommen, selten gab es einmal die schlechteren zu kaufen. Und selbst derjenige, der ein gutes Feuerzeug hatte, musste mit dem Problem kämpfen, Benzin dafür aufzutreiben. Streichhölzer dagegen waren auf dem Markt ausreichend vorhanden. Zahnpasta, Zahnpulver und Rasiermesser konnten nur Deutsche kaufen, aber selbst sie nur, wenn sie die richtigen Kontakte hatten. Völlig hoffnungslos war es für Polen, Klopapier zu kaufen, und auch für Deutsche war es nur selten auf Vorrat vorhanden. Lediglich der Kauf einer Krawatte bereitete angeblich überhaupt keine Probleme. Krawatten waren wie nichts anderes in großer Auswahl zu bekommen, und ihre Anzahl in den Läden deutete auf keinen Vorratsmangel[142].

Da die Wirtschaft komplett auf Kriegsproduktion eingestellt war, fehlte es auch in der Öffentlichkeit an zahlreichen alltäglichen Gegenständen wie Besen, Lappen, Mülleimern und Spucknäpfen[143]. Um die Situation des spätestens ab Sommer 1943 bestehenden permanenten Rohstoffmangels zu verbessern, wurden immer wieder Restesammlungen organisiert. Es wurden Metalle, Lappen, Altpapier und Altkleidung gesammelt, was für die polnische Bevölkerung besonders problematisch war, weil man sie ihnen einfach per behördlicher Anordnung abnahm[144]. Sogar die verschiedenen Marken wie Essens- und Kleidermarken wurden zu Mangelprodukten. So informierte der Oberbürgermeister: „Eisenmarken sind nicht wie sonstige Bezugsscheine für einen einmaligen Gebrauch gedacht, sondern sollen, zumal sie auf wertvollem Wasserzeichenpapier gedruckt sind, solange im Verkehr bleiben, wie sie verwendungsfähig sind."[145]

---

[140] A. CHWALBA 2002, S. 416-418.
[141] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 23.
[142] Ebd., Bl. 25 (Gottschalk).
[143] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 176 (Übersetzung MS); vgl. W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 215 zur Situation in Berlin: „Am 8.1.[1945] konnte man im Wartesaal des Stettiner Bhfs. beinahe über den dort liegenden Schmutz fallen. Im Gespräch mit Reisenden und Soldaten brachten diese ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass es in der Reichshauptstadt einen derartigen öffentlichen ‚Dreckstall' gebe. Man habe in Berlin doch genügend Ausländer, die bei der Reichsbahn für Sauberkeit sorgen könnten. Ein Soldat äußerte sich noch, dass ein solcher Raum den Durchreisenden kurze Erholung und Entspannung geben solle, aber hier sehe es aus wie in Polen."; s.a. Ebd., S. 234.
[144] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 176.
[145] AOBG, 5.2.1944, Nr. 2, „Verkehr mit Eisenmarken."

Versorgung mit Brennmaterial

Die erste Ausgabe von Bezugsscheinen für Brennstoffe für Heiz- und Haushaltszwecke wurde schon Ende September 1939 in der Presse angekündigt[146]. Die Menge an Kohle, die man mit diesen Bezugsscheinen im Herbst 1939 bekommen konnte, war jedoch minimal und betrug 20 bis 30 kg. Sandberger von der Einwandererzentralstelle meldete Mitte Oktober besorgt: „Es besteht akute Gefahr, dass die Kohlenversorgung in Gotenhafen nicht funktioniert. In den infrage kommenden Wohnungen befindet sich fast nur Zentralheizung. Hierfür in erster Linie nur Koks verwendbar. Z.Zt. in Gotenhafen lagernd nur 200 Tonnen Koks.“[147] Als eine Woche später die Koksvorräte erschöpft waren, traf man die Entscheidung, die Reichskanzlei in Berlin über die Lage zu informieren[148].

Den polnischen Berichten zufolge erhielt ein deutscher oder DVL-Angehöriger für eine Einzimmerwohnung im ersten Quartal 1944 zwei Tonnen Kohle pro Jahr zugeteilt. Eine größere Wohnung erhielt entsprechend mehr Brennmaterial. Polen erhielten dagegen unabhängig von der Wohnungsgröße eine Tonne Kohle pro Jahr, die außer zum Heizen auch für das Kochen, Waschen usw. reichen musste[149]. Es scheint außerdem auch Probleme mit dem Erhalten der Brennstoffe gegeben zu haben – der Besitz einer Empfangsberechtigung garantierte also noch nicht einmal jedem die tatsächliche Zuteilung dieser Menge. So fehlten im Dezember 1940 275.000 Tonnen Brennmaterial[150], was angesichts des harten Winters 1940/41 für die Bevölkerung besonders schwere Folgen hatte.

Die Problematik von Kohlenverbrauch und Kohlensparen erhielt sogar eine eigene propagandistische Figur. In Danzig-Westpreußen entsprang wie im übrigen Reich den Zeitungsspalten und den Bahnhofsplakaten der „Kohlenklau“. Mit der Gestalt eines Räubers, großen Glühaugen und mit über die Schulter geworfenem Sack erinnerte er die Bevölkerung an die Kohleknappheit und warnte vor den Konsequenzen energetischer Großzügigkeit[151].

---

[146] DNN, 28.9.1939, S. 9, „Ausgabe von Bezugscheinen für Brennstoffe für Heiz- und Haushaltszwecke.“

[147] BArch R 69/1145, Bl. 9, Sandberger über Kohlenversorgung in Gotenhafen im seinen Schreiben vom 14.10.1939.

[148] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 15-19, Niederschrift vom 20.10.1939 über die Besprechung vom 19.10.1939 beim Stadtkommissar Gotenhafen. Unter den Anwesenden waren u.a. der Polizei-Präsident mit seinem Stab, der Vertreter des Festungskommandanten Kapitän Schomburg, der Vertreter der Kohlenwirtschaft und der NSV sowie die Vertreter der Einwandererzentrale.

[149] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 529; vgl. G. HRYCIUK 2000, S. 83, S. LEWANDOWSKA 1997, S. 130.

[150] W. JASTRZĘBSKI u. J. SZILING 1979, S. 228.

[151] C. GRÜNING, Die Nixe im Kirschbaum. Eine Kindheit in Danzig, Berlin 1989, S. 186; Klemperer nennt die Kohlenklau-Propaganda „das wirkungsvollste aller Plakate“. Die Figur Kohlenklau wurde zur neuen Drohfigur der Gesellschaft. Kinder wurden nicht mehr vor dem „schwarzen Mann“ gewarnt, sondern vor dem Kohlenklau, der sie in einen Sack steckt, vgl. V. KLEMPERER, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942-1945 (B. II), 1. Auflage, Berlin 1995, S. 564; vgl. V. KLEMPERER 1998, S. 113-115.

5.3 Gesundheitswesen

Neben der genannten Versorgung mit verschiedenen Verbrauchsgütern spielte natürlich auch die gesundheitliche Betreuung bzw. die Verfügbarkeit einer solchen eine wichtige Rolle für die Lebensqualität der Bevölkerung. Dem Gesundheitswesen in Gotenhafen sind daher die folgenden Unterkapitel gewidmet.

Nationalitätsabhängige Behandlung

Die Nationalitätszugehörigkeit spielte beim Zugang zu gesundheitlichen Einrichtungen und der Qualität der Behandlung im okkupierten Gdingen eine entscheidende Rolle. Der polnischen und der deutschen Gruppe wurden komplett unterschiedliche Rechte bei der medizinischen Versorgung erteilt, was eine enorme Benachteiligung der polnischen Bewohner zur Folge hatte. Den polnischen Kranken stand nur ein Bruchteil der Versorgungsmöglichkeiten zu, die deutsche und volksdeutsche Patienten erhalten konnten. So war den Polen der Zugang zu Ärzten und benötigten Medikamenten erschwert, sie durften etwa keine Vitaminpräparate und Stärkungsmittel verschrieben bekommen.

Das hatte nicht zuletzt zur Folge, dass die ohnehin durch schwere Kriegs- und Arbeitsbedingungen geschwächte polnische Bevölkerung besonders krankheitsanfällig war. Daher verwundert es nicht, dass die im Herbst und Winter 1943/44 in Danzig-Westpreußen herrschende Grippeepidemie für die polnische Bevölkerung schwer durchzustehen war[152]. Polnischen Berichten zufolge wurde zu dieser Zeit von den Behörden ein Verbot erlassen, Polen, die älter als 60 waren, im Krankenhaus zu behandeln. Gleiches galt für Polen, die keine Arbeitskarte besaßen[153]. Aber auch den übrigen Polen stand ein Krankenhausaufenthalt nur in schweren Fällen zu[154]. Noch viele weitere Faktoren waren dafür verantwortlich, dass der Gesundheitszustand des polnischen Bevölkerungsteils in Gotenhafen extrem schlecht war: Arbeit ohne Urlaub und Erholung, deutlich schlechtere Ernährung, unzureichende Lebensmittelzuteilungen und das Fehlen bestimmter Grundnahrungsmittel, schlechte Wohnbedingungen, unzureichende Kleidung, begrenzte Brennmaterialzuteilung und damit verbundener Kältestress sowie Mangel an Hygienemitteln.

Nur in den wenigsten Fällen bekam ein polnischer Arbeiter ein Krankheitsattest zur Freistellung von der Arbeit. Trotz gleicher Krankenkassenbeiträge stand krank geschriebenen

[152] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 530.
[153] CAW Warszawa Oddz. VI Sz. Gł. Nacz. Wodza II 52.96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich za okres XII 1943- I-II 1944, Bl. 16.
[154] P. SEMKÓW 2001, S. 105.

Polen nur 40% des Krankengeldes zu, das ein erkrankter deutscher Arbeiter erhielt[155]. Hinzu kam die Wartezeit auf die Auszahlung des Krankengeldes: Sie betrug für Polen zu Anfang des Krieges immerhin drei Tage, später bis zu acht Tage. In der Zwischenzeit mussten die Kranken mit Ersparnissen, sofern vorhanden, versorgt werden, was ihre Situation weiter erschwerte[156].

Eine häufige „Okkupationskrankheit" war die Tuberkulose[157]. Zwar liegen hier für Gotenhafen keine Statistiken vor, doch kann man sich vorstellen, dass unter den Lebensbedingungen insbesondere der polnischen Bevölkerung ähnlich wie in Warschau oder Krakau zahlreiche Tuberkulose-Opfer zu beklagen waren. Weitere aus den herrschenden Zuständen resultierende Krankheiten waren Diphtherie, Rachitis, Scharlach und Typhus[158].

Situation im Oktober 1939

Unmittelbar nach der Besetzung Gdingens wurde mit der Sicherstellung und Erfassung aller medizinischen Einrichtungen in der Stadt begonnen. Da einige dieser Einrichtungen während der Verteidigung im September 1939 von der deutschen Luftwaffe beschossen oder bombardiert wurden, wie z.B. das städtische Krankenhaus und das Kriegsmarine-Krankenhaus in Oxhöft[159], wurden detaillierte Berichte zur Gesundheitsinfrastruktur zwecks Neuverteilung der Gesundheitsdienste verfasst. Die Mitarbeiter der Einwandererzentralstelle unter Leitung von Dr. Möbius ermittelten die Anzahl an Krankenbetten für die Unterbringung von Patienten sowie die Zahl der Arztpraxen zur Übergabe an deutsche und baltendeutsche Ärzte und Apotheken. Ebenso erfassten sie die polnischen Ärzte selbst, die schließlich abtransportiert wurden[160].

So wurde das Marinelazarett Oxhöft Mitte Oktober 1939 wegen der Kriegshandlungen als „zur Zeit zerstört" qualifiziert. Es blieben 1.500 Betten in der Marineschule, die allerdings durch die Marine zu Ausbildungszwecken vorgesehen war und nicht zur Patientenunterbringung frei gegeben wurde. Weiterhin wird das Vinzentkrankenhaus mit 400 Betten in der Statistik genannt. In diesem durch katholische Schwestern geführten Krankenhaus wurden jedoch

[155] Ebd., S. 151.
[156] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 34 (Wasilewski).
[157] K. DUNIN-WĄSOWICZ 1984, S. 85; T. SZAROTA 1973, S. 234.
[158] S. GROCHOWINA, Szkolnictwo niemieckie w Okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939-1945 (obszar II RP), Toruń 2008a, S. 56; vgl. S. LEWANDOWSKA 1997, S. 142.
[159] S. ORDON 1987, S. 253.
[160] Zur Platzschaffung in den medizinischen Einrichtungen und wegen rassischer Bestimmungen zur „Gesundheit des deutschen Volkes" töteten die Spezialeinheiten hunderte westpreußischer Psychiatriepatienten (Geisteskranke, so genannte schwer Erziehbare), vgl. V. RIEß, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens" in der Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/1940, Frankfurt am Main u.a. 1995, S. 23-29 und weitere; vgl. V. RIEß 2004, S. 131.

bereits 120 Betten für die Kriegsmarine reserviert und die übrigen mit polnischen Schwerverwundeten belegt, so dass die Unterbringung anderer Kranker dort nur in Einzelfällen möglich war. Weitere Krankenbetten bot ein Behelfskrankenhaus, das im Amtsgericht untergebracht und vor allem mit polnischen Zivilisten belegt war. Die weiteren Unterbringungsmöglichkeiten werden in dem Bericht nur sehr kurz genannt: „Infektionskrankenhaus in der Baumwollbörse: Hilfskrankenhaus für polnische Bevölkerung, wird geräumt. Zur Asylierung der geschlechtskranken Frauen Gotenhafens. Krankenhaus Hexengrund: z. Teil zerstört, soll die Infektionskranken aus der Baumwollbörse aufnehmen." Mit der „Asylierung" der geschlechtskranken Frauen wurde allerdings nicht die Heilung der Erkrankten beabsichtigt. Wie VOLKER RIEß feststellte, sollten die vermeintlichen Patientinnen in Wahrheit durch Spezialeinheiten erschossen werden[161].

Da weitere Unterbringungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung standen, mussten schließlich auch die Krankenhäuser und Kliniken Danzigs mit einbezogen werden[162]. Zusammen mit dem „Krankenbettennachweis" teilte das Gesundheitsamt Mitte Oktober 1939 auch die Ergebnisse der Inspektion und Begutachtung der „lebenswichtigen Betriebe und Beratungsstellen" mit. Dazu zählten zunächst die genannten Krankenhäuser, das Krankenhaus für Geschlechtskrankheiten in der Baumwollbörse, das Infektionskrankenhaus Hexengrund, das Vinzentkrankenhaus und das Hilfslazarett KPW. Hinzu kamen die drei Bezirksärztepraxen von Frau Dr. Raczynska in der Adolf-Hitler-Straße 51, Frau Dr. Kaczkowska in der Waldstraße 21 und Dr. Dobrowolski in Kielau, die Beratungsstelle und der Sanitätsstützpunkt in Grabau, die Trachom-Beratung[163] in der Wohnung des Arztes Dr. Umaniec, die Säuglingsfürsorgestelle im Hygiene-Institut, die Behandlungsstelle für Unfall-Rettung und Geschlechtskrankheiten in der Seestraße 9 sowie die sechs Apotheken der Stadt: Die Baltische Apotheke, die Goten-Apotheke, die Greif-Apotheke, die Hansa-Apotheke, die Löwen-Apotheke und die Adler-Apotheke[164]. Ein weiteres Verzeichnis enthielt Namen und Adressen der in der Stadt frei praktizierenden polnischen Ärzte mit 25 Anschriften[165]. Die NS-Behörden entschieden schließlich, die polnischen Ärzte zusammen mit dem Rest der polnischen Bevölkerung nach und nach aus der Stadt zu deportieren:

> „Die Entfernung der polnischen Ärzte aus Gotenhafen soll in der Art vor sich gehen, dass gleichzeitig mit der Evakuierung der polnischen Bevölkerung diejenige Anzahl

[161] V. RIEß 1995, S. 173-186.
[162] BArch R 69/426, Bl. 33, Notiz der Besprechung mit Amtsrat Dr. Möbius vom 14.10.1939.
[163] Trachom: Seltene bakterielle Augenentzündung.
[164] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 13, Schreiben des Gesundheitsamtes Gotenhafen an die Zivilverwaltung von Gotenhafen vom 14.10.1939.
[165] BArch R 69/436, Bl. 57, „Verzeichnis der in Gotenhaven frei praktizierenden Aerzte", s.a. BArch R 69/426, Bl. 64f., Verzeichnis in Gotenhafen vorhandener Praxen polnischer Ärzte.

polnischer Ärzte mitevakuiert wird, welche diesen Bevölkerungsanteil bisher betreut hat. Auf diese Weise würde ein zurückbleibender polnischer Bevölkerungsanteil – westlich der Bahnlinie – die Anzahl polnischer Ärzte zurückbehalten, die für eine ärztliche Betreuung notwendig ist."[166]

Zugleich wurde eine etwa gleich hohe Zahl baltischer Ärzte zur Betreuung der Mitumgesiedelten zur Besetzung der frei gewordenen Arztpraxen und Stellen in den Krankenhäusern bestimmt. Auf 500 baltische Einwanderer sollte ein praktizierender Arzt kommen. Der Bedarf an Fachärzten wurde wie folgt eingeschätzt:

„Ferner zur Besetzung der hiesigen Krankenhäuser etwa 3 Fachärzte für Chirurgie, 3 Fachärzte für innere Medizin, 1 Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, 1 Facharzt für Kinderkrankheiten, 1 Facharzt für Nerven- und Geisteskrankheiten. Das wären bei einer Zuwanderung von 15.000 Balten also 30 praktizierende und 9 Krankenhausärzte, zusammen 39 Ärzte."[167]

Zunächst wurden jedoch Ende Oktober 1939 drei Ärzte vom Gesundheitsamt Danzig nach Gotenhafen dirigiert, um die Gesundheit der ankommenden Baltendeutschen zu überwachen. Die Stadtverwaltung sollte für die wohnliche Unterbringung von Dr. Ewers, Dr. Beegen und Dr. Cajar Sorge tragen[168].

Eine wichtige Rolle im Gotenhafener Gesundheitssystem spielten auch Hebammen, deren Adressen der Bevölkerung periodisch bekannt gegeben wurden. So finden sich beispielsweise im Februar 1942 im „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen" 14 Namen und Anschriften[169].

Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Bürger im weiteren Kriegsverlauf

Um die jüngsten deutschen Bürger der Hafenstadt zu versorgen, wurden vom Gesundheitsamt „Fürsorgesprechstunden" zur Säuglings- und Kleinkindpflege organisiert[170] und ein städtisches Säuglingsheim in Betrieb genommen[171]. Die sicher nicht repräsentativen Gotenhafener Standesamtnachrichten für eine Woche im Juli 1940 zeigen, dass zur Verbesserung der Ge-

[166] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 53f., Schreiben von Möbius vom Gesundheitsamt Gotenhafen an den Stadtkommissar Gotenhafen vom 19.10.1939.
[167] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 53f.
[168] BArch, R 69/426, Bl. 41, Schreiben des Städtischen Krankenhauses Danzig an die Einwanderer-Zentrale Gotenhafen vom 31.10.1939.
[169] AOBG, 21.2.1942, Nr. 8; AOBG, 28.11.1942, Nr. 29, „Hebammenniederlassung."
[170] AOBG, 13.1.1940, Nr. 4, „Sprechstunden und Öffnungszeiten des Gesundheitsamtes Gotenhafen."
[171] AOBG, 7.3.1942, Nr. 8, „Neu eingestellt wurden."

burtenrate jedoch einiger Aufwand nötig war: Allein in der Woche vom 15. bis 21. Juli 1940 waren neun von 14 Sterbefällen Säuglinge oder Kleinkinder[172].

Zur gut gemeinten „Fürsorge“ gehörten nicht zuletzt mehrere Angebote für Erste-Hilfe-Kurse[173]. Die Presse begleitete die Kurse und die medizinische Ausbildung junger Mädchen begeistert. Im Februar 1942 hieß es, in der DRK-Landesführerschule Adlershorst würden 150 Mädchen zu Rot-Kreuz-Helferinnen ausgebildet. Neben den Kursen für „Mädeln, die Lust und Laune zum Schwesterndienst haben“, wurden auch spezielle Lehrgänge für BDM-Führerinnen angeboten[174]. Als weitere „kleine Gesundheitsmaßnahme“ wurde in der Hauptstraße zudem ein Reformhaus eröffnet, in dem „Reformnahrungsmittel, Reformkurmittel und Reformkörperpflegemittel“ zur Verbesserung des eigenen Gesundheitszustandes gekauft werden konnten[175].

Zu den interessanten Quellen zum Gesundheitswesen in Gotenhafen gehört die Städtische Krankenhaus-Ordnung samt Gebührenordnung von Mitte Juni 1940, die u.a. das Verhalten der Patienten und des Personals regeln sollte[176]. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus erhielt der Patient demnach Anstaltskleidung, die während des gesamten Aufenthaltes zu tragen war. Schwangere Frauen hatten bei der Aufnahme Kleidung für sich selbst und für das auf die Welt kommende Kind mitzubringen. Das waren für das Baby fünf bis zehn Hemdchen und Jäckchen, eine Gummiunterlage, zwei große Einschlagwindeln, ein Badetuch, zwei Waschlappen, eine Nabelbinde und fünf dünne Windeln, für die werdenden Mütter selbst ein Nachthemd bzw. Schlafrock, zwei Büstenhalter und Toilettensachen. Die Mutter hatte zudem an alle nötigen Urkunden wie die standesamtliche Eheschließungsurkunde bzw. ein Familienstammbuch bei Unverheirateten zu denken.

Ein Patient im Stadtkrankenhaus „hat sich, soweit es sein Zustand zulässt, täglich morgens zu waschen, zu kämmen, die Zähne zu reinigen, den Mund zu spülen und sein Bett in Ordnung zu bringen.” Das Pflegepersonal leistete dabei, soweit nötig, Hilfe. Männliche Kranke hatten sich, „soweit es ihr Gesundheitszustand erlaubt, zu rasieren und monatlich einmal die Haare schneiden zu lassen.“ Verboten waren das unbedeckte Liegen im Bett, „Ausspucken auf den Boden, Ausschütten von Flüssigkeiten, Hinauswerfen von Abfällen oder sonstigen Gegenständen aus den Fenstern“ und das Hinaushängen von Kleidungsstü-

[172] DV, 23.7.1940, „Gotenhafener Standesamtsnachrichten.“
[173] AOBG, 9.8.1941, Nr. 25.
[174] DV, 2.2.1942, Nr. 32, S. 2, „DRK-Landesführerschule Adlerhorst.“
[175] DNN, 5.2.1942, Nr. 30, S. 5, „Aus Gotenhafen: Warmbad täglich“; „Reformhaus geöffnet.“
[176] Zu den interessanten Gegenständen der materiellen Kultur zählt das im Museum der Stadt Gdingen aufbewahrte Geschirr des städtischen Krankenhauses (Dauerausstellung über die deutsche Okkupation Gdingens, Stand 15.9.2009).

cken. Lärmende Unterhaltung, lautes Singen und Pfeifen sowie Spielen um Geld waren ebenfalls verboten[177].

Die Gebührenordnung für das Stadtkrankenhaus wurde am 12.7.1940 vom Regierungspräsidenten in Danzig genehmigt und am 19.7. im „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“ publiziert[178]. Darin sind die erhobenen Gebühren für Behandlungen und Dienstleistungen im Krankenhaus neben deren genauen Beschreibungen aufgeführt, was uns heute Aufschluss über das Dienstleistungsspektrum des Krankenhauses gibt. So konnten Kleidungsstücke im Dampfdesinfektor desinfiziert werden. Medizinische Bäder („Wannenbad“, „Paraffinpackung“, „Salzbad“, „Lehmteilpackung“, „Wechselstrombad“), ein „Brutofen“ für Babys, Röntgengeräte sowie ein Elektrokardiograph standen zur Verfügung. Es wurden Mull-, Gips- und Schienenverbände angelegt, gesondert berechnet wurden Malaria-Blutübertragungen, Pyriforkuren, Magenspülungen und Behandlungen mit teuren Arzneien wie Insulin, Leberpräparaten, Gold- und Silbersalzen, Solganalen, Hormon-Präparaten usw. Eine andere Quelle nennt detailliert die Einrichtung eines Zahnarzt- und Hygienekabinetts in der Volksschule Nr. 7 in Grabau. So wurden zum Schrecken den Schüler neben zahlreichen Tischen und einem Sofa folgende Gegenstände aufgezählt: „1 Personenwaage, 1 Zahnarztstuhl (Metall) mit Spuckständer (Metall), 1 Bohrapparat, ein Bewegungstisch [...], Zahnarzt-Instrumente (Metall).“[179]

Regelmäßig führte das Gesundheitsamt Impfungen durch; so wurden z.B. im Dezember 1941 alle Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren gegen Diphtherie geimpft[180]. Im Sommer 1942 fand eine Pockenschutzimpfung aller im selben Jahr geborenen Kinder statt[181]. Im gleichen Jahr gab es Rattenbekämpfungsaktionen, wobei diverse Behörden Bestellungen für ausreichende Mengen Rattengift bei der Desinfektionsanstalt einreichten[182], Wohnungsdesinfektionen, Entlausungsstationen sowie Fangaktionen von streunenden Hunden. All dies diente der Hygiene und Krankheitsverbeugung. Sowohl die Zivilbehörden als auch die Armee wurden mit Aufklärungsbroschüren versorgt, die über „Fliegen-, Mücken-, Mäuse- und Rattenbekämpfung“ aufklärten. Heftchen mit Titeln wie „Die größten Moskitos der Welt“, „Brutbekämpfung der Fliegen“, „Rezepte zur Selbstherstellung von Bekämpfungsmitteln“, die vom Entomologischen Institut der Waffen-SS und Polizei herausgegeben wurden, sollten

[177] AOBG, 27.6.1940, Nr. 15, „Krankenhaus-Ordnung für die Stadt Gotenhafen vom 18. Juni 1940.“
[178] AOBG, 2.8.1940, Nr. 18, „Gebührenordnung für das Stadtkrankenhaus in Gotenhafen.“
[179] APG 140/1, Bl. 147, Bestandaufnahme Volksschule Nr. 7, Grabau, Seestrasse 108, angefertigt für die Schulverwaltung Gotenhafen.
[180] DNN, 8.12.1941, Nr. 288, S. 3, „Zweite Diphtherieimpfung in Gotenhafen.“
[181] AOBG, 20.6.1942, Nr. 18.
[182] AOBG, 15.11.1941, Nr. 38, „Rattenbekämpfung“; zur Rattenbekämpfung benutzte man damals u.a. „Zelio-Paste“, „Ratthan“, „Zelio-Körner“, vgl. BArch R 49/124, Bl. 26f.

allen Beteiligten die Seuchengefahr mit erklärenden und eindeutigen Bildern bewusst machen[183].

Eine wichtige Institution, die die Aufgabe hatte, die Seuchen- und Krankheitsgefahr zu minimieren, war die städtische Desinfektionsanstalt. Die dort erhobenen Gebühren wurden vom „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen" veröffentlicht. Ein Desinfektionsbad in der Anstalt kostete 70 Pfennig, ein Mal Haare schneiden 50 Pfennig und eine Kleidungsdesinfektion 2,50 Reichsmark. Für die Raumdesinfektion nach ansteckender Krankheit, die mit Formalin oder Vergasung durchgeführt wurde, wurden für ein Zimmer bis 60 Kubikmeter acht Reichsmark erhoben. Zudem wurden nicht nur Wohnungen und Gebäude desinfiziert, sondern auch Schiffe. Eine Schiffsbehandlung gegen Wanzen und anderes Ungeziefer konnte mit Blausäure (Zyklon B) oder mit einer Chemikalie namens Tritox durchgeführt werden[184].

Eine für die Stadtpolitik Gotenhafens typische Begebenheit ereignete sich im Zusammenhang mit einer Entschädigung für die Ausstattung des Gotenhafener Krankenhauses in Hexengrund, das aufgrund der Gotenhafenverordnung von der Kriegsmarine in Anspruch genommen wurde. Die Problematik betraf jedoch noch nicht einmal die Übernahme des Krankenhauses durch die Kriegsmarine, sondern vielmehr die Tatsache, dass die medizinische Ausrüstung, die sich zum Übernahmezeitpunkt im Gebäude befand und weiterhin der Stadt gehören sollte, nicht vollständig an diese zurückgegeben wurde.

> „Im August 1940 war das Krankenhaus Hexengrund mit Tuberkulosekranken belegt. Bei der Übergabe des Krankenhauses an die Torpedoversuchsanstalt haben die Tuberkulosekranken mit den polnischen Schwestern und dem polnischen Arzt das Haus unter Mitnahme aller vorhandenen Gegenstände verlassen und nichts weiter als das leere Haus übergeben. Hierbei kamen die ärztlichen Instrumente also nicht in die Hand der Kriegsmarine [...]."[185]

---

[183] BArch R 49/124, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Anforderung von Fliegen- und Mückenbekämpfungsmitteln, Bl. 2-14. Darin neben den genannten Broschüren auch Schreiben des SS-Sturmbannführers Pflaum, des Sonderbeauftragten des Reichsführers SS für Schädlingsbekämpfung betreffend Fliegen- und Mückenbekämpfung in den besetzten Gebieten, in dem er alle Einheiten und Dienststellen der Waffen-SS und Polizei auffordert, „die Forschungsarbeit des Entomologischen Instituts der Waffen-SS und Polizei in Dachau bei München weitestgehend zu unterstützen durch Einsendung von Berichten über dort durchgeführte Bekämpfungsmaßnahmen", BArch R 49/124, Bl. 13.

[184] AOBG, 14.8.1940, Nr. 21, „Gebührenordnung die Städtische Desinfektionsanstalt Gotenhafen", vgl. G. HRYCIUK 2000, S. 298f.

[185] BArch RM 31/4177, Schreiben des Intendanten beim Küstenbefehlshaber östl. Ostsee an den Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen betreffend das Seuchen- und Quarantäne-Krankenhaus Hexengrund vom 22.3.1943.

Nach mehrjährigem Korrespondenzwechsel zwischen den Verantwortlichen bot die Kriegsmarine der Stadt schließlich eine Entschädigung von 800 Reichsmark an, die vom Oberbürgermeister jedoch scharf abgelehnt wurde.

5.4 Schulsystem und Bildungsangebote

Entwicklung in den ersten Monaten der Besatzung

In den ersten Besatzungstagen blieben die Schulen in Gdingen noch geschlossen[186]. Der Chef der Zivilverwaltung verordnete erst am 22.9.1939 für alle Kinder, die im besetzten Westpreußen „ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, die allgemeine Schulpflicht, die durch Besuch einer öffentlichen Schule zu erfüllen ist." Die praktische Umsetzung auf kommunaler Ebene dauerte jedoch noch einige Zeit. Erst am 12.10.1939 hatten sich alle in Gotenhafen, Adlershorst, Klein-Katz und Koliebken wohnenden Kinder mit deutschen Sprachkenntnissen in der Volksschule Nr. 11 in der Warschauer Straße (zuvor ul. Wielkopolska) zu melden, um für den Schulunterricht registriert zu werden[187].

Der Aufbau des Schulwesens im Reichsgau Danzig-Westpreußen wurde Adalbert Boeck[188] anvertraut, in Gotenhafen selbst wurde bereits zwei Tage nach der Übernahme Rektor Heinrich George beauftragt[189]. Zu seinen Aufgaben in den ersten Tagen gehörten die Sicherstellung des vorhandenen polnischen Aktenmaterials und die Besichtigung der in der Stadt vorhandenen Schulgebäude. In den ersten Monaten nach der Übernahme wurden von 16 vorhandenen Volksschulen zehn in Betrieb genommen[190], in denen vorerst ca. 65 Lehrkräfte beschäftigt waren. Viele der Lehrer kamen aus dem Altreich, einige waren auch Deutsch-Balten oder Danziger Deutsche. Zwei Schulen in Oblusch, eine in Oxhöft und eine in Wittomin wurden im September 1939 bei Kämpfen stark beschädigt und mussten zunächst noch renoviert werden. Die beiden übrigen Schulgebäude wurden anderweitig verwendet.

---

[186] DNN, 16./17.9.1939, Nr. 217, S. 1, „Kapitän z. S. Schall-Emden Festungskommandant von Gdingen."
[187] APG 140/1, Bl. 535, Schreiben des Kreisbeauftragten für die Schulverwaltung vom 10.10.1939.
[188] Vollständige Bezeichnung: Adalbert Boeck als Bevollmächtigter des Erziehungsministeriums und Beauftragter für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für das Gebiet Danzig-Westpreußen, vgl. S. GROCHOWINA 2008a, S. 84f.
[189] APG 140/1, Bl. 503, Schreiben an den Stadtkommissar betreffend das Schulwesen in Gotenhafen; vgl. AOBG, 14.10.1944, Nr. 13, Todesanzeige von Schulrat Heinrich George, gestorben am 21.7.1944; KLATTENHOFF und WIßMANN nennen den Namen des Studenten Fischer, der für einen Tag, den 15.9.1939, die Schulverwaltung übernommen haben soll, um wiederum gleich durch George abgelöst zu werden, vgl. K. KLATTENHOFF u. F. WISSMANN (Hrsg.), Die Zerstörung der polnischen Schule durch die deutsche Besatzung 1939-1945, Reihe der Stiftung Schulgeschichte, Bd. 16, Oldenburg 2006, S. 71.
[190] Schon im Jahr 1936, zehn Jahren nach Verleihung der Stadtrechte, hatte Gdingen 15 Volksschulen, zwei Oberschulen (allgemeinbildende Gymnasien), zwei Kunstschulen und sechs Schulen mit Bildungskursen für Erwachsene, vgl. Torpeda, Nr. 1, 1936 (Seitennummer nicht erkennbar), „Gdynia w świetle najnowszych cyfr."

Pünktlich zu Unterrichtsbeginn beantragte Schulrat George auch eine „Genehmigung zur Anschaffung von vorläufig 10 Hakenkreuzfahnen und 40 Führerbildern für die Schulen der Stadt Gotenhafen“[191], wie sie in nationalsozialistischen Lehranstalten unter keinen Umständen fehlen durften. Am 14.10.1939, also einen Monat nach Einmarsch der deutschen Truppen, sah die Schulsituation laut einem Bericht für die Stadtverwaltung folgendermaßen aus:

> „Mit Ausnahme der Schule Nr. 1, die zum Teil noch mit Schutzpolizei belegt ist, und der Schule Nr. 8 in Adlershorst, deren Umsiedlung in das ehemalige Jesuiten-Gymnasium in Adlershorst geplant ist, sind sämtliche Schulen gesäubert, die dringendsten Reparaturen durchgeführt und die Schulen somit benutzbar. In dieser Woche wurden die Vorarbeiten für die Erfassung der deutsch sprechenden Kinder im ganzen Schulbezirk durchgeführt. Diese Kinder werden ab Montag, den 16. Oktober 1939 laut nachstehender Übersicht Unterricht erhalten. Eine Erfassung der rein polnisch sprechenden Kinder erfolgt aus zweckmäßigen Gründen zur Zeit noch nicht, da durch Aussiedlung des polnischen Elementes und durch Zuzug deutschstämmiger Balten wesentliche Verschiebungen zu erwarten sind. Größere Reparaturen an den Schulhäusern in Wittomin, Oblusch und Oxhöft sind im Einvernehmen mit dem Stadtbauamt in die Wege geleitet. Die beiden Schulen Nr. 11 und Nr. 13 in Adlershorst werden zur Zeit gründlichst überholt.“[192]

Grundsätzliches zum Schulsystem in den besetzen Gebieten

„Zwei erzieherische Gewalten stehen sich in Deutschland gegenüber. Sie heißen Schule und Jugendbund. Zwischen ihnen steht der deutsche Junge, das deutsche Mädel. [...] Das eine System nimmt seinen Ursprung im Staate, in der ratio, das andere in der nationalsozialistischen Bewegung, im Drang der Gestaltung eines neuen Menschen.“[193]

---

[191] APG 140/1, Bl. 551, Schreiben Georges an die Zivilverwaltung Gotenhafen vom 14.10.1939.

[192] APG 140/1, Bl. 543, Schreiben der Schulverwaltung Gotenhafen an die Zivilverwaltung Gotenhafen vom 14.10.1939. Die im Herbst 1939 eröffneten Schulen Nr. 11 und Nr. 13 erwiesen sich der offiziellen Erklärung zufolge als zu klein, und somit wurde die Neueröffnung einer weiteren Schule erlaubt. Zu ihrem stellvetretenden Schulleiter wurde Hauptlehrer Eichholz eingesetzt, vgl. APG 140/3, Bl. 203, Schreiben betreffend die neue Volksschule Nr. 8 in Adlershorst vom 9.5.1940.

[193] H. STELLRECHT, Neue Erziehung, Berlin 1944, S. 78; zur Erziehung sowohl der jungen Generation als auch des ganzen „deutschen Volkes“ schreibt BECK: „Die Erziehung lehrt uns erkennen, dass geistiges und völkisches Leben dem Menschen nicht zufällt, sondern dass es im geistigcharakterlichen und völkischcharakterlichen Kampf um die Idee unserer persönlichen Wirklichkeit errungen werden muss, dass dieser Kampf niemals zu Ende geführt werden kann, ebenso wenig wie das geistigvölkische Werden in einem festen endgültigen Zustand am Ziel sein kann“, vgl. F.A. BECK, Deutsche Vollendung. Idee und Wirklichkeit des Nationalsozialistischen Reiches, Posen 1944, S. 643.

Im Gau Danzig-Westpreußen schloss sich das Schulsystem zwar dem allgemeinen Diktat der NS-Weltanschauung an. Die Aufgaben der Schule in dem neuen Ostgau wurden jedoch durch besondere ethnische Verhältnisse, geschichtliche Verortung sowie durch Forsters Pläne zur Schaffung eines „cristalldeutschen" Gaues stark geprägt. Auch polnische Kinder, die nicht mit ihren Eltern vertrieben worden waren, hatten an Unterrichtsstunden in deutscher Sprache teilzunehmen. Das nationalsozialistische Schulsystem sah im Allgemeinen eine nationale Segregation, z.B. durch getrennte polnische und deutsche Schulen, nicht vor. Wären getrennte Schulen für Polen und Deutsche vorhanden gewesen, so führt GROCHOWINA aus, hätte auch der Gebrauch der polnischen Sprache im Unterrichts erlaubt werden müssen, was in klarem Gegensatz zur Entpolonisierungspolitik in den „befreiten" Gebieten gestanden hätte. Zudem hätte die Existenz polnischer Schulen normativ bewiesen, dass der Gau Danzig-Westpreußen großenteils von Polen bewohnt wurde, was schon allein aus propagandistischen Gründen vermieden werden sollte.

Freilich gab es in einigen Städten Ausnahmen – so wurden polnische und deutsche Schulen in Thorn und Neustadt von der lokalen Schulleitung getrennt unterhalten[194]. Allgemein galt jedoch das Prinzip der Germanisierung der polnischen und eingedeutschten Kinder durch das Instrument der deutschen Schule. Ihre primären Aufgaben waren die Propagierung und Anerziehung der ideologischen Ziele des Reiches und die daraus resultierende Germanisierung und Entpolonisierung der besetzten Gebiete von Grund auf, was bei den Kindern verständlicherweise wirksam durchgesetzt werden konnte.

Viele der ehemaligen polnischen Lehrer wurden in Massenexekutionen ermordet oder in Konzentrationslager gesperrt[195]. Ihre Stellen wurden, wenngleich auch zahlenmäßig anfangs deutlich reduziert, mit deutschen Lehrkräften besetzt[196]. Das polnische Schulsystem wurde also vollkommen liquidiert; an seine Stelle trat eine Schule, die neben der Hitler-Jugend und ihren Organisationen eine Indoktrination der polnischen, volksdeutschen und deutschen Kinder vollzog. In der schon zitierten Schrift „Die Frage der Behandlung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten" vom November 1939 heißt es: „Polnische Schulen gibt es in den Ostgebieten künftig nicht mehr. Insgesamt aber gibt es nur deutsche Schulen mit selbstverständlich betont nationalsozialistischem völkischen Unterricht."[197]

[194] S. GROCHOWINA 2008a, S. 109f.
[195] Ebd., S. 50-52.
[196] H.-CH. HARTEN 1996, S. 219f.
[197] BArch R 49/75, Die Frage der Behandlung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, Berlin, 25.11.1939.

Ein Kernkonflikt im Erziehungssystem der NS-Zeit war der Kompetenzstreit der Hitler-Jugend[198] (HJ) mit der Institution Schule, der im Vergleich zum Zeitraum 1933 bis 1939 während des Krieges stark an Intensität gewann[199]. Zwar fand offiziell eine Aufteilung der Erziehungsaufgaben zwischen Schule (vormittags) und HJ (nachmittags) statt[200], die der HJ eine Rolle im Erziehungsprozess zuerkannte. Die hohe zeitliche Beanspruchung der Kinder und Jugendlichen wurde jedoch von vielen Eltern, vor allem Angehörigen der dritten Volksgruppe, mit wenig Begeisterung registriert. Einen Konflikt ergaben beispielsweise die Sonntagsaktivitäten der HJ, die die kirchlichen Verpflichtungen missachteten[201].

Schülerzahlen und Anteile der nationalen Gruppen

Die genannten 16 Volksschulen Gotenhafens waren die ganze Okkupationszeit hindurch in Betrieb, teilweise jedoch mit zeitlichen Beschränkungen[202]. Außerdem wurden in der Kriegszeit als weiterführende Schulen noch Mädchen- und Knaben-Oberschulen (mit insgesamt 396 Schülern im Oktober 1941[203]), eine Mittelschule (ab dem Schuljahr 1941/1942 als Hauptschule) und eine Handelsschule für die zugezogene deutsche Bevölkerung eröffnet. Die Haupt- und Oberschulen waren nur für Reichs- und Volksdeutschenkinder vorgesehen. Polnischen Kindern war der Zugang zu den höheren Schulen verwehrt.

Am 1.12.1939 betrug die Gesamtzahl aller Schüler und Schülerinnen der Volksschulen in Gotenhafen knapp 5.500 Kinder, was weniger als die Hälfte der Schülerzahl Gdingens im

---

[198] Folgende „Jugendführer" wachten über die Entwicklung der HJ und ihre Organisationen in Danzig-Westpreußen: Karl-Heinz Göpfert (im August 1942 bei Stalingrad gefallen, ausgezeichnet mit dem Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP und der HJ) und Rudolf Henkel, sowie auf seiten der BDM Hildegard Sodemann, Ingeborg Niekerke und Ruth Loebermann, vgl. M. BUDDRUS 2003, S. 1093ff.

[199] M. BUDDRUS 2003, S. 852ff.

[199] WERNER VON STRITZKY, Niederschrift der Erinnerungen vom 14.11.2004 (im Besitz der Verfasserin).

[200] G. TIEMANN, F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER (Hrsg.), Die Amtsführung des Lehrers (Schulrecht). Ein Ratgeber und Nachschlagebuch für Volks- und Hauptschulen, Düsseldorf 1941, S. 176 (Kapitel „Schule und Hitlerjugend").

[201] „Zwischen den Zeilen" zu lesen beispielsweise in einem Text zur allgemeinen Einstellung vieler Eltern: „Es ist selbstverständlich, dass er [der Jugendbund, MS] sich des Jungen besonders in der Freizeit, an den Sonntagen, annehmen muss, an denen er einst, sich selbst überlassen, streunen ging. Es ist bitter, dass der Jugendbund hier in Konflikt mit den Eltern kommen muss, die ihre schulentlassenen Jungen selbst haben und betreuen wollen. Aber es ist sicher, dass diese Eltern eine kleine Minderheit sind. Es ist aber wichtig, dass im Jugendbund schon die junge Volksgemeinschaft hergestellt wird, und es kann hier der Teil der Jungen und Mädchen, der aus den besser behüteten Familien kommt, nicht abseits stehen.", vgl. H. STELLRECHT 1944, S. 75.

[202] APG 140/2, Stosunki nauczycielstwa i uczniów w szkołach regionu Gdynia-Sopot, materiał statystyczny. Darin die Anschriften der vorhandenen Schulen: Schule 1, Gotenhafen, Hermann-Göring-Str. 26, Schule 2, Gotenhafen, Fehrbellinerstr. 25/27, Schule 3, Gotenhafen, Hans-Schemm-Str. 25/27, Schule 4, Gotenhafen-Oxhöft, Dickmannstr., Schule 5, Gotenhafen-Grabau, Adolf-Hitlerstr. 108, Schule 6, Gotenhafen-Neu-Oblusch, Schule 7, Gotenhafen, Albert-Forsterstr. 108, Schule 8, Gotenhafen Adlershorst, Adolf-Hitler-Str. 194, Schule 10, Gotenhafen-Kielau, Löbauerstr. 9/11, Schule 11, Gotenhafen-Adlershorst, Warschauerstr., Schule 12, Gotenhafen-Wittomin, Schulstr. 12, Schule 13, Gotenhafen-Adlershorst, Schule 14, Gotenhafen-Grabau, v. Schwindtstr., Schule 15, Gotenhafen, Alt-Oblusch, Schule 16, Gotenhafen-Kielau, Karthäuserstr., Schule 17, Gotenhafen-Cissau, Kielauerstr., außerdem Hilfsschule I, Horst-Wessel-Str. 83 und Hilfschule Neustädterstr.

[203] S. GROCHOWINA 2008a, S. 103.

Juni 1939 war. Allerdings stieg die Schülerzahl durch die Neueinschulungen am 15.2.1940 rapide um ca. 1.200 Kinder, so dass anschließend insgesamt fast 6.700 Schüler in Gotenhafen eingeschrieben waren. Anfang Juli 1940 war die Zahl auf 8.516 Schüler angestiegen, die von 140 Lehrkräften betreut wurden und in 184 Klassen aufgeteilt waren, was im Durchschnitt 46 Schüler pro Klasse bedeutete. Die Gesamtzahl der Volksschul-Schüler stieg weiter kontinuierlich an und erreichte im September 1940 9.165 Kinder[204]. Die Gesamtzahl aller Schüler (inklusive höherer Schulen) lag am 15.9.1942 bei 12.099 und am 1.9.1943 bei 12.854 bzw. 13.248 Schülern (letztes Datum mit variierenden Angaben). Die letzte verfügbare Statistik vom 1.4.1944 nennt schließlich nur noch 10.839 Schüler für Gotenhafen[205] (vgl. Abb. 25 u. Abb. 26).

Nach Berechnungen von George sollen im Oktober 1941 in den Schulen des Schulaufsichtskreises Gotenhafen 1.277 Kinder angemeldet gewesen sein, „deren Eltern durch die NSDAP eine Bescheinigung erhalten haben, dass sie nicht dem polnischen Volkstums zuzurechnen sind." Diese Ergänzung lässt uns vermuten, dass es sich bei dieser Zahl um ehemals polnische Kinder handelt, die in die dritte Gruppe der DVL aufgenommen worden waren. 1.134 davon wurden direkt in deutsche Klassen übernommen, die übrigen 143 Jungen und Mädchen dagegen wegen Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache in so genannte kaschubische Klassen[206]. Im September 1943 waren 4.474 oder 37,5% der wichtigsten Gruppe der 11.939 Gotenhafener Volksschüler Mitglieder der dritten und vierten DVL-Gruppe[207], am 1.4.1944 noch 4.202 von 10.736 Volksschülern (39,1%)[208]. Diese leichte relative Steigerung deutet auf eine massive Durchführung der „Eindeutschungs-Aktionen" hin, da sie nicht auf ein Bevölkerungs- oder Schülerwachstum zurückzuführen ist.

[204] APG 140/1, Bl. 437, Die Volksschulen in Gotenhafen, Liste vom 12.2.1941.
[205] APG 140/2, Bl. 65, 143 und 165, Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach dem Stande von [15.9.1942, 1.9.1942 und 1.4.1944].
[206] APG 140/9, Bl. 113, Schreiben an die Kreisleitung NSDAP, betreffend die Schulkinder, deren Eltern durch die NSDAP eine Bescheinigung erhalten haben, dass sie nicht dem polnischen Volkstums zuzurechnen sind vom 13.10.1941.
[207] APG 140/1, Bl. 143, Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach dem Stande von 1.9.1943.
[208] APG 140/2, Bl. 65, Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach dem Stande von 14.1944.

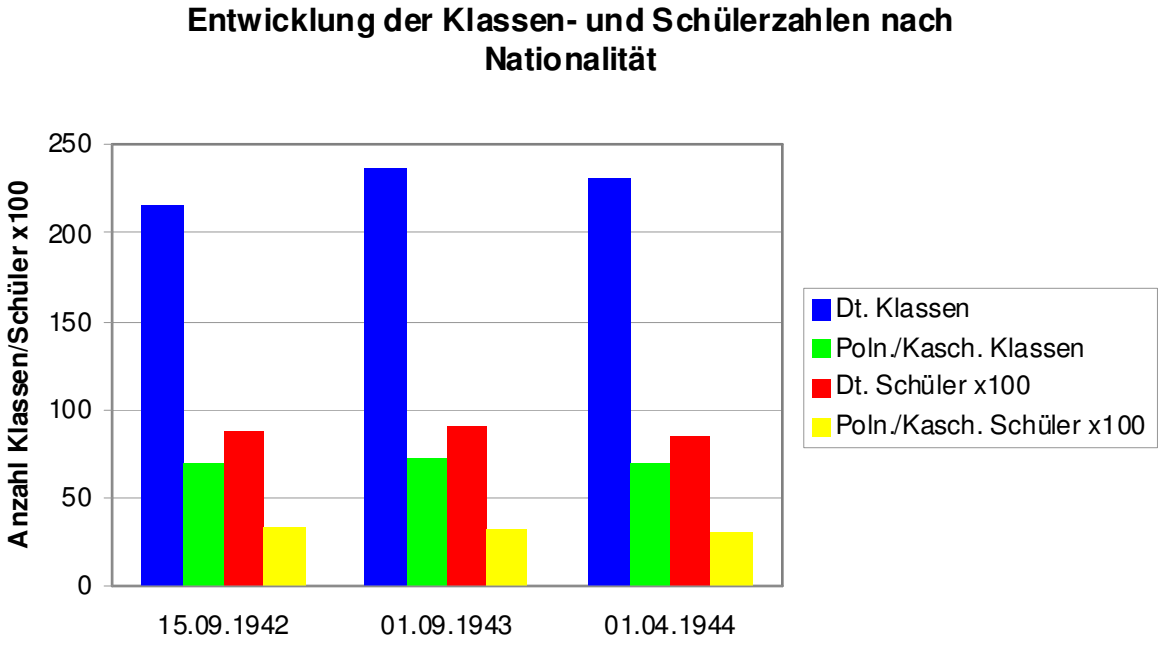
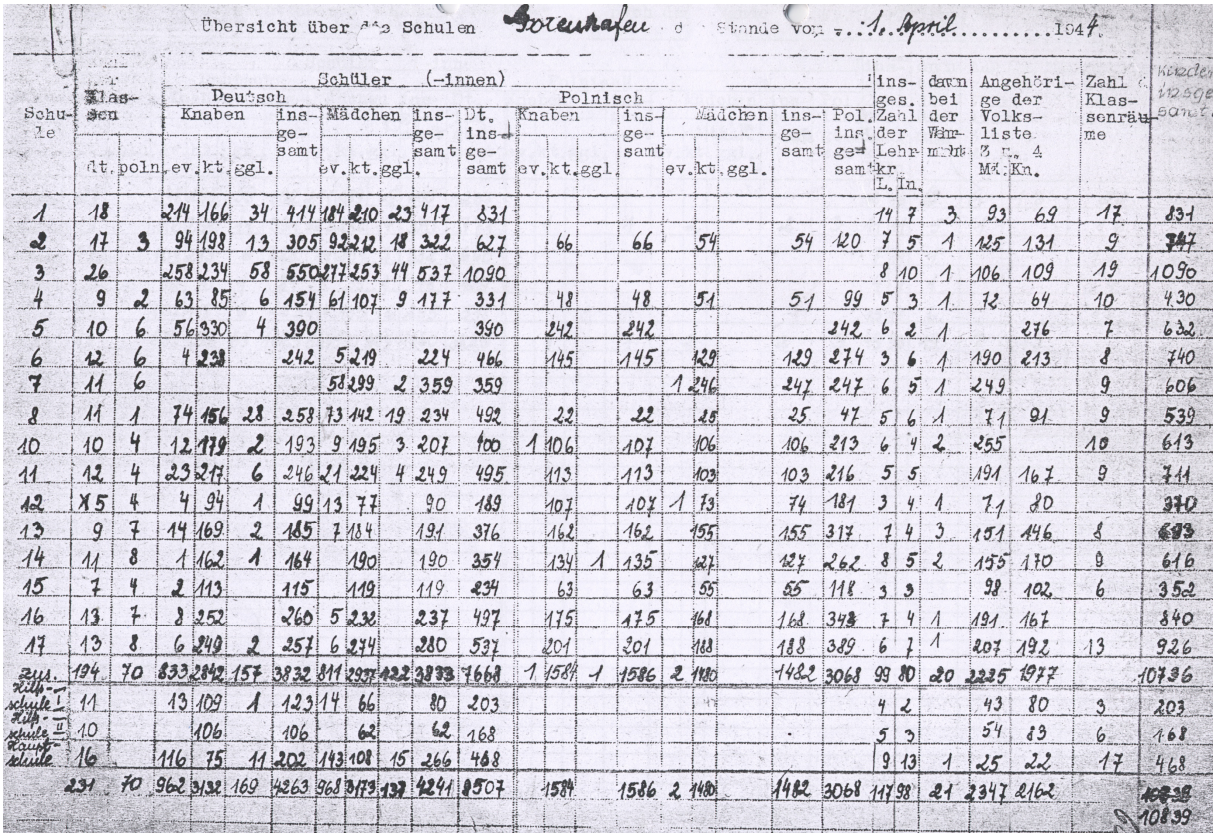


Abb. 25: Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen nach Nationalität, Quelle: APG 140/2, Bl. 65, 143 u. 165, Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach dem Stande von [15.9.1942, 1.9.1943 und 1.4.1944].


Übersicht über die Schulen Gotenhafen d. Stande vom 1. April 1944

Schule	Klassen dt.	Klassen poln.	Schüler (-innen) Deutsch Knaben ev.	Knaben kt.	Knaben ggl.	Knaben insgesamt	Mädchen ev.	Mädchen kt.	Mädchen ggl.	Mädchen insgesamt	Dt. insgesamt	Polnisch Knaben ev.	Knaben kt.	Knaben ggl.	Knaben insgesamt	Mädchen ev.	Mädchen kt.	Mädchen ggl.	Mädchen insgesamt	Pol. insgesamt	insges. Zahl der Lehrkr. L.	In.	dav. bei der Wehrm.	Angehörige der Volksliste Z. u. 4 Mit.	Kn.	Zahl d. Klassenräume	Kinder insgesamt
1	18		214	166	34	414	184	210	23	417	831										14	7	3	93	69	17	831
2	17	3	94	198	13	305	92	212	18	322	627		66		66		54		54	120	7	5	1	125	131	9	347
3	26		258	234	58	550	277	253	44	537	1090										8	10	1	106	109	19	1090
4	9	2	63	85	6	154	61	107	9	177	331		48		48		51		51	99	5	3	1	72	64	10	430
5	10	6	56	330	4	390					390		242		242					242	6	2	1		276	7	632
6	12	6	4	238		242	5	219		224	466		145		145		129		129	274	3	6	1	190	213	8	740
7	11	6					58	299	2	359	359					1	246		247	247	6	5	1	249		9	606
8	11	1	74	156	28	258	73	142	19	234	492		22		22		25		25	47	5	6	1	71	91	9	539
10	10	4	12	179	2	193	9	195	3	207	100	1	106		107		106		106	213	6	4	2	255		10	613
11	12	4	23	217	6	246	21	224	4	249	495		113		113		103		103	216	5	5		191	167	9	711
12	X5	4	4	94	1	99	13	77		90	189		107		107	1	73		74	181	3	4	1	71	80		370
13	9	7	14	169	2	185	7	184		191	376		162		162		155		155	317	7	4	3	151	146	8	633
14	11	8	1	162	1	164		190		190	354		134	1	135		127		127	262	8	5	2	155	170	9	616
15	7	4	2	113		115		119		119	234		63		63		55		55	118	3	3		98	102	6	352
16	13	7	8	252		260	5	232		237	497		175		175		161		168	343	7	4	1	191	167		840
17	13	8	6	240	2	257	6	274		280	537		201		201		188		188	389	6	7	1	207	192	13	926
zus.	194	70	833	2842	157	3832	811	2937	122	3833	7668	1	1584	1	1586	2	1480		1482	3068	99	80	20	2225	1977		10736
Hilfsschule I	11		13	109	1	123	14	66		80	203										4	2		43	80	3	203
Hilfsschule II	10			106		106		62		62	168										5	3		54	83	6	168
Hauptschule	16		116	75	11	202	143	108	15	266	468										9	13	1	25	22	17	468
	231	70	962	3132	169	4263	968	3173	137	4241	8507		1584		1586	2	1480		1482	3068	117	98	21	2347	2162		10836
																											10899

Abb. 26: „Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach Stande vom 1.4.1944“, Quelle: APG 140/2, Bl. 65.

Die nationale Zusammensetzung der Schülerschaft Gotenhafens wurde sowohl für jede Schule einzeln als auch in Form einer Gesamtstatistik für alle Schulen festgestellt. Wir wissen da-

her, dass es Mitte April 1944 in Schule Nr. 17 in Cissau acht polnische und 13 deutsche Klassen mit insgesamt 537 deutschen und 407 polnischen Schülern gab[209]. In Schule Nr. 8 in Adlershorst (Orłowo) gab es Anfang September 1943 eine polnische und elf deutsche Klassen, in die 520 deutsche und 47 so genannte „kasschubische" Schüler gingen. In die Kategorie „deutsche Kinder" fielen in der zitierten Statistik auch Angehörige der dritten Gruppe der DVL. Unter den 520 deutschen Kindern der Schule Nr. 8 waren beispielsweise 185 Schüler der dritten DVL-Gruppe[210].

In der Schrift „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten" wird empfohlen, dass „Polen und noch nicht einwandfrei eingedeutschte Angehörige der deutsch-polnischen Zwischenschichten [...] deutsche Universitäten und Fachschulen sowie höhere und Mittelschulen nicht besuchen [dürfen]. Die Kinder dieser Schichten werden erst dann zugelassen, wenn sie Mitglieder der HJ und durch diese gemeldet sind."[211] Die Gotenhafener Schulstatistiken belegen, dass diese Anordnung streng befolgt wurde: In den Spalten für Hilfs- und Hauptschulen taucht kein einziges Kind polnischer Nationalität auf, dafür waren allerdings einzelne Schüler der dritten Volksgruppe in den höheren Schulen registriert worden[212].

Interessant ist die Wandlung der letzten beiden in der Gesamtstatistik auftauchenden Begriffe „polnische" und „kasschubisch": In der Statistik vom 15.9.1942 wurde beispielsweise das Wort „kasschubisch" von Hand durchgestrichen und „polnisch" daneben geschrieben. In der Tabelle für den 1.9.1943 blieb „kasschubisch" unverändert stehen, dafür finden sich in der letzten Tabelle vom 1.4.1944 nur die Kategorien deutsch und polnisch, was entweder auf Begriffsunschärfen hinweist oder auch den Versuch kennzeichnet, die unbequem große Anzahl polnischer Kinder mit der Angabe „kasschubisch" zu kaschieren. Die Anwesenheit von Kindern von Kaschuben, laut Propaganda ein „Volk mit germanischen Vorfahren", war leichter zu begründen als die polnischer Kinder. Der Gebrauch des Begriffs „polnische Kinder" unterliegt im Kriegsverlauf einer gewissen Veränderung. Vor Einführung der Deutschen Volksliste wurden laut GROCHOWINA jene Kinder als „polnisch" bezeichnet, deren Familien der traditionellen Bevölkerung der Pommerellen angehörten, dort also schon vor 1918 gewohnt hatten, sowie auch die Kinder der so genannten „Kongresspolen". Nach Einführung der

[209] APG 140/5, Bl. 97, Statistische Übersicht über Schüler der Schule Nr. 17 vom April 1944.
[210] APG 140/3, Bl. 99, Tabelle mit Zahlen der Klassen und Schüler, Schule Nr. 8 in Adlershorst vom 1.9.1943.
[211] BArch R 49/75, Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, Berlin, 25.11.1939.
[212] APG 140/2, Bl. 65.

DVL blieb der Begriff „polnische Kinder“ für Kinder reserviert, deren Eltern nicht in die DVL aufgenommen worden waren[213].

Besonders viele polnische Kinder besuchten die Schulen der Stadtteile Cissau (Cisowa), Kielau (Chylonia), Grabau (Grabówek) und Oblusch (Obłuże). In zwei von 16 Volksschulen waren keine polnischen Kinder eingeschult worden – die Schulen Nr. 1 und Nr. 3 im Stadtzentrum wurden nur von deutschen Kindern besucht[214]. In dem schon zitierten Bericht über die Lebensbedingungen in der Stadt wurde Ende 1942 protokolliert, dass es auch zwei polnische Schulen gab, eine in Grabau und eine in Wittomin (Witomino). In die deutschen Schulen sollen dagegen sehr wenige polnische Kinder gegangen sein[215]. Diese Information stimmt mit den deutschen Schulstatistiken jedoch nicht überein. Zwar wohnten in den beiden Stadtteilen tatsächlich viele Polen, allerdings gingen die polnischen Kinder wohl zum großen Teil zu Schulen in anderen Stadtteilen, so dass die Bezeichnung „polnische Schulen“ nicht ganz angebracht erscheint. Im peripheren Stadtteil Kielau jedoch, der nach den Aussiedlungen von Polen aus dem Zentrum beinahe zu einem „polnischen Ghetto“ geworden war, lagen die überwiegend von polnischen Schülern besuchten Schulen Nr. 10 und 16. Schule Nr. 10 hatte Anfang November 1939 250 Schüler, von denen 88 deutschsprachig waren. In Schule Nr. 16 waren 766 Kinder angemeldet, von denen nur 84 deutschsprachig waren, was einem Anteil von knapp 11% entspricht. Über die Einzelheiten der Unterrichtsgestaltung in letztgenannter Schule informierte Schulrat George:

> „In Schule 16 reichen die Lehrkräfte [...] nicht ganz aus. Ich habe daher in den Parallelklassen Doppelordinariate eingerichtet. Die Unter- und Mittelstufen erhalten dabei je Klasse 15 Wochenstunden bei 30 Dienststunden für jede Lehrkraft. Aus der Mittel- und Oberstufe sind die deutschsprachigen Kinder in Sonderklassen zusammengefasst und erhalten 26 bzw. 30 Wochenstunden Unterricht, weil durch den Wegfall der sprachlichen Schwierigkeiten hier auch eine schnellere Förderung der Kinder möglich ist.“

Außerdem wurden in den beiden Schulen je zwei Klassenräume für eine spätere Belegung mit Baltenkindern reserviert[216].

Erfolge in der Erziehungsarbeit mit Kindern, die gemeinsam mit ihren Eltern in die DVL aufgenommen worden waren, wurden in propagandistischen Presseartikeln gerne her-

---

[213] S. GROCHOWINA 2008a, S. 109f.
[214] APG 140/2, Bl. 65, 143 u. 161, Statistiken „Übersicht über Schulen Gotenhafen“; vgl. K. MAŁKOWSKI, Bedeker Gdyński, Gdańsk 1995, S. 204.
[215] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 46 (Wasilewski).
[216] APG 140/5, Sprawozdania, statystyka, programy nauczania szkoły Nr. 17 Gdynia-Cisowa, Bl. 185, Schülerzahlen, Klassen, Lehrkräfte in den Schulen Nr. 9, 10 und 16 nach Stand vom 6.11.1939.

ausgestellt. Dies geschah beispielsweise, als Gauleiter Forster bei einem Besuch in Gotenhafen dem Unterricht einiger Mädchen- und Jungenklassen persönlich beiwohnte: Die Schulklassen

> „[spiegeln] in ihrer Zusammensetzung das Einwohnerbild der Stadt wider [...]. Hier sitzt ein Junge aus Westfalen neben dem aus Sachsen oder Württemberg oder dem Rheinland. Bei dieser Gelegenheit ließ sich der Gauleiter auch eine Klasse vorführen, in der sich ausschließlich Schüler und Schülerinnen der Volksgruppe III befanden. Dabei fand der Gauleiter erneut seine grundsätzliche Einstellung zur Volkstumsfrage im Reichsgau bestätigt."[217]

Schulalltag und Unterrichtsqualität

Schwierigkeiten des Schulwesens unter den Kriegsbedingungen

Weniger erfreuliche Informationen waren dagegen in internen Dokumenten der einzelnen Schulleiter zu lesen. So weigerte sich beispielsweise eine der baltendeutschen Familien, ihr Kind zur Schule zu schicken. Im betreffenden Schreiben von Rektor Eichholz der Schule Nr. 8 in Adlershorst an den Regierungspräsidenten in Danzig heißt es, dass Frau K., Mutter des jungen Wilhelm, auf die Anweisung des Rektors, dass „sie nach den geltenden Bestimmungen sich strafbar mache, wenn er [der Sohn] überhaupt keine Schule besuche", erwidert habe: „Diese Bestimmungen gelten für uns Baltendeutsche nicht."[218] Andere Mütter wünschten eine Befreiung ihrer Kinder vom Schulunterricht, um eine Haushaltshilfe zu haben.

Das Problemspektrum des Schulsystems in der Stadt reichte von Sorgen der Erziehungsberechtigten über den zu langen Schulweg ihrer Kinder[219] bis hin zu Beschwerden über die desolaten Bedingungen aufgrund des Kriegszustandes. Zu Letzteren gehörten die geringe Zahl von Luftschutzräumen in den Schulen, Unterrichtausfälle wegen Mangels an Brennmaterial zum Heizen, Verdunklungsanordnungen oder Fliegeralarme, überfüllte Klassen mit zu wenigen Lehrkräften, die zu geringe Anzahl an Unterrichtsstunden oder ihre schlechte Qualität[220]. Ein Beispiel ist die Schule Nr. 3, in der im September 1942 864 Schüler in 20 Klassen untergebracht, aber nur acht Klassenräume vorhanden waren, was zur Folge hatte, dass der Unterricht für polnische Kinder ausfiel (sie mussten zu anderen, weiter entfernten Schulen

[217] DV, 31.3.1943, Nr. 89, S. 3, „Viel wurde schon geschafft... Gotenhafen mehr und mehr eine deutsche Stadt – Gauleiter sprach."
[218] APG 140/3, B. 171, Schreiben des Rektors der Schule Nr. 8 in Adlershorst an den Regierungspräsidenten in Danzig vom 11.11.1941.
[219] APG 140/7, Bl. 5, Schreiben an Bürgermeister Cartellieri vom 25.10.1943.
[220] vgl. N. STARGARDT, „Maikäfer flieg!" Hitlers Krieg und die Kinder, München 2006, S. 50.

gehen) und „die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit der deutschen Kinder dieser Schule aufs Höchste gefährdet [war].“[221]

Auch die Lehrkräfte selbst beschwerten sich darüber, dass sie „zumeist in überfüllten Schulen und in ungeeigneten Räumen [unterrichten mussten], da der Pole anscheinend für sein Schulwesen nichts übrig hatte.“ Auch die Wohnungsbeschaffung für die herberufenen Lehrer erwies sich als schwierig. Ein enttäuschter Lehrer schrieb: „In Gotenhafen fehlen z.B. möblierte Zimmer und Wohnungen. Wochenlanges, ja monatelanges Suchen bleibt ohne Erfolg. Ähnlich werden die Verhältnisse in anderen westpreußischen Städten liegen.“[222] Als eine Art Trost konnten deutsche Lehrer in den Ostgebieten spezielle Wohn- und Aufbauzulagen sowie weitere Unterstützungen wie Urlaubsgelder für Heimfahrten ins Reich beantragen[223].

Am 1.9.1943 betreuten ca. 200 Lehrerinnen und Lehrer die über 13.000 Schüler, was mehr als 65 Schüler pro Lehrer bedeutete. Unter den Gotenhafener Lehrern waren viele junge Kräfte, die am Anfang ihrer Karriere standen. Als Fortbildungsmaterial für diese Beamten wurden daher sogar in der Zeit aller Mittelkürzungen vom Gotenhafener Schulamt mehrere Zeitschriften abonniert. Dies waren „NS-Bildungswesen“, „NS-Monatshefte“, „NS-Mädchenerziehung“, „NS-Erzieher“, „Politische Leibeserziehung“, „Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“, „Erziehung, Unterricht, Kultur und Gemeinschaftspflege“, „Film und Bild“, „Der Deutsche im Osten“, „Soldat im Weichselland“ und „Amtliches Mitteilungsblatt des Regierungspräsidenten“[224].

Als die Bedrohung der Stadt durch Fliegerangriffe wuchs, wurde eine Kontrolle der Luftschutzräume in den Schulgebäuden durchgeführt. Deren Protokolle waren ernüchternd: In Volksschule Nr. 17 in Kielau, die im Juni 1943 von 861 Kindern besucht wurde, wären im Falle eines Luftangriffs zwölf Lehrkräfte und fast 600 Kinder ohne Schutz gewesen[225]. Während der Besichtigung der Volksschule Nr. 17 in Cissau kam es zu einem nennenswerten Vorfall. Der Rektor dieser Schule meldete enttäuscht dem Schulrat, dass die für die Überprüfung der Lagerung der Luftschutzgeräte abgeordneten Beamten sich als faul und lügnerisch erwiesen hätten. Während der Überprüfung der Lagerung von Decken kam zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Direktor und den Prüfbeamten. Obwohl nach Ansicht des Rektors alles ordnungsgemäß gelagert wurde, was Zeugen auch bestätigen konnten, hatten die Beamten eine andere Meinung dazu. „Der Beamte hat die Decken nicht gezählt, weil ihm das zu viel

[221] APG 140/8, Schulamt Gotenhafen, Wprowadzenie nauku robót ręcznych i gospodarstwa domowego w szkołach gdyńskich, Bl. 25 u. 29, Schreiben des Bürgermeisters Cartellieri an das Bauamt vom September 1942.
[222] H. DOMJAHN (Gotenhafen), Aufgaben und Probleme unserer Ostlandarbeit, in: Mitteilung des NSLB, Nr. 3, März, Jg. 1942, S. 18f.
[223] S. GROCHOWINA 2008a, S. 133f.
[224] APG 140/1, Bl. 367, Schreiben an die Bücherei des Stadthauptamtes vom 21.11.1942.
[225] APG-Gdynia 650/1628, Bl. 181, Schreiben vom 23.6.1943.

Mühe machte. [...] Der BEAMTE lehnte in meinem Zimmer bereits die Zählung ab, als er die Decken noch gar nicht gesehen hatte." Auch scheinen die gesandten Beamten nicht die Ideale tüchtiger Behördenangehöriger erfüllt zu haben. Der Hausmeister soll sie laut dem Bericht dabei beobachtet haben, „wie sie, ohne in meinem Amtszimmer [des Schulrektors] gewesen zu sein, in einem Schulraum ihr Gewicht an der Schulwaage festgestellt haben." Da die beiden Herren T. und Sch. Parteigenossen waren, hätten sie dadurch auch der Reputation der NSDAP mitsamt ihrer Mitglieder geschadet, wie der ebenfalls parteiangehörige Rektor meinte[226].

Schulalltag und Unterrichtsqualität

In den Unterrichtsplänen der Gotenhafener Volksschule tauchten Fächer auf, die größtenteils auch im heutigen Schulalltag ihren Platz haben: Deutsch, Rechnen, Schreiben, Erdkunde, Geschichte, Zeichnen, Musik sowie Leiberziehung, außerdem die heutzutage eher nicht mehr an Schulen unterrichteten Fächer Gartenbau und Nadelarbeit[227]. Der Unterschied zum heutigen Unterricht lag allerdings darin, dass sich hinter harmlosen Bezeichnungen wie Geschichte, Erdkunde oder Deutsch politisch, ideologisch und propagandistisch stark geprägte Lehrinhalte und -konzepte verbargen[228]. Auch Sportstunden und der HJ-Pflichtsport dienten nicht einfach dem Austoben und Turnen, sondern der „Wehrertüchtigung der männlichen Jugend"[229]. Im Musikunterricht lernten die Kinder Lieder wie „Ein Fähnrich zog zum Krieg, wer weiß, kehrt er zurück", „Steht nur auf, ihr Soldaten all", „Lasset im Winde die Fahnen wehn", „Kameraden, wir marschieren", „Der gute Kamerad" und das bekannte „Die Fahne hoch"[230]. Daneben erhielten die Kinder auch spezielle thematische Unterrichtstunden wie Übungen für den Fall eines Fliegeralarmes oder die Vorführung des Films „Jud Süß", der die Jugend über die Rassenvorstellungen der NS-Staates aufklären sollte. Die Ideale der NS-Schultheoretiker brachten es mit sich, dass in den Volksschulen „Heimat und Volk" im Mittelpunkt stehen mussten.

> „Indem die Volksschule in ihrer gesamten Unterrichtsarbeit bewusst von der Anschauung der völkischen Lebenswirklichkeit ausgeht und planmäßig zur eigenen Arbeit anleitet, legt sie in den Kindern den Grund zu jener Haltung, mit der alle Stände des schaf-

[226] APG 140/5, Bl. 129f., Schreibens des Rektors der Volksschule 17, Gotenhafen-Zissau (Cissau) an Schulrat George vom 29.9.1942.
[227] APG 140/4, Schulamt Gotenhafen, Statystyka, sprawozdania i program nauczania szkoły numer 12, Witomino, Bl. 127 u. 134.
[228] s.a. R. SCHÖRKEN, Jugend, in: W. BENZ, H. GRAML u. H. WEIß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 2007, S. 226f.
[229] G. TIEMANN, F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER 1941, S. 180-186. Zu den Inhalten der einzelnen Fächer vgl. Kapitel „Einzelordnungen für den Unterricht", S. 410-430.
[230] Liederbuch für Volksschulen. Reichsgau Danzig-Westpreußen, Teil 1 (1. bis 4. Schuljahr), Danzig 1943, S. 62-67.

fenden Volkes, jeder nach seiner Anlage und Leistung seinen Platz im nationalsozialistischen Volksleben einnimmt."[231]

Die Protokolle der Schulinspektionen zeigen viele Details über den Schulalltag. Der Schulrat als Inspektor verlangte genaue Angaben über Lehrer, Unterrichtsformen und -themen. Während eines solchen Prüfbesuches im April 1940 in der Volksschule in Kielau notierte George u.a., dass unter den 889 unterrichteten Schülern in 16 Klassen nur zwölf Schüler deutschsprachig waren. Er bemängelte am – eigentlich erst kurz zuvor instand gesetzten – Äußeren der Schule, dass eine „Befestigung des Schulhofes unbedingt notwendig [ist], weil der Boden fliegender Sand ist, Obstbäume und Sträucher im Schulgarten fehlen." Zur Unterrichtsausstattung der Schule notierte er: „Vier Schulen zusammen besitzen ein Schmalfilmgerät, Filme werden aus der Stadtbildstelle entliehen. Eine Einrichtung für Werkunterricht ist vorhanden, Werkzeuge müssen ergänzt werden. Haus- und Gartengeräte vorhanden, desgl. Radioapparat, Klavier, drei Geigen, Telephon." George wohnte auch dem Unterricht in einzelnen Klassen bei und notierte Teile der Unterrichtsgespräche. So war er mit dem Lehrer Erich Krause in einer kaschubischen fünften Klasse mit 50 Schülern im Rechenunterricht recht zufrieden:

„Krause hat die Klasse seit Ostern übernommen und stellt z.Zt. in der Hauptsache den Status der Klasse in Rechnen fest. Stoff: Zuzählen und Abziehen reiner 100 und Zehner im Zahlenraum bis 1000. Die Kinder beteiligen sich lebhaft, soweit sie nicht durch Schwierigkeiten in der deutschen Sprache behindert werden. [...] Der Lehrer hat die Klasse fest in der Hand."

Während der Inspektion einer kaschubischen sechsten Klasse mit 52 Schülern fielen seine Anmerkungen dagegen nicht so positiv aus. Im Geschichtsunterricht mit Lehrer Josef Ladwig wurde das Thema „Der Westwall. Befestigung, verschiedene soldatische Formationen, Fliegertätigkeit" besprochen. George notierte: „Die Kinder sind in der deutschen Sprache noch sehr schwach, die Ausdrucks- und Unterrichtsweise des Lehrers ist für sie zu schwer. [...] Der Lehrer gibt sich große Mühe, muss sich aber mehr auf den Stand der Klasse einstellen."

Musiklehrerin Gertrud Knauer erntete dagegen in genau dieser Hinsicht Lob von George. Ihre Arbeit in der Parallelklasse mit 64 kaschubischen Kindern wurde sehr positiv bewertet:

„Musik ‚Deutschland, heiliges Wort', ‚Wem Gott will rechte Gunst erweisen'. Die Lehrerin arbeitet sehr geschickt, die Klasse geht begeistert mit, Liedertext sicher, Liedvor-

[231] G. TIEMANN, F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER 1941, S. 386f.

gang gut. Die Klasse ist in Musik gut gefördert. Schulzucht gut, die Arbeitsweise der Lehrerin und ihr Verhältnis zu den Schülerinnen sind gut."

Zu guter Letzt inspizierte George den Heimatkundeunterricht in einer sechsten Klasse mit 41 kaschubischen Schülern. Wie schon im Geschichtsunterricht von Lehrer Ladwig ging auch sein Kollege Hans Nickel offenbar nicht auf die Möglichkeiten und Kenntnisse der Kinder ein:

„Heimatkunde: ‚Wie die heimische Landschaft entstanden ist.' Der Lehrer spricht von den Folgen der Eiszeit und der Entstehung von Ackererde, Sand usw., Bedeutung des Mooses für den Wald. Die Kinder beteiligen sich sehr wenig am Unterricht, weil sie in der deutschen Sprache noch zu wenig gefördert sind und Stoff und Ausdrucksweise des Lehrers für dieses Schülermaterial viel zu schwer sind. Außerdem sind dem Lehrer sachliche Fehler unterlaufen. Er muss viel mehr Wert auf Förderung der deutschen Sprache, Veranschaulichung der Begriffe und Sprecherziehung legen. Schulzucht gut, Hefte und Listen in Ordnung."[232]

Zur Schule gehörten neben den Unterrichtsstunden natürlich auch die Ferienwochen. Im Jahr 1941 bekamen alle Schüler in den Schulen in Danzig-Westpreußen 52 Tage Sommerferien[233]. Daneben hatten die Kinder über das Jahr verteilt auch besondere unterrichtsfreie Tage. Dazu gehörte z.B. der 30. Januar, der Tag der Machtübernahme, an dem statt Unterricht „an allen Schulen würdige Feiern" zu veranstalten waren, „bei denen die Schüler durch ein Mitglied des Lehrkörpers auf die überragende Bedeutung des 30. Januar 1933 als des Gründungstages des Dritten Reiches" hingewiesen werden sollten. Am „Führergeburtstag" erlebten die Kinder statt Unterricht feierliche Appelle[234].

Sammelaktionen

Ob in Berlin oder in Gotenhafen, überall im Reich wurden im Rahmen von Schulaktionen wiederverwendbare Produkte von den Kindern gesammelt und somit selbst die Jüngsten in die

[232] APG 140/10, Schulamt Gotenhafen, Sprawy zawodowe, administracja, gosp. szkoły numer 16 Gdynia-Chylonia, Bl. 153-156, Protokoll des Schulrates des Schulaufsichtskreises Gotenhafen von der Schulvisitation an die Abt. Erziehung u. Volksbildung des Regierungspräsidentenamtes betreffend die Besichtigung der 16-klassigen Volksschule in Gotenhafen-Kielau am 25.4.1940 von G[eorge] vom 25.4.1940.
[233] „Nach der Neueinteilung des Schuljahres ist die Dauer der Sommerferien in den Orten mit Volks-, Haupt-, Mittel- und Höheren Schulen auf 52 Tage festgesetzt worden." Im Jahr 1941 dauerten die Ferien in Danzig-Westpreußen vom 17.7. bis zum 6.9., vgl. AOBG, 3.5.1941, Nr. 11, „Schulferien."
[234] G. TIEMANN, F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER 1941, S. 199f.; S. GROCHOWINA 2008a, S. 199.

Altstoffsammlung für den Kriegsbedarf einbezogen[235]. Die Schulkinder hatten sich an solchen Aktionen zu beteiligen, um so ihren Beitrag zum Krieg zu leisten.

1941 wurden folgende Materialien festgelegt, die von den Kindern im Elternhaushalt und auch in Nachbarhäusern gesammelt werden sollten: Knochen, Zeitungen und Zeitschriften (Altpapier), Stoffreste und unbrauchbare Bekleidungsstücke, Eisen- und Metallteile, „sofern diese gewichtsmäßig nicht zu schwer und ohne Gefährdung zu transportieren [sind]", Flaschenkapseln, Folien, Tuben und Korken. Beim Kräutersammeln wurde die Verantwortlichkeit zwischen Schule und HJ aufgeteilt. Letztere war zuständig für die Sammlung von Lindenblüten, Kastanien und bestimmten anderen Pflanzen und Früchten, die Schule dagegen für alle übrigen Heil- und Teekräuter[236]. Aus den gesammelten Knochen wurden Knochenmehl[237] und Kleber produziert, aus den hunderten Kilos gesammelter Kräuter produzierte die Pharmaindustrie Kräutertees und Salben.

Über den Zweck der Sammelaktionen sollten alle Bürger Bescheid wissen, weshalb die Leser in der Tageszeitung regelmäßig aufs Neue darüber aufgeklärt wurden (vgl. auch Abb. 27). „Knochen, die von der Hausfrau dem nächstwohnenden Schulkind mitgegeben werden, kommen über die Schule rasch zu den chemischen Fabriken. Dort werden aus dem Rohstoff Knochen Hunderte von Grundstoffen und Präparaten hergestellt, die jede Haushaltung und viele Zweige der Kriegswirtschaft dringend brauchen." Diese Zeitungsmitteilung wird durch ein Bild veranschaulicht, auf dem ein Schulkind mit Tornister und einer Tasche voller Knochen zu sehen ist. Daneben ist ein Schulgebäude abgebildet, dahinter eine Fabrik und am Ende, im Bildhintergrund, wird die Darstellung der „Produktionskette" mit einem Apothekenbehälter und darin lagernder Seife abgeschlossen[238]. Die Knochensammlung verursachte vor allem im Sommer Probleme bei der Lagerung des zusammengetragenen Materials. Der Oberbürgermeister belehrte daher alle Produzenten über ihre Verpflichtung, in den Schulen geeignete Gefäße mit Deckeln zur Knochensammlung aufzustellen[239]. Im Mai 1940 erschien im „Bundesblatt des Nationalsozialistischen Lehrbundes, Gau Danzig" die Anweisung zur Erweiterung der bisherigen Knochensammelaktion auf weitere Rohstoff-Bereiche:

> „In der Vergangenheit hat die Schule bekanntlich nur Knochen gesammelt und hierbei, was anerkannt werden muss, sehr beachtliche Erfolge erzielt. Diese Sammeltätigkeit soll nun in den Dienst einer größeren Aufgabe gestellt werden, nämlich der Erfassung der gesamten Altstoffe. Zu diesem Zweck sind in allen Schulen Vorsammelstellen ein-

[235] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 180.
[236] G. TIEMANN, F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER 1941, S. 193f. (Kapitel „Sammlung der Altmaterialien").
[237] N. STARGARDT 2006, S. 47.
[238] Mitteilungsblatt des NSLB, Nr. 11, November 1942, S. 88.
[239] AOBG, 21.6.1941, Nr. 18.

gerichtet worden. Zu ihnen bringen die Schulkinder alles aus den elterlichen und benachbarten Haushaltungen, was sich dort im Laufe der Zeit an Altmaterial angesammelt hat und ständig ansammelt, also nicht nur Knochen, sondern auch Zeitungen und sonstige Papierabfälle, Lumpen, Eisenschrott und Großbruch, sofern er nicht zu schwer ist, Altmetall, Flaschen, Altgummi usw. Darüber, was an Altmaterial verwendbar ist, also gesammelt wird, werden die Kinder im Unterricht eingehend aufgeklärt, teils durch mündliche Vorträge der Lehrer, teil durch entsprechende Heranziehung der allen Schulen zugegangenen Lehrschaubogen, die alles Wissenswerte enthalten.“[240]

Abb. 27: Plakat mit Aufruf zur Altkleider- und Spinnstoffsammlung 1942, Quelle: DNN, 3.6.1942, Nr. 127, S. 5.

Beinahe ironisch erscheint es hierbei, dass die Kinder zwar tüchtig Rohmaterialien für den Staat sammelten, der Staat ihnen jedoch nicht einmal genug Wolle, Faden und Kleber für schulische Handarbeiten zur Verfügung stellen konnte.

Im Sommer 1940 wurde das erste Mal eine Heilpflanzensammlung in den Gotenhafener Schulen durchgeführt. Alle Schüler zusammen sammelten in der Saison insgesamt 67,3 kg Gänseblümchen, 195,9 kg Löwenzahn, 269,2 kg Brennnesseln und einige weitere Kräuter[241].

[240] Mitteilungsblatt des NSLB, Nr. 1, Mai 1940, S. 7, „Nichts wird übersehen. Gründliche Organisation sichert restlose Altstofferfassung. Die Arbeit der Schul- und Hausvorsammelstellen. Die Partei an vorderster Stelle.“
[241] F. BUBLITZ, Erfahrung bei der diesjährigen Heilpflanzensammlung, in: Mitteilungsblatt des NSLB, Nr. 5, September 1940, S. 63; s.a. S. GROCHOWINA 2008a, S. 197f. („Sammlung von Altstoffen für das Jahr 1943“).

In die Sammelaktionen wurden sowohl polnische als auch deutsche Kinder einbezogen, allerdings war die Schule nur ein Teil der alle Berufe und Stände umfassenden Sammlungs- und Wiederverwertungsaktion. So sammelten beispielsweise im Jahr 1942 alle Förster des Reiches Gummistiefel für die Waffen-SS im Osten[242], und selbst im Januar 1945 fand noch eine „traditionelle" Spinnstoffsammlung statt, zu der u.a. „die Uniformen und Ausrüstungsgegenstände, die nicht dienstlich dringend benötigt werden, dem Volksopfer zufließen" sollten[243]. Eine Verschwendung verwendbarer Materialien wurde scharf kritisiert und angeprangert. Sogar die an der Front kämpfenden Soldaten wurden belehrt: „Jedes Kilo Metall, das von der Front und aus den besetzten Gebieten nicht in die deutsche Rüstung zurückfließt, schwächt letzten Endes die Kampfkraft der kämpfenden Truppe."[244] Der Grund für diese Anmahnung selbst an der Front war, dass die Soldaten Patronen- und Kartuschenhülsen in ihrer freien Zeit zu Likörbechern, Weinkühlern, Blumenvasen u.ä. umarbeiteten.

Schulbildung und Erziehung der polnischen Kinder

Eine besondere Aufgabe sah die NS-Schule in der Erziehung der „eingedeutschten" polnischen Kinder. Durch die Schule sollten sie einen Bezug zum Deutschtum und der nationalsozialistischen Lehre erhalten, die ihren Eltern nicht mehr so wirksam anzuerziehen waren[245]. Kinder, die in die dritte Gruppe der DVL aufgenommen worden waren, wurden stärker assimiliert und intensiv einem Germanisierungs- und Entpolonisierungsprozess unterzogen. Nicht in die Deutsche Volksliste aufgenommene polnische Familien sollten inklusive ihrer Kinder einer Politik der „De-Kulturation"[246] und deren Auswirkungen der „De-Edukation", „De-Information" und „De-Nationalisierung" unterzogen werden.

Den polnischen Kindern, die in Gotenhafen verblieben waren, wurde ihre bisherige Kindheit vollständig genommen. Ihre zuvor sichere Welt brach zusammen, und was danach blieb, erinnerte in nichts mehr an frühere Zeiten[247]. Erziehung, Begabung, Fleiß und Charakter spielten keine Rolle mehr; die Kinder waren entweder rein polnisch oder, im aus NS-

[242] APG 263/27, Aufruf zur Sammlung von Gummistiefeln des Generalforstmeisters Alpers von 24.3.1942.
[243] APG-Gdynia 218/8, Schreiben des Reichsministers des Innern betreffend die Erfassung von Beamtenuniformen und Beamtendienstkleidung bei der Spinnstoffsammlung 1945 vom 2.1.1945.
[244] BArch R 49/17, Bl. 60, Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht betreffend das Verbot der Verarbeitung wehrmachteigener Geräte vom 23.2.1944.
[245] F. WIßMANN, Zum Schulwesen während der Deutschen Besatzung im Reichsgau Danzig-Westpreußen 1939-1945 vgl. K. KLATTENHOFF u. F. WIßMANN 2006, S. 156f.
[246] H.-CH. HARTEN 1996, S. 11ff.; D. BEYRAU schrieb zur Situation der polnischen Bevölkerung unter deutscher Okkupation: „Die Polen durften sich nicht germanisieren – wenn sie es denn gewollt hätten. Sie sollten aber auch ihrer eigenen Kultur und Bildung beraubt werden und eine Art Reichs-Mankurte werden, Menschen ohne Gedächtnis und Selbstbewusstsein", in: D. BEYRAU, Experimentierfeld der Moderne: Vernichtung, Vertreibung und Umsiedlung, in: D. BEYRAU (Hrsg.), Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1999, S. 75.
[247] N. STARGARDT 2006, S. 22.

Perspektive besseren Fall, Teil der dritten Gruppe der DVL. Diese Kinder erhielten keine normale Erziehung, sondern wurden von speziellen NS-Erziehungsprogrammen erfasst mit dem Ziel, sie zu „germanisierten“ und zu gehorsamen Systemanhängern zu formen. Dieses intensive und zielgerichtete Handeln der deutschen Behörden, das Fehlen polnischer Bücher und Zeitungen[248], das Verbot der polnischen Sprache sogar in privaten Kontakten unter den Schülern und die systematische, intensive Indoktrination führten schließlich auch bei den meisten Kindern zum gewünschten Erfolg[249].

Ein weiteres Charakteristikum kennzeichnete die schulische Bildung der polnischen Kinder während des Krieges. Wenn es am Unterrichtsort an Lehrkräften mangelte, bekamen sie es zuerst zu spüren. Der Unterricht für diese Kinder wurde angesichts der allgemeinen Mängel drastisch verkürzt oder sogar ganz gestrichen. Die Folge war u.a. eine Verbreitung von Analphabetismus[250], was der NS-Regierung durchaus entgegen kam, da er eine willkommene Folge der „Ent-Kulturalisierung“ der polnischen Bevölkerung war. Die späteren Bürger „zweiter Klasse“ sollten nicht mehr können als den eigenen Namen zu schreiben und einfachste Rechenaufgaben zu lösen. Allerdings zwangen das katastrophale Anwachsen der Kleinkriminalität, zu der die oft hungrigen und tagsüber auf sich allein gestellten polnischen Kinder beitrugen, sowie die damit entstehenden Gefahren für Ordnung und Sicherheit die höheren NS-Behörden zu Maßnahmen, um diese Kinder teilweise auszulasten. Im Januar 1944 erließ der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung daher eine Anordnung, nach der, „um die schutzangehörigen Kinder polnischen Volkstums vor Verwahrlosung zu schützen, [...] im Einvernehmen mit Reichsführer SS und Reichsminister des Innern sowie dem Leiter der Partei-Kanzlei“ Anweisungen für die einheitliche schulische Erfassung der polnischen Kinder im gesamten Reichsgebiet erlassen werden sollten. Als Folge davon sollten alle Kinder zwischen neun und 13 Jahren täglich zwei bis drei Stunden schulisch versorgt werden[251].

Schulrat George reagierte auf diese Anordnung mit einer Zählung der polnischen Schüler dieses Alters in allen Schulbezirken der Stadt. Demnach waren beispielsweise Mitte Februar 1944 in der Schule Nr. 12 von 180 polnischen Kindern 94 im Alter von neun bis 13 Jahren. Deren Unterrichtsstatus wurde wie folgt beschrieben: „Augenblicklich sind alle Kinder (tgl. 1 Std.) eingeschult. Es ist dafür 1 Lehrkraft (Aushilfslehrkraft) eingesetzt. Mehr

[248] CAW Warszawa Oddz. VI Sz. Gł. Nacz. Wodza II 52.96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich za okres XII 1943, I-II 1944, Bl. 94.
[249] Ebd., Bl. 9.
[250] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 525.
[251] APG 140/4, Bl. 81, Schreiben des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 8.1.1944.

Lehrkräfte sind auch nicht erforderlich, wenn nur die 9-13-jährigen Kinder eingeschult sind mit 2-3 Std. täglich.“[252]. Einen Monat später wurde von George über dieselbe Schule notiert, dass die polnischen Klassen fünf bis sechs Stunden Unterricht pro Woche erhielten[253]. Wie wenig Bedeutung die Bildung der polnischen Kinder für die deutschen Schulbehörden hatte, zeigt das weitere Geschehen um Schule Nr. 12. Als sie im November 1942 auf Befehl des Küstenbefehlshabers bis auf Weiteres mit Militär belegt wurde, wurde nur für die Weiterbildung der deutschen und eingedeutschten Kinder der Schule gesorgt: Sie bekamen Nachmittagsunterricht in einer anderen Schule. Der Unterricht für die nicht eingedeutschten Kinder fiel „wegen Raummangels“ aus[254].

Die nach dem Krieg niedergeschriebenen Erinnerungen polnischer Kinder aus den Pommerellen belegen, dass ihr Schulunterricht äußerst dürftig bis nicht vorhanden war, und dass sie eher allein zu Hause aus alten Büchern lernten oder während der Kriegszeit gar keine Bildung genossen[255]. Woran sie sich gut erinnerten, waren nicht Schulbänke und Bücher, sondern Arbeit und Hunger. Eines dieser hungrigen polnischen Kinder aus Gotenhafen bekam in den deutschen Behördenschreiben einen Namen. Ein Einzelfall, der meiner Meinung nach das Schicksal zahlreicher Altersgenossen aufzeigt. Der 13-jährige polnische Junge Johann, zu Hause sicher eher „Jan“ gerufen, Sohn eines Werftarbeiters aus Gotenhafen, wurde beim Stehlen eines Reifens aus einem Keller vom dort zuständigen Hausmeister erwischt und der Polizei ausgehändigt. Bei seiner Vernehmung berichtete er über die eigene Situation und über das Leben seiner Familie:

> „In meiner Freizeit sammle ich Flaschen und verkaufe diese dann für meine Mutter, sie kauft dafür Brot und andere Lebensmittel. Auch heute wollte ich Flaschen sammeln. Ich kam in das Haus Hafenstr. 3. Da der Keller offen stand, suchte ich auch hier nach Flaschen. Im Keller fand ich einen dicken Autoreifen. Ich wusste sofort, dass ich hieraus Geld schlagen konnte und nahm ihn daher an mich, um ihn zu verkaufen. Ich wusste auch, dass ich den Reifen nicht mitnehmen durfte, trotzdem stahl ich ihn aber. Als ich den Keller verlassen wollte, wurde ich von dem Hausmeister festgenommen und der Polizei übergeben.“[256]

---

[252] APG 140/4, Bl. 82, Handnotiz vom 14.2.1944.
[253] APG 140/4, Bl. 73, Schule Nr. 12, Notiz vom 3.3.1944.
[254] APG 140/4, Bl. 127, Schreiben Georges an den Regierungspräsidenten Danzig betreffend die Schließung der Volksschule Nr. 12 in Gotenhafen-Wittomin vom 25.11.1942; ähnlich schlecht sah die Schulbesuchs-Situation der polnischen Kinder im Warthegau aus, vgl. H.-CH. HARTEN 1996, S. 198ff.
[255] J. WNUK u. H. RADOMSKA-STRZEMECKA, Dzieci polskie oskarżają (1939-1945), Warszawa 1961, S. 217 u. 230.
[256] APG-Gdynia 650/1671, Akten des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen, Akten des Jugendamtes, Bl. 129, Schreiben vom 18.5.1940 über Strafanzeige gegen Johann Kwasniewski, geb. 1.8.1927; zur Situation der Kinder in Warschau, die durch Kälte und Hunger zum Schmuggeln und Stehlen von Kohle aus Eisenbahnwag-

Mehr Aufmerksamkeit von Schulen und Jugendorganisationen erhielten polnische Kinder, die bereits in die dritte Gruppe der DVL aufgenommen waren. Vor allem die Hitler-Jugend und ihre Organisationen versprachen sich große Erfolge bei der Germanisierung dieser Gruppe, indem sie u.a. das politisch „unsichere" Elternhaus im Spiel um die politisch-ethische Erziehung effektiv ausschalteten. Die Verpflichtung der „eingedeutschten" Kinder zur Teilnahme an NS-Ritualen wie Aufmärschen, Appellen und Weihestunden der Hitler-Jugend verfolgte ebenso wie deren Aufdringlichkeit und Intensität das Ziel, die jungen Menschen zu einem Teil des zukünftig vollständig germanisierten Gaus Danzig-Westpreußen zu formen[257].

Angebote für deutsche Jugendliche

Die mannigfaltigen von oben gesteuerten Sammelaktionen, Arbeitseinsätze, Appelle und Aufmärsche in den Reihen der HJ und des BDM sowie der Schulunterricht selbst füllten die Tage der deutschen und eingedeutschten Kinder und Jugendlichen fast vollständig aus[258]. Eine besondere Rolle für die Gestaltung des Alltags spielte die Hitler-Jugend, die neben propagandistisch-politischen Aktivitäten die Freizeit dieser Altergruppe mit Geländespielen, Wanderungen, sportlichen Wettkämpfen und Sommerlagern ausfüllte[259]. Um auch diese Altersgruppe unter möglichst vollständige Kontrolle zu bringen, wurde eine eigene „Spitzelpolizei" aus Angehörigen der Hitler-Jugend rekrutiert. Offiziell diente sie dem Schutz der jungen Menschen vor den Gefahren, die „durch die Abwesenheit zahlreicher unter Waffen stehender Väter und Erzieher, durch die Einschränkung des Schulbetriebes und durch die für den Luftschutz notwendige nächtliche Verdunklung entstehen." So wurden die Straßen Gotenhafens durch den HJ-Streifendienst (SRD) begangen, der Befugnisse zur Überwachung aller Jugendlichen zwischen zehn und 18 Jahren und sämtlicher Angehöriger der HJ (HJ, DJ, BDM, JM) hatte[260].

---

gons gezwungen wurden, vgl. K. DUNIN-WĄSOWICZ 1984, S. 108f; in Gotenhafen befanden sich mehrere Polizeieinrichtungen: Außer dem Polizeipräsidium gab es fünf Polizeireviere und vier Polizeiwachen in Kielau, Oblusch, Oxhöft und Wittomin, vgl. APG-Gdynia, 650/1690, Gotenhafen Stadtplan des Stadtbauamtes mit Übersicht der Baumaßnahmen von 1939 bis 1942 vom 8.9.1942.

[257] Zu den polnischen Pfadfinderorganisationen, die im okkupierten Gdingen wirkten, vgl. B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 261.

[258] Zur Geschichte der BDM, vgl. H.-CH. BRANDENBURG, Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968, S. 51ff.

[259] vgl. V. DAHM, A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER 2008, S. 274f., Bilder „HJ-Zeltlager: Lager-Romantik" und „Mahnmal und Ehrenwache am Thingplatz des Lagers Riegsee bei Murnau."

[260] AOBG, 19.7.1941, Nr. 22, „Schutz der Jugend."

Während des „Tags der deutschen Jugend“ schworen Hunderte 14-Jähriger „Treue zu Führer und Fahne“ zu Tönen des Liedes „Heilig Vaterland“[261]. Während der verpflichtenden Jugendappelle marschierten lange Reihen uniformierter Jugendlicher über den Paradeplatz Gotenhafens. Bei einem Appell im Februar 1944 ordnete Oberbürgermeister Schlichting an, dass alle altergemäß in Frage kommenden „reichsdeutschen Jungen und Mädel“ sowie „alle Umsiedler und wiedereindeutschungsfähigen (Angehörige der Volkslisten 1-4)“ zur Anwesenheit verpflichtet seien, „Juden und solche Mischlinge, die nach §5 des Reichsbürgergesetzes als Juden gelten, Zigeuner und Neger, ebenso Schutzangehörige des Reiches (Polen und Tschechen)“ dagegen nicht anzumelden seien[262]. Die Kinder und Jugendlichen wurden außerdem ständig für neue Aufgaben im Dienst des Reiches umworben. In der Presse las und sah man unaufhörlich Appelle zur Pflichterfüllung am eigenen Volk: „Mädel, dein Beruf, werde Schwester! Der schönste Dienst an der Gesundheit deines Volkes“, „Hilf siegen als Luftnachrichtenhelferin“[263]. Mit „heiteren Gesängen“ und Tänzen verbesserten die Mädchen die Stimmung verwundeter Soldaten im Gotenhafener Lazarett[264], halfen in den Kindergärten oder leisteten im Rahmen des so genannten Pflichtjahres Arbeit auf dem Land, beim Reichsarbeitsdienst oder der Sozialfürsorge[265].

Bei den Jungen wurde für den Dienst an der Waffe geworben. In einer Anzeige der „Danziger Neuesten Nachrichten“ lächelt ein junger Soldat seine potenziellen Kameraden an und wirbt für den Kriegsdienst mit den Worten: „Melde Dich freiwillig bei der Ergänzungsstelle Weichsel (XX) der Waffen-SS, Gotenhafen, Adolf-Hitler-Platz 12.“[266] Andere junge Männer wurden im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes zu Hilfsdiensten der Wehrmacht herangezogen (RAD-Männer)[267].

Doch natürlich hatte auch das nach außen projizierte ideale Bild der strahlenden Reihen von HJ und BDM im Dienst des Volkes seine Risse. Die andere Seite der Medaille zeigte schwere Erziehungsprobleme, die für das ideologisch-politische System gefährlich waren. So beschrieb der Oberlandesgerichtspräsident Danzig in einem Bericht an den Reichsminister der Justiz Thierack einige „schwierige Fälle” unter den Jugendlichen:

---

[261] DV, 29.3.1943, Nr. 87, S. 3, „Der Tag der deutschen Jugend. 4500 Jungen und Mädchen wurden gestern in Danzig feierlich verpflichtet – Treue zu Führer und Fahne.“
[262] AOBG, 12.2.1944, Nr. 3, „Aufruf zur Teilnahme am Jugendappell der Hitler-Jugend.“
[263] CH. ZENTNER u. F. BEDÜRFTIG 1985, S. 176a, Frau im Dritten Reich.
[264] DNN, 11.9.1941, Nr. 213, S. 5, „Frohe Stunden im Lazarett.“
[265] H.-CH. BRANDENBURG 1968, S. 230.
[266] DNN, 6.11.1942, Nr. 261, S. 5; vgl. V. DAHM, A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER 2008, S. 272 („’Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben’. Politische Erziehung vom Kindergarten bis ins hohe Alter“), u. S. 275 (Plakat „Anwerbung von Hitlerjungen für die Waffen-SS“).
[267] vgl. H. LOOKS u. H. FISCHER (Auswahl und Bearbeitung), Arbeitsmänner zwischen Bug und Wolga. Erlebnisberichte und Bilder vom Einsatz des jüngsten Jahrganges an der Ostfront, Berlin 1942. Darin sind v.a. die Bilder der „Arbeitsmänner des Jahrgangs 1922“ zu beachten, o.S. (ca. ab Seite 72 bis zum Ende des Bandes).

„Gelegentlich brüsten sich die Jungen und Mädchen, wie mir berichtet ist, dass sie schon im Jugendarrest gewesen seien. Seit sie wissen, dass es sich hier um keine Strafe im eigentlichen Sinne handelt, hören sie auf, den Jugendarrest ernst zu nehmen. Erfolg versprechen nur drastische Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit immer mehr gefordert werden. Es häufen sich die Fälle, in denen 16-17-Jährige oder eben erst strafmündig gewordene Postaushelfer Feldpostpäckchen unterschlagen bzw. berauben, ein Zeichen dafür, dass solche Jugendliche den moralischen Anforderungen dieses Dienstes doch wohl nicht gewachsen sind.

In den Strafsachen gegen Jugendliche hat sich vielfach ergeben, dass den Jugendlichen die richtige Erziehung und das gute Beispiel der Eltern fehlte, so häufig bei geschiedenen oder zerrütteten Ehen. Auch die erzieherische Einwirkung der Schule ist mitunter unzureichend, was bei dem Mangel an erfahrenen Lehrkräften nicht wunder nehmen kann. Insbesondere aber müsste die Hitler-Jugend bei ihrer Bedeutung für die Jugenderziehung in der Auswahl der Jugendlichen, denen irgendeine Führerstellung der Hitler-Jugend übertragen wird, die strengsten Anforderungen stellen."

Weiters beschrieb der Oberlandesgerichtspräsident einen im Umschulungslager Topolno bei Graudenz tätigen HJ-Führer, dem jugendliche Balten unterstellt worden waren. Anstatt sie jedoch zu erziehen, „ließ [er] sich von den jungen Mädchen das Frühstück ans Bett bringen" und „verdarb die ihm anvertrauten Jungen, indem er ihnen die dreckigsten Fotografien zeigte"[268]. Darin zeigten sich dem Autor zufolge das Fehlen eines „Ostinstinktes" und mangelnde Eignung für den Osteinsatz[269].

Die Kriegsgeneration sehnte sich wie jede junge Generation nach Freizeit, Unabhängigkeit und natürlich nach Verbotenem. Auch wenn das Bild der „kleinen Führer", also stark ideologisierter Jugendlicher durchaus zutreffen mag, zeigt es nur einen Teil des Lebens dieser Generation. Die zufällig zusammen geworfene Gesellschaft der Gotenhafener Deutschen fand in ihrer eigenen Jugend ein Abbild. Reichsdeutsche und baltendeutsche Jugendliche, DVL-volksdeutsche und Danziger-deutsche Heranwachsende – entsprechend diesen inoffiziellen Abgrenzungen bildeten sich Gruppen, die oft unabhängig voneinander ihr Freizeitverhalten entwickelten. Sie gingen zum Strand, in die Badeanstalt, zum Tennisspielen, im Winter zum Eislaufen oder Ski-Langlauf in den stadtnahen Wäldern. Trotz des Tanzveranstaltungsverbots wurde hier und da in kleinen Freundeskreisen getanzt, auch zur verbotenen Swing-Musik (von

[268] APG 96/3069, Bl. 17-30, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 7.12.1942.
[269] M. BUDDRUS 2003, S. 822ff.

der Propaganda „Niggermusik“ geschimpft)[270]. Jugendliche gingen ins Kino, offiziell nur zu Nachmittagsvorführungen, da der Besuch abendlicher Vorstellungen (Kino und Varieté) ebenso wie abendliches „Herumtreiben” verboten waren[271].

Die vielen Verbote und Gebote erhöhten jedoch auch den Reiz, aus der Reihe der Pflichten auszuscheren. Eine schriftliche Dokumentation solcher größeren, laut dem Schriftverkehr fast kriminellen Vergehen einiger deutscher Jugendlicher findet sich in der wenig danach klingenden Aktensammlung des Oberfischmeisters Gotenhafen. Ein Schriftwechsel zwischen dem Leiter der Hauptabteilung II der Hitler-Jugend, Bannführer Weber[272], und der Leitung der Baltischen Segler-Vereinigung vom Herbst 1942 betraf heimliche Treffen von Jugendlichen auf Booten der Segler-Vereinigung:

> „Es ist mir gemeldet worden, dass in Ihrer Jugendabteilung mehrere Vorfälle zwischen Jugendlichen und Mädeln auf Ihren Booten vorgekommen sind, die in der Öffentlichkeit Ärgernis erregt haben. Es soll sich hier um einen größeren Kreis von Jungen gehandelt haben. Ich habe dem Gebietsfachwart für Segeln eine genaue Angabe über die stattgefundenen Vorfälle mitgeteilt und bitte Sie, zu diesen Anschuldigungen innerhalb von einer Woche Stellung zu nehmen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass falls diese Anschuldigung zu Recht besteht, die Jugendabteilung aufgelöst werden müsste und weiterhin sämtliche dabei betroffenen Hitler-Jungen vom HJ-Richter bestraft werden müssten.“[273]

Die Antwort des stellvertretenden Vereinsführers Wiesenberg folgte unverzüglich und teilt uns heute neben dem Inhalt durch ihre Form auch einiges über die herrschenden Verhältnisse zwischen der Hitler-Jugend und einer Organisation wie der Seglervereinigung mit:

> „Gebietsfachwart für Segeln Kamerad Hansen hat mir Ihr Schreiben an die Baltische Segler-Vereinigung vom 28.9.42 übergeben und darauf hingewiesen, dass die Meldung des Bannführers von Oxhöft viel schärfere Vorwürfe der BSV-Jugend-Abteilung enthält, wie z.B. Geschlechtsverkehr der Jugendlichen auf den Segelyachten, Vergewaltigung, die allerdings vom Bannführer nicht als endgültig nachgewiesen bezeichnet wird. Auch dem Kamerad Hansen sind jedoch keine präzisen Angaben über die Vorfälle, auch keine Namen der angeblich Beteiligten genannt worden, da scheinbar nicht vorlie-

[270] Werner von STRITZKY, Niederschrift der Erinnerungen vom 14.11.2004 (im Besitz der Verfasserin); vgl. V. DAHM, A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER 2008, S. 264 (Broschüre „Entartete Musik“).
[271] N. STARGARDT 2006, S. 78.
[272] Zu den Führungsstrukturen der Reichsjugendführung vgl. M. BUDDRUS 2003, S. 1104.
[273] APG-Gdynia 218/151, Schreiben des Leiters der Hauptabteilung II der NSDAP-Hitler-Jugend Danzig-Westpreußen, Weber an die Baltische Seglervereinigung vom 28.9.1942.

gend. Sie schreiben, dass die Vorfälle in der Öffentlichkeit Ärgernis erregt hätten. Dann hätte ich zumindest auf diesem Wege hiervon Kenntnis erhalten müssen. Ich muss dagegen feststellen, dass nach meinem besten Wissen an dieser Ihnen zugegangenen Meldung – soweit es sich um die Jugendabteilung der BSV handelt – nicht ein wahres Wort zu sein scheint. Ich bin erstaunt, dass Sie es als möglich ansehen konnten, uns auf Grund derart unklarer allgemeiner Anschuldigungen einer Ihnen untergeordneten HJ-Dienststelle obiges Schreiben zu schicken, ohne zuvor den genauen Sachverhalt zu ermitteln. Da Sie mir einen Termin für die Beantwortung Ihres Schreibens setzten, ersuche ich Sie, mir bis Sonnabend, 3. Oktober, 12 Uhr mittags in mein Büro in Danzig, Hansaplatz 11/II, vollkommen präzise Angabe mit vollständigen Namensnennungen zu übermitteln. Und zwar:

1) Wann sind die Vorfälle festgestellt worden? Genaues Datum und Urzeit?
2) Wo sollen sich die Vorfälle abgespielt haben – erbitte genaue Angabe, evtl. mit kleinem Lageplan des Yachthafens und Nennung der Yachtnamen?
3) Wer (namentlich!) ist bei diesen Vorfällen festgestellt worden?
4) Wer (namentlich!) hat die Vorfälle festgestellt?“[274]

Weber antwortete unverzüglich in einer Tonlage, die die vermeintlichen Machtverhältnisse erneut klarstellen sollte:

„Auf ihr Schreiben von 30.09.1942 teile ich Ihnen mit, dass die Meldung des Untersuchungsführers des Bannes festgestellt hat, dass diese Vorfälle am 2. Weihnachtsfeiertag 1941 stattgefunden haben und sich im Januar 1942 wiederholt haben. Redensarten, die daraufhin in der Hitler-Jugend herumschwirrten, wurde Ende August/Anfang September nachgegangen, und es wurde festgestellt, dass fast die gesamte Jugendabteilung in diese Angelegenheit verwickelt war. [...] Die Ermittlungen wurden vom Untersuchungsführer des Bannes und dem Streifendienst durchgeführt. Die Aussagen der Jungen wurden zu Protokoll genommen. [...] Nachdem ich nun Ihnen weitere Angaben hierzu gemacht habe, darf ich Sie bitten, auch Ihrerseits Ihre Untersuchungen soweit vorzubringen, dass ein abschließendes Urteil über diese Vorfälle gefällt werden kann. Ich habe im Interesse Ihrer Jugendabteilung und Ihres Vereins Ihnen diese Mitteilung gemacht, bin aber nicht gewillt, deswegen mich von Ihrer Seite anschuldigen zu lassen, denn es dürfte Ihnen wohl bekannt sein, dass ich eine urteilende Dienststelle bin und in diesem Fall über Ihre

[274] APG-Gdynia 218/151, Einschreiben an NSDAP-Hitler-Jugend Gebiet Danzig-Westpreußen (37), Hauptabteilung II, vom stellv. Vereinsführer der Deutschen Segler-Vereinigung vom 30.9.1942 betreffend „Ihr Schreiben Tgb. Nr. /42 W/J vom 28.9.42.“

Jugend-Abteilung von Ihnen Rechenschaft abgelegt werden muss. Diese Dinge scheinen Ihnen nicht genügend bekannt zu sein. Als die oberste Dienststelle über die Jugend-Abteilungen im Gau darf ich Sie nochmals bitten, auch entsprechend die Form und Haltung zu bewahren, wie es einer höheren Dienststelle gegenüber nötig ist."[275]

Über die weitere Aufklärung der Vorfälle finden sich keine Dokumente.

Kindergärten und Kindertagesstätten

Erste Kindergärten wurden schon Mitte Oktober 1939 eröffnet, als die Umsiedlungsaktion der Deutschen aus dem Baltikum begann. Bald folgten auch Kindertagestätten, die vor allem zur Entlastung der arbeitenden Mütter gedacht waren.

So wurde beispielsweise für die Kinder der deutschen Angestellten der „Marinehafen-neubaudirektion Gotenhafen" ein Kindergarten organisiert, der durch geprüfte Jugenderzieherinnen, Kindergärtnerinnen sowie eine erfahrene Kinderärztin professionell betreut wurde[276]. Die Kinder von Angestellten der Kriegsmarine genossen noch ein weiteres Privileg: Auf Antrag der Eltern konnten sie den Sommer in so genannten „Kinderheimen" u.a. im Schwarzwald oder dem Riesengebirge verbringen[277].

Weitere Bildungsinstitutionen

Neben den für die Grundbildung verantwortlichen Volksschulen waren in Gotenhafen auch Mittel-, Ober- und Berufsschulen[278] sowie verschiedene andere Lehreinrichtungen vorhanden. Im Jahr 1942 beschrieb die Presse Erfolge der Reichsbahnzentralschule, deren Lehrgänge im Haus „Peter von Danzig" in Gotenhafen stattfanden. In diesem Haus, das bis Mitte des Krieges den größten Saal der Stadt besaß und häufiger Ort für Kundgebungen, Parteiversamlungen und kulturelle Ereignisse war, wurden 90 Männer unterrichtet. Laut Presse konnten sie dort neben dem Erwerb der notwendigen Ausbildung auch „eine Kameradschaft aufbauen". Hier wurden Beamte für die Direktionsbezirke Danzig, Posen und Königsberg geschult, und trotz

[275] APG-Gdynia 218/151, Abschrift des Schreibens der NSDAP-Hitler-Jugend Gebiet Danzig-Westpreußen (37), Hauptabteilung II mit Poststempel vom 9.10.1942 vom 2.10.1942 an die Baltische Segler-Vereinigung z.Hd. des Stellv. Vereinsführers Wiesenberg.
[276] APG 1038/1, Bl. 108, Marinehafenbaudirektion Gotenhafen, Direktionsbefehl Nr. 104 vom 9.6.1941.
[277] APG 1038/1, Bl. 6, Marinehafenbaudirektion Gotenhafen, Direktionsbefehl Nr. 9, vom 30.6.1943.
[278] Die Presse informierte, dass im März 1940 15 höhere Schulen im Reichsgau unterrichteten, „zu Ostern sollen 11 weitere höhere Schulen mit dem Unterricht beginnen", vgl. DV, 12.3.1940, Nr. 74, S. 6, „15 höhere Schulen im Reichsgau"; DNN, 26.9.1941, Nr. 226, S. 5, „Aus Gotenhafen: Oberschule für Mädchen eingeweiht"; APG 140/1, Bl. 389-394, Schreiben des Schulrates George an den Oberbürgermeister Gotenhafen betreffend die Stadtchronik („Beobachtungen und Erfahrungen aus den ersten Monaten der Besetzung Gotenhafen durch die deutschen Truppen").

ihres kurzen Bestehens konnte sich die Schule „leistungsmäßig schon jetzt auf die gleiche Stufe stellen, wie die Schulen des Altreiches."[279]

Weitere Kurse boten die Volks- und Bildungsstätte, im Winter 1940/41 z.B. mit Vorführungen wie „Frontflieger im Westen", „Gedichte der Freiheitskriege", „Wege und Ziele des Nationalsozialismus"[280], das Rote Kreuz und andere Organisationen an, allerdings waren alle Unterrichtseinheiten nur Deutschen vorbehalten.

5.5 Kultur und Freizeitgestaltung

Kulturpflege in Gotenhafen

„Polen dürfen deutsche Theater, Kleinkunstbühnen und Lichtspielhäuser nicht besuchen. Polnische Theater, Lichtspielhäuser und andere Kulturstätten sind zu schließen. Polnische Zeitungen gibt es nicht; ebensowenig eine polnische Buchproduktion oder die Herausgabe polnischer Zeitschriften. Aus gleichen Gründen dürfen Polen keine Radioapparate und sollen keine Grammophone haben." [281]

Diese Bestimmungen finden sich in der Denkschrift „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten". Mit Ausnahme der deutschen Kinos, die die polnische Bevölkerung zu bestimmten Aufführungen und strikt getrennt von deutschen Besuchern betreten durfte[282], wurden diese Anordnungen in Gotenhafen auch gänzlich erfüllt. Der polnischen Bevölkerung wurde also sowohl das Ausleben ihrer eigenen polnischen als auch die Partizipation an der deutschen Kultur verweigert[283], was sie zu einem sehr eingeengten kulturellen Leben zwang. In privaten Kreisen familiärer, freundschaftlicher und nachbarschaftlicher Art wurde „Kultur" in der einzigen noch möglichen Weise erlebt – in Gesprächen, beim Vorlesen der wenigen verbliebenen polnischen Bücher und bei Gebeten in der Muttersprache[284].

---

[279] DV, 22.2.1942, Nr. 52, S. 5, „Reichsbahnzentralschule in Gotenhafen."
[280] Volks-Bildungsstätte Gotenhafen. Arbeitsplan Winter 1940/1941.
[281] BArch R49/75, Die Frage der Behandlung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten, Berlin, 25.11.1939.
[282] A. DRASZANOWSKA, Das kulturelle Leben der deutschen Bevölkerung in Reichsgau Danzig-Westpreussen 1939-1945, Kiel 1990, S. 51; vgl. P. MAJEWSKI, Kolaboracja, której nie było... Problem postaw społeczeństwa polskiego w warunkach okupacji niemieckiej 1939-1945, in: Dzieje najnowsze, Rocznik XXXVI – 2004, Heft 4, S. 62.
[283] H.-CH. HARTEN 1996, S. 170; S. GROCHOWINA, Niemieckie życie kulturalne w okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939-1945, in: Zapiski Historyczne, Bd. LXXIII, 2008b, Heft 2-3, S. 177.
[284] vgl. T. SZAROTA, Życie kulturalne na ziemiach polskich w latach wojny i okupacji, in: W. GÓRA (Hrsg.), Wojna i okupacja na ziemiach polskich 1939-1945, Warszawa 1984, S. 619-648. In dieser Arbeit präsentiert

Deutsche Kultureinrichtungen in Gotenhafen hatten neben der reinen Freizeitgestaltung eine wichtige Aufgabe: Sie sollten die deutschen und volksdeutschen Bewohner zusammenschweißen und die Propaganda unterstützen, um eine stabile „Volksgemeinschaft“ zu erzeugen. Auch der Oberbürgermeister erkannte diese Bedeutung zur Förderung der deutschen Gemeinschaft und wies im Oktober 1942 in einem schriftlichen Appell seine Gefolgschaft darauf hin:

> „In Gotenhafen hat die Kulturpflege im Hinblick auf die Zusammensetzung seiner Bevölkerung noch eine besondere Aufgabe im Ringen um das Deutschtum. Es kann nur über den Weg von Kultur, Erziehung und weltanschaulicher Ausrichtung erzielt werden. Dem seelischen, geistigen und sittlichen Leben breiter Schichten der hiesigen Bevölkerung muss neuer Inhalt gegeben werden. [Bislang jedoch] litten vorausgegangene kulturelle Veranstaltungen unter einem erschreckend geringen Interesse und dürftigem Besuch auch seitens der reichsdeutschen Bevölkerung. Es ist eine bedauerliche Feststellung, dass auch die Gefolgschaft der Stadtverwaltung gänzlich versagte.“[285]

Trotz des großen Interesses an einer intensiven Entwicklung der Kulturangebote stieß man häufig an kriegsgegebene Grenzen. Dazu zählte das nach Meinung des Oberbürgermeisters nur schwer behebbare Problem des Raummangels zur Durchführung größerer Veranstaltungen. Daher wurde die endgültige Eröffnung der neuen Stadthalle im Juli 1943, die eigentlich schon 1942 hätte freigegeben werden sollen[286], groß gefeiert. Schlichting betonte bei der Eröffnungsfeier noch einmal, dass „der Aufbau eines deutschen Kulturlebens in der Stadt der Kriegsmarine mangels eines zentral gelegenen Raumes für die künstlerischen Veranstaltungen bedeutend erschwert“ sei. Dieser Aufbau sei nun „dank der Förderung durch Gauleiter Forster“ möglich, und die Wehrmachtbetreuung nehme dabei als vordringliches Ziel die erste Stelle ein[287]. Auch das Theater fände in den Räumlichkeiten der Stadthalle ein angemessenes Zuhause[288].

SZAROTA seine modifizierte Drei-Kulturkreise-These. In seiner Ausführung für die Stadt Warschau bringt er das Beispiel der Begrenzung bzw. des Stillstands der Funktionen des so genannten „Kulturkreises II”, also jenes Kreises, in dem spezielle Institutionen wie Museen, Bibliotheken, Archive, Theater usw. für die Kulturverbreitung verantwortlich sind, für die polnische Bevölkerung. Für Gotenhafen und seine polnische Bevölkerung war die Situation unvergleichlich dramatischer, da ein fast vollständiges Verbot nicht nur der polnischen, sondern auch der deutschen Kultur bestand.

[285] AOBG, 10.10.1942, Nr. 26, „Förderung des Kulturlebens durch Gefolgschaftsmitglieder.“

[286] DNN, 8.12.1941, Nr. 288, S. 6, „KdF-Jahresfeier in Zoppot. 425 Veranstaltungen mit 239.000 Besuchern im letzten Jahr.“

[287] DV, 8.1.1942, Nr. 7, S. 7, „Aus Gotenhafen: Mit der Errichtung einer KdF-Halle wurde begonnen.“

[288] DNN, 7.7.1943, S. 5, „Gotenhafens Stadthalle eröffnet. Festkonzert des Danzigers Staatstheaterorchesters.“ Gotenhafen konnte seine Großstadtambitionen nicht mit beispielsweise Posen vergleichen, wo während der Eröffnung des Reichsgautheaters Goebbels persönlich eine Ansprache zur Eröffnung hielt, vgl. Wartheland.

Mit dem „Kleinen Haus“ im Gebäude des früheren polnischen Kinos wurde im Dezember 1943 ein zweiter, „für kleinere, ernstere Veranstaltungen angemessener Raum geschaffen, der in streng schlichter Form seinen Aufgaben den rechten Rahmen geben wird.“[289] Bei der Eröffnungsfeier des „Kleinen Hauses“ wurde u.a. über die deutschen Bildhauer referiert, die im Dienste Gotenhafens arbeiteten. Dabei fielen auch die Namen Robert Bednorz, Joachim Karsch, Richard Martin Werner, Paul Kratz und Ehefrau Gretl Kratz-Hanow sowie Waldemar Grzimek[290].

Doch wären die größten Veranstaltungshallen ohne Inhalt nur architektonische Rahmen. Eine wichtige Rolle spielten daher auch diejenigen, die um Publikum und Künstler kämpften. Neben dem Anfang 1943 in die Dienste des städtischen Kulturamtes gestellten Heinrich Appel, der Theaterwesen, Musikpflege, Stadtbücherei und Stadtarchiv verantwortete[291], gehörte die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ („KdF“) zu den aktivsten Organisatoren des Kulturlebens in Gotenhafen. Ob Theater, Konzerte, Kleinkunst, Ausstellungen oder auch Sportveranstaltungen – KdF galt als Motor der Kultur. Im Jahr 1941 führte KdF Kreis Zoppot-Gotenhafen nach Presseangaben „326 Veranstaltungen für die Wehrmacht mit 147.000 Besuchern und 99 allgemeine öffentliche Veranstaltungen mit 92.000 Besuchern“ durch[292].

Das kulturelle Angebot Gotenhafens lässt sich sicher nicht mit jenem von Danzig vergleichen, jedoch wurde in der Stadt ebenfalls ein starker Angebotsausbau angestrebt. Während des Krieges wurden u.a der Städtische Chor, Schulchöre und das Sinfonie-Orchester[293] gegründet, die „Städtischen Schauspiele Zoppot-Gotenhafen“ führten mehrere Theaterstücke auf. Auch die weniger anspruchvolle und sehr populäre „Kleinkunst“ in Form von Varieté und Kabarett entwickelte sich bis 1944 rasant.

Zeitschrift für Aufbau und Kultur im Osten, Heft 4, Posen, April 1941, S. 1, Jg. 1, „Goebbels: Der kulturelle Aufbau im Osten wird vom Gesamtreich getragen.“

[289] DNN, 20.12.1943, Nr. 298, S. 5, „’Kleines Haus’ in Gotenhafen eröffnet. Stadtbaurat Boehm sprach.“

[290] DV, 20.12.1943, Nr. 350, S. 3, „Bildhauer arbeiten für Gotenhafen. Eröffnung eines ‚Kleinen Hauses’ mit einer Schau von Plastiken.“ den „Schlesischen Nachrichten“ zufolge erhielt Joachim Karsch im Jahr 1942 den Auftrag, „für den Friedhof in Gotenhafen (Gdingen) zwei überlebensgroße Figuren zu schaffen“, vgl. I.B. HARTMANN, Joachim Karsch – Bildhauer und Zeichner, in: Schlesische Nachrichten, Zeitung für Schlesien, Nr. 3/2008, 1.2.2008, S. 11.

[291] AOBG, 13.12.1941, Nr. 41, „Aufbau des Städt. Kulturamtes.“

[292] DNN, 8.12.1941, Nr. 288, S. 6, „KdF-Jahresfeier in Zoppot. 425 Veranstaltungen mit 239.000 Besuchern im letzten Jahr.“

[293] AOBG, 6.12.1941, Nr. 40, „Städtisches Chor- und Sinfonie-Orchester.“

Kinos und Theater

Kinos

Die häufigste und am meisten verbreitete Form der Kultur war jedoch das Kino. Trotz der Beschlagnahmung[294] und Schließung[295] einiger ehemals polnischer Kinos lockten die Verbliebenen Lichtspielhäuser mit täglichen Vorführungen von Filmen, die auch im Altreich Millionen Zuschauer begeisterten[296]. Die Schließung polnischer Kinos wurde in Propagandaartikeln derweil damit begründet, dass die Polen „hochtrabend" ihre Kinos Kinos genannt hätten, während ihr baulicher und technischer Zustand mehr als fraglich sei[297]. Die Lichtspielhäuser „Apollo", „Goten" und „Stern" zeigten alle Arten von Filmen: Historische Dokumentationen, propagandistische Werke und besonders oft leichte Unterhaltung, entsprechend Goebbels' Auffassung, dass Unterhaltung nicht nur politisch wichtig, sondern sogar kriegsentscheidend sei[298]. Die vom Propagandaministerium geförderte Vorstellung vom Kino als ‚unmittelbarem Erlebnis' wurde auch hier gänzlich entfaltet[299]. Zwar konnte Gotenhafen mit Größe und Modernität der Danziger Kinos, vor allem dem im November 1939 eröffneten „Tobis-Palast" mit 950 Sitzplätzen und zweistöckigem Café[300] nicht mithalten, doch waren auch hier die kleineren und größeren Kinos ein wirksames Mittel zur zeitlich begrenzten Flucht aus der Realität.

Zu Anfang der Besatzungszeit waren lediglich das „.Apollo-Spieltheater" und die „Stern-Lichtspiele" in Betrieb. Der „Film-Kurier" berichtete im August 1940, dass dort deutsche Filme von großer Beliebtheit gezeigt würden, und „dass auch in dieser ehemals polnischen Hafenstadt der starke Kinobesuch im Juni und Juli nicht hinter dem anderer deutscher Städte zurücksteht." Die Sommersaison 1940 wurde mit dem Film „Der Postmeister" eröffnet. Es folgten „Liebesschule" und „Ein hoffnungsloser Fall". Die beiden Filme „Im Namen des Volkes" und „D III 88" fanden „nach Überwindung der Anfangsvorstellungen" ebenfalls ei-

---

[294] B. DREWNIAK, Der deutsche Film 1938-1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987, S. 716.
[295] Film-Kurier, 22.9.1939, S. 4, „Aus Polens Filmwesen: Eines der kinoärmsten Länder Europas." Hier die Information, dass Ende 1938 in Gotenhafen mit seinen 114.000 Einwohnern neun Kinos mit 3.214 Sitzplätzen vorhanden waren.
[296] M. DÖRR 1998, S. 359.
[297] E. DAENICKE, Filmarbeit im Wartheland. Einst und jetzt, in: Wartheland. Zeitschrift für Aufbau und Kultur im Deutschen Osten, Posen, Januar/Februar 1941, Heft 1/2, S. 9. Über Kinos im Wartheland schreibt DAENICKE: „Zu polnischer Zeit waren in dem jetzigen Gebiet des Reichsgaues Wartheland 110 Lichtspieltheater. Eingangs wurde schon erwähnt, was sich da hochtrabend als sogenanntes Kino bezeichnete. Zur Zeit sind 51 Lichtspieltheater wieder eröffnet. Der größte Teil ist, wie schon oben erwähnt, inzwischen renoviert worden. Ob sich weitere Lichtspielstheater zur Wiedereröffnung eignen, erscheint uns sehr fraglich, denn weder der bauliche noch der technische Zustand lässt es verantworten, hier überhaupt noch etwas reparieren zu wollen."
[298] T. BUSSEMER, 'Über Propaganda zu diskutieren, hat wenig Zweck.' Zur Medien- und Propagandapolitik von Joseph Goebbels, in: L. HACHMEISTER u. M. KLOFT (Hrsg.), Das Goebbels-Experiment. Propaganda und Politik, München 2005, S. 54.
[299] vgl. G. TUCH, Den Volkskörper zu Tränen rühren: Melodramatisches im „Dritten Reich", in: M. KÖPPEN u. E. SCHÜTZ (Hrsg.), Kunst der Propaganda. Der Film im Dritten Reich, Bern 2007, S. 159.
[300] Film-Kurier, 8.11.1939, „Oktober-Ergebnisse. Starker Kinobesuch in Danzig."

niges Besucherinteresse, so der Film-Kurier. „Ausgezeichnet gingen dann ‚Stern von Rio' (Tobis) und ‚Der Weg zu Isabel' (Tobis)."[301] Im August 1940 verkündete der Film-Kurier dann weitere Steigerungen aus lokalpolitischen Gründen:

> „Im August ist die Grenze zwischen Gotenhafen und dem Danziger Gebiet gefallen, und somit ein Hindernis beseitigt, das ganz abgesehen von allen Geschäftsgebieten auch für den Filmbesuch Gotenhafens eine Steigerung bedeutet. Während solange die Danziger und die Leute aus Gotenhafen lediglich mit einem Passierschein, den sie jedoch nur durch ihr Dienstverhältnis erhielten, ihren Ort verlassen konnten, ist jetzt eine durchgehende Verbindung hergestellt. Schon in den Nachmittagsstunden zeigen jetzt die Lichtspielhäuser von Gotenhafen eine bedeutend höhere Besucherzahl als vordem. Erstens bleibt ein beträchtlicher Teil Danziger in der Hafenstadt, um nach dem Dienst noch einen Film zu sehen, und zweitens entsteht noch ein überaus starker Pendelverkehr zwischen den vormals getrennten Städten."[302]

Ein halbes Jahr später stellte der „Film-Kurier" fest, dass „das immer besser und aktueller werdende Filmprogramm in Gotenhafen [...] einen guten Maßstab für das schnelle Wachsen der Stadt [gibt]. Der starke deutsche Zuzug bedingt ein gutes Filmprogramm, da die nun dort ansässig Werdenden die alten Filme schon bereits kennen."[303] So standen kurz nach der jeweiligen Danziger Erstaufführung auch in den Gotenhafener „Stern-Lichtspielen" die Filme „Herz der Königin" und „Traummusik" auf dem Programm; in den „Apollo-Lichtspielen" wurden in den letzten Monaten 1940 „Premiere der Butterfly", „Anton der Letzte", „Feuerteufel" und „Irrtum des Herzens" gezeigt. Der im Juni 1941 in den „Apollo-Lichtspielen" aufgeführte Tobis-Film „Premiere" wurde dort zum Monatsschlager[304]. Auch die kleinen Zuschauer wurden von den Kinodirektoren nicht vergessen. Für sie wurden regelmäßig Märchen-Vorstellungen organisiert: „Die Sterntaler", „Der süße Brei", „Der kleine Häwelmann", „Purzel der Zwerg und der Riese vom Berg" oder „Kasper bei den Wilden" fesselten die Kinder an die Kinositze.

Begleitende Erwachsene zahlten für Eintrittskarten zu Kindervorstellungen 50 bis 70 Pfennig, die Kinder selbst 30 bis 50 Pfennig[305]. Jugendlichen war ab März 1940 der abendliche Kinobesuch verboten. Für Jugendliche generell verboten waren – ebenso wie heutzutage –

---

[301] Film-Kurier, 7.8.1940, Nr. 183, „Guter Kinobesuch in Gotenhafen im Juni und Juli."
[302] Film-Kurier, 9.9.1940, Nr. 211, „Gestiegener Filmbesuch in Gotenhafen. Der August bester Monat."
[303] Film-Kurier, 9.12.1940, Nr. 289, „Ergebnisse aus Gotenhafen."
[304] Film-Kurier, 10.7.1941, Nr. 159, „Der Film in Gotenhafen"; Allgemeines zum Kinoprogramm im Krieg, vgl. E. MERTENS (Hrsg), Die großen deutschen Filme. Ausgewählte Filmprogramme 1930-1945, Hildesheim-Zürich-New York 1995.
[305] DNN, 24.10.1941, Nr. 280, S. 4.

die „nicht jugendfreien“ Filme, die von Personen unter 18 Jahren, mit Ausnahme jüngerer Wehrmachtangehöriger, nicht besucht werden durften. Die Einhaltung dieser Anordnung wurde durch die Polizei, den Streifendienst der HJ, die Wehrmacht, die Waffen-SS und die Kinobesitzer selbst kontrolliert[306]. Jugendliche nahmen im Rahmen ihres Jugenddienstes an den so genannten „Jugendfilmstunden“ teil, während denen „politisch und künstlerisch wertvolle Filme deutscher Kultur“ vorgeführt wurden[307]. Speziell für diese Zielgruppe wurden „Junge Adler“ (1944) oder der ältere „Hitlerjunge Quex“ produziert; auch „Jud Süß“ wurde im Rahmen des Schulunterrichts gezeigt.

Im Februar 1942 wurde schließlich zusätzlich zu den beiden Kinos „Apollo“ und „Stern“ ein drittes Lichtspieltheater eröffnet und passend zum Stadtimage „Goten-Lichtspiele“ getauft[308]. Die Presse berichtete über die „glanzvolle Eröffnung“:

> „Nunmehr hat Gotenhafen sein lange gewünschtes drittes Lichtspieltheater. Die ‚Goten-Lichtspiele’ in der Teutonenstraße, nahe dem Bahnhof und überaus günstig gelegen, wurden gestern würdig eröffnet. Die räumlich gut gestaltete Vorhalle, schön geschmückt, empfing die zahlreich geladenen Gäste, die das Theater bis auf den letzten Platz füllten. [...] Die ‚Goten-Lichtspiele’ sind aus dem früheren Kino ‚Lido’ hervorgegangen, das durch Architekt Gustav Zimmermann eine neue und geschmackvolle Ausgestaltung erhalten hat.“[309]

Neben den drei großen und zentral gelegenen Kinos (Apollo-Lichtspiele am Adolf-Hitler-Platz 12, Goten-Lichtspiele in der Teutonenstraße 28 und Stern-Lichtspiele in der Adolf-Hitler-Straße 36) gab es auch kleinere Vorführhäuser: „Union-Lichtspiele“ im Stadtteil Grabau, „Filmeck Adlershorst“ und „Kielauer Lichtspiele“ (die letzten beiden wahrscheinlich erst ab 1943).

Dem Reichs-Kino-Adressbuch 1942 zufolge waren die Inhaber bzw. Treuhänder der Kinos folgende: Für die Apollo-Lichtspiele Arthur Hell, für die Goten-Lichtspiele Kurt Sonthoven und für das Stern-Filmtheater Georg Schmidt[310]. Letzterer war seit Ende 1939 im Kinogeschäft und sorgte für einige Unzufriedenheiten bei den Behörden[311]. Die großen Kinos und die Kielauer Lichtspiele hatten täglich Vorführungen, die übrigen montags bis freitags[312]. An Wochentagen wurden in der Regel zwei Vorstellungen angeboten (z.B. um 17 und um

[306] B. DREWNIAK 1987, S. 578.
[307] A. DRASZANOWSKA 1990, S. 52f.
[308] DNN, 10./11.1.1942, Nr. 8, S. 6, „Aus Gotenhafen: Neues Lichtspieltheater.“
[309] DNN, 13.2.1942, Nr. 37, S. 5, „Glanzvolle Eröffnung.“
[310] Reichs-Kino-Adressbuch 1942, S. 68, „Kinos in Gotenhafen.“
[311] B. DREWNIAK 1987, S. 717.
[312] DNN, 3.12.1943, Nr. 284, S. 5.

19.30 Uhr), am Wochenende drei (z.B. 15.30, 18 und 20.30 Uhr)[313]. Die polnische Bevölkerung konnte an bestimmten Tagen der Woche, laut polnischem Bericht an zwei Tagen, die Kinos besuchen, jedoch nur nachmittags und nicht in den Abendvorstellungen[314].

Theater

Das kulturelle Leben der Stadt litt nach Ansicht des Oberbürgermeisters, des Kulturamtes und sicherlich auch vieler Bewohner unter dem Fehlen eines eigenen Theaters. In anderen besetzten polnischen Städten wurden die Theatergebäude durch die deutschen Behörden übernommen und für Amtszwecke benutzt. So geschah es z.B. mit den Theatern in Posen, Bromberg, Thorn oder Lodz[315], die junge Stadt Gotenhafen besaß jedoch zum Zeitpunkt der Übernahme noch kein eigenes Theater.

Dies bedeutete für die deutschen Bewohner jedoch keinen gänzlichen Verzicht auf Theaterkunst. Diese war nicht nur durch Fahrten zum Danziger Theater zugänglich, sondern auch durch Theaterabende im „Peter von Danzig-Haus". Dort führte die Landesbühne Danzig-Westpreußen beispielsweise am 24.10.1941 das Schauspiel „Rheinsberg" von Friedrich Forster auf, zu dem der Oberbürgermeister seine gesamte Gefolgschaft durch dringende Empfehlung einlud[316]. Der „Danziger Vorposten" sprach in einem Bericht 1942 dennoch offen die Notwendigkeit eines Theaters in Gotenhafen und die Pläne dafür an:

> „Der gerade während des Krieges besonders spürbare Drang nach kulturellen Werten hat schon seit langer Zeit dazu geführt, dass die Aufführungen des Danziger Staatstheaters ständig überfüllt sind und Theaterkarten geradezu eine Mangelware darstellen. [...] Gerade die außerhalb der Stadt, in Zoppot oder Gotenhafen wohnenden Theaterinteressenten haben sich nur unter großen Schwierigkeiten den Genuss einer Theateraufführung verschaffen können. Auf Anregung von Gauleiter Forster hat sich nun die Stadt Zoppot entschlossen, ein eigenes Theater zu gründen, das abwechselnd im Kurhaus Zoppot und Gotenhafen spielen soll. [...] Die erste Spielzeit wird am 20. September d.J. beginnen. Das Theater wird sich in seinem Spielplan zunächst auf Schauspiel und Lustspiel beschränken."[317]

[313] DNN, 26.8.1941, Nr. 199, S. 4; s.a. G. HRYCIUK 2000, S. 334f.
[314] CAW Warszawa Oddz. VI. Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni – 1943, Bl. 34.
[315] CAW Warszawa Oddz. VI. Szt. Gł. Nacz. Wodza II.52.68, Sprawozdanie o sytuacji politycznej w kraju w okresie 22.VI.-20.IX.1941, Bl. 48.
[316] AOBG, 18.10.1941, Nr. 34.
[317] DV, 1.3.1942, Nr. 59, S. 5, „Eigenes Theater in Zoppot und Gotenhafen. Die Spielzeit beginnt im September."

Großen Enthusiasmus begleitete verständlicherweise die Eröffnung der „Städtischen Schauspiele Zoppot-Gotenhafen“ im September 1942. Der „Film-Kurier“ informierte:

> „Unter der Leitung von Generalintendant Hermann Merz, des früheren Generalintendanten des Danziger Staatstheaters und langjährigen Betreuers der Zoppoter Waldoper wurden nun die Städt. Schauspiele Zoppot-Gotenhafen ins Leben gerufen, die zunächst täglich in Zoppot und ab Januar abwechselnd in Zoppot und Gotenhafen spielen werden. Zur Zoppoter Eröffnung wird Hauptmanns ‚Iphigenie in Delphi’ inszeniert.“[318]

Im Februar 1943 führten die Städtischen Schauspiele Zoppot-Gotenhafen das Lustspiel „Johann“ von Theo Lingen in drei Akten auf[319], im Sommer u.a. „Karl III. und Anna von Oesterreich“.[320] Für die Spielsaison von Juni 1943 bis April 1944 versprach Generalintendant Hermann Merz „ein verheißungsvolles Programm“, mit Schillers „Kabale und Liebe“ als Eröffnungsstück und später sowohl klassischen Werken wie Goethes „Faust I“, Schillers „Räubern“, „Maria Stuart“, „Don Carlos“, Shakespeares „Othello“ und „Hamlet“ sowie modernen Spektakeln, darunter vier Werken von Gerhart Hauptmann und mehreren Lustspielen und Komödien[321].

Im August 1944 mussten nach den Bestimmungen zu den Maßnahmen des totalen Krieges auch die Bühnen im Gau Danzig-Westpreußen schließen. FISCHER zitiert die Verordnung Forsters:

> „’Aus Gründen der totalen Kriegführung’, ordnete Forster am 15. August 1944 an, ‚sind mit sofortiger Wirkung sämtliche Schaustellungen im Reichsgau Danzig-Westpreußen – Darbietungen und Lustbarkeiten – bis auf Weiteres zu untersagen. Einsatzfähige Kräfte, die bei Durchführung dieser Maßnahme frei werden, sind der Gauwirtschaftskammer zur Notdienstverpflichtung für den Bau des Ostwalls bzw. dem zuständigen Arbeitsamt zur Arbeitsvermittlung zu melden.’“[322]

---

[318] Film-Kurier, 14.10.1942, Nr. 241, „Neues Theater für Zoppot und Gotenhafen.“
[319] Bibliothek des Museum der Stadt Gdingen, HM/RIV-D/57/2.
[320] DV, 19.8.1943, Nr. 227, S. 3, „Zwei Personen – ein Stück. Karl III und Anna von Oesterreich – Lustspielerfolg in Gotenhafen.“
[321] DNN, 2.6.1943, Nr. 127, S. 5, „Ein verheißungsvolles Programm. Der Theaterspielplan für Zoppot-Gotenhafen.“
[322] F. FISCHER, Danzig. Eine zerbrochene Stadt, Berlin 2006, S. 371.

Büchereien und Lesegewohnheiten

Charakteristisch war in Gotenhafen ebenso wie in allen okkupierten Städten ein Aufschwung des Interesses an Literatur. Erneut muss man jedoch die Betrachtung auf die beiden Bevölkerungsgruppen aufteilen.

Die polnische Bevölkerung hatte keinen Eintritt in die neuen Bibliotheken der Stadt, das polnische Buch wurde grundsätzlich verboten. So blieb für die Polen nur die untersagte Lektüre, und gegenseitige Vorlesestunden an langen Winterabenden wurden zu einer kleinen Tradition. Das größte Interesse hatte die polnische Bevölkerung am historischen Roman, vor allem an Werken des „polnischen Hoffnungsspenders" Sienkiewicz[323].

Für die deutsche Bevölkerung gab es in Gotenhafen dagegen zwei öffentlich zugängliche Bibliotheken: Eine Stadtbücherei und eine Jugendbücherei. Die Jugendbücherei wurde am 15.12.1941 eröffnet und verlieh an allen Arbeitstagen außer donnerstags von 14 bis 17 Uhr Bücher. Die vom Oberbürgermeister festgelegte Benutzerordnung verlautbarte: „Es können Jugendliche im Alter von 8 bis 16 Jahren lesen. Die Jugendlichen haben eine Erklärung der Eltern mitzubringen, dass sie sich mit dem Beitritt der Kinder in die Jugendbücherei einverstanden erklären."[324] In den folgenden beiden Jahren entwickelte sich die Zahl der jugendlichen Leser rasant: Bis zum Luftangriff im Oktober 1943 wurde die Bücherei täglich von durchschnittlich 150 Lesern besucht und gab insgesamt 1.500 Leserausweise aus. Den Jugendlichen standen 4.000 Bände zur Verfügung. Beim Luftangriff wurde die Vorderfront des Büchereigebäudes stark beschädigt, und auch nach den schnell durchgeführten Reparaturarbeiten „haben sich die kleinen Leser noch nicht im alten Umfange wieder eingefunden."[325]

Über die andere städtische Bücherei erschien im November 1943 in der lokalen Presse folgende Reportage mit dem Titel „Gotenhafens junge Stadtbücherei. Bereits 7000 Bücher – ein lohnender Besuch":

> „Ich betrete einen langgestreckten Raum. Rechts ist ein Tisch mit Katalogfächern – eine von innen beleuchtete Milchglassscheibe mit der Bezeichnung des im Fach darunter befindlichen Reservoirs erleichtert das Suchen. Weiter hinten stehen in der Ecke einige Stühle, ein niedriger runder Lesetisch und eine schöne Stehlampe. Sozusagen das ‚Lesezimmer', und da es hier sehr still zugeht, wird es wohl kaum einer allzu störend empfinden, einen nicht vom Publikum streng getrennten Raum zu haben. Büchervitrinen vervollkommnen die Einrichtung. Die linke Hälfte des Raumes beherrscht die ‚Auslei-

[323] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 525.
[324] AOBG, 13.12.1941, Nr. 41, „Städtische Jugendbücherei."
[325] DNN, 13./14.11.1943, Nr. 267, S. 5, „Gotenhafens junge Stadtbücherei. Bereits 7000 Bücher - ein lohnender Besuch."

he'. Hinter der ‚Theke' stehen zwei nette junge Mädchen, die sich freundlich nach den Wünschen des Besuchers erkundigen."[326]

Die Benutzungsgebühren für die Stadtbücherei betrugen im August 1942 50 Pfennig für zehn Bücher, wofür eine allgemeine Leihfrist von acht Wochen galt[327]. Die Stadtbücherei organisierte zusätzlich weitere kulturelle Angebote wie die Buchausstellung „Ein Querschnitt durch die Stadtbücherei", die im Oktober 1941 im Kameradschaftsheim der Kriegsmarine stattfand[328]. Auch von einem Dichterabend mit Hermann Claudius wird berichtet[329].

Neben den öffentlichen Büchereien wurde auch die so genannte „Städtische Verwaltungsbücherei" eröffnet, die eine Bücherei für die Gefolgschaftsmitglieder der Stadtverwaltung war. Die hier angebotene Lektüre bot Hilfestellung bei Arbeitsverfahren und hatte mit Freizeitlektüre nichts zu tun. Hier standen Werke bereit mit Titeln wie „Die Eisen- und Stahlbewirtschaftung", „Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich" oder „Die Lohnpfändungsverordnung"[330].

Musikalische Veranstaltungen

Geht man nach der Anzahl der Anzeigen in der Presse, waren Musikveranstaltungen neben Kinovorführungen wohl die häufigsten und bestbesuchten kulturellen Veranstaltungen in der Stadt. Es gab eine große Vielfalt an Veranstaltungen – von Sinfoniekonzerten unter Leitung des Gotenhafener Kapellmeisters Max Lille über kleine Unterhaltungsorchesterauftritte, bunte Abende mit Gesangs- und Instrumentalsolisten[331] bis hin zu Strandkonzerten im Sommer wurde alles geboten. Der Musik wurde insbesondere in den eingegliederten Ostgebieten eine spezielle Stellung zugeschrieben: „Sie ist von allen Künsten ganz besonders zum Allgemeinbesitz des deutschen Volkes geworden und daher neben der Sprache am ehesten berufen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der im neuen Reichsgau [hier Wartheland, MS] ansässigen Deutschen zu festigen." Die „musikalische Aufbauarbeit" sollte auf Bodenständigkeit basieren, auf der Grundlage deutscher Lieder, die im Idealfall von einem Chor dargeboten wur-

[326] DNN, 13./14.11.1943, Nr. 267, S. 5, „Gotenhafens junge Stadtbücherei. Bereits 7000 Bücher - ein lohnender Besuch."
[327] DNN, 14.8.1942, Nr. 189, S. 4, „Stadtbücherei Gotenhafen."
[328] AOBG, 25.10.1941, Nr. 35, „Buchausstellung der Stadtbücherei."
[329] DNN, 11.7.1943, Nr. 159, S. 5, „Hermann Claudius las in Gotenhafen."
[330] AOBG, 10.1.1942, Nr. 2, „Neuanschaffungen der Bücherei."
[331] DNN, 2.12.1943, Nr. 283, „Veranstaltungen. Kulturamt der Stadt Gotenhafen."

den[323]. Auch der Oberbürgermeister erkannte die Rolle der Musik für die „Aufbauarbeit“ und traf die entsprechende Anordnung:

> „Im Interesse der Zusammenfassung aller Musikkräfte zu einem leistungsfähigen Orchester bitte ich alle für den Beitritt in Frage kommenden Musikfreunde, die Bestrebung des Städtischen Musikbeauftragten nachhaltig zu unterstützen, um auch somit auf dem Gebiete des städtischen Kulturlebens eine wertvolle Aufbauarbeit zu leisten.“[324]

Bald wurden der Städtische Chor und das Sinfonie-Orchester gegründet, deren Proben ein Mal wöchentlich stattfanden[325]. Der „Tag der deutschen Hausmusik“ wurde vom städtischen Chor mit Konzerten unter Leitung von Kapellmeister Max Lille begangen[326]. An Sonntagvormittagen wurden gelegentlich so genannte musikalische Morgenfeiern organisiert, die in den Apollo-Lichtspielen stattfanden[327]. Das Orchester des Danziger Staatstheaters verwöhnte Gotenhafen mit Sinfoniekonzerten. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Zoppot-Gotenhafen organisierte für die deutschen Bewohner u.a. ein „Großkonzert mit dem bekannten Komponisten des Englandliedes Herms Niel“[328]. Aktiv bei der Durchführung musikalischer Angebote war auch die Kriegsmarine[329].

Im „Peter von Danzig-Haus“ wurde nach der Premiere im Mai 1942 wegen des großen Erfolgs und der ausverkauften Platzkarten eine weitere Aufführung des Gesangsstücks „Weg ins Wunder“ von Hermann Grabner aufgeführt, an dem sich der Städtische Chor, das Sinfonie-Orchester und der Kinderchor der Hauptschule unter Leitung von Johann Herrmann beteiligten[330].

In den Sommermonaten wurden außerdem Strandkonzerte organisiert. Das erste fand Anfang Juni 1941 statt und wurde durch den „Musikzug der Schutzpolizei“ unter Leitung von Musikleiter Herold durchgeführt[331]. Auch Operettenabende waren beliebt. In einer der Pressemeldungen war unter dem Titel „Wiener Operettenabend in Gotenhafen“ zu lesen: „Zum Wochenende verspricht das Städt. Kulturamt Gotenhafen wieder einmal einen Operettenabend mit namhaften Künstlern von Bühne, Film und Kunst der Reichshauptstadt, wie Julius

[323] W.H. KOCH, Musikleben im Aufbau, in: Wartheland. Zeitschrift für Aufbau und Kultur im deutschen Osten, Posen, Januar/Februar 1941, Heft 1/2, Jg. 1, S. 7.
[324] AOBG, 15.3.1941, Nr. 4, „Musikalische Veranstaltungen.“
[325] AOBG, 6.12.1941, Nr. 40, „Städtisches Chor- und Sinfonie-Orchester.“
[326] DNN, 18.11.1940, Nr. 272, S. 7, „Konzerte in Gotenhafen.“
[327] AOBG, 5.4.1941, Nr. 7, „Musikalische Morgenfeier.“
[328] AOBG, 26.7.1941, Nr. 23, „Persönliches: Großveranstaltungen in Zoppot.“
[329] DNN, 24.6.1941, Nr. 171, S. 5, „Kriegsmarine spielt auf!“
[330] AOBG, 6.6.1942, Nr. 17, „Nachrichten des Städt. Kulturamtes.“
[331] AOBG, 7.6.1941, Nr. 16, „Mitteilungen.“

Katona vom Deutschen Operhaus.“[341] Ein anderes Mal wurde eine „melodische Kette aus Film und Operette“ vorgeführt, wofür sogar „die bekannte Filmschauspielerin Gerda Maurus“ gewonnen wurde[342].

Zu den großen musikalischen Ereignissen im Gau Danzig-Westpreußen gehörte sicherlich die Zoppoter Waldoper, die allerdings bereits im August 1942 zum letzten Mal spielte[343]. Karten für die Wagnerspiele der Waldoper konnte man in Gotenhafen im Städtischen Verkehrsbüro in der Adolf-Hitler-Straße 37 im Vorverkauf erstehen[344].

Kabarett, Zirkus und Kleinkunst

Kleinkunst und die von ihr vermittelte leichte Unterhaltung waren in der trüben Zeit des Krieges besonders willkommen. Ob „ein lustiger Claus-Steven-Abend“, bei dem „zwei Stunden herzerfrischender rheinischer Humor“ zu erleben waren[345], ein Gastspiel des Kabaretts „Komiker aus Berlin“[346] oder die „Spielschar der Kriegsmarine“, die „ein buntes Programm von Musik, Gesang, Humor und Tanz“ vorspielte – alle diese Veranstaltungen hatten zum Ziel, die Besucher „für einige Zeit den Alltagssorgen [zu] entrücken.“[347]

Das Gotenhafener Zentrum dieser Art von Kunst war die „gepflegte Kleinkunstbühne Rio Rita“, die sich im bekannten „Café Berlin“ befand. Das in der Presse veröffentlichte Programm versprach „jeden Sonntag von 12-1.30 Matinee, nachm. 5 Uhr Tee mit vollem Programm“ und donnerstags „Hausfrauen-Nachmittag mit vollem Programm“[348]. Vom 1. bis zum 15.6.1941 standen z.B. die „Geschwister Bolesta“ und „Bravo“ auf dem Programm. Der von Hans Derra geführte Betrieb mit angeschlossener Bar hatte bis 3 Uhr nachts geöffnet[349]. Die Kommentare der Presse lassen den semi-offiziellen Charakter des „Rio Rita“ erkennen:

> „Wer zum ersten Mal die Stufen zur Kleinkunstbühne Rio Rita im Café Berlin herniedersteigt, wird sich bei dem flotten Programm, das ihn hier empfängt, sehr bald in dem abwechslungseichen Kabarettbetrieb behaglich fühlen. Eine flotte Folge von Darbietungen rollt ab, in der immer wieder der Humor in jeglicher Form dominiert, gute Tänzerinnen zeigen beachtenswerte Leistungen und eine sehr gut aufeinander abgestimmte

[341] DNN, 8.12.1943, Nr. 288, S. 5, „Wiener Operettenabend in Gotenhafen.“
[342] DNN, 29.6.1943, Nr. 149, S. 3, „Gotenhafen: Melodische Kette aus Film und Operette.“
[343] S. WOLTING, Bretter, die Kulturkulissen markierten. Das Danziger Theater am Kohlenmarkt, die Zoppoter Waldoper, und andere Theaterinstitutionen im Danziger Kulturkosmos zur Zeit der Freien Stadt und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, Wrocław 2003, S. 303.
[344] AOBG, 5.7.1941, Nr. 20, „Mitteilungen.“
[345] AOBG, 6.6.1942, Nr. 17, „Nachrichten des Städt. Kulturamtes.“
[346] AOBG, 26.7.1941, Nr. 23, „Persönliches: Großveranstaltungen in Zoppot.“
[347] DNN, 2.7.1943, Nr. 152, S. 5, „Gotenhafen: Die neu gegründete Spielschar der Kriegsmarine.“
[348] DNN, 31.5./1.6.1941, Nr. 126, S. 8 (Werbung).
[349] Ebd.

Kapelle weiß schwungvoll zu musizieren. Unter den Tänzerinnen dürfen die Schwestern Gina und Lucie hervorragend als akrobatische Tänzerinnen genannt werden.“[350]

„Wie immer, so bietet auch dieses Mal die Rio-Rita-Bar ihrem Publikum die exquisitesten Genüsse – das Beste vom Besten. Es bleibt unergründlich, wie in einer Zeit, in der bestimmt kein Überfluss an Personal zu verzeichnen ist, eine solche Reihe wirklich hervorragender Leistung geboten werden kann.“[351]

Als Attraktionen dieses Ortes werden Tanz und Stepp auf dem Parkett, eine Violinkünstlerin, Walzermelodien, Springtänze, Chansons und Kabarett aufgezählt. Ähnliches bot auch die zweite Kleinkunstbühne der Stadt, die „Alhambra“ hieß[352].

Eine besondere Rolle für die kulturelle Freizeitgestaltung der deutschen Bevölkerung spielte der Zirkus. Zahlreiche Artikel berichten über Aufführungen gastierender Zirkusse oder zeigen Fotos der Zirkuskünstler. Gleich mehrere Zirkusse waren während des Krieges in Gotenhafen zu Gast. Im Sommer 1941 kam beispielsweise der Zirkus „Belli“ in die Stadt. Die Presse titelte: „Zirkus Belli in Gotenhafen. Ausgezeichnete Leistungen – herzlicher Beifall“: „Nun hat auch Gotenhafen seinen Zirkus, einen kleinen, feinen, liebenswerten Zirkus Belli, der vorgestern und gestern schon zur großen Freude Tausender sein Programm abrollen ließ.“[353]. Als nach fünf Tagen der Aufführungen die geplante Abreise des Zirkus näher rückte, verkündete die Presse:

„Die ganze Zeit, die Zirkus Belli in Gotenhafen gastierte, hat ein außerordentlich starker Andrang der Besucher geherrscht. Oft mussten viele wieder umkehren, weil der Zirkus bereits überfüllt war. Die Leitung des Zirkus hat sich jetzt entschlossen, das Gastspiel bis zum Freitag dieser Woche zu verlängern, und so werden noch viele Gotenhafener die Möglichkeit haben, die ausgezeichneten Pferde- und Tierfiguren und die hohe artistische Kunst im Zirkus Belli zu bewundern.“[354]

Bereits zwei Wochen später errichtete ein weiterer Zirkus sein Zelt auf dem Tannenbergplatz in Gotenhafen. Die Anzeige in der Presse informierte: „Krone. Der Circus, den die ganze Welt kennt! Endlich einmal Circus Krone. Karl Krone mit seinem Riesen-Unternehmen

[350] DNN, 13.2.1942, Nr. 37, S. 5, „Kleinkunst in der Rio Rita.“
[351] DV, 5.3.1942, Nr. 63, S. 4, „Aus Gotenhafen: Tanz und Frohsinn in der Rio Rita.“
[352] DNN, 10.3.1942, Nr. 58, S. 5, „Nachrichten aus Gotenhafen.“
[353] DNN, 8.8.1941, Nr. 184, „Zirkus Belli in Gotenhafen. Ausgezeichnete Leistungen – herzlicher Beifall.“
[354] DNN, 13.8.1941, Nr. 188, S. 5, „Aus Gotenhafen: Verlängertes Gastspiel des Zirkus Belli“;DNN, 14.8.1941, Nr. 189, S. 5.

kommt nun mit seinen Recordgruppen von Tieren aus der ganzen Welt! Die imposanteste und größte Elefantenherde Europas!“[355]

Auch im Sommer 1943 besuchte ein Zirkus die Stadt, diesmal der „8-Masten-Zirkus Brumbach“. Die Kinder warteten besonders ungeduldig auf ihn:

> „Obwohl vorgestern auf dem Tannenbergplatz in Gotenhafen von einem großen Zirkus noch kaum etwas zu sehen war, beherrscht er nun doch allenthalben das Bild der Stadt. Auch Montag abend war noch nichts von irgendwelchen Aufbauten zu sehen, und die Pessimisten, und vor allem die Kinder, waren in großen Ängsten, er könnte vielleicht gar nicht oder später kommen. Doch die Sorgen waren umsonst. Um die Mittagszeit stand das Zelt fix und fertig da, und zur gestrigen Premiere pilgerte ein breiter Menschenstrom zu ihm hin. [...] Die Platzwächter wurden mit Fragen bestürmt und durch jede Lücke flutschende Kinder vergrößerten den wirbelnden Strudel.“

Im bis zum letzten Platz ausverkauften Zelt führte Karl Brumbach Kamele, Lamas, Pferde, Schafe, Bären und Affen vor. Zu bewundern waren Kunst auf Trampolinen, Clowns, eine Pferdeparade und mittendrin „die Glanznummer der Familie Brumbach: Das siebzehnjährige Fräulein Gisela, die Saltomortale-Reiterin.“[356] Gewisse Kontroversen warf zu diesem fortgeschrittenen Kriegszeitpunkt die Fütterung der Bären mit gewöhnlichen Lebensmitteln auf[357].

Neben der Erholung und dem Frohsinn ging von den großen Veranstaltungen am Tannenberg-Platz jedoch auch die Gefahr aus, seinen Geldbeutel zu verlieren. Auch Diebe mischten sich unter die Menschenmengen, weshalb sich die Polizei zu einer Warnung veranlasst sah: „Auf dem Volksfestgelände in Gotenhafen am Tannenbergplatz sind verschiedentlich aus Handtaschen Geld und Wertsachen gestohlen worden. Frauen werden deshalb gut tun, im Gedränge auf ihre Handtaschen zu achten, damit die Täter entdeckt werden können.“[358] Eine beruhigende Meldung folgte allerdings einen Monat später: „Bei der Festnahme von mehreren Handtaschendieben in Gotenhafen wurden von der Kriminalpolizei eine ganze Anzahl von Geldbörsen sichergestellt. Die Eigentümer haben sich bisher nicht gemeldet.“[359]

Neben den Zirkussen wurde Gotenhafen auch von Einzelkünstlern besucht, darunter vor allem Zauberer[360] und Hochseilkünstler[361].

---

[355] DNN, 26.8.1941, Nr. 199, S. 4.
[356] DNN, 21.7.1943, Nr. 168, S. 5, „Wiedersehen mit Zirkuskunst. Acht-Masten-Zirkus Brumbach gastiert in Gotenhafen.“
[357] DV, 31.7.1943, Nr. 208, S. 3, „Morgentraining unterm Zirkusdach. Hut ab vor den Artisten! – Nur durch zähe, unermündliche Arbeit Erfolge – Bärenfräulein auf dem Hochrad.“
[358] DNN, 30.5.1941, Nr. 125, „Vorsicht! Taschendiebe!“
[359] DNN, 9.7.1941, Nr. 158, „Aus Gotenhafen: Diebe am Werk.“
[360] DNN, 7./8.6.1941, Nr. 131, S. 4.

Freizeitgestaltung in den unterschiedlichen Jahreszeiten

Sommer

Im Sommer war das Freizeitverhalten der Bewohner Gotenhafens vor allem vom Strand- und Badeleben geprägt. Daran konnte auch das Verbot der Aufstellung von Badekörben nichts ändern[362]. Jährlich in der ersten Junihälfte wurde die Seebadeanstalt Adlershorst und damit die offizielle Badesaison eröffnet[363]. Im Jahr 1941 kosteten Eintrittskarten zur Seebadeanstalt für Erwachsene 20 und für Kinder 15 Pfennig. Daneben konnten auch Dauerkarten und Schulferienkarten gekauft werden, die 3,50 bzw. 2 Reichsmark kosteten[364]. Der Presse entnahm man in der Badesaison regelmäßig kurze Berichte wie den folgenden:

> „Der nicht all zu lange Strand südöstlich von Gotenhafen erwies sich am letzten Sonntag als viel zu klein, um all die vielen Badenden aufnehmen zu können. Ähnlich war es am Strand in Adlershorst, den sich über 1300 Badegäste als sonntägliches Ziel ausgewählt hatten. Bei solchem Andrang war es nicht möglich, allen Badenden eine Kabine zur Verfügung zu stellen.“[365]

Das eigentlich belanglose Thema des Strandlebens wurde auch für symbolisch-propagandistische Themen genutzt, so z.B. für einen Artikel im „Danziger Vorposten“ im Sommer 1940, also dem ersten Sommer, den die zumeist deutsche Bevölkerung an ihrem neu „hinzugewonnenen“ Strandabschnitt verbrachte:

> „Die Stätten, denen noch vor einem Jahr schwärzliches Judengewimmel und die farbenreich geschminkten und aufgemachten Repräsentanten der polnischen Plutokratenschicht das Gepräge gaben, weisen heute ein zwar weniger ‚mondänes’, aber fröhlich ungezwungenes Badeleben auf. Schon am frühen Morgen geht es los, wenn die Werktätigen die einzigartige Gelegenheit nutzen und bereits vor Beginn der Arbeit sich in Sonne, Luft und Wasser erfrischen. Dinge, die anderweitig den Werktätigen nur an Sonntagen und während des ach so kurzen Urlaubs beschieden sind. Wenn die ersten Strandbesucher bereits in Büros und Werkstätten ihrer täglichen Arbeit nachgehen, beherrschen die kleinen und kleinsten mit ihren Müttern den Strand, bis dann am Nachmittag der

[361] DNN, 4./5.7.1942, Nr. 154, S. 5, „Saltomortale in schwindelnder Höhe.“
[362] AOBG, 2.8.1941, Nr. 24, „Verbot der Aufstellung von Strandkörben.“
[363] „Das Bad ist ab Sonntag, dem 8. Juni 1941 täglich geöffnet“, „Eröffnung der Badeanstalt Adlershorst“, vgl. AOBG, 14.6.1941, Nr. 17; „Die Seebadeanstalt Adlershorst ist am 12. Juni 1943 wieder geöffnet“, vgl. AOBG, 23.6.1943, Nr. 13; „Eröffnung der Seebadeanstalt Adlershorst“, „Die Seebandeanstalt Adlershorst wurde am 10. Juni 1944 eröffnet“, vgl. AOBG, 21.6.1944, Nr. 11, „Seebadeanstalt Adlershorst.“
[364] AOBG, 14.6.1941, Nr. 17, „Eröffnung der Badeanstalt Adlershorst.“
[365] DV, 7.7.1942, S. 4, „Aus Gotenhafen: Hochbetrieb am Strand.“

große Badebetrieb beginnt. Doch allzu groß ist der Betrieb eigentlich nicht; dazu ist das Wetter bisher [...] zu kühl gewesen. Auch fehlen ja, wie gesagt, die Kurgäste. Die beiden Kurhäuser Gotenhafens dienen jetzt während des Krieges der Kriegsmarine, und zwar das alte Kurhaus als Offizierskasino und das neue als Heim für die Beamten und Angestellten der Kriegsmarine. Ein großes Strandhotel beherbergt zur Zeit ein Altersheim, und auch sonst entbehrt der Strand noch aller Einrichtungen, die zum Begriff einer regelrechten Badesaison gehören. So haftet denn dem sommerlichen Gotenhafen etwas Wesenloses, Unfertiges an. Alles ist provisorisch und wartet darauf, geformt und gestaltet zu werden. Unterstrichen wird dieser Charakter noch durch die Gegensätzlichkeiten einer im Laufe weniger Jahre ohne jede Planung aus dem Boden geschossenen Stadt, der plötzlich die Entwicklungslinien abgeschnitten wurden. [...] Überall Unfertiges und ungelöste Probleme. Gotenhafen, eine wartende Stadt."[366]

Gäste und Einwohner, die sich nicht auf das Wetter verlassen wollten, konnten ab Anfang 1942 auch die Warmbadeanstalt „Diana" („das neue Volksbad") besuchen[367].

Es gab allerdings auch einige negative Nachrichten und Probleme: „Tod beim Baden" war der Titel eines Berichts aus der Kriminalchronik[368]. Von einigen Kurgästen gingen Beschwerden ein, die sich zwar für den Gotenhafener Stadtstrand und jenen von Adlershorst nicht nachweisen lassen, jedoch für jenen von Zoppot anhand einer Korrespondenz zwischen einer aus Köln stammenden Besucherin mit dem Gotenhafener Fischmeisteramt, der Polizei und der örtlichen Kur- und Badeverwaltung. Sie beschwerte sich darüber, während ihrer Spaziergänge an den Zoppoter Seestegen Tierquälereien mit ansehen zu müssen, und informierte die Behörden darüber in einem Brief: „Das Quälen der Fische beim Angelfang auf dem Seesteg ist unglaublich. Den Tieren wird ohne vorgehende Betäubung der Haken herausgerissen – ganz gleich ob durch die ungeschickten rohen Hände der Kiefer verletzt oder gar mitgerissen wird, dann werden die Fische lebend in eine Aktenmappe geworfen, wo sie langsam verenden."[369] Da die Kur- und Badeverwaltung auf die Beschwerde nicht entsprechend reagierte[370], schrieb Karla R. einen weiteren Brief an den Polizeipräsidenten in Danzig:

---

[366] DV, 10.8.1940, „Sommerliches Gotenhafen. Kornfelder zwischen Hochhäusern."
[367] DNN, 5.2.1942, Nr. 30, S. 5, „Warmbad täglich"; DNN, 7./8.2.1942, Nr. 32, S. 6.
[368] „Am 29. Juni, mittags badete der 19-jährige Schlosser Bieschke, in Kielau wohnhaft, am Gotenhafener Badestrand. Beim Hinausschwimmen versank er plötzlich. Sein Freund, der ihm nachgeschwommen war, wollte ihn retten, musste aber die Suche nach dem Verunglückten aufgeben. Die Leiche des B. wurde am Montag geborgen", vgl. DNN, 9.7.1941, Nr. 158, „Aus Gotenhafen: Tod beim Baden."
[369] APG-Gdynia 218/112, Schreiben Karla Rulands an die Kurverwaltung Zoppot vom 28.4.1942.
[370] APG-Gdynia 218/112, Schreiben der Kurverwaltung Ostseebad Zoppot an den Fischmeisterrat Stahlberg betreffend die Angelegenheiten in Zoppot vom 2.5.1942.

„Da die Angelfischschutzgesetze am Seesteg Zoppot nicht geachtet werden, ersuche ich die Polizei, da es in Zoppot noch keinen Tierschutz gibt, die Sportangler aufzuklären. Dies kann durch ein Plakat am Seesteg geschehen, oder durch Zeitungsartikel, oder durch Kurse, da es zu bedauern ist, dass in einer Stadt von 30.000 Einwohnern die Tiere öffentlich gequält werden, den Kurgästen zur Schau."[371]

Auch diesem Schreiben wurde nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt; in internen Schreiben wurde die Frau lediglich als hysterisch eingestuft[372]. Doch nicht nur Tierquälerei beschäftigte die Urlauber in Gotenhafen. In der Saison 1941 fahndete die Polizei nach Dieben, die Wertsachen aus den Kleidern der Badenden stahlen: „Die Kriminalpolizei in Gotenhafen fordert das Publikum zur Mithilfe bei der Entdeckung der Diebe auf, die sich hauptsächlich einsame Strandgegenden für die Tätigkeit aussuchen."[373]

Der „Danziger Vorposten" veröffentlichte im Mai 1942 eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten zu den Vorschriften für Polen in den Badeorten, „wonach es den [...] Arbeitern und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Polizeibezirk Danzig verboten ist, in den Badeorten am Badeleben teilzunehmen, die zur Erholung und Ausspannung bestimmten Anlagen und Plätze zu betreten und insbesondere die dort für den öffentlichen Gebrauch aufgestellten Bänke zu benutzen."[374]

In den folgenden Kriegsjahren ging nach Angaben der Presse der Andrang am Strand zurück. Schuld daran waren neben dem oft unbeständigen Wetter auch äußere Bedingungen durch den Krieg wie die Einziehung der Männer in die Wehrmacht und der Frauen zur Arbeit. Vermutlich passte auch die Unbekümmertheit von „Sonne, Sand und See" bald nicht mehr in die Propaganda des Weltbildes von Heldentaten für das Reich[375].

Teil des Sommerlebens waren auch die Grünflächen der Stadt, die von Stadtgartenbaudirektor Blecken und Gartenmeister Jahnke gepflegt wurden[376]. Sie kümmerten sich um Bäume in öffentlichen Anlagen, Schulen, Kindergärten usw. Die meisten Bäume standen in der Steinstraße (385), am Adolf-Hitler-Platz (150) und entlang der Strandpromenade. Insge-

[371] APG-Gdynia 218/112, Schreiben Karla Rulands an den Polizeipräsidenten in Danzig vom 11.5.1942.
[372] APG-Gdynia 218/112, Schreiben des Fischereiamtes Gotenhafen an die Kurverwaltung z.Hd. des Außeninspektors Hans Gähme betreffend die Sportangelfischerei in Zoppot vom 15.5.1942.
[373] DNN, 2./3.8.1941, Nr. 179, S. 6, „Aus Gotenhafen: Stranddiebe am Werk."
[374] DV, 7.5.1942, Nr. 125, S. 4, „Vorschriften für Polen in Badeorten", vgl. T. SZAROTA 1973, S. 40; A. CHWALBA 2002, S. 71; B. CHRZANOWSKI u. A. GĄSIOROWSKI 1987, S. 38.
[375] DV, 16.8.1942, Nr. 226, S. 4, „Sonne, Sand und See. Strandwärter mit weißer Armbinde - Studien am Wasser."
[376] APG 1039/13, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen, Ogrody miejskie, cmentarze, ogródki działkowe, lasy, sprawozdanie za 1941-1942, Bl. 7, Namen des Stadtgartenbaudirektors und Gartenmeisters in Gotenhafen (Stand 31.3.1942).

samt schmückten 830 Bäume die öffentlichen Räume der Stadt in den Jahren 1942 und 1943[377].

Winter

Für die Winterzeit blieben den Bewohnern überwiegend Spaziergänge am Meer und in den Wäldern um die Stadt. In dieser Saison machten die Cafés der Stadt, z.B. das „Atlantik" in der Adolf-Hitler-Straße 13, welches „gute Küche und gepflegte Getränke servierte"[378], und die Buchhandlungen wie jene von Erhard Körber in der Horst-Wessel-Straße 28[379] und von Hans Thrun in der Adolf-Hitler-Straße 44, großen Umsatz. Wirtschaftliche Bedeutung hatte auch die Vorweihnachtszeit. Das Plakat zum Weihnachtsmarkt in Gotenhafen, welches am 13.12.1940 in den „Danziger Neuesten Nachrichten" erschien, druckte u.a. die Namen und Produkte folgender Geschäfte ab:

- „Pelzhaus Albert Voigt. Gotenhafen, Hermann-Göring-Str. 9. Das zuverlässige Haus für elegante Pelzbekleidung",
- „Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren. Erich Maerz. Jetzt nur Hermann-Göring-Str. Nr. 32",
- „Zum Weihnachtsfest empfehle ich eine schöne Dauerwelle. Johannes Kersten. Spezial-Haarpflege-Salon, Gotenhafen, Bahnhofstr. 11",
- „Die kleidsame Frisur zum Weihnachtsfest. Haarpflege-Salon Heinz Müller, Gotenhafen, Adolf-Hitler-Straße 46",
- „Buch- und Zeitschriften-Vertrieb. Gotenhafen, Adolf-Hitler-Str. 44, Hans Thrun. Vertrieb von sämtlichen parteipolitischen Zeitschriften und Büchern des Zentralverlages der NSDAP sowie Bücher für Volks-, Mittel- und Hochschulen",
- „Clara Noceti. Hutsalon, Gotenhafen, Adolf-Hitler-Str. 66",
- „Hans Seelig. Treuhänder. Parfümerie und Drogenhandlung. Gotenhafen, Adolf-Hilter-Str. Nr. 65",
- „Hafen-Drogerie Ernst Schlagowsky, Gotenhafen, General-Litzmann-Platz 13. Christbaumschmuck in reicher Auswahl. Drogen – Parfümerien – sanitäre Artikel – Chemikalien",
- „Geschenke, die Freude bereiten. Von Elvira Baran. Lederwaren. Gotenhafen. Adolf-Hitler-Straße 33",

[377] APG 1039/13, Bl. 10, Grünflächennutzung, u. Bl. 19, Karte mit allen Grünflächen der Stadt.
[378] DNN, 4./5.12.1943, Nr. 285.
[379] DNN, 21.9.1941, Nr. 221, S. 3.

- „Ein Geschenk, das immer Freude bereitet. Ein Los der 4. Deutschen Reichslotterie. Staatl. Lotterie-Annahme Keller – Gotenhafen, Adolf-Hitler-Straße 37."[380]

Die scheinbar friedliche Welt der ungezwungenen Freizeit, des Einkaufens und Genießens kontrastierte nicht nur im Sommer mit Bestimmungen für die Polen wie z.B. dem Strandverbot. Auch im Winter gab es einige Verbote für die polnische Bevölkerung. So durften Weihnachtsbäume, die jährlich gegenüber dem Hauptpostamt, gegenüber und in der Markthalle und an anderen Orten an Werktagen von 9 bis 16 Uhr und an zwei vorweihnachtlichen Sonntagen von 11 bis 16 Uhr gekauft werden konnten, auf Anordnung des Oberbürgermeisters vor 21.12.1942 nicht an „Personen polnischen Volkstums" verkauft werden[381].

Vermutlich waren die deutschen Kinder Gotenhafens ebenso wie jene aus Danzig zu verschiedenen öffentlichen Weihnachtsfeiern eingeladen. Die NS-Presse druckte entsprechende Bilder und berichtete nach derartigen Veranstaltungen mit Untertiteln wie „Die Kinder freuen sich, dass ‚Onkel Forster' mit ihnen lustig ist."[382]

Der Winter war jedoch auch die Zeit, in der manche Menschen vereinsamten oder dem Alkohol verfielen. In einem Brief, der eigentlich eine Grundstücksübernahme behandelte, wird ein Problem der Arbeitnehmer in den eingegliederten Ostgebieten geschildert, die aus Mangel an gesellschaftlicher Integration litten:

> „Erleben wir es doch allzu häufig, dass ein bis dahin vollkommen unbescholtener Mann plötzlich einem übermäßigen Alkoholgenuss verfällt, und zwar ganz einfach deshalb, weil er keine Möglichkeit hat, sich in seiner eigenen Behausung nach Beendigung seines Dienstes zu entspannen und wohlzufühlen."[383]

Eine gewisse ganzjährige Belebung erlebte die Stadt mit der Aufhebung des Passierscheinzwangs, da es nun auch Auswärtigen möglich war, sie an freien Tagen zu besuchen:

> „Kurzum schon Sonnabend Nachmittag waren Eisenbahn und Autobus nach Gotenhafen dicht besetzt und auch als Ziel einer reizvollen Dampferfahrt stellt Gotenhafen sich neuerdings vor. Sogar geschlossene Fahrtengruppen, die sich unter sachkundiger Führung die Sehenswürdigkeiten der Stadt zeigen ließen, traten in Erscheinung. [...] Ein ungewohnt buntes Bild bot das dichte Gewimmel auf den sonst nur mäßig belebten Stra-

[380] DNN, 13.12.1940, Nr. 294, S. 11.
[381] AOBG, 12.12.1942, Nr. 30, „Verkauf von Weihnachtsbäumen in Gotenhafen."
[382] DV, 20.12.1943, Nr. 350, S. 3.
[383] BArch 140/15, Bl. 61, Schreiben betreffend der Übereignung von Grundstücken, die durch die Haupttreuhandstelle Ost beschlagnamt wurden, auf das Deutsche Reich; Verwaltung des übereigneten Grundbesitzes und Wohnungsneubau für Beamte.

ßen, und Kaffeehäuser und Gaststätten hatten ihren großen Tag. Nicht zuletzt trug auch die letzte Straßensammlung für das Kriegshilfswerk des DRK, die wiederum ein voller Erfolg wurde, nicht wenig zur Belebung des Wochenendes bei. Abzeichenverkäufer und Spendensammler hatten eine große und gebefreudige Kundschaft, und dass auch das Platzkonzert auf dem Adolf-Hitler-Platz sich vieler Besucher erfreute, braucht nicht erst betont zu werden."[384]

5.6 Wege der Propaganda zur Bevölkerung

„Die Presse wurde im ‚Dritten Reich' in mehreren Wellen gleichgeschaltet. Der Reichsrundfunk wurde seit der Machtübernahme sehr direkt und fast lückenlos gelenkt. Nachrichten, Kommentare, politische Reden wurden immer einseitiger, immer dümmer und gemeiner. Sich aus diesen Quellen zu unterrichten wurde nahezu unmöglich oder verlangte große Anstrengungen der Entschlüsselung. Zum ‚Trost' wurden sehr schöne Konzerte und fast oder völlig propagandafreie, kulturelle Programme geboten."[385]

Medienverfügbarkeit in Gotenhafen

Laut den polnischen Informanten waren in Gotenhafen die deutschen Tageszeitungen „Danziger Neueste Nachrichten", „Danziger Vorposten" und „Völkischer Beobachter" zu kaufen, weiterhin einige Illustrierte aus dem Reich. Eine stadteigene Zeitung wurde nicht verlegt. Den polnischen Bewohnern war außerdem sowohl der Besitz von Radioapparaten als auch von Telefonen verboten[386].

Die Sparmaßnahmen für den totalen Krieg hinterließen auch bei der NS-Presse Spuren. Zur Kräftefreisetzung für den Einzug in die Wehrmacht wurde die Anordnung erlassen, dass ab 1.9.1944 pro Gauhauptstab nur eine Zeitung erscheinen durfte. Für den Gau Danzig-Westpreußen verblieb daher als Träger der nationalsozialistischen Ideologie der „Danziger Vorposten".[387] Dort sollte fortan über alle stattfindenden politischen Propaganda-Kundgebungen usw. am Folgetag berichtet werden[388].

---

[384] DV, 20.8.1940, Nr. 228, S. 5, „Die Danziger besahen Gotenhafen."
[385] G. BAUER, Sprache und Sprachlosigkeit im „Dritten Reich", Köln 1988, S. 166.
[386] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 26 (Gottschalk).
[387] DV, 19./20.8.1944, Nr. 228, S. 3, „Kriegsmaßnahmen in der deutschen Presse."
[388] Ein Beispiel findet sich in: DV, 22.10.1942, Nr. 293, S. 1, „Machtvolle Kundgebung mit dem Reichsminister Dr. Goebbels in Gotenhafen."

Die polnische Bevölkerung musste alle Radiogeräte in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der Deutschen abgeben. Allerdings war es auch der deutschen Bevölkerung unter Androhung der Zuchthausstrafe verboten[389], ausländische Sender zu hören[390]. Sie wurden jedoch trotzdem heimlich gehört – in Gotenhafen soll z.B. der Soldatensender „Gustav Siegfried I" besonders gut zu empfangen gewesen sein.

Politische Feiern, NS-Veranstaltungen und Kundgebungen

Als deutscher Vorposten im Osten, als „wartende Stadt", der man das deutsche Gesicht erst verleihen musste, um die polnische Vergangenheit ungeschehen zu machen, genoss Gotenhafen die stetige, wachsame Aufmerksamkeit der NS-Behörden, die sich u.a. in dem Bemühen um die politische und propagandistische Erziehung der Bürger äußerte. Eine überaus sichtbare Vergegenwärtigung des NS-Systems fand in organisierten und pompös durchgeführten Kundgebungen, in Appellen, Sammelaktionen, Ausstellungen und kulturell-propagandistischen Erzeugnissen der Medien (Presse, Plakate) sowie im Kino (Wochenschau) statt.

Ein Ereignis und Erlebnis vor allem für die Kinder waren die jährlichen Sammeltage für das Kriegswinterhilfswerk. Während dieser Tage öffneten sich in Gotenhafen die „Kasernentore, der Flugplatz ist zum Betreten frei und die Einheiten der Kriegsmarine beziehen gar für die ängstlichen Landratten bequem zu erreichende Positionen." Durch die Stadt marschierten Wachmänner mit ihren Wachhunden, im Hafenbecken wurden „Tauchmanöver mit Lautsprechererläuterungen durchgeführt", ein Schiff stand für die Begehung durch Schaulustige bereit[391]. In kleine Dosen wurden Spenden eingeworfen, welche die Nähe zu Soldaten und Kriegsmarine „legitimierten"[392]. Die Presse berichtete in den kommenden Tagen, wie viel Geld am Tag der Wehrmacht eingesammelt wurde[393]. Die erste Sammlung dieser Art im März 1940 stand unter dem Titel „Und am Sonnabend nach Gotenhafen! Soldaten gestalten einen Bunten Abend." Die Presse kündigte das komplexe Programm im Voraus an:

> „Unter den verschiedenen Darbietungen des Programms, das ausschließlich von Soldaten gestaltet wird, kündigen die in Danzig und Gotenhafen überall sichtbaren Plakate

[389] Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz, Köln 1989, S. 21.
[390] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza, II. 52.163, Wiadomości o bytowaniu w Gdyni - 1943, Bl. 31 (Kosobucki).
[391] DV, 20.3.1944, Nr. 79, S. 3, „Wir alle bei unseren Soldaten. Die Gastgeber hatten viele Freude bereitet – Sammeltage für das WHW."
[392] vgl. Z. RASZEWSKI, Pamiętnik gapia. Miasto B., in: „Karta" 2/1991, hier über den Tag der Wehrmacht.
[393] DNN, 18./19.4.1942, Nr. 90, S. 6, „5475,75 Mark gesammelt"; Über die Erfolge der Sammlung zum Kriegswinterhilfswerk 1941-1942 war folgende Notiz im AOBG zu lesen: „In der Zeit vom 1.9.1941 bis zum 31.3.1942 wurden von den Gemeinschaftsmitgliedern der Stadtverwaltung an ‚Opfer vom Gehalt und Lohn' für das 3. Kriegswinterhilfswerk des Deutschen Volkes insgesamt 9.139,10 RM freiwillig gespendet", vgl. AOBG, 25.4.1942, Nr. 14, „Ergebnis der Sammlung zum Kriegswinterhilfswerk 1941-1942 bei der Stadtverwaltung."

u.a. an: [...] Soldatenchöre – Buntes Kabarett – Mysteriöse Experimental-Schau [...] Schießbude – Fröhliches Kabarett für ‚schwierige Fälle'. Als große Attraktion ‚Gotenhafen bei Nacht' – Etwas nur für nervenstarke verschwiegene Besucher [...] Kaffeezelt-Tombola [...] Musik und Frohsinn in allen Räumen. [...] Die Kriegsmarine hat alle Danziger und Gotenhafener Volksgenossen zu diesem Bunten Abend eingeladen. Zwischen Gotenhafen-Mitte und dem Seebahnhof ist ein Pendelverkehr eingerichtet worden."[394]

Die in verschiedenen Formen organisierten Führungs- und Macht-Spektakel hatten die primäre Aufgabe, die teilweise noch unsichere volksdeutsche Gesellschaft zu integrieren, ihre „eindeutige" Zugehörigkeit zu offenbaren und ihr das Gefühl zu verleihen, ein Teil der zahlenmäßig sowie geistig und rassisch überlegenen Volksgruppe zu sein[395]. Dazu gehörten auch Slogans wie jener, den das „Amtsblatt" von Goebbels verkündete: „Kein Volk der Erde hat heute mehr Grund als das deutsche, mit Vertrauen und fester Zuversicht in seine Zukunft zu schauen."[396] Die Teilnahme an den durch Partei und Wehrmacht organisierten Kundgebungen wurde von der Regierung auch als Erprobung des Gemeinschaftswillens betrachtet. Teil der deutschen Gemeinschaft des Ostens zu sein, entsprach dem Wunsch des NS-Apparates nach einer kompletten Abgrenzung von Polen und anderen „Fremdvölkischen".

Die zahlreichen Reden von Gauleiter, Oberbürgermeister und verschiedenen NS-Funktionären bezeugen allerdings eher Wünsche als Realität. Die angepriesene deutsche Gemeinschaft im Osten war ausgerechnet in Gotenhafen nicht sonderlich überzeugt von sich. Volksdeutsche, die in die DVL eingetragen wurden, wollten im Allgemeinen zu keinem festen Element der deutschen Gesellschaft werden. Der DVL-Ausweis diente eher dem Überleben und der Sicherheit vor der Abschiebung, dem Erhalt des Arbeitsplatzes und dem Schutz der Angehörigen, aber er war selten oder fast nie Ausdruck des Willens, Teil der NS-Gesellschaft zu werden. Die verpflichtende Teilnahme an Ansprachen, Paraden und Kultur musste in Kauf genommen werden, wobei man sich der Kontrollfunktion dieser Veranstaltungen bewusst war. Ab 1943 verfolgten die politischen Spektakel noch ein weiteres Ziel. Nach der Katastrophe in Stalingrad, den Bombardierungen deutscher Städte und den Erfolgen der

[394] DV, 15.3.1940, Nr. 74, S. 5, „Und am Sonnabend nach Gotenhafen! Soldaten gestalten einen Bunten Abend."
[395] Den propagandistischen Zweck der Zugehörigkeit zur deutschen „Volksgemeinschaft" erläutert ein Gedicht aus einer anderen Region, die um die neue Identität ihrer Einwohner kämpfte: Łódź/Litzmannstadt. „Nun wir uns wiedergefunden/Volk, in deinem Schoß/Sind unsere Augen selig/Und vom Schauen groß/Wir spüren all deiner Dinge/Tiefen, heiligen Sinn/Und sprechen still und verhalten/Deinen Namen hin/Und hören deine dunkle/Stimme in unserem Blut/Und wissen, dass wie immer/An deinem Herzen geruht", (nach S. Banek, Litzmannstadt), vgl. F. BÖHM 1941, S. 8.
[396] AOBG, 18.11.1942, Nr. 28, „Wochenspruch", s.a. APG 264/75, Bl. 79, Schreiben der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Danzig-Westpreußen an die Außenstellen der Treuhandstelle Danzig-Westpreußen vom 16.7.1940.

russischen Armee in Ostpreußen dienten die Kundgebungen der Festigung des Glaubens an den Endsieg und des Willens zum Durchhalten. Angst und Schrecken als neue „Bindemittel" der deutschen Gesellschaft wurden von der NS-Regierung geschickt zur „Zementierung" der Volksgemeinschaft eingesetzt.

Alle Termine und Feierlichkeiten fielen entweder in den Rhythmus von Feiern des Dritten Reiches oder passten sich der Chronologie lokaler Gegebenheiten an. „Das gesamte Jahr mit seinen Veranstaltungen rhythmisierte. Zugleich wurde die nationale Erinnerung reduziert auf den nationalsozialistischen Ausschnitt des kulturellen Gedächtnisses"[397], schreibt BEHRENBECK dazu. Die Erinnerung an den Tag der Machtergreifung am 30.1.1933[398] eröffnete den nationalsozialistischen Feiertagskalender, es folgte eine „ununterbrochene Kette von Zeremonien"[399]: Am 24.2. war Feiertag der Partei zur Erinnerung an die Verkündigung des NSDAP-Programms 1920, am 16.3. Heldengedenktag, am letzten Sonntag im März Tag der „Verpflichtung der Jugend", womit die Aufnahme der 14-Jährigen in HJ und BDM einherging, am 20.4. feierte die Nation den Führergeburtstag, am 1.5. den „Tag der nationalen Arbeit" und am 3. Sonntag im Mai Muttertag. Die wichtigsten NS-Feiern fanden am 9.11. statt, dem Gedenktag für die „Blutzeugen der Bewegung" beim Hitler-Putsch von 1923. Das Julfest am 21.12. ersetzte schließlich das Weihnachtsfest[400].

Zu den lokalen Feiern gehörten die Erinnerung an die „Befreiung" der Stadt im September 1939 und die Ehrung der im Kampf um Oxhöft gefallenen deutschen Soldaten. Im Jahr 1940 feierte die NS-Regierung das Jubiläum des Einmarschs der deutschen Truppen in Gdingen mit einer drei Tage dauernden „Befreiungskundgebung" vom 13. bis zum 15.9.1940, wobei sich die eigentlichen Feierlichkeiten auf den 14.9. konzentrierten. Die Organisatoren erwarteten, dass an diesem Tag die bisher „größte Demonstration aller Deutschen dieser Stadt" stattfinden würde, die „den Dank an den Führer für die Befreiung zum Ausdruck bringen" sollte[401].Die Presse beschrieb die aufwändig gestaltete Szenerie folgendermaßen:

---

[397] S. BEHRENBECK, Durch Opfer zur Erlösung. Feierpraxis im nationalsozialistischen Deutschland, in: S. BEHRENBECK u. A. NÜTZENADEL (Hrsg.), Inszenierung des Nationalstaates. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71, Köln 2000, S. 149.

[398] S. BEHRENBECK 2000, S. 150-153.

[399] Zu Kriegsritualen im NS-Staat vgl. B. HÜPPAUF, Transformationen von Gewalt in Kriegsritualen der Moderne. Erinnerungen schwacher Täter, in: G. KORFF (Hrsg.), Alliierte im Himmel. Populare Religiosität und Kriegserfahrung, Tübingen 2006, S. 73-80.

[400] F. BEDÜRFTIG, Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg, Das Lexikon, München 2004, S. 154, Eintrag zu „Feiern"; anlässlich des Gedenktages für die Gefallenen der Bewegung wurden am 9.11. in Gotenhafen diverse Ernennungen und Beförderungen von Stadtangestellten durchgeführt. So wurde bspw. im Jahr 1941 der Ing. Erik Schott zum städtischen Oberbaurat auf Lebenszeit ernannt und der Stadtoberinspektor Heinz Wendt zum Stadtamtmann befördert, vgl. AOBG, Nr. 38, 15.11.1941; Oberbaurat Schott bekam im Oktober 1943 das eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen, AOBG, Nr. 22, 30.11.1943.

[401] APG 140/9, NSDAP Gau Danzig-Westpreußen, Kreisleitung Zoppot-Gotenhafen, Schreiben vom 9.9.1940.

„Ringsherum auf den Höhen der Stadt brannten die Freudenfeuer und warfen ihren Schein gegen den Himmel. Ein wundervolles Bild bot der reich dekorierte Hintergrund der großen Balustrade, auf der sich die Ehrengäste eingefunden hatten und auf der bei Beginn der Feier auch die Fahnenkompanie Aufstellung nahm."[402]

Nach der Kundgebung wurde vom Musikkorps des Marine-Stabs ein „großer Zapfenstreich aufgeführt."[403] Während der Feierlichkeiten dieses offiziell „Kriegskreistag" genannten Tages wurde außerdem das „Haus der NSDAP" in der Adolf-Hitler-Straße 44 eingeweiht. Der Oberbürgermeister überreichte dem Kreisleiter symbolisch die Schlüssel mit „dem Wunsche, dass von diesem Haus immer nationalsozialistischer Geist ausgehen möge."[404] Die entsprechenden Bilder der Presse unter dem Titel „Gotenhafen im Schmuck der Fahnen" zeigen große Hakenkreuzfahnen, die aus dem frisch eingeweihten Haus hängen[405]. Von nun an sollte der 14.9. „für Gotenhafen immer ein Traditionstag sein."[406]

„Die Stadt hat ein festliches Kleid angelegt. Überall in den Straßen wehten von den Masten und aus den Häusern die Fahnen des Großdeutschen Reiches. Zahlreiche Häuser wurden mit frischem Grün und Girlanden geschmückt. Selbst die zahlreichen Schaufenster waren der Bedeutung des Tages angemessen vorbildlich und geschmackvoll dekoriert."[407]

Am zweiten Jahrestag der Stadteroberung und „der Erstürmung von Oxhöft" wurde am 19.9.1941 eine Ehrung der während der Erstürmung gefallenen deutschen Soldaten organisiert:

„Nachdem am Vormittag die Angehörigen die Gräber auf dem Ehrenfriedhof in Oxhöft mit Blumen geschmückt hatten, fanden sie sich am Nachmittag mit den Kameraden der Gefallenen zu einer stillen Feier zusammen. [...] Nach der Ansprache wurden unter den

[402] DV, 16.9.1940, Nr. 255, „Große Befreiungsfeier in Gotenhafen. Große Anteilnahme der Bevölkerung – Gauleiter-Stellvertreter Andres sprach."
[403] DV, 10.9.1940, Nr. 249, „Kriegs-Kreistag 1940 in Zoppot-Gotenhafen. Einweihung des ‚Haus der NSDAP' – Einführung der Ratsherren der Stadt Gotenhafen."
[404] DV, 15.9.1940, Nr. 254, S. 3, „Zoppot-Gotenhafens Kriegskreistag. Einweihung des ‚Haus der NSDAP' – Schlüsselübergabe durch Oberbürgermeister Schlichting."
[405] DV, 14.9.1940, Nr. 253, „Kriegs-Kreistag Zoppot-Gotenhafen. Feierliche Eröffnung durch Kreisleiter Temp – Großes Festkonzert des Staatstheaterorchester"; im Jahr 1942 waren laut des offiziellen Stadtplans folgende Niederlassungen der NSDAP vorhanden: NSDAP-Kreisleitung, NSDAP Ortsgruppe Stadtmitte, Ortsgruppe Ost, Og. West, Og. Kielau, Og. Adlershorst, Og. Klein Katz und Og. Oxhöft, vgl. APG-Gdynia 650/1690, Gotenhafen Stadtplan des Stadtbauamtes mit Übersicht der Baumaßnahmen von 1939 bis 1942 vom 8.9.1942.
[406] DV, 10.9.1940, Nr. 249, „Kriegs-Kreistag 1940 in Zoppot-Gotenhafen. Einweihung des ‚Haus der NSDAP' – Einführung der Ratsherren der Stadt Gotenhafen."
[407] DV, 15.9.1940, Nr. 254, S. 3, „Zoppot-Gotenhafens Kriegskreistag. Einweihung des ‚Haus der NSDAP' – Schlüsselübergabe durch Oberbürgermeister Schlichting."

Klängen des Liedes vom guten Kameraden und während die Ehrenabordnungen stramm standen, Kränze am Ehrenmal niedergelegt.“[408]

Fahnen wurden geweiht[409], Fackeln entzündet, Hakenkreuzflaggen an den Gebäuden der Stadt gehisst. Das Visuelle war wichtiger Teil der propagandistischen Feiern in Gotenhafen. Die Ikonographie des NS-Systems sollte sich einprägen und zum Erkennungs- und Identifikationsmerkmal werden.

Bei den Feierlichkeiten zum 9.11. wurden in der Regel die neuen Bewerber für den SS-Abschnitt XXVI Gotenhafen aufgenommen, was die Presse entsprechend wiedergab:

„Im Scheine der Fackeln, die den weiten, zwischen Meer und Wald gelegenen Platz umsäumten, schritt der Führer des SS-Abschnitts XXVI, SS-Oberführer Ebrecht, die Front der angetretenen Einheiten ab, in denen neben ihren älteren Kameraden die jungen Bewerber standen. [...] Feierlich und ernst erklang darauf der Schwur, den die jungen SS-Bewerber ihrem Abschnittsführer nachsprachen, und der gemeinsame Gesang des SS-Treueliedes, der die würdige Feierstunde beendete.“[410]

Die gemessen an der Menge und Länge der Presseartikel größte Propagandaveranstaltung in Gotenhafen war die Großkundgebung von Reichsminister Goebbels am 22.10.1942. Die Fotos der Presse zeigen „unüberschaubare“ lauschende Menschenmengen, in deren vordersten Reihen von den Worten verzauberte Frauen jedem Wort des Redners folgen. Der Presse war auch die Symbolik dieses Besuches zu entnehmen. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ schrieben:

„Es war das erste Mal seit der Rückkehr des Gotenhafener Gebietes in den deutschen Bereich, dass Reichsminister Dr. Goebbels in Gotenhafen sprach. Hier, wo in der Gemeinsamkeit deutscher Menschen aus allen Gauen des Reiches in unerhörtem Tempo am Aufbau einer neuen Zukunft gearbeitet wird, musste seine Rede nicht nur aus diesem Anlass von besonderer Wirkung und Eindringlichkeit sein, sie wirkte in der Wahl des Ortes zugleich symbolhaft für die deutsche Kraft in diesem Ringen: Hier ist Raum, den deutsche Kraft sich zurückeroberte und den sie halten wird durch alle Zeit.“[411]

[408] DNN, 25.9.1941, S. 5, „Ehrung der Oxhöft-Kämpfer.“
[409] DNN, 5.8.1941, Nr. 181, „Ein großer Tag des Reichsluftschutzbundes. Fahnenweihe in Gotenhafen.“
[410] DNN, 12.11.1940, Nr. 267, S. 8, „Treue Tapferkeit, Gehorsam. Vereidigung der SS-Bewerber des SS-Abschnitts XXVI in Gotenhafen.“
[411] DNN, 22.10.1942, Nr. 248, S. 1, „Opfergröße ist Maßstab des Sieges. Reichsminister Dr. Goebbels sprach auf einer Großkundgebung in Gotenhafen.“

Unter dem Datum 21.10.1942 findet sich in Goebbels' Tagebuch eine entsprechende Notiz mit seinen eigenen Gedanken und den Intentionen des Besuches:

> „Am Nachmittag Arbeit über Arbeit. Abends fahre ich nach dem Osten ab. Ich will auf Einladung von Gauleiter Forster einen Besuch in Thorn und Danzig machen und am Abend in Gotenhafen vor der Öffentlichkeit sprechen. Es ist jetzt nötig, die Gaue nach und nach zu besuchen und ihnen das Rückgrat zu stärken."[412]

Am Folgetag schrieb er in sein Tagebuch eine Interpretation seiner Wirkung auf die Gotenhafener Bevölkerung:

> „Ich verbringe diesen Tag in Forsters Gau. [...] Bei einer langen Fahrt nach Danzig quer durch das fruchtbare Land habe ich Gelegenheit zu einer ausgedehnten Aussprache mit Forster. Forster befindet sich in einem latenten Streit mit Himmler, den er aus tiefster Seele hasst. Er wird dabei ungerecht und beurteilt diese Auseinandersetzung durchaus subjektiv. [...] In Danzig legen wir eine kurze Ruhepause im Gauhaus in der Jopengasse ein. Abends spreche ich in einer großen Versammlung in Gotenhafen, bei der die Logik meiner Argumente sehr überzeugend wirkt. Der Erfolg der Versammlung ist groß."[413]

Im Jahr 1943 wurde der Gedenktag für die „Blutzeugen der Bewegung" zusätzlich durch „einen imposanten Aufmarsch der Aktivisten der Bewegung" auf dem Scharnhorstplatz gefeiert. Die Presse erklärte den Aufmarsch als „Bekenntnis der Treue und Unbeirrbarkeit zur Idee des Führers" und begründete die militärische Härte der Treuebekennung mit den schwieriger gewordenen Zeiten des Krieges[414].

Im militärisch entscheidenden Januar 1944 wurden im Rahmen ähnlicher Feiern Jugendliche in die Hitler-Jugend aufgenommen. Die darunter befindlichen Jugendlichen der dritten DVL-Gruppe, 53 Mädchen und 14 Jungen, bewiesen dadurch auch ihre Zugehörigkeit zur neuen Nation:

> „Diese Jungen und Mädel, deren Väter an der Front mit der Waffe das Deutsche Reich schirmen oder das notwendige Rüstungsmaterial für die kämpfende Truppe schmieden, haben in der Zeit ihrer Bewährung den Beweis angetreten, dass sie nach Loslösung von polnischen Erziehungsmethoden der Stimme ihres Blutes gefolgt sind und den Weg in das deutsche Volkstum gefunden haben."[415]

---

[412] E. FRÖHLICH 1996, Eintrag 21.10.1942, S. 161.
[413] E. FRÖHLICH 1996, Eintrag 22.10.1942, S. 163 u. 165.
[414] DV, 8.11.1943, Nr. 308, S. 3, „Gotenhafen: Geist der Gemeinschaft."
[415] DV, 31.1.1944, Nr. 30, S. 3, „Deutsch sein heißt treu sein. Aufnahme von Jugendlichen der Volksliste 3 in die Hitler-Jugend."

Der im ganzen Reich gefeierte Heldengedenktag wurde im März 1944 in Gotenhafen in sehr lokaler Ausprägung gefeiert. Diesmal wurden auch Kränze für die Opfer „des Terrorangriffs angloamerikanischer Flieger“ niedergelegt. Zudem wurden von einer Ehrenabteilung der Kriegsmarine und des Heeres Kränze beim Gedenkstein in Oxhöft niedergelegt, während ein Musikkorps den Trauermarsch aus der ‚Eroica’ von Beethoven spielte, um an die im Kampf um den neuen Teil Deutschlands gefallenenen Kameraden zu ehren[416].

Im gleichen Jahr wurden die Feierlichkeiten zum Jahrestag der Erstürmung von Oxhöft von der Presse beschrieben als „imposantes Bild, das gerade auf diesem befreiten Boden des Weichsellandes den Beweis gab für die Stärke der nationalsozialistischen Idee.“ Unter den prominenten Gästen der Feierlichkeiten waren an diesem Tag u.a. der Küstenbefehlshaber der mittleren Ostsee Admiral Plath, Oberbürgermeister Schlichting, Standartenführer der Waffen-SS Wörner und weitere Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht[417].

Weitere Kundgebungen, Appelle und NS-Inszenierungen standen mit Besuchen bekannter und auch weniger prominenter NS-Funktionäre im Zusammenhang. Sowohl ausländische Verbündete als auch Repräsentanten Berlins und der lokalen Regierung hielten ihre Reden vor Menschenansammlungen oder nach entsprechenden Aufmärschen. So dokumentierte die NS-Presse auch den Besuch des rumänischen Ministers Iliescu in Gotenhafen: „Rumäniens Staatsjugendführer“ stattete gemeinsam mit einem rumänischen Divisionsgeneral und mehreren Offizieren der Reichsseesportschule der Hafenstadt einen Besuch ab[418]. „In enger Verbundenheit“ titelte ein anderer Artikel, der den Besuch des italienischen Staatsministers Farinacci, der „rechten Hand Mussolinis“, beschrieb. Die „Versammlungsstätte zeigte schon rein äußerlich ein Bild der engen Freundschaft und Verbundenheit zwischen den beiden Großmächten.“[419] Im August 1942 wurde Gotenhafen außerdem von der Reichsfrauenführerin Scholz-Klink besucht, die vor den werktätigen Frauen über „den tiefen Sinn der Arbeit, der vom Führer geprägt wurde“, referierte[420].

Auch Gauleiter Forster hielt in Gotenhafen mehrere Reden. Seine Besuche wurden beinahe minutiös in der Presse dokumentiert. Am „Befreiungstag“ 1942 redete er in einer neu

[416] DV, 13.3.1944, Nr. 72, S. 3, „Dem Gedenken der gefallenen Helden. Erhebende Feierstunden durch Wehrmacht und Partei – Kranzniederlegungen an Gräbern und Denkmälern.“
[417] DV, 31.1.1944, Nr. 30, S. 3, „Der Marsch in die Bewährung. Kraftvolle Kundgebungen zum Jahrestag der Machtergreifung im ganzen Reichsgau.“
[418] DV, 1.10.1943, Nr. 270, S. 3, „Minister Iliescu in Gotenhafen. Der rumänische Staatsbesuch in der Reichsseesportschule.“
[419] DNN, 22.2.1943, Nr. 44, S. 1, „In enger Verbundenheit. Staatsminister Farinacci sprach in Danzig und Gotenhafen.“
[420] DNN, 25.8.1942, Nr. 198, S. 3, „Arbeit der Frau anerkannt. Reichsfrauenführerin sprach in Gotenhafen“; s.a. DV, 22.8.1942, Nr. 232, S. 3, „Die Reichsfrauenführerin kommt. Großkundgebungen in der Gauhauptstadt und in Gotenhafen.“

errichteten Halle vor – laut Presseangaben – nicht weniger als 4.000 Zuhörern, von denen viele aus Platzgründen nur draußen auf dem Vorplatz durch Lautsprecherübertragungen zuhören konnten[421]. Während eines anderen mehrtägigen Besuches im März 1943, bei dem sich Forster mit der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt beschäftigte[422], fand auf dem Sportplatz am Grimmweg ein Appell der Jugend statt. Forster ermahnte dabei „die Jungen und Mädel, immer fleißig und strebsam zu sein und genau so tapfer und einsatzbereit wie die deutschen Söhne, die unter den Waffen stehen."[423]

Im letzten Jahr des Krieges dienten die von der NSDAP organisierten Kundgebungen der Stärkung des deutschen Durchhaltewillens und des Glaubens an Sieg, Führer und Partei. Ihr Ton nahm schärfere Züge an und rückte vom Charakter reiner Feiern ab, wie der folgende Redetext einer so genannten „Kampfkundgebung" zeigt:

> „Es geht heute nur darum, ob wir leben wollen oder sterben. [...] Wohl rücken die Fronten der Feinde, die es sich zum Ziele gesetzt haben, Deutschland noch in diesem Jahre auszulöschen, an allen Grenzen näher, bedrohender an unser deutsches Vaterland heran, doch wir sind vom fanatischen Willen erfüllt, alle Pläne unserer Gegner zu zerschlagen, um die Mittel zu schaffen, die Feinde zu Boden zu zwingen. ‚Auf zu den Waffen!' heißt das Gebot der Stunde, dem sich keiner mehr verschließen darf und ein ganzes Volk schmiedet Waffen und trägt die Waffen."[424]

Die auffallende Betonung von Tod, Bedrohungen, Waffen und Gewalt in Reden der letzten Kriegsjahre fällt auf. Auf die große Bedeutung von Gewalt für die Propaganda verweist JOCKHECK:

> „Propaganda und Gewalt prägten spezifische Formen und Möglichkeiten nationalsozialistischer Politik, beide Faktoren waren dabei stets präsent und vielfältig miteinander verbunden. So sollte Propaganda nicht nur Anhänger mobilisieren und formen, sondern auch Widerspenstige disziplinieren oder Gegner paralysieren. Dazu war sie auf Gewalt angewiesen – Gewalt öffnete und erweiterte Kommunikationsräume und Wirkungspotenziale für Propaganda. Gewalt konnte ihre Möglichkeiten aber auch beschränken."[425]

---

[421] DV, 14.9.1942, Nr. 255. S. 3, „Großkundgebung in Gotenhafen. Der Gauleiter sprach zur Wiederkehr des Befreiungstages zu der deutschen Bevölkerung Gotenhafens."
[422] DV, 30.3.1943, Nr. 88, S. 4, „Feste Säulen der Heimat. Gotenhafen: 2. Tag des Gauleiterbesuches - Große Frauenkundgebung."
[423] DV, 31.3.1943, Nr. 89, S. 3, „Viel wurde schon geschafft... Gotenhafen mehr und mehr eine deutsche Stadt – Der Gauleiter sprach."
[424] DV, 2./3.9.1944, Nr. 240, S. 3, „Unser Volk schmiedet und trägt Waffen. Stark besuchte Kampfkundgebungen in Gotenhafen."
[425] L. JOCKHECK, Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945, Osnabrück 2006, S. 10.

Sportveranstaltungen

„Jungen und Mädel des Führers, Ihr habt die Pflicht, gesund zu sein.“[426]

Sport wurde von der NS-Ideologie als Mittel zur Ertüchtigung „des deutschen Volkes“ angesehen und als solches stark gefördert. Ziele der Leibeserziehung waren: „Volksgesundheit, Vorbereitung auf den Wehrdienst und Gefühl der Überlegenheit und Unbesiegbarkeit.“[427] Sport war also die „Werkstatt des Sieges“. Auch in Gotenhafen betätigten sich körperlich mehr oder weniger freiwillig ganze Reihen von Stadtangestellten, Schülern, Hitler-Jugend und „normalen“ Bürgern für Wohl und Stärke der NS-Gesellschaft. Der polnischen Bevölkerung dagegen wurde entsprechend der gleichen Vorstellung von der Wirkung des Sports der Zugang zu Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern verweigert.

Das „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“ veröffentlichte die Termine des Betriebssports für die Stadtangestellten, der getrennt für Frauen und Männer durchgeführt wurde, sowie die Öffnungszeiten der Schwimmbäder und Tennisplätze. Der Betriebssportwart machte den stadtangestellten Lesern überaus deutlich, dass zahlreiches Erscheinen bei den Sportübungen Pflicht sei: „Im Interesse aller ist unbedingt erforderlich, dass sich niemand hiervon ausschließt. Die Übungen werden so gehalten, dass jeder, ob alt oder jung, hieran teilnehmen kann.“[428]

In ähnlichem Ton war ein „Direktionsbefehl der Marinehafenbaudirektion Gotenhafen“ gehalten. Er forderte die weiblichen Jugendlichen unter 21 Jahren zur Teilnahme an Leibesübungen im Saal des Zentralhotels auf[429]. Noch mehr Wert legte man auf die Leibesertüchtigung der Angehörigen von Wehrmacht, Marine und Polizei, denn davon hingen direkt Kriegserfolge ab. Ihr Anteil an in Gotenhafen durchgeführten Sportwettbewerben, Freundschaftsspielen u.ä. war laut der lokalen Presse besonders groß.

Der städtische Sportplatz befand sich im Grimmweg und war Austragungsort vieler solcher Wettbewerbe. Leichtathletik und Handball- und Fußballspiele wurden von Sportgemeinschaften der Ordnungspolizei und Wehrmacht durchgeführt, die Kriegsmarine spielte Fußball gegen Sportklubs des Reiches[430], Angehörige der Hitler-Jugend boxten in der Turnhalle um Titel[431]. Der Polizeisportverein mit angeblich zehn Abteilungen und über 350 Mit-

[426] G. SULTANO 1995, S. 73: Sultano zitiert Reichsjugendführer Baldur von Schirach (1939).
[427] L. TIETZE, Nationalsozialistische Leibeserziehung. Ursprung und Entwicklung ihrer Theorie, Düsseldorf 1984, S. 221.
[428] AOBG, 19.7.1941, Nr. 22, „Betriebssport.“
[429] APG 1038/1, Marinehafenneubaudirektion Gotenhafen, Bl. 12, Direktionsbefehl Nr. 3 vom 18.1.1943, hier u.a. „Leibungsübungen der weiblichen Jugendlichen unter 21 Jahren.“
[430] DNN, 13.12.1943, Nr. 292, „Preußen spielte in Oxhöft.“
[431] DV, 2.2.1942, Nr. 32, S. 3, „HJ-Boxen in Gotenhafen.“

gliedern und der städtische Sportverein trafen sich zu verschiedenen Sportaktivitäten[432]. Einziger Wermutstropfen war der geringe Zivilistenanteil insbesondere bei den Übungsstunden für das Turnen „im ehemaligen polnischen Kloster“[433].

Ein beliebter Sport in Gotenhafen war gerade für junge Menschen das Tennisspiel. Am Sportplatz im Grimmweg befanden sich Tennisplätze, auf denen sogar Tennisstadtmeisterschaften ausgetragen wurden[434]. Die „gesunde Konkurrenz“, die man in den verschiedenen sportlichen Wettbewerben übte, wurde mit der Aussetzung von Preisen angespornt. So stiftete beispielsweise der Oberbürgermeister einen Wanderpreis für den Staffellauf „Quer durch Gotenhafen“, an dem die Kriegsmarine und die Sportgemeinschaft der Polizei mit ihren jeweiligen Mannschaften teilnahmen. In der Saison 1941-1942 blieb der Preis in der Hand der Kriegsmarine[435].

Aber auch für jene, die lieber den weniger körperbetonten Formen des Sports frönten, fand sich in Gotenhafen etwas: An der Segelflug-Übungsstelle in Adlershorst fand regelmäßig ein Flugmodell-Vergleichsfliegen statt, woran sich die Flugzeugmodellbaugruppen der Hitler-Jugend und des Deutschen Jungvolkes begeistert beteiligten[436].

So eifrig in den ersten Jahren des Krieges auch an der Förderung und Entwicklung von Sportvereinen und des Betriebs- und Jugendsportes gearbeitet wurde, so mussten doch ab 1944 Spar- und Begrenzungsmaßnahmen in Kauf genommen werden. Zwar blieb die Leibesertüchtigung des Volkes kriegswichtig, aber sportliche Veranstaltungen, die über den Rahmen des Gaus hinauszielten, wurden gestrichen. Der Reichssportführer ordnete an, dass von allen Länderkämpfen und internationalen Wettkämpfen auf Reichsebene abzusehen war, einerseits wegen der Einberufung von Frontsoldaten, anderseits wegen des Urlaubsverbots für im Arbeitseinsatz stehende Personen. Auch die Kriegsmarine kündigte an, dass die bislang intensiv zur sportlichen Ausbildung der Marineeinheiten genutzten Marinesportplätze in Adlershorst im Jahr 1944 zur verstärkten Infanterie-Ausbildung benutzt werden würden[437].

Es ist zu vermuten, dass sich abseits von Pressenachrichten und offiziellen Sportveranstaltungen noch eine zweite Ebene des Freizeitsports entwickelte. Wie in allen Städten spielten höchstwahrscheinlich auch in Gotenhafen hunderte junge Menschen Fußball, fuhren Fahrrad und übten in Höfen und auf Wiesen spontane sportlich-spielerische Aktivitäten aus. Das

[432] DV, 17.3.1940, Nr. 76, S. 9, „Aufnahme des Sportbetriebes in Gotenhafen.“
[433] DNN, 15.1.1942, Nr. 12, S. 6, „Sport. Turnen in Gotenhafen.“
[434] AOBG, 16.8.1941, Nr. 26; DNN, 10.7.1942, Nr. 159, S. 6, „Tennisturnier in Gotenhafen“; DV, 22.8.1942, Nr. 232, S. 4, „Stadtmeisterschaften in Gotenhafen im Tennis.”
[435] DV, 11.5.1942, Nr. 129, S. 3, „Staffellauf ‚Quer durch Gotenhafen’.“
[436] DV, 4.10.1943, Nr. 273, S. 4, „60 kleine Flugzeuge im Wettkampf. Flugmodell-Vergleichsfliegen auf dem Segelfluggelände Adlershorst.“
[437] BArch RM 31/3541, Bl. 4, Schreiben des Küstenbefehlshabers mittl. Ostsee an das OKM Mar Wehr/Berlin betreffend die Besprechung in Gotenhafen vom 1.8.1944.

alles hinterließ jedoch kein Abbild in den heute verfügbaren Quellen. Ebenso wenig wissen wir von körperlich schwächeren Kindern, für die die „Leibesertüchtigung“ zur Qual wurde und die sich vor den gesunden Jungen und Mädchen beschämt fühlten, die „flink wie ein Windhund, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“ waren. Die Gehänselten, Schwächeren und Unsportlichen fanden keinen offiziellen Platz in der Gesellschaft der Starken.

Die Frage, welcher Sport in den Kriegsjahren für Gotenhafen charakteristisch war, bereitet keine Schwierigkeiten: Eindeutig prägte das Jachtsegeln das Bild vom Sport in der Stadt. Diese Disziplin hatte in den zugezogenen Deutschen aus dem Baltikum auch ihre klaren Anführer. Ohne die Umsiedler hätte die Tradition der Regatten und Wettbewerbe auf See nicht aufrechterhalten werden können, denn sie besaßen die sportliche Erfahrung und auch die Jachten, die sie in den Umsiedlerzügen mitgebracht hatten. Für die Segler-Clubs aus den baltischen Ländern war es von großer Bedeutung, in Gotenhafen und Umgebung die baltische Seglergemeinschaft aufrecht zu erhalten[438]. Aus fünf Yacht-Clubs, die in den baltischen Republiken eine lange Tradition hatten, entstand in Gotenhafen die „Baltische Segler-Vereinigung“, die schon im Dezember 1939 ihren ersten Sitz in der ehemaligen Villa des Grafen Potocki bezog. Die zugewiesenen Räume erwiesen sich jedoch schnell als für den Klubbetrieb ungeeignet, so dass nach Alternativen gesucht werden musste[439].

Die lokale Presse dokumentierte, dass dort, wo „wie ein geisterhafter Spuk [...] eine ‚Seemacht’ eines Tages von der Bildfläche verschwunden [war]“, jetzt der ostdeutsche Segelsport blühen und durch die „besondere Note“ der baltendeutschen Segler zu weitem Ruhm kommen konnte[440]. Bereits im März 1940, also nur wenige Monate nach der Umsiedlung aus dem Baltikum, hatte die Baltische Seglervereinigung bei den Meisterschaften der Eissegler große Erfolge gefeiert[441]. Im Sommer 1940 konnten dann „die vielen herrlichen Yachten der Baltischen Seglervereinigung Gotenhafen [...] vor Zoppot Bewunderung erregen.“[442]

Der Segelsport wurde gar zu einem Mittel des kulturellen Aufbaus der Stadt und trug dazu bei, „der Stadt ein deutsches Gesicht zu geben“. Auch deshalb unterstützten Stadtverwaltung und Schlichting persönlich die Sportler. Nach den Berichten der Presse entschied auch die Reichssportführung, den Segelsport „gerade während des Krieges“ besonders zu

[438] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 95-97, Schreiben des Leiters des Estländischen See-Yacht-Clubs von Holst an den Oberbürgermeister Gotenhafen vom 7.12.1939.
[439] APG-Gdynia 650/1639, Bl. 147, Bericht von E. von Holst an den Bürgermeister der Stadt Gotenhafen Cartellieri betreffend Anweisung von Räumlichkeiten für die Baltische Segler-Vereinigung vom 12.4.1940.
[440] DV, 25.1.1940, Nr. 24, S. 7, „Pläne und Aussichten des Segelsports im Gau Danzig-Westpreußen. Verstärkung des ostdeutschen Segelsports durch 1000 baltendeutsche Segler. Danzig wird Mittelpunkt des Segelsport im Osten.“
[441] DV, 23.3.1940, Nr. 81, S. 3, „Baltischer Seglerverein Gotenhafen am erfolgreichsten. Die Meisterschaften der Eissegler begannen.“
[442] DV, 7.7.1940, Nr. 184, S. 9, „Sommer – Sonne – Segelyachten. Einiges vom Danziger Segelsommer 1940, von Yachten, Seglern, Regatten.“

fördern, da „er wie kaum eine andere Sportart die deutsche Jugend zu körperlicher Tüchtigkeit, Mut, Härte und Ausdauer erzieht; und die Regatten sollen die Liebe unserer deutschen Jugend zur See und zur Seefahrt erwecken und vertiefen.“[443] Die folgenden Artikel der lokalen NS-Presse berichteten dann entsprechend von den Förderprojekten; hier seien nur kurz einige Überschriften angeführt: „Segelsport wird gefördert. Wanderpreis für die Regatta ‚Rund um die Danziger Bucht' gestiftet“[444], „Segelregatten auf der Danziger Bucht“[445], „96 weiße Yachten kreuzen vor Zoppot. Seefahrtkreuzer und Kükenklasse – Kleine Hinweise zu den Segelwettfahrten in der Danziger Bucht“[446], „Sommer – Sonne – Segelyachten. Einiges vom Danziger Segelsommer 1940.“[447]

5.7 Der polnische Untergrundstaat in Pommerellen

Entstehung des Untergrundstaates

Der polnische Untergrundstaat (Polskie Państwo Podziemne[448]) sowie die gesamte Untergrundbewegung funktionierte in den annektierten polnischen Westgebieten unter ganz anderen Bedingungen, als es beispielsweise im Generalgouvernement der Fall war. Der Terror der ersten Okkupationstage mit ihren Massenerschießungen, Aussiedlungen, die relativ große Anzahl an Deutschen, die in diesem Gebiet lebte sowie die von Forster geführte Bevölkerungspolitik mit dem Einsatz der Deutschen Volksliste und das Spezifikum der so genannten neuen Ostgaue an sich behinderten die Entwicklung von Konspirationsstrukturen. Gleichzeitig war Pommerellen ein Gebiet, das viele Militärobjekte, Produktionsanlagen der Rüstungswirtschaft, eine Kriegsmarinebasis und Häfen besaß, was das breite Interesse sowohl des polnischen als auch der Alliiertengeheimdienste, vor allem des britischen, weckte.

Trotz der erschwerten Bedingungen erfasste der polnische Untergrundstaat mit seinen Strukturen und Mitgliedern fast flächendeckend die Region Pommerellen, Schwerpunkte bil-

[443] DNN, 19./20.6.1943, Nr. 141, S. 5, „Segelregatten auf der Danziger Bucht. Die erste Wettfahrt am 4. Juli vor Gotenhafen.“
[444] DV, 6.7.1943, Nr. 183, S. 3, „Segelsport wird gefördert.“
[445] DNN, 19./20.6.1943, Nr. 141, S. 5, „Segelregatten auf der Danziger Bucht. Die erste Wettfahrt am 4. Juli vor Gotenhafen.“
[446] DV, 3.7.1943, Nr. 180, S. 3, „96 weiße Yachten kreuzen vor Zoppot. Seefahrtkreuzer und Kükenklasse – kleine Hinweise zu den Segelwettfahrten in der Danziger Bucht.“
[447] DV, 7.7.1940, Nr. 184, S. 9, „Sommer – Sonne – Segelyachten. Einiges vom Danziger Segelsommer 1940, von Yachten, Seglern, Regatten.“
[448] zum Phänomen der Polnischen Untegrundsstaates, siehe: S. SALMONOWICZ, Polskie Państwo Podziemne (PPP) 1939-1945, in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX. 1989, Toruń 1990, S. 20.

deten sich in den Oberzentren wie Gdingen, Thorn und Bromberg[449]. Die wichtigste Rolle spielte hier wie überall in Polen die polnische Heimatarmee (Armia Krajowa), die im September 1939 als Służba Zwycięstwu Polski (SZP, Dienst für den Sieg Polens) gegründet und noch im gleichen Jahr in Związek Walki Zbrojnej (ZWZ, Verband für den bewaffneten Kampf) umbenannt worden war. Aus ihr ging dann im Februar 1942 unter dem Obersten Befehlshaber und Generalinspekteur General Władysław Sikorski die Armia Krajowa (Heimatarmee) hervor. Der polnische Untergrundstaat verfügte sowohl über militärische als auch über zivile, Rechtsprechungs- und politische Strukturen. Für Pommerellen besonders wichtig waren v.a. die militärischen Strukturen, der so genannte „Bund des Bewaffneten Kampfes" der Heimatarmee (ZWZ-AK)[450].

Entwicklungsphasen des ZWZ-AK

Die Entwicklung des ZWZ-AK in Pommerellen lässt sich in drei chronologische Abschnitte einteilen: In den Jahren 1939 und 1940 entstand ein Organisationsnetz zur Vorbereitung des Aufstandes im Frühling 1940, da man in dieser Zeit den Ausbruch des Krieges im Westen erwartete. Die Konspirationsarbeit dieser Zeit wurde durch die von der Gestapo durchgeführten Festnahmen im Herbst 1940 kurz unterbrochen. In den Jahren 1940 bis 1942 erfolgte dann der weitere Ausbau der Strukturen des ZWZ-AK. Sie wurden durch Razzien der Gestapo im Herbst 1941 und Frühling 1942 zerschlagen. In den Jahren 1943 bis 1945 konsolidierte sich trotz der Gegenaktionen der Gestapo die Heimatarmee, wobei man sich auf einen Nationalaufstand sowie den Kampf mit dem sowjetischen Okkupanten vorbereitete[451].

Im Jahr 1940 wurde zunächst versucht, in Pommerellen eine Führungsstruktur der ZWZ zu gründen und Kontakt mit den regionalen Konspirationsorganisationen herzustellen. In der Zeit zwischen 1940 und 1941 wurden schließlich regionale Gebiets- und Kreisstukturen des ZWZ-AK eingerichtet. Die Funktion des Kommandanten im Gebiet Pommerellen (Komendant Okręgu Pomorskiego ZWZ) bekleideten in dieser Reheinfolge: J. Ratajczak (Februar 1940 bis zu seiner Festnahme im November 1940), R. Ostriahansky (Anfang 1942 bis zu sei-

[449] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 589.
[450] siehe „Instrukcja gen. Sosnkowskiego do płka Roweckiego o powołaniu Związku Walki Zbrojnej – 4 XII 1939, in: B. CHRZANOWSKI, A. GASIOROWSKI u. J. SZILING (Hrsg.), Okręg Pomorze Armii Krajowej w dokumentach 1939-1945, Serie: Biblioteka Fundacji 'Archiwum Pomorskie AK' Bd. II, Toruń 1991, S. 22-26; vgl. A. GĄSIOROWSKI, SZP-ZWZ-AK na Pomorzu. Stan badań i postulaty badawcze, in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX. 1989, Toruń 1990, S. 95.
[451] B. CHRZANOWSKI, Konspiracja rządu RP w regionie nadbaltyckim (1939-1945), in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX. 1989, Toruń 1990, S. 128.

ner Festnahme im Mai 1943), J. Pałubicki (Sommer 1943 bis Juli 1944 sowie ab Januar 1945 bis zur Auflösung der AK am 19.1.1945), F. Trojanowski (Mitte Juli bis Ende 1944)[452].

Die Konspiration der regionalen Strukturen der ZWZ-AK in Pommerellen war relativ stark entwickelt, obwohl sie nie die Ausmaße erreichte wie die ZWZ-AK im General-Gouvernement. Ursachen für die sehr häufigen Änderungen der Führungskader waren Festnahmen[453].

Die Aufgaben der regionalen Strukturen, wie die Belieferung des AK-Führung (Komenda Główna, KG) mit Informationen über die Verteilung der deutschen Militärkräfte und die Erkundung der deutschen Militärgarnisonen, wurden grundsätzlich von den Nachrichtendiensten der polnischen Exilregierung in London sowie der Alliierten inspiriert[454]. Neben der Weitergabe von Informationen über das deutsche Militär und die Rüstung berichtete die regionale ZWZ-AK über die Stimmung der deutschen und polnischen Bevölkerung und über die Tätigkeit der anderen geheimen Untergrundorganisationen der Region. Der ZWZ-AK startete auch die Aktion „N", d.h. eine psychologische Diversion unter den Deutschen u.a. durch Herausgabe unterschiedlicher Flugblätter in deutscher Sprache. Damit sollten die NS-Politik und die Kriegsziele des Deutschen Reiches demaskiert werden[455].

Pommerellen als Schwerpunkt des ZWZ-AK

Im Jahr 1941 wurde von der polnischen Regierung in London die Bedeutung der Übermittlung von Informationen über baltische Häfen und allgemein über die Seestreitkräfte als bedeutsam gewürdigt. Somit wurde Pommerellen gleichzeitig zu einem Schwerpunktgebiet für den ZWZ-AK. Mitte 1941 wurde im Oberkommando der ZWZ (KG ZWZ) ein Geheimdienstnetz mit dem Namen „Stragan" geschaffen. Sehr genaue Informationen lieferte die Zelle namens „Meer". Sie sammelte Informationen über den Verkehr von Kriegsmarineeinheiten, Luftschutzobjekten in Gdingen, den Handelschiffverkehr, Stationierungspositionen der Kriegs-, Wohn- und Sanitätsschiffe in Gdingen. Auf Drängen der Briten wurden die Informationen über die deutsche Kriegsmarine und Seewirtschaft in den Jahren 1942 bis 1944 häufiger als zuvor gesendet. Es gab sowohl monatliche Berichte (z.B über die Produktion der Deutschen Werke Kiel Werk Gotenhafen sowie die Schichau-Werft in Danzig) als auch spe-

[452] B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 126.
[453] Ebd., S. 413.
[454] Ebd., S. 411f.
[455] Ebd., S. 147.

zielle Meldungen und geheimdienstliche Depeschen[456]. Im Jahr 1944 wurde auch die deutsche Raketenabschussvorrichtung „V“, die in Pommerellen lokalisiert war, unterwandert[457].

Die Grauen Reihen und die polnischen Pfadfinder

Eine wichtige Organisation, die intensiv an der konspirativen Arbeit teilnahm, waren die Grauen Reihen (Szare Szeregi). Diesen Decknamen nutzte der polnische Pfadfinderbund (ZHP) bereits ab Ende 1939. Die Grauen Reihen waren in ganz Polen dem SZP-ZWZ-AK untergeordnet, in den Anfangsmonaten wurden sie in Pommerellen von Benedykt Porożyński angeführt. In den Jahren 1940 bis 1942 waren unter ihren Mitgliedern in Pommerellen ausschließlich Pfadfinderleiter und volljährige Pfadfinder[458].

Vor Ort begannen die Pfadfinder schon im Herbst 1939, spontan erste Konspirationsstrukturen herzustellen. Der Pfadfinderleiter Lucjan Cylkowski berichtete über die Anfänge der Arbeit. Die Keimzellen der Pfadfindergruppe „Czarna Trzynastka“ („Schwarze Dreizehn“) organisierte Pfadfinder Andrzej Kosianowski, der aber im Herbst 1939 in das Generalgouvernement ausgesiedelt wurde. Im Januar 1940 entstand schließlich auf Initiative von Witold Nicki die „Geheime Pfadfindereinheit“ („Tajny Hufiec Harcerzy“). Hier fanden sich jüngere Pfadfinder, die von Kommandant Henryk Szymański und seinem Stellvertreter Witold Nicki geführt wurden. Im Jahr 1942 wurde die Einheit den Grauen Reihen unterordnet[459]. Die Geschichte der Arbeit und des Schicksals dieser Einheit während der Okkupation wird bis heute lebhaft erinnert.

Die Pfadfindereinheit in Gdingen (Gdyński Hufiec Szarych Szeregów) war in den Jahren 1940 bis 1942 die stärkste Gruppe in Pommerellen. Die Hauptrolle bei dieser Entwicklung spielte Pfadfinderleiter Cylkowski, der als langjähriger Lehrer das Pfadfindermilieu sehr gut kannte. Besonders intensiv erfolgte die Entwicklung der Pfadfinderstrukturen seit Sommer 1941. Den Berichten der Grauen Reihen zufolge zählte Gdingen im Jahr 1942 etwa 70 bis 100 Pfadfinder und war damit die größte Pfadfindereinheit in den annektierten Gebieten. In der Nachrichtenübermittlung und im Geheimdienst spielten die Pfadfinder eine sehr wichtige Rolle. Die Leiter arbeiteten zudem am Ausbau des Nachrichtenstützpunktes „Anna“ in Stockholm[460].

Das Sammeln von Geheimdienstinformationen war die wichtigste Tätigkeit der Pfadfinder im Kriegsmarinestützpunkt Gdingen. Daneben war eine wichtige Aufgabe vor allem

[456] Ebd., S. 422-424 u. 428.
[457] Ebd., S. 161.
[458] Ebd., S. 250-253.
[459] Ebd., S. 107.
[460] Ebd., S. 260-268.

1940 der Aufbau der Nachrichtenübermittlung mit Warschau. In Gdingen entstanden drei „Treffpunkte“ in einer Gaststätte und einer Schusterwerkstatt im Stadtzentrum sowie in Orłowo (Adlershorst), wo den Kontaktpersonen aus Warschau Berichte übergeben wurden. Diese Treffpunkte wurden auch von der ZWZ-AK genutzt[461].

Viele Mitglieder der polnischen Pfadfinderschaft arbeiteten in deutschen Anlagen, was das Sammeln von Informationen vereinfachte. So fertigten sie z.B. Skizzen der militärisch und strategisch wichtigen Objekte in der Stadt und ihrer Umgebung an und übermittelten auch genaue Beschreibungen des Baus von U-Booten. Die Pfadfinder, die bei den Deutschen Werken Kiel in Gdingen arbeiteten, führten auch „diskrete Sabotage“ durch. Man versuchte, die entstandenen Zerstörungen so aussehen zu lassen, als ob sie Folgen eines normalen Ausfalls seien. Besondere Verdienste erwarben sich die Pfadfinder aus Adlershorst. Ihr erster Führer Hubert Garbe hat für den polnischen Geheimdienst im Jahr 1942 ein „Album“ der Luftwaffe angefertigt, in dem die Silhouetten aller Einheiten der deutschen Kriegsmarine verzeichnet waren. Sein Bruder Zygmunt Garbe, der als technischer Zeichner in der Werft arbeitete, stahl im Sommer 1942 den technischen Originalplan des schweren Kreuzers „Gneisenau“, der zur Reparatur in der Werft lag. Dieser Diebstahl hatte tragische Konsequenzen: nach erfolreichen Gestapo-Ermittlungen wurden die Grauen Reihen liquidiert[462]. Danach wurde zum wichtigsten Zentrum der Organisation in Pommerellen in den Jahren 1943 bis 1945 die Stadt Bromberg. Im Januar 1944 gab es dort ungefähr 100 Pfadfinder. Im Juli 1944 lag die Zahl aller Mitglieder der Einheit Pommern bei 153[463].

Die regionalen Untergrundorganisationen in Pommerellen: Beispiele

Eine besondere Rolle für die Konspiration in Pommerellen spielte die Organisation „Tajna Organizacja Wojskowa ‚Gryf Pomorski’“. Sie gilt als die größte regionale Organisation. In der Fachliteratur wird die Zahl ihrer Mitglieder auf 6.000 bis 8.000 geschätzt. Diese Zahlen betreffen jedoch nur den Höhepunkt der Entwicklung im Frühling 1943. Kurz danach wurden bei einer großen Gestapo-Massenfestnahme Anfang Mai 1943 über 200 Mitglieder von „Gryf Pomorski“ festgenommen. Während des ganzen Jahres 1943 wurden zwischen 700 und 800 Mitglieder dieser Organisation in Stutthof inhaftiert[464]. „Gryf Pomorski“ unterstellte sich zu keinem Zeitpunkt der AK, arbeitete aber mit ihr zusammen.

[461] Ebd., S. 259f.
[462] Ebd., S. 268.
[463] Ebd., S. 272-275.
[464] Ebd., S. 323-355.

Die Tätigkeiten von „Gryf Pomorski“ beinhalteten Selbstverteidigung, informativ-propagandistische Arbeit, Geheimdienst, Spionageabwehr, Sabotage und Diversion. Die Kampfeinsätze wurden von Waldtruppen und Partisanen durchgeführt, die insgesamt 475 bis 500 Personen zählten. Die informativ-propagandistische Arbeit war u.a. die Produktion von Flugblättern und ab 1942 die Herausgabe der Zeitung „Gryf Pomorski“ mit einer Auflage von 300 bis 500 Exemplaren[465].

Die zweitgrößte regionale Untergrundorganisation in Pommerellen war „Polska Armia Powstania“, die im Januar 1940 in Thorn gegründet worden war. Zum Zeitpunkt ihrer größten Ausbreitung im Frühling und Sommer 1943 hatte die Organisation ausgebaute Strukturen in vier Städten und 18 Gebietsstellen. Die entwickeltsten besaßen Thorn, Gdingen, Danzig und Bromberg[466]. In den Jahren 1940 bis 1943 führten die Mitglieder viele Sabotage-Aktionen durch, von denen die wichtigsten auch im Generalgouvernement bekannt wurden. Im Mai 1941 waren dies z.B. mehrere Brandstiftungen in Mühlen (u.a. die riesigen Richert-Mühlen in Thorn) oder die gezielte Entgleistung eines Zuges der Verbindung Berlin-Königsberg auf dem Streckenabschnitt Dirschau-Konitz im Juni 1942[467]. In Gdingen hat die „Polska Armia Powstania“ unter anderem im Jahr 1944 Skizzen der Kriegsflughäfen in Rahmel (Rumia) und Hexengrund sowie Pläne des Hafens angefertigt.

Offensichtlich gelang es der Gestapo im Sommer 1943, sowohl in Thorn als auch in Danzig einige Agenten in die Organisation einzuschleusen. Die Liquidierung der „Polska Armia Powstania“ begann am 21.8.1943 in Danzig, dabei wurden sowohl in Danzig als auch in Thorn zahlreiche Personen festgenommen, u.a. auch der Kommandant der Organisation Edward Rudzki. Er brach während der Ermittlungen zusammen und kooperierte ab diesem Zeitpunkt mit der Gestapo. Nach dem Aufdecken dieser Zusammenarbeit erteilte die Führung der AK im November 1944 den Befehl zur Erschießung Rudzkis, die am 11.1.1945 vollzogen wurde[468].

Sabotage

So wie das Sammeln und die Weitergabe von Informationen sowohl bei nationalen als auch bei regionalen Untergrundorganisationen die wichtigsten Bausteine der konspirativen Arbeit bildeten, blieben Sabotage und Diversion während des Krieges eher begrenzt. Die Gründe dafür waren der repressive Charakter der deutschen Okkupation in den angegliederten Gebie-

[465] Ebd., S. 359.
[466] Ebd., S. 367-369.
[467] Ebd., S. 382-384.
[468] Ebd., S. 389-394.

ten, die von den Deutschen angewandten Kollektivstrafen, die vergleichsweise schwache Organisation der pommerellischen Untergrundbewegung und die Angst vor einer Aktivierung der deutschen Polizeikräfte durch größere Aktionen. Häufiger fand Wirtschaftssabotage statt. In den Jahren 1941 bis 1944 führten die Mitglieder der ZWZ-AK in Gdingen eine diskrete, aber breit angelegte Aktion der Wirtschaftssabotage durch. Dies wurde durch die Anstellung von Polen z.B. in der Kriegsmarinebasis oder der Werft erleichtert. Sehr aktiv waren dabei die ehemaligen Unteroffiziere der polnischen Kriegsmarine sowie die Mitglieder der Grauen Reihen. Häufig sabotiert wurde z.B. die Torpedoanstalt in Hexengrund. Eine große Zahl Torpedos wurde in fehlerhafter Weise produziert, so dass sie später keine Treffsicherheit aufwiesen. Vereinzelt wurden auch Geräte auf den in Gdingen zur Reparatur stationierten Kriegsschiffen beschädigt, z.B. durch Schütten von Glaspulver in Teile der Mechanik. Im November 1941 brachen mehrmals Brände auf der „Cap Arcona“ aus. Im April 1942 konnte ein Brand auf dem Schiff „Hamburg“ in Danzig erst nach 27 Stunden gelöscht werden.

Aus den Berichten des Geheimdienstes der AK kann gefolgert werden, dass Sabotage auch bei den besser geschützten Kriegsmarineschiffen stattfand. Im September 1942 wurden die Kriegsschiffe „Admiral Scheer“ und „Pretoria“ beschädigt, im Oktober 1942 der Maschinenraum der „Prinz Eugen“, im Januar 1942 fand eine Explosion im Heizraum des Panzerschiffes „Tirpitz“ statt. In Gdingen gab es auch Sabotage auf den U-Booten durch Mitglieder der Grauen Reihen, die dort als Elektriker arbeiteten. Im Mai 1943 sank gar das U-Boot „U-735“ infolge einer solchen Aktion, im November 1943 wurde die „U-998“ beschädigt[469].

[469] Ebd., S. 461-463.

6 „Nacht fiel über Gotenhafen“: Die letzten Tage der NS-Stadt und die Flucht der Deutschen

„Dieser Krieg! Und wir Narren haben geglaubt, dass er nichts war, als reine Selbstverteidigung, wir kleinen Schafköpfe und Esel, mit unserer Selbstsicherheit haben diesen moralischen und radikalen Bankrott nicht kommen sehen.“[470]

6.1 Der Anfang vom Ende (1943-1944): Radikalisierung des Krieges, Propagandamaßnahmen

Wann nahm das Ende seinen Anfang? Die Grenze zwischen dem „geordneten“ Kriegsalltag und den chaotischen Tagen des Kriegsausgangs ist nicht eindeutig zu bestimmen. Allerdings wäre es kurzsichtig, nur die letzten Monate der NS-Herrschaft sowohl in den besetzten als auch ursprünglich deutschen Gebieten der östlichen Gaue[471] zu betrachten und die Zeitspanne der früheren Monate und Jahre bei der Betrachtung des langsam einsetzenden Endes außenvor zu lassen. Obwohl die Spanne zwischen Januar und März 1945 wohl als der Zeitraum zu bezeichnen ist, in dem die NS-Gestalt der Stadt in die Brüche ging, wurden schon ab dem Jahr 1943 für das System gefährliche Risse im Bild des NS-Gaus sichtbar. An allen Fronten kam es zu Rückschlägen, die Alliierten bombardierten deutsche Städte, die Kriegswirtschaft forderte die letzten verfügbaren Kräfte, ob Deutsche oder ausländische Zwangsarbeiter[472].

Schon im Frühling 1943, in unmittelbarer Folge der Rede Goebbels’ im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943[473], hieß es, das deutsche Volk in Danzig-Westpreußen habe von nun an „nur Pflichten“. „Die geschlossene Gemeinschaft des deutschen Volkes“, welche „auf einen Führer, eine Fahne ausgerichtet ist und weiß, was auf dem Spiele steht“ sollte nach Formulierung von Gauleiter Forster zum Garant für den Sieg werden[474]. Pflichbewusstsein sollte ab jetzt den Alltag jedes Einzelnen dominieren und von keinen Wohnlichkeiten über-

[470] Staatsarchiv Sigmaringen Wü 13 T2 723/085, Staatskommissariat für politische Säuberung/Entnazifierungsakten der Spruchkammer Balingen, Walter Binder, Ebingen.
[471] G. BAZIUR, Wpływ stacjonujących jednostek Armii Radzieckiej na sytuację społeczno-polityczną i ekonomiczną województwa gdańskiego w latach 1945-1947. Próba oceny historycznej, in: Rocznik Gdański, Bd. 60, Jg. 2000, Heft 2, S. 36.
[472] vgl. A. TOOZE 2007, S. 716- 750 (Kapitel „Zerfall“); HEER warnt ausdrücklich vor einem Opferkonstrukt der durch die Allierten ausbombardierten deutschen Städte (in Kritik zu J. Friedrichs „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002), vgl. H. HEER, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 279-306.
[473] I. FETSCHER, Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943. „Wollt ihr den totalen Krieg?“, Hamburg 1998, S. 63-98.
[474] DV, 1.4.1943, Nr. 90, S. 3, „Jetzt haben wir nur Pflichten. Der Gauleiter bei der Kriegsmarine – Abschluss des Gotenhafener Besuches.“

schattet werden. Eine Atmosphäre von Endgültigkeit, eine „Alles oder nichts"-Stimmung schlich sich von nun an in das Bild.

Den Alltag in Gotenhafen dominierten nun immer häufiger Kundgebungen und Apelle, die den Geist der Gemeinschaft und den Glauben an den Sieg wachhalten sollten. In diesem Kampf durfte niemand Zweifel an sich heranlassen.

> „Um leben zu können, müssen wir alle überhaupt verfügbaren Kräfte anspannen, dem Feind zu trotzen, müssen uns freimachen von allen uns bisher geläufigen Anschauungen, von allen persönlichen Bequemlichkeiten und nur dem Gelingen des Sieges leben. Der totale Krieg ist heute für alle, ohne Ausnahme, Wirklichkeit geworden, nicht einer darf sich ausschließen vom gemeinsamen Opfergeist, jeder muss bereit sein, alle Pflichten und Lasten für den Sieg auf sich zu nehmen."[475]

Auf „Schaustellungen, Darbietungen und Lustbarkeiten"[476] sollte verzichtet werden, diese Lücke füllten ab sofort vermehrte Appelle der Partei und Vorträge einiger Propagandaleiter aus. Ihre Worte waren stets gleich, deren Sinn ebenso. Zu ritualartigen Elementen der Propagandareden, aber auch bildlichen Ikonen der Wochenschauen wurden Darstellungen des Bolschewismus und der Russen selbst. Nach Auffasung von FEST war das Grauen der deutschen Bevölkerung vor den Bolschewisten Goebbels' „bestes Pferd im Stall" – es sollte die Kampfentschlossenheit der „Volksgemeinschaft" massiv aktivieren[477]. Zudem stärkten die Abscheu und Angst vor „Untermenschen", „Tieren" und „Wilden", die als dreckig, grausam, gefährlich und rassenunwert stets in der Propaganda präsent waren, den deutschen Kampfgeist und sollten bis hin zu wilder Entschlossenheit in der Abwehr führen[478]. Die neue Rolle Deutschlands als Retter Europas vor der „roten Pest" des Bolschewismus und dem „barbarischen Osten" wurde in diesem Zusammenhang natürlich nicht vergessen. „Wir lassen uns nicht entmutigen", hieß es in Gaupropagandaleiter[479] Diewerges Rede an die deutschen Frauen Gotenhafens:

> „Jeder einzelne Deutsche ist bedroht: Schließen wir darum die Reihen der Gemeinschaft, stärken wir den Willen zum Leben, marschieren wir zuversichtlich weiter in die

[475] DV, 2./3.9.1944, Nr. 240, S. 3, „Unser Volk schmiedet und trägt Waffen. Stark besuchte Kampfkundgebungen in Gotenhafen." Die propagandistische Darstellung „des ganzen Volkes", das jetzt, im totalen Krieg, auf Bequemlichkeiten verzichtet, blieb fern von der politischen Wirklichkeit. Die größten Profiteure des NS-Systems verzichteten bis zum Ende auf nichts, vgl. F. BAJOHR 2001, S. 62-74.
[476] F. FISCHER 2006, S. 371.
[477] J. FEST, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze, Berlin 2002, S. 42.
[478] S.O. MÜLLER, Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2007, S. 106-108; J. EBERT u. T. JANDER 2009, S. 7f. (Einführung „Deutsche Deserteure").
[479] Gaupropagandaleiter im Gau Danzig-Westpreußen: Ab 1939 W. Diewerge, ab Mitte 1940 W. Löbsack, ab 1942 Stampe, ab 1943 E. Zobus, 1944 wieder Diewerge, vgl. S. GROCHOWINA 2008b, S. 180.

> Zukunft und wachen darüber, dass nicht Zweifler und Verräter dem Führer in den Rücken fallen. Kämpfen und arbeiten wir in der gläubigen Zuversicht auf den Sieg und erkennen, dass dem Untergang geweiht ist, wer untreu wird. Wir aber werden in diesem Kampf das letzte Bataillon stellen. Adolf Hitler wird uns aus aller Not führen."[480]

Aufrufe zur Erbarmungslosigkeit im Krieg und zum Kampf um den Endsieg wurden proportional zur Verschlechterung der Frontsituation häufiger. Der „Danziger Vorposten" zitierte Konteradmiral Plath: „Dieser Kampf kann und wird nur mit einem deutschen Sieg beendet werden. Dieser Satz steht unverrückbar fest in Herz und Hirn aller Deutschen an der Front und in der Heimat."[481] Die andauernde Siegespropaganda hatte schließlich ihr Ziel erreicht: Sie ließ die, wenngleich Einiges ahnende, im Allgemeinen aber getäuschte Bevölkerung unvorbereitet auf die Katastrophe an der Front warten[482]. Nach der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad am 31. Januar 1943 („Stalingrad-Schock") und den schweren Angriffen auf das Ruhrgebiet von März bis Juni 1943 begannen immer mehr Menschen den Ausgang des Krieges in dunkleren Farben zu sehen als zuvor; jedoch ließen die andauernde Propaganda und vor allem die strengen Anordnungen der NS-Führung über die Verteidigung der östlichen Gaue bis zum letzten Soldaten und „Heimfrontkämpfer" alle, ob verzweifelt oder glaubensfest, auf ihren Posten verbleiben.

Ab Sommer 1943 kamen tausende „Ausgebombte" aus den industriellen Zentren des Reiches nach Gotenhafen und in die Städte und Gemeinden des Gaues Danzig-Westpreußen. Vor allem die nach dem großen Luftangriff im Juli 1943 obdachlos gewordenen Hamburger schilderten die Schrecken des Luftkriegs, was bei den Einheimischen die Zuversicht ins Wanken brachte[483]. Dieses Bild des Kriegselends wirkte verstörend[484]. Wenn die Behörden auch

---

[480] DV, 9./10.9.1944, S. 3, Nr. 246, „Wir lassen uns nicht entmutigen. Gaupropagandaleiter Diewerge sprach zu den Frauen Gotenhafens."

[481] DV, 13.3.1944, Nr. 72, S. 3, „Dem Gedenken der gefallenen Helden. Erhebende Feierstunden durch Wehrmacht und Partei – Kranzniederlegungen an Gräbern und Denkmälern"; noch im Jahr 1944 wurde eine zweite Auflage von „Deutsche Vollendung" von BECK in Posen herausgegeben. Die ersten Zeilen des 851-seitigen Buches „bestätigen" die Auserwählung Deutschlands und die geschichtliche Pflicht zum Sieg: „Das Reich ist der Sinn der deutschen Vollendung, die Erfüllung unserer geschichtlichen Sendung und unseres metaphysischen Auftrags. [...] Dieses Reich liegt jenseits sinnfälliger Greifbarkeit und ist dennoch jene Macht, auf der unser aller Dasein und Leben ruht.", vgl. F.A. BECK 1944, Vorwort u. S. 3.

[482] FEST schreibt über die letzten Kriegswochen: „Jahr um Jahr, bis in die letzten Wochen, hatte der umsichtig errichtete Propagandatrug des Regimes die Bevölkerung über die Wirklichkeit des Krieges getäuscht und selbst die schwersten Rückschläge als Fallgruben für die lediglich numerisch überlegenen Gegner ausgegeben. Jetzt brach das System der Täuschungen unvermittelt zusammen, und wie immer, wenn die Schleier zerreißen und die Realität die Macht zurückerobert, breitete sich eine Stimmung selbstmörderischer Lebensverachtung aus. Hinzu kam eine schwer beschreibbare Angst vor dem Racheverlangen der Roten Armee, in der sich althergebrachte Schreckenvorstellungen über den ‚barbarischen Osten', dunkle Ahnungen über das Wüten zahlreicher deutscher Verbände während des Feldzugs gegen die Sowjetunion sowie die Drohbilder der eigenen Propaganda zu Menetekeln verbanden, die unversehens alle Wände bedeckten", vgl. J. FEST 2002, S. 94f.

[483] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 407.

Versuche unternahmen, die Ausgebomten vom Rest der Bevölkerung zu isolieren, so war mündliches Erzählen nur sehr begrenzt zu unterdrücken. Angedrohte oder vollzogene Repressalien verstärkten noch das Gefühl der Unsicherheit und Angst[485].

Die Maske des Friedens enthüllte den deutschen Bewohnern Gotenhafens das böse Gesicht des Kriegsalltags während des ersten großen Luftangriffes auf die Stadt im Oktober 1943. „Die letzten Inseln des Friedens zerschmolzen im Alltag des Krieges“[486], wie FISCHER es nennt, und das geschah in nicht geringem Tempo. Die massiven Luftangriffe auf die Danziger Bucht im Dezember 1944 zerstörten schließlich auch die letzte noch verbliebene Hoffnung auf Sicherheit in diesem Teil des Reiches.

Im Laufe des Krieges hatten immer mehr Familien die Abwesenheit ihrer Väter, Söhne und Ehemänner zu beklagen. Der Alltag der Deutschen wie auch der DVL-Angehörigen war durch Einberufungen in die Wehrmacht gekennzeichnet, für die Familien der Einberufenen entsprechend immer häufiger durch Botschaften vom Tod ihrer Angehörigen an der Front[487]. Ob alt oder jung – die Maschinerie des Krieges legte keinen Wert mehr auf die Fähigkeiten der Soldaten, wichtig war nur noch ihre bloße Zahl. GRASS schreibt in „Beim Häuten der Zwiebel“: „Wo ich hinkam, standen Fotos mit Trauerrand auf Kommoden, war mit halber Stimme von gefallenen Männern, Söhnen und Brüdern die Rede.“[488] Anzeigen in der Presse vom Erleiden des Heldentodes wurden zahlreicher, nicht selten berichtete eine Familie vom Tod ihres zweiten, ja sogar dritten Sohnes[489]. Auch das „Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“, nach dessen Angaben sehr viele Angestellte und Beamte in die Wehrmacht eingezogen wurden, musste über die Verluste informieren. Ratsherren, Stadtinspekteure, Angestellte des Schulamtes, Boten der Stadtverwaltung und sogar ein Kutscher wurden aus den Reihen der Stadtbeamten gerissen[490].

---

[484] V. KLEMPERER 1995, S. 420.
[485] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 407.
[486] F. FISCHER 2006, S. 369.
[487] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 171.
[488] G. GRASS, Beim Häuten der Zwiebel, Göttingen 2006, S. 108.
[489] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 591; die Form der Todesanzeige war als Ausdruck von Zustimmung oder Abneigung zum Nationalsozialismus zu verstehen, vgl. V. KLEMPERER 1998, S. 157-159.
[490] AOBG, Nr. 2, 5.2.1944, Todesanzeigen: „Für Führer und Vaterland starb den Heldentod“ SA-Obersturmführer Gerd Sellke, Ratsherr der Stadt Gotenhafen, der städtische Angestellte Gustav Schmidt; AOBG, Nr. 13, 14.10.1944, Todesanzeigen: Sanitätssoldat Willi Picht, Stadtinspektor in der Stadthauptkasse, Leutnant Helmut Walter, Angestellter im Kriegswirtschafts- und Ernährungsamt; AOBG, Nr. 14, 28.11.1944, Todesanzeigen: Gefr. Alex Klingenberg, Angestellter des Städt. Schulamtes, August Pettke, Bote in der Stadtverwaltung, Johann Baran, Kutscher bei der Stadtreinigung.

6.2 Stimmung unter den Deutschen und Polen

Die in so vielen propagandistischen Texten und Reden gepriesene deutsche Gemeinschaft im Osten des Reiches spaltete sich auf und verschärfte die internen Abgrenzungen angesichts der sich nähernden letzten Umwälzungen des Krieges gewaltig. Umsiedler, die ihre Heimat schon einmal verloren hatten, gebildete Baltendeutsche und Bauern aus Wolhynien – die „Heimgeholten" wurden durch die Kriegsentwicklungen erneut entwurzelt. Die alte Praxis der Umsiedlung schlug für sie mit der ganzen Brutalität des Krieges erneut zu, als sie sich schließlich den langen Kolonnen deutscher Flüchtlinge anschließen mussten[491].

Wie polnische Beobachter bemerkten, hatte der Prozess der Assimilierung der verschiedenen deutschen Gruppen mit der plötzlichen Unsicherheit abrupt ein Ende gefunden. Besonders die Deutsch-Balten beschlich eine Ahnung ihres, wie es die polnischen Beobachter nannten, „größten jemals begangenen Fehlers"[492]. Später, als die sowjetische Winteroffensive ausbrach, fürchtete diese Gruppe den Einmarsch der Russen vielleicht am meisten. Die Sorgen drehten sich um eine Frage, die ein baltischer Apotheker nach einem Bericht von NOFFKE auf den Punkt brachte: „Wenn die Russen mich kriegen und an meiner Sprache hören, dass ich Balte bin, so erschießen sie mich sofort. Wohin soll ich fliehen, was soll ich nur machen – abwarten, bis sie mich fangen und erledigen?"[493]

Mitte 1944 schwand der Glaube der Heimatfront an den Endsieg beinahe völlig. Ende Juni begann die sowjetische Großoffensive, die zu einer größeren Katastrophe als in Stalingrad führte. Die Erfolge der Roten Armee im Memelgebiet im Oktober 1944 erledigten den Rest. Die deutsche Gaubevölkerung bewegte die Frage, unter welche Herrschaft man am Tag des Schicksalsschlages gelangen würde. Der Wunsch, amerikanische oder englische Besetzung zu erfahren, war selbstverständlich, und Gott bewahre vor polnischen oder russischen Okkupanten[494]. Die monatelange Propaganda sowohl gegenüber der Zivilbevölkerung als auch den Soldaten, die eingehämmert hatte, im Falle einer militärischen Niederlage würden die Deutschen durch russische Soldaten ausgerottet[495] oder im besten Fall nach Sibirien verschleppt werden, hatte ihre Wirkung erreicht. Auch das Wissen und Halbwissen über die schrecklichen Verbrechen der deutschen SS-Einheiten, Sonderkommandos und Angehörigen

[491] H. GRAML, Die Kapitulation und ihre Folgen, in: M. BROSZAT u. N. FREI (Hrsg.), Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, Freiburg-Würzburg 1983, S. 223.
[492] CAW Warszawa Oddz. VI Szt. Gł. Nacz. Wodza, II 52-96, Sprawozdanie sytuacyjne z ziem polskich za okres XII 1943, I-II 1944, Bl. 32; A. NOFFKE, Hafen der Hoffnung: Gdynia (Gdingen) Gotenhafen 1945. Ein Bericht mit Perspektiven, Hohenwestedt 1987, S. 24.
[493] A. NOFFKE 1987, S. 53.
[494] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 588.
[495] W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 10.

der Wehrmacht während des Kriegszuges in Russland weckten Angst vor Rache und davor, dass das vergossene Blut über die Täter und deren Familien kommt[496]. Auch jene Soldaten, die auf Heimaturlaub nach Hause kamen, sorgten nicht gerade für optimistische Stimmung. Vor allem die in die DVL aufgenommenen Polen, die in die Armee eingezogen worden waren, äußerten sich äußerst defätistisch, was als „Geflüster" weite Kreise der Gesellschaft erreichte[497]. So stammte die Angst vor den Sowjets schließlich sogar aus konkreten Erfahrungen.

Der totale Krieg bedeutete auch die Notwendigkeit totalen Arbeitseinsatzes. Der „Danziger Vorposten" informierte Ende Juli 1944 über die Verordnung, dass Frauen bis 50 Jahre meldepflichtig seien. Zwar hieß es, dass „die deutschen Frauen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit auch ohne gesetzlichen Zwang schon ihre ganze Kraft und aufopfernde Einsatzbereitschaft dem Lebenskampf unseres Volkes widmen, […] in der neuen Verordnung einen Ansporn sehen [werden], ihre Kriegsanstrengungen weiter zu steigern, bis der Sieg unser ist"[498], aber die Schatten der Realität waren doch recht bald größer als die propagandistischen Parolen und räumten die angeblich höheren Werte schnell aus dem Blickfeld. Täglicher Schlafmangel, überlange Arbeitszeiten, nächtliche Luftangriffe und die Trennung von Familien ließen bei vielen die großen Worte über zu erbringende Volksopfer ungehört verhallen[499]. Im Herbst 1944 arbeiteten zahlreiche Behörden und Betriebe, sofern sie nicht zur Kriegswirtschaft gehörten, nur mit halber Besetzung. Ab Januar 1945 war aus der Hälfte ein Bruchteil geworden[500]. Ob Post- oder Reichsbahnangestellte, Schulleiter oder Künstler – überall wurde das bis vor Kurzem noch unersetzbare Personal in den Kampf geschickt. In den Betrieben verblieben ältere, oft invalide Meister, die die polnischen und ausländischen Arbeitskräfte zu höchstem Krafteinsatz bringen sollten[501].

Die seit Frühling 1944 durchgeführte komplette Mobilisierung aller Kräfte bedeutete die fast ausnahmslose Einberufungen auch derer, die bis dato als untauglich oder unentbehrlich für die Kriegswirtschaft eingestuft worden waren. Ab jetzt gehörte jeder irgend abkömmliche Mann zur Wehrmacht oder in die Rüstungsindustrie, wobei alle Männer der Jahrgänge

[496] H. HEER 2004, S. 29ff. u. S. 67ff.
[497] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 516.
[498] DV, 31.7.1944, Nr. 209, S. 3, „Frauen bis 50 Jahre meldepflichtig. Verordnung zur Erweiterung unserer Kriegsanstrengungen."
[499] vgl. M. DÖRR 1998, S. 22 u. 140.
[500] W. KOWALSKI, W cieniu wyzwolenia – Gdańsk 1945, in: Biuletyn IPN Nr. 5-6 (05-06.05), S. 128-130, (Erinnerungen von Henryk Chudacz).
[501] B.R. KROENER, „Soldaten der Arbeit", Menschenpotential und Menschenmangel in Wehrmacht und Kriegswirtschaft, in: D. EICHHOLTZ (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Reihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, Bd. 9, S. 124.

1880 bis 1929 einberufen wurden[502]. Die Stimmung unter den Eingezogenen unterschied sich deutlich von der, die noch im Jahr 1939 spürbar war. Die Einberufungen 1944/45 wurden oft mit Schrecken und Bangen entgegen genommen[503]. Auch wenn noch im März 1945 nicht wenige zu glauben vermochten, die Wunderwaffe und Hitlers Unbeirrheit würden Deutschland retten[504], begannen doch viele Hunderttausende zu zweifeln und sich um die eigene Zukunft große Sorgen zu machen.

Im August 1944 charakterisierte der Oberlandesgerichtspräsident angesichts der Kriegsereignisse in Ostpreußen in einem Schreiben an den Reichsminister der Justiz, Dr. Thierack, die Situation in Forsters Reichsgau wie folgt:

> „Die gegenwärtige Lage im Reichsgau Danzig-Westpreußen steht völlig unter dem Einfluss der Kriegsereignisse an der deutschen Ostgrenze. Obgleich bei allen verantwortlichen Stellen von der Partei und Stadt nach wie vor ruhige Zuversicht besteht, wird die dem deutschen Weichselland aus dem Osten drohende Gefahr nicht verkannt. [...] Die deutsche Bevölkerung des Bezirks verfolgt die Entwicklung der Kriegsereignisse an der Ostfront mit Spannung und nicht ohne Sorge.“[505]

Auch hereinkommende Flüchtlingstransporte aus Ostpreußen nannte der Oberlandesgerichtspräsident als Gründe, warum „hier und da Bestürzung oder eine mit Fatalismus untermischte gedrückte Stimmung“ aufgekommen sei. Allerdings versicherte er, „eine wirkliche Panikstimmung“ habe es im Reichsgau „bisher nirgends gegeben“, was nicht zuletzt den ständig abgehaltenen „Stimmungshebern“, v.a. Kriegsappellen und Sprechabenden, zu verdanken war[506].

Was allerdings zur Verunsicherung der NS-Behörden führte, waren die parallel zu den Rückschlägen der deutschen Armee zu beobachtenden Veränderungen im Verhalten der hier wohnenden Polen. „Unbotmäßigkeiten, schwere Übergriffe und Ausschreitungen nehmen ständig zu“, ergänzte der Oberlandesgerichtspräsident in diesem Zusammenhang[507]. Die Polen

---

[502] APG 96/3069, Bl. 48-50, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 1.8.1944.
[503] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 516.
[504] K. MEYER-REBENTISCH, In Lübeck angekommen. Erfahrungen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, Reihe Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Hrsg. vom Archiv der Hansestadt Lübeck 2008, S. 235-242, Erinnerung von Hannelore Herholz; zur Herstellung der V2 („Vergeltungswaffe 2“), vgl. A. TOOZE 2007, S. 708ff.
[505] APG 96/3069, Bl. 48-50, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Danzig an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 1.8.1944.
[506] Ebd.; fatalistische, defätistische und „heimtückische“ Äußerungen wurden streng bestraft. SCHENK zitiert ein Beispiel, nach dem Alois K. für den Satz ‚Es wird gar nicht mehr lange dauern, dann werdet ihr Pellkartoffeln und Kleie fressen und wir die Wurst’ drei Jahre Gefängnis bekam, vgl. D. SCHENK 1995, S. 171.
[507] APG 96/3069, Bl. 48-50.

sahen die Sowjets gerne als Agenten der Gerechtigkeit und warteten so deren Aktivitäten zunächst ab. In den polnischen Berichten wird angemerkt, die polnische Bevölkerung vertrete die Meinung, dass „die bolschewistische Armee das bewirken kann, was die Polen in ihrer Ritterlichkeit nicht erreichen könnten, nämlich den Deutschen eine solche Strafe zu erteilen, wie sie es verdient haben."[508]

6.3 Veränderungen des Bildes der Stadt infolge der Flüchtlingsströme

Schon ab Beginn der zweiten Jahreshälfte 1944 wurde Gotenhafen auf den Kampf um den Endsieg vorbereitet. Um die Stadt herum enstand ein Kranz aus Befestigungen, der sie mit inneren und äußeren Ringen wie das benachbarte Danzig bald zur Festung machte. Cartellieri[509], der neben Oberbürgermeister Schlichting oberste Repräsentant der Stadtverwaltung, erinnerte sich, dass seit November 1944 „etwa 9000 Männer und Frauen" unter der Aufsicht des Stadtbaurats damit beschäftigt waren, Tag für Tag Schanzen, Gruben und Panzersperren zu errichten[510]. Seine beschönigenden Angaben sind jedoch mit großer Vorsicht zu betrachten. Frauen, Hitler-Jugend, Volkssturmmänner, Gefangene und Polen wurden zur Errichtung des Verteidigungsgürtels eingesetzt. Der Oberlandesgerichtspräsident sah im Bau eines Schutzwalles nicht nur die praktische Bedeutung für den Verteidigungsfall, sondern, so meinte er, es sei außerdem „der psychologische Wert dieser Gemeinschaftsarbeit sehr hoch zu veranschlangen."[511]

„Vater ist beim Schippen!" titelt ein Presseartikel, der die Arbeit der Männer an den Schutzstellungen beschreibt. „Neben der Hakenkreuzfahne eine Fahne in leuchtendem Blau – die Stadtfahne von Gotenhafen mit dem Wikingerschiff im Wappen", bei einer keine Rangunterschiede kennenden Arbeit, „so stehen die Männer und die Jugend in neu erlebter Kameradenschaft in ungewohnter Arbeit zusammen, um einmal einen Wall aufzurichten gegen die drohende Gefahr, aber auch zugleich zum Symbol, dass wenn es um die letzten Dinge geht, die Bereitschaft letztes zu geben, nie größer war, als in der Zeit der Not."[512]

---

[508] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 596f. (Übersetzung MS).
[509] Zur politischen Karriere von Cartellieri, vgl. B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 89.
[510] H.J. WILCKENS, Die grosse Not. Danzig-Westpreussen 1945, Sarstedt 1957, S. 139-147, Bericht aus dem Kreis Gotenhafen-Stadt von Bürgermeister Gerhard Cartellieri.
[511] APG 96/3069, Bl. 54, Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 5.12.1944.
[512] DV, 29.8.1944, Nr. 236, S. 3, „'Vater ist beim Schippen!' Das Gotenhafener ‚Feldzeichen' aufgerichtet – Vom Leben daheim."

Zunächst veränderte sich die Stadt langsam, dann zwischen Januar und März 1945 abrupt. Im Frühjahr 1944 wurden erste Ersatzquartiere für Flüchtinge vorbereitet, im Sommer desselben Jahres begannen auch die ersten Flüchtlingstransporte, das Ziel Gotenhafen anzusteuern. Ab Herbst 1944 füllten sich langsam die vorbereiteten Quartiere in Schulen[513] und öffentlichen Gebäuden mit Flüchtlingen aus dem Baltikum und vor allem aus Ostpreußen.

Die Pläne zum Ausbau der Massenunterbringungen in Stadt und Hafen gingen zu dieser Zeit noch von leicht kontrollierbaren Zahlen von Ankömmlingen aus; so sollte beispielsweise ein hygienischer Notstandard ausreichen. Um die Gefahr von Seuchen und Krankheiten zu reduzieren, überlegte man auch den Einsatz einiger Entlausungsanstalten. Die vorhandenen Anstalten in Gotenhafen und Neufahrwasser meldeten, täglich bis zu 1.000 Personen entlausen zu können. Da die Menschenmenge zunächst überschaubar war und neben dem Schiffsverkehr weitere Transportmöglichkeiten existierten, schlug die Kriegsmarine vor, „um einen Stau von Menschenansammlungen im Hafen zu vermeiden, [...] von der Möglichkeit durch geschlossenen Abtransport Unentlauster in besonderen Zügen zu Entlausungsanstalten im Innern des Reiches weitgehend Gebrauch [zu machen].“[514]

Anfangs beeinflussten die Veränderungen das Bild einer intakten Stadt noch nicht. Es gab lediglich einen Block von Flüchtlingen in einer als solcher noch mehr oder weniger erkennbaren Gesellschaft der städtischen Bevölkerung. Bald jedoch, in den ersten Monaten 1945, kippte das Gleichgewicht, und die Flüchtlinge begannen den ganzen Stadtraum zu beanspruchen: Sie waren die Stadt, und mit ihnen wurde auch die Bevölkerung selbst zu Flüchtlingen. Vom zunächst völlig fremden Element wurden die Kolonnen von Flüchtlingen in kurzer Zeit zu einem charakteristischen Element des städtischen Erscheinungsbildes und waren nicht mehr wegzudenken. Die Schiffe, Züge und Trecks der Flüchtlinge, tragische Nachrichten von den Fronten, die Mobilisierung aller vorhandenen Kräfte sowohl für den Arbeits-, als auch für den Kriegseinsatz, erste Bombardierungen der bisher so sicher geglaubten Gebiete, all das ließ die spöttischen Worte, die an einer ausgebombten Ruine in Berlin standen, zur gemeinsamen Aussage aller Betroffenen werden: „Führer befiehl, wir tragen die Folgen”, was als Zerrbild der Parole Goebbels’ von 1938 „Führer befiel, wir folgen”[515] verstanden werden durfte.

Im Sommer 1944 landeten in Gotenhafen Schiffe mit zuvor ungekannten Massen an Flüchtlingen, Verwundeten und Gefangenen. So lief aus Riga am 15.8.1944 der Transporter

[513] H.-J. BÖMELBURG, R. STÖßINGER u. R. TRABA (Hrsg), Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich, Olsztyn 2000, S. 159, Erinnerung von Michał Sikora.
[514] BArch RM 108/114, Anlage zum Kriegstagebuch K.M.D. Danzig vom 1.-15.12.1944.
[515] D. WUNDERLICH, Göring und Goebbels, Eine Doppelbiographie, Regensburg 2002, S. 197.

„Celebes“ mit 3.962 Sowjet-Gefangenen, 80 Bewachern, 100 SS-Letten, 16 Fahrzeugen, 107 Tonnen Truppengut und 98 Mann an Bord ein. Drei Tage später lief am 18.8. das Lazarettschiff „Robert Ley“ aus Pillau mit 2.251 Verwundeten ein[516]. Am 21.8.1944 gelangten mit der„Sumatra“, die aus Riga eingelaufen war, 2.750 Männer der 15. SS-Division nach Gotenhafen, ebenso wurden am 23. und 26.8.1944 mit der „Moltkefels“ und der „Sumatra“ Transporte der 15. SS-Division mit circa 2.500 Soldaten aus Riga nach Gotenhafen geschafft[517]. Zeitgleich wurde von Gotenhafen aus Nachschub an die kämpfenden Heeresgruppen der Ostfront befördert: Munition, Waffen, Fahrzeuge, Verpflegung (hier zumeist tonnenweise Konserven) und vor allem Soldaten fuhren von hier aus in den Osten[518].

Die ersten Flüchtlinge unterschieden sich deutlich von denen, die zwischen Mitte Januar und Ende März 1945 nach Gotenhafen kamen. Anfangs konnten sie noch einiges an Hab und Gut mitnehmen, obgleich die Wehrmacht nur Handgepäck erlaubt hatte[519]. Für einen Augenzeugen aus Danzig war die erste Phase des Zustroms von Flüchtlingen mit Zügen, Schiffen und in Trecks „der erste lähmende Schrecken, der plötzlich viele befiel.“[520] Insgesamt wurden zwischen August und Dezember 1944 204.932 Personen mit Schiffen nach Gotenhafen befördert, darunter 74.504 Soldaten, 28.580 Verwundete, 13.618 Gefangene und 85.671 Flüchtlinge[521]. Die wachsende Zahl an Passagieren machte der Kriegsmarine einige unerwartete Schwierigkeiten[522].

Die Lawine der russischen Offensive überfiel die deutschen Bürger Danzig-Westpreußens durch ihre Schnelligkeit und Endgültigkeit. Angst breitete sich aus, trotz der Propagandasprüche von Gauleiter und NSDAP. „Der Russe ist nicht mehr weit“[523] hämmerte sich in viele tausend Köpfe. Am 12.1.1945 griffen sowjetische Truppen unter Marschall Rokossowski und Armeegeneral Tchernjachowski Ostpreußen sowie unter Marschall Konjew

[516] BArch RM 108/119, Oberkommando der Kriegsmarine, K.M.D. Danzig, Zweigstelle Gotenhafen 1.8.1944-28.2.1945.
[517] BArch RM 108/119, Notizen vom 21., 23, und 26.8.1944.
[518] BArch RM 108/119, 1.8.1944-28.2.1945.
[519] BArch RM 108/114, Kriegstagebuch KMD Danzig, 1.1.-31.12.1944, Notiz vom 8.11.1944: „Trotz klaren Befehls des Seetransportchefs der Wehrmacht bringen die Flüchtlinge aus dem Ostland immer noch sehr viel Gepäck mit. Bahn kann Waggons zusätzlich für Gepäcktransport nicht stellen.“ Eine Woche später wurde gemeldet: „Bisheriger Befehl, dass die Flüchtlinge nur Handgepäck, welches sie selbst tragen können, mitnehmen dürfen, wird anscheinend im Ostland nicht beachtet. Gepäck nach wie vor umfangreich.“, vgl. BArch RM 108/114, Kriegstagebuch der Kriegsmarinedienststelle Danzig für die Zeit vom 16. bis 30.11.1944, Aus der Sitzung des Seetransportstabs Danzig vom 16.11.1944.
[520] H.J. WILCKENS 1957, S. 164f., Sonderbericht von Dr. Inge Möller vom Danziger Rundfunk. In den polnischen Berichten wurde schon im Oktober 1944 die Beobachtung notiert, dass jeden Tag ein paar Hundert Treks aus Ostpreußen durch die Region Pommerellen kommen, vgl. 9.XI.1944, Sprawozdanie kpta Alojzego Suszka, komendanta Inspektoratu Bydgoszcz dla Komendy Okręgu Pomorze AK, in: B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. J. SZILING (Hrsg.) 1991, S. 94-96.
[521] BArch RM 108/119, Ein- und Auslaufende Dampfer vom/ins Ostland.
[522] BArch RM 108/119, Notiz vom 10.10.1944.
[523] R. LANGE, Die Tragödie der „Wilhelm Gustloff“. Ein Überlebender berichtet (1), in: „Unser Danzig“, Nr. 5, 5.3.1982, S. 6.

die Stadt Breslau an. Bereits im Februar 1945 fiel das oberschlesische Industriegebiet in die Hände der Roten Armee. Am 2.2.1945 fiel Thorn[524], zwei Wochen später wurde die Festung Breslau eingeschlossen[525].

Ein Augenzeuge aus Gotenhafen schrieb: „Es wurde bereits wenige Tage nach dem 12. Januar in den Soldatenhaushalten gepackt, um sich möglichst bald in Richtung Westen abzusetzen; und zwar mit dem Schiff, waren doch die Züge aus dem Osten mehr als bis auf den letzten Platz besetzt.“[526] Gotenhafens Bürgermeister Cartellieri beschrieb die Situation Mitte Januar 1945 folgendermaßen:

> „Als am 14. und 15. Januar die Erfolge der russischen Offensive bekannt wurden, machten sich auch von Gotenhafen aus Frauen und Kinder auf den Weg nach dem Westen. Zunächst konnten sie noch in den fahrplanmäßigen Zügen unterkommen. Aber schon in den nächsten Tagen waren diese Züge von Danzig ab so überfüllt, daß ein Zusteigen in Gotenhafen nicht mehr möglich war.“[527]

In der zweiten Phase des Flüchtlingsstroms drängten schier unendliche Menschenmassen in die Stadt. Ab Mitte Januar 1945 avancierte Gotenhafen zur „Stadt der Hoffnung“, zum Eingangstor in den Westen. Flüchtlinge wie ansässige Deutsche sahen im Hafen und den von dort abfahrenden Schiffen ihre Rettung.

Aus den Artikeln aus den ersten Monaten der NS-Herrschaft in Gdingen lässt sich eine „Leere“ des Ortes herauslesen. Im Januar 1940 schrieben die Reporter des „Danziger Vorposten“, die Straßen seien leer und nur Arbeitskolonnen, die den Schnee räumten, seien neben einzelnen Passanten zu sehen gewesen. Als Grund nannte man die Kälte, bei der niemand sich habe draußen aufhalten wollen. Fünf Jahre später, in den gleichen Wintermonaten, bei Schneestürmen und zweistelligen Minustemperaturen, waren Straßen, Bahnhof und vor allem der Hafen von Menschenmassen erfüllt. Gotenhafen war deutsch wie nie zuvor, allerdings schwärmten die NS-Herrscher fünf Jahre zuvor nicht von dieser Art der Bevölkerungsdichte. Während Tausende Deutschen zu- und in Panik weiterströmten, wurden die ehemaligen Bewohner der Stadt Gdingen, die Polen, plötzlich sichtbarer. Diese Präsenz der bisherigen „Kellergesellschaft“ führte für die deutschen Bewohner und die Neuankömmlinge zu einer noch größeren Entfremdung von der Stadt. Die höhnischen Blicke der Polen ließen diejenigen, die

[524] F. FISCHER 2006, S. 373.
[525] Detaillierte Informationen zur militärischen Lage zwischen 15.1. und 31.3.1945 um Danzig-Zoppot-Gdingen finden sich bei B. HAJDUK, Tragiczny rok 1945. Założenia operacyjne, przebieg działań wojskowych i opanowanie Gdańska przez Armię Radziecką (I-III 1945), in: E. CIEŚLAK (Hrsg.), Historia Gdańska, Band IV/2: 1920-1945, Sopot 1999, S. 309-336.
[526] A. NOFFKE 1987, S. 30.
[527] H.J. WILCKENS 1957, S. 139-147.

sie auf ihrer panischen Flucht noch wahrnahmen, sich selbst nur noch schneller fortwünschen. Das Tagebuch einer Familie macht das veränderte Verhalten der Polen gut vorstellbar:

> „22. Januar 1945. Wir schicken die Kinder zum Friseur, sie kommen wieder. ‚Die schneiden uns nicht die Haare, die sprechen jetzt alle polnisch und haben gesagt, wir sollen mal wieder gehen!' [...] 23. Januar 1945. [...] Ich will meine Nähmaschine, die in Reparatur ist, mit nach Hause nehmen; in dem Geschäft stehen die Lehrjungen und Verkäufer zusammen, rauchen, trinken, quatschen polnisch. Höhnisch antwortet man mir polnisch, ich bekomme die Maschine nicht."[528]

Es ist schwer zu beurteilen, wie und in welchem Ausmaß die in Gotenhafen wohnenden Polen nach einer Vergeltung strebten. Im Allgemeinen gab es sicher nur wenige, die „zwischen den Nationalisten und dem deutschen Volk einen Unterschied" machten: „Für die polnische Bevölkerung waren alle Deutschen schuldig", beschrieb nach dem Krieg BARTOSZEWSKI die Gefühle[529]. Hass galt insbesondere den NS-Bonzen, den verdienten Mitgliedern des NS-Systems in Stadt und Gau[530]. In den dokumentierten Fällen, in denen private Kontakte zwischen deutschen und polnischen Familien bestanden, waren jedoch sicher auch Mitleid und Mitgefühl im Spiel[531].

Das Stadtbild im Januar und Februar 1945

Das Stadtbild Anfang 1945 widersprach den früheren propagandistischen Darstellungen völlig: Der Hafen lag abgedunkelt, die Straßen waren ohne Beleuchtung, Kälte und Schneestürme beherrschten die Stadt. Auf den Straßen lagen Gepäckstücke und herrenlose Gegenstände, Müll verschwand unter Bergen von Schnee[532]. Die O-Busse und Züge zwischen Gotenhafen und Danzig fuhren noch Anfang Januar wie gewohnt, doch ab der dritten Januarwoche erschwerte der immer wieder ausfallende Strom den Betrieb. Die Nahrungsvorräte schrumpften, die Milch für Kleindkinder reichte nur selten aus[533]. Die Stadt versuchte, die Lebensmittelversorgung mit Fischfängen zu ergänzen, was dadurch erschwert wurde, dass man die Mitglieder

[528] Aufzeichnungen der Mutter von Frau Christiane Schmelzkopf (Kopie des Manuskripts liegt der Autorin vor), Unsere Flucht aus Gotenhafen Jan.-Februar 1945, S. 2f., Notizen vom 22. u. 23.1.1945, s.a. M. SCHMIDTKE, Rettungsaktion. Eine Großtat der Menschlichkeit, Ostsee 1944/1945. Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer, Bonn 2006, S. 291, Bericht der Zeitzeugin Erna Schneider; M. DÖRR 1998, S. 486; A. NOFFKE 1987, S. 30.
[529] W. BARTOSZEWSKI, Und reiß uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen, Warschau 2005, S. 21.
[530] Z. MAZUR, A. PIETROWICZ u. M. RUTOWSKA 2004, S. 407.
[531] H.-J. BÖMELBURG, R. STÖßINGER u. R. TRABA 2000, S. 161f., Erinnerung von Michał Sikora.
[532] vgl. zur Situation Breslaus U. FRODIEN, Umierające miasto, in: Karta, Nr. 31, 2000, S. 67.
[533] Amtsblatt des Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen vom 21.2.1945, S. 20, „Abgabe von entrahmter Frischmilch."

der Fischerei zunächst von den Diensten des Volkssturms freistellen musste[534]. Die flüchtenden Bauern schlachteten ihr zurückzulassendes Vieh; neben dem Hunger war ein Grund dafür auch, dass man den Sowjets nichts hinterlassen wollte[535].

Angst und Unruhe überfielen die deutschen Einwohner: Die Front rückte immer näher, das Elend der Neuankömmlinge deutete bereits das Schlimmste an. Vor einer Angststarre bewahrte die Stadt jedoch schon allein das schier unkontrollierbare Treiben, von dem sie erfüllt wurde[536]. Gerade jene, die das sommerliche Urlaubs- und Strandleben Gotenhafens kannten, sahen im Winter 1944/45 ein erschreckendes Bild vor sich. Wohnungen, Gaststätten, Behördengebäude, Schulen, Kinos und die Kriegsmarineeinrichtungen füllten sich bis zum letzten Platz mit Menschen, die weiter nach Westen wollten[537] – Gotenhafen war ein einziges großes Lager[538]. Daneben entstanden provisorische Anstalten für Verwundete, in den Hallen des Hafens[539] und im leeren Kohlenbunker[540] wurden selbst Schwerverwundete mit amputierten Gliedmaßen zu Hunderten untergebracht und für den Weitertransport vorbereitet. Das völlig überfüllte städtische Krankenhaus wurde Ende März 1945 samt Schwestern und Ärzten über Oxhöft nach Hela verlegt[541]. Die vielen hundert Menschen, die auf der Flucht an Kälte, Krankheiten oder Erschöpfung gestorben waren, wurden zunächst auf dem Waldfriedhof, später nur noch in meterlangen Gruben in der Stadt begraben. Die Erinnerungen zahlreicher Augenzeugen sprechen alle vom gleichen Zustand: „Es herrschte Chaos, unzählige Pferdegespanne und Schlitten, bepackt mit Möbeln und Hausrat, standen unbeaufsichtigt herum."[542] „Gotenhafen: Totales Chaos, Soldaten, Gefangene unter Bewachung, Flüchtlinge, Pferde und Wagen."[543] „In der Stadt betrunkene Polen, wüstes Durcheinander, fragwürdige Gestalten schießen aus dem Boden wie die Pilze."[544]

Mitten in dieses Chaos trat ein weiteres bizzares Bild des kriegerischen Wahnsinns: Der aus allen verfügbaren Zivilisten zusammengezogene Volkssturm veranstaltete ab Februar 1945 Gefechtsübungen mit Panzerfäusten auf den Plätzen der Stadt. Der Volkssturm war als

[534] APG-Gdynia 218/16, Bl. 122, Schreiben des Fischereiamtes Gotenhafen an das Polizeipräsidium in Danzig betreffend Stadtwacht vom 27.2.1945.
[535] A. NOFFKE 1987, S. 57.
[536] vgl. U. FRODIEN 2000, S. 68.
[537] H. SCHÖN, Rettung über die Ostsee. Die Flucht aus den Ostseehäfen 1944/45, Stuttgart 2002, S. 121; vgl. H.-J. WILCKENS 1957, S. 139-147 u. 164f.; M. SCHMIDTKE 2006, S. 289, Bericht der Zeitzeugin Doris Ritter.
[538] A. NOFFKE 1987, S. 32f.
[539] E. KIESER, Danziger Bucht 1945. Dokumentation einer Katastrophe, Esslingen 1979, S. 193.
[540] K.E. FRANZEN, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin-München 2001, S. 81.
[541] H.-J. WILCKENS 1957, S. 139-147.
[542] J. SCHROETTER, Zwischen Danzig und Niederelbe, Gestern und Heute. Eine Hommage an meine Mutter, Geschichten und Gedanken, Berlin 2005, S. 23.
[543] K.E. FRANZEN 2001, S. 81, Bericht von Joachim Wordel, Jahrgang 1935 aus Ostpreußen.
[544] Aufzeichnungen der Mutter von Frau Christiane Schmelzkopf (Kopie des Manuskripts liegt der Autorin vor), Unsere Flucht aus Gotenhafen Jan.-Februar 1945.

letzte Linie der Verteidigung gegen die russischen Soldaten gedacht. Zusätzlich zu den ab November 1944 errichteten Verteidigungsringen um die Stadt herum wurden nun auch innerhalb der Bebauung Schanzen und ähnliche Vorrichtungen aufgebaut. NS-Bürgermeister Cartellieri erinnerte sich in seiner Nachkriegsdarstellung folgendermaßen an diese Leistung:

> „Als der Ring um Gotenhafen geschlossen war, begann man auch die Innenstadt zur Verteidigung, sprich Häuserkampf, vorzubereiten. An allen Enden wurden Gräben ausgehoben, M.G.-Stände gebaut, Haustüren bis auf die Breite eines schlanken Menschen mit Sandsäcken verbarrikadiert und in Brandmauern Schießscharten gestemmt. Sechzehn Stützpunkte aus günstig gelegenen Häuserblocks oder Hausgruppen wurden so gebildet. Die sechsgeschossige Häuserzeile an der Fichtestraße, Rathaus und Gotenapotheke und Bauamt, das Gebäude der Kreisleitung mit Umgebung, Café Wien, der Bahnhof, das Amtsgericht, Café Berlin [...]."[545]

6.4 Die Schiffstransporte von Januar und Februar 1945

Bis in den Januar 1945 hinein war eine Flucht von Gotenhafen auf dem Landweg nach Westen möglich. Wegen des schnellen Vordringens der russischen Truppen wurde dieser Weg jedoch bald abgeschnitten; es blieb danach nur noch die Ostsee als Fluchtweg[546].

Ende Januar 1945 war die Wetterlage für „Operationen, Nachschub, Rücktransport der Divisionen, Rückführung der Flüchtlinge denkbar ungünstig." In der Nacht auf 28.1. gab es Sturm, starkes Schneetreiben, Frost und fast unbegehbare Wege[547]. Trotz dieser Bedingungen lief spät abends der Dampfer „Castor" aus Pillau in den Hafen ein, der 3.500 Flüchtlinge, darunter 1.500 Werftarbeiter an Bord hatte. Einige Stunden später, am Morgen des 29.1., lief außerdem der Dampfer „Goya" aus Libau ein, der außer Soldaten, LKWs und PKWs auch sechs O-Busse transportierte[548]. Am 30.1.1945, dem Tag der letzten Rundfunkansprache Hitlers, lief das wohl im Nachhinein bekannteste und in der Erinnerung der Deutschen am stärksten präsente Schiff aus dem Hafen der Hoffnung aus: Die „Wilhelm Gustloff" hatte an diesem Tag über 6.000 Menschen an Bord.

---

[545] H.-J. WILCKENS 1957, S. 139-147.
[546] vgl. zu den Zahlen der während der Flucht und später während der Vertreibungen gestorbenen Deutschen und den historischen Streit über diese Befunde I. HAAR, Die demographische Konstruktion der „Vertreibungsverluste". Forschungsstand, Probleme, Perspektiven, in: Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Historie. Krieg und seine Folgen, Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, S. 108-125.
[547] BArch RM 108/119, Notiz vom 27.1.1945.
[548] BArch RM 108/119, Notiz vom 29.1.1945.

Trotz der kurz darauf verbreiteten Nachricht von der Katastrophe der „Wilhelm Gustloff“ machten sich in den nächsten Tagen weitere Flüchtlingsschiffe auf den Weg, denn ein Zurück gab es nicht, die Hoffnung auf ein Vorwärts aber schon[549]. Die Passagierschiffe „Hansa“, „Hamburg“, „Deutschland“ und „Cap Arcona“, die Kriegsschiffe „Admiral Hipper“ und „Prinz Eugen“ sowie kleinere und größere Boote und Schlepper nahmen nach Kräften Verwundete und Bewohner Gotenhafens an Bord, um sie aus dem Kriegsgebiet zu evakuieren[550]. Offiziell wurde jedoch auch weiterhin daran festgehalten, dass die Generäle der betreffenden Verbände jeweils nur die Ressourcen freigaben, die nicht kriegsnotwendig waren, sie gaben also weiterhin „den militärischen Interessen den Vorrang.“[551] Im Bericht des Oberlandesgerichtspräsidenten von Mitte Februar 1945 heißt es dazu:

> „Die noch nicht feindbesetzten Teile des Reichsgaues, insbesondere die Städte Danzig und Gotenhafen selbst sind durch die aus Ost- und Westpreußen zusammengeströmten Flüchtlinge überfüllt. Der Zustrom von Flüchtlingen aus Ostpreußen teils über die Frische Nehrung, teils mit Schiffstransporten über See dauert an. Dieser Zustand bringt für eine Verteidigung von Danzig und Gotenhafen große Gefahren mit sich. Die Ernährungsvorräte werden schnell aufgezehrt, bei Fliegerangriffen oder einer Beschießung würde eine Panik die unausbleibliche Folge sein. Versuche der maßgebenden Stellen, einen laufenden Abtransport der Flüchtlingsmassen durchzuführen, sind anscheinend bisher wegen Fehlens von Transportmitteln fast ergebnislos geblieben, zumal auch Pommern keine Flüchtlinge mehr aufnehmen kann.“[552]

Liest man die täglichen Ein- und Auslaufprotokolle des Hafens, wird jedoch schnell die Intensität deutlich, mit der die Tranporte dennoch durchgeführt wurden. So lief am 1.2.1945, wenige Stunden nach dem Untergang der „Gustloff“, um 7 Uhr morgens der Transporter „Ingrid Leonhardt“ nach Libau aus. Um 10 Uhr lief der Transporter „Sanga“ aus Pillau mit 1.400 Verwundeten und 100 Flüchtlingen ein. Eine Stunde später brachten die MS „Wartheland“ und die MS „Deike Ric Mers“ weitere Flüchtlinge aus Pillau. Auch um 15, 16 und 17 Uhr liefen noch Schiffe mit Flüchtlingen und Verwundeten aus Pillau und Königsberg in Gotenhafen ein[553].

---

[549] K. MEYER-REBENTISCH 2008, S. 165-167, Erinnerungen von Hans Gerber.
[550] H. SCHÖN 2002, S. 121; S. AUST u. S. BURGDORFF (Hrsg.), Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart-München 2002, S. 55.
[551] W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 15.
[552] APG 96/3069, Bl. 66-70, Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Wohler an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 16.2.1945 betreffend die Auswirkungen der Kriegslage auf die Justiz im Oberlandesgerichtsbezirk Danzig.
[553] BArch RM 108/119, Notiz vom 1.2.1945.

Die Anzahl von Flüchtlingen auf den Schiffen lag jeweils an der Obergrenze der Möglichkeiten. Der am 18.2.1945 nach Saßnitz ausgelaufene Passagierdampfer „Deutschland“ hatte 1.450 Verwundete, 7.050 Flüchtlinge und 600 Tonnen Stückgut geladen[554], die zwei Tage später ebenfalls nach Saßnitz ausgelaufene „Hamburg“ 1.418 Verwundete und 8.020 Flüchtlinge[555]. Am 23.2.1945 legte die PD „Deutschland“ ebenfalls mit Ziel Saßnitz ab und transportierte 1.400 Verwundete, 6.400 Flüchtlinge und 1.200 Marineangehörige und Rüstungsarbeiter[556]. Allein in diesen sechs Tagen waren also knapp 27.000 Personen nach Saßnitz ausgeschifft worden. Nach den 9.860 Flüchtlingen, die auf 13 Schiffen im Januar angekommen, und den 36.382 Flüchtlingen, die auf 25 Schiffen im gleichen Monat von Gotenhafen abgefahren waren, folgte die Hauptwelle der Transporte im Februar (s.a. Abb. 28). In diesem Monat liefen insgesamt 244 Schiffe mit 105.651 Flüchtlingen und 21.383 Verwundeten ein und 58 Schiffe mit 84.887 Flüchtlingen und 15.655 Verwundeten wieder aus[557]. Aus der gesamten Danziger Bucht wurden im Januar 62.464 Flüchtlinge und 10.872 Verwundete auf dem Seeweg nach Westen evakuiert, für den Februar liegt für die Häfen Danzig, Gotenhafen und Pillau als Summe eine Zahl von 233.000 Personen, darunter 164.417 Flüchtlingen, vor[558].

Die meisten Flüchtlinge, die im Westen ankamen, versuchten ihre zurück gebliebenen oder auf anderen Schiffen evakuierten Familien zu kontaktieren, was im allgemeinen Chaos nicht einfach war. So bemühte sich z.B. die Tochter des Fischergruppenleiters Hela um einen Kontakt mit ihrem Vater, indem sie die höheren Behörden anschrieb, die noch in Gotenhafen verblieben waren. Ihr Brief vom 10.2.1945 an den Reichsverband der Deutschen Fischerei schildert ein Schicksal, das viele hundert andere Flüchtlinge ähnlich erlitten haben dürften:

> „Da keine andere Möglichkeit besteht, meinen Vater, den Fischergruppenleiter Gottfried Grönwald II aus Hela über seine Familie zu benachrichtigen, bitte ich Sie recht höflich, mir zu helfen und ihn durch das Oberfischmeisteramt Gotenhafen oder Landesfischereiverband Danzig zu benachrichtigen, dass seine Tochter und Kind gesund in Warnemünde sind und seine Frau schwer verletzt im Krankenhaus zu Swinemünde liegt. Die anderen Familienmitglieder fuhren mit dem Schiff ‚Memel’ und sämtlich alle Sachen sind durch Sinken des Schiffen untergegangen. Eine Frau Frieda W[...] aus Hela ist ebenfalls mit zwei Kindern gerettet in Warnemünde. Ich bitte Sie nochmals, doch al-

[554] BArch RM 108/119, Notiz vom 18.2.1945.
[555] BArch RM 108/119, Notiz vom 20.2.1945.
[556] BArch RM 108/119, Notiz vom 23.2.1945.
[557] BArch RM 108/119, Notiz vom 28.2.1945.
[558] W. HUBATSCH, Flüchtlingstransporte aus dem Osten über See. Die letzten Geleitaufgaben der deutschen Kriegsmarine 1945, in: Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Band IX, München 1962, S. 415.

les zu versuchen, um meinem Vater irgend eine Nachricht zu übermitteln, da er gar nicht weiß, wo wir sind und wer noch lebt.“[559]

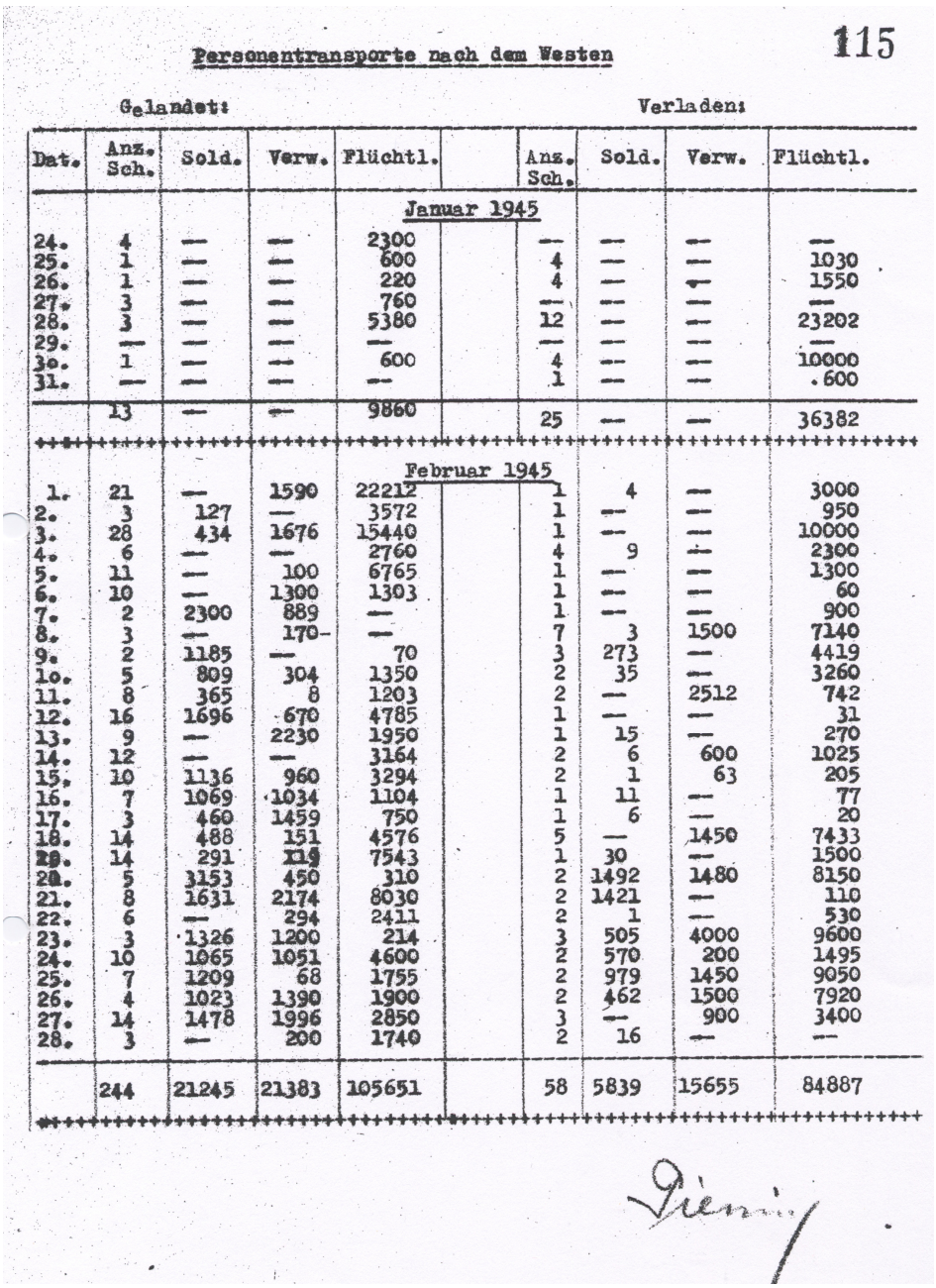
Das Antwortschreiben vom 6.3.1945 bestätige die Übermittlung der Nachricht an den Fischergruppenleiter, allerdings verblüfft die beigefügte Einschätzung des Oberfischereiamtes Gotenhafen. Der Autor, wahrscheinlich der Leiter des Amtes Stahlberg, schrieb: „In Gotenhafen herrscht, abgesehen von dem Flüchtlingswirrwarr, Ruhe. Deshalb halte ich auch für die Zukunft Gotenhafen für ungefährdet. Ich bin also hier immer noch zu erreichen, sei es durch die Post oder durch den Fernsprecher.“[560] In einem anderen Schreiben einer bereits evakuierten Mitarbeiterin Stahlbergs an selbigen vom 14.2.1945, das eigentlich Gehaltsaufstellungen zum Thema hatte, äußert die Autorin auch ihre Vermutungen zur Situation in Danzig:

„Ich stelle mir vor, dort geht noch alles so halbwegs geregelt, wenn auch das Kampffeld bedenklich nahe gerückt ist. [...] Von meinem Mann erhielt ich gestern seit dem 11.1. mal wieder eine Nachricht. Er verbleibt noch in Dänemark und empfindet das Geschehen in der Heimat recht schmerzlich. Für unser liebes Deutschland nur das Beste und den baldigen Sieg und Frieden wünschend will ich nun schließen.“[561]

Hierauf antwortete Stahlberg am 27.2.1945 mit einer kleinen Beschreibung der aktuellen Situation, die auch die Stimmung vor Ort wiedergibt:

„Hier im Hause hat sich seit 3 Wochen viel geändert. Wir haben 274 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Alle verfügbaren Räume sind durch die Partei belegt worden. Geschlossene Wohnungen mussten geöffnet werden. Na, es ist unbeschreiblich, wie verschiedene Leute sich benehmen. Ich selbst habe auch eine Zeitlang kaum gewusst, wo ich ein paar Nachtstunden Ruhe finden könnte. Es ist aber heute Notzeit und daher muss das in Kauf genommen werden. Die armen Evakuierten haben ja viel, viel mehr leiden müssen und verloren ihr Alles. Das Elend der Flüchtlinge ist unbeschreiblich. Wir glauben aber fest daran, dass alle ihre Heimat im Frieden, ja vielleicht noch viel früher, wieder sehen werden, dann aber neu aufbauen müssen. Wir fangen alle von vorne an.“[562]

[559] APG-Gdynia 218/16, Bl. 104, Schreiben an den Reichsverband der Deutschen Fischerei vom 10.2.1945 von Anneliese Löbenbrück in Warnemünde.
[560] APG-Gdynia 218/16, Bl. 105, Schreiben des Fischereiamtes Gotenhafen vom 6.3.1945 an den Reichsverband der deutschen Fischerei, z.Hd. Regierungsfischereirat Dr. Wiehr.
[561] APG-Gdynia 218/161, Brief von Charlotte Henck (Kamp) an Stahlberg vom 14.2.1945.
[562] APG-Gdynia 218/161, Schreiben von Stahlberg an Frau Charlotte Henck (Kamp) vom 27.2.1945.



Personentransporte nach dem Westen 115

Dat.	Gelandet: Anz. Sch.	Sold.	Verw.	Flüchtl.	Verladen: Anz. Sch.	Sold.	Verw.	Flüchtl.
				Januar 1945				
24.	4	—	—	2300	—	—	—	—
25.	1	—	—	600	4	—	—	1030
26.	1	—	—	220	4	—	—	1550
27.	3	—	—	760	—	—	—	—
28.	3	—	—	5380	12	—	—	23202
29.	—	—	—	—	—	—	—	—
30.	1	—	—	600	4	—	—	10000
31.	—	—	—	—	1	—	—	.600
	13	—	—	9860	25	—	—	36382
				Februar 1945				
1.	21	—	1590	22212	1	4	—	3000
2.	3	127	—	3572	1	—	—	950
3.	28	434	1676	15440	1	—	—	10000
4.	6	—	—	2760	4	9	—	2300
5.	11	—	100	6765	1	—	—	1300
6.	10	—	1300	1303	1	—	—	60
7.	2	2300	889	—	1	—	—	900
8.	3	—	170-	—	7	3	1500	7140
9.	2	1185	—	70	3	273	—	4419
10.	5	809	304	1350	2	35	—	3260
11.	8	365	8	1203	2	—	2512	742
12.	16	1696	670	4785	1	—	—	31
13.	9	—	2230	1950	1	15	—	270
14.	12	—	—	3164	2	6	600	1025
15.	10	1136	960	3294	2	1	63	205
16.	7	1069	1034	1104	1	11	—	77
17.	3	460	1459	750	1	6	—	20
18.	14	488	151	4576	5	—	1450	7433
19.	14	291	119	7543	1	30	—	1500
20.	5	3153	450	310	2	1492	1480	8150
21.	8	1631	2174	8030	2	1421	—	110
22.	6	—	294	2411	2	1	—	530
23.	3	1326	1200	214	3	505	4000	9600
24.	10	1065	1051	4600	2	570	200	1495
25.	7	1209	68	1755	2	979	1450	9050
26.	4	1023	1390	1900	2	462	1500	7920
27.	14	1478	1996	2850	3	—	900	3400
28.	3	—	200	1740	2	16	—	—
	244	21245	21383	105651	58	5839	15655	84887

Abb. 28: Übersichtstabelle „Personentransporte nach dem Westen“ für Gotenhafen, Quelle: BArch RM 108/119.

Außer Flüchtlingen, Soldaten und Verwundeten wurden auch tausende Tonnen Güter aus der Stadt geschafft. Insbesondere der Dienstbesitz der verschiedenen Behörden wurde sorgfältig verpackt und auf die auslaufenden Schiffe verladen. So nahm der Dampfer „Antonio Delfino“ das Behördengut des Fischereiamtes auf; Schreibmaschinen und geheime Akten, Dienstflaggen und Stempel versandte man so in sichere Gebiete[563]. Dies funktionierte nicht immer reibungslos, wie eine Stellungnahme des stellvertretenden Leiters des ostpreußischen Fischereiamtes Lötzen (heute Giżycko) zeigt:

[563] APG-Gdynia 218/16, Bl. 81f., „Behördengut des Fischereiamtes Gotenhafen.”

„Am 22.1.45 um 11 Uhr wurde durch den Kreisleiter von Lötzen bekanntgegeben, dass die Räumung der Stadt sofort erfolgen und bis zum Abend beendet sein müsse.[...] Am 23.1. erfolgte die Sprengung aller wichtigen Anlagen. [...] 3 Wochen vorher hatte der Herr Landrat die Verlagerung des Gutes aller Behörden bereits angeordnet. Darauf sollten die wertvollen Bürosachen in Kisten verpackt und nach Rhein (Gefängnis) überführt werden. Der Abtransport des Behördengutes war jedoch nicht möglich, weil Transportmittel nicht verfügbar waren. Die Angestellten des Büros haben am 22.1.45 Lötzen ebenfalls verlassen und sind teils zu Fuß, teils im Treck abgewandert. Mein Versuch, am 24.1. von Elbing nach Danzig zu gelangen, war vergeblich. Ich fuhr daher nach Braunsberg und glaubte, das Freiwerden der Straße nach Elbing und Danzig erwarten zu können. Am 29.1. jedoch erfolgte auf diese Stadt ein Bombenangriff in 19 Wellen, durch den die Stadt in Trümmer gelegt wurde und auch mein PKW einen Volltreffer erhielt und vernichtet wurde. [...] Ich möchte nochmals hervorheben, dass das gesamte Behördengut des Fischereiamtes Lötzen außer den Geheimakten, die ich persönlich verbrannt habe, in Lötzen zurückgeblieben ist. Es ist mir auch bekannt, dass das gesamte Gut der Fischereischule Lötzen den Russen in die Hände gefallen ist.“[564]

Viele Behördenleiter nutzten ihre Möglichkeiten zur Flucht, ohne auf Befehl von oben zu warten[565]. Allerdings war die Strafe für das Verlassen des Einsatzpostens streng. Der Reichsführer-SS befahl im Februar 1945, dass Verlegungsbefehle für militärische und zivile Dienststellen in den Ostgauen nur von den zuständigen Heeresgruppenleitern, im Reichsgau Danzig-Westpreußen also dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Weichsel, gegeben werden durften. „Ein Verlassen der Stellen ohne diesen Befehl ziehe unverzüglich den Tod des Betreffenden nach sich.“[566]

6.5 Stand- und Sondergerichte – zur Gotenhafener Kriegsjustiz

Während die Rettung der Flüchtlinge betrieben wurde, kämpfte das NS-System in Gotenhafen um die eigene Autoriät und Herrschaftsgewalt gegenüber der polnischen Bevölkerung, aber

[564] APG-Gdynia 218/161, Schreiben des Fischereiamtes Gotenhafen (Regierungsfischereirat Stahlberg) an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Referat für Fischerei betreffend rückgeführte Beamte vom 5.3.1945.
[565] APG 96/3069, Bl. 66-70, Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Wohler an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 16.2.1945 betreffend die Auswirkungen der Kriegslage auf die Justiz im Oberlandesgerichtsbezirk Danzig.
[566] APG 96/3069, Bl. 71, Schreiben Huths vom 11.2.1945.

auch gegenüber den „Volksgleichen“. Der militärische Ring, der sich immer enger um Danzig-Westpreußen legte, veranlasste die NS-Behörden, auch eine Schlinge um den Hals all jener zu legen, die den Endsieg anzuzweifeln wagten. Verweigerer, Deserteure und mutmaßliche Plünderer wurden massenweise von Standgerichten exekutiert. Am Amtsgericht Gotenhafen wurde ein „jederzeit einsatzbereites Sondergericht“ eingerichtet, um die gehäuft auftretenden Fälle von Plünderungen mit der Todesstrafe ahnden zu können[567].

In der angespannten Atmosphäre konnten schon ein unbedachtes Wort oder eine nicht überlegte Geste zum Verhängnis für Marinesoldaten und Zivilpersonen werden. NOFFKE erinnerte sich an ein Erlebnis eines ihm bekannten Offiziers, das mit der Bestrafung einer Plünderei zu tun hatte. Allerdings ist mir keine andere Quelle oder Erinnerung bekannt, die dieses Geschehen auch thematisiert:

> „Man wurde kommandiert. Man nahm seinen Koffer und begab sich zu seinem neuen Kommando. So war auch dieser Offizier unterwegs und durfte in der gleichen Wohnung wie ich – diese war groß genug – seine kurzfristige Bleibe finden. Er ging zum Dienst und ließ einen mittelgroßen Handkoffer in der Wohnung zurück. Als er in seine Behausung zurückkehrte, fand er den Koffer nicht mehr vor und da das Notwendigste des Notwendigen darin enthalten war, erstattete er Meldung. Man forschte nach, wer vorübergehend sich in der Wohnung aufgehalten hatte und fand eine ostpreußische Familie, die mit Großeltern, den Eltern zweier Kinder und einer hochschwangeren Schwägerin auf ihre Abreise wartete und danach mitsamt dem Koffer in einer Etagenwohnung in der Adolf-Hitler-Straße untergekommen war. Es dauerte nicht einen Tag und das Ehepaar mit der Schwägerin wurde in das Rathaus und vor den braunen Oberbürgermeister gebracht, verhört und verurteilt, wobei von einem Gerichtsurteil nicht gesprochen werden konnte. Ich hatte von diesen Vorgängen keine Kenntnis, als ich mich am nächsten Morgen in die Adolf-Hitler-Straße begab und mich der Kirche und dem Scharnhorstplatz näherte. Aus dem Bürgermeisteramt kamen einige ältere Infanteristen [...] mit aufgepflanztem Seitengewehr und den drei jüngeren Ostpreußen in ihrer Mitte, die Eltern der, wie ich später erfuhr, unmündigen Kinder, der Vater war gehbehindert, und eine jüngere schwangere Frau. Sie begleiteten diese drei Menschen bis zur Ostseite des Scharnhorstplatzes. Dort hatten die Soldaten offenbar den Auftrag, die der Plünderung überführten Opfer zu erschießen. Es blieb nicht aus, dass die Menschen von ferne diesem eigenartigen Zug folgten und Zeugen eines grässlichen Massakers an eigenen Landsleuten wur-

[567] APG 96/3069, Bl. 66-70, Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Wohler an Reichsminister der Justiz Dr. Thierack vom 16.2.1945 betreffend die Auswirkungen der Kriegslage auf die Justiz im Oberlandesgerichtsbezirk Danzig.

den. Die junge Frau, deren Mann offenbar irgendwo im Felde stand, schrie herzzerreißend: ‚Aber lasst mich doch leben, ich bin doch schwanger.' Man hörte nicht auf das Bitten und Schreien. Alles lief so schnell und formlos ab. Die Salve krachte, die Menschen fielen zu Boden und wälzten sich, nur von einer Kugel getroffen, am Boden! [...] Die Empörung lief durch die ganze Stadt, durch alle Büros und Schreibstuben, durch alle niederen und höheren Kommandostellen. Im Marinekommando verwies man darauf, dass es ein Leichtes gewesen wäre, ein ordentliches Schnellgericht zusammenzuholen. Hier wollte der braune Oberbürgermeister ein Exemplum statuieren, um ein für alle Mal Plünderungen auszuschließen und die Ordnung aufrechtzuerhalten, als würde nicht in wenigen Wochen das Spiel aus sein und die Tragödie auch ohne diese sinnlose Mordaktion ihr Ende nehmen."[568]

„Die Augenzeugen blieben zurück, erschüttert, angewidert, traurig und entsetzt darüber, dass hier ein Glied des eigenen Volkes von anderen Gliedern und deren Gewehrsalve sterben musste" schreibt NOFFKE[569]. Deserteure wurden auf den Straßen Danzigs gehängt. Insbesondere unmittelbar vor den letzten Kämpfen um Gotenhafen und Danzig bestand die Anweisung, jeden Soldaten, der bei der Fahnenflucht erwischt wurde, ohne Zögern zu töten. Augenzeugen erinnern sich an so genannte „Kettenhunde", Angehörige der Feldgendarmerie, die diesen Befehl der Bestrafung von „Feiglingen" mit erschreckender Präzision erfüllten. „Den ersten Erhängten sahen wir Mitte März an einem Baum der Straße Oliva-Gotenhafen hängen. Vor seiner Brust trug er ein Schild mit der Aufschrift ‚Ich hänge hier, weil ich dem Befehl meines Transportführers nicht Folge leistete'"[570]; ein anderer Erhängter trug das Schild: „Ich hänge hier, weil ich den Befehl, die Straße frei zu machen, nicht ausführte und damit die kämpfende Front in Gefahr brachte."[571]

[568] A. NOFFKE 1987, S. 63-65
[569] Ebd., S. 41.
[570] P. SCHWENKHAGEN, Zur Erinnerung an den 26. März 1945. Der Fall von Danzig, in: Unser Danzig, Nr. 3, März 1950, S. 6.
[571] H.-J. WILCKENS 1957, S. 353; s.a. ein Bericht von Bürgermeister Cartellieri: „Inzwischen hatte sich auch in Gotenhafen ein Kommando des ‚Generals für Ordnung und Disziplin' niedergelassen. Wir sahen die Ergebnisse seiner Tätigkeit recht bald. Zu allem andern ein fürchterlicher Anblick. An verschiedenen Stellen der Stadt waren Soldaten erhängt worden." Allerdings war der NS-Bürgermeister selbst ein Garant der NS-Ordnung, vgl. H.J.-WILCKENS, S. 139-147.

6.6 Das Ende: Der März 1945

In den letzten Wochen im März 1945 herrschte in Gotenhafen ein heilloses Durcheinander[572], da insbesondere der Hafen und die Versorgungseinrichtungen unter Beschuss standen[573]. Die Gruben, die provisorische Massengräber für Soldaten, Flüchtlinge und Opfer der Beschießungen sein sollten, füllten sich täglich mehr[574]. Die noch verbliebenen Flüchtlinge und Bewohner suchten Schutz in den Kellern. Aus Angst dachten viele auch an Selbstmord, einige begingen ihn. Die Resignation führte dazu, dass in diesen letzten Tagen, etwa zwischen 23. und 27.3.1945, niemand mehr die schützenden Bunker verlassen wollte, um für die eigene Rettung zu kämpfen. Die Soldaten durchsuchten die Häuser und Straßen nach Verbliebenen und brachten sie zum Hafen, von wo aus sie nach Möglichkeit noch evakuiert wurden. Die letzten rettenden Fahrten führten von Oxhöft über Hela in den Westen. Diese Fahrten müssen den letzten Passagieren als Inferno in Erinnerung geblieben sein – erlebten sie doch verminte Hafenbecken, ständigen Beschuss und um sie herum ins Wasser fallende Feuerbälle[575].

Die letzte Ausgabe des „Danziger Vorposten“ vom 23.3.1945 unternahm einen letzten Anlauf zur Propaganda: „Nun heißt es stark sein“, lautet der Titel auf der ersten Seite[576]. Gleichzeitig verließen aber auch die größten Propagandisten das Kampfgebiet. Die NS-Bonzen, die „Braunen Bomber“, die weiterhin unbeirrt die Genialität Hitlers priesen, kannten ihre Wege in die Sicherheit genau, unbeirrt von Gedanken an einen Endsieg oder die Sicherheit der Volksgenossen[577]. Kreisleiter, Marineoffiziere und alle Verdienten des Systems schickten ihre Familien und sich selbst rechtzeitig fort[578]. Auch der Oberbürgermeister Go-

---

[572] H. CSALLNER, Bilder aus Westpreußen. Über 450 Fotos vom Leben wie es damals war, Frankfurt am Main 2002, S. 70.
[573] vgl. H.-J. WILCKENS 1957, S. 166; H. SCHÖN 2002, S. 124f.
[574] A. NOFFKE 1987, S. 54.
[575] M. SCHMIDTKE 2006, S. 290, Bericht der Bewohner von Löwenstein/Ostpreußen.
[576] F. FISCHER 2006, S. 13.
[577] S. AUST u. S. BURGDORFF 2002, S. 36f.
[578] So wurde z.B. für die Behörde des Reichsstatthalters Ende Februar 1945 der Seebaggertransport der Marine Gotenhafen zur Abfahrt von Danzig nach Rügen bereitgestellt. „Ob auch auswärtige Flüchtlinge der Verwaltung mitfahren können, hängt von der Anzahl der Meldungen und der verfügbaren Plätze ab. Seebagger [ist] geheizt und mit Kabinen usw. versehen.“, vgl. APG 263/6, Reichsstatthalter Danzig-Westpreussen, Sammelakten 1945, Bl. 187, Anrufprotokoll von Herrn Brass vom 26.2.1945 betreffend Transport der Behörde des Reichsstatthalters (Personal plus Angehörige) von Danzig nach Rügen am 28.2.1945; s.a. K. MEYER-REBENTISCH 2008, S. 237, Erinnerungen von Hannelore Herholz aus Zoppot: „Es kam einmal ein Treckfahrer zu uns rein und sagte, ich habe lauter Leichen an meinem Wagen, wohin damit? [...] Nun ja, das wusste ich auch nicht, da alles ja in Auflösung bestand, wo man nun Tote hinbringen sollte. Und da sagte ich, da muss dann hier der Herr Ortsgruppenleiter, der war auch stellvertretender Kreisleiter, Ihnen Auskunft geben. Und dann bin ich da nach unten gegangen, natürlich hatte der Herr Kreisleiter seine eigene Familie längst gen Westen gebracht. Und er wurde betreut von seiner Sekretärin, ich weiß noch, dass die dann [sagte]: Pschscht, Herr Kreisleiter schläft doch. Und das einzige Mal, dass ich gehört habe, dass jemand laut wurde, das war der Treckführer. Der sagte: Was? Ich habe hier Tote, ich fahre hier durch Nacht und Nebel und hier der schläft am helllichten Tag. Naja, ich muss sagen, er hatte auch Nachtdienst gemacht.“; W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 303.

tenhafens soll zu denen gehört haben, die die Selbstrettung vorzogen[579]. Die bekannteste NS-Figur im Gau, Gauleiter Albert Forster, der dem Feind den Kampf bis zum letzten Soldaten erklärt hatte und noch Mitte März 1945, nach einem Besuch in Hitlers Bunker voller Zuversicht annahm, Danzig würde vom „Führer" gerettet werden[580], ließ sich mitsamt seiner kostbaren Möbel sicherheitshalber nach Hela versetzen[581], um von dort aus den Untergang Danzigs und die Einnahme Gotenhafens zu beobachten.

Am 24.3.1945, einen Tag nach der Einnahme Zoppots, wurden über Gotenhafen und Danzig Flugblätter mit der Unterschrift des Marschalls der Sowjetunion und Befehlshabers der Truppen der zweiten belorussischen Front, Konstantin Rokossowski, abgeworfen. Sie forderten die Generäle, Offiziere und Soldaten der deutschen 2. Armee auf, den Widerstand unverzüglich einzustellen, andernfalls würden beim bevorstehenden Sturm Tod und Vernichtung auf sie warten[582]. Der Aufruf wurde jedoch ignoriert[583], Hitler befahl in der Nacht vom 24. auf den 25.3.1945, jeden Quadratmeter des Raumes Danzig/Gotenhafen bis zum Schluss zu verteidigen[584]. Die Kämpfe im Festungsgebiet um die beiden Städte kosteten 39.000 deutsche und fast 31.000 russische Soldaten das Leben[585].

Das letzte große Schiff, das Gotenhafen verließ, war nach dem Lazarettschiff „Pretoria" das Walfangmutterschiff „Walter Rau", das am 24.3.1945 in Gotenhafen eingelaufen war und noch mehr als 6.000 Menschen, darunter viele Verwundete, unter Beschuss der sowjetischen Artillerie evakuierte[586]. In den letzten Stunden vor dem Einmarsch der Russen muss die Stadt gespenstisch ausgesehen haben. Brände, Gräben, Schanzen, Massengräber, herabhängende Leitungen der O-Busse und ständiger Artilleriebeschuss: „Gotenhafen ist ein Inferno, kaum vorstellbar für den, der den Untergang einer Stadt und Festung nicht miterlebt hat."[587] Vor dem Verlassen der Stadt durch die deutschen Truppen wurde noch der Befehl erteilt, den

---

[579] A. NOFFKE 1987, S. 73.
[580] J. FEST 2002, S. 156.
[581] F. FISCHER 2006, S. 374; A. MĘCLEWSKI, Ucieczka gdańskiego satrapy, in: Tygodnik Morski, Nr. 7, 15.2.1970, S. 8; H.-J. WILCKENS 1957, Kreis Danzig-Stadt. Auszug aus einem Bericht des Journalisten Friedrich v. Wilpert aus Danzig, S. 163.
[582] P. PORALLA, Unvergänglicher Schmerz. Ein Protokoll der Geschichte Danzigs. Schicksalsjahr 1945, Freiburg 1986, S. 182; Unser Danzig, 1.12.1956, Nr. 1 (Abbildung).
[583] F. FISCHER 2006, S. 14.
[584] Der Westpreuße, 15.2.1955, Nr. 4, S. 9, „Unser Deutsches Danzig. Das Ende Danzigs."
[585] Danziger Gespräche. Danzig 1945, Ende des Krieges. Danzig 2005, Stadt der Verständigung, Materialien der historischen Konferenz, Warszawa 2005, S. 18; „Die Generäle der an der Ostgrenze eingesetzten Wehrmachtverbände setzten ihre Truppen in der Schlussphase des Krieges keineswegs zum Schutz der Millionen deutscher Menschen ein, die nun vor der Roten Armee nach Westen flüchteten, sondern sie gaben auch in dieser Situation jeweils der sogenannten Kriegsnotwendigkeit, also den militärischen Interessen, den Vorrang", vgl. W. WETTE, R. BREMER u. D. VOGEL 2001, S. 15; in der Fachliteratur finden die Zahlen der gestorbenen Soldaten auf deutscher und sowjetischer Seite, ohne den Verlust der polnischen Seite explizit zu nennen, vgl. B. HAJDUK 1999, S. 336.
[586] H. SCHÖN 2002, S. 127-130.
[587] Ebd., S. 132.

Stolz der Stadt, den Hafen zu sprengen. Daher wurden alle Hafeneinrichtungen, großen Hallen, Kräne und Teile der Hafenbecken von deutschen Sprengkommandos zerstört. Das Schlachtschiff „Gneisenau“ wurde versenkt, der Eingang zum Hafen blockiert. SCHÖN schreibt dazu: „Gotenhafen war ein Hexenkessel. Dazu trugen auch die deutschen Sprengkommandos bei, die alles in die Luft jagten, was den Sowjets von Nutzen sein könnte. An vielen Orten der Innenstadt und im Hafen wirbelten Steine, Metall, Betonbrocken und Munitionslager in die Luft.“[588]

Am 28.3.1945 besetzten russische und polnische Soldaten die Stadt, die jetzt, nach der Flucht der Deutschen, wieder zu Gdynia wurde. Am folgenden Tag wurden die letzten deutschen Verteidigungsposten in Danzig niedergekämpft. Im Wehrmachtsbericht hieß es knapp, der Feind sei in die Städte eingedrungen[589].

„Entpolonisierung“ und „Verdeutschung“ Gotenhafens fanden durch die Funktion als Flüchtlingsstadt einen zusätzlichen Schub in den letzten Monaten des Krieges. Je schlechter die Siegeschancen des Dritten Reiches sich darstellten, desto schneller eroberte die polnische Bevölkerung die Stadt zurück. Noch während des Krieges versuchten ehemalige Bewohner zurückzukehren, und jene Polen, die an Ort und Stelle die deutsche Besatzung durchgehalten hatten, wurden sich ihrer ursprünglichen Bürgerrechte wieder sicherer. Je mehr Schlachten das Dritte Reich verlor, desto häufiger war die polnische Sprache wieder auf den Straßen zu hören. Im März 1945, spätestens mit dem Einmarsch der Roten Armee, tauschten die beiden Bevölkerungsgruppen schließlich endgültig ihre Rollen. Die Flüchtlinge aus den ostdeutschen Gebieten wurden wie die letzten verbliebenen deutschen Bewohner zu „Fremden“[590].

[588] Ebd., S. 134.
[589] F. FISCHER 2006, S. 15.
[590] J. ECHTERNKAMP, Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit, 1945-1949, Zürich 2003, S. 56-59.

7 Gotenhafen in deutscher Erinnerung

Es ist anzunehmen, dass viele Deutsche, sofern sie mit dem Namen „Gotenhafen“ überhaupt etwas anfangen können, damit vor allem zwei Bilder verbinden, nämlich Gotenhafen als einen Ort an der Ostsee, von dem am Ende des Krieges viele hunderttausend Flüchtlinge mit Schiffen nach Westen fuhren, sowie das etwas speziellere Bild des Hafens als Ausgangspunkt der Fahrt der „Wilhelm Gustloff“, des Symbols eines tragischen Schicksals von Millionen Flüchtlingen aus dem Osten[1].

Interessant ist die Frage, warum gerade dieser Teil der Stadtgeschichte, oder vielleicht eines nicht mehr der Stadt zugeschriebenen überlokalen Diskurses, so präsent ist, andere Abschnitte dagegen verschwiegen werden oder in der deutschen Erinnerung schlicht nicht mehr vorhanden sind. Warum gibt es kein Erinnerungsschriftgut über den Alltag, über Arbeit und Freizeit der deutschen Bevölkerung Gotenhafens? SCHÖN schert alle zum Kriegsende „Anwesenden“ in der Stadt über einen Kamm: „Fast alle, die hierher gekommen waren, hofften, von Gotenhafen aus mit einem Schiff über die Ostsee gerettet zu werden.“[2] Was war aber mit denen, die hier seit mehreren Jahren lebten? Wir wissen es nicht, da Erinnerungsschriften und Aussagen dieser Gruppe fehlen. Dieser Mangel direkter Äußerungen der ehemaligen deutschen Bewohner kann mehrere Ursachen haben.

Ein Grund liegt tief in der menschlichen Natur: Man „verewigt“ vorzugsweise Themen auf Papier oder im öffentlichen Diskurs, die *nicht* alltäglich waren oder sind. So fand das „Besondere“ einen viel größeren literarischen und publizistischen Niederschlag als das Alltägliche, das mit seiner „Normalität“ im Schatten blieb. Die eigene nicht-alltägliche Generationen-Zäsur, die dramatische Flucht, die erlebten Tragödien und das Glück, „mit dem letzten Schiff“, „mit dem letzten Transport“ entkommen zu sein, verlangte schon allein als Rettung vor dem Vergessenwerden eine Niederschrift[3]. Vor allem in den vergangenen Jahren zeigt sich im öffentlichen Diskurs eine gewachsene Neigung, über Flüchtlingsschicksale zu spre-

[1] In jüngster Zeit erschienen im Zusammenhang mit einer weiteren Verfilmung der „Gustloff“-Katastrophe mehrere Presseartikel: S.F. KELLERHOFF u. K. VOY, Der Tod in der Kälte ist ein Stiller, in: Die Welt, 1.3.2008; Das Glück des Matrosen Staiger, in: Schwäbisches Tagblatt, 8.3.2008; s.a. R. LANGE, Ein Überlebender berichtet, in: Unser Danzig, Nr. 5, 5.3.1982; zur Betrachtung Gdingens als Flüchtlingsstadt s.a. S. AUST u. S. BURGDORFF 2002; T. DÜCKERS, Himmelskörper, Berlin 2004; P. PORALLA 1986; H.-J. WILCKENS 1957; Erinnerungen der Interviewpartner von K. MEYER-REBENTISCH 2008; zur Verbreitung des Bildes von Gotenhafen und der Gustloff-Katastrophe dienten zwei Verfilmungen, die erste von 1960 mit dem Titel „Nacht fiel über Gotenhafen“ unter Regie von Frank Wisbar, die zweite von 2008 mit dem Namen „Die Gustloff“ unter Regie von Joseph Vilsmaier, letzterer wurde im März 2008 im ZDF und ORF ausgestrahlt. Eine andere Welle des Interesses an dem Ereignis verursachte GRASS' Roman „Im Krebsgang“ (vgl. G. GRASS, Im Krebsgang. Eine Novelle, Göttingen 2002).

[2] H. SCHÖN 2002, S. 121.

[3] Zu den Gefahren des einseitigen Diskurses über die Flüchtlingstragödie, ohne Hintergrundwissen über die deutschen Verbrechen im Osten vgl. S.O. MÜLLER 2007, S. 243-246.

chen. Die Akzeptanz und Verständigung über dieses Thema verstärken die Bereitschaft, persönliche Erfahrungen dazu aufzuzeichnen und weiterzugeben[4].

Eine andere Erklärung ergibt sich aus schlichter Betrachtung demographischer Statistiken: Die Fluchterfahrung mussten Millionen Menschen machen, wohingegen die Zahl der in Gotenhafen wohnenden Deutschen vergleichsweise klein war. Außerdem muss beachtet werden, dass die meisten deutschen Bewohner Gotenhafens nicht die gesamte Kriegs- oder Besatzungszeit in der Stadt verbracht haben. Viele zogen erst im Jahr 1941 oder 1942 zu, um beispielsweise Stellen wie die des Schullehrers, des Behördeangestellten usw. anzutreten. Einige blieben nur ein oder zwei Jahre, wurden befördert und weiter versetzt.

Das Behördenwesen kann ein weiterer Grund für das Fehlen deutschen Erinnerungsmaterials zu Gotenhafen im Krieg sein. Durch die zahlreichen städtischen Behörden, Ämter, Heeresgruppen usw. war eine nicht kleine Gruppe der Einwohner zum aktiven Element des NS-Systems geworden, das sich fern vom „Normalbürger" bewegte. Dies und die spätestens nach Kriegsende nach und nach aufgetauchten historischen Fakten beförderten sicherlich nicht gerade die Bereitschaft zur Niederschrift von Erinnerungen an jene Zeit, mit denen man sich möglicherweise selbst belastete[5]. Spätestens nun müssen die Deutschen erfahren haben, dass zunächst Tausende Polen vertrieben worden waren, um Platz zum Wohnen und Leben der Deutschen zu schaffen. Konnte bzw. wollte man sich nun, nachdem nicht nur dieser Fall, sondern auch alle anderen bereits halb erahnten Wahrheiten über das NS-Regime ans Tageslicht gekommen waren, noch an das eigene Leben als mehr oder minder von diesem System Profitierender erinnern – und dies auch noch publizieren?

Ein letzter möglicher Grund könnte sein, dass Gotenhafen keine absolut deutsche Stadt war. Sie war eine im Krieg eroberte Stadt, ein Teil des neuen Ostens, eine während des Krieges als deutsch angesehene Stadt, der nach dem Krieg aber nur noch „das Nationalsozialistische" anhaftete. Hier unterschied sich der Status Gdingens deutlich von dem Danzigs, Breslaus oder Königsbergs, die als Teil des Erbes des Deutschtums auch nach dem Krieg noch eine besondere Stellung im kollektiven und privaten Gedächtnis der Deutschen genossen[6].

---

[4] vgl. M. REITER, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck 2006, S. 47 ff.

[5] Eine interessante Umfrage zu den Erfahrungen der so genannten „Normalbevölkerung" im Zweiten Weltkrieg findet sich bei F. SÜLLWOLD, Deutsche Normalbürger 1933-1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung, München 2001.

[6] s.a. „Unser Danzig"; zur polnischen Wahrnehmung der ehemals deutschen bzw. durch Deutsche bewohnten Städte in Polen s.a. J. STÜBEN, Pomorze – Polen am Meer. Über deutsche und polnische Selbst- und Fremdbilder in der Literatur und darüber hinaus. Mit Hinweisen auf neuere Forschungen, in: L.M. EICHINGER, F. DEBUS u. A. PLEWNIA (Hrsg.), Maritime Kultur und regionale Identitäten – der südliche Ostseeraum, Reihe Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 6, Mainz 2006, S. 203-206.

Die traditionellen, kulturellen und historischen Bindungen haben in diesen Fällen ganz andere Qualitäten, weshalb wesentlich mehr Erinnerungsschriften existieren.

Ein von KLUGE geprägter Satz lässt vor dem Hintergrund der genannten Punkte den fehlenden Erinnerungsdiskurs zu Gotenhafen besser verstehen: „Identität heißt übereinstimmen mit der sowohl naturgemäßen als auch der kulturgeschichtlichen Wahrheit."[7] Viele Hinzugezogene spürten die eigene „Fremdheit" deutlich – nicht nur jene, die ihre Heimat in weiter Ferne gelassen hatten, wie die Deutschen aus dem Baltikum. Für sie war Gotenhafen insbesondere in der (distanzierten?) Nachbetrachtung lediglich eine Station auf dem Weg von der verlassenen Heimat der Vorfahren zur neuen Heimat, in die man nach der Flucht 1944/45 schließlich gelangte.

[7] F. KLUGE (Hrsg.), Ein schicklicher Platz? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, Osnabrück 1994.

8 Die Nachkriegszeit

„Der Feind wollte unser Gdingen germanisieren, er hat ihm den entehrenden Namen ‚Gotenhafen' gegeben. Aber dieser Name hatte ja ein kurzes Leben und ist zusammen mit dem Okkupanten schnell verschwunden. Dass wir statt Danzig wieder Gdańsk haben, statt Gotenhafen Gdynia, dass wir frei die Meeresluft hier an der Küste einatmen können, haben wir dem Heldentum der Soldaten der Roten Armee und des Polnischen Militärs zu verdanken. Ihr Blut, das im Meeressand versickerte, zeichnet den Weg unserer Rückkehr an die Ostsee nach."[1]

8.1 Das Leben in der zerstörten Stadt

In den letzten Wintermonaten 1944 und insbesondere im darauf folgenden Frühling kehrten die ersten polnischen Bewohner nach Gdingen zurück. Täglich wuchs die Bevölkerungszahl; aus allen Richtungen strömten die Menschen der Heimat entgegen, aus der sie vertrieben worden waren. Ende August 1945 hatte Gdingen bereits rund 73.000, zum Zeitpunkt der ersten offiziellen Volkszählung am 14.2.1946 77.829 Einwohner[2]. Nicht nur die Bewohner aus der Vorkriegszeit kehrten in die Stadt zurück. Sie wurde auch, obwohl in viel geringerem Maße, zur neuen Heimat für diejenigen, die ihre alte Heimat in den östlichen, früher zu Polen gehörenden Gebieten verlassen mussten[3].

Welche Bedeutung es hatte und welche Schwierigkeiten es auch bereitete, nach Hause zurückzukehren, an den Ort, den man vor Jahren hatte verlassen müssen, lässt sich am besten anhand der Berichte von Zeitzeugen nachvollziehen. Im Folgenden soll der Weg des Zeitzeugen Tadeusz Bylewski anhand seines unveröffentlichten Berichts aus dem Jahr 2007 nachgezeichnet werden. Nach einem langen und gefahrvollen Weg von Skarżysko-Kamienna in Südostpolen, wo er für die Deutschen in einer Munitionsfabrik hatte arbeiten müssen, kehrte er Anfang März 1945 in seine Heimatstadt zurück. Seine Erinnerungen geben die Situation vieler Bewohner Gdingens wieder, die versuchten, aus den übrigen Regionen Polens, in die sie zerstreut worden waren, nach Hause zurückzukehren. Aber auch diejenigen, die während des Krieges die Stadt nicht verlassen mussten, hatten oft einen Umzug vor sich. Aus den Baracken und schlechten Wohnungen, in die sie während der Okkupationszeit zwangsumgesie-

[1] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, Nr. 1, S. 1, „Powrót na morze"; s.a. Tygodnik Morski, 29.3.1959, Nr. 13, S. 4, „Miasto, w którym żyjemy. W 14 rocznicę oswobodzenia Gdyni."
[2] A.W. SOBOCIŃSKI, Przemiany społeczeństwa Gdyni w latach 1945-1970. Studium historyczno-społeczne, Gdańsk 1977, S. 53f.
[3] Dziennik Bałtycki, 25.5.1945, Nr. 6, S. 4, „U repatriantów."

delt worden waren, versuchten sie zumeist an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückzugelangen. Unser Zeitzeuge erinnert sich folgendermaßen an seine Rückkehr:

„Nahe dem Konzentrationslager Meckau wurden wir von den Sowjets angehalten. Sie suchten nach Soldaten der Heimatarmee. Nach langem Hin und Her wurden die aus unserer Gruppe, die Teil der Küstenwache waren, durchgelassen. Ich jedoch wurde zum Lager gebracht, wo ich drei Tage von einem deutschen Kapo bewacht wurde. Nach zwei bis drei Tagen ohne Essen und Trinken bin ich aus dem Lager geflüchtet und nahm die Straße nach Kartuzy (Karthaus), wodurch ich Danzig umgangen habe und so nach Gdingen gekommen bin. Unterwegs habe ich ein Fahrrad gefunden und kam somit recht schnell vorwärts. Im Außenbezirk Wielki Kack wurde ich erneut von den Sowjets gefangen, sie haben mir das Fahrrad abgenommen und mich gezwungen, beim Reparieren der hier verlaufenden Gleise der Kaschubenbahn zu helfen.

Abends gelang mir die Flucht, und so bin ich zu unserem alten Haus gekommen, in dem wir schon vor dem Krieg gewohnt hatten. Die Wohnung war schon von der Familie der Hausmeisterin besetzt. Das Haus stand auf einer Verteidigungslinie aus Schützengräben und Bunkern, deshalb war es von zwei Geschossen getroffen worden. Im Haus war keine einzige intakte Fensterscheibe mehr vorhanden, die Wände waren teilweise zerstört worden, in der Ecke lagen ‚Souvenirs' von den lagernden Sowjets. Auch in allen Schubladen des Schreibtisches hatten sie ‚Souvenirs' hinterlassen. In der Besatzungszeit muss die Wohnung von einem Arzt bewohnt worden sein, denn es gab Medizinbücher, die in die Schützengräben geworfen worden waren. Die Fronttür war aufgebrochen worden.

Gdingen sah nach der Befreiung nicht ganz so schlimm aus. Ein paar Häuser hatten die Sowjets niedergebrannt. Überall konnte man Zeichen des Krieges sehen, aber wirklich viele Ruinen gab es nicht. Die Straßen waren erst nach dem Abbau der Barrikaden wieder befahrbar. Der Hafen war durch Sprengkommandos gründlich zerstört worden, alle 20 bis 30 Meter waren riesige Löcher in den Wellenbrechern und Kais zu sehen, die durch Sprengungen verursacht worden waren. Das gleiche war mit den Hafenkränen passiert, sie waren nur noch ein Haufen Schrott. Die Haupteinfahrt zum Hafen war mit dem Panzerschiff ‚Gneisenau', die Seitenzufahrt mit einem Handelsschiff und das Jachtbecken durch einen Schwimmbagger verbarrikadiert. Tag und Nacht schafften die Sowjets Güter aus dem Hafen weg. Mit dem Essen war es so, dass man versucht hat, eine Kantine zu eröffnen, aber die Russen gaben dann keine Lebensmittel heraus. In der Markthalle, die unerreichbar war für die Polen, verfaulten große Mengen

Fleisch. Benötigte Lebensmittel und sonstige Gegenstände konnten wir von den Russen nur gegen selbstgebrannten Schnaps ‚kaufen'. [...] Die Strandpromenade war durch Stürme zum Teil zerstört worden. Ein paar Häuser, wie z.B. das Zollamt, haben die Russen direkt nach dem Krieg selbst verbrannt.

Heizmaterial habe ich organisiert, indem ich den Bunker neben dem Haus auseinandergenommen habe. Das Heizen hätte bei den fehlenden Fensterscheiben ja gar keinen Sinn gehabt. Man musste zuerst die leeren Fensterrahmen mit Holzbrettern, Karton und allem, was man so gefunden hat, zunageln. Erst im Herbst ist es gelungen, ein paar Fenster wieder zu verglasen und aus der Zuteilung ein paar Kohlen zu ergattern."

Diese Aussage vermittelt schon einiges über das Aussehen und den Zustand der Stadt direkt nach der Befreiung, als nicht mehr die „Nacht des Hitlerismus", wie es die polnische Presse nannte, die polnische Küste verdunkelte[4]. Die beschriebenen Lebensumstände sind sicherlich repräsentativ für Tausende nach Gdingen zurückgekehrte Bewohner. Nach den Kämpfen der letzten Kriegsmonate und trotz des Sieges war das Leben für die polnischen Bewohner der Stadt alles andere als einfach. Die Straßen lagen voller Schutt und waren durchzogen von Schützengräben und Barrikaden. Schon einfache Erledigungen in der Stadt oder das Zurücklegen eines Weges von Punkt A zu Punkt B waren in der Regel mit Problemen verbunden. Sogar die sonst so positiv klingenden Pressenachrichten gestanden ein, dass „Gdingen immer noch von Schützgräben umgeben ist", und dass man, um überhaupt irgendwo in der Stadt hinzukommen, sportliches Talent besitzen musste[5].

Die Stadt erlitt im Gegensatz zum Hafen infolge der Kriegshandlungen nur geringe Schäden. Die Zerstörungen des Stadtzentrums waren nicht vergleichbar mit jenen in Danzig, Warschau oder Stettin[6]. Nach den Berechnungen der Städtischen Technischen Abteilung beliefen sich die Schäden auf nicht mehr als 18% der städtischen Bausubstanz. Vermutlich vermittelten aber der lange Zeit nicht weggeschaffte Schutt, die wachsenden Müllberge sowie die Barrikaden aus der Kriegszeit das Gefühl, dass sehr viel mehr als diese 18% der Stadt von den Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogen worden war[7].

[4] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, Nr. 1, S. 1, „Powrót na morze."
[5] Dziennik Bałtycki, 20.5.1945, Nr. 2, S. 4, „Gdynia ciągle w okopie"; s.a. Tygodnik Morski, 20.6.1965, Nr. 25 (362), S. 8, „O czym pisała prasa przed... 20 laty."
[6] s.a. K. KOZŁOWSKI, K. MUSZYŃSKA u. M. STELMACH, Pomorze Zachodnie w dokumentach 1945, Szczecin 1986, S. 97.
[7] Dziennik Bałtycki, 31.5.1945, Nr. 11, „Nowa Gdynia dziełem wspólnego wysiłku."

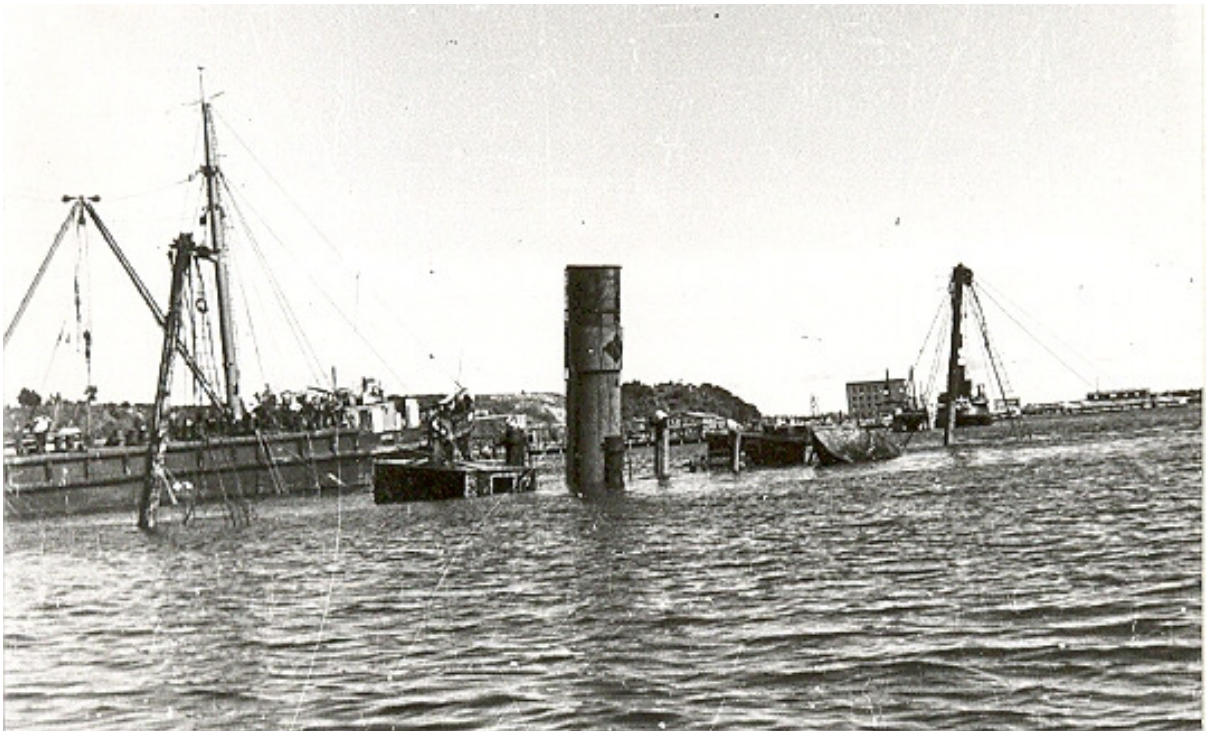


Abb 29: Blockierte Hafeneinfahrt, Quelle: APG-Gdynia 90/4152, Zbiór fotografii miasta i portu w Gdyni 1920-1973, port, zniszczenia wojenne.

SOBOCIŃSKI spricht von 1.413 durch die Kriegshandlungen völlig zerstörten Gebäuden. Darin befanden sich 3.744 Wohnungen mit 11.232 Räumen. Teilbeschädigungen werden bei 3.892 Gebäuden mit 2.592 Wohnungen und 7.776 Räumen erwähnt[8].

Neben den nur schwer passierbaren Straßen gab es für die Bewohner noch weitere akute Probleme zu bewältigen. Das Gaswerk sollte wieder in Betrieb gehen, um in Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden elektrische Beleuchtung zu ermöglichen[9]. Zwar waren im Hafen die größten Schäden zu beklagen, doch waren es die erheblichen Ausfälle in der Infrastruktur, die das tägliche Leben am meisten erschwerten: Zerstörte Bahnlinien und Bahnüberführungen, ein defektes Fernsprechnetz, defekte Transformatorstationen, das beschädigte elektrisches Leitungsnetz, unzureichende oder fehlende Beleuchtung und die nicht mehr funktionierende Kanalisation, der Ausfall von Wasserleitungen und Pumpstationen machten das Leben in der Stadt noch einige Zeit recht schwierig[10]. Die äußerst schwierigen Lebensumstände zeigten sich in der niedrigen Überlebensquote von Neugeborenen. Trotz der angenehmeren jah-

[8] A.W. SOBOCIŃSKI 1977, S. 195; s.a. W. KRAUZE, Problemy odbudowy i rozbudowy Gdyni powojennej, in: Gdańskie Towarzystwo Naukowe (Hrsg.), Gdynia, Gdańsk 1968, S. 143; s.a. Tygodnik Morski, 18.4.1965, Nr. 16, S. 8, „O czym prasa pisała... przed 20 laty."
[9] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, Nr. 1, S. 3, „Porty dla Słowiańszczyzny" u. S. 4, „Gdynia otrzyma światło."
[10] W. ANDRUSZKIEWICZ, CZ. KLEBARZ u. E. OBERTYŃSKI 1961, S. 55.

reszeitlichen Umstände starben in den ersten Monaten nach Kriegsende 240 der 526 Neugeborenen, die Überlebensquote lag somit bei 54%[11].

Die stärksten Zerstörungen jedoch verzeichneten die Häfen sowohl von Gdingen als auch von Danzig. Gdingens Hafen war anfangs überhaupt nicht nutzbar, da in den Becken und Kanälen versenkte Schiffe lagen (siehe Abb 29), hinzu kam die Gefährdung durch zahlreiche nicht explodierte Minen. Eins der Hindernisse, das die Hafennutzung lange Zeit unmöglich machte und gleichzeitig auch für Schlagzeilen in der Presse sorgte, war die „Gneisenau", ein von deutschen Soldaten direkt in der Haupteinfahrt des Hafens versenktes Panzerschiff[12]. In einem Hafenzustandsbericht von 1945 werden die Schäden penibel aufgezählt und quantifiziert; demnach waren drei Viertel der Wellenbrecher und 58% der Kais vernichtet[13]. Trotzdem, so wird in der gleichen Quelle beteuert, könne man sich nicht anhand der blanken Zahlen, sondern nur im Angesicht der gewaltigen Löcher und Risse in den Anlagen und der wild verteilten Betonblöcke ein Bild vom tatsächlichen Ausmaß der Zerstörungen machen.

8.2 Wiederaufbau unter kommunistischer Regierung

In jeder Ausgabe der regionalen Tageszeitung konnte man den unaufhaltsamen Fortschritt des Wiederaufbaus im Hafen und in der Stadt verfolgen. Stolz informierten die Titelseiten: „Wiederaufbau der Häfen. Wir befestigen die Kais", „Pioniere an der Arbeit im Hafen"[14], „Inbetriebnahme des Hafens ist nur noch eine Frage der nächsten Wochen"[15], „Wiederaufbau der Küstenstädte"[16]. Bei MORCINEK heißt es:

> „Nach der über fünf Jahre dauernden Okkupation atmet Gdingen wieder das polnische Leben. Und es bereitet sich vor auf neue, große Aufgaben, die unsere Wirtschaft auf seine Schultern legt. Als wir uns im Jahr 1939 von Gdingen verabschiedeten, strotzte es vor Jugend und war voll vitaler Kräfte. Im Jahr 1945 kehrte es alt und gebrechlich zu uns zurück. [...] Kommt, Ihr Misstrauischen, hierher, zu unserem schrecklich verstümmelten Gdingen. Eure Gesichter werden leuchten, wenn Ihr seht, wie dieser Invalide,

[11] A.W. SOBOCIŃSKI 1977, S. 72.
[12] Dziennik Bałtycki, 23.5.1945, Nr. 4, S. 1, „Stan portu w Gdyni"; s.a. W. ABRAMOWICZ, Schindler z Jelitkowa. Gustaw Pietsch. Wspomnienia Henryk Łaba – Gdańsk 1946, in: 30 dni. Jan/Feb 2007, Nr. 1, S. 61-63.
[13] J. KULIKOWSKI, Stan portów w Gdańsku i Gdyni, in: Instytut Bałtycki, Wydział Morski, Jahr 1945, Komunikat Nr. 1, S. 1; s.a. CZ. KLEBARZ, Port Gdynia 1922-1972, Gdańsk 1973, S. 37; Z. MISZTAL, Gospodarka morska w Polsce w latach 1945-1975, Gdańsk 1978, S. 27ff.
[14] Dziennik Bałtycki, 5.7.1945, Nr. 41, S. 2, „Odbudowa portów. Zabezpieczamy nabrzeża", „Saperzy przy pracy w porcie."
[15] Dziennik Bałtycki, 7.6.1945, Nr. 17, S. 4, „Uruchomienie portu w Gdyni sprawą najbliższych tygodni."
[16] Dziennik Bałtycki, 30.6.1945, Nr. 37, S. 4, „Odbudowa miast Wybrzeża."

dieser Zusammengebrochene, [...] Rekorde über Rekorde bricht, zur Verwunderung von Einheimischen und Fremden."[17]

Jedoch waren nicht nur materielle Schäden zu beseitigen. Ein neues Kapitel der Geschichte hatte begonnen, es war das Märchen, das Versprechen „eines neuen Anfangs", „eines neuen Polens", das plötzlich von neuen Akteuren gelenkt und bestimmt wurde. Die neue kommunistische Regierung, die durch einen ewigen „Freundschaftsbund" mit dem sowjetischen Russland und mit der Roten Armee verbunden war, hatte in Gdingen wie auch in ganz Polen eine neue, gewichtige Aufgabe zu lösen. Die „Gespenster der Geschichte", also die Vorseptemberregierung und ihre Regeln, sollte der neuen Auffassung nach möglichst schnell aus den Köpfen weggefegt werden. Besonders hier an der polnischen Küste, der „Perle des Meeres", musste bewiesen werden, dass die kapitalistische Epoche der Stadt Teil einer unrühmlichen Geschichte war, und eine neue und gerechte Epoche nun durch die Partei und die neue Regierung ins Leben gerufen wurde[18].

Die Partei stieß in ihrer Aufbaurhetorik sogar auf eine recht positive Resonanz in der Bevölkerung. In der durch die Okkupation hart auf die Probe gestellten Region, die zeitweise „Mustergau" des Deutschen Reiches gewesen war, hatte man die Befreiung mindestens ebenso stark ersehnt wie in anderen Teilen Polens. Erschüttert durch die Ereignisse des Krieges, durch Terror, den Tod nahe stehender Menschen und langjährige Not wollten die Bewohner endlich anfangen, sich eine notdürftige Existenz aufzubauen, um ein Dach über dem Kopf und Lebensmittel für die kommenden Tage zu haben. Im Interesse der ehemaligen Bewohner lag es auch, die geliebte Stadt wieder „gesund" zu sehen – und nach Jahren von Krieg und Besatzung den Frieden zu genießen. Die baldige Auferstehung Gdingens aus Trümmern zu einer blühenden Stadt wurde in Aussicht gestellt und die Dauer bis dahin nur davon abhängig gemacht, dass jeder seinen kleinen Teil dazu beitrage[19]. Aufbauparolen wie diese, von den ersten kommunistischen Würdenträgern verkündet, wurden von vielen dankbar aufgenommen und in Taten umgesetzt.

Neben der Organisation der öffentlichen Arbeiten, die möglichst schnell die Kriegsschäden aus dem Stadtbild tilgen sollten, neben der Wiedereröffnung der staatlichen Ämter, der Heime für die Waisenkinder und der Geschäfte zur Versorgung der Bewohner hatte die neue Regierung mit ihren regionalen Vertretern eine weitere große Aufgabe zu meistern. Den

[17] R. MORCINEK 1946, S. 3 (Übersetzung MS).
[18] Zur Rückkehr von Gdingens Erbauer Eugeniusz Kwiatkowski in die Stadt nach Ende des Krieges vgl. B. CHRZANOWSKI u. B. POLAK 2004.
[19] Dziennik Bałtycki, 31.5.1945, Nr. 11, S. 4, „Nowa Gdynia dziełem wspólnego wysiłku."

Bewohnern Polens und vor allem der polnischen Küste sollte bewusst gemacht werden, dass die Vorkriegszeit unwiderbringlich Geschichte sei. Neue Zeiten brachten auch neue Regeln und neue Denkmuster mit sich.

Neue Visionen für Stadt und Hafen

Nachdem Polen nun drei große Häfen besaß, änderten sich Position und Status Gdingens[20], aber auch der Stadt Danzig. In der Presse war zu lesen, dass deren fremder Charakter und die „ungesunde Konkurrenz" inzwischen verschwunden seien, und beide Häfen nun seit Kriegsende endlich im gemeinsamen nationalen Interesse kooperieren könnten[21]. Die gleiche Argumentation von „früherer Konkurrenz" und „jetziger Zusammenarbeit" wurde übrigens auch in den deutschen Quellen der Kriegszeit verwendet.

Die neue Zukunft des Landes sollte am Meer liegen. Die erste Ausgabe von „Dziennik Bałtycki" kündigte an, dass Danzig und Gdingen fortan „mit gleicher Liebe" umsorgt werden würden wie die Hauptstadt Warschau[22]. Erste Zukunftskonturen würden sich, an der Küste beginnend, für ganz Polen abzeichnen. Neben ihrer künftig wachsenden Bedeutung für das polnische Volk sollten die beiden Nachbarhäfen bald auch das Hinterland befreundeter slawischer Nachbarländer bedienen[23].

In der Presse der ersten Nachkriegsmonate kann man eine interessante Diskussion über den zukünftigen Status von Gdingen verfolgen. In der Publikation „Instytut Bałtycki", vormals „Komunikaty Instytutu Bałtyckiego", antwortete man geduldig auf gelegentlich auftauchende „pessimistische" und „nicht realitätsgebundene" Stimmen. Diese behaupteten, „dass Gdingen durch die Existenz von Danzig in der Gegenwart [1946] eine weitaus weniger bedeutende Rolle spielen werde." In Wirklichkeit aber, so die offiziellen Antworten auf derartige Zweifel, sollten Gdingen, Danzig und Stettin jeweils spezifische Aufgaben übernehmen, so dass jeder einzelne Hafen in enger Zusammenarbeit mit den anderen eine wichtige Rolle für die polnische Wirtschaft spielen werde: „Gdingen, Danzig und Stettin werden ihr je eigenes Flussbett graben, und es gibt keinen Grund zu befürchten, dass das Wasser nicht ausreichen wird, um sie zu füllen."[24]

---

[20] A.W. SOBOCIŃSKI 1977, S. 24.

[21] R. MORCINEK 1946, S. 11 (Übersetzung MS); s.a. Instytut Bałtycki. Wydział Morski, Gdańsk, Juni 1946, Nr. 12 (25).

[22] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, Nr. 1, S. 1, „Powrót na morze"; s.a. Dziennik Bałtycki, 7.6.1945, Nr. 17, S. 4, „Uruchomienie portu w Gdyni sprawą najbliższych tygodni."

[23] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, Nr. 1, S. 3, „Porty dla Słowiańszczyzny."

[24] Instytut Bałtycki, Wydział Morski (vormals Komunikaty Instytutu Bałtyckiego), Gdańsk, Nov. 1946, Nr. 11, S. 1f. (bearbeitet von S. WALEWSKI, Übersetzung MS), vergleiche mit der Stellungnahme der polnischen Exilregierung in London zum Thema Meerespolitik nach dem Krieg, die in den Jahren 1943 und 1944 formuliert

Kritik an den Erbauern der Stadt

Für die kommunistische Führung stellte es ein Problem dar, dass die Stadt von gewinnsüchtigen Kapitalisten geplant und genutzt worden war. Zwar wuchs angeblich mit jedem Jahr, in dem die kommunistische Partei die Stadt unter ihre ideologischen Fittiche nahm, der Anteil der bereits in der Vorkriegszeit sesshaften, angeblich kommunistischen „roten" „Werft- und Bauarbeiter", die gegen die kapitalistische Ordnung gestreikt hatten, anderseits aber wollte man die Stadt für ihre Vergangenheit bestrafen[25]. Die Partei und die kommunistische Regierung brauchten „Beweise" für ihre Existenz in früheren Zeiten, benötigte unbedingt stolze Bausteine einer eigenen Geschichte, die in Gdingen aber nicht leicht zu finden waren und daher erst ausgedacht werden mussten[26].

Obwohl es in der Vorkriegszeit in Gdingen keine revolutionäre Linke gegeben hatte, pflegte man das Bild und den Mythos eines „roten Gdingens". Nachdem man es jahrelang gepredigt hatte, ist es heute fester Bestandteil des Geschichtswissens von mindestens zwei Generationen Polen geworden. Trotz der erfundenen „roten Vergangenheit" der Stadt wollte man andererseits klar stellen, wie tief die Vorseptemberregierung in die Entstehung der Stadt und ihres Hafens involviert war und wie sehr sie ihr Aussehen und ihre Funktion geprägt hatte. Man konnte nicht leugnen, dass die Stadt in den 1920er und 1930er Jahren von der „Sanacja"-Regierung geplant und gebaut worden war. Deshalb beschränkte man sich darauf, den von den „Demokratie-Feinden" in der Stadt und an der polnischen Küste vor dem Krieg angerichteten Schaden hervorzuheben und zu betonen, die starke, neue und demokratische Macht werde die neue und gerechte Ordnung einführen[27].

In den Schriften zum zehnjährigen Jubiläum der Polnischen Volksrepublik und dem gleichzeitigen 500-jährigen Jubiläum der Rückkehr von Hinterpommern zu Polen missbilligte man daher offen, dass die Vorseptemberregierung fremdes Kapital nach Gdingen geholt hatte. Nur eine kleine Gruppe von Kapitalisten habe Nutzen aus dem Bau des Hafens gezogen, während alle anderen, vor allem die Arbeiter, in Armut leben mussten. Danach hatte das Volk bislang keinen Nutzen von Gdingen und seinem Hafen gehabt; dies habe sich erst unter der

---

wurde, in: G. ŁUKOMSKI (Hrsg.), Kresy zachodnie i wschodnie w pracach Rządu Rzeczypospolitej Polskiej na Uchodźstwie 1939-1945 (wybór źródeł), Warszawa 2006, S. 74-79.

[25] Zu dieser schizophrenen Haltung der neuen „Volksherrschaft" gegenüber Gdingen vgl. M. SOKOŁOWSKA, Przenoszenie ważniejszych instytucji z Gdyni do Gdańska, Vortrag der historischen Konferenz „Korzenie Gdyni" am 30.1.2004, Teil III, „Miasto pod specjalnym nadzorem", Gdynia 2004, S. 51-60.

[26] M. SOKOŁOWSKA, Tworzenie mitu ‚Czerwonej Gdyni', Vortrag der historischen Konferenz „Korzenie Gdyni" am 2.10.2002, Teil I, Gdynia 2002, S. 101 (Übersetzung MS).

[27] Z. BROCKI u. W. SZUBZDA, Polskie wybrzeże. Na dziesięciolecie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i Pięćsetlecie powrotu Pomorza Gdańskiego, Warszawa 1954, S. 7.

neuen kommunistischen Regierung gebessert[28]. Weiterhin sei es in den Jahren 1918 bis 1939 Ziel des Staates gewesen, sich nur in Richtung Osten auszudehnen, ohne sich um weiteren Zugang zum Meer zu bemühen. Lediglich 72 Kilometer Küstenlinie seien in dieser Zeit in polnischer Hand gewesen, aber dank vernünftiger demokratischer Politik habe sich nun dieses Gebiet vergrößert und auf beide Häfen in Pommern ausgeweitet[29].

Gdingen sei vor dem Krieg eine Stadt voller Kontraste gewesen. So seien zwar zahlreiche große Bauten entstanden, viele Arme hätten jedoch keine Unterkunft gehabt, so dass neben dem modernen Hafen an der Peripherie der Stadt Barackensiedlungen wuchsen. „Es sind ‚Pekings' und ‚Mexiko-Citys' entstanden – Siedlungen der Armut und enttäuschten Hoffnungen"[30], ließ eine Zeitung ihre Leser wissen. Die im neuen, sozialistischen Geist geschriebenen Artikel versicherten, die alte Ungerechtigkeit sei überwunden, und nun werde das neue Modell einer Stadt für das arbeitende Volk geschaffen. Die Regierung bezeichnete Danzig und Gdingen als Städte von grundlegender Bedeutung für das Land, da die Zukunft Polens am Meer liege. Diese Tatsache sei zwar in der Vergangenheit nicht immer erkannt worden, doch werde ihr vom demokratischen Polen voll und ganz Rechnung getragen[31]. Über die Entstehung und politische Bedeutung Gdingens in der Vorkriegszeit wurde folgendes Bild verbreitet:

> „Die Stadt und der Hafen Gdingen – oft umworbene Schöpfungen der Zwischenkriegszeit – sind Visitenkarten der damaligen Regierung. Gdingen sollte Vitalität und Dynamik des kapitalistischen Systems bezeugen, sollte dessen schöpferische Möglichkeiten aufzeigen. Bis heute wird [...] versucht, Gdingen mit seinen großen Sozialbauten als Beweis hinzustellen, dass nicht nur in der Volksrepublik große Wirtschaftvorhaben geplant und realisiert wurden. Tatsächlich ist Gdingen aber eine große Leistung des kapitalistischen Systems. Umso interessanter daher, dass sich gerade hier, in ihr, wie in einer Linse, alle Brüche dieses Systems, alle Widersprüche, alle Zeichen seiner Verwesung versammeln. Weil der polnische Kapitalismus schwach war, weil die Entstehungszeit Gdingens bereits in die Jahre des imperialistischen Zerfalls fiel – deswegen ist die Geschichte dieser Stadt fast ein Schulbeispiel chaotischer Urbanistik, unmenschlicher Formen und Inhalte, klassenfeindlich, die sich auf die Ausbeutung des Menschen stützt."[32]

[28] Ebd., S. 42.
[29] Dziennik Bałtycki, 22.5.1945, S. 3.
[30] Tygodnik Morski, 28.3.1965, S. 5, „Historyczne dni" (Übersetzung MS).
[31] Dziennik Bałtycki, 19.5.1945, S. 1, „Powrót na morze" (Übersetzung MS).
[32] D. BIEŃKOWSKA, Żywe miasta, Warszawa 1955, S. 243 (Übersetzung MS).

So sehr die Vorkriegspraktiken der Kapitalisten verspottet wurden, so wenig verständlich musste eine Sache für die Bewohner der Stadt bleiben: wie harmonisierte die plötzliche Freundschaft Polens mit Sowjetrussland mit der Tatsache, dass die sowjetischen Truppen alles abtransportierten, was nach der Okkupation übrig geblieben war? Welche Gefühle musste man haben, wenn man im endlich wieder polnischen Gdingen fremde Soldaten sah, die alle wertvollen Güter wegschafften? Aus dem Hafen und den verbliebenen Magazinen und Produktionslagern starteten Tag und Nacht unendlich lange Kriegbeutetransporte, die den Wohlstand der Stadt in eine unbestimmte Zukunft zu verschieben schienen[33]. Die neue Zukunft, so sicher und schön sie in der Presse, im Radio und auf Kundgebungen auch ausgemalt wurde, begann zunächst, ihre andere, dunkle Seite zu zeigen. Die graue Realität der Gefängnisse, Prozesse, der Verhaftungen von „Kapitalisten", „Vaterlandsverräter", also der Angehörigen der Heimatarmee und anderer antikommunistischer Untergrundorganisationen sowie der Verfolgungen und Ausweisungen der Intelligenz sollte sich schon bald in vollem Umfang entfalten[34].

Es gibt viele weitere Themen, die für die Darstellung und Beschreibung der ersten Tage nach der Befreiung Gdingens relevant sind. Die subjektiv zusammengestellten Mosaiksteine sollen eher einige Tatsachen festhalten als ein komplettes Bild wiedergeben. Zur Vollständigkeit fehlen Themen wie die Rehabilitierung der in die dritte und vierte Gruppe der Deutschen Volksliste Aufgenommenen[35], die Vorbereitung und Durchführung des ersten Meeresfestes im „neu geborenen" Polen und vieles mehr, das zur Nachkriegsgeschichte Gdingens gehört. Das oben skizzierte Bild versucht lediglich, Eindrücke der ersten Monate nach dem langen Krieg ansatzweise zu vermitteln.

[33] G. BAZIUR 2000, S. 31-52; G. BAZIUR, Armia Czerwona na Pomorzu Gdańskim 1945-1947, in: Biuletyn IPN, Nr. 7, August 2001, S. 35-38; G. THUM, Fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003, S. 176ff.
[34] vgl. B. CHRZANOWSKI, A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER 2005, S. 580-588.
[35] s.a. Dziennik Bałtycki, 29.5.1945, S. 3, „'Eingedeutsche' i 'volksdeutsche' przed sądem rehabilitacyjnym"; Dziennik Bałtycki, 8.6.1945, Nr. 18, S. 3, „Wniemczenie (Eindeutschung)"; Dziennik Bałtycki, 5.7.1945, Nr. 41, S. 3, „Rehabilitacja przed sądem. Procesy sądowe volksdeutschów"; R. BUŁAWSKI, Problem Niemców pochodzenia polskiego, in: I Sesja Rady Naukowej ds Ziem Odzyskanych 30.VII-1.VIII 1945, Heft 1, Kraków 1946, S. 78-87; P. MADAJCZYK, Niemcy polscy 1944-1989, Warszawa 2001, S. 34; P. SEMKÓW, Wpływ wojny na migracje ludnościowe na Pomorzu Gdańskim, in: Biuletyn IPN Nr. 8-9 (Aug./Sep. 2002), S. 83; zum Prozess der Verifizierung und Rehabilitierung der Oberschlesier nach dem Krieg, vgl. J. HAUBOLD-STOLLE 2008, S. 310f; kürzlich erschien von Autor KAZIMIERZ KUTZ eine literarische Darstellung u.a. des Problems der Annahme der DVL in Oberschlesien, vgl. K. KUTZ, Piąta strona świata, Kraków 2010, z.B. S. 114; 124f.; zur Situation der DVL-Eingeschriebenen in der Nachkriegszeit in Wielkopolska, vgl. K. STRYJKOWSKI, Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950, Poznań 2004.

9 Fazit

Nach Betrachtung der zahlreichen Aspekte der städtischen Existenz Gotenhafens und der Lebensbedingungen seiner Bewohner zur Besatzungszeit in den vorangegangenen Kapiteln muss nun noch die eingangs gestellte Frage beantwortet werden: Wie erfolgreich war die komplexe NS-Politik auf lokaler wie nationaler Ebene darin, die Idee einer deutschen Stadt Gotenhafen umzusetzen? Oder, um es noch kürzer zu sagen: wie deutsch war Gotenhafen?

Die Lektüre zeitgenössischer Pressetexte und der wenigen während des Krieges gedruckten Bücher über Gotenhafen lassen keine Zweifel daran, dass in der NS-Propaganda die „Verdeutschung" vollkommen war. Die an deutsche Leser gerichteten Artikel bezeichnen es als Tatsache, dass Gdingen als Symbol der polnischen Präsenz am Meer und Sinnbild der wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Republik vollständig ausgelöscht wurde. Die genauere und ganzheitliche Analyse dieser Texte zeigt jedoch auch die gespaltene und unsichere Darstellung Gdingens und seines nationalsozialistischen Pendants Gotenhafen durch die Propaganda. Diese Diskrepanz ist zum Beispiel an der Beschreibung der Bevölkerung deutlich feststellbar. Entweder wird in vollster Überzeugung der Gewaltsprache behauptet, in Gotenhafen gebe es keine Polen und damit weise nichts mehr auf die „früheren Herren" der Stadt hin, oder es wird moniert, zahlreiche Polen seien in der Stadt verblieben und verbreiteten von ihren Wohnorten an der Peripherie aus nun Elend und Kriminalität. Die Polen waren allein schon durch ihre ständige Negation präsent: Die Aufschriften „Zutritt für Polen verboten" auf Strandtafeln, „Polen zugelassen" auf einzelnen Zugwaggons und die unaufhörlich betriebene räumliche Ausgrenzung der Polen wiesen darauf hin, dass die Macht über den Ort selbst den Gewaltherrschern nicht vollkommen erschien.

Ähnlich gespalten stand die NS-Propaganda dem architektonischen Erbe der Stadt gegenüber. Einerseits wurde das Äußere Gdingens mit seinen „klotzigen", „scheußlichen" oder „flachdächigen" Gebäuden als Ausdruck der polnischen „Seelenlosigkeit" gewertet. Es wurde versucht, die neu errichtete Stadt im Kontext von Unfertigkeit, Pfuscherei und grellen Fassaden zu präsentieren, die ein Potemkinsches Dorf sei und dieses zugleich zu verbergen suche. Anderseits wurde die nicht zu verleugnende architektonische Modernität als Werk von Ausländern und nicht der Polen selbst dargestellt, oder aber als Ausdruck des polnischen Größenwahns verspottet. Vor dieser Zweischneidigkeit war das erwünschte „Deutschsein" des Stadtbildes nicht leicht umzusetzen. Man adaptierte zwar die Gebäude zu Trägern der nationalsozialistischen Präsenz, gleichzeitig verblieb jedoch ein Mangel an Identifikation bzw. ein Fehlen von lokalem Zugehörigkeitsgefühl bei der Mehrheit der deutschen Einwohner. Die

architektonischen Besonderheiten Gdingens wurden meiner Meinung nach mit der Zeit zum wichtigsten Element der „Fremdheit des Ortes". Der Kontrast zwischen dem propagandistischen Zähmen der eroberten Stadt und den realen Verhältnissen ist in zahlreichen Pressetexten präsent und gipfelt letztlich in einem kurzen Zitat: „Ja, fremd ist das Bild Gotenhafens, und doch ist Gotenhafen deutsch."[1]

Abseits des architektonischen Rahmens nahm die eigentliche „Oberfläche" der Stadt schnell nationalsozialistischen Charakter an. Deutsche Straßennamen und Ladenschilder sowie Symbole der NS-Regierung wie Flaggen oder Uniformen bezogen ihre Stellungen im Raum und stärkten die Unverkennbarkeit Gotenhafens als NS-Posten im Osten. Es folgten die den Raum beherrschende deutsche Sprache, Kultur- und Freizeitangebote sowie das deutsche Schulsystem. Auch öffentliche politische Spektakel gehörten zu den regelmäßig sichtbaren Elementen des Deutschtums in Gotenhafen. Meiner Meinung nach unterstützte die Unsichtbarkeit polnischer Elemente in passiver Weise noch die große Bereitschaft, Gdingen während der Okkupation als deutsch wahrzunehmen. Vor allem die Verbannung der polnischen Sprache aus dem öffentlichen Raum scheint mir ein Grund dafür zu sein, dass das nationale Gewicht so stark den Deutschen zufiel.

Die demographische Ausgangslage erlaubt ganz andere Vermutungen. Nach den großen Aussiedlungswellen müssen noch mindestens 30.000 Polen, inklusive Besitzer der dritten Gruppe der Deutschen Volksliste, in der Stadt verblieben sein. Dennoch radierten Ghettoisierung und Sektorisierung sowie das deutsche Sprachgebot alles Polnische aus dem Stadtbild aus und stärkten das Selbstbewusstsein eines deutschen Postens im Osten des Reiches. Lediglich die den Polen überlassene Peripherie und einzelne Stadtviertel konnten noch als polnisch bezeichnet werden. Die erzwungene Zusammendrängung polnischer Bewohner an diesen Orten, die weniger unter Kontrolle von Behörden und Mitbürgern standen und damit auch die polnische Sprache stärker nutzen konnten, ließ polnische Enklaven entstehen, die der projizierten Vorstellung des deutschen Gotenhafens konträr entgegen standen.

Dieses klar unterscheidbare Bild des „deutschen" Gotenhafen und des „polnischen" Gdynia war nicht die gesamte Kriegszeit hindurch einheitlich. Ende 1939 und Anfang 1940 soll die Stadt leer gewirkt haben, weder polnisch noch erobert durch das Deutsche, am ehesten einer Geisterstadt ähnlich. Analysiert man das kulturelle und Freizeitangebot sowie die wirtschaftliche und politische Entwicklung der weiteren Jahre bis 1943 in öffentlichen wie internen Dokumenten, wird deutlich, dass diese Zeit vielleicht die erfolgreichste bei der Schaffung einer deutschen Stadt Gotenhafen war. Zu diesem Zeitpunkt neigte sich die „Pio-

[1] DV, 14.9.1944, „Wie war es im September 1939?"

nierphase“ mit den Aussiedlungen von Polen, der Aufnahme der Deutsch-Balten sowie weiterer Umsiedler und der Ausarbeitung politischer und propagandistischer Programme langsam dem Ende zu. Die wesentlichen Strukturen waren geschaffen und mit Inhalten gefüllt worden. Zugleich hatte die Stadt inzwischen eine ausreichende Anzahl dauerhaft bleibewilliger Einwohner gewonnen. Im Jahr 1944 wird in Propagandaaufsätzen die Überzeugung von der Stabilität der „deutschen Gemeinschaft“ im Osten so intensiv betont, dass an ihrer Wahrheit bereits wieder gezweifelt werden muss. Die polnischen Berichte aus dieser Zeit zeigen zugleich, dass statt einer Konsolidierung nun der Beginn einer Spaltung der deutschen Bevölkerung zu beobachten war.

Ab Ende 1944 und Anfang 1945 war eine vollständige Zerstörung der bis dahin erschaffenen Bevölkerungsverhältnisse unvermeidlich. Dadurch, dass Gotenhafen zur „Stadt der Hoffnung“ geworden war, in der Tausende Menschen auf ihre Rettung warteten, zerbrach die horizontale Linie zwischen polnischer Vergangeheit und deutscher Eroberung und Regierung der Stadt. Diese Monate, in denen Flüchtlinge aus dem Osten hierhin strömten und hofften, mit einem der Schiffe in Sicherheit gebracht zu werden, ist unabhängig von der Kürze der Zeitspanne des Geschehens eine wichtige Zäsur des Krieges. Vielleicht begann damit auch der einzige Zeitraum einer Authentizität Gotenhafens. Die Stadt wurde durch das NS-System in mehr als fünf Jahren stark verändert, sollte zur „deutschen Stadt“ und zur „Heimat der Baltendeutschen“ werden, ein Ort mit deutscher Tradition. Die Stilisierungen wurden zahlreich und immer greifbarer, doch wären sie ohne die propagandistische Aufmachung hohl gewesen. Zur „Stadt der Hoffnung“ wurde Gotenhafen dagegen ohne jede Hilfe der Propaganda. Für Hunderttausende Menschen war sie es wirklich, und im Unterschied zum schnellen Verfall der groß aufgemachten Parolen blieb sie es auch in der allgemeinen Erinnerung.

Die bislang kaum sichtbaren Polen eroberten in dieser Phase ihre Stadt Stück für Stück zurück. Dies geschah zwar nicht auf offizieller Ebene, aber durch sukzessiven Wegfall von Hemmungen vor der Benutzung der polnischen Sprache. Der deutsche Frisör, der plötzlich sein Deutsch komplett vergaß und nur noch Polnisch sprach, ist sicherlich ein repräsentatives Beispiel für zahlreiche Fälle der offensiven Rückeroberung der Souveränität. Die deutsche Bevölkerung erlebte in dieser Zeit zunächst eine Aufgliederung, in der Flucht dann wieder eine Konsolidierung. Zur deutschen Bevölkerung zu gehören bedeutete nun, auf der Flucht zu sein, und gerade darin zeigte sich, wie utopisch die propagandistische Darstellung der deutschen Stadtgemeinschaft Gotenhafens war. Nicht zuletzt zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Begründer dieser künstlichen Gemeinschaft diese zuerst verließen: Alte

Parteigenossen wie NS-Bonzen bemühten sich am eiligsten darum, dem zuvor hoch gepriesenen deutschen Posten den Rücken zu kehren.

Ein heute populärer polnischer Standpunkt zur Besatzungszeit lautet: „Heutzutage findet der Name Gotenhafen nur noch in Geschichtsbüchern Verwendung, als eine Episode in der Geschichte der Stadt, die polnisch war, ist und sein wird.“[2] Trotz der Popularität dieser Auffassung ist im Rahmen der Geschichtswissenschaft eine differenziertere Bewertung erforderlich. Gdingen befand sich mehr als fünf Jahre unter nationalsozialistischer Regierung, und die Folgen davon waren noch Jahrzehnte bemerkbar, teilweise sogar bis heute. Die Tausende ermordeter Polen sind ein wichtiger Teil dieser Folgen. Sie fehlten nicht nur in ihren Familien, die durch den Tod zerrissen wurden. Die Abwesenheit der Ermordeten – ein großer Prozentsatz davon waren Angehörige der polnischen Intelligenz – war bereits während des Krieges und noch lange Zeit danach in Gesellschaft, Politik und auf der sozialen Ebene schmerzlich spürbar. Die erzwungene Eindeutschung oder Wehrmachtseinberufung einiger Bewohner hatte für die Betroffenen nach dem Krieg auch weitere Konsequenzen, als sie durch das neue System Nachteile erfahren mussten. Politische Folgen sind bis heute gelegentlich zu bemerken, und auch psychische Effekte, die oft in Scham oder Unsicherheit bestanden. Sie waren und sind nicht zu unterschätzen.

„Die Tiefe durch die Länge und Breite zu ersetzen“, so lautete SCHOPENHAUERS Einschätzung der Natur der Geschichtswissenschaft[3]. In der Hoffnung, keinen zu deutlichen Beweis für diese These zu liefern, und wohl wissend, dass das Forschungsthema Gdingen im Krieg nach weit mehr Ansätzen verlangt, soll dieses Zitat dennoch meine Arbeit beschließen.

[2] Gdynia jako Gotenhafen, in: Gazeta Wyborcza. Trójmiasto, 22.-23.12.2007, S. 11, Reihe “Moja Gdynia” von Andrzej Sitek.
[3] A. SCHOPENHAUER, Die Welt als Wille und Vorstellung. Zweiter Band Textkritisch bearbeitet und herausgegeben von W. Freiherr von Löhneysen (Insel Taschenbuch 1873) 1996, 566.

Zusammenfassung

Die Geschichte Gdingens als polnischer Ostseehafen begann in den 1920er Jahren, als Polen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags ein 74 km langer Meereszugang gewährt wurde. Das Land strebte mit dem Wunsch eines eigenen Handels- und Kriegshafens nach wirtschaftlicher und militärischer Unabhängigkeit. Am 23.9.1922 bewilligte das polnische Parlament den Bau eines Meereshafens in Gdingen, womit auch ein rasches Wachstum der Stadt begann. Die reale Entwicklung Gdingens wurde von Anfang an mit einer symbolischen Bedeutung verbunden. Von der polnischen Bevölkerung wurden Stadt und Hafen bald mit Modernität, Dynamik und einem Ausdruck der Stärke des nach über 120 Jahren auf die politische Karte Europas zurückgekehrten polnischen Staates assoziiert. Für Deutschland und vor allem für das nahe Danzig wurde Gdingen schnell zu einer „Konkurrenz", welche die Wirtschaft Danzigs bedrohte. Die nationalsozialistische Propaganda bezeichnete die Entstehung der Stadt in so geringer Entfernung zu Danzig bald als gewollten Angriff auf Deutschland. Für die späteren Entscheidungen der NS-Regierung gegenüber dem okkupierten Gdingen und seiner Bewohner hatten sowohl die reale wirtschaftliche als auch die symbolische Bedeutung dieser Stadt für Polen eine entscheidene Rolle.

NS-Bevölkerungspolitik

Am 14.9.1939 marschierten nach zweiwöchigen Kämpfen deutsche Truppen in Gdingen ein. Kurz darauf wurden Massenverhaftungen der männlichen Bewohner durchgeführt, von denen ein Teil ins Konzentrationslager Stutthof überführt oder direkt bei Massenexekutionen ermordet wurde. Schnell wurden zentrale Entscheidungen der NS-Verwaltung getroffen, die die zukünftige Rolle der eroberten Stadt einschneidend beeinflussen sollten. So wurde die Stadt als Reichskriegshafen der deutschen Kriegsmarine bestimmt, und während eines Besuchs Hitlers in Danzig und Gdingen im September 1939 in Gotenhafen umbenannt, um auf eine vermeintliche deutsche Vergangenheit des Ortes hinzuweisen. Ebenso wurde festgelegt, dass Gotenhafen von der polnischen Bevölkerung „gesäubert" zu werden habe, so dass am 12.10.1939 Aktionen der Zwangsaussiedlung und erzwungenen Flucht von Tausenden Polen begannen. Allein bis Ende Oktober verließen daher mindestens 44.500 polnische Einwohner die Stadt. Die Zwangsaussiedlung der polnischen Bevölkerung wurde im weiteren Verlauf des Krieges fortgeführt.

Fast gleichzeitig begann die so genannte Baltenaktion, durch die der Stadt schon im Oktober 1939 eine völlig neue Funktion erwuchs, da sie temporärer oder teils auch dauerhaf-

ter Aufenthaltsort Tausender Umsiedler aus den östlichen Gebieten Europas wurde. Gemeinsam mit dem landesweit durchgeführten brutalen Vernichtungskrieg gegen polnische und jüdische Bevölkerung führten die Ansiedlungsaktionen zu tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur Gdingens. Ein weiterer Eingriff in die Struktur der polnischen Bevölkerung Pommerellens und Gdingens selbst war die durchgeführte „Kategorisierung", „Gruppierung" und künstliche „Schichtenbildung" der Polen. Schon während der ersten Aussiedlungswellen wurden die Gruppen der „Kongresspolen", „Kaschuben", „Galizier" und der „traditionellen Bevölkerung Westpreußens" aussortiert, die entweder zur schnellen Aussiedlung oder zum eventuellen Verbleib in der Stadt genötigt wurden. Diese „De-Unifizierung" wurde ab 1941 noch stärker durch die Einführung der so genannten Deutschen Volksliste praktiziert.

Die Bevölkerungsstruktur wurde auch dadurch geändert, dass sämtliche neu in deutschen Behörden, Kriegsmarine, Schul,- und Gesundheitssystem Angestellten aus Danzig und dem „Altreich" einen Anspruch auf Wohnungen in der Stadt hatten. Dies führte neben den Aussiedlungen ins Generalgouvernement auch zu stadtinternen Umsiedlungen der polnischen Bevölkerung, die im Endeffekt zur räumlichen Trennung führten. Die Deutschen erlebten eine Konzentration im Stadtzentrum, während die Polen in einer Art „Gettoisierung" an die Peripherie verschoben wurden. Allerdings gelang keine vollständige Eliminierung der Polen aus Gotenhafen, woran nicht zuletzt ökonomische Überlegungen schuld waren, denn die verbliebenen Polen erfüllten wichtige Arbeitsaufgaben in den Werften, im Hafen, in Fabriken und in der Landwirtschaft.

Die in Gotenhafen zahlenmäßig größte Gruppe der Umsiedler aus den östlichen Teilen Europas waren die Deutsch-Balten. Ihre Umsiedlung, sei es für einen langfristigen Wohnaufenthalt oder im Rahmen der „Durchschleusung", kann dank einer Vielzahl von Quellen relativ detailliert beschrieben werden. Die ersten Umsiedlerschiffe der großen „Baltenaktion" nach Danzig und Gotenhafen liefen Mitte Oktober 1939 ein, das letzte Schiff mit Deutsch-Balten verließ den Hafen von Riga am 15.12.1939. In dieser Zeit kamen fast 62.000 Umsiedler aus Estland und Lettland nach Gotenhafen, Danzig, Stettin, Swinemünde und Memel, wobei 63% Danzig oder Gotenhafen passierten.

Eine besondere Rolle bei der Baltenaktion und ihrer Durchführung in Gotenhafen spielte die Einwandererzentralstelle Gotenhafen (EWZ), die sämtliche logistischen Aspekte der Umsiedlung organisierte. Sie nahm großen Einfluss nicht nur auf die Ansiedlung von Deutsch-Balten, sondern auch auf die Aussiedlungen der polnischen Bevölkerung sowie auf die Beschlagnahmung von Wohnungen und Besitz der Polen, der den Deutsch-Balten zur Verfügung gestellt werden sollte. Propagandistische Schriftreihen und lokale Pressestimmen

stellten die Deutsch-Balten als Heilmittel für alles Klotzige, Fremde, Ungezähmte der Stadt dar, welches bis jetzt so befremdlich wirkte und die Ausbildung einer neuen deutschen Identität in der Stadt behinderte. Den Deutsch-Balten wurde die Rolle zugeschrieben, das polnische Gdingen sozusagen ungeschehen und aus der polnischen eine deutsche Stadt zu machen. Die geringe Zahl von 2.800 bis 3.000 Menschen dieser Gruppe, die die Stadt bewohnten, konnte diese Aufgabe jedoch nicht realistisch erfüllen, obwohl die Stimmen der Propaganda auf Schritt und Tritt die Anwesenheit eines neuen deutschen Geistes, deutscher Atmosphäre und deutscher Sauberkeit zu bestätigen versuchten.

Neben den Deutsch-Balten erhoffte man sich von den eher rural geprägten Wolhynien- und Bessarabiendeutschen einen Beitrag zur „Verdeutschung“ und „Entpolonisierung“ der ländlichen Umgebung Gotenhafens. In vielen Vororten und allen landwirtschaftlich geprägten Gebieten des neuen Gaus wurde die Ansiedlung dieser Gruppe in großem Maßstab durchgeführt. Ihre Anwesenheit in Forsters Ostgau bedeutete jedoch keineswegs eine schnelle „Rückkehr in die deutsche Heimat“, sondern viel häufiger langes Warten auf die Zuteilung eines eigenen Hofes, Monate in Durchgangslagern und schließlich Schwierigkeiten sowohl auf sozialer (Probleme mit auf den Höfen als Hilfskräfte verbliebenen Polen) als auch auf wirtschaftlicher Ebene. Neben den Umsiedlern erhöhten die schon erwähnten Deutschen aus dem Altreich und Danziger die Zahlen der „deutschen Gemeinschaft Gotenhafen“. Als temporärer Zufluchtsort diente Gotenhafen später hierher verbrachten Kindern im Rahmen der Erweiterten Kinderlandverschickung sowie den „Ausgebombten“, die u.a. im Sommer 1943 aus Hamburg obdachlos in die Stadt kamen.

Die Bevölkerungsstruktur änderte sich erneut rapide in den letzten Wochen 1944 und vor allem im Zeitraum von Januar bis März 1945 bedingt durch die Flucht der deutschen Bevölkerung Ostpreußens, der baltischen Republiken und des Gaus Danzig-Westpreußen.

Umbau der Stadt

Die feste Materie der Stadt ließ sich in absehbarer Zeit nicht so massiv verändern, wie es mit dem humanen Element möglich war. Das Stadtbild, Gdingens Architektur und Gebäude, die für die Deutschen bis zum Ende des Krieges mit einem Gefühl der Fremdheit behaftet waren, wurde nur bedingt Veränderungen unterzogen. Das im Krieg geltende Bauverbot aller „nicht kriegswichtigen“ Bauten ließ die lokalen NS-Behörden nur einzelne Änderungen und Bauvorhaben durchführen; umso größere Pläne wurden freilich für die Zeit nach dem Krieg geschmiedet. Die Propaganda erinnerte allerdings auch stets daran, dass das polnische Gdingen nur eine Fassade gewesen sei und seine Bauprinzipien Potemkinschen Häusern ähnelten. Die

Presse und auch Buchausgaben stellten die Stadt als ohne Vergangenheit und eigenen Geist dar, eine Stadt, die zwar „glänzende Kinos“, aber keine Theater, kein Museum und kein Schloss in der Mitte hatte.

Auch wurden schon zu Anfang des Krieges alle veränderbaren Elemente des Stadtbildes, die an die polnische Vergangenheit erinnerten, aus der Öffentlichkeit verbannt. Polnische Straßen- und Ladenschilder wurden entfernt, an ihren Stellen deutsche aufgehängt. Die Stadtkarte Gotenhafens aus dem Jahr 1942 zeigt die neuen Straßennamen, die auf deutsche Politiker und Dichter hinwiesen, darunter als bekanntestes Beispiel die Umbenennung der Świętojańska-Straße in Adolf-Hitler-Straße. Im Jahr 1942 erhielt die Stadt auch ein neues Stadtwappen, das ein silbernes Germanenschiff auf blauem Grund zeigte und das „Urdeutschtum“ dieser Gebieten beweisen sollte. Polnische Denkmäler wurden vernichtet, so z.B. das Sienkiewicz-Denkmal, und einige neue deutsche Gedenkstätten wie jene in Oxhöft angelegt.

Obwohl die Eingriffe in die Bausubstanz eher gering ausfielen, änderten sich die täglichen Wege der Bewohner und die Nutzung der Stadtfläche erheblich. Aufgrund von Sperrungen bestimmter Gebiete, Funktionsänderungen von Straßen und Gebäuden, einem erstmaligen rapiden Sinken der Einwohnerzahl, geographischen Grenzziehungen zwischen den Ethnien und neuen wirtschaftlichen Bestimmungen in Form der Erhaltung nur eines kleinen Teils der in polnischer Zeit vorhandenen Läden, Firmen, Cafés und Restaurants wurde Gotenhafen schließlich ganz anders genutzt als von den Erbauern ursprünglich geplant.

Zu den wichtigsten Elementen der neuen Bestimmungen, die den städtischen Charakter während des Krieges ausmachten, gehörte das so genannte Gotenhafen-Gesetz, unter dem sowohl der „Erlass des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht über die Erklärung von Gotenhafen zum Reichshafen“ vom 28.11.1939 als auch dessen praktische Ausführung, die am 21.12.1939 im Reichsgesetzblatt erschien, verstanden wurde. Das Gesetz hatte die gravierende Auswirkung, sämtliche Liegenschaften sowie Mobilien, die sich auf Hafengebiet befanden, der Kriegsmarine zur Verfügung zu stellen und sie damit zu einem der größten Grundbesitzer der Stadt zu machen. Als Stützpunkt erster Ordnung unter den deutschen Ostseehäfen gehörte Gotenhafen zu den wichtigsten Basen sowie Anlauf- und Ausgangspunkten der deutschen Flottille. Der Hafen und die Werften wurden während des Krieges entsprechend dem Bedarf der Kriegsmarine ausgebaut und erinnerten schließlich an eine „Festung aus Stahl“. Der Ausbau der Reparaturwerften bedingte einen konstanten Zufluss von Hafen- und Werftarbeitern, deren Gesamtanzahl für Danzig und Gotenhafen im November 1944 6.160 erreichte. Gotenhafen war Anlaufhafen für Schlachtschiffe, schwere Kreuzer, Torpedo-

boote, U-Boote u.a. Hier lagen Wohnschiffe der jungen deutschen Kadetten vor Anker, darunter die von den Ereignissen der Flucht im Januar 1945 bekannte „Wilhelm Gustloff".

Die Kriegsmarine wurde zum Identifikationsobjekt der deutschen Herrschaft vor Ort. Sie avancierte zu einem konstanten Element der Rhetorik über die Stadt, Gotenhafen war *die* Stadt der Kriegsmarine. Auch hatte die Kriegsmarine langfristige Pläne mit der Stadt, nach dem Krieg sollten hier ihre Schulen, eine ärztliche Akademie und weitere Einrichtungen erbaut werden. Als Eigentümer eines wachsenden Anteils der städtischen Immobilien und Bauherr z.B. eines Kriegsmarinefriedhofs dominierte und beeinflusste sie das Stadtbild zu großen Teilen bereits während der Kriegszeit. Der Hafen wurde weitgehend Kriegsmarinezwecken unterstellt und sämtliche Handelsaufgaben nach Danzig delegiert. Gleichzeitig wurden beide Häfen als neuer großer deutscher Hafenkomplex Danzig-Gotenhafen mit neuester technischer Ausstattung angepriesen. Neben Kiel einziger Stützpunkt erster Ordnung und Hauptliegehafen der deutschen Seestreitkräfte, erhielt Gotenhafen eine entsprechende Infrastrukturausstattung und war auch Standort des zweiten Hauptwerks der Deutschen Werke Kiel. Dadurch wurde Gotenhafen Werftstandort und erlangte nach den Luftangriffen auf Kiel Anfang 1942 sogar primäre Bedeutung als Reparatur- und Schiffsbaustandort. Ab Sommer 1944 änderte sich die Funktion des Hafens. Nach den militärischen Wendungen kamen erste Transporte von Flüchtlingen aus dem Osten an, was im Jahr 1945 wesentlich massivere Formen annahm. Die Entwicklung und Erweiterung des Hafens und der Werften wurde durch zwei Luftangriffe am 9.10.1943 und am 18.12.1944 unterbrochen bzw. zum Stillstand gebracht.

Direkt nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Stadt fand eine Beschlagnahmung aller Mobilien und Immobilien statt. Es wurde sowohl direkte Beute gemacht, wie Güter in Hafenlagern und Güterwaggons, als auch Kriegsbeute im Form von Waffen und Munition. Hinzu kam die „Sicherstellung" von Läden, Firmen, Betrieben und polnischen Behörden. Auch die Übernahme des Besitzes jedes einzelnen Stadtbewohners wurde vorangetrieben; zur Aussiedlung bestimmte Bewohner mussten fast ihren gesamten Besitz den Besatzern überlassen. Dieser verblieb mitsamt der verlassenen Wohnungen zur Disposition der NS-Institutionen und diente später beispielsweise den Umsiedlern aus dem Baltikum. Mindestens die Hälfte aller Geschäfte wurde geschlossen, nur einzelne Restaurants und Cafés blieben geöffnet. Betriebe und Firmen, die nicht „kriegswichtig" waren, wurden nicht wieder eröffnet, was beispielsweise mit dem Vorwand der Vorhaltung für Kriegsteilnehmer oder auch ihrem angeblich desolaten Zustand begründet wurde.

Von Beginn an wurde der polnischen Bevölkerung der Besitz von Wohnungen und Grundstücken untersagt. Die in der Stadt verbliebenen Polen mussten immer weiter in die Peripherie ziehen, um deutschen Zuzüglern Platz zu machen. Der Wohnungsdruck und die Entstehung einer „grauen Zone“ in diesem Wirtschaftszweig veranlasste die Stadtverwaltung zur Festlegung von Mietpreisobergrenzen, die für ein einzelnes Zimmer im Stadtzentrum 1941 je nach Einrichtung zwischen 20 und 35 Reichsmark variierten. Fremdenzimmer und Tourismus spielten in der Kriegszeit nur eine untergeordnete Rolle, doch auch hierfür galten gesetzlich festgelegte Mietpreisgrenzen. Der Wohnungsmangel bestand die gesamte Kriegszeit hindurch im ganzen Gau Danzig-Westpreußen und pflanzte sich sogar in den ländlichen Bereich fort. Die Versorgung mit Strom und Wasser sowie die Abwasserentsorgung funktionierten im Stadtzentrum zuverlässig, in den Außenbezirken bestanden dagegen Probleme mit den Abwassergruben, deren Leerungszyklen wegen der Überbelegung der Wohnungen zu lang waren.

Der öffentliche Stadtverkehr wurde mit Bussen abgewickelt, die 1943 auf einigen Linien durch Kraftstoff sparende Oberleitungsbusse ersetzt wurden. Die geringe Anzahl der Fahrzeuge bereitete ganztägig Probleme mit überfüllten Bussen, jedoch waren die Entfernungen zwischen den Stadtteilen auf den betroffenen Linien so lang, dass die Bewohner auf motorisierte Verkehrsmittel angewiesen waren. Gotenhafen war auch Kreuzungspunkt verschiedener Bahnlinien, von denen v.a. die Hauptstrecke entlang der Küste in Richtung Danzig wichtige Pendlerbedürfnisse erfüllte und auch im überregionalen Bahnverkehr genutzt wurde. Viele Züge hatten getrennte Wagen für Polen und Wagen, in die nur Frauen einsteigen durften. Darüber hinaus verkehrten in der Stadt einzelne Taxen und viele Fahrräder, während private PKW drastisch begrenzt worden waren. Vom Passagierhafen aus fuhren Passagierschiffe zu verschiedenen Zielen.

In Vorbereitung auf eventuelle Luftangriffe wurden in der Stadt einige Umbaumaßnahmen vorgenommen, die die Ausbreitung von Bränden verhindern und angreifenden Piloten die Sicht auf den Hafen nehmen sollten. Auch wurden Jugendliche und Erwachsene vermehrt im Luftschutz-Bereitschaftsdienst eingesetzt.

Soziale Dimensionen des städtischen Alltags

Für die polnische wie auch für die deutsche Bevölkerung bestand Arbeitspflicht, die hart durchgesetzt wurde. Urlaub stand den verbliebenen Polen nicht zu. Ein polnischer Hafenarbeiter musste acht bis zwölf Stunden pro Tag arbeiten und verdiente dabei pro Stunde zwischen 60 und 90 Pfennig, was etwa der Hälfte des Lohns eines deutschen Arbeiters entsprach.

Davon waren noch diverse Steuern und Versicherungen abzuziehen, die für beide Gruppen unterschiedlich hoch waren.

Die Arbeitsbedingungen deutscher Beamter bildeten einen Kontrast zu jenen der polnischen Arbeiter. Beamte unterstanden oft direkt dem Oberbürgermeister, nahmen an dienstlichen Appellen teil und hatten feste Arbeitszeiten, nach denen sich auch beispielsweise öffentliche Verkehrsverbindungen ausrichteten bzw. gut erreichbar waren. Die Beamten nutzten die guten Arbeitsbedingungen jedoch auch für eigene Zwecke oder Bequemlichkeiten aus und missachteten bspw. Verdunkelungsvorschriften oder die Pünktlichkeit zum verpflichtenden täglichen Arbeitszeitbeginn. Sie wollten sich den sehr detaillierten Anweisungen zu den Arbeitsrahmenbedingungen nicht immer fügen und auch an kollektiven Spendensammlungen für die Kameraden an der Front nicht teilnehmen. Im Jahr 1941 lagen die täglichen Arbeitszeiten der Beamten noch bei neun Stunden und wurden im späteren Kriegsverlauf dann parallel zu den Stellenkürzungen durch Einberufungen usw. erhöht.

Gotenhafen war von Anfang an eine Stadt der hohen Lebenshaltungskosten, was nicht nur die Mieten, sondern auch die Lebensmittelpreise betraf. Dies führte schnell zur Diskriminierung der weniger verdienenden Polen, die sich nur noch die notwendigsten Grundnahrungsmittel leisten konnten. Bereits 1941 wurde im gesamten Gau ein Lebensmittelkartensystem eingeführt, nach dem zusätzlich zum Kaufpreis eine Lebensmittelberechtigungskarte abgegeben werden musste. Zunächst wurden nur einzelne Lebensmittel wie Fleisch und Fett begrenzt, mit der Zeit betraf die Kontingentierung aber mehr und mehr Bereiche. Rationen für Fette und Milchprodukte wurden bis auf ein halbes Gramm genau berechnet. Polen erhielten andere Lebensmittelkarten und grundsätzlich geringere Zuteilungsmengen als Deutsche. Zudem waren die Ladenflächen größerer Geschäfte in Bereiche für Deutsche und Polen aufgeteilt oder die Einkaufszeiten so beschränkt, dass Polen erst am Nachmittag oder Abend einkaufen konnten, wenn die Deutschen bereits alles Benötigte gekauft hatten. Die Stadtverwaltung legte auch Höchstpreise für Lebensmittel fest, die jedoch auf dem Schwarzmarkt um ein Vielfaches überboten wurden. Insbesondere die Polen waren mangels gewöhnlichen Straßenhandels und angesichts hoher Strafen auf Schwarzmarkthandel oft auf Tauschhandel mit Produkten anstelle des offiziellen Einkaufs angewiesen. Von Regierungsseite wurde insbesondere durch die Förderung der Anlage von privaten Gemüsegärten im Stadtgebiet versucht, die Lebensmittelknappheit zu entschärfen.

Auch Kleidung, Hygienemittel und Brennmaterialien waren Mangelware und wurden über Zuteilungen per Kleiderkarte und andere Bezugsscheine reglementiert. Die unterschiedliche Behandlung der Nationalitäten wirkte sich auch auf den Zugang zu Gesundheitsdiensten

aus, der für Polen deutlich schwieriger war. Die Gesundheitssituation des polnischen Bevölkerungsteils war daher sehr schlecht, was durch die ungünstige Wohn- und Versorgungssituation sowie die Nichtanerkennung von Krankheitszeiten am Arbeitsplatz insbesondere in den Wintermonaten für viele verhängnisvoll war. Die Gesundheitsversorgung für die Deutschen wurde durch die schnelle Wiedereröffnung der ehemals polnischen Krankenhäuser ermöglicht. Es bestanden nach einiger Zeit auch weiterführende Angebote wie Erste-Hilfe-Kurse, vorsorgliche Impfungen, Mutter-Kind-Sprechstunden usw.

Das deutsche Schulsystem wurde sehr bald nach der Besetzung errichtet; von 16 Schulen in der Stadt wurden zehn bereits in den ersten Monaten wiedereröffnet, die übrigen mussten nach Kriegsschäden zunächst renoviert werden. Deutsche und polnische Kinder wurden oft in getrennten Klassen, jedoch in den gleichen Schulen ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet. Höhere Schulen waren für polnische Kinder nicht zugänglich. Im September 1943 erreichten alle Schulen in Gotenhafen mit rund 13.200 Schülern und 200 Lehrern ihren Höchststand. Im Unterricht wurden hinter harmlosen Bezeichnungen wie Geschichte, Erdkunde oder Deutsch politisch, ideologisch und propagandistisch stark geprägte Lehrinhalte vermittelt, wobei Heimat und Volk stets im Mittelpunkt standen. Polnische Schüler litten am stärksten unter der Besatzung und den kriegsbedingten Einschränkungen, da ihnen am intensivsten nationalsozialistisches Gedankengut vermittelt, ihnen die polnische Vergangenheit vollständig genommen, ihr Unterricht bei Lehrkräftemangel aber auch zuerst gekürzt wurde. In ihrer Freizeit wurden deutsche Kinder und Jugendliche sowie Kinder der dritten Gruppe der Deutschen Volksliste intensiv in Organisationen wie die Hitler-Jugend und den Bund Deutscher Mädel integriert, was zusätzliche nationalsozialistische Prägung garantierte und ihre Freizeit und Verfügbarkeit für vom System „unbeaufsichtigte“ Zeiten minimierte. Dies führte mitunter zu Konflikten mit der Kirche.

Deutsche Kultureinrichtungen vor Ort hatten die wichtige Aufgabe, die deutschen und volksdeutschen Bewohner zusammenzuschweißen und eine stabile „Volksgemeinschaft“ zu erzeugen. Daher wurde gewisse Priorität auf die Errichtung einer neuen Stadthalle und weiterer Räumlichkeiten für Kulturveranstaltungen und Theater gelegt. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ war als wichtiger Organisator von Künstlern und Veranstaltungen in der Stadt aktiv. Mit den Städtischen Schauspielen Zoppot-Gotenhafen gab es eine stadteigene Theatergruppe, die regelmäßig Stücke inszenierte. Ein bald gegründeter städtischer Chor und ein Sinfonie-Orchester führten zudem musikalische Veranstaltungen auf. Auch gab es mehrere Kleinkunstbühnen und gelegentliche Besuche verschiedener Zirkusse. Bis 1942 gab es zwei, anschließend drei große Kinosäle in Gotenhafen, die ein tägliches Filmangebot hatten

und zusätzlich die für die Propaganda wichtige „Wochenschau“ ausstrahlten. Nicht zuletzt sind zwei Leihbüchereien zu nennen, die dem Aufschwung des Lesens während der Kriegszeit Rechnung trugen. Die weitere Freizeitgestaltung der deutschen Bewohner bestand im Sommer vorwiegend aus dem Badeleben an den städtischen Stränden, während in der Winterzeit die Cafés und in der Vorweihnachtszeit die zahlreichen Geschäfte größeren Umsatz machten. In Gotenhafen konnte man drei regelmäßige Tageszeitungen kaufen, es gab allerdings keine eigene Lokalzeitung.

Gotenhafen war ein Schwerpunkt politischer Kundgebungen, die die politische und propagandistische Erziehung der Bürger zum Ziel hatten. Dazu gehörten Parteikundgebungen und Reden mit Anwesenheitspflicht für alle Bürger und nationalsozialistische Feier- und Gedenktage. Gegen Kriegsende verfolgten die meisten Veranstaltungen auch das Ziel, den Kampfeswillen der Bevölkerung zu stärken. Auch Sportveranstaltungen dienten propagandistischen Zwecken und wurden v.a. für Kinder und Jugendliche organisiert. Charakteristische Sportart für Gotenhafen war der Segelsport, der traditionell von den baltischen Zuwanderern praktiziert wurde.

Der polnische Untergrundstaat (Polskie Państwo Podziemne) sowie die gesamte Untergrundbewegung funktionierte in den annektierten polnischen Westgebieten unter ganz anderen Bedingungen, als es beispielsweise im Generalgouvernement der Fall war. Trotzdem erfasste die Bewegung fast flächendeckend die Region Pommerellen mit Schwerpunkten in den Oberzentren wie Gdingen. Die wichtigste Rolle spielte hier wie überall in Polen die polnische Heimatarmee (Armia Krajowa). Somit waren auch die regionalen Strukturen der ZWZ-AK in Pommerellen relativ stark entwickelt, obwohl sie nie die Ausmaße erreichten wie die der ZWZ-AK im General-Gouvernement. Das Sammeln und die Weitergabe von Informationen bildete den wichtigsten Baustein der konspirativen Arbeit, während Sabotage und Diversion während des Krieges eher begrenzt blieben.

Letzte Tage der NS-Stadt und Flucht der Deutschen

Bereits ab Frühjahr 1943 kann von einem langsam einsetzenden „Anfang vom Ende“ gesprochen werden, der sich in vermehrten Aufrufen zu Bürgerpflichten, verordnete Verzichte auf Schaustellungen und Lustbarkeiten und die Zunahme von Grauen und Gewalt in den Reden der NS-Herrscher äußerte. Ab Sommer 1943 folgte der Zuzug heimatlos Gewordener aus ausgebombten Städten des Reiches, der auch den Gotenhafenern den Krieg näher vor Augen führte, und die Einziehung von immer mehr Männern zu Kriegsdiensten. Die Assimilierung

der verschiedenen Gruppen im Schmelztiegel Gotenhafen fand mit der aufkommenden Unsicherheit ein abruptes Ende, es dominierte stattdessen von Seiten vieler Zugewanderter Bedauern, die alte Heimat zugunsten dieses Ortes aufgegeben zu haben. Mit dem Beginn der sowjetischen Großoffensive ab Mitte 1944 schwand schließlich der Glaube der Bevölkerung an einen Endsieg. Der polnische Bevölkerungsteil der Stadt gewann zeitgleich zusehends an Selbstbewusstsein, was das Unwohlsein für die deutschen Gruppen verstärkte.

Parallel wurden im ganzen Stadtgebiet physische Abwehranlagen errichtet. Um bei Überfüllung der Stadt mit Flüchtlingen einen hygienischen Mindeststandard zu erhalten, wurden Einrichtungen wie bspw. eine Entlausungsanstalt etabliert. Ab Mitte 1944 trafen Schiffe mit Flüchtlingen aus dem Osten ein, die Tag für Tag mehr wurden. Ab Januar 1945 kann sogar von einer zweiten Phase des Flüchtlingsstroms gesprochen werden, bei der die Menschenmengen von außen die Stadt als Durchgangsstation auf ihrer Flucht gen Westen nutzten und die Bewohner selbst ebenfalls flüchteten. Als der Landweg schließlich abgeschnitten wurde, lag alle Hoffnung in den großen Flüchtlingsschiffen, von denen das im Nachhinein bekannteste die mit 6.000 Menschen besetzte und schließlich versenkte „Wilhelm Gustloff“ war. Die Nationalsozialisten vergaßen im entstandenen Chaos jedoch nicht, ihr Behördengut abzutransportieren, so dass auch zahlreiche Güterladungen vom Hafen ausliefen. Die deutsche Okkupation Gdingens endete am 28.3.1945, als die Stadt von polnischen und russischen Soldaten befreit wurde.

Auf deutscher Erinnerungsebene werden mit Gotenhafen v.a. Bilder der Flucht verbunden. Das beinahe völlige Fehlen von Erinnerungsschriften aus der Zeit, die einen herrschenden Alltag zeigen, kann einerseits in der Tendenz zur Erinnerung an nicht alltägliche Momente, andererseits in der schieren Anzahl der Flüchtlinge im Vergleich zur geringen Anzahl der deutschen Bewohner gesucht werden. Auch war Gotenhafen als Hafenstadt und Oberzentrum ein Behördenstandort, in dem ein großer Teil der deutschen Bewohnerschaft zu aktiven Zahnrädern im NS-System geworden war. Diese Gruppe möchte ihre Erinnerungen und damit verbundene Schuld sicherlich weniger öffentlich kundgeben, während den übrigen, eher passiven deutschen Bewohnern das Gefühl fehlte, sich hier an einem Ort deutscher Tradition und Geschichte zu befinden. In der Nachbetrachtung war Gotenhafen für viele sicherlich nur ein zeitlich kurzer Abschnitt ihres Weges von östlichen deutschen Gebieten zu den schließlich endgültig gewordenen Wohnorten im Reich.

Etwa ein Jahr nach Kriegsende hatte das polnische Gdingen wieder rund 80.000 Einwohner erreicht. Die Rückkehr an den ursprünglichen Wohnort war aufgrund der infrastrukturellen und politischen Behinderungen für viele der im ganzen Land verstreute Polen nicht leicht, und auch das Leben in der zerstörten Stadt selbst gestaltete sich recht schwierig. Der Hafen war anfangs völlig unbenutzbar, da er von den Flüchtenden zerstört hinterlassen worden war. Unter kommunistischer Regierung fand ein recht rascher Wiederaufbau statt, und der Wegfall der Konkurrenzsituation mit dem neu zu Polen gekommenen Danzig versprach der Region neue wirtschaftliche Möglichkeiten.

Die Aufarbeitung des Themas der deutschen Okkupation in Gdingen verlangt nach weiteren Ansatzpunkten. Es erscheint zur Vervollständigung des gegebenen Bildes vor allem wichtig, ehemalige polnische oder deutsche Bewohner der Stadt zu ihren Kriegs- und Okkupationserfahrungen zu befragen.

Bibliographie

Archivquellen

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (Signaturbezeichnung *BArch*)

R 49 – Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

R 69 – Einwandererzentralstelle Litzmannstadt (EWZ)

R 88 II – Auffanggesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe des Handels im Reichsgau Danzig-Westpreußen GmbH Gotenhafen

R 140 – Grundstücks- und Wohnungsgesellschaften in den eingegliederten besetzten Gebieten; Grundstücksgesellschaft für den Reichsgau Danzig-Westpreußen mbH Gotenhafen

R 144 – Haupttreuhandstelle Ost

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (Signaturbezeichnung *BArch*)

RM 31 – Marinestation der Ostsee bzw. Marineoberkommando Ostsee, Bd. II: 1919-1945

RH 53-20 – Wehrkreiskommando XX (Danzig)

RM 89 – Unterseeboote der Kriegsmarine

RM 108 – Kriegsmarinedienststellen in Deutschland

Staatsarchiv Bydgoszcz (Państwowe Archiwum w Bydgoszczy, Signaturbezeichnung *APB*)

96 – Sonderreferat SD Gotenhafen-Lebrechtsdorf 1939-1945

97 – Umwandererzentralstelle Danzig-Lebrechtsdorf 1939-1943

Staatsarchiv Danzig (Archiwum Państwowe w Gdańsku, Signaturbezeichnung *APG*)

96 – Oberlandesgericht Danzig

140 – Schulamt Gotenhafen

263 – Reichsstatthalter Danzig-Westpreußen 1943-1945

264 – Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Danzig-Westpreußen 1934-1939; 1939-1945

1038 – Marinehafenbaudirektion Gotenhafen

1039 – Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Gotenhafen /1936/ -1939-1945

2558 – Deutsche Werke Kiel, Werke Gotenhafen

Staatsarchiv Danzig, Abteilung Gdingen (Signaturbezeichnung *APG-Gdynia*)

87 – Rzeźnia Miejska i Targowisko Zwierzęce w Gdyni 1926-1949

90 – Zbiór fotografii i portu w Gdyni 1920-1973

216 – Oberfischmeisteramt Danzig

218 – Oberfischmeisteramt Gotenhafen 1939-1945

650 – Oberbürgermeister der Stadt Gdingen

Staatsarchiv Sigmaringen

Wü 13 T2 723/085– Staatskommissariat für politische Säuberung/ Entnazifierungsakten der Spruchkammer Balingen.

Zentrales Militärarchiv Warschau (Centralne Archiwum Wojskowe w Warszawie, Signaturbezeichnung *CAW Warszawa*)

II.52 – Oddział VI Sztabu Głównego Naczelnego Wodza

Bibliothek des Museums der Stadt Gdingen (Biblioteka Muzeum Miasta Gdyni)

R.tot.I/201/10

PL/625

Zeitgenössische Presse

Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen (Abkürzung *AOBG*): Ausgaben 1939 bis 1945

Danziger Neueste Nachrichten (Abkürzung *DNN*): Ausgaben 1939 bis 1943

Danziger Vorposten (Abkürzung *DV*): Ausgaben 1940 bis 1944

Der Deutsche im Osten – Monatschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung: Hefte Juni 1939, Oktober 1940, April 1941

Der Westpreuße: Ausgabe 15.2.1955.

Dziennik Bałtycki: Ausgaben 1945

Film-Kurier: Ausgaben 1939 bis 1942

Gazeta Gdyńska: 9.8.1939

Torpeda. Oczy i uszy Gdyni: Jahrgang 1936

Tygodnik Morski: Ausgaben 15.2.1959, 28.3.1965, 18.4.1965, 20.6.1965

Zeitgenössische Literatur

BADE W. (Einführung), LORENZ W. (Geleitwort), Der Treck der Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien und dem Narew-Gebiet, Reihe Bücher der Heimkehr, Berlin 1941.

BALAWELDER R., Polska ma dostęp do morza, Warszawa 1939.

Baltendeutsche Heimkehr. Berichte-Pressestimmen-Chronik, Berlin 1941.

BAßAREK A., Danzigs Befreiung. Ein Tatsachenbericht mit Bildern, Danzig 1939.

BECK F. A., Deutsche Vollendung. Idee und Wirklichkeit des Nationalsozialistischen Reiches, Posen 1944.

Biblioteka żołnierza Korpusu Ochrony Pogranicza nr 7, Nasza pierwsza wycieczka do Warszawy, Poznania i Gdyni, 6-10 marca 1933, Warszawa 1933.

BIEŃKOWSKA D., Żywe miasta, Warszawa 1955.

BÖHM F., Litzmannstadt. Geschichte und Entwicklung einer deutschen Industriestadt, Posen 1941.

BOMAS P. Urządzenia w porcie gdyńskim, in: V. CZ. PECHE (Hrsg.), Kronika o polskim morzu. Dzieje walk, zwycięstw i pracy, Warszawa 1930, S. 195-204.

BOSSE H., Der Führer ruft. Erlebnisberichte aus den Tagen der grossen Umsiedlung im Osten. Berlin 1941.

BROCKI Z. u. W. SZUBZDA, Polskie wybrzeże. Na dziesięciolecie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i Pięćsetlecie powrotu Pomorza Gdańskiego, Warszawa 1954.

BUBLITZ F., Erfahrung bei der diesjährigen Heilpflanzensammlung, in: Mitteilungsblatt des NSLB. Gauverwaltung Danzig-Westpreußen, Nr. 5, September 1940.

BUŁAWSKI R., Problem Niemców pochodzenia polskiego, in: I Sesja Rady Naukowej ds. Ziem Odzyskanych 30.VII-1.VIII 1945, Heft 1, Kraków 1946, S. 78-87.

DAENICKE E., Filmarbeit im Wartheland. Einst und jetzt, in: Wartheland. Zeitschrift für Aufbau und Kultur im Deutschen Osten, Posen, Januar/Februar 1941, Heft 1/2, S. 9f..

Danzig Gotenhafen. Der leistungsfähigste Ostseehafen (Sonderbeilage), Der Danziger Vorposten, 1. September 1940.

Das Dorfgasthaus, Wie es im Reichsgau Danzig-Westpreußen neu entsteht, in: Danziger Wirtschafts-Zeitung, Nr. 10, 15.5.1940.

DE JONG, Die Kriegsmarine im Polenkriege, in: Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1941, Leipzig o.J., S. 42-52.

Der polnische Hafen Gdingen als Wettbewerbsfaktor in der Ostseeschiffahrt. Entgegnung auf Dr. Hermann Steinerts gleichnamigen Aufsatz aus sachverständigen Danziger Kreisen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 33 (Jg. 1933), Heft 2, S. 628-636.

Die Fachgruppe. Ständige Beilage der Danziger Wirtschaftszeitung. Nr. 18, 4. Jg., Danzig, 20.9.1941.

Die Landwirtschaft im Reichsgau Danzig-Westpreußen in den Jahren 1940-1942, Danzig 1943.

DIEWERGE W., Das neue Gau Danzig-Westpreußen, Berlin 1940.

DOMJAHN H., Aufgaben und Probleme unserer Ostlandarbeit, in: Mitteilungsblatt des NSLB. Gauverwaltung Danzig-Westpreußen, Nr. 3, März 1942, S. 18f..

DOWNAROWICZ W. (Bearbeitung), Gdynia – port. Informator z najnowszym planem portu i miasta, Gdynia 1932.

ECKHARDT A., Der Marine-Hafenbau im Krieg, in: Nauticus. Jahrbuch für Deutschlands See-interessen, Hrsg. Admiral z.V. G. Hansen, Jg. 1944, Berlin 1944, S. 146-173.

FORSTREUTER A., Deutsches Ringen um den Osten. Kampf und Anteil der Stämme und Gaue des Reiches, Berlin o.J. (verm. 1939).

FRANKE O. u. P.A. MERBACH (Hrsg.), Im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wille, ‚Deutscher Wille'. Im Entscheidungsjahr 1933, Birkenwerder b. Berlin 1934.

FRANKOWSKI S., Gdingen von heute (Gdynia w dobie dzisiejszej) aus „Przegląd Morski" (Marinerundschau), Jg. XI, Nr. 108, März 1938 (Dienstliche Übersetzung der Publikationsstelle des Preuss. Geheim Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. Ausgeführt von Dr. A. Loessner 1938).

FUCHS K., Worum handelt es sich in Danzig? Grundsätzliches zur Lage an der Weichselmündung. Sonderdruck zu: Der Deutsche im Osten, Jg. 2, Danzig 1939, S. 1-13.

Gdynia i Gdańsk. Porty Polskie. Flugblatt vom 15.3.1929.

Geographischer Anzeiger, 1941, Jg. 42, Heft 5/6.

GERLACH F., Auf neuer Scholle, Reihe Volksdeutsche Heimkehr, Hrsg. H. Krieg, Bd. 6, Berlin-Leipzig 1941.

Geschäftsbericht der „Neue Heimat" („Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront im Gau Danzig-Westpreußen, GmbH" für das Jahr 1940), Danzig 1940.

Geschäftsverteilungsplan der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Danzig-Westpreußen, Gotenhafen, Adolf-Hitlerstr. 21/23, Danzig 1940.

GOSS E., Die Entwicklung des Außenhandels der Häfen Danzig und Gdingen. Ein Wirtschaftskampf um den Güterumschlag. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe Universität zu Frankfurt a.M., Frankfurt am Main 1935.

GREISER A., Der Aufbau im Osten, Reihe Kieler Vorträge, gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Hrsg. von A. Predöhl, Jena 1942.

GREISER A., Begrüßungsseite der ersten Ausgabe der Zeitschrift Wartheland, Posen, Januar/Februar 1941, Heft 1/ 2, S. 1.

GRIEBEN VERLAG, Danzig und Umgebung. Zoppot, Gotenhafen, Marienburg mit Angaben für Autofahrer, mit 7 Karten und 9 Abbildungen, Berlin 1940.

GUSTOWSKI L., Na morze. Gdańsk-Gdynia. Garść myśli morskich i portowych, Poznań 1931.

HÄFNER O. u. H. APPEL, Industrie und Handel im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Reihe Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Bd. 6, Berlin 1942.

HEINEMANN B., Der Hafen Gdingen und die Frage Danzig-Gdingen, in: Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde, Leipzig 1936, S.113-123.

HEISS F. u. A. HILLEN ZIEGFELD, Deutschland und der Korridor, Berlin 1933.

HERLENMANN H.H., Entwicklung und Stand der Landwirtschaft im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.

HERMANN E., Sind der Name der Gudden und die Ortsnamen Danzig, Gdingen und Graudenz gotischen Ursprungs?, in: Nachrichten von der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Jg. 1941, Nr. 1, Göttingen 1941.

Instytut Bałtycki. Wydział Morski (früher Komunikaty Instytutu Bałtyckiego), Gdańsk, November 1946, Nr. 11, S. 1f. (Bearbeitet von S. Walewski).

Instytut Bałtycki. Wydział Morski, Gdańsk, Juni 1946, Nr. 12 (25).

JOHANNSEN T., Gdingen, in: Ostland-Institut Danzig (Hrsg.), Ostland-Schriften, Heft 1, S. 61-65.

KASTEN H., Die Neuordnung der Währung in den besetzten Gebieten und die Tätigkeit der Reichskreditkassen während des Krieges 1939/40, Berlin 1941.

KOCH W.H., Musikleben im Aufbau, in: Wartheland, Posen, Januar/Februar 1941, Heft 1/2, Jg. 1, S. 7f..

KRIEG H. (Hrsg.), Baltenbriefe zur Rückkehr ins Reich, Reihe Volksdeutsche Heimkehr, Bd. 2, Berlin-Leipzig 1940.

KULIKOWSKI J., Stan portów w Gdańsku i Gdyni, in: Instytut Bałtycki, Wydział Morski, Jg. 1945, Komunikat Nr. 1, S. 1.

KWIATKOWSKI E., Morze jako instrument polityki gospodarczej nowej Polski, IV Sesja Rady Naukowej dla zagadnień Ziem Odzyskanych, 18-21 XII 1946, Biuro studiów osadniczo-przesiedleńczych, Zeszyt I, Morze i Odra, Kraków 1947, S. 16-20.

LANGE F., Ostland kehrt heim. Memel, Danzig-Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien, Reihe Volksdeutsche Heimkehr, Bd. 5, Berlin-Leipzig 1940.

Liederbuch für Volksschulen. Reichsgau Danzig-Westpreußen, Teil 1 (1. bis 4. Schuljahr), Danzig 1943.

LOOKS H. u. H. FISCHER (Auswahl und Bearbeitung), Arbeitsmänner zwischen Bug und Wolga. Erlebnisberichte und Bilder vom Einsatz des jüngsten Jahrganges an der Ostfront, Berlin 1942.

LUER H., Unser Danzig, Danzig 1939.

MANTHE H., Zur Politik und Geopolitik der Ostsee, in: Abhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, Mai/Juni 1944, S. 667-674.

MARTINI G., In der Gegenwart, in: H. BAUER u. W. MILLACK (Hrsg.), Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart, Danzig 1925, S. 160-167.

MEIER F., Kriegsmarine am Feind. Ein Bildbericht über den deutschen Freiheitskampf zur See. Hrsg. im Auftrage des Oberkommandos der Kriegsmarine, Berlin 1943.

MINDT E. u. W. HANSEN, Was weißt Du vom Deutschen Osten? Geschichte und Kultur des deutschen Ostraumes, Berlin 1942.

Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Danzig-Westpreußen, Nr. 11, November, Jg. 1942.

Mitteilungsblatt des NSLB, Gauverwaltung Danzig-Westpreußen, Nr. 1, Mai, Jg. 1940.

MORCINEK R., Gdynia. Reihe Monografie Miast Morskich, Szczecin 1946.

Narrenspiegel der Geschichte. Versailles und seine Folgen in der Weltkarikatur. Zusammengestellt aus dem Archiv der National-Zeitung Essen, Essen-Berlin-Leipzig 1937.

O.A., Eine Kette von Rechtsbrüchen. „Es gibt keine ewigen Verträge“ – die Gdingener Pläne aus dem Jahre 1920 – Wie das deutsche Westpreußen entrissen wurde, in: Das deutsche Danzig, Danzig, August 1939, Jg. 8, Heft 8.

OCIOSZYŃSKI T., Straty wojenne w polskiej flocie handlowej, in: Instytut Bałtycki. Wydział Morski, Nr. 12, Gdańsk, Dezember 1945, S. 1.

Ostland-Institut Danzig (Hrsg.), Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jg. 2, 1928, Nr. 8, S. 158-162, als Kommentar zu: J. KIEDROŃ, Kolej Górny Śląsk – Gdynia jako najpilniejszy problemat gospodarczy Polski, „Żegluga“, Jg. 2, Hefte 5-8.

Ostland-Institut Danzig (Hrsg.), Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jg. 2, 1928, Nr. 7, S. 133f., als Kommentar zu A. POTYRAŁA, Realne podstawy dla stworzenia własnego przemysłu okrętowego, in: „Żegluga“, Jg. 1, Nr. 5-6.

Ostland-Institut Danzig (Hrsg.), Ostland-Berichte. Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, Jg. 1, 1927, Nr. 2, S. 37-39, als Kommentar zu S. SROKOWSKI, Przegląd najważniejszych problemów zagranicznej polityki Polski w związku z sytuacją naszą wobec Niemiec in: „Polska Zachodnia“, Jg. 1, Poznań 1926.

PAMPUCH A., Heimkehr der Bessarabien-Deutschen, Reihe Bücher der Heimkehr, Breslau 1941.

PEISER, K., Danzig, Schicksal eines deutschen Hafens, Danzig 1940.

PEŁKA W. u. K. BARAŃSKI, Gdynia w roku 1928. Z okazji 10-lecia niepodległości Rzeczpospolitej Polskiej, o.O. (Pommerellen).

Preise für Bekleidung und Textilwaren, in: Danziger Wirtschaftszeitung, Nr. 1, 1.1.1940.

Przewodnik Pomiana, Bd. 1, Gdynia, Wolne Miasto Gdańsk i Wybrzeże, Warszawa 1939.

RAICHLE W., „M-Boote fegen die Ostsee rein!“, in: Seekrieg im Osten. Der Kampf der deutschen Kriegsmarine gegen die Sowjets, Hrsg. von der Marine-Propaganda-Abteilung Nord, Leipzig 1943.

RECKE W., Westpreußen, der Schicksalsraum des deutschen Ostens. Aus der Geschichte des Reichsgaues Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.

Reichsgesetzblatt, Teil 1, 1939, Ausgegeben zu Berlin, den 27.12.1939, Nr. 255.

Reichsgesetzblatt, Teil 1, 1939, Ausgegeben zu Berlin, den 4.12.1939, Nr. 241.

Reichs-Kino-Adressbuch 1942.

RIEDEL-KONITZ, O., Gotenhafen wandelte das Gesicht, in: Der Westpreuße, Nr. 7, 1.4.1954.

RIEPE H., Entwicklung der Verfassung und Verwaltung der Stadt Gdingen. Inaugural-Dissertation zu Erlangung der Doktorwürde der Hohen Juristischen Fakultät der Ruperto-Carola zu Heidelberg, Danzig 1936.

RUGE F., Von der Tätigkeit der Kriegsmarine, insbesondere der Minensuchboote, im Kampf gegen Polen im Herbst 1939, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen,

Hrsg. von G. Hansen auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegsmarine, Jg. 1941, Berlin o.J., S. 42-75.

SCHWENKHAGEN P., Zur Erinnerung an den 26. März 1945. Der Fall von Danzig, in: Unser Danzig, Nr. 3, März 1950, S. 6.

Sechs Monate Reichsgau Danzig-Westpreußen, Reihe Schriften der Adolf-Hitler-Schule, Schulungsburg Danzig-Jenkau der NSDAP, Heft 24, Danzig 1940.

SMOLEŃSKI J., Morze i Pomorze, Poznań 1928.

SPATZ O.H. (Hrsg.), Wiedergewonnenes Deutsches Land. Mit 198 ganzseitigen Bildern und 8 Karten, München-Berlin 1941.

SPITZER T., Gdynia i jej znaczenie dla gospodarstwa Polski, Kraków 1933.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939, Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 550, Berlin 1941.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.),Wirtschaft und Statistik, Nr. 3, März 1944, Die Bevölkerungsbewegung in Deutschen Reich im Dezember und im Jahre 1943, Berlin 1944.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1. Januarheft 1941, Nr. 1, Altersaufbau und Berufsgliederung der volksdeutschen Umsiedler aus Estland, Lettland, Wolhynien, Galizien, dem Narewgebiet und dem Osten des Generalgouvernements, Berlin 1941.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 2. Dezember-Heft, Nr. 24; S. 550 (Fremdenverkehr in Großstädten mit mehr als 200.000 Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1940), Berlin 1940.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1. Dezember-Heft, Nr. 23, S. 536 (Kreiseinteilung und neue Einwohnerzahlen der eingegliederten Ostgebiete), Berlin 1940.

STEINERT H., Der polnische Hafen Gdingen als Wettbewerbsfaktor in der Ostseeschiffahrt, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 31, Heft 2, Jg. 1930, S. 591- 617.

STELLRECHT H., Neue Erziehung, Berlin 1944.

STRASBURGER H., Dlaczego Polska nie może dać się odepchnąć od Bałtyku, Biblioteka Polska 1939.

THOß A., Heimkehr der Volksdeutschen, Schriftenreihe der NSDAP, Gruppe III, Volkwerdung und Glaube, Berlin 1941.

TIEMANN G., F. DRÄGER u. P. SCHUMACHER (Hrsg.), Die Amtsführung des Lehrers (Schulrecht). Ein Ratgeber und Nachschlagebuch für Volks- und Hauptschulen, Düsseldorf 1941.

UMLAUF J., Zur Stadtplanung in den deutschen Ostgebieten, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4 1941, S. 100-122.

Volks-Bildungsstätte Gotenhafen. Arbeitsplan Winter 1940/1941, NSG Kraft durch Freude, Abt. Deutsches Volksbildungswerk, Kreisdienststelle Zoppot-Gotenhafen.

WEBER K., Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrums im deutschen Osten, Reihe Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Hrsg. A. Predöhl, Jena 1943.

WECHLIN H.E., Reise nach Danzig-Westpreußen, in: Nationale Hefte. Schweizer Monatsschrift, April 1940/März 1941, S. 487-493.

Werbung: „BEGEDA. Bekleidungs- Gesellschaft f. Danziger Beamte G.M.B.H., Danzig, Breitgasse 16“, in: NS Erzieher. Bundesblatt des Nationalsozialistischen Lehrbundes – Gau Danzig, 8. Jg., 3. Folge, Danzig, 15.3.1940.

Westpreussischer Heimat-Kalender 1944.

Westpreussischer Heimat-Kalender 1943.

Westpreussischer Heimat-Kalender 1942.

WITEK J., Trzy Gdynie, in: Wiadomości Polskie, Polityczne i literackie, Jg. 2, Nr. 41 (83), London, 12.10.1941, S. 4.

WRZOSEK A. u. S. ZWIERZ, Żywioł obcy w życiu gospodarczym Pomorza, Gdynia-Toruń 1937.

Quellen-Sammelbände

CHRZANOWSKI B., A. GĄSIOROWSKI u. J. STEYER (Hrsg.), Okręg Pomorze Armii Krajowej w dokumentach, Reihe Biblioteka Fundacji ‘Archiwum Pomorskie AK’, Bd. II, Toruń 1991.

DROZDOWSKI M., Powrót Polski nad Bałtyk 1920-1945. Antologia tekstów historycznych, Warszawa 1997.

FRIEDMAN T., SS-Brigadeführer Diehm Christoph. Polizei-Präsident in Gotenhafen 1939-42, Polizei-Präsident in Metz 1942-43, SS-und Polizeiführer in Zytomir 1943-44, letzter SS-und Polizeiführer in Lemberg und Ost-Galizien bis Juli 1944, Institute of Documentation in Israel, Haifa 2005.

FRÖHLICH E. (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II. Diktate 1941-1945, Bd. 6, Oktober-Dezember 1942, München 1996.

KOZŁOWSKI K., K. MUSZYŃSKA u. M. STELMACH (Hrsg.), Pomorze Zachodnie w dokumentach 1945, Szczecin 1986.

ŁUKOMSKI G. (Hrsg.), Kresy zachodnie i wschodnie w pracach Rządu Rzeczypospolitej Polskiej na Uchodźstwie 1939-1945 (wybór źródeł), Warszawa 2006.

MADAJCZYK CZ., Vom Generalplan Ost zur Generalsiedlungspolitik, Reihe Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 80, München 1994.

MAZUR Z., A. PIETROWICZ A. u. M. RUTOWSKA (Hrsg.), Raporty z ziem wcielonych do III Rzeszy (1942-1944), Poznań 2004.

ROSENBUSCH M., H. SCHÜTZLER u. S. STRIEGNITZ (Hrsg.), Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940, Berlin 1991.

SERCZYK W., Dzieje Polski. Wybór materiałów źródłowych, Kraków 1990.

Zeitschriften-Artikel

ABRAMOWICZ W., Schindler z Jelitkowa. Gustaw Pietsch. Wspomnienia Henryk Łaba – Gdańsk 1946, in: 30 dni, Nr. 1, Jan/Feb 2007, S. 61-63.

BAZIUR G, Armia Czerwona na Pomorzu Gdańskim 1945-1947, in: Biuletyn Instytutu Pamięci Narowodowej (Biuletyn IPN), Nr. 7, August 2001, S. 35-38.

BAZIUR G., Wpływ stacjonujących jednostek Armii Radzieckiej na sytuację społeczno-polityczną i ekonomiczną województwa gdańskiego w latach 1945-1947. Próba oceny historycznej, in: Rocznik Gdański, Bd. 60, 2000, Heft. 2, S. 31-52.

BERENDT G., Ludność Gdyni 1939-1945 – znaki zapytania, in: Dzieje Najnowsze, 4/2005, S. 193-205.

BIELENIA S., Przeprowadzka „chińskiej dzielnicy", in: Rocznik Gdyński, Nr. 11, 1992/1993, Gdynia 1994, S. 89-102.

BRONES M., Niektóre problemy grabieży ekonomicznej w Polsce dokonywanej przez Wehrmacht w okresie 1.9.-25.10.1939, in: Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (BGKBZH w Polsce), Nr. XVIII, Warszawa 1968, S. 46-79.

CHODUBSKI A., Wartości cywilizacyjne a przeobrażenia kulturowe Gdyni, in: H. GŁOGOWSKA u. M. GAWRON (Hrsg.), Zeszyty gdyńskie Nr. 1, Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni. Gdynia w warunkach współczesnej unifikacji i dywersyfikacji kulturowo-cywilizacyjnej. Materialien der Konferenz „Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni" vom 15.2.2006, Gdynia 2006, S. 13-32.

CHRZANOWSKI B., Wypędzenia z Pomorza, in: Biuletyn IPN, Nr. 5, Mai 2004, S. 34-48.

CHRZANOWSKI B. u. A. GĄSIOROWSKI, Konspiracja gdyńska 1939-1945, Rocznik Gdyński, Nr. 5, 1984, Gdynia 1985, S. 146-159.

CHRZANOWSKI B. u. A. GĄSIOROWSKI, Pomorze w świetle dokumentów Delegatury Rządu RP na Kraj, in: Stutthof. Zeszyty Muzeum, Nr. 8, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1987.

CHRZANOWSKI B. u. B. POLAK, Powrót do ruin czy rejs do ziemi obiecanej?, in: Biuletyn IPN, Nr. 5, Mai 2004, S. 27-33.

CIECHANOWSKI K., Zakaz używania języka polskiego na Pomorzu w latach okupacji hitlerowskiej, Stutthof. Zeszyty Muzeum, Nr. 2, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1977, S. 75-99.

DATNER S., J. GUMKOWSKI u. K. LESZCZYŃSKI, Wysiedlenia ludności z ziem polskich wcielonych do Rzeszy, BGKBZH w Polsce, Bd. XII, Warszawa 1960, S. 5-180.

FRODIEN U., Umierające miasto, in: Karta, Nr. 31, 2000, S. 66-91.

Gazeta Wyborcza, Beilage „Trójmiasto", 25.5.2004, S. 5, „Stare zdjęcia z łatą".

GLIŃSKI M., Organizacja obozu koncentracyjnego Stutthof, in: Stutthof. Zeszyty Muzeum, Nr. 3, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1979.

GROCHOWINA S., Niemieckie życie kulturalne w okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939-1945, Zapiski Historyczne, Bd. LXXIII, Jahr 2008b, Heft 2-3, S. 175-189.

GROCHOWINA S., Szkolnictwo niemieckie w Okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939-1945 (obszar II RP), prezentacja tematu pracy doktorskiej, in: Dzieje Najnowsze, Bd. XXXVIII, Jahr 2006, Heft 4, S. 228-232.

GROT E., Ludobójstwo w Piaśnicy jesienią 1939 r. ze szczególnym uwzględnieniem losu mieszkańców Gdyni, in: M. GAWRON u. H. GŁOGOWSKA (Hrsg.), Zeszyty gdyńskie Nr. 4, Tożsamość kulturowo-cywilizacyjna Gdyni. Gdynia w warunkach współczesnej unifikacji i dywersyfikacji kulturowo-cywilizacyjnej, S. 237-265.

GROT E. u. M. ORSKI, Aussenarbeitslager Gotenhafen, filia obozu koncentracyjnego Stutthof w Gdyni, in: Stutthof. Zeszyty muzeum, Nr. 9, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk, S. 38-58.

GUCKES J., Stadtbilder und Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS). Themen-Schwerpunkt: Stadtbilder und Stadtrepräsentationen, 1/2005, S. 75-86.

GWIAZDA M., Powstanie i rozwój komunikacji miejskiej w Gdyni, cz. 1: lata 1927-1945, in: Rocznik Gdyński, 1983, Gdynia 1984, Nr. 4, S. 41-49.

HARTMANN I.B., Joachim Karsch – Bildhauer und Zeichner, in: Schlesische Nachrichten, Zeitung für Schlesien, Nr. 3/2008, 1.2.2008, S. 11.

HARVEY E., Die Deutsche Frau im Osten: „Rasse", Geschlecht und öffentlicher Raum im besetzten Polen 1940-1944, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 38, 1998, S. 191-214.

HEJMOWSKI K., Poczta gdyńska w okresie okupacji, in: Rocznik Gdyński, Nr. 6, 1985, Gdynia 1986, S. 131-136.

HUBATSCH W., Flüchtlingstransporte aus dem Osten über See. Die letzten Geleitaufgaben der deutschen Kriegsmarine 1945, in: Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Band 9, 1962, München 1962, S. 404-427.

KELLERHOFF, S. u. K. VOY, Der Tod in der Kälte ist ein stiller, in: Die Welt vom Samstag, 1.3.2008.

KORNAT M., Państwa bałtyckie między Niemcami a ZSRR w 1939 roku, in: Przegląd Wschodni, Bd. VIII, Heft 2(30), S. 293-335.

KOWALSKI W., W cieniu wyzwolenia – Gdańsk 1945, in: Biuletyn IPN, Nr. 5-6, 5.6.2005, S. 128-143.

KULESZA W., Mój okupacyjny los, in: Pomerania 1975, Nr. 5, S. 19-22.

LANGE R., Die Tragödie der „Wilhelm Gustloff". Ein Überlebender berichtet (1), in: Unser Danzig, Nr. 5, 5.3.1982.

LUBICZ J. u. J. WOLIŃSKI, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec wyznań religijnych w Polsce 1939-1945, in: BGKBZH w Polsce, Nr. XI, 1957, Warszawa 1957, S. 71-112.

ŁOSSOWSKI P., Przesiedlenie Niemców z państw bałtyckich w latach 1939-1941, in: Dzieje Najnowsze, Jg. XXXVI, 2004, Heft 1, S. 75-87.

MAJEWSKI P., Kolaboracja, której nie było... Problem postaw społeczeństwa polskiego w warunkach okupacji niemieckiej 1939-1945, in: Dzieje najnowsze, Jg. XXXVI, 2004, Heft 4, S. 59-71.

MAŁKOWSKI K., Obrona cywilna Gdyni, in: Rocznik Gdyński, Nr. 9, 1989/1990, Gdynia 1991, S. 68-80.

MĘCLEWSKI A., Ucieczka gdańskiego satrapy, in: Tygodnik Morski, Nr. 7, 15.2.1970.

MIKOLAJSKI J., Die Häfen Danzig (Gdańsk) und Gdingen (Gdynia). Eine verkehrsgeographische Skizze, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 10/1966, Heft 4, 1966.

o.A., Das Glück des Matrosen Staiger, in: Schwäbisches Tagblatt, 8.3.2008.

ORDON S., Zbrodnie Wehrmachtu na Wybrzeżu i morzu we wrześniu – październiku 1939 roku, in: BGKBZH w Polsce, Bd. XXXII, Warszawa 1987, S. 251-261.

PREYSS A., Oglosza to syreny, in: Tygodnik Morski, Nr. 12, 22.3.1970.

RASZEWSKI Z., Pamiętnik gapia. Miasto B., in: Karta Nr. 2/1991, S. 59-88.

RUHNAU R., Der Schiffbau in Danzig und die Entwicklung der Werftindustrie, in: Danziger Berichte, 20 Jahre Danzig-Archiv, Heft 3, 1983, S. 1-109.

SEMKÓW P., Wpływ wojny na migracje ludnościowe na Pomorzu Gdańskim, komentarz historyczny, in: Biuletyn IPN, Nr. 8-9 (19-20), Aug./Sept. 2002, S. 82-84.

SEMKÓW P., Pobór Polaków z Pomorza do Wehrmachtu, in: Biuletyn IPN Nr. 8-9 (67-68), Aug./Sept. 2006, S. 63-67.

STÜBEN J., Pomorze – Polen am Meer. Über deutsche und polnische Selbst- und Fremdbilder in der Literatur und darüber hinaus. Mit Hinweisen auf neuere Forschungen, in: L.M. EICHINGER, F. DEBUS u. A. PLEWNIA (Hrsg.), Maritime Kultur und regionale Identitäten – der südliche Ostseeraum, Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Abhandlungen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse, Jg. 2006, Nr. 6, Mainz 2006, S. 189-220.

SZERMER B., Koncepcje i struktura przestrzenna portu gdyńskiego – zarys przemian, część 2: 1939-1965, in: Rocznik Gdyński, Nr. 5/1984, Gdynia 1985, S. 86-109.

TOMKIEWICZ M., Wysiedlenia z Gdyni w 1939 roku, in: Biuletyn IPN, Nr. 12-1 (35-36), 2003-2004, S. 33-37.

TROEBST S., „Międzymorze“ i „zaślubiny z morzem“. Mapy mentalne a polityka historyczna w Europie środkowowschodniej, in: Zapiski Historyczne, Bd. LXXI, 2006, Heft 4, S. 73-106.

UTNIK M., Oddział łącznikowy komendanta głównego AK przy naczelnym wodzu na emigracji (VI Oddział sztabu naczelnego wodza), Teil 1, in: Wojskowy Przegląd Historyczny, Nr. 3 (97), Warszawa 1981, S. 130-158.

VOLKMANN H.E., Zur Ansiedlung der Deutschenbalten im Warthegau, in: Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa, Marburg 1981, Heft 4, S. 527-558.

WITKOWSKI R., Obrona Gdyni i Wybrzeża, in: Rocznik Gdyński Nr. 9, 1989/90, Gdynia 1990, S. 41-67.

Monographien

ALY G., Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2007.

ANDRUSZKIEWICZ W., CZ. KLEBARZ u. E. OBERTYŃSKI (Hrsg.), Port Gdyni, Gdańsk 1961.

ANDRZEJEWSKI M., Marzec 1968 w Trójmieście, Warszawa-Gdańsk 2008.

AUST S. u. S. BURGDORFF (Hrsg.), Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart-München 2002.

BAJOHR F., Parvenüs und Profiteure, Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.

BANACH J., Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 1998.

BARTNIK CZ., Polska teologia miasta, in: H. IMBS (Hrsg.), Miasto i kultura polska doby przemysłowej, Bd. Wartości, Wrocław-Warszawa-Kraków 1993, S. 51-59.

BARTOSZEWSKI W., Und reiß uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen, Warschau 2005.

BAUER G., Sprache und Sprachlosigkeit im „Dritten Reich", Köln 1988.

BEDÜRFTIG F., Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg. Das Lexikon, München 2004.

BEHRENBECK S., Durch Opfer zur Erlösung. Feierpraxis im nationalsozialistischen Deutschland, in: S. BEHRENBECK u. A. NÜTZENADEL (Hrsg.), Inszenierung des Nationalstaates. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71, Köln 2000, S. 149-170.

BERENDT G., Żydzi na terenie Wolnego Miasta Gdańska w latach 1920-1945 (Działalność kulturalna, polityczna i socjalna), Gdańsk 1997.

BEYRAU D., Experimentierfeld der Moderne: Vernichtung, Vertreibung und Umsiedlung, in: D. BEYRAU (Hrsg.), Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutschen in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1999, S. 71-101.

BIAŁAS T., Miejsce Śląska w idei Polski Morskiej w publicystyce Ligi Morskiej i Kolonialnej z lat 1930-1939, in: M. MROCZKO, Górny Śląsk i Pomorze – dwa symbole niezależności Drugiej Rzeczypospolitej, Bytom 1996, S. 109-120.

BÖHLER J. u.a., Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939-1945, Osnabrück 2010.

BÖHLER J., „Tragische Verstickung" oder Auftakt zum Vernichtungskrieg? Die Wehrmacht in Polen 1939, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 36-56.

BOJARSKA B., Eksterminacja inteligencji polskiej na Pomorzu Gdańskim (wrzesień-grudzień 1939), Poznań 1972.

BOJARSKA B., Piaśnica. Miejsce martyrologii i pamięci, Wrocław 1978.

BÖMELBURG H.-J., R. STÖßINGER u. R. TRABA (Hrsg.), Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich, Olsztyn 2000.

BRANDENBURG H.-Ch., Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation, Köln 1968.

BROSZAT M., Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961.

BUDDRUS M., Totale Erziehung für den totalen Krieg. Hitlerjugend und nationalsozialistische Jugendpolitik, Teil 1, Reihe Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, München 2003.

BUDZIAREK M., Łódź, Lodsch, Litzmannstadt. Wycinki z życia mieszkańców okupowanego miasta, Łódź 2006.

BUSSEMER T., „Über Propaganda zu diskutieren, hat wenig Zweck". Zur Medien- und Propagandapolitik von Joseph Goebbels, in L. HACHMEISTER u. M. KLOFT (Hrsg.), Das Goebbels-Experiment. Propaganda und Politik, München 2005, S. 49-63.

CHRZANOWSKI B., Konspiracja rządu RP w regionie nadbałtyckim (1939-1945), in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX. 1989, Toruń 1990, S. 125-184.

CHRZANOWSKI B., A. GĄSIOROWSKI u. K. STEYER (Hrsg.), Polska podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945, Gdańsk 2005.

CHWALBA A., Dzieje Krakowa. Kraków w latach 1939-1945, Reihe: J. BIENIARZÓWNA u. J.M. MALECKI (Hrsg.), Dzieje Krakowa, Bd. 5, Kraków 2002.

CIESIELSKI CZ., Obrona Gdyni w 1939 roku, in: R. WAPIŃSKI (Hrsg.), Dzieje Gdyni, Wrocław 1980, S. 199-211.

CIEŚLAK E. (Hrsg.), Historia Gdańska, Band IV/2: 1920-1945, Sopot 1999.

CSALLNER H., Bilder aus Westpreußen. Über 450 Fotos vom Leben wie es damals war, Frankfurt am Main 2002.

CZUBIŃSKI A., Dzieje najnowsze Polski do roku 1945, Bd. 1, Poznań 1994.

DAHM V., A. FEIBER, H. MEHRINGER u. H. MÖLLER (Hrsg.), Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, Reihe Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte zur Dokumentation Obersalzburg, München 2008.

Danziger Gespräche. Danzig 1945 Ende des Krieges. Danzig 2005 Stadt der Verständigung, Materialien der historischen Konferenz, Warszawa 2005.

DEUTSCHES HISTORISCHES INSTITUT WARSCHAU (Hrsg.), J. BÖHLER (Red.), „Grösste Härte…". Verbrechen der Wehrmacht in Polen September/Oktober 1939. Ausstellungskatalog, Osnabrück 2005.

DŁUGOBORSKI W., Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939-1945, in: W. DŁUGOBORSKI (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, Reihe Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 47, Göttingen 1981, S. 303-363.

DÖRR M., „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“ Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Bd. 2.: Kriegsalltag, Frankfurt/New York 1998.

DRASZANOWSKA A, Das kulturelle Leben der deutschen Bevölkerung in Reichsgau Danzig-Westpreussen 1939-1945, Kiel 1990.

DREWNIAK B., Der deutsche Film 1938-1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987.

DROZD J., Społeczność żydowska w Gdyni w okresie międzywojennym, Gdynia 2007.

DÜCKERS T., Himmelskörper, Berlin 2004.

DUNIN-WĄSOWICZ K., Obóz koncentracyjny Stutthof, Warszawa 1970.

DUNIN-WĄSOWICZ K., Warszawa w latach 1939-1945, Reihe S. KIENIEWICZ (Hrsg.), Dzieje Warszawy, Bd. 5, Warszawa 1984.

DWORAKOWSKI J., Kształt pamięci. Gdyńskie cmentarze, Gdynia 2004.

EBERT J. u. T. JANDER, (Hrsg.), Endlich wieder Mensch sein. Feldpostbriefe und Gefangenenpost des Deserteurs Hans Stock 1943/1944, Berlin 2009.

ECHT S., Die Geschichte der Juden in Danzig, Leer 1972.

ECHTERNKAMP J., Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit, 1945-1949, Zürich 2003.

EICHHOLTZ D., Unfreie Arbeit - Zwangsarbeit, in: D. EICHHOLTZ (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Reihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, Bd. 9, S. 129-155.

EISLER J., J. GRECZNIAK-FILIPP, W. KWIATKOWSKA u. J. MARSZALEC, To nie na darmo... Grudzień ‘70 w Gdańsku i Gdyni, Pelplin 2006.

ELVERT J., Mitteluropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918-1945), HMRG Beihefte, Bd. 35, Stuttgart 1999.

ESCH M.G., Migrationssteuerung im totalen Staat: Die Umwandererzentralstelle im besetzten Polen 1939-1944, in: J. OLTMER (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Bd. 12, Göttingen 2003, S. 177-206.

FEST J., Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze, Berlin 2002.

FETSCHER I., Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943 „Wollt ihr den totalen Krieg?“, Hamburg 1998.

FISCHER F., Danzig. Eine zerbrochene Stadt, Berlin 2006.

FRANZEN K.E, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin-München 2001.

FUCHS F., Die Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Deutschen Reich in der Zeit von 1920 und 1939 unter besonderer Berücksichtigung der Judenfrage in beiden Staaten, Freiburg 1999.

GĄSIOROWSKI A., SZP-ZWZ-AK na Pomorzu. Stan badań i postulaty badawcze, in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX 1989, Toruń 1990, S. 93-124.

GOEZE D.M., Alltag estnischer DPs in Deutschland, in: CH. u. M. PLETZING (Hrsg.), Displaced Persons, Flüchtlinge aus den baltischen Staaten in Deutschland, Reihe Colloquia Baltica 12, Beiträge zur Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, München 2007, S. 29-61.

GOLIK M., Gdynia nie odpowiada, Warszawa 1987.

GÓRSKI G. (Hrsg.), Polskie Państwo Podziemne na Pomorzu 1939-1945, Toruń 1999.

GRAML H., Die Kapitulation und ihre Folgen, in: M. BROSZAT u. N. FREI (Hrsg.), Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, Freiburg-Würzburg 1983, S. 219-229.

GRASS G., Beim Häuten der Zwiebel, Göttingen 2006.

GRASS G., Im Krebsgang. Eine Novelle, Göttingen 2002.

GRILL J.H., Richard Hildebrandt „Rassenplaner” der SS , in: R. SMELSER u. E. SYRING (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn 2000, S. 220-233.

GROCHOWINA S., Szkolnictwo niemieckie w Okręgu Rzeszy Gdańsk-Prusy Zachodnie w latach 1939-1945 (obszar II RP), Toruń 2008a.

GROSS J. T., Polish society under German occupation. The Generalgouvernement 1939-1944, Princeton 1979.

GRÖNER E. (Hrsg.), Die Schiffe der deutschen Kriegsmarine und Luftwaffe 1939-1945 und ihr Verbleib, München 1972.

GRÜNING CH., Die Nixe im Kirschbaum. Eine Kindheit in Danzig, Berlin 1989.

GRZESZCZUK-BRENDEL H., Zwischen Gauforum und Ehebett. Das öffentliche und private Leben unter der NSDAP-Kontrolle. Das Beispiel Posen 1939-1945, in: A. BARTETZKY, M. DMITRIEVA u. S. TROEBST (Hrsg.), Neue Staaten - neue Bilder? Visuelle Kultur

im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918, Köln 2005, S. 147-157.

GUTSCHOW N., Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939-1945, Reihe Bauwelt Fundamente, Bd. 115, 2001.

GUTSCHOW N., Stadtplanung im Warthegau 1939-1944, in: M. RÖSSLER u. S. SCHLEIERMACHER (Hrsg.), Der ‚Generalplan Ost’. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 232-257.

HAAR I., Die demographische Konstruktion der „Vertreibungsverluste“. Forschungsstand, Probleme, Perspektiven, in: Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Historie. Krieg und seine Folgen, Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, S. 108-125.

HAAR I., Inklusion und Genozid: Raum- und Bevölkerungspolitik im besetzten Polen 1939 bis 1944, in: M. BEER, D. BEYRAU u. C. RAUH (Hrsg.), Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950, Essen 2009, S. 35-59.

HAJDUK B., Tragiczny rok 1945. Założenia operacyjne, przebieg działań wojskowych i opanowanie Gdańska przez Armię Radziecką (I-III 1945), in: E. CIEŚLAK (Hrsg.), Historia Gdańska, Bd. IV/2: 1920-1945, Sopot 1999, S. 309-336.

HARTEN H.-Ch., De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939-1945, Frankfurt am Main 1996.

HAUBOLD-STOLLE J., Mythos Oberschlesien. Der Kampf um die Erinnerung in Deutschland und in Polen 1919-1956, Osnabrück 2008.

HEER H., Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004.

VON HEHN J., Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte, Marburg 1982.

HEINEMANN J., Rasse, Siedlung, deutsches Blut: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.

HRYCIUK G., Polacy we Lwowie 1939-1944. Życie codzienne, Warszawa 2000.

HÜPPAUF B., Transformationen von Gewalt in Kriegsritualen der Moderne. Erinnerung schwacher Täter, in: G. KORFF (Hrsg.), Alliierte im Himmel. Populare Religiosität und Kriegserfahrung, Tübingen 2006, S. 49-81.

Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz, Köln 1989.

IMBS H. (Hrsg.), Miasto i kultura polska doby przemysłowej, Bd. 2, Człowiek, Wrocław-Warszawa-Kraków 1993.

JASTRZĘBSKI W. u. J. SZILING, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdańsk 1979.

JERYŚ CZ., Budownictwo okrętowe w Gdyni 1920-1945, Gdańsk 1980.

JOCKHECK L., Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945, Osnabrück 2006.

KADRAS M., Stefan Franciszek Sokół. Komisarz Rządu w Gdyni, Pelplin 2002.

KERSHAW I., Arthur Greiser – ein Motor der „Endlösung", in: R. SMELSER, E. SYRING u. R. ZITELMAN (Hrsg.), Die Braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 116-127.

KIESER E., Danziger Bucht 1945. Dokumentation einer Katastrophe, Esslingen 1979.

KITOWSKI S., Gdynia. Miasto z morza i marzeń, Gdynia 1999.

KITOWSKI S. u. M. SOKOŁOWSKA, Ulice Gdyni. O historii i patronach, Gdynia 2001.

KLATTENHOFF K. u. F. WIßMANN (Hrsg.), Die Zerstörung der polnischen Schule durch die deutsche Besatzung 1939-1945 / Straty polskiej szkoły w czasie okupacji niemieckiej w latach 1939-1945, Reihe Regionale Schulgeschichte, Bd. 16, Oldenburg 2006.

KLEBARZ CZ., Port Gdynia 1922-1972, Gdańsk 1973.

KLEE E., Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005.

KLEIN P., Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt" 1940 bis 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009.

KLEMPERER V., Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1942-1945, Bd. II, Berlin 1995.

KLEMPERER V., LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1998.

KLUGE F. (Hrsg.), Ein schicklicher Platz? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohner und Nachbarn, Osnabrück 1994.

KNOCH P., Kriegsalltag. Die Rekonstruktion des Kriegsalltags als Aufgabe der historischen Forschung und der Friedenserziehung, Stuttgart 1989.

KOMAR M., Władysław Bartoszewski, Skąd pan jest? Wywiad-rzeka, Warszawa 2006.

KRASUSKI J., Polska i Niemcy. Dzieje wzajemnych stosunków politycznych (do 1932 roku), Warszawa 1989.

KRATZ P., Sparen für das kleine Glück, in: G. ALY (Hrsg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt 2006, S. 59-79.

KRAUSE M., Evakuierung im Bombenkrieg. Staatliche Interventionen zur Steuerung der Flucht aus deutschen Städten 1943-1963, in: J. OLTMER, Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Hrsg.), Schriften des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Göttingen 2003, S. 207-226.

KRAUZE W., Problemy odbudowy i rozbudowy Gdyni powojennej. in: Gdańskie Towarzystwo Naukowe (Hrsg.), Gdynia, Gdańsk 1968.

KROEGER E., Der Auszug aus der alten Heimat. Die Umsiedlung der Baltendeutschen, Tübingen 1967.

KROENER B.R., „Soldaten der Arbeit", Menschenpotential und Menschenmangel in Wehrmacht und Kriegswirtschaft, in: D. EICHHOLTZ (Hrsg.), Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Reihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, Bd. 9, S. 109-127.

KUTZ K., Piąta strona świata, Kraków 2010.

LANDSMANNSCHAFT DER BESSARABIENDEUTSCHEN, 60 Jahre nach der Umsiedlung. Erinnerungen bewahren. Gebaute Brücken festigen 1940-2000. Festschrift zum 34. Bundestreffen im Forum am Schlosspark in Ludwigsburg 2000, Oberulm 2000.

LENIGER M., Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit" und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006.

LEWANDOWSKA S., Życie codzienne Wilna w latach II wojny światowej, Warszawa 1997.

LONGERICH P., Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.

MACH, Z., Niechciane miasta. Migracja i tożsamość społeczna, Kraków 1998.

MADAJCZYK CZ., Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1, Warszawa 1970.

MADAJCZYK P., Kriegserfahrungen und Kriegserinnerungen: Der Zweite Weltkrieg in Polen, in: J. ECHTERNKAMP u. S. MARTENS (Hrsg.), Erfahrung und Erinnerung. Paderborn 2007, S. 97-111.

MADAJCZYK P., Niemcy polscy 1944-1989, Warszawa 2001.

MAJER D., „Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981.

MAŁKOWSKI K., Bedeker Gdyński, Gdańsk 1995.

MATUSIAK P., Ruch oporu w przemyśle wojennym okupanta, Warszawa 1983.

MERTENS E. (Hrsg.), Die großen deutschen Filme. Ausgewählte Filmprogramme 1930-1945, Hildesheim-Zürich-New York 1995.

MEYER-REBENTISCH K., In Lübeck angekommen. Erfahrungen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, Reihe Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, hrsg. vom Archiv der Hansestadt, Lübeck 2008.

MĘCLEWSKI A., Neugarten 27. Z dziejów gdańskiego gestapo, Warszawa 1974.

MICHAŁOWSKA J., „Terror i wyniszczenie", S. 212-229; „Gospodarka Gdyni w okresie okupacji hitlerowskiej", S. 230-236, „Ruch oporu na terenie Gdyni", S. 237-242, in: R. WAPIŃSKI (Hrsg.), Dzieje Gdyni, Wrocław 1980.

MIKOS S., Powstanie i rozwój portu gdyńskiego w okresie międzywojennym, in: Gdynia, Reihe Pomorze Gdańskie, Nr. 5, Gdańsk 1968.

MISZTAL Z., Gospodarka morska w Polsce w latach 1945-1975, Gdańsk 1978.

MUELLER A., Ein Balte erinnert sich... Erlebte Endzeiten 1939-1945, Aizpute 1994.

MÜLLER S.O., Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2007.

NOFFKE A., Hafen der Hoffnung: Gdynia (Gdingen) Gotenhafen 1945. Ein Bericht mit Perspektiven, Hohenwestedt 1987.

ODYNIEC M., Gdynia w prasie niemieckiej Wolnego Miasta Gdańska 1920-1939, Gdańsk 1983.

OSTAPKOWICZ J., Gdynia 1939-2005. Kalendarium, Gdynia 2006.

OSTROWSKA E., Gdynia. Miasto i ludzie, Gdynia 2003.

OSTROWSKA-WNUKOWA I., A fale o brzeg biją, Kraków, o.J.

PENTZLIN H., Danzigs Konkurrenzhafen Gdingen. Der Bau des polnischen Hafens und die Folgen, in: Westpreussen-Jahrbuch, Bd. 38, Münster 1988.

PFÜRTNER S.H., Nicht ohne Hoffnung. Erlebte Geschichte 1922-1945, Stuttgart-Berlin-Köln 2001.

PIWNICKI G. u. B. ZALEWSKI, Polski wrzesień 1939 w Gdyni, Gdynia 2009.

VON PLATO A. u. SENSEN S., Vorsicht, Foto! Quellenkritische Anmerkungen zu den abgebildeten Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg, in: U. BORSDORF u. M. JAMIN (Hrsg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Katalog zur Ausstellung „Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen im Ruhrgebiet 1939-1945" im Ruhrlandmuseum Essen, Hamburg 1989, Bilderserie: Wehrmachtsbordell, S. 19-32.

PŁAZA-OPACKA D., Po słońce i wodę. Polscy letnicy nad Bałtykiem w XIX i w pierwszej połowie XX wieku, Gdańsk 2004.

POHL D., Die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Koloniale Verwaltung oder Modell für die zukünftige Gauverwaltung?, in: J. JOHN, H. MÖLLER u. T. SCHAARSCHMIDT (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat", Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer, München 2007, S. 395-405.

PORALLA P., Unvergänglicher Schmerz. Ein Protokoll der Geschichte Danzigs. Schicksalsjahr 1945, Freiburg 1986.

REITER M., Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck 2006.

RIEß V., Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens" in der Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/1940, Frankfurt am Main 1995, S. 173-186.

RIEß V., Zentrale und dezentrale Radikalisierung. Die Tötung „unwerten Lebens" in den annektierten west- und nordpolnischen Gebieten 1939-1941, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 127-144.

RÖHR W. (Hrsg.), Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Köln 1989.

ROPELEWSKI A., Rybacy w cieniu krążowników 1939-1945, Gdańsk 1978.

ROSENKÖTTER B., Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost" und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003.

SAGAN I., Miasto. Scena konfliktów i współpracy. Rozwój miast w świetle koncepcji reżimu miejskiego, Gdańsk 2000.

SALMONOWICZ S., Polskie Państwo Podziemne (PPP) 1939-1945, in: J. SZILING (Hrsg.), Walka podziemna na Pomorzu w latach 1939-1945. W 50 rocznicę powstania Służby Zwycięstwu Polski. Materiały sesji w Toruniu 27-28. IX 1989, Toruń 1990, S. 11-50.

SCHENK D., Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmordes, Reinbek bei Hamburg 1995.

SCHENK D., Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.

SCHLÜTER H., „...für die Menschlichkeit im Strafmaß bekannt..." Das Sondergericht Litzmannstadt und sein Vorsitzender Richter, Reihe Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen, Bd. 14, Düsseldorf 2006.

SCHMIDTKE M., Rettungsaktion. Eine Großtat der Menschlichkeit, Ostsee 1944/1945. Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer, Bonn 2006.

SCHÖN H., Rettung über die Ostsee. Die Flucht aus den Ostseehäfen 1944/45, Stuttgart 2002.

SCHOPENHAUER A., Die Welt als Wille und Vorstellung, Bd. 1, Frankfurt-Leipzig 1996 (1873).

SCHÖRKEN R., Jugend, in: W. BENZ, H. GRAML u. H. WEIß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 2007, S. 223-241.

SCHROETTER J., Zwischen Danzig und Niederelbe, Gestern und Heute. Eine Hommage an meine Mutter, Geschichten und Gedanken, Berlin 2005.

SEMKÓW P., Polityka Trzeciej Rzeszy wobec ludności polskiej na terenie byłego Wolnego Miasta Gdańska w latach 1939-1945, Toruń 2001.

SOBOCIŃSKI A.W., Przemiany społeczeństwa Gdyni w latach 1945-1970. Studium historyczno-społeczne, Gdańsk 1977.

SOKOŁOWSKA M., Gdynia w gazetach przez 75 lat, Gdynia 2001.

SOKOŁOWSKA M., Przenoszenie ważniejszych instytucji z Gdyni do Gdańska, Vortrag der historischen Konferenz „Korzenie Gdyni“ am 30.1.2004, Teil III, „Miasto pod specjalnym nadzorem“, Gdynia 2004, S. 51-60.

SOKOŁOWSKA M., Tworzenie mitu ‚Czerwonej Gdyni’, Vortrag der historischen Konferenz „Korzenie Gdyni“ am 2.10.2002, Teil I, Gdynia 2002.

SOKOŁOWSKA M., J. GRECZANEK-FILIPP u. W. KWIATKOWSKA (Hrsg.), Encyklopedia Gdyni, Gdynia 2006.

SOKOŁOWSKA M. u. W. KWIATKOWSKA, Gdyńskie cmentarze. O twórcach miasta, portu i floty, Gdynia 2003.

SOKÓŁ F., Żyłem Gdynią, Gdynia 1998.

SOŁTYSIK M., Gdynia miasto dwudziestolecia międzywojennego. Urbanistyka i architektura, Warszawa 1993.

SÜß D. u. W. SÜß, Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008.

STANKOWSKI W., Niemcy na Pomorzu Gdańskim i Kujawach w latach 1944/45-1950. Ucieczka, życie codzienne, wysiedlenie, Bydgoszcz 2000.

STARGARDT N., „Maikäfer flieg!“ Hitlers Krieg und die Kinder, München 2006.

STEYER D., Eksterminacja ludności polskiej na Pomorzu Gdańskim w latach 1939-1945, Gdynia 1967.

STEYER D. (Hrsg.), Stutthof. Hitlerowski obóz koncentracyjny, Warszawa 1988.

STIFTUNG „ERINNERUNG, VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT“ (Hrsg.), Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten, Köln-Weimar-Wien 2008.

STÖRTKUHL B., Gdynia – Meeresmetropole der Zweiten Polnischen Republik, in: A. BARTETZKY, M. DMITRIEVA u. S. TROEBST (Hrsg.), Neue Staaten – neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918, Köln 2005, S. 33-46.

STRYJKOWSKI K, Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950, Poznań 2004.

SÜLLWOLD F., Deutsche Normalbürger 1933-1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen, Eine geschichtspsychologische Untersuchung, München 2001.

SULTANO G., Wie geistiges Kokain... Mode unterm Hakenkreuz, Wien 1995.

SYDNOR C., Reinhard Heydrich Der „ideale Nationalsozialist”, in: R. SMELSER u. E. SYRING (Hrsg.), Die SS. Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, Paderborn 2000, S. 208-219.

SZAROTA T., Der Alltag in den besetzten Hauptstädten Europas als Gegenstand der Forschung, in: M. HILLER, E. JÄCKEL u. J. ROHWER (Hrsg.), Städte im 2. Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Essen 1991, S. 10-25.

SZAROTA T., Warszawy dzień powszedni, Warszawa 1973.

SZAROTA T., Życie codzienne w stolicach okupowanej Europy. Szkice historyczne. Kronika wydarzeń, Warszawa 1995.

SZAROTA T., Życie kulturalne na ziemiach polskich w latach wojny i okupacji, in: W. GÓRA (Hrsg.), Wojna i okupacja na ziemiach polskich 1939-1945, Warszawa 1984, S. 616-649.

SZCZEPUŁA B., Dziadek w Wehrmachcie, Gdańsk 2007.

SZILING J., Polityka okupanta hitlerowskiego wobec Kościoła katolickiego 1939-1945. Tzw. okręgi Rzeszy: Gdańsk - Prusy Zachodne, Kraj Warty i rejencja katolicka, Poznań 1970.

THUM G., Fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003.

TIETZE L., Nationalsozialistische Leibeserziehung. Ursprung und Entwicklung ihrer Theorie, Düsseldorf 1984.

TOOZE A., Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

TRAVERSO E., Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945, München 2008.

TUCH G., Den Volkskörper zu Tränen rühren: Melodramatisches im „Dritten Reich“, in: M. KÖPPEN u. E. SCHÜTZ (Hrsg.), Kunst der Propaganda. Der Film im Dritten Reich, Bern 2007, S. 159-172.

TULLI M., Sny i kamienie, Warszawa 1999.

URBAN T., Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München 2004.

WEIGEL S., Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Reinbek bei Hamburg 1990.

WEITBRECHT D., Ermächtigung zur Vernichtung. Die Einsatzgruppen in Polen im Herbst 1939, in: K.-M. MALLMANN u. B. MUSIAL (Hrsg.), Genesis des Genozids, Polen 1939-1941, Darmstadt 2004, S. 57-70.

WERNER W.F., Belastungen der deutschen Arbeiterschaft, in: U. BORSDORF u. M. JAMIN (Hrsg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939-1945, Katalogbuch zur Ausstellung „Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen im Ruhrgebiet 1939-1945. Ruhrlandmuseum Essen, Hamburg 1989, S. 33-42.

WETTE W., R. BREMER u. D. VOGEL, Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtspropaganda 1944/45, Essen 2001.

WETTE W u. D. VOGEL, Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und „Kriegsverrat”, Bonn 2007.

WIDERNIK M., Porty Gdańska i Gdyni w życiu gospodarczym II Rzeczpospolitej, Gdańsk 1991.

WIĘCKOWIAK J., Kościół katolicki w Gdyni, Pelplin-Gdynia 2000.

WILCKENS H.J., Die grosse Not. Danzig-Westpreussen 1945, Sarstedt 1957.

WIPPERMANN W., Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Darmstadt 2009.

WNUK J. u. H. RADOMSKA-STRZEMECKA, Dzieci polskie oskarżają (1939-1945), Warszawa 1961.

WOLTING S., Bretter, die Kulturkulissen markierten. Das Danziger Theater am Kohlenmarkt, die Zoppoter Waldoper, und die andere Theaterinstitutionen im Danziger Kulturkosmos zur Zeit der Freien Stadt und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, Wrocław 2003.

WRÓBEL A., Żydzi w Gdyni w latach 1926-1939, Toruń 2005.

WUNDERLICH D., Göring und Goebbels, Eine Doppelbiographie, Regensburg 2002.

ZENTNER C. u. F. BEDÜRFTIG, Das grosse Lexikon des Dritten Reiches, München 1985.

ZIENERT J., „Laß ihren Dienst gesegnet sein...“ Kleine Geschichte der Deutschen Marineseelsorge von 1674 bis 1945, Reihe Beiträge aus der evangelischen Militärseelsorge, Heft 43, August 1983, Stuttgart 1983.

ZWARRA B., Gdańsk 1939. Wspomnienia Polaków-Gdańszczan, Gdańsk 1984.

ZWARRA B., Wspomnienia gdańskiego bówki, Bd. 2, Gdańsk 1985.

Internetseiten

HERDER-INSTITUT, Hintzer, URL: www.herder-institut.de/startseite/sammlungen/bilder/bestaende/bestaende/hintzer.html (Stand 14.8.2009), Marburg 2009.

URZĄD MIASTA GDYNI, Gdynia, URL: www.gdynia.pl (Stand 20.2.2008), Gdynia 2008.

MUZEUM MIASTA GDYNI, Gdynia, URL: www.muzeumgdynia.pl/m2wsdo2.htm (Stand 15.9.2009), Gdynia 2009.

Stowarzyszenie Gdynian Wysiedlonych, URL: www.sgw.com.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=62&Itemid=8, Gdynia 2010.

Oral History

TADEUSZ BYLEWSKI, Niederschrift der Erinnerungen (im Besitz der Verfasserin).

CHRISTIANE SCHMELZKOPF, Brief vom 15.8.2008 (im Besitz der Verfasserin).

LEON SOBOLEWSKI, Niederschrift der Erinnerungen (im Besitz der Verfasserin).

WERNER VON STRITZKY, Niederschrift der Erinnerungen vom 14.11.2004 (im Besitz der Verfasserin).

Anhang

Zeitgenössische Stadtpläne

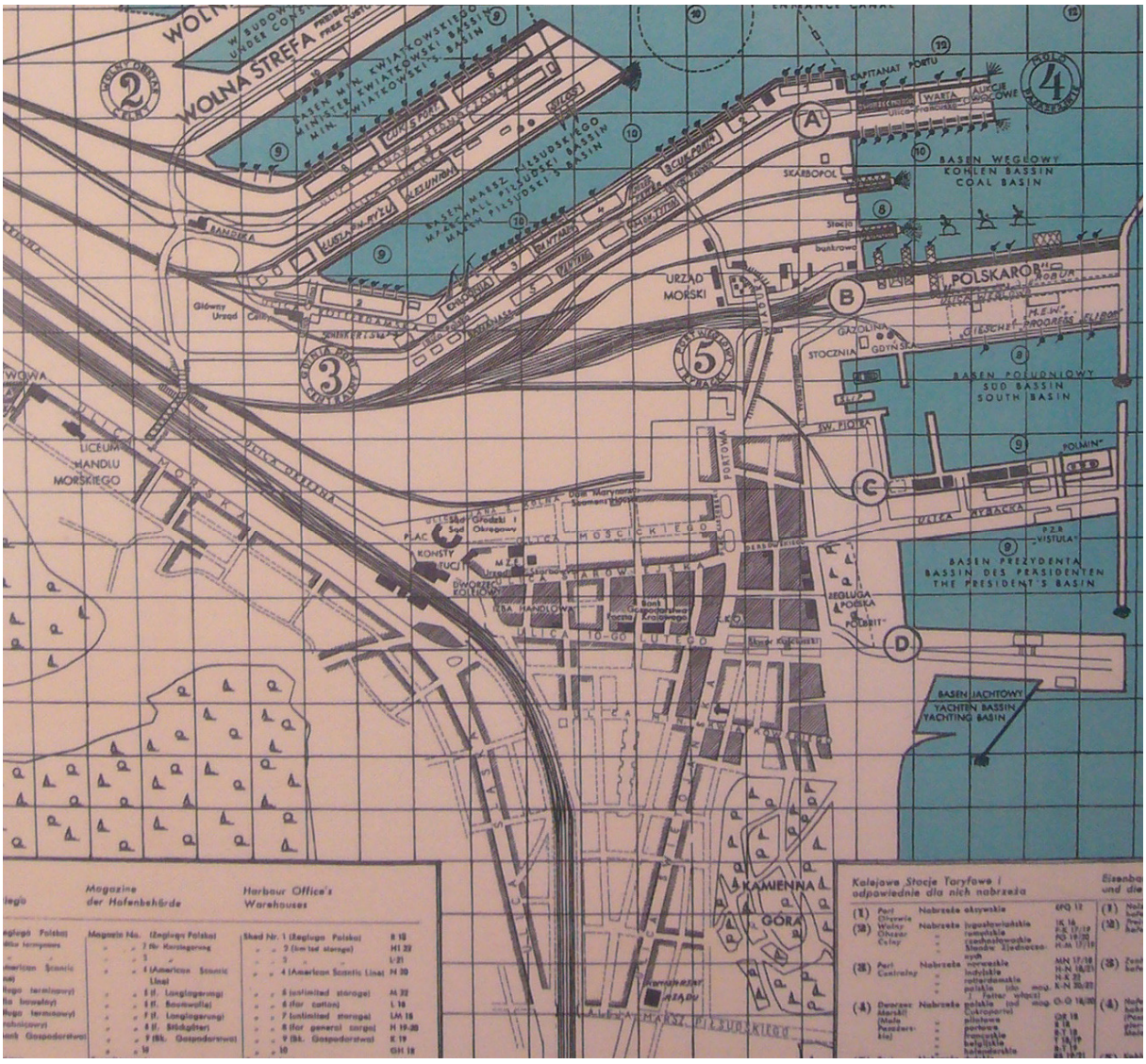


Abb. 30: Hafenplan Gdynia 1938 (Ausschnitt), Quelle: Museum der Stadt Gdingen, Exponat der Dauerausstellung, eigenes Foto vom 16.9.2009.

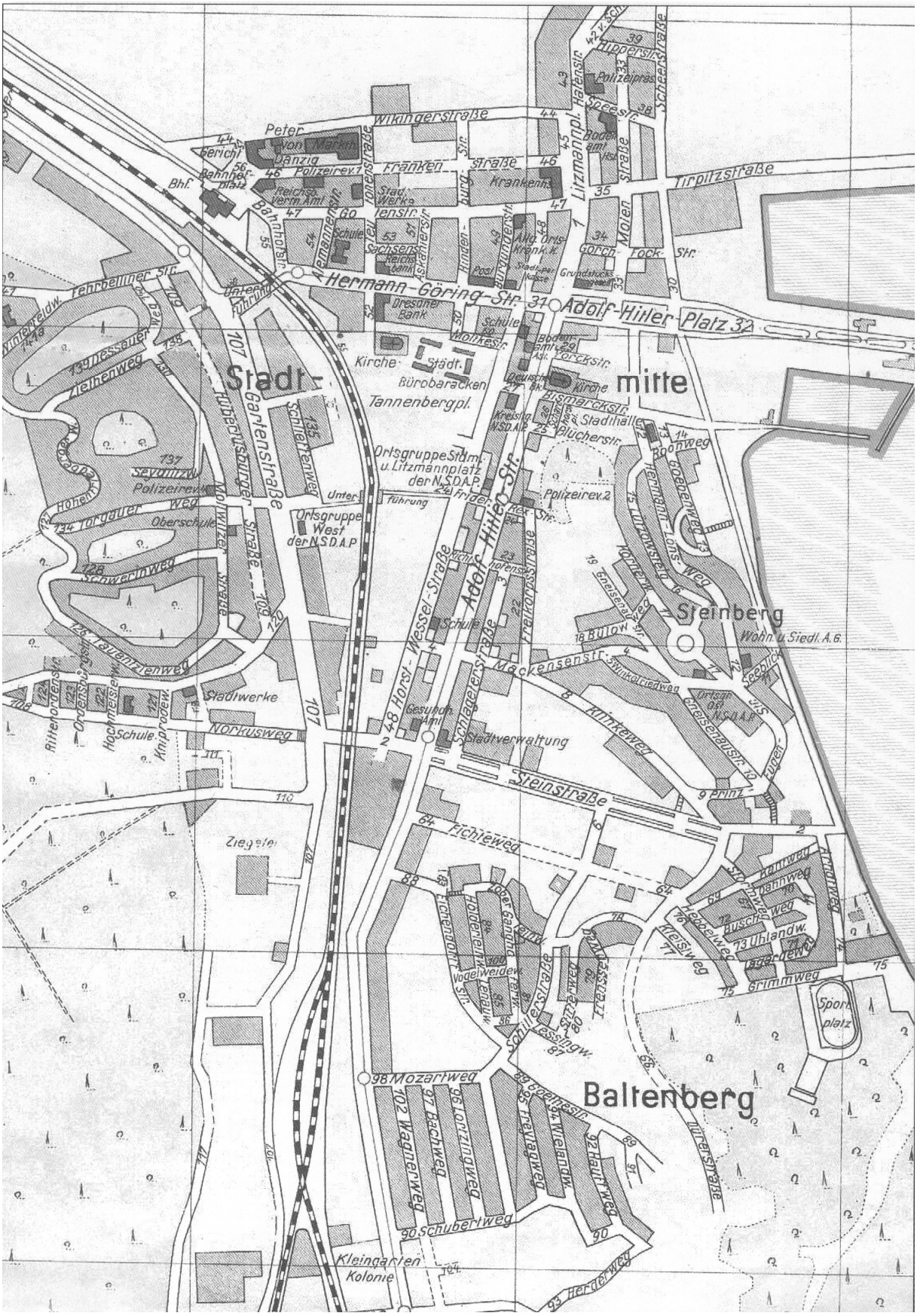


Abb. 31: Deutscher Plan Gdingens aus den Jahren der Okkupation, Quelle: S. KITOWSKI u. M. SOKOŁOWSKA 2001, S. 26. Ein vollständiger Stadtplan mit allen Ortsteilen, veröffentlicht vom Stadtvermessungsamt Gotenhafen ohne Jahr im Maßstab 1:15000 mit Straßenverzeichnis findet sich im Staatsarchiv Danzig, Signatur APG

10/1126/852, Kolekcja pomorskich planów i map 1634-1945, Stadtplan Gotenhafen. Ein weiterer Stadtplan, datiert auf 8.9.1942, angefertigt vom Stadtbauamt im Maßstab 1:15000 beinhaltet neben einem Straßenverzeichnis und den Adressen öffentlicher Behörden und Betriebe und zeigt Baumaßnahmen, die die Stadtverwaltung zu verschiedenen Zeitpunkten im Krieg bis 1.4.1942 durchgeführt hat. Dieser Plan befindet sich im Staatsarchiv Danzig, Filiale in Gdingen, Signatur APG-Gdynia 650/1690.

Übersicht der Adressen der Betriebe und ihres Eröffnungsdatums 1941 und 1942

Quelle: Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen, Jg. 1939 bis 1942.

Straße	Nr.	Betriebsart	Datum
Adlershorst, Befreiungsplatz	15	Uhrmacherwerkstatt	09.08.1941
Adlershorst, Grodeckstr.	13	Schneiderin	24.01.1942
Adlershorst, Marienwerder Str.	5	Schneiderei	08.11.1941
Adlershorst, Marienwerder Str.	76	Schneiderin	24.01.1942
Adlershorst, Riesenberger Str.	8	Obst- und Gemüsegeschäft	15.11.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	21	Kohleneinzelhandelsgeschäft	05.04.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	29	Klempnerei und Installation	15.03.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	40	Kolonialwaren	05.07.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	42	Wasch- und Plättanstalt	08.11.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	62	Tischlerei	02.08.1941
Adlershorst, Warschauer Str.	82	Schneiderin	08.11.1941
Adlershorster Str.	55	Papier- und Schreibwaren	08.11.1941
Admiral-Tirpitz-Str.	7	Ausrüstung von Seefahrzeugen der Kriegsmarine	10.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	18	Leihbücherei	07.06.1941
Adolf-Hitler-Str.	21	Fleischverkauf	24.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	34	Steinmetzwerkstatt	15.03.1941
Adolf-Hitler-Str.	46	Handel mit Gold- und Silberwaren + Uhren	21.06.1941
Adolf-Hitler-Str.	49	Filiale seiner Färberei und Reinigungsanstalt	10.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	51	Kunstgewerbegeschäft	13.12.1941
Adolf-Hitler-Str.	54	Fotomatongeschäft	19.04.1941
Adolf-Hitler-Str.	54	Zeitschriften-Einzelhandel	28.06.1941
Adolf-Hitler-Str.	57	Einzelhandelsgeschäft für techn. Industriebedarf	21.02.1942
Adolf-Hitler-Str.	62	Drogerie (Parfüm usw.)	25.10.1941
Adolf-Hitler-Str.	63	Feinlederwarengeschäft	26.04.1941
Adolf-Hitler-Str.	65	Herrenschneider	06.06.1942
Adolf-Hitler-Str.	74	Leihbücherei	08.11.1941
Adolf-Hitler-Str.	78	Herrenhut- und Herrenartikel-Spezialgeschäft	05.07.1941
Adolf-Hitler-Str.	85	Schuhmacherei	02.08.1941
Adolf-Hitler-Str.	90	Lebensmittelgeschäft	17.05.1941

Adolf-Hitler-Str.	97	Frisör	09.05.1942
Adolf-Hitler-Str.	100	Fleischerei	19.04.1941
Adolf-Hitler-Str.	114	Eisen- und Haushaltungswarengeschäft	29.03.1941
Adolf-Hitler-Str.	114	Schönheitspflegesalon	17.01.1942
Adolf-Hitler-Str.	116	Fleischverkauf	24.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	118	Obst- und Gemüsegeschäft	31.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	130	Dachdeckerei	05.07.1941
Adolf-Hitler-Str.	130	Reformgeschäft	20.12.1941
Adolf-Hitler-Str.	139	Fleischverkaufsstelle	03.05.1941
Adolf-Hitler-Str.	139	Damenschneiderin	09.05.1942
Adolf-Hitler-Str.	139	Damenschneiderin	06.06.1942
Adolf-Hitler-Str.	13a	Versteigerer, Taxator und Gutachter	02.08.1941
Adolf-Hitler-Str.	33-35	Schuhmacherwerkstatt	26.04.1941
Albert-Forster-Str.	15	Rundfunkinstandsetzung	04.04.1942
Albert-Forster-Str.	29	Elektromechanische Werkstatt	15.03.1941
Albert-Forster-Str.	49	Herrenschneider	04.04.1942
Albert-Forster-Str.	55	Zentralheizungs- und Installationswerkstatt	17.05.1941
Albert-Forster-Str.	80	Tischlerei	21.06.1941
Albert-Forster-Str.	91	Installationsbetrieb	20.12.1941
Albert-Forster-Str.	142	Fleischerei	07.06.1941
Albert-Forster-Str.	150	Kolonialwarengeschäft	19.04.1941
Albert-Forster-Str.	268	Obst- und Gemüsegeschäft	17.01.1942
Albert-Forster-Str.	112a	Schneider	17.01.1942
Albert-Forster-Str.	13a	Klempner	08.11.1941
Albert-Forster-Str.	15a	Lesezir... (kel)	17.05.1941
Albert-Forster-Str.	164c	Schuhmacherei	02.08.1941
Allemannenstr.	6	Ankauf von Altmaterial	26.04.1941
Allemannenstr.	10	Schankstätte	08.03.1941
Allemannenstr.	10	Schneiderin	06.12.1941
Askanierstr.	3	Baugeschäft	26.04.1941
Bahnhofstr.	7	Malerwerkstatt	05.04.1941
Bahnhofstr.	11	Bäckerei/Konditorei	05.04.1941
Bismarckstr.	32	Handarbeits- und Babyausstattungsgeschäft	10.09.1941
Bismarckstr.	32	Damenschneiderin	09.05.1942
Bismarckstr.	32	Handarbeitsbetrieb	06.06.1942
Ferbelliner Str.	8	Bauunternehmen	06.12.1941
Ferbelliner Str.	17	Obst- und Gemüsegeschäft	17.01.1942
Ferbelliner Str.	51	Lebensmittelgeschäft	21.02.1942
Fichtestr.	39	Damenschneiderin	04.04.1942
Freikorpsstr.	50	Malerwerkstatt	05.04.1941
Fritz-Groen-Str.	48	Helfer in Steuersachen	08.11.1941

Fritz-Groen-Str.	48	Dachdecker	15.11.1941
Gartenstr.	17	Baugeschäft	09.05.1942
Gartenstr.	40	Obst- und Gemüsegeschäft	24.01.1942
Gartenstr.	51	Schneider	08.11.1941
Gartenstr.	51	Baubüro	13.12.1941
Gartenstr.	54	Blumengeschäft	09.05.1942
Gartenstr.	72	Schuhmacher	08.11.1941
General-Litzmann-Platz	1	Malerwerkstatt	29.03.1941
General-Litzmann-Platz	3	Wasch- und Plättanstalt	08.03.1941
General-Litzmann-Platz	3	Schiffs- und Kesselreinigungsbetrieb	06.06.1942
General-Litzmann-Platz	7	Elektrobauhandelsgeschäft	21.06.1941
General-Schliefen-Str.	9	Elektromechanische Werkstatt	28.06.1941
Gneisenaustr.	8bis10	Dachdecker	06.12.1941
Gotenstr.	3	Heizungsrohrleitungs- und Apparatenbau	17.05.1941
Gotenstr.	3	Jalousien- und Parkettwerkstätten	08.11.1941
Gotenstr.	7	Eisen-, Stahl- und Wirtschaftsgeräte	28.06.1941
Gotenstr.	58	Frisörgeschäft	02.08.1941
Hafenstr.	4	Lebensmittelgeschäft	15.03.1941
Hafenstr.	4	Fleischerei	05.07.1941
Hafenstr.		Fleischverkauf	24.05.1941
Hans-Lody-Str.	4	Klempnerei und Installation	15.03.1941
Hans-Lody-Str.	43	Schneiderwerkstatt	19.04.1941
Hans-Schemm-Str.	23	Herrenschneider	09.05.1942
Heinrich-Lerbsch-Str.	12	Damenschneiderin	09.05.1942
Hermann-Göring-Str.	31	Werbebüro und Annoncenexpedition	05.07.1941
Hermann-Göring-Str.	32	Komm. Verwaltung der Bahnhofsdrogerie	26.04.1941
Hermann-Göring-Str.	35	Spezialgeschäft für Fotobedarf	31.05.1941
Hindenburgstr.	17	Zentralheizungsbauwerkstatt	10.04.1941
Hindenburgstr.	17	Maurer- und Zimmereibetrieb	05.07.1941
Hindenburgstr.	28	Mechanikerwerkstatt für Rundfunkgeräte	28.06.1941
Horst-Wessel-Str.	10	Schreibstube	29.03.1941
Horst-Wessel-Str.	10	Schneider	08.11.1941
Horst-Wessel-Str.	11	Schuhmacher	17.01.1942
Horst-Wessel-Str.	16	Schneiderin	08.11.1941
Horst-Wessel-Str.	18	Café	08.03.1941
Horst-Wessel-Str.	18	Elektroinstallation	21.06.1941
Horst-Wessel-Str.	18	Reklame- und Dekorationsartikel	13.12.1941
Horst-Wessel-Str.	20	Großhandel mit sanitären Anlagen	16.08.1941
Horst-Wessel-Str.	20	Straßen- und Tiefbau	08.11.1941
Horst-Wessel-Str.	23	Spezialgeschäft f. Offenbacher Lederwaren	29.03.1941
Horst-Wessel-Str.	23	Schreibstube	29.03.1941

Horst-Wessel-Str.	28	Buchhandlung	05.04.1941
Horst-Wessel-Str.	28	Frisörgeschäft	02.08.1941
Horst-Wessel-Str.	39	Speditionsunternehmen	10.05.1941
Horst-Wessel-Str.	45	Werkstatt für Zahntechnik	08.03.1941
Horst-Wessel-Str.	46	Vulkanisiereranstalt	03.05.1941
Horst-Wessel-Str.	57	Klempnerwerkstatt	08.03.1941
Horst-Wessel-Str.	91	Baugeschäft	06.12.1941
Kielau, Dorfstr.	35	Schuhmacherwerkstatt	10.04.1941
Kielau, Karthäuser Str.	12	Feinkostgeschäft / Verkauf von Spirituosen	02.08.1941
Kielau, Karthäuser Str.	12	Tabakwarengeschäft	17.01.1942
Kielau, Kielauer Str.	188	Schneiderwerkstatt	03.05.1941
Kielau, Kielauer Str.	251	Tischlerei	07.06.1941
Kleinkatz, Kleinstutter Str.	33	Sattler	09.05.1942
Kleinkatz, Olgierda	16a	Schneiderin	08.11.1941
Moltkestr.	4	Heißluftmangel	19.04.1941
Oblusch, Dorfstr.	1	Mühlenbetrieb	06.12.1941
Oblusch, Hauptstr.	61	Bäckerei	19.04.1941
Oxhöft		Kohlenverteilungsstellen	08.11.1941
Oxhöft, Benzlauer Str.	1	Wäscherei	08.11.1941
Oxhöft, Benzlauer Str.	1	Wäscherei	20.12.1941
Oxhöft, Oxhöfter Str.	13	Obst- und Gemüsegeschäft	20.09.1941
Oxhöft, Oxhöfter Str.	52	Obst- und Gemüsegeschäft	06.12.1941
Richthofenstr.	8	Heißmangel	09.05.1942
Richthofenstr.	12	Rundfunkinstandsetzung	04.04.1942
Schlageter Str.	18	Schäftemacher	06.06.1942
Steinstr.	56	Damenschneiderin	06.06.1942
Teutonenstr.	27	Einzelhandelsgeschäft für Kühlanlagen	10.04.1941
Teutonenstr.	31	Schneiderwerkstatt	28.06.1941
Teutonenstr.	37	Klempnerwerkstatt	05.07.1941
Teutonenstr.		Fleischverkauf	24.05.1941
Thorner Str.	4	Kolonialwarengeschäft	05.04.1941
Walter-Flex-Str.	8	Baugeschäft	31.05.1941
Ziethenweg	11	Wasch- und Plättanstalt	08.11.1941
Zorndorfer Str.	30	Schneiderin	08.11.1941

Quelle: „Amtsblatt des Oberbürgermeister der Stadt Gotenhafen“, alle Ausgaben der Jahren 1941 und 1942.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Polnische Postkarte aus der Vorkriegszeit, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176640. 18
Abb. 2: Ausschnitt aus einem Bericht zur Einnahme Gdingens aus dem Jahr 1943, Quelle: F. Meier, Kriegsmarine am Feind. Ein Bildbericht über den deutschen Freiheitskampf zur See. Hrsg. im Auftrage des Oberkommandos der Kriegsmarine, Berlin 1943, S. 23. 37
Abb. 3: „Generalfeldmarschall Göring und Admiral Carls in Gotenhafen“, Quelle: F. MEIER 1943, S. 27. 40
Abb. 4: „Das ‚Nußdorfer’ Durchgangslager in Kielau-Gotenhafen [Gdingen]“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153722. 106
Abb. 5: „Empfang [der ‚RO-22’] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153718. 106
Abb. 6: „Empfang [der ‚RO-22’] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153716. 107
Abb. 7: „Empfang [der ‚RO-22’] im Hafen von Gotenhafen [Gdingen]“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153719. 107
Abb. 8: „Die Zeitung ‚Eesti Sőna’ im Nussdorfer Lager (Gotenhafen [Gdingen]-Kielau)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 161519. 108
Abb. 9: „Die Zeitung ‚Eesti Sőna’ im Nussdorfer Lager (Gotenhafen [Gdingen]-Kielau)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 161522. 108
Abb. 10: „Major Pori (aus Viljandi / Fellin) mit Frau am Grab der Tochter Maire auf dem Friedhof von Gotenhafen [Gdingen]. (Sie starb an den auf der RO-22 erlittenen Verletzungen)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153901. 109
Abb. 11: „Weihnachtsfest in Gotenhafen [Gdingen], in der Nußdorfer Baracke der estnischen Flüchtlinge (1944)“, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sammlung Hintzer, Sig. 153474. 109
Abb. 12: „Monatsmeldung der Angesiedelten Bessarabiendeutschen von Anfang bis 31.3.1942“ des SS-Ansiedlungsstabes Gotenhafen, Quelle: R 49/346. 115
Abb. 13: Ein typisches Beispiel der Heroisierung des Bauerntums und der besonderen Rolle der Bauern für die Germanisierung der Böden im Osten. Für Deutschland das ideale Bild des deutschen Umsiedlers, Quelle: O.H. SPATZ (Hrsg.), Wiedergewonnenes Deutsches Land, mit 198 ganzseitigen Bildern und 8 Karten, München-Berlin 1941. 117

Abb. 14: Deutsche Postkarte aus Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176639. 146
Abb. 15: Amtsblatt mit Veröffentlichung des neuen Stadtwappens von Gotenhafen, Quelle: Amtsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen vom 14.8.1942. 149
Abb. 16: Werbung des Großhafens Danzig-Gotenhafen, Quelle: „Der Deutsche im Osten. Monatsschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung“, Heft 7, Mitte Juli 1941. 161
Abb. 17: „R-Boote in Gotenhafen, unmittelbar nach dessen Einnahme“, Quelle: F. RUGE, Von der Tätigkeit der Kriegsmarine, insbesondere der Minensuchboote, im Kampf gegen Polen im Herbst 1939, in: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hrsg. von G. Hansen auf Veranlassung des Oberkommandos der Kriegsmarine, Jg. 1941, Berlin o.J., Tafel 33. 163
Abb. 18: „Deutsche Kriegsschiffe in Gotenhafen“, Quelle: Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1940, Leipzig o.J., S. 98. 163
Abb. 19: Neu errichteter Friedhof der Kriegsmarine, Quelle: BArch RM 31/4353 (Foto befand sich im weißen Umschlag mit dem Stempel „Flottenkommando“). 178
Abb. 20: Ehrendenkmal auf dem Kriegsmarinefriedhof, Detailansicht. Quelle: BArch RM 31/4353. 179
Abb. 21: Geschäftseröffnungen im Gotenhafener Stadtzentrum nach Straßen im Zeitraum März 1941 bis Juni 1942, Quelle: Eigene Kartographie auf Grundlage des amtlichen Stadtplans (jünger als 12.9.1942) und Daten des „Amtsblatts des Oberbürgermeisters der Stadt Gotenhafen“, Ausgaben der Jahre 1941 und 1942. 191
Abb. 22: Ausrüstung eines Luftschutzbunkers, Quelle: Eigenes Foto von einer Ausstellung im Heimatmuseum Reutlingen im Februar 2009. 210
Abb. 23: Postkarte aus Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 139308. . 214
Abb. 24: Der Bahnhof Gotenhafen, Quelle: Bildarchiv des Herder-Instituts, Sig. 176650... 219
Abb. 25: Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen nach Nationalität, Quelle: APG 140/2, Bl. 65, 143 u. 165, Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach dem Stande von [15.9.1942, 1.9.1943 und 1.4.1944] 264
Abb. 26: „Übersicht über die Schulen Gotenhafen nach Stande vom 1.4.1944“, Quelle: APG 140/2, Bl. 65. 264
Abb. 27: Plakat mit Aufruf zur Altkleider- und Spinnstoffsammlung 1942, Quelle: DNN, 3.6.1942, Nr. 127, S. 5. 273
Abb. 28: Übersichtstabelle „Personentransporte nach dem Westen“ für Gotenhafen, Quelle: BArch RM 108/119. 338

Abb 29: Blockierte Hafeneinfahrt, Quelle: APG-Gdynia 90/4152, Zbiór fotografii miasta i portu w Gdyni 1920-1973, port, zniszczenia wojenne. 351
Abb. 30: Deutscher Plan Gdingens aus den Jahren der Okkupation, Quelle: S. KITOWSKI u. M. SOKOŁOWSKA 2001, S. 26 I
Abb. 31: Hafenplan Gdynia 1938 (Ausschnitt), Quelle: Museum der Stadt Gdingen, Exponat der Dauerausstellung, eigenes Foto vom 16.9.2009. II